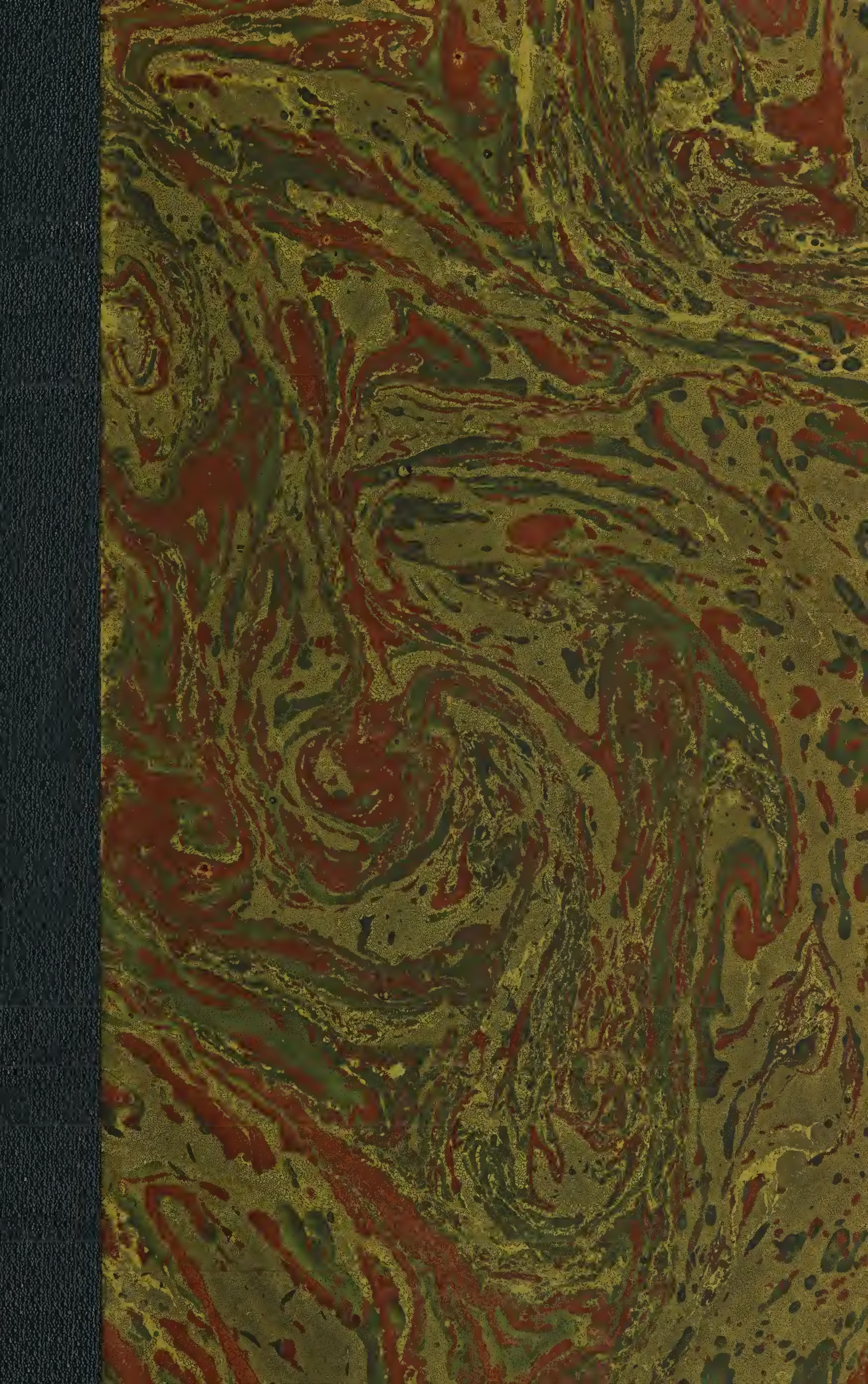


Jahrbuch

für

Schweizerische Geschichte

herausgegeben

auf Veranstaltung

der

allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft

der

Schweiz.

Vierundvierzigster Band.

Zürich.

Beer & Cie.

1919.

Inhaltsverzeichniss.

Protokoll der 72. Versammlung

der

allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz,

abgehalten in Freiburg am 15. und 16. Juni 1918.

Erste Sitzung.

Samstag, 15. Juni, abends 5 Uhr, im Großratssaale.

(Anwesend über 50 Mitglieder und etwa 60 Gäste.)

1. In seinem Eröffnungsworte gedenkt der Vorsitzende, Prof. Dr. G. Meyer von Knonau, der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder Dr. *Eppenberger*, Basel, *von Diesbach*, Bern, Dr. *Hans Weber*, alt Bundesrichter, Bern, Prof. *Charles Robert*, Neuenburg, der seit einigen Jahren dem Gesellschaftsrate angehört hatte, sowie des Ehrenmitgliedes Senator *Antonio Manno*, in Villanova Solaro (Piemont). Dr. *J. Kaiser*, alt Bundesarchivar, Bern, war zwar während seiner letzten Lebenszeit nicht mehr Mitglied der Gesellschaft, hatte dagegen in früheren Jahren als Vorstandsmitglied, besonders aber als Leiter der Publikation der Tagsatzungsabschiede und der Herstellung der Abschriften von Dokumenten zur Schweizergeschichte in den ausländischen Archiven, sich um die Geschichtsforschung große Verdienste erworben.

2. Als neue Mitglieder werden in die Gesellschaft aufgenommen:

Allemann, Ernst, Stadtbibliothekar, Olten.

Baehler-Sessler, A., Dr., Biel.

Benziger, Karl, Dr., bei der schweizerischen Gesandtschaft, Wien.

Besson, Marius, Abbé, Dr., Professor, Lausanne.
de Diesbach, Serge, Freiburg.
Hauser, Edwin, Adjunkt des Staatsarchivs, Zürich.
Huber, Karl, Dr., Stadtbibliothekar, Thun.
Kaelin, P. *Bernhard,* O. S. B., Professor, Sarnen.
Largiadèr, Anton, cand. phil., Zürich.
Looser, Guido, Dr., Kilchberg (Kt. Zürich).
Meyer, Leo, Kantonsarchivar, Sitten.
Nadler, Jos., Dr., Professor, Freiburg.
Pestalozzi, Fr. Otto, Dr. phil., Zürich.
Peter, Marc, Dr., Cons. nat., Genf.
Repond, Paul, Dr., Freiburg.
Rundzieher, A. A., Dr., Bern.
Schelling, Henri, Neuchâtel.
Staub, P. *Ignaz,* O. S. B., Dr., Professor, Einsiedeln.
Strohl, J., Dr., Professor, Zürich.
Waeger, Franz, Dr., Redaktor, Freiburg.
de Weck, Marcel, Student, Freiburg.
Wernli, Fritz, Bezirkslehrer, Lenzburg.
de Zürich, Pierre, Freiburg.

3. Als Mitglied des Gesellschaftsrates an Stelle des verstorbenen Professors *Robert* wird gewählt Prof. Dr. *A. Piaget,* Staatsarchivar in Neuenburg. Zu gleicher Zeit macht der Vorsitzende die Mitteilung, daß den Gesellschaftsmitgliedern an der nächsten Jahresversammlung die Wahl eines Vertreters des Kantons Tessin in den Gesellschaftsrat werde vorgeschlagen werden, damit alle drei Landessprachen im Vorstande vertreten seien.

4. Die Rechnung vom Jahre 1917 zeigt in ihren Hauptposten folgende Beträge:

Einnahmen:

Bundesbeitrag	Fr.	4250.—
Jahresbeiträge der Mitglieder	„	2930.—
Kapitalzinse	„	693.70
Abonnement auf den Anzeiger	„	413.35
Verkauf einzelner Nummern	„	26.30
	Fr.	8313.35

Ausgaben:

Quellen zur Schweizergeschichte	Fr.	4508.75
Jahrbuch, Band 42	,,	3254.—
Anzeiger	,,	3051.75
Inventare der Aargauer Archive	,,	223.70
Verwaltung	,,	320.45
	Fr.	11358.65

Ausgaben	Fr.	11358.65
Einnahmen	,,	8313.35
Mehrausgaben	Fr.	3045.30

Bestand des Vermögens am 31. Dez. 1916 . .	Fr.	11520.80
Mehrausgaben des Jahres 1917	,,	3045.30
Bestand des Vermögens am 31. Dez. 1917 . .	Fr.	8475.50

Auf Antrag von Prof. Dierauer, der zusammen mit Dr. August Bernoulli die Rechnung geprüft hat, wird sie unter bester Verdankung an den Herrn Quästor für seine große Mühewaltung genehmigt.

5. Mit Bezug auf die Wahl des Ortes für die nächste Jahresversammlung können noch keine bestimmten Vorschläge gemacht werden. Sollten die Verkehrsmöglichkeiten andauernd ungünstig bleiben, so muß ein Ort an einer der wichtigsten Hauptlinien gewählt werden; in erster Linie würde Langenthal in Betracht fallen. Sind bis dahin wieder normale Verhältnisse eingetreten, so würde es sich empfehlen, die Jahresversammlung in einem derjenigen Kantone abzuhalten, die in unserer Gesellschaft noch sehr schwach vertreten sind. In erster Linie würde der Kanton Thurgau in Betracht kommen. Der Vorstand soll unter Berücksichtigung dieser Erwägungen den Ort für die nächste Jahresversammlung von sich aus bestimmen.

6. Der Versammlung wird mitgeteilt, daß in der Sammlung *Quellen* eine sehr interessante und wertvolle Publikation bereits in Angriff genommen sei: die Herausgabe der Korrespondenz des Kardinals Math. Schinner durch Prof. A. Büchi in Freiburg. Er hat das Material in verschiedenen Archiven des In- und Auslandes

gesammelt und wird zahlreiche, bisher ungedruckte und unbekannte Dokumente der Geschichtsforschung zugänglich machen. Das Werk soll den Mitgliedern der Gesellschaft zu einem Drittel des Ladenpreises abgegeben werden.

Dr. Hans Barth sieht sich leider mit Rücksicht auf seine Gesundheit genötigt, die von ihm begonnene Publikation der Korrespondenz des Peter Ochs, für die er umfangreiche Vorarbeiten gemacht hat, und die in den ersten Druckbogen bereits vorliegt, an Prof. Dr. G. Steiner in Basel abzutreten.

7. Der Sekretär legt der Versammlung das Protokoll der Kommission vor, die den Auftrag hatte, die Frage einer Verschmelzung von Jahrbuch und Anzeiger näher zu prüfen. Die Kommission war zusammengesetzt aus dem Präsidenten des Gesellschaftsrates, Prof. Meyer von Knonau, den beiden Redaktoren des Anzeigers, P. E. Martin, Genf, und Hans Nabholz, Zürich, Prof. Charles Robert, Neuenburg, Prof. E. Dürr, Basel, und Dr. Hermann Escher, Direktor der Zentralbibliothek Zürich. Sie legt der Versammlung folgende Anträge vor:

Einer Verschmelzung von Jahrbuch und Anzeiger für Schweizergeschichte zu einer schweizerischen historischen Zeitschrift wird grundsätzlich die Zustimmung erteilt. Mit Rücksicht auf bestehende Verbindlichkeiten gegenüber von Mitarbeitern des Jahrbuches für die Jahre 1918 und 1919 und mit Rücksicht ferner auf die gegenwärtigen außerordentlichen Zeitverhältnisse soll indessen die Verschmelzung frühestens im Jahre 1920 durchgeführt werden. Die Generalversammlung ernennt eine besondere Kommission mit dem Auftrage, detaillierte Vorschläge auszuarbeiten und diese einer spätern Generalversammlung vorzulegen.

Von der Kommission wurde die Frage offen gelassen, ob in die Zeitschrift ausschließlich Arbeiten über Schweizergeschichte oder auch solche über Themata der allgemeinen Geschichte aufgenommen werden sollten, wobei allerdings das Altertum ausgeschlossen bliebe und nur Arbeiten über die mitteleuropäischen Staaten, die mit der Schweiz in irgendeiner Wechselwirkung standen, in Frage kommen könnten.

Die lebhaft benutzte Aussprache ergab in der Mehrheit Zustimmung zum prinzipiellen Antrag betreffend Verschmelzung von Jahrbuch und Anzeiger. Über die Frage einer Erweiterung des Programms durch Aufnahme von Arbeiten über außerschweizerische Themata gingen die Ansichten sehr stark auseinander. Auf Antrag Martin (Genf) wurde mit 37 gegen 14 Stimmen beschlossen, der Verschmelzung der beiden Publikationen im Sinne des Antrages der bestellten Kommission zuzustimmen. Dieser wurde zudem der Auftrag gegeben, der nächsten Generalversammlung ein detailliertes Arbeitsprogramm für eine schweizerische historische Zeitschrift vorzulegen und dabei auch mit Bezug auf die nicht abgeklärte Frage der Umgrenzung des Arbeitgebietes bestimmte Anträge zu stellen. Ebenso soll sie die finanzielle Seite der Frage eingehend prüfen und bestimmte Anträge stellen. An Stelle von Prof. Robert wurde Victor van Berchem als Mitglied der Kommission gewählt.

8. Der Gesellschaftsrat wird ein Zirkular drucken lassen, durch das neue Mitglieder für die Gesellschaft geworben und Freunde der vaterländischen Geschichte angeregt werden sollen, durch größere Schenkungen der Gesellschaft die notwendigen Mittel zu schaffen, um die Publikation von wertvollen Quellen zur Schweizergeschichte auch fernerhin durchführen zu können.

9. An die Kosten für die Publikation Rufer's in den Quellen zur Schweizergeschichte hat die Regierung des Kantons Graubünden in sehr verdankenswerter Weise einen Beitrag von 300 Fr. bewilligt.

10. Auf die Behandlung der geschäftlichen Traktanden folgte ein höchst interessanter und aufschlußreicher Vortrag von Prof. Dr. Joseph Nadler in Freiburg über Vadian's Stellung und Bedeutung in der deutschen Literaturgeschichte.

11. Nach der Sitzung fand ein gemeinschaftliches Abendessen im Hotel Schweizerhof statt.

Hauptversammlung

Sonntag, 16. Juni, 10 Uhr 30, im Kornhaussaal.

gemeinsam mit folgenden fünf Gesellschaften: Schweiz. Gesellschaft für Numismatik, für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler, für Heraldik, für Volkskunde und für Urgeschichte.

Die Stunden vor Beginn der Sitzung waren der Besichtigung der zahlreichen Kunst- und Baudenkmäler der Stadt und ihrer Sammlungen unter kundiger Führung gewidmet.

Die gemeinsame Tagung aller sechs Gesellschaften wurde eröffnet durch den Präsidenten der Allg. Geschichtforschenden Gesellschaft, Prof. Gerold Meyer von Knonau. In seinem Begrüßungsworte schilderte er die vielfachen Beziehungen, die seit Jahrzehnten die Geschichtforschende Gesellschaft mit den übrigen anwesenden Vereinigungen verbinden. Es sind teils Bande persönlicher Art, teils gemeinsame oder verwandte wissenschaftliche Bestrebungen und Unternehmungen.

Sodann folgten zwei Vorträge: Alfred Cartier, Direktor der Musées d'art et d'histoire in Genf, sprach als Vertreter der Gesellschaft für Urgeschichte über: L'archéologie dans ses rapports avec l'histoire. Prof. J. Zemp, Mitglied der Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler, erläuterte an Ort und Stelle die Geschichte der Kollegiatskirche St. Niklaus.

Das anschließende Bankett aller sechs Gesellschaften im Cercle des Merciers nahm einen sehr belebten Verlauf. Nicht zum wenigsten trugen dazu bei die Vorträge von alten Freiburger Liedern, die ein eigens zu diesem Zwecke gebildeter Chor in den alten Trachten des Kantons vortrug. Unter den verschiedenen Gaben, die an die Teilnehmer verteilt wurden, sei eine Sammlung von historischen Aufsätzen hervorgehoben, als Geschenk von den beiden historischen Vereinen des Kantons Freiburg: Pages d'histoire publiées par les Sociétés d'histoire de Fribourg.

Die spätern Nachmittagsstunden standen wiederum zum Besuche der Sehenswürdigkeiten der Stadt zur Verfügung. Um 6 Uhr fand für die Teilnehmer ein Orgelkonzert in der Kollegiatskirche St. Niklaus statt.

Den Abschluß des Tages bildete ein Empfang der Festteilnehmer durch Herrn und Frau Arnold de Graffenried-Villars in ihrem Schlosse de la Poya.

Am Montag Vormittag wurde der einstigen Zisterzienser-Abtei Hauterive ein Besuch abgestattet. Unter kundiger Führung wurden Kirche und Kreuzgang besichtigt. Im Refektorium wurden sämtliche Gäste von der Regierung Freiburgs und den historischen Vereinen des Kantons bewirtet.

Den Abschluß der Tagung bildete ein Besuch von Schloß und Kapelle Pérolles mit anschließendem Empfang durch die Besitzerin des Schlosses, Frau de Zürich.

Der Sekretär: *Hans Nabholz.*

Verzeichniss

der sämtlichen Theilnehmer an dem ersten Congreß der sechs schweizerischen historischen Vereinigungen.

Allemann, Ernst, Olten.
Ammann, Werner, Dr., Zürich.
Amrein, W., Luzern.
Arnstein, Franz, Dr., Basel.
Audéoud, Ed., Vice-prés. S. Numismatique, Genève.
Bächtold, Hanns, Dr., Sekr. d. Schweiz. Gesellschaft f. Volkskunde, Basel.
Bähler, E., Dr., Pfarrer, Gampelen.
Bähler-Seßler, A., Prof. Dr., Biel.
Bättig, Joh., Kantonsbibliothekar, Luzern.
Bally, Eugen, Bern.
Barbey, Fréd., Chambésy-Genève.
Baumann, Em., Zeichenlehrer, Bern.
Baumann, E., Bern.
Baur-Borel, Fréd., Cons. Méd., Neuchâtel.
Beau, Pasteur, Auvernier.
Comte Begouen, Toulouse.
van Berchem, Victor, Vice-prés. Soc. gén. S. Hist., Satigny-Genève.
Berg, Paul, Zürich.
Bezz, Paolo-Pico, Locarno.
Blondel, Louis, Petit-Lancy, Genève.
Blum-Jenny, W., Zürich.
Bodmer, Hans, Dr., Präs. des Lesezirkels Hottingen, Zürich.
Boissonas, Jean, Ingénieur, Sierne près Genève.
Borel, Maurice, Cartographe, Neuchâtel.

Borgeaud, Charles, Prof. Univ., Genève.
Bovet, André, Dir. Adj. Bibl., Ville, Neuchâtel.
Bracher, Richard, Architekt, Zug.
Bröckelmann-Nagler, H.-W., Basel.
Broillet, Charles, Méd.-Dent., Fribourg.
Broillet, Frédéric, Architecte, Fribourg.
Brunner, H., Stadtbibliothekar, Winterthur.
Brunner, Jost, Basel.
Brutsch, Louis, Genève.
Budin, Jules, Genève.
Büchi, Albert, Dr. Prof. Univ., Freiburg.
Büchi, H., Dr., Solothurn.
Burckhardt, A., Dr., Basel.
Burmeister, A., Professeur, Payerne.
Burnand, Aug., Fonct. Arch. Féd., Bern.
Burnat, Ad., Architecte, Vevey.
Burnat, E., Architecte, Vevey.
Cart, W., Dr. Prof., Lausanne.
Cartier, A., Dir. Musée d'Art et Hist., Genève.
de Claparède, H., Dr. Prof., Genève.
Corrodi-Sulzer, A., Zürich.
Delachaux, Th., Neuchâtel.
Delarue, H., Bibliothécaire, Genève.
Demole, Eugène, Prés. Soc. Numis., Genève.
Dierauer, Joh., Dr., Stadtbibliothekar, St. Gallen.
de Diesbach, Serge, Fribourg.
Dollfus de Volkersberg, Roger, Château de Kiesen, Berne.
Dreyfus, Emile, Antiquaire, Genève.
Dubois, Fréd. Th., Bibliothécaire, Fribourg.
Ducrest, François, Dir. de la Biblioth. Cant. et Univ., Fribourg.
Dübi, H., Dr., Bern.
Dürr, Emil, Dr., Prof., Basel.
Dufour, Théophile, Dr., Prés. Soc. Hist. S. Rom., Genève.
Dunoyer, E., Genève.
Durrer, Robert, Dr., Staatsarchivar, Stans.

Eckinger, Th., Dr., Brugg.
d'Eggis, Ad., Fribourg.
Erzer, A., Fabrikant, Dornach.
Escher, H., Dr., Dir. der Centralbibliothek, Zürich.
Etlin, Ed., Dr. med., Sarnen.
Fatio, Henry, Genève.
Forcart, M.-K., Dr., Basel.
Forst, H., Dr., Zürich.
Frölich, L., Direktor, Königsfelden.
Fulpius, Fr., Architecte, Genève.
Galbreath, Donald-L., Dr. méd., Baugy s. Clarens.
Gallati, Frau *Frieda*, Dr., Glarus.
Gallet, G., La Chaux-de-Fonds.
Ganguillet, Dr. méd., Bern.
Ganz, Paul, Dr. Prof., Basel.
Gardy, Fr., Dir. de la Bibl. Publique et Univ., Genève.
Geiser, K., Dr., Prof., Bern.
Gerold, Th., Dr., Priv.-Doz., Basel.
Gillard, Ch., Prof. Univ., Lausanne.
Girtanner-Salchli, H., Ingenieur, Bern.
Glasson, Aloys, Fribourg.
Grellet, P., Redaktor, Bern.
Godet, Marcel, Dir. Bibl. Nat. Suisse, Bern.
Godet, Philippe, Prof. Univ., Neuchâtel.
Groß, Dr., Neuveville.
Großmann, Th., Trésorier Soc. S. Numis, Genève.
Gubser, Mme, Neuchâtel.
Gubser, Mlle, Neuchâtel.
Guyer, Samuel, Dr., Gersau.
Häfliger, Jos. Ant., Dr., Basel.
Hahn, E., Assist. a. Schweiz. Landesmuseum, Zürich.
Hahn, Otto, Fürsprecher, Bern.
Handrick, Franz, Bibliothekar, Freiburg.
Hantz, Georges, Dir. Musée des Arts Décor., Genève.
Hasselbrink, F., Chur.

Hauser, Edwin, Dr., Zürich.
Hegi, Friedrich, Dr., Zürich.
Heierli, J., Frau, Zürich.
Henrioud, Emile, Yverdon.
Herzog, Hans, Dr., Kantonsbibliothekar, Aarau.
Heß-v. Schultheß, G., Zürich.
Hilfer, Hermann, Fribourg.
Hoffmann-Krayer, Ed., Dr. Prof., Präs. Schweiz. Gesellschaft für Volkskunde, Basel.
Hopf, Ed., Baumeister, Thun.
Huber, C., Dr., Stadtbibliothekar, Thun.
Huffer, Hermann, Fribourg.
Imesch, Dion., Domherr, Sitten.
Jaccard, A., Genève.
Jarrys, H., Secrét. Soc. S. Numis., Genève.
Jeanjaquet, J., Prof. Univ., Neuchâtel.
Jecklin, Fr., Dr., Stadtarchivar, Chur.
Jéquier, G., Neuchâtel.
Jung, Emil, Bern.
Jungi, H., Sekundarlehrer, Langenthal.
Junod, F. J., Graveur héraldiste, Lausanne.
Kaiser, W., Mme, Fribourg.
Kirsch, J. P., Mgr., Prof. Dr., Fribourg.
Kleiner, Victor, Sekr. der Hist. Komm. f. Vorarlberg u. Liechtenstein, Bregenz.
Knuchel, E. F., Dr., Redaktor, Basel.
Koller, Oswald, Dr., Freiburg.
König, Dr. med., Schönbühl, Bern.
Künzler, A., Genève.
Ladame, P. L., Docteur, Genève.
Lademann, H., Oberamtmann, Murten.
Lambert, A., Genève.
Landau, E., Prof., Bern.
Lang-Schnebli, E., Baden.
Lanz-Blösch, E., Dr., Biel.

Largiadèr, Anton, Zürich.
Lerch, Dr., Bern.
Leupold, E., Dr., Bern.
Linder, Paul, Dr., Basel.
Lombriser, Jos., Prof., Fribourg.
Looser, G., Kilchberg bei Zürich.
Lugrin, E., Lausanne.
de Mandrot-La Sarraz, H., Château de La Sarraz (Vaud).
Marti-Wehren, R., Bern.
Marti, K., Dr. Prof., Bern.
Martin, Camille, Architecte, Prés. Soc. Suisse Mon. hist., Genève.
Martin, H., Dr., La Tour-de-Peilz.
Martin, Paul E., Archiviste d'Etat, Genève.
Marx, Jacques, Basel.
Mayr de Baldegg, Rod., Dr. Luzern.
Mercier, H., Dr., Genève.
Merian, W., Dr., Basel.
Mermod, Ls. Ph., Ste-Croix (Vaud).
Meyer von Knonau, G., Dr. Prof., Präs. der Allgem. Geschichtforschenden Gesellschaft, Zürich.
Meyer, Dr., Aarau.
Meyer, Alph., Moudon.
Meyer, Leo, Dr., Staatsarchivar, Sitten.
Meyer-Rahn, H., Dr., Luzern.
Meyer, W. J., Dr., Bibliothekar, Bern.
Michaud, Alb., Conserv. médailler, La Chaux-de-Fonds.
Micheli, H., Cons. nat., Genève.
Montandon, G., Dr., Lausanne.
Montandon, L., Archiviste, Neuchâtel.
Montandon, R., Fossard par Chêne-Thonex.
de Montenach, G., Cons. aux Etats, Fribourg.
Müller, C., Dr. Prof., Neuchâtel.
Muriset-Gicot, C., Genève.
Nabholz, H., Dr., Staatsarchivar, Zürich.
Naly, François, Genève.

Naville, Ed., Egyptologue, Genève.
Nuescheler-de Vevey, R. A., Boswil.
de Palézieux-du Pan, La Doges s. La Tour-de-Peilz.
Pellegrini, Isidoro, Architekt, Basel.
de Perregaux, P., Lic. jur., Neuchâtel.
de Perregaux, Samuel, Neuchâtel.
Perrochet, Dr. méd., La Chaux-de-Fonds.
Pestalozzi, F. O., Dr., Zürich.
Piaget, Arthur, Prof., Archiviste d'Etat, Neuchâtel.
Pittard, Prof. Univ., Genève.
von Reding, R., Stud. iur., Fribourg.
Reichlen, E., Prof., Fribourg.
Reichlen, François, Fribourg.
Rivoire, Emile, Genève.
von Rodt, Ed., Architecte, Bern.
Roellin, Johannes, Uznach.
Rosset, Louis, Cons. du Musée hist., Vevey.
Rübel, E., Dr., Zürich.
Rufer, Alfred, Münchenbuchsee.
Rummel, H., Dr. méd., Biel.
Rundzieher, H. A., Dr., Bern.
de Schaller, R., Architecte, Fribourg.
Schaltegger, F., Staatsarchivar u. Kantonsbibliothekar, Frauenfeld.
Schazmann, P. E., Archéologue, Genève.
Schlumberger-Vischer, Ch., Basel.
Schlumberger-Vischer, Frau, Basel.
Schmid, Otto, Secrét. Soc. suisse mon. hist., Architecte, Veytaux-Chillon.
Schneeberger, Ernst, Gymn.-Lehrer, Bern.
Schnyder de Wartensee, Ch., Directeur de la Banque de l'Etat, Fribourg.
Schnürer, G., Dr., Prof. Univ., Fribourg.
Schorderet, A., Publiciste, Fribourg.
Schultheß, O., Dr. Prof. Univ., Bern.
Secretan, Eugène, Prés. du Pro Aventico, Lausanne.

Singer, Prof., Bern.
Stähelin, Dr., Basel.
Staub, P. *Ignaz*, Dr., Stiftsbibliothekar, Einsiedeln.
Stauber, *E.*, Dr., Zürich.
von Steiger, *B.*, Bern.
Stockar, *F.*, Zürich.
Studer, *Fr.*, Architecte, Bern.
Studer, *Th.*, Dr. Prof., Bern.
Sulzberger, *H.*, Konservator, Schaffhausen.
Tatarinoff, *E.*, Dr., Sekret. der Gesellsch. für Urgeschichte, Solothurn.
de Techtermann, *Max*, Fribourg.
Thurneysen, Riehen.
Trog, *H.*, Dr., Redaktor, Zürich.
Truau, *G.*, Bern.
Truau, *R.*, Bern.
Tschumi, *O.*, Dr., Priv.-Doz., Bern.
Türler, *H.*, Dr. Prof., Bundesarchivar, Bern.
Verdan, *R.*, Dr. méd., St-Aubin.
Verney, *H.*, Architecte, Lausanne.
Vetter, *F.*, Dr. Prof., Bern.
de Vevey, *H.*, Fribourg.
Viollier, *D.*, Vice-direct. du Musée nat., Zurich.
Vischer, *W.*, Dr., Quästor d. allg. Geschichtforschenden Gesellschaft, Basel.
Vouga, *Paul*, Dr., Cons. du Mus. archéolog., Neuchâtel.
de Vries, *Hermann*, Dr. phil., Fribourg.
Wäber, *Hedwig*, Frau Dr., Bern.
de Weck, *Marcel*, stud. jur., Fribourg.
Wegeli, *R.*, Dr., Direktor des Hist. Museums, Bern.
Welti-Herzog, *H.*, Dr., Aarburg.
Werner, *H.*, Dr., Staatsarchivar, Schaffhausen.
Wildberger, *Wilhelm*, Neunkirch (Schaffhausen).
Wirz, *H. G.*, Dr., Hauptmann i. G., Bern.
Witzig, *W.*, Dr., Advokat, Winterthur.

Wyß, August, Zug.
Zahler, H., Dr., Bern.
Zahn, Ernst, Dr., Schriftsteller, Zürich.
Zemp, Jos., Dr. Prof., Zürich.
Ziegler, Ed., Zürich.
Zimmerlin, Franz, Dr. med., Zofingen.
Zimmerlin-Bölger, G., Basel.
de Zürich, Pierre, Fribourg.



Verzeichniss der Mitglieder

der

allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz

am 31. März 1919.

Mitglieder des Gesellschaftsrathes
1916 bis 1919.

G. Meyer von Knonau, Professor, in Zürich, Präsident (Redactor des «Jahrbuches») (Mitglied des Gesellschaftsrathes seit 1874).

Vict. van Berchem, in Genf, Vice-Präsident (seit 1911).

Wilh. Vischer, Dr. jur., in Basel, Quästor (seit 1907).

Hans Nabholz, Staatsarchivar, in Zürich, Secretär (Redactor des „Anzeigers“) (seit 1911).

Joh. Bernoulli, Dr. phil., in Bern (seit 1917).

J. L. Brandstetter, Professor, in Luzern (seit 1883).

Aug. Burckhardt, Dr. phil., in Basel (seit 1916).

Joh. Dierauer, Stadtbibliothekar, in St. Gallen (Redactor der „Quellen“) (seit 1904).

Fr. Ducrest, Professor, in Freiburg (seit 1916).

Robert Durrer, Staatsarchivar, in Stans (seit 1911).

G. Favey, Bundesrichter, in Lausanne (seit 1885).

Ed. Favre, in Genf (seit 1897).

Fr. von Jecklin, Stadtarchivar, in Chur (seit 1916).

A. Piaget, Professor und Staatsarchivar, in Neuenburg (seit 1918).

H. Türler, Bundesarchivar, in Bern (seit 1916).

Ehrenmitglied des Gesellschaftsrathes.

H. Wartmann, Dr., in St. Gallen (seit 1876, Ehrenmitglied seit 1904).

Kanton Zürich.

Ammann, Alb., in Zürich, Wiedingstr. 14. 1916.
Angst, Dr. *Heinr.,* in Zürich 1, Neumühlequai 10. 1894.
Bachmann, Dr. *A.*, Professor an der Universität, in Zürich 7, Freiestr. 111. 1895.
Bär, Dr. *Emil,* in Zürich 7, Reinacherstr. 7. 1894.
Barth, Dr. *Hans,* Bibliothekar der Centralbibliothek, in Zürich 6, Riedtlistr. 85. 1898.
Baumberger, Georg, Redactor, in Zürich 8, Kreuzstr. 37. 1910.
Beer, Robert, Verlagsbuchhändler, in Zürich 1, Peterhofstatt 10, 1911.
Brun, Dr. *Karl,* Professor, in Zürich 8, Zollikerstr. 106. 1881.
Brun, Dr. *Karl,* in Zürich 8, Zollikerstr. 106. 1915.
Brunner, Heinr., Stadtbibliothekar, in Winterthur. 1916.
Burckhardt, Dr. *Felix,* Bibliothekar der Centralbibliothek, in Zürich 8, Mühlebachstr. 21. 1907.
Corrodi-Sulzer, A., in Zürich 8, Mühlebachstr. 96. 1916.
Ernst, Ulrich, Dr. phil., Professor an der Industrieschule, in Zürich 8, Ceresstr. 21. 1889.
Escher, Arnold, Dr. jur., Professor an der Universität, in Zürich 7, Hofstr. 69. 1906.
Escher, Hermann, Dr. phil., Director der Centralbibliothek, in Zürich 1, St. Urbangasse 6. 1880.
Escher, Konrad, Dr. jur., Oberstlieutenant, in Zürich 2, Seewartstrasse 30. 1868.
Flach, Dr. *Heinr.,* Professor am Seminar, in Küssnach. 1909.
Frei, Oskar, Pfarrer, in Meilen. 1918.
Fueter, E., Dr. phil., Professor, in Zürich 7, Freiestr. 203. 1903.
Gagliardi, Dr. *E.,* Privatdocent, in Oerlikon. 1906.
Gubler, Dr. *E.,* Secretär bei der Einwohner-Armenpflege, in Zürich 8, Nebelbachstrasse 21. 1909.
Guggenbühl, Gottfr., Dr. phil., in Küssnach. 1914.
Guilland, A., Professor am Polytechnikum, in Zürich 7, Gladbachstr. 78. 1897.

Hadorn, Dr. *Walther,* Professor, in Zürich 8, Dufourstr. 95. 1898.
Häne, Joh., Dr. phil., Professor am Gymnasium, Privatdocent, in Zürich 7, Eidmattstr. 38. 1894.
Hahn, Emil, Assistent am Landesmuseum, in Zürich 5, Limmatstrasse 121. 1911.
Hartmann, Dr. *Max,* Lehrer, in Zürich 8, Feldeggstr. 90. 1916.
Hauser, Dr. *Edwin,* Adjunct des Staatsarchivs, in Zürich 1, Obmannamt. 1918.
Hauser, Dr. *Kasp.*, Lehrer, in Winterthur. 1897.
Hegi, Dr. *Friedr.,* Privatdocent, in Rüschlikon. 1905.
Hess-von Schulthess, Gust., Bezirksrichter, in Zürich 1, Zinnengasse 1. 1911.
Hünerwadel, Dr. *Walth.*, Rector des Gymnasiums, in Winterthur. 1900.
Hunziker, Dr. *Rudolf,* Gymnasiallehrer, in Winterthur. 1905.
Kern, Hans, Stadtrat, in Zürich, Walchestrasse 25. 1919.
Koeppern, O. C., Wädenswil (Bürgli). 1917.
Largiadèr, *Anton,* Cand. phil., in Zürich 1, Hirschengr. 60. 1918.
Lehmann, Dr. *Hans,* Professor, Director des Landesmuseums, in Zürich 6, Turnerstr. 34. 1911.
Looser, Dr. *Guido,* in Kilchberg. 1918.
Luchsinger-Wunderly, P. A., in Zürich, Bellariastr. 28. 1916.
Mantel, Dr. *Alfred,* Secretär des Erziehungs-Departements, in Zürich 7, Gloriastr. 76. 1913.
Markwart, Dr. *O.,* Professor am Gymnasium, in Zürich 1, Selnaustr. 29. 1891.
Meyer von Knonau, Dr. *Gerold,* Professor, in Zürich 8, Seefeldstr. 9. 1866.
Nabholz, Dr. *Hans,* Staatsarchivar, in Zollikon. 1901.
Ochsner-Bally, Eug., in Zürich 2, Lavaterstr. 54. 1911.
Oechsli, Dr. *Wilh.,* Professor, in Zürich 7, Gloriastr. 54. 1879.
von Orelli, Aloys, in Zürich 1, Thalstr. 48. 1913.
Pestalozzi, Dr. *Fr. O.,* in Zürich 1, Münsterhof. 1918.
Rübel, Dr. *E.,* in Zürich 7, Zürichbergstr. 30. 1917.
Schirmer, Dr. *Gust.,* Professor, in Zürich 7, Kreuzstr. 82. 1891.

Schmid, F. O., Schriftsteller, in Zürich 7, Krönleinstr. 4. 1916.

Schneider, Dr. *Hans,* Prorector der kantonalen Handelsschule, in Zürich 7, Eidmattstr. 33. 1894.

Schweizer, Dr. *P.,* Professor, in Zürich 7, Neptunstr. 74. 1879.

Stauber, Dr. *E.,* Lehrer, in Zürich-Wollishofen 2, Rainstr. 30. 1906.

Stern, Dr. *A.,* Professor, in Zürich 7, Englischviertelstr. 58. 1873.

Strickler, Gust., Secundarlehrer, in Grüningen. 1916.

Strohl, Dr. *J.,* Professor, in Zürich 7, Kapfsteig 50. 1918.

Stutz, Dr. *Ulrich,* Professor, in Berlin W. 50, Kurfürstendamm 241. 1895.

Trog, Dr. *Hans,* Redactor, in Zürich 7, Belsitostr. 9. 1888.

Vetter, Theod., Dr. phil., Professor, in Zürich 7, Plattenstr. 42. 1890.

Vollenweider, Otto, Dr. phil., in Wipkingen. 1912.

Wartmann, Willy, Dr. phil., in Zürich 1, Kunsthaus. 1908.

Werner, Dr. *Jakob,* Bibliothekar der Centralbibliothek, in Zürich 7, Rosenbühlstr. 31. 1901.

Wild, Dr. *Helen,* in Zürich 7, Pestalozzistr. 56. 1919.

Zeller, Dr. *Heinr.,* Staatsanwalt, in Zürich 7, Hofstr. 136. 1899.

Zemp, Dr. *Jos.,* Professor, in Zürich 7, Kraftstr. 56. 1893.

Ziegler, Alfred, Dr. phil., Gymnasiallehrer, in Winterthur. 1888.

66

Kanton Bern.

Bähler-Sessler, Dr. *A.,* in Biel. 1918.

Bähler, Ed., Dr. theol., Professor, Pfarrer, in Gampelen. 1898.

Bernoulli, Dr. *Joh.,* in Bern, Thunstr. 35. 1890.

Dübi, Dr. *Heinrich,* in Bern, Rabbentalstr. 49. 1872.

Erb, Dr. *August,* Redactor, in Bern, Stadtbachstr. 28. 1896.

Eymann, Fritz, in Eggiwil. 1917.

Feller, Dr. *Richard,* Seminarlehrer und Privatdocent, in Bern, Berchtoldstr. 45. 1905.

Fischer, Dr. *Hans,* Gymnas.-Lehrer, in Biel. 1914.

Geiser, Dr. *Karl,* Professor, in Bern, Helvetiastr. 33. 1887.

Gmür, Dr. *Max,* Professor, in Bern, Sonnenbergstr. 3. 1903.

Godet, Dr. *Marcel,* Director der Schweizerischen Landesbibliothek, in Bern, Aegertenstr. 1. 1909.

Haller-v. Erlach, Alb., Pfarrer, in Bern, Schwarztorstr. 61. 1877.
Huber, Dr. *Karl*, Stadtbibliothekar, in Thun. 1918.
Jung, Paul Emil, Kantonsbuchhalter, in Bern, Bubenbergstr. 35. 1907.
Jungi H., Secundarlehrer, in Langenthal. 1917.
König, Friedr., Arzt, in Schönbühl. 1910.
Kurz, G., Staatsarchivar, in Bern, Landhausweg 5. 1917.
Lerch, Dr. *Ernst*, Seminarlehrer, in Bern, Brügglerweg 24. 1907.
Lessing, Dr. *Kurt*, Privatdocent, in Bern, Eschmannstr. 7. 1911.
Leupold, Dr. *E.*, Chef der innerpolit. Abteilung des Polit. Dep., in Bern, Scheuerrain 5. 1909.
Lüthi, E., Director des schweizerischen Schulmuseums, in Bern, Falkenweg 7. 1917.
Maag, Dr. *A.*, Lehrer am Gymnasium, in Biel. 1900.
Meyer, Dr. *Wilh.*, Bibliothekar, in Bern, Gutenbergstr. 25. 1910.
Rufer, Alfred, in Münchenbuchsee. 1912.
Rummel, Hans, Dr. med., Arzt, in Biel. 1910.
Rundzieher, Dr. *A. A.*, Ingenieur, in Bern, Daehliholzweg 18. 1918.
von Salis, Dr. *L.*, Professor, in Bern, Waldhöheweg 1. 1893.
Segesser von Brunegg, Hans A., Legationsrath, in Rom. 1907.
Sprecher von Bernegg, Th., Oberstkorpskommandant, Chef des Generalstabs, in Bern, Alpenstr. 29. 1899.
Steck, Dr. *Rudolf*, Professor, in Bern, Sonnenbergstr. 12. 1903.
Studer-Amiet, E., Oberstlt, 1. Revisor des Oberzoll-Inspektorats, in Bern, Helvetiastr. 31. 1898.
Studer-Trechsel, Franz, Pfarrer, in Bern, Zieglerstr. 44. 1886.
Tobler, Dr. *Gustav*, Professor, in Bern, Sulgeneckstr. 8. 1880.
Trepp, Martin, Lehrer am Progymnasium, in Thun. 1916.
Türler, Dr. *H.*, Professor, Bundesarchivar, in Bern, Bantigerstrasse 15. 1890.
Vetter, Dr. *Ferdinand*, Professor, in Bern, Alter Aargauerstalden 13. 1882.
von Waldkirch, Eduard, Fürsprech, in Bern, Seminarstr. 24. 1910.

Wegeli, Dr. *Rud.,* Director des historischen Museums, in Bern, Marienstr. 10. 1909.

Welti, Dr. *Em. Friedr.,* in Bern, Bundesplatz 4. 1898.

Wirz, Dr. *Hans Georg,* in Bümpliz. 1909. 40

Kanton Luzern.

Brandstetter, Dr. *Jos. Leop.,* Erziehungsrath, in Luzern. 1866.

Fischer, Franz, Oberschreiber, in Luzern. 1896.

Haas-Zumbühl, Franz, Bäckermeister, in Luzern. 1917.

Heinemann, Franz, Dr. phil., Bibliothekar, in Luzern. 1899.

Kaufmann, Siegfr., Chorherr, in Münster. 1917.

Kopp, Karl Aloys, Stiftscustos, in Münster. 1917.

Lütolf, Konr., II. Stiftsarchivar, in Münster. 1917.

Meyer, Dr. *Karl,* Professor, in Luzern. 1911.

Müller-Dolder, Dr. *Edmund,* in Münster. 1916.

Pometta, Eligio, Trad. ital. V° Circ. S. B. B., in Luzern. 1916.

Troxler, Joseph, Professor, Rector der Mittelschule, in Münster. 1915.

Weber, Peter Xaver, Archivar, in Luzern. 1909. 12

Kanton Uri.

Gisler, Dr. *Karl,* in Altorf. 1916.

Wymann, Dr. *Eduard,* Staatsarchivar, in Altorf. 1910. 2

Kanton Schwyz.

Benziger, Dr. *Karl,* in Wien (Schweizerische Gesandtschaft). 1918.

Bommer, Ant. Dom., Professor, in Schwyz. 1878.

Kälin, J. B., alt Kanzleidirector, in Schwyz. 1875.

Meier, P. *Gabr.,* O. S. B., Bibliothekar, in Stift Einsideln. 1881.

Staub, P. Ignaz, O. S. B., Dr. phil., Professor, in Stift Einsiedeln. 1918.

5

Kanton Unterwalden.

Durrer, Rob., Dr. phil., Staatsarchivar, in Stans. 1890.

Egger, P. *Bonaventura,* O. S. B., Stiftsarchivar, in Engelberg. 1912.

Hess, P. *Ignaz,* O. S. B., Dr. phil., Beichtiger, in Wil, Kt. St. Gallen. 1899.

Jann, P. *Adalhelm,* Professor, Ord. Cap., in Stans. 1917.

Kaelin, P. *Bernhard,* O. S. B., Dr. phil., Professor, in Sarnen. 1918.

von Matt, Hans, Regierungsrath, in Stans. 1904.

Rüfenacht-Kehr, E., Zoologe, in Kerns. 1918.

Truttmann, Aloys, alt Bezirksammann, in Sarnen. 1901.

Wirz, Adalbert, Dr. jur., Landammann, in Sarnen. 1896.

Wyrsch, Jak., Med. Dr., Landammann, in Buochs. 1878. 10

Kanton Zug.

Keiser, Heinr. Aloys, Rector, in Zug. 1897. 1

Kanton Glarus.

Brunner, Jost, in Ennenda. 1911.

Gallati, Frieda, Dr. phil., in Glarus. 1904.

Heer, Gottfr., Dr. theol., Decan, in Hätzingen. 1881.

Nabholz, Ad., Dr. phil., Rector der höheren Stadtschule, in Glarus. 1898. 4

Kanton Freiburg.

Büchi, Dr. *Alb.,* Professor, in Freiburg. 1890.

Castella, Dr. *Gaston,* Professor am Collegium, in Freiburg. 1911.

de Diesbach, Serge, in Freiburg. 1918.

Ducrest, François, Directeur de la Bibliothèque Cantonale, in Freiburg. 1903.

von Eggis, Adolf, in Freiburg. 1906.

Handrick, Franz, Prem. Bibliothécaire, in Freiburg. 1917.

Kern, Léon, Dr. phil., in Freiburg. 1916.

Kirsch, Dr. *Joh. Peter,* Professor, in Freiburg. 1910.

Koller, Oswald, Dr. jur., in Freiburg. 1914.

Lademann, Hans, Oberamtmann, in Murten. 1915.

Lombriser, Joseph, Professor am Collegium St. Michael, in Freiburg. 1901.
Nadler, Dr. *Jos.,* Professor, in Freiburg (Villa Noël). 1918.
Schnürer, Dr. *Gust.,* Professor, in Freiburg. 1897.
Steffens, Dr. *Franz,* Professor, in Freiburg. 1897.
de Vries, Herman, Dr. phil., in Freiburg (Rue St-Pierre). 1916.
Waeger, Dr. *Franz,* Redactor, in Freiburg. 1918.
Wattelet, Dr. *Hans,* Advokat, in Murten. 1888.
de Weck, Marcel, Stud., in Freiburg. 1918.
de Zürich, Pierre, Le Chattelet, in Freiburg. 1918. 19

Kanton Solothurn.

Allemann, Ernst, Stadtbibliothekar, in Olten. 1918.
Büchi, Dr. *Hermann,* Professor, in Solothurn. 1916.
Girard, Adrian, in Grenchen. 1916.
Kaelin, Dr. *J.,* Professor, in Solothurn. 1916.
Lechner, Dr. *Ad.,* Staatsschreiber, in Solothurn. 1906.
Meyer, Kurt, Cand. phil., in Solothurn. 1916.
Tatarinoff, Eugen, Dr. phil., Professor, in Solothurn. 1895.
Wyss, Dr. *A.,* Arzt, in Hessigkofen. 1917. 8

Kanton Basel.

Bächtold, Hanns, Dr. phil., Nonnenweg 18. 1917.
Bächtold, Herm., Dr. phil., Professor, Mittlere Str. 148. 1913.
Barth, Dr. *Alb.,* Rector der Töchterschule, Schaffhauser-Rheinweg 61. 1904.
Bernoulli-Burckhardt, August, Dr. phil., Leimenstr. 78. 1874.
Bernoulli, Karl Christoph, Dr. phil., Oberbibliothekar, Holbeinstrasse 69. 1895.
Burckhardt, Dr. *August,* Albanvorstadt 94. 1895.
Burckhardt, Dr. *Paul,* Marschalkenstr. 53. 1914.
Dürr, Emil, Dr. phil., Professor, Militärstr. 12. 1908.
Finsler, Dr. *Georg,* V. D. M., Sonnenweg 16. 1891.
Geering-Respinger, Adolf, Buchhändler, Bäumleingasse 10. 1895

Geering, Dr. *Traugott,* Secretär der Handelskammer, Bachlettenstr. 54. 1884.

Geigy-Schlumberger, Dr. *Rudolf,* Dufourstr. 21. 1895.

Henrici, Hermann, Dr. jur., Privatdocent, Austr. 25. 1918.

Heusler, Andreas, Dr. jur., Professor, Grellingerstr. 16. 1859.

Heusler, Fritz, Bibliothekar, Holbeinstr. 68. 1914.

Holzach, Ferdinand, Dr. phil., Schulinspektor, Neubadstr. 5. 1895.

Huber, Dr. *August,* Staatsarchivar, Nonnenweg 25. 1907.

Laubscher, Armin, Kaufmann, Tellplatz 3. 1917.

Matzinger-Kündig, Alb., Dr. phil., Reallehrer, Lenzgasse 8. 1914.

Pfister, Dr. *Alex. Victor,* Lehrer, Byfangweg 26. 1905.

Roth, Dr. *Karl,* Assistent an der Universitätsbibliothek, Batterieweg 119. 1910.

Sarasin, Hans Franz, St. Albananlage 24. 1917.

Sarasin-Iselin, W., Bandfabrikant, St. Jakobstr. 14. 1895.

Schneider, Jak., Dr. phil., Professor, Bibliothekar, Sonnenweg 15. 1899.

Speiser, Dr. *Paul,* Nationalrath, Professor, Langegasse 86. 1881.

Stähelin, Dr. *Felix,* Professor, Gymnasiallehrer, Benkenstr. 15. 1899.

Stehlin, Karl, Dr. jur., St. Albanvorstadt 69. 1890.

Täuber-Schweizer, H., General-Agent der Schweiz. Lebensversicherungs- und Rentenanstalt in Zürich, Centralbahnplatz 2. 1918.

Thommen, Rud., Dr. phil., Professor, Angensteinerstr. 21. 1882.

Vischer, Dr. *Eberhard,* Professor, Schaffhauserweg 55. 1916.

Vischer, Eduard, Architekt, Langegasse 88. 1888.

Vischer, Dr. *Fritz,* Privatdocent, Langegasse 8. 1907.

Vischer, Wilhelm, Dr. jur., Rittergasse 31. 1886.

Wackernagel, Rud., Dr. jur., Professor, Wenkenhof, Riehen. 1881.

Waldburger, Aug., Pfarrer, Hochstr. 118. 1896.

Wieland, Dr. jur., *Karl,* Professor, Hirzbodenweg 87. 1895.

Zahn-Geigy, Fritz, Banquier, Gellertstr. 24. 1895. 37

Kanton Schaffhausen.

Bächtold, Dr. *C. A.,* Stadtarchivar, in Schaffhausen. 1883.

Bendel, H., Professor, in Schaffhausen. 1883.

Dettli, S., Telephonchef, in Schaffhausen. 1917.
End, G., technischer Director der Waffenfabrik, in Neuhausen. 1916.
Harder, Robert, Stadtrath, in Schaffhausen. 1908.
Henking, Dr. *Karl,* in Schaffhausen. 1880.
Lang, Dr. *Robert,* in Schaffhausen. 1909.
Utzinger, Dr. *Walter,* Gymnasiallehrer, in Schaffhausen. 1906.
Werner, Dr. *Hans,* Staatsarchivar, in Schaffhausen. 1917. 9

Kanton Appenzell.

Eugster, H., Nationalrat, in Speicher. 1897. 1

Kanton St. Gallen.

Bütler, Dr. *Placidus,* Professor, in St. Gallen. 1890.
Diebolder, Paul, in Goldach. 1908.
Dierauer, Joh., Dr. phil., Stadtbibliothekar, in St. Gallen. 1868.
Egli, Dr. *Joh.,* Professor, in St. Gallen. 1904.
Ehrenzeller, Dr. *Wilh.,* Professor, in St. Gallen. 1912.
Fässler, Oskar, Redactor, in St. Gallen. 1891.
Hagmann, J. G., Dr. phil., Professor, in St. Gallen. 1891.
Helbling, Karl, Rathschreiber, in Rapperswil. 1912.
Holenstein, Dr. *Th.,* Advocat, in St. Gallen. 1904.
Müller, Johann, Staatsarchivar, in St. Gallen. 1914.
Müller, Joseph, Stiftsarchivar, in St. Gallen. 1905.
Schiess, Dr. *Traugott,* Stadtarchivar, in St. Gallen. 1899.
Wartmann, Hermann, Dr. phil., in St. Gallen. 1860.
Willi, F., Stadtbibliothekar, in Rorschach. 1918. 14

Kanton Graubünden.

Camenisch, Dr. *Karl,* Director des hochalpinen Töchter-Instituts, in Fetan. 1901.
Gisler, Dr. *Anton,* Professor, in Chur. 1910.
von Jecklin, Dr. *Const.,* Professor, in Chur. 1889.
von Jecklin, Dr. *Fritz,* Stadtarchivar, in Chur. 1897.
Pieth, Dr. *Friedr.,* Professor (Kantonsbibliothek), in Chur. 1898.

von Planta, Dr. *Robert,* in Fürstenau. 1914.
Plattner, Placidus, alt Regierungsrath, in Chur. 1888.
Purtscher, Dr. *Fridolin,* Professor, in Chur. 1909.
Robbi, Dr. phil. *Jul.,* Staatsarchivar, in Chur. 1911.
Simeon, Anton, bischöfl. Archivar, in Chur. 1913.
Valär, Michael, Dr. phil., Secundarlehrer, in Chur. 1890. 11

Kanton Aargau.

Herzog, Dr. *Hans,* Staatsarchivar, in Aarau. 1884.
Heuberger, Dr. *S.,* Rector, in Brugg. 1896.
Mercier, Henry, in Ennetbaden. 1917.
Merz, Dr. jur., *Walther,* Oberrichter, in Aarau. 1892.
Müller, Dr. *Theod.,* Professor an d. Kantonsschule, in Aarau. 1917.
Pfyffer, Ivo, Seminardirector, in Wettingen. 1914.
Speidel, Dr. *Karl,* Bezirkslehrer, in Baden. 1916.
Welti-Herzog, Dr. *H.,* in Aarburg. 1913.
Wernli, Fritz, Bezirkslehrer, in Lenzburg. 1918. 9

Kanton Thurgau.

von Greyerz, Dr. *Theod.,* Kantonsschullehrer, in Frauenfeld. 1909.
Wuhrmann, Willy, Pfarrer, in Arbon. 1914. 2

Kanton Tessin.

Kubly-Müller, J. J., in Lugano. 1915. 1

Kanton Waadt.

Besson, Dr. *Marius,* Abbé, Professeur, à Lausanne (Avenue de Rumine). 1918.
Cart, Will., Dr., Professeur, à Lausanne. 1890.
Cornaz, Ernest, à Lausanne, Avenue Davel 8. 1915.
Favey, G., Membre du Tribunal fédéral, à Lausanne. 1874.
Gilliard, Dr. *Charles,* à Lausanne. 1914.
Lasserre, D., Lic. litt. hist., à Chailly s. Lausanne. 1915.
Maillefer, Paul, Dr. et Professeur, Directeur de la Revue historique vaudoise, à Lausanne. 1894.
de Montet, Albert, à Vevey. 1882.
Reichel, Dr. *Alex.,* Mitglied des Bundesgerichts, à Lausanne. 1898.

Reymond, Maxime, à Lausanne. 1915.
Schnetzler, Charles, Pasteur, à Oron la Ville. 1910.
Secretan, Eugène, à Lausanne. 1876. 12

Kanton Wallis.

de Courten, J^n-Ch^s, Juge cantonal, à Sion. 1917.
Grand, Dr. *Alfred,* Professor, in Brig. 1914.
Imesch, Dionys, Domherr, in Sitten. 1893.
Meyer, Leo, Kantonsarchivar, in Sitten. 1918. 4

Kanton Neuenburg.

Borel, Maurice, à Neuchâtel. 1911.
Bovet, André, Archiviste paléographe, Directeur de la Bibliothèque, à Neuchâtel, Faubourg du Crêt 33. 1913.
Du Pasquier, Armand, Dr. jur., à Neuchâtel. 1907.
Favarger, P., Dr. en droit, Avocat, à Neuchâtel. 1909.
Godet, Philippe, Professeur, à Neuchâtel. 1888.
Jeanjaquet, Jul., Dr. phil., Professeur, à Neuchâtel. 1900.
Montandon, Léon, Aide archiviste de l'Etat, à Neuchâtel. 1914.
Pêtremand, Jul., Professeur, à Neuchâtel. 1917.
Piaget, A., Professeur et Archiviste d'Etat, à Neuchâtel. 1900.
de Pury, Jean, Dr. J. U., Colonel à l'Etat-Major fédéral, à Neuchâtel. 1899.
de Pury, Paul, Directeur du musée historique, à Neuchâtel. 1904.
Rott, Edouard, Dr. en droit, à Paris (50, Avenue du Trocadéro). 1880.
de Rougemont, Léopold, à Neuchâtel. 1915.
Schelling, Henri, à Neuchâtel (Ecluse, 30). 1918. 14

Kanton Genf.

Aubert, Fernand, Licencié ès lettres, sous-conservateur à la Bibliothèque publique et universitaire, à Genève. 1906.
Aubert, Hippolyte, Archiviste-paléographe, à Crassier (Vaud). 1893.
Babel, Antony, Dr. en sociologie, Priv.-Doc. à l'Université, à Carouge (109 Rue de St-Julien). 1917.

Barbey, Frédéric, à Chambésy près Genève. 1902.

Barde, Edmond, Licencié en droit, Secrétaire de la rédaction du Journal de Genève, à Genève. 1913.

van Berchem, Victor, Dr. phil., à Genève (Rue des Granges 16). 1886.

Blondel, Louis, Conservateur du „Vieux Genève", à Genève (rue Sénebier, 16). 1915.

Borgeaud, Charles, Dr. phil. et jur., Professeur d'histoire suisse à l'Université, à Onex, près Genève. 1899.

de Budé, Guy, Licencié ès lettres, au Petit-Saconnex, près Genève. 1914.

Burnet, Edouard, à Genève (25 route de Chêne). 1910.

Chapuisat, Edouard, Licencié en droit, à Genève (route de Malagnou, 39). 1914.

de Claparède, Hugo, Dr. jur., Professeur à l'Université, à Genève (chemin Bizot). 1914.

Cramer, Lucien, Dr. jur., à Genève (avenue Marc Monnier, 5). 1903.

De Crue, Francis, Dr. ès lettres, Professeur à l'Université, à Genève (cours des Bastions, 15). 1905.

Dufour, Théophile, Directeur honoraire des Archives et de la Bibliothèque, à Genève (route de Florissant, 6). 1879.

Dunant, Albert, ancien conseiller d'Etat, à Genève (Grand Mézel, 4). 1914.

Favre, Edouard, Dr. phil., à Genève (rue des Granges, 12). 1879.

Gandillon, Henri, à Genève (1 Bout du Monde). 1914.

Gardy, Frédéric, Licencié ès lettres, Directeur de la Bibliothèque publique et universitaire, à Genève. 1909.

Gautier, Lucien, Dr. phil., Professeur honoraire à l'Université, à Cologny, près Genève. 1909.

Ladame, Paul, Dr. med., à Genève (Rondpoint de Plainpalais 5). 1916.

Martin, Alfred, Dr. jur., Professeur à la Faculté de droit, à Frontenex près Genève. 1914.

Martin, Paul-Edm., Dr. ès lettres, Archiviste d'Etat, à Genève (Hôtel de ville). 1905.

Micheli, Horace, Dr. ès lettres, à Landecy, près Genève (et à Berne, Oberhaspelweg). 1915.

Naville, Edouard, Dr. ès lettres et phil., Professeur à l'Université, à Malagny, près Genève. 1882.

Necker, Henry, à Genève (rue Calvin, 9). 1914.

Peter, Marc, Dr. en droit, Conseiller national, à Genève (Rue de la Croix d'or 12). 1918.

Rappard, William-E., Dr. jur., Professeur à l'Université, à Valavran, près Genève. 1915.

Rivoire, Emile, notaire, à Genève (quai de l'Ile, 15). 1914.

Seitz, Charles, Dr. ès lettres, Professeur à l'Université, à Genève (Tranchées de Rive, 3). 1914.

Vogt, Albert, Dr. ès lettres, Professeur à l'Université de Fribourg, à Genève (Rue Bonnivard 6). 1917.

Wagnière, Georges, Dr. jur., Ministre de la Confédération, à Rome. 1915. 32

Im Ausland.

His, Dr. *Rudolf,* Professor, in Münster (Westfalen), (Dechaneistr. 26). 1919. 1

314

Von diesen 314 Mitgliedern traten ein

1851—1860: 2 (A. Heusler — H. Wartmann).

1861—1870: 4 (Kd. Escher, G. Meyer von Knonau — J. L. Brandstetter — J. Dierauer).

1871—1880: 17 (H. Escher, W. Öchsli, P. Schweizer, A. Stern — H. Dübi, A. Haller, G. Tobler — A. D. Bommer, J. B. Kälin — J. Wyrsch — A. Bernoulli — K. Henking — G. Favey, E. Secretan — E. Rott — Th. Dufour, Ed. Favre).

1881—1890: 34.

1891—1900: 59.

1901—1910: 67.

Seit 1911: 131.

Ehrenmitglieder.

	Jahr der Aufnahme
Bresslau, Harry, Professor, in Hamburg	1891
Coolidge, W. A. B., in Grindelwald	1908
Ehrle, Franz, S. J., Praefect der Vaticana, in Rom	1895
Hauser, Henri, Professeur à l'Université, in Dijon	1913
Heyck, Eduard, in Ermatingen (Ktn. Thurgau)	1891
Mayr, Michael, Professor, Director des Archives für Tirol und Vorarlberg, in Innsbruck	1913
Obser, Karl, Director des badischen General-Landesarchives, in Karlsruhe	1913
Redlich, Oswald, Professor, in Wien	1903
von Riezler, Sigm. Otto, Professor, in München	1878
von Schneider, Eugen, Director des geheimen Haus- und Staatsarchives, in Stuttgart	1913
Schulte, Aloys, Professor, in Bonn	1890
Stouff, L., Professeur à l'Université, in Dijon	1902

Vergleichende Uebersicht

der

Gesammtzahl der Gesellschaftsmitglieder

von 1841 bis 1919.

	1841	1846	1861	1873	1881	1896	1919
Zürich . . .	43	48	26	26	35	42	66
Bern . . .	21	27	34	44	39	32	40
Luzern . .	11	15	11	12	14	11	12
Uri	1	1	1	1	1	2	2
Schwyz . .	2	1	1	—	5	7	5
Unterwalden .	1	1	—	—	6	5	10
Zug . . .	1	1	—	—	—	—	1
Glarus . . .	3	3	2	3	2	3	4
Freiburg . .	6	5	8	2	3	6	19
Solothurn . .	3	2	21	22	18	11	8
Basel . . .	23	33	30	29	33	47	37
Schaffhausen .	3	3	1	2	3	3	9
Appenzell . .	4	5	1	1	2	2	1
St. Gallen .	6	7	6	9	7	13	14
Graubünden .	36	39	15	6	4	7	11
Aargau . .	6	9	6	6	6	7	9
Thurgau . .	8	9	6	3	1	4	2
Tessin . . .	—	1	—	2	2	1	1
Waadt . . .	10	13	15	12	13	14	12
Wallis . . .	2	3	—	—	—	5	4
Neuenburg .	1	8	5	5	6	3	14
Genf . . .	17	16	11	10	14	18	32
Im Ausland .	—	—	—	—	—	—	1
	208	250	200	195	214	243	314
Ehrenmitglieder	—	8	21	18	13	16	12

GENÈVE ET LES SUISSES

AU XVe SIÈCLE

LA FOLLE VIE

ET LE

PREMIER TRAITÉ DE COMBOURGEOISIE

(1477)

PAR

VICTOR VAN BERCHEM.

AVANT-PROPOS.

L'année 1477 est une date mémorable dans l'histoire des relations de Genève avec les Suisses. Aux rapports de commerce qui existaient depuis longtemps entre la cité épiscopale et les villes du plateau suisse, vinrent s'ajouter alors, grâce au traité de combourgeoisie du 14 novembre 1477, des rapports de droit public avec le plus puissant des cantons, celui de Berne, et avec son alliée, la ville de Fribourg. Ce traité ne resta que peu d'années en vigueur; l'évêque Jean-Louis de Savoie, qui l'avait conclu pour la durée de sa vie, étant mort en 1482, il ne fut pas renouvelé. Mais il n'en a pas moins créé la tradition que renouèrent, au XVI[e] siècle, les patriotes genevois. A ce titre, il mérite d'être étudié. Et cela d'autant plus que les historiens genevois en ont longtemps ignoré le contenu, que plusieurs même en ont nié l'existence, parce qu'aucun texte ne s'en était conservé dans les archives de notre ville.

Au point de vue genevois, il est remarquable que ce rapprochement politique ait suivi de si près les événements de la guerre de Bourgogne. En effet, dans la conquête du pays de Vaud, en octobre 1475, l'armée des confédérés avait semé sur son passage l'épouvante et la ruine. Genève n'avait échappé à la dure loi de la guerre qu'en se rachetant du pillage par la promesse d'une grosse indemnité. Pendant plus d'une année elle s'était débattue contre les réclamations des cantons, jusqu'au jour où l'expédition de la Folle vie, en février 1477, la contraignit à s'exécuter. Comment a-t-il pu se faire que, malgré la colère et la rancune amassées dans les cœurs genevois par les exigences des Suisses,

l'évêque et les citoyens se soient trouvés d'accord pour rechercher l'alliance d'Etats qui venaient de traiter leur ville si durement? Le lecteur ne s'étonnera pas si, pour résoudre cette question, nous avons été amené à donner une large place, dans cette étude, aux circonstances qui ont précédé le traité de 1477 et en ont acheminé la conclusion.

En s'alliant aux Suisses, l'évêque Jean-Louis se proposait, semble-t-il, de créer un contrepoids à l'influence prépondérante de la cour de France sur les affaires de la Savoie. Cette politique d'équilibre s'inspirait des méthodes de la diplomatie européenne à cette époque; elle est d'ailleurs trop conforme à ce que nous savons du caractère de l'évêque pour surprendre beaucoup de sa part. Mais il importera de déterminer dans quelle mesure et dans quelle intention les citoyens, lésés plus directement que leur prince dans leurs intérêts matériels et leur patriotisme par la conduite des Suisses, se sont associés à cet acte important, point de départ d'une orientation nouvelle de la destinée de Genève. Ce que l'on peut affirmer d'emblée, c'est qu'ils n'en prévirent pas les conséquences lointaines. Dans leur esprit, la combourgeoisie de 1477 ne fut pas, comme celles du XVIe siècle, dirigée contre la Savoie qui venait précisément de renouveler son ancienne alliance avec Berne, en l'étendant à Fribourg. La maison de Savoie exerçait alors sur Genève un ascendant incontesté. Ce n'est que peu à peu, pendant la fin du XVe siècle et les premières années du XVIe, que deviendra manifeste, aux yeux de la bourgeoisie genevoise, l'opposition fondamentale entre le principe monarchique représenté par le duc de Savoie et la démocratie républicaine des villes suisses. Alors seulement, l'alliance des cantons apparaîtra au parti naissant de l'indépendance de Genève comme l'unique moyen d'assurer le triomphe d'un nouvel idéal politique.

L'étude que nous entreprenons resterait incomplète si elle ne s'appuyait que sur les documents de provenance genevoise. Pour mettre en lumière le rôle des Suisses, nous n'avons pas eu recours seulement aux récits des chroniqueurs bernois et fri-

bourgeois ou aux procès-verbaux de la diète, nous avons demandé aux documents inédits des principales archives suisses un complément d'information que les historiens genevois ont trop souvent négligé lorsqu'ils se sont occupés des rapports de Genève avec les cantons. En facilitant nos recherches dans les dépôts confiés à leurs soins, MM. P.-E. Martin, à Genève, H. Türler et G. Kurz, à Berne, T. de Raemy, à Fribourg, et H. Nabholz, à Zurich, ont été pour nous de précieux collaborateurs. Qu'ils trouvent ici l'expression de notre vive gratitude. Nous n'avons garde d'oublier ce que nous devons aussi à nos devanciers, dont les écrits seront cités au cours de ce travail. Notre ambition serait satisfaite si, en suivant leurs traces, nous avions réussi à faire mieux connaître un chapitre de l'histoire nationale.

Genève, le 31 décembre 1918.

ABRÉVIATIONS.

A. MANUSCRITS.

Genève: Archives d'Etat, à Genève.
P H: Pièces historiques.
Mandats: Comptes, mandats et quittances.
Fiefs: Titres et droits de la Seigneurie.
Notaires: Minutes des notaires „latins".

Berne: Archives d'Etat, à Berne.
Ratsmanual: 1re série des Ratsmanuale.
D. Miss.: Deutsche Missivenbücher.
Lat. Miss.: Lateinische Missivenbücher.

Fribourg: Archives cantonales, à Fribourg.
Manual: Manuaux du Conseil.
Comptes: Comptes des trésoriers.
Correspondance: séries Berne, Genève.
Savoie: Fonds de Savoie.

Bibl. Fribourg: Bibliothèque cantonale, à Fribourg.
Collection Girard.

Zurich: Archives d'Etat, à Zurich.
Abschiede: Abschiede soit recès de la diète, provenant de la série générale de Zurich ou de la collection Tschudi.

B. IMPRIMÉS.

Bonivard: Chroniques de Genève par François Bonivard. Ed. G. Revilliod, Genève, 1867, 2 vol. in-8.

Borel: F. Borel, Les foires de Genève au quinzième siècle. Genève et Paris, 1892, in-4.

Büchi, *Akten:* A. Büchi, Freiburger Akten zur Geschichte der Burgunderkriege, 1474—1481 (Freiburger Geschichtsblätter, t. XVI, 1909).

Büchi, *Missiven:* A. Büchi, Freiburger Missiven zur Geschichte des Burgunderkrieges (*ibidem,* t. XIII, 1906).

E A: Amtliche Sammlung der ältern eidgenössischen Abschiede. T. II, 1863; III, 1858.

Gabotto: F. Gabotto, Lo stato sabaudo da Amedeo VIII ad Emanuele Filiberto. T. I—III (1451—1504), Turin, 1892—1895, 3 vol. in-8.

Galiffe, *Matériaux:* J.-A. Galiffe, Matériaux pour l'histoire de Genève. Genève, 1829 et 1830, 2 vol. in-8.

Gingins, *Dépêches:* F. de Gingins la Sarra, Dépêches des ambassadeurs milanais sur les campagnes de Charles-le-Hardi, duc de Bourgogne, de 1474 à 1477. Paris et Genève, 1858, 2 vol. in-8.

Gingins, *Episodes:* F. de Gingins la Sarra, Episodes des guerres de Bourgogne, a° 1474 à 1476 (M D R, t. VIII, 1849).

Jahrbuch: Jahrbuch für schweizerische Geschichte, herausgegeben auf Veranstaltung der allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz.

Knebel: Johannis Knebel capellani ecclesiae Basiliensis Diarium. T. I et II (Basler Chroniken, herausgeg. von der Historischen und antiquarischen Gesellschaft in Basel, t. II, III, 1880 et 1887).

M D G: Mémoires et documents publiés par la Société d'histoire et d'archéologie de Genève.

M D R: Mémoires et documents publiés par la Société d'histoire de la Suisse romande.

Molsheim: Peter von Molsheims Freiburger Chronik der Burgunderkriege. Ed. A. Büchi, Berne, 1914, in-8.

Ochsenbein: Die Urkunden der Belagerung und Schlacht von Murten, gesammelt von G. F. Ochsenbein. Fribourg, 1876, in-4.

R C: Registres du conseil de Genève, publiés par la Société d'histoire et d'archéologie de Genève. T. II (1461—1477), III (1477—1487), Genève, 1906 et 1911, in-8.

Rodt: E. von Rodt, Die Feldzüge Karls des Kühnen, Herzogs von Burgund, und seiner Erben. Schaffhouse, 1843 et 1844, 2 vol. in-8.

Schilling: Die Berner-Chronik des Diebold Schilling, 1468—1484. Ed. G. Tobler, Berne, 1897 et 1901, 2 vol. in-8.

Segesser: A. Ph. von Segesser, Beiträge zur Geschichte des Stanzer-Verkommnisses (Sammlung kleiner Schriften, t. II, Berne, 1897, p. 1 et suiv.).

Wirz, *Regesten:* Regesten zur Schweizergeschichte aus den päpstlichen Archiven, 1447—1513. Gesammelt und herausgeg. vom Bundesarchiv in Bern. Heft 1—5, Berne, 1911—1915, 5 vol. in-8.

I. La rançon de Genève.

Le samedi 28 octobre 1475, une vingtaine de cavaliers suivaient la route qui conduit de Genève à Lausanne en longeant le lac. Parmi les chefs qui chevauchaient en tête de la petite troupe, deux portaient le costume ecclésiastique; les autres, plus nombreux, celui des riches bourgeois de l'époque. Ils avaient le visage soucieux et se hâtaient. C'étaient les représentants de l'église et de la ville de Genève qui se rendaient auprès des capitaines suisses, dont les troupes, arrêtées à Morges, se préparaient à marcher sur Genève [1]).

Dès le début de la crise qui aboutit à la guerre de Bourgogne, les Genevois avaient été compromis à l'égard des Suisses par l'attitude de leur évêque, Jean-Louis de Savoie, qui soutenait la politique bourguignonne de sa belle-sœur Yolande de France, duchesse-régente de Savoie. Ils s'étaient attiré le ressentiment particulier des Bernois en laissant outrager dans leur ville, à la fin de juillet 1474, l'avoyer Nicolas de Diesbach, alors que ce personnage influent revenait d'une mission à la cour du roi de France Louis XI, en compagnie du prévôt lucernois de Munster, Josse de Silinen, et d'ambassadeurs autrichiens [2]). Aux yeux de Berne, l'évêque Jean-Louis et les Genevois avaient aussi leur part de responsabilité dans les entraves que la politique savoyarde faisait

---

[1]) R C, t. II, p. 393 et suiv.; Schilling, t. I, p. 311—315. Sur les frais de cette ambassade: *Genève*, Mandats 12 déc. 1475 (a), 75 ff à Pierre de Viry, chanoine de Genève; 28 nov., 3 ff 7 s 6 d à Aimé de Lestelley, bourgeois de Genève et secrétaire ducal (R C, t. II, p. 405, 408).

[2]) R C, t. II, p. 295 et n. 1; Schilling, t. I, p. 311—312; t. II, p. 82. Nous reviendrons ailleurs sur cet incident.

subir aux marchands des Ligues et d'Allemagne qui se rendaient aux foires de Lyon; enfin, ils accueillaient et laissaient passer par le pont du Rhône les mercenaires italiens qui allaient renforcer l'armée du duc Charles de Bourgogne, avec lequel les Suisses étaient en guerre [1]).

Genève ne se fit donc pas illusion sur le sort qui lui était réservé, lorsque les villes de Berne et de Fribourg eurent déclaré la guerre au comte de Romont, au milieu d'octobre 1475, et que leur armée, bientôt accrue des contingents de Soleure et des autres cantons, eut envahi en peu de jours et saccagé le pays de Vaud. Principal marché de la Savoie et entrepôt de commerce sur les routes qui conduisaient de l'Allemagne méridionale à Lyon et d'Italie en Bourgogne, Genève avait une réputation de richesse bien faite pour allumer la convoitise des Suisses, en un temps où, pour le simple soldat, la soif du butin était le premier mobile de la guerre.

Cependant, tandis que les Bernois, en entrant en campagne, étaient résolus à pousser jusqu'à Genève, où leurs confédérés ne demandaient qu'à les suivre, le gouvernement fribourgeois s'opposait à cette expédition nouvelle [2]). Il n'avait consenti à la guerre qu'après avoir obtenu l'assurance qu'elle serait limitée aux terres qui formaient l'apanage de Jacques de Savoie, comte de Romont — c'est à dire au pays de Vaud — mais qu'elle ne toucherait pas au duc de Savoie lui-même, sous la suzeraineté duquel la

---

[1]) Berne à Strasbourg, 29 oct. 1475: *Berne*, D. Miss. C, p. 606. Voir *Les cantons suisses et Genève, 1477—1815*, dans M D G in-4, t. IV (1915), p. XVIII et suiv.

[2]) Berne à Fribourg, 28 oct.; Berne à l'armée en campagne, 29 oct.: *Berne*, D. Miss. C, p. 604, 607b et 609. — *Archiv für schweiz. Geschichte*, t. V, p. 143—145; Schilling, t. I, p. 312 n. 2; Büchi, *Akten*, p. 107—109, nos 12, 13; *Missiven*, p. 68, no 64. — Voir A. von Tillier, *Geschichte des eidgenössischen Freistaates Bern*, t. II (Berne 1838), p. 256—257; E. von Rodt, *Die Feldzüge Karls des Kühnen*, t. I (Schaffhouse 1843), p. 545—551; Büchi, *Freiburgs Bruch mit Österreich, sein Übergang an Savoyen und Anschluß an die Eidgenossenschaft*, dans *Collectanea Friburgensia*, t. VII (1897), p. 130.

ville de Fribourg s'était placée en 1452. Or Genève était entourée de tous les côtés par les terres du duc, et celui-ci possédait, dans la ville, le vidomnat épiscopal. De plus, les Fribourgeois avaient des intérêts considérables à Genève, qui servait de débouché à leurs draps; ils comprenaient le danger qu'il y aurait à livrer cette place aux passions de la soldatesque, excitées par le pillage des villes vaudoises. Aussi usèrent-ils de leur influence auprès des magistrats bernois et au sein du conseil de guerre pour faire échouer le plan de Berne. Leur énergique intervention facilita la tâche des ambassadeurs genevois que nous venons de voir se diriger sur Morges et qui avaient pour mandat de préserver leur cité de la ruine dont elle était menacée.

Après des négociations difficiles, les envoyés de Genève obtinrent gain de cause; mais la retraite de l'armée suisse dut être chèrement achetée. Par le traité conclu à Morges, le dimanche 29 octobre 1475, la ville s'engagea à verser aux Suisses une contribution de guerre de 26,000 florins du Rhin [1]). Deux jours auparavant, le conseil de Genève avait tenu à affirmer „qu'en droit la ville ne devait rien aux Suisses". Malheureusement, elle n'était pas préparée à repousser l'assaut des redoutables soldats des Ligues. Il fallut bien souscrire aux dures conditions de l'envahisseur.

Cette rançon considérable devait être payée dans un délai

---

[1]) E A, t. II, p. 567; cf. p. 569g. Voir R C, t. II, p. 397; Schilling, t. I, p. 313; Molsheim, p. 108—110; Knebel, t. I, p. 310. — On peut se faire une idée de l'importance de cette somme à l'aide du calcul suivant: en 1477, le florin du Rhin renfermait 2,45 grammes d'or fin; 26,000 florins représentent donc 63,700 grammes de ce métal. Si l'on divise ce nombre par le poids d'or fin que contient une pièce de dix francs, on obtient 219,410 francs. En admettant, avec Blavignac (*Etudes sur Genève,* 2e éd., t. I (1872), p. 41), qu'en 1480 le sou avait, à Genève, une puissance dix-sept fois plus grande que de son temps, on arrive à estimer la valeur de la rançon à environ 3,730,000 francs. Encore ce calcul, valable pour 1872, ne fait-il pas entrer en compte la difficulté, bien plus grande alors qu'aujourd'hui, de produire de la richesse. A cette occasion, la fortune imposable à Genève, tant mobilière qu'immobilière, fut estimée à environ 250,000 florins du Rhin seulement.

très court, soit 10,000 florins à la fin de novembre, et 16,000 à la foire de l'Epiphanie (6 janvier 1476). Outre la somme fixée par le traité, les envoyés genevois avaient consenti à un versement supplémentaire de 2000 florins au bout d'une semaine. Deux d'entre eux, l'ancien syndic Antoine de Saint-Michel et le barbier Pierre Cortagier, furent emmenés à Fribourg, où ils devaient rester à l'auberge, sous bonne garde, jusqu'à l'arrivée dans cette ville de quatre otages, choisis dans les familles les plus riches de la bourgeoisie genevoise [1]).

A Genève, dès le 2 novembre, le conseil général avait donné pleins pouvoirs aux syndics et au conseil ordinaire pour trouver l'argent de ce premier paiement. Deux jours plus tard, le trésorier Girard de La Foge s'installait à la maison commune. Sous la surveillance des syndics et avec l'aide du guet municipal et des sergents de la justice épiscopale, il recueillit le produit d'une première taille imposée aux habitants de la ville, prolongeant son travail jusque tard dans la soirée, à la lueur des torches et des chandelles [2]). Le 7 novembre, 1900 florins du Rhin purent être remis au grand sautier de Berne, envoyé à Genève pour surveiller et hâter cette opération [3]). Déjà les Suisses s'impatientaient.

---

[1]) *Genève*, Mandats 19 déc., 69 ff 2 s à A. de Saint-Michel, conseiller, „ipso existente in hostagio apud Friburgum, secum existente P. Cortagerii, barberio“, avec le rôle de leur dépense du 28 oct. au 9 déc. Leur pension coûte 6 gros par jour pour chacun d'eux. Leurs gardes sont payés pendant trente jours. Ils offrent à boire aux seigneurs de Fribourg et de Berne, venus pour les visiter. Ils dépensent 2 ff pour „la bella chiera de la hosstesse et des varlet et des serventes“; donnent 6 gros au secrétaire de la ville etc.

[2]) R C, t. II, p. 397—398. — *Genève*, Mandats 2 janv. 1476, 71 ff 1 s 9 d à G. de La Foge, trésorier, avec un rôle des dépenses occasionnées par cette opération. Le mot *mutuum*, employé à cette occasion, a le sens d'impôt obligatoire. Sur le rôle du guet et des sergents de justice dans la perception des impôts communaux, voir L. Micheli, *Les institutions municipales de Genève au XVe siècle*, dans M D G, t. XXXII, p. 163.

[3]) *Genève*, Mandats 7 nov. 1475, 3800 ff de Savoie à Henri Vonconvers (?), „sartorius d. Bernensium“, qui donna quittance par devant notaire. Il ne peut s'agir que du grand sautier bernois, Heizmann (soit Henri) von Kunried; voir E A, t. II, p. 575 i, 698. Il passa onze jours à Genève,

Dès que la somme fut complète, le conseil fit reconduire l'ambassadeur bernois en barque à Lausanne — pour éviter les risques du voyage par terre — et le fit escorter, lui et son argent, jusqu'en lieu sûr [1]). Il l'avait défrayé de tout, pendant son séjour à Genève, et lui avait fait présent de dix écus dans l'espoir qu'en rentrant chez lui, cet officier se louerait de la bonne volonté des Genevois [2]). Une partie, au moins, de ces 2000 florins fut distribuée, comme gratification, aux capitaines suisses de l'armée de Morges et à leurs soldats [3]).

Le 14 novembre, le syndic Jean de La Foge partait à son tour pour Fribourg et Berne, afin d'y négocier, au nom de l'évêque et de la ville, la prolongation des termes de paiement de la rançon et la suppression de la clause onéreuse des otages [4]). Mais les deux villes suisses, disposées à une concession sur le premier point,

---

logé avec ses serviteurs chez Gilbert Cronvers, chapelain de la chapelle du cardinal d'Ostie, tandis que ses chevaux mangeaient l'avoine chez Gonrard, hôte de la Tour Perse: Mandats 2 janv., déjà cité.

[1]) *Berne,* Ratsmanual, vol. 18, p. 146 (8 nov.); Büchi, *Akten,* p. 23 (7 et 13 nov.). Le 13, le conseil de Fribourg décide: „Scribe a Geneve quod miramur quod apointemento facto a Morse non wirt nachkommen, et quod procuret quod sequatur, alioquin necesse erit d'y porveoir.“ — *Genève,* Mandats 2 janv., déjà cité; 5 déc. (b), 24 ff à J. Jaquemet dit Conod, „conducendo secure ambassatiorem Berne cum duobus millibus scutorum eis expeditis“ (R C, t. II, p. 406).

[2]) *Genève,* Mandats 5 déc. (a), 22 ff à maître Henri, ambassadeur de Berne et de Fribourg, „incluso uno scuto dato ejus servitori pro vino“ (R C, t. II, p. 406).

[3]) „So den knechten ze trinkgelt worden ist“: E A, t. II, p. 575 i. — *Zurich,* Abschiede, coll. Tschudi, I. 24; d'après ce texte, la somme remise à chaque capitaine était de „ CX schilt minder eins ducaten und ein Ort eins guldin“.

[4]) R C, t. II, p. 398, 401—405 (7, 20, 25 et 26 nov.). — *Genève,* Mandats 12 déc. (b), 30 ff 8 s à Jean de La Foge, syndic. Celui-ci voyageait avec six chevaux; le chapelain Gilbert Cronvers lui servait d'interprète; ils passèrent deux jours à Berne et étaient de retour le 25 novembre (R C, t. II, p. 408). — Berne à Nuremberg, 20 nov.; Berne à l'évêque de Genève, 22 nov.: *Berne,* D. Miss. C, p. 642; Lat. Miss. A, fol. 413 v°.

restèrent inflexibles sur le second et exigèrent l'envoi immédiat à Fribourg des quatre otages nommés dans le traité de Morges. Si cet article n'était pas exécuté, elles étaient résolues à reprendre les armes et viendraient punir Genève. Elles menaçaient aussi les magistrats genevois d'une nouvelle campagne, s'ils n'obtenaient de leur évêque qu'il abandonnât le commandement de l'armée savoyarde qui défendait le Bas-Valais contre les Valaisans, alliés des Bernois, et qu'il fît cesser les hostilités [1]). Des pourparlers de paix s'étant engagés peu de jours après entre l'évêque et les Valaisans, Fribourg et Berne unirent au contraire leurs efforts pour arrêter les exploits d'une bande de compagnons, venus de divers cantons et rassemblés à Yverdon dans le dessein de courir les terres de l'évêque de Genève. Elles se rendaient compte que si elles laissaient faire ces pillards, l'évêque serait en droit de se plaindre du manque de loyauté des Suisses. Qu'adviendrait-il alors du paiement des 26,000 écus promis par Genève et dont les deux villes se sentaient responsables envers les cantons [2]) ?

A la fin de novembre, les Genevois se décidèrent enfin à faire partir, sous la conduite du syndic Nicolin Lingot, les otages qui leur étaient réclamés [3]). Après avoir arraché, non sans peine, le

---

[1]) Berne à l'évêque de Genève, 16 nov.: *Berne*, Ratsmanual, vol. 18, p. 158. — R C, t. II, p. 401, 402, 405, 419 (20, 23, 25 et 28 nov.). Voir A. Grand, *Der Anteil des Wallis an den Burgunderkriegen* (Brigue 1913), p. 68 et suiv., 84—85.

[2]) Fribourg à Berne, 22 et 23 nov.: Büchi, *Akten*, p. 110, nº 17; *Missiven*, p. 71, nº 67. — *Berne*, Ratsmanual, vol. 18, p. 170 (23 nov.): „An Albin von Silinen dem houptman (des troupes suisses à Yverdon): verneme er das dehein knecht uber den bischoff von Jenff wellen, das er semlichs bi lib und gůt verbiet und angeseche was gemeinen Eidgnossen daran lege der XXVI^{m} schilt halb.“ Ces mesures n'empêchèrent pas la terre de Romainmotier, dont l'abbaye appartenait en commende à l'évêque de Genève, d'être complètement pillée: Büchi, *Akten*, p. 27.

[3]) R C, t. II, p. 402—405, 406 (21, 25 et 26 nov., 10 déc.). — *Genève*, Mandats 2 janv., déjà cité. Le chapelain Cronvers fut aussi de cette seconde ambassade (R C, t. II, p. 410).

consentement des familles intéressées, le conseil avait fait choix de Boniface de Saint-Michel, et des fils, encore enfants, d'Aymon de Versonnex, de Jean d'Orsières et du syndic Lingot lui-même, trois des premiers citoyens de Genève [1]). Le conseil général donna des garanties pour leur entretien et leur libération. Dans une lettre pleine de déférence, que Lingot fut chargé de porter aux deux villes suisses, les syndics et conseil de Genève renouvelèrent l'assurance que si les délais de paiement de la rançon étaient prolongés, Genève tiendrait ses engagements [2]). Cependant, malgré cette promesse et les cadeaux remis à certains magistrats de Berne et de Fribourg [3]), malgré l'intervention de la duchesse

---

[1]) Le traité de Morges avait désigné comme otages: Pierre de Versonnex, Boniface de Saint-Michel, Pierre Du Peyrat et Jean Lingot. Les négociateurs genevois indiquèrent au conseil: Boniface de Saint-Michel et les fils d'Aymon de Versonnex, de Jean d'Orsières et de Peyrat; le registre du conseil ajoute que ce dernier dut être remplacé par le fils de Nicolin Lingot. Les Fribourgeois se plaignirent du changement apporté à la liste primitive. Comme on ignore si les otages prévus à Morges étaient ou non des enfants, il est difficile de dire en quoi consista ce changement. Voir R C, t. II, p. 397, 398, 403—406. De son côté, Bonivard (t. I, p. 254, 259) ne mentionne comme otages que deux enfants et les appelle: Pierre d'Orsières et Jean-Louis de Versonnex.

[2]) 28 nov.: Büchi, *Akten*, p. 111, nº 18.

[3]) En vertu du rapport fait au conseil par le syndic de La Foge: „convenit, nomine civitatis, dare certa dona pro prolungacione terminorum obtinenda, acsendencia ad centum scuta et unam vestem": R C, t. II, p. 403. — Les Mandats ont conservé la trace de quelques dons qui pourraient aussi résulter de promesses faites lors du traité de Morges: 12 déc. 1475 (c), 26 ff 6 s à Hugonet Valet, pour 4 aunes de drap noir fin, données par la ville à Pétremand Pavillard, avoyer de Fribourg, „in composicione facta cum d. Bernensibus et Friburgensibus" (R C, t. II, p. 408); — 9 janv. 1476 (a), 48 écus de Savoie à Ant. Achard, conseiller, pour 12 aunes de velours fin, envoyées à la femme de l'avoyer de Berne „eidem per ambassiatores nostros ad causam pacis ultimate facte dati" (R C, t. II, p. 406, 413; le mandat du 2 janvier, déjà cité, mentionne le coût des couvertures et de la caisse dans lesquelles le velours fut emballé, et les frais de transport d'une *vestis* et du velours envoyés à Berne); — 9 janv. (b), 28 écus 4 s à no. Amédée de Peymes, conseiller, pour 8 aunes de velours, envoyées

de Savoie en faveur des Genevois [1]), le premier terme de la rançon ne fut prorogé que jusqu'à Noël 1475. Le syndic Lingot revint à Genève le 9 décembre, avec cette nouvelle. Il ramenait avec lui, après en avoir obtenu la mise en liberté provisoire, les deux otages de la première heure — Antoine de Saint-Michel et Pierre Cortagier — et peut-être aussi les quatre otages qu'il avait lui-même conduits [2]).

Berne n'avait pas cédé sans compensation aux instances de l'envoyé genevois. En prévision de la guerre contre le duc de Bourgogne, elle attendait avec impatience une somme de 10,000 francs, que le roi de France aurait dû payer aux Cantons depuis plus d'une année, par délégation du duc d'Autriche, et dont le transport, de Lyon en Suisse, causait les plus graves inquiétudes à ses magistrats. Nicolin Lingot et Antoine de Saint-Michel durent s'engager personnellement, et au nom de leurs concitoyens, à collaborer activement à ce transport, auquel le conseil bernois chercha aussi à intéresser son ancien ami, Philippe de Savoie, sire de Bresse. Cette négociation fait toucher au doigt l'importance de la place de Genève pour les Suisses, auxquels elle servait de communication naturelle avec leur allié, le roi de France; elle éclaire les motifs que Berne avait, malgré son irritation contre les Genevois, de les ménager autant que possible et de gagner leur amitié.

---

aux magistrats de Berne et de Fribourg, „eisdem per ambassiatores nostros occasione pacis promissis, inclusa coopertura et quessia ejusdem"; — 13 janv. 1478, 10 écus, à Antoine de Saint-Michel qui a remis cette somme à „Vulliz Tetremand (Techtermann), Alemano, capitaneo armate novissime existentis in villa Morgie, sibi per ambassiatores dicte communitatis qui illic ultimo fuerunt pro certis gratuitis servitutibus eidem communitati et eisdem factis" (R C, t. III, p. 63).

[1]) Instructions du 24 nov., données par la duchesse de Savoie à ses ambassadeurs allant à Fribourg et à Berne: Büchi, *Missiven*, p. 76. Elle demandait aux deux villes de prolonger le terme du premier versement des Genevois jusqu'à la foire de l'Apparition (6 janv. 1476).

[2]) Suivant Schilling (t. I, p. 314; t. II, p. 127) et Molsheim (p. 110), cette libération excita, chez les confédérés qui n'avaient pas été consultés, un vif mécontentement contre Berne et Fribourg. Voir ci-après, p. 23 n. 3.

Avant d'être relâchés, les otages prêtèrent serment, sur les saintes Ecritures, de se représenter au bout de trois semaines à Berne et de faire, dans l'intervalle, tout ce qui dépendrait d'eux pour assurer le paiement du terme prorogé [1]).

Comment Genève allait-elle se procurer cette somme de 10,000 florins du Rhin dans le bref délai qui lui était accordé? En ces temps troublés, les marchands de la ville, qui seuls auraient pu fournir du numéraire en quantité suffisante, ne pouvaient se faire payer par leurs propres débiteurs [2]). D'ailleurs l'argent se cachait. Beaucoup d'habitants aisés, nationaux ou étrangers, préférèrent même se soustraire par la fuite aux mesures fiscales qu'ils prévoyaient [3]). Très embarrassé, le conseil s'efforçait de mettre à contribution l'évêque et le chapitre, la duchesse de Savoie et le comte de Genevois; il prétendait imposer les marchands bourguignons, dont les ballots, en dépôt à Genève en octobre 1475, avaient été préservés du pillage par l'accord avec

---

[1]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 18, p. 184—186, 188, 213, 217 (5, 6, 8, 26 et 30 déc. 1475); en particulier cette lettre du 5 déc. „an die eidgnossen: man habe den von Jenff umb das gelt iii wuchen zil geben und das darumb getan das die X^{m} francken damit ouch harus komend, das ouch die von Jenff zůgeseit hand"; Lat. Miss. A, fol. 418 et suiv. (8, 13 et 15 déc.); D. Miss. C, p. 669, 672 (27 et 30 déc.). — Voir E A, t. II, p. 569 f; *Archiv für schweiz. Geschichte*, t. V, p. 145 et B. de Mandrot, *Etudes sur les relations de Charles VII et de Louis XI avec les cantons suisses*, dans le *Jahrbuch*, t. VI (1881), p. 219.

[2]) Büchi, *Missiven*, p. 76 (24 nov.): „car lez marchans de Geneve, qui doivent faire ce payement, pour la plupart ont leurs debiteurs dont ilz n'ont peu avoir satisfaction, causans les occurrans."

[3]) R C, t. II, p. 411 (19 déc.). Cette émigration est confirmée par Schilling (t. I, p. 313) et par des documents postérieurs. Au congrès de Fribourg (août 1476), les médiateurs reconnaissent „dasz die statt Jenff verderbt und die mechtigen burger davongetzogen weren": Knebel, t. II, p. 463. Dans des instructions diplomatiques rédigées par le conseil de Genève, en avril 1477, il est dit qu'ensuite de la contribution de guerre due aux Suisses, „la cité est au present depopulée des merchans et gens ayent de quoy, lesquelx durant ladite creinte ne reviendroint ne retournaront poynt a ladite cité": *Genève*, P H, Supplément, nº 23.

les Suisses [1]). Une commission taxatrice, nommée le 12 novembre, fit l'estimation de tous les biens-fonds de la ville et du territoire des franchises; le 11 décembre, on décida d'évaluer aussi les marchandises, base essentielle de la fortune mobilière. Le total s'éleva à environ 500,000 florins de Savoie, soit 250,000 écus de Savoie ou florins du Rhin. Et l'on calcula que, pour obtenir l'argent de la rançon, il fallait lever une taille extraordinaire de 12% sur ce capital. Toutefois, on n'imposa ce taux élevé qu'aux contribuables qui quitteraient la ville; à ceux qui restaient, on décida de ne réclamer que la demi-taxe [2]). Enfin, le conseil général, réuni en présence de l'évêque, adopta le principe d'une série d'impôts indirects payables pendant dix ans, pour libérer la ville de sa dette [3]).

Il ne pouvait être question de lever en une fois l'énorme taille votée sous la pression de la nécessité. Lorsque, le 23 décembre, sur l'ordre du conseil, le trésorier de La Foge se mit à en percevoir une première fraction, il éprouva une résistance qu'expliquent en partie les difficultés déjà mentionnées et la prétention de certains privilégiés à l'exemption des charges municipales [4]).

---

[1]) R C, t. II, p. 406—408, 410 (5, 11, 12 et 19 déc.).

[2]) R C, t. II, p. 399, 400, 404, 405, 407, 410—411 (12 et 26 nov.; 11, 12 et 19 déc.). — *Genève*, Mandats 12 déc. (d), 16 ff à Cl. Ravonel, bourgeois et l'un des taxateurs, pour les dépenses faites dans sa maison par la commission travaillant pendant treize jours, suivant son compte intitulé: „Scensuis la despense fayte par lé catre deputé par le consel genera.“ — Le *Registrum estimationum* établi par un des commissaires, le notaire Aimé de Lestelley, a été publié par Chaponnière dans M D G, t. VIII, p. 309—416; voir R C, t. II, p. 400 n. 1, 443, 448; t. III, Index, au mot *Taxa*. L'estimation des biens-fonds monta à 385,056 florins, avec les marchandises: 499,700 florins.

[3]) R C, t. II, p. 408—411 (15, 17, 18 et 27 déc.). — L'autorisation de l'évêque était nécessaire pour établir un droit sur un produit quelconque, tandis que les citoyens étaient libres de décréter une taille sans son intervention; voir Micheli, *op. cit.*, p. 160, 167.

[4]) R C, t. II, p. 398, 399, 405, 411, 413, 414, 416 (7, 12, 26 et 28 nov.; 26 déc. 1475; 9, 23 et 30 janv. 1476). — *Genève*, Mandats 31 déc. 1476 (a), 136 ff 9 s 9 d 9 ob. à G. de La Foge, trésorier. Les premières assignations

Les récalcitrants étaient cités à comparaître à l'Evêché; les scellés étaient apposés sur les portes de leurs maisons [1]). Le 27 décembre, le conseil décida que l'obligation réclamée par les seigneurs des Ligues pour le solde impayé de la rançon porterait le sceau de la communauté [2]).

Déjà le délai accordé aux Genevois pour le premier terme était écoulé. Le conseil s'étant excusé de ce retard auprès de Berne et de Fribourg, les deux villes lui répondirent, le 8 janvier 1476, sur un ton amical mais ferme [3]). Si l'évêque et la ville de Genève, écrivaient-elles, s'attiraient quelque désagrément par leurs tergiversations, elles en auraient un vif regret, car elles portaient un intérêt sincère à Genève; mais elles n'étaient pas seules en cause et ne pouvaient répondre de la patience de leurs alliés des Ligues. Elles pressaient donc les Genevois de hâter le paiement attendu, afin de prévenir de nouvelles difficultés et d'acquérir l'amitié des Suisses. Le 13 janvier, les syndics et conseil de Genève remercièrent Berne et Fribourg de leur message, en les assurant qu'en dépit de la crise économique qui sévissait dans leur ville, ils avaient fait et feraient toute diligence pour trouver l'argent de la rançon et remplir leurs engagements, à l'aide de versements successifs, effectués à intervalles aussi courts que possibles. Ils n'attendaient, pour faire partir l'argent annoncé, que l'occasion d'un porteur sûr, et protestaient qu'ils ne songeaient nullement à ajourner l'exécution de leurs promesses dans l'hypothèse de quelque intervention libératrice, mais qu'ils

---

pour le paiement du *mutuum* furent lancées le 23 décembre; les vacations du guet et des sergents et les autres dépenses relatives à cette perception (sacs pour serrer l'argent, chandelles, papier, bois à brûler, vin et miches consommées à la maison commune, cire pour les scellés) sont mentionnées aux dates suivantes: 28—30 déc. 1475; 2—5, 9—14, 16—18, 29 et 30 janv. 1476.

[1]) R C, t. II, p. 411, 414 (27 déc.; 23 janv.).

[2]) *Ibidem*, p. 411. Le 29 janvier, Berne réclame encore cette pièce; voir ci-après, p. 23.

[3]) *Berne*, Lat.-Miss. A, fol. 432; Ratsmanual, vol. 18, p. 226.

plaçaient tout leur espoir dans la bienveillance et la faveur des deux villes [1]).

Cette dernière affirmation était-elle bien conforme à la vérité ? Elle ne parvint pas à dissiper la méfiance des magistrats bernois; ils accusèrent plus tard les Genevois d'avoir traîné en longueur le paiement de la rançon jusqu'à l'arrivée du duc Charles de Bourgogne, qui se préparait alors à attaquer les confédérés [2]). Il est certain que l'approche de ce prince faisait naître de grandes espérances dans les pays de Savoie envahis ou menacés par les Suisses et qu'à Genève, nombreux étaient ceux qui se flattaient d'échapper, à la faveur des événements prochains, à la lourde contribution de guerre consentie par la ville dans un moment d'effroi. Dans la nuit du 12 au 13 janvier, le comte de Romont, seigneur dépossédé du pays de Vaud et serviteur de Charles le Téméraire, avait surpris la ville d'Yverdon, avec la complicité des habitants. Berne, Fribourg et Soleure envoyèrent aussitôt leurs bannières au secours de la garnison suisse qui s'était maintenue dans le château [3]). A cette nouvelle, les Genevois se sentirent en danger [4]). Les lettres que leur conseil recevait de Berne n'étaient pas faites pour les rassurer [5]). Elles exigeaient le règlement immédiat du terme échu de la rançon. Les députés des cantons, que la gravité des circonstances avait amenés à Berne, insistaient journellement auprès du conseil de cette ville pour qu'ils cessât d'atermoyer et qu'il adoptât une politique énergique à l'égard

---

[1]) Büchi, *Akten*, p. 116, nº 25.

[2]) „In getrösten der zůkunft des Burgunschen herzogen", affirme l'avoyer de Berne au congrès de Fribourg (août 1476), d'après Schilling, t. II, p. 82.

[3]) Schilling, t. I, p. 341 et suiv., 351 n. 1; Knebel, t. I, p. 335 et n. 2, 337, 338 et n. 5; t. II, p. 432.

[4]) Le 16 janvier, P. Cortagier est envoyé auprès de l'évêque, à Nantua, „ut ipse revertatur ad custodiendum suam civitatem": R C, t. II, p. 413; — *Genève*, Mandats 31 déc. 1476 (a), déjà cité.

[5]) Berne et Fribourg aux syndics et conseil de Genève, „amicis et vicinis nobis carissimis", 15 janv. 1476; Berne à Genève, 20 janv.: *Berne*, Lat. Miss. A, fol. 434 vº et 435; Ratsmanual, vol. 18, p. 234, 239.

de Genève, dont les ressources financières leur apparaissaient comme inépuisables. Du moment qu'une armée suisse était entrée en campagne, comment le gouvernement bernois continuerait-il à s'opposer aux mesures extrêmes réclamées de lui? Il ne pouvait plus se contenter d'assurances renouvelées si souvent en vain et regardait comme un prétexte le motif de l'insécurité des routes, allégué par Genève pour différer le transport de l'argent. Un nouveau délai serait pour l'armée d'Yverdon le signal de la marche sur Genève. Cependant, malgré la netteté de son ultimatum, Berne cherchait encore à ne pas s'aliéner les Genevois; elle s'efforçait de leur persuader qu'elle n'avait pas d'intentions hostiles à leur égard et que, le traité de Morges une fois exécuté, elle entendait vivre avec eux sur le pied d'une amitié fraternelle. De même, désireuse d'éviter une rupture définitive avec la Savoie, elle envoya un sauf-conduit aux ambassadeurs qui lui étaient annoncés de la part du duc et de la duchesse de Savoie, de l'évêque et du comte de Genève [1]).

Le conseil bernois s'en était remis aux chefs de l'armée d'Yverdon pour achever de traiter avec Genève [2]). Prévoyant l'imminente offensive du duc de Bourgogne, il souhaitait vivement voir arriver en Suisse, pour les besoins de la guerre, l'argent des Genevois et celui du roi de France, dont il avait cru assurer le transport grâce à l'aide des bourgeois de Genève. N'était-il pas responsable, envers les cantons, de l'issue de ces deux affaires pour lesquelles il avait conduit toutes les négociations? Maintenant, il doutait de la parole des Genevois. Il se rendait compte que si l'armée d'Yverdon rentrait dans ses foyers sans que ces sommes fussent livrées, tout serait remis en question et

---

[1]) 20 janv.: *Berne*, Lat. Miss. A, fol. 435 v°; Ratsmanual, vol. 18, p. 239.

[2]) Berne aux chefs de l'armée en campagne („In das Velld"; le commandant du contingent bernois était l'ancien avoyer Pétremand de Wabern), 20 janv. (2 lettres), 23 et 25 janv.; Berne à Strasbourg, 24 janv.: *Berne*, D. Miss. C, p. 690, 694, 696, 705 et 700; Ratsmanual, vol. 18, p. 238, 240, 241.

que, pour s'être laissé tromper, il serait en butte aux reproches amers et aux railleries des confédérés et de ses propres bourgeois. Il accusait la „mauvaise foi welche". Ayant eu avis que le comte de Romont s'était retiré à Nyon d'où il lui était aisé d'intercepter les envois d'argent si impatiemment attendus, il transmit à l'armée l'ordre, facultatif, de marcher sur Morges, sans se livrer à aucune voie de fait [1]), mais afin de donner la main aux Genevois et de leur ôter tout prétexte de se dérober à leurs obligations. Il espérait éviter ainsi une déconvenue qui pouvait devenir un brandon de discorde entre les confédérés au moment où ils avaient le plus besoin d'être unis.

A l'armée d'Yverdon, des voix nombreuses conseillaient la marche sur Genève comme l'unique moyen d'obtenir de sérieuses garanties pour le paiement de la rançon. Mais le gouvernement bernois persista jusqu'au bout dans son désir de ménager Genève et la Savoie. Après avoir consulté le Grand conseil, il maintint ses instructions pour le cas où l'armée se porterait en avant dans le pays de Vaud: il ne s'agissait ni de détruire ni de piller, mais seulement d'exercer une pression sur les Genevois [2]), auxquels il fit part de ses intentions [3]). Ceux-ci s'étaient hâtés de se mettre

---

[1]) Se souvenant de la dévastation et des cruautés qui avaient signalé la campagne d'octobre 1475 dans le pays de Vaud, le conseil de Berne écrivait à ses capitaines (20 janv.): „als wir wol getrüwen ir und unnser mitbrůder syen den üwern mächtiger dann des vordrigen zügs".

[2]) Lettre du 25 janv., citée ci-dessus: „und ist weder vor noch jetz ir noch unnser meynung nie gewesen Jenff noch die lanndschafft zů brennen, umb zů bringen, zerstören noch sackman machen", et plus loin: „und ist doch nit unnser meynung Jenff noch die lanndtschafft mitt brand oder deheiner unbillikeit zů beschädigen, sunder tugentlich mitt bezallung der spis, hinin und harwider zu ziechen".

[3]) Berne à Genève, 21 janv. 1476 (*Berne*, Lat. Miss. A, fol. 436): „ne credant (sindici et consules Gebenn.) nos alio spiritu moveri, velintque amicicie vestre circa peccuniarum numeracionem omnem moram abicere easque longius quo poterint secure et tuto traducere, unacum ceteris peccuniis ex finantia Regis Lugdun. per cives vestros, fidejussores nostros, ut speramus, jam civitati vestre allatis. *Quod si fiet, nichil ulterius via facti in vos moliemur.* Ibunt enim exercitus nostri et redibunt ut, nisi offensi, neminem injuria afficiant."

en rapport avec les chefs de l'armée arrêtée à Yverdon [1]). Soit que les explications données par leurs délégués aient paru suffisantes aux capitaines suisses, soit que les ordres reçus de Berne aient refroidi le zèle des partisans d'une expédition contre Genève, l'armée suisse se décida à la retraite [2]).

Cependant, à Genève, le conseil avait pressé la levée de la taille extraordinaire. Mais, pour être à même d'effectuer, à la fin de ce mois de janvier, un second versement de deux mille florins du Rhin seulement, au lieu des dix mille que les Suisses attendaient, il dut obtenir, du chapitre de la cathédrale et du clergé de la chapelle du cardinal d'Ostie, le prêt de nombreux objets d'orfèvrerie sacrée, destinés à servir de gage pour une partie de cette somme [3]). Un prélat savoyard désigné par l'évêque, le

---

[1]) Lettre du 21 janv. et rapport du 30 janv. 1476, adressés par Soleure à Bâle: Knebel, t. I, p. 336 note et 338 n. 5. D'après ce rapport, les habitants d'Yverdon qui avaient fui devant les Suisses auraient trouvé accueil à Genève. Voir aussi t. II, p. 432. — Dans le mandat, déjà cité, du 31 déc. 1476 (a), on trouve mention des dépenses suivantes: le 13 janvier, envoi de Philibert de La Foge à Lausanne, „ad senciendum de novis armigerorum"; le 16 janvier, envoi de P. Cortagier à Nantua, où se trouvait l'évêque (ci-dessus, p. 19 n. 4); de Ph. de La Foge à Lausanne et Yverdon, „ad sciendum nova de Alemanis"; de Pierre Savoex à Nantua, après P. Cortagier; de Jean d'Allemagne à Berne; — le 17 janvier, lettres portées à l'évêque, à Nantua; — le 18 janvier, envoi de Hugues Vallier „ultra montes, ad dominam nostram duchissam, cum licteris missivis parte civitatis"; — (date incertaine, avant le 29 janvier) lettre des Bernois, portée à l'évêque à Nantua; entretien du courrier à cheval bernois, logé chez Gonrard, plus 2 florins „pro suo vino ut bonam voluntatem civitatis refferet"; 20 florins „ven. d. Barjacti [Gerbasii], priori Lemencii, ambassiatori parte civitatis electo ad ambassiatam Bernensibus misso"; un cavalier l'accompagne „ut iret et reddiret ad refferendum nova de gestis"; enfin un cavalier porte à Yverdon une lettre du prieur de Lémenc, adressée aux capitaines de Fribourg et de Berne.

[2]) Les troupes bernoises étaient de retour le 28 janvier: *Berne*, Ratsmanual, vol. 18, p. 246.

[3]) R C, t. II, p. 413—417 (9, 23, 24 et 30 janv.). — *Genève*, Mandats 31 janv. 1476, à G. de La Foge, trésorier: 2828 florins de Savoie (soit 1414 florins du Rhin), 8 sous 6 deniers en numéraire; 82 marcs 8 onces 6 deniers „in argento rupto et vassella argenti".

prieur de Lémenc, et deux citoyens, le conseiller Besançon Dorier et Pierre Lévrier, furent chargés du transport de l'argent. Ils s'embarquèrent sur le lac, à cause de l'insécurité de la route par terre, emportant avec eux une caisse et un petit tonneau dans lesquels la précieuse argenterie avait été emballée avec soin [1]). Le conseil bernois donna quittance de ce versement le 29 janvier [2]); le même jour, il écrivit aux syndics et conseil de Genève pour demander l'envoi des quatre otages désignés par le traité de Morges, le dernier délai pour le paiement de la rançon entière étant sur le point d'expirer [3]). Il réclamait aussi l'obligation dont il avait envoyé le texte à Genève à la fin de décembre et qui devait servir de garantie pour le solde de la rançon [4]). A Berne

---

[1]) *Genève*, Mandats 31 déc. 1476 (a), déjà cité. Voir R C, t. II, p. 415, 448, 474. Il n'est pas question, dans cet envoi, de l'argent français attendu en vain de Lyon.

[2]) E A, t. II, p. 578; cf. p. 578 d et 584 h. Ce versement paraît avoir été fait à Fribourg; le 6 février, le conseil de Berne écrit à celui de Fribourg de lui envoyer de suite l'argent de Genève et de Lausanne: *Berne*, Ratsmanual, vol. 18, p. 263.

[3]) *Berne*, Lat. Miss. A, fol. 437. La réponse faite à cette injonction n'est pas connue. Toutefois, on constate peu après la présence, à Fribourg, des enfants de Genève envoyés en otages au mois de novembre précédent. Vers mars 1476, le conseil de Genève règle la dépense d'un courrier fribourgeois „qui adduxit filium no. Jo. de Orseriis"; le 16 juillet, il ordonne de payer 8 ff 7 s à Jacques de Verruciis, apothicaire, „pro speciebus missis hospitisse Friburgi puerorum hostagium ibidem nomine communitatis tenencium": *Genève*, Mandats 31 déc. (b), déjà cité, et 22 juillet (R C, t. II, p. 454). Il est difficile de dire si ces enfants étaient restés à Fribourg depuis novembre 1475 ou s'ils y furent renvoyés en février 1476. Voir ci-dessus, p. 14 n. 1 et 15 n. 2.

[4]) Voir ci-dessus, p. 18 n. 2. Les envoyés genevois avaient été autorisés par le conseil général (R C, t. II, p. 415) à donner cette garantie sous la forme de la vente d'une rente annuelle représentant le 5 % du capital dû. Le 1er février, ils obtinrent de Berne et de Fribourg, pour négocier, un sauf-conduit valable jusqu'au 1er mars (*Berne*, Lat. Miss. A, fol. 438). Mais il semble qu'avant la conclusion de cette affaire, les pourparlers furent interrompus par l'arrivée du duc de Bourgogne dans le pays de Vaud (Schilling, t. II, p. 82). — Le 4 février, dans une lettre au margrave de Rothelin,

et dans les cantons, l'opinion se montra fort irritée de la modicité du premier acompte versé par les Genevois; on déclara que ceux-ci se moquaient de Dieu et des Suisses, car il leur eut été facile de réunir une somme pareille sans dépouiller les églises et sans rendre les confédérés, en quelque sorte, solidaires de ce procédé peu convenable [1]).

Tandis que les Genevois réussissaient à échapper à la colère des Suisses, le duc de Bourgogne entrait en relations avec eux et cherchait à les gagner à sa cause. Le 16 janvier, Philibert de Compeys, seigneur de La Chapelle en Genevois, s'était présenté au conseil avec une lettre de créance du duc, qui avait quitté Nancy le 11, se dirigeant sur Besançon [2]). Aussitôt l'un des conseillers, Pierre Magnin, qui devait être nommé syndic peu de jours après, fut chargé de se rendre secrètement en Bourgogne au nom de la communauté [3]). Ce fut probablement lui qui rapporta à Genève une lettre du duc, écrite à Besançon le 22 janvier [4]). Dans cette missive, adressée à „noz tres chiers et bons amis les gens d'eglise, nobles, bourgeois, marchans et communaulté de la ville de Genesve", le duc Charles déplorait „les grans oultraiges, griefz,

---

le conseil bernois dit: „es sye ouch um Jenff nieman sicher" (Ratsmanual, vol. 18, p. 256). Le 7 février, il écrit encore à l'évêque et au comte de Genève et à Philippe de Bresse pour les prier d'assurer le retour, jusqu'à Lausanne, des marchands suisses et allemands qui se sont rendus à Lyon et à Genève sans prévoir de mesures hostiles de la part de la maison de Savoie (Lat. Miss. A, fol. 440).

[1]) A quoi l'évêque de Genève répondit, au congrès de Fribourg (août 1476), que les Genevois n'avaient pas songé à outrager les confédérés, mais qu'ils avaient agi „als arm lút, die semlich summ nit hettind zů bezalen": Knebel, t. II, p. 459, 461; Schilling, t. I, p. 314; cf. E A, t. II, p. 643 o.

[2]) R C, t. II, p. 414.

[3]) „Burgundiam parte communitatis secrete misso": *Genève*, Mandats 31 déc. 1476 (a), déjà cité; item de 12 florins, payé par le trésorier entre le 18 et 29 janvier. Présent au conseil le 16, Magnin n'y assiste plus avant le 30. Ce jour-là, le conseil décide d'envoyer un messager à pied en Bourgogne: R C, t. II, p. 416.

[4]) Impr. dans R C, t. II, p. 481.

oppressions et dommaiges que les Bernois, Zurychois et autres leurs aliez, noz ennemis et les vostres", avaient causés à tous les pays de Savoie et à Genève en particulier; il informait ses correspondants qu'il était résolu à s'employer sans retard, ,,en nostre personne et avec la puissance que Dieu nous a baillée", à mettre à la raison ces ennemis communs. Ayant appris, continuait-il, que ceux-ci ,,se veulent efforcer de extorquer de vous certaine somme de deniers, soubz umbre d'une telle quelle injurieuse composicion", il avertissait les Genevois de son arrivée, ,,afin que, pour le bien et prouffit de vous mesmes, ne vueillez faire aucun payement ne autre chose à vous dommaigeable, mais ainçois icelle composicion et ceulx qui vous en vouldroient solliciter de tous poins rejetter, et prendre couraige à la confusion desdits ennemis, comme fere devez". Il les invitait, enfin, à se pourvoir le plus abondamment qu'ils pourraient des victuailles et provisions nécessaires pour gens et chevaux, promettant de les leur payer.

Au début de février, les premières troupes venues de Bourgogne, après s'être réunies près de Genève à quelques compagnies italiennes à la solde de la Savoie, réoccupèrent la plus grande partie du pays de Vaud [1]). Le duc Charles, parti de Besançon le 6 février, s'établit à Orbe le 12. Son frère, le bâtard de Bourgogne, envoyé au devant de la duchesse de Savoie qui venait de Piémont, fut reçu avec de grands honneurs à son passage à Genève [2]). Enfin, le 1er mars, la cour de Savoie, escortée d'environ deux mille chevaux, fit son entrée dans la ville, où la duchesse et le jeune duc furent accueillis avec les démonstrations habituelles de respect et de joie [3]). Comment le peuple genevois

---

[1]) Rodt, t. II, p. 22 et suiv.; Gingins, *Episodes*, p. 215 et suiv.

[2]) ,,Quod sindici, seu duo ex ipsis, ad obviam sibi ire debeant cum burgensibus civitatis": R C, t. II, p. 422, 423 (12 et 13 févr.). — *Genève*, Mandats 19 févr., 29 ff 6 s 6 d à Michel Lingot, apothicaire, pour confitures, dragées, hypocras, malvoisie et torches données au bâtard de Bourgogne (R C, t. II, p. 427).

[3]) R C, t. II, p. 425—429; voir le récit des ambassadeurs milanais, alors à Genève, dans Gingins, *Dépêches*, t. I, p. 307. — *Genève*, Mandats

n'aurait-il pas salué avec enthousiasme l'arrivée des princes qu'il regardait comme les défenseurs naturels de son indépendance et de sa prospérité matérielle, contre l'ambition politique de Berne et la rapacité des soldats des Ligues?

Cependant, dans leurs rapports avec le duc de Bourgogne, les magistrats de la cité épiscopale s'efforcèrent de conserver une prudente réserve que la défaite de Grandson (2 mars) vint rendre encore plus opportune. Sans doute, ils ne purent éviter de fournir des logements et des vivres aux troupes de Savoie qui passaient dans leurs murs ou y séjournaient avant de rejoindre l'armée bourguignonne [1]). Et quand celle-ci, après Grandson, se reforma au camp de Lausanne, le conseil donna l'ordre à tous ceux qui avaient du blé d'en faire du pain pour en porter aux troupes du duc Charles; à la demande de ce dernier, il lui fit parvenir gratuitement deux cent cinquante grandes lances [2]). Mais le conseil refusa constamment d'acquiescer au désir du duc qui réclamait à la ville l'envoi d'un contingent d'hommes armés [3]). Lorsque

---

6 mars (a), 73 ff 9 s à G. de La Foge, trésorier, ,,pro dono facto die 2° marcii ill° principi d. nostro duci Sabaudie et ille d. nostre ducisse pro eorum jocundo adventu" (R C, t. II, p. 430).

[1]) La question des logements et des vivres occupe le conseil dès le 30 janvier: R C, t. II, p. 416, 421 et suiv.; les mesures pour la sécurité de la ville, dès le 12 février: p. 422—423, 425—427 etc.

[2]) R C, t. II, p. 435—436 (26 mars). De son côté, le duc avait commandé deux cents tentes neuves à Genève: Gingins, *Dépêches*, t. I, p. 372.

[3]) R C, t. II, p. 424 (15 févr.): lettre du duc, lue au conseil ordinaire puis au Général, ,,continens quod civitas debeat mictere armigeros in villis patrie Vaudi, cum aliis ducatus Sabaudie, pro custodia dictarum villarum". — *Genève*, Mandats 31 déc. 1476 (b), 46 ff 2 s 1 d et ob. à G. de La Foge, trésorier: le 16 février, celui-ci paie 4 ff 3 s à Jacques Lecatellain et à Philibert de La Foge, envoyés au pays de Vaud auprès du duc de Bourgogne, ,,ad sciendum de negociis secrete". Sur les rapports du duc avec Genève, le compte annexé à ce mandat contient encore les détails suivants: 12 s payés à deux courriers du duc de Bourgogne; (19 févr.) 3 ff à Philibert de La Foge, qui est retourné, de la part de la ville, auprès de Guillaume de Rochefort; 3 ff à Etienne Bonjean, envoyé à Jougne, ,,ad parquetum d. ducis Burgundie"; (4 mars) 2 ff à François Seyrasson, en-

la demande lui en fut renouvelée par l'évêque de Genève, le 28 février, il réussit à l'écarter au moyen d'un nouveau sacrifice pécuniaire, et il obtint de l'évêque Jean-Louis de Savoie la confirmation d'une bulle de son grand-père et prédécesseur, le pape Félix V, reconnaissant que les citoyens et habitants de Genève n'étaient pas tenus de fournir des troupes à leur évêque, sinon pour la défense de la ville et de son territoire [1]).

Durant le mois de février 1476 et malgré l'occupation du pays par les forces bourguignonnes, le conseil n'avait pas cessé de s'occuper du recouvrement de la taille extraordinaire votée en décembre, ce qui témoigne de sa volonté de satisfaire aux engagements que la ville avait pris envers les Suisses et de ne pas se brouiller avec ceux-ci. Après Grandson, il s'efforça encore d'obtenir de l'évêque des lettres de contrainte obligeant les nobles et les personnes de toute condition au paiement de leur taille, afin que nul n'en fût exempt [2]). Cependant, le prompt retour offensif du duc de Bourgogne et la présence d'une armée considérable au camp de Lausanne firent passer au second plan, dans les préoccupations des Genevois, la question de la rançon. A la fin d'avril, la duchesse de Savoie ayant fait une dernière

---

voyé ,,ad parquetum d. ducis Burgundie"; 3 ff 2 s au héraut du duc de Bourgogne ,,pro certis medicinis et pro copiis litterarum mercatorum, positarum per portas civitatis".

[1]) R C, t. II, p. 428—443 (28 févr.—7 mai); en particulier, p. 437 n. 2. — *Genève,* Mandats 6 mars, 300 écus à G. de La Foge, trésorier, pour l'évêque (R C, t. II, p. 432, 443). — Les hommes réclamés par l'évêque devaient accompagner celui-ci ,,illuc quo voluerit ire in armis". Après le refus du conseil des Cinquante (5 mars), l'évêque fut prié ,,d'excuser la communauté auprès du duc de Bourgogne au sujet des hommes d'armes". Le 11 mars, le conseil prit connaissance d'une nouvelle lettre du duc et décida de la laisser sans réponse.

[2]) R C, t II, p. 422, 423, 425, 426, 429, 431. Le 13 février, Jean Clerc et Jacques Nergaz, conseillers, sont chargés de la perception, le premier ,,actento quod dicit in hoc velle servire communitati sine custu, et quod ipse nichil vult habere, prout dicit, de pena sua, et actento eciam quod bene cognoscit aurum esse bonum et pravum". — *Genève,* Mandats 31 déc. (b), déjà cité.

tentative pour rétablir la paix, par l'entremise de Fribourg, ils se flattèrent d'obtenir l'abolition de leur dette[1]. Mais les pourparlers échouèrent et la journée de Morat (22 juin) vint détruire leurs espérances.

Le 24 juin, sous l'impression du danger qu'elle venait de courir, Berne écrivait à ses capitaines en campagne pour les engager à envahir les états de la maison de Savoie. Celle-ci ne devait-elle pas être punie de l'appui qu'elle avait prêté au duc de Bourgogne, au mépris des traités qui l'unissaient aux Bernois? Une occasion meilleure d'assurer par la conquête une paix durable ne se représenterait pas. Irrité des relations que Genève avait entretenues avec le duc de Bourgogne, le conseil bernois ajoutait, d'un ton menaçant. „Vous savez ce que ceux de Genève et d'autres ont mérité[2]!“ Le matin du 25, le conseil de guerre des Suisses décida la marche sur Lausanne et Genève. L'auteur inconnu d'un rapport sur la bataille de Morat, adressé à la cour de Milan, explique que la rançon de Genève n'ayant pas été payée, les Suisses sont décidés à se venger. „Que Genève prenne garde, écrit-il, ou qu'elle envoie des chars pleins d'or et d'argent[3]!“ Et les deux émissaires chargés par l'évêque de Genève de découvrir les intentions de l'armée suisse, qui avait atteint Lausanne le 26 juin, rapportèrent au conseil général, le 27, cette déclaration des soldats confédérés: que si la rançon n'était pas payée dans les vingt-quatre heures, ils viendraient eux-mêmes chercher l'argent à Genève, et qu'il ne faudrait pas que les hommes se trouvassent alors dans la ville, sous peine de mort! Le récit du pillage auquel la ville de Lausanne était livrée acheva de convaincre l'assemblée du danger de toute

---

1) R C, t. II, p. 439 (23 et 24 avril); voir A Büchi, *Freiburgs Bruch mit Österreich* ..., dans *Collectanea Friburgensia*, t. VII, p. 137—138. — Remarquer encore les dons faits par la ville à deux serviteurs du duc de Bourgogne, Guillaume de Rochefort et Olivier de La Marche: R C, t. II, p. 434, 445 (19 mars, 21 mai).

2) Schilling, t. II, p. 56, 57 et n. 1, 2; Ochsenbein, p. 308, 310, 314; — voir Rodt, t. II, p. 292.

3) Gingins, *Dépêches*, t. II, p. 316.

résistance. Elle autorisa le conseil épiscopal, le chapitre, les syndics et le conseil ordinaire à prendre les mesures nécessaires pour assurer le paiement de la rançon promise et le recouvrement intégral de la taille déjà votée [1]). Cependant, pour arrêter la marche des vainqueurs de Morat, il ne fallut rien moins que l'intervention du roi Louis XI, décidé à ne pas laisser écraser la Savoie. Sur son désir, un armistice fut conclu à Lausanne, le 29 juin, entre les représentants du duc de Savoie et de l'évêque de Genève et les capitaines suisses [2]).

Le 7 août, s'ouvrit à Fribourg, sous la médiation du roi de France, des ducs d'Autriche et de Lorraine et du comte de Gruyère, le congrès qui devait arrêter les bases de la paix entre les Suisses et la Savoie. Malgré les efforts de l'évêque et des envoyés genevois, l'arrêt les médiateurs maintint la rançon de Genève [3]): les 24,000 écus qui restaient dûs aux Suisses devaient être payés en trois

---

[1]) R C, t. II, p. 449—451: „Fuit conclusum quod magis prodest solucio quam si tota civitas dextruretur". — *Genève*, Mandats 23 juillet; quittance de Jean d'Allemagne, 25 juin. — Voir M. Reymond, *La guerre de Bourgogne et Lausanne*, dans *Revue historique vaudoise*, 1915, p. 196 et suiv.

[2]) Ochsenbein, p. 327, 348; E A, t. II, p. 596; Schilling, t. II, p. 59 et n. 4; *Chronik von Hans Fries* (éd. A. Büchi), *ibidem*, p. 418; Gingins. *Dépêches*, t. II, p. 326, 336. — *Genève*, Mandats 1er juillet, 10 ff 5 s 6 d à Pierre de Viry, conseiller de l'évêque et dix compagnons, „eundo et redeundo ad Bernenses". Parmi les dépenses faites à Lausanne, figure la somme de 3 ff, payée au secrétaire du duc de Lorraine, „qui recepit contractum" (R C, t. II, p. 452).

[3]) R C, t. II, p. 452—456. La ville avait envoyé à Fribourg le juriste Jean Favre à la date primitivement fixée pour la conférence, soit le 25 juillet. Ses délégués officiels, Nicolin Lingot et P. Gavit, accompagnèrent l'évêque qui n'arriva à Fribourg que le 5 août, en même temps que l'ambassade française: Knebel, t. II, p. 452, 467. — *Genève*, Mandats 6 août, 16 ff 4 s à J. Favre, „utriusque juris professor"; 24 sept., 105 ff 5 d et ob. à F. de Vaud, citoyen (R C, t. II, p. 456, 460). — Sur la sentence des médiateurs: Schilling, t. II, p. 87; Knebel, t. II, p. 463, 473—474; E A, t. II, p. 608. Voir A. Büchi, *Der Friedenskongress von Freiburg*, dans *Freiburger Geschichtsblätter*, t. XXIV (1917), p. 24 et suiv.

termes de 8000 écus chacun, à Noël 1476, à la Saint-Jean (24 juin) et à Noël 1477; les otages genevois qui n'étaient pas demeurés à leur poste seraient renvoyés de suite à Berne, d'où ils ne s'éloigneraient plus, jusqu'au règlement final, sans l'assentiment des cantons primitifs[1]). Cependant, pour devenir définitif, le projet de traité issu des délibérations du congrès devait encore être approuvé par le roi de France, qui était le véritable maître de la Savoie, et par les Trois Etats du duché [2]). Les Genevois n'avaient pas attendu le congrès de Fribourg pour essayer de convaincre Louis XI de l'injustice de la contribution de guerre dont leur ville avait été frappée; ils estimaient, d'ailleurs, que comme elle avait préservé tout le pays de l'invasion, ils ne devaient pas être seuls à la payer [3]). Ils avaient des raisons d'espérer que le roi n'avait pas dit son dernier mot dans cette affaire. Car ils ne pouvaient ignorer la promesse que ce prince avait faite à leur évêque — dans un accord conclu le 22 juillet au sujet du gouvernement de la Savoie — de s'employer auprès des Suisses à faire remettre à Genève la rançon qui lui avait été imposée [4]). Aussitôt après la clôture du congrès de Fribourg, dont les décisions n'avaient pas réalisé cette assurance, l'évêque Jean-

---

[1]) Suivant Knebel, l'un d'eux était alors à Venise et devait être remplacé par Antoine de Pavie (nom probablement estropié). Sur les enfants de Genève qui se trouvaient alors en otage à Fribourg, voir ci-dessus, p. 23 n. 3.

[2]) E A, t. II, p. 610, 616.

[3]) R C, t. II, p. 452 (9 juillet): dans ce but le conseil décide d'envoyer en ambassade à Grenoble ou Chambéry, quand le roi y sera, ceux qui ont traité de la contribution de guerre avec les Suisses. — *Genève*, Mandats 23 juillet, 71 ff à G. de La Foge, trésorier, pour frais de plusieurs ambassades: Pierre Moine, qui aurait dû partir pour Grenoble le 11 juillet, fut envoyé à Lyon le 15, „ad dominum nostrum episcopum et d. Ranversi pro solicitacione casus civitatis"; de même, F. de Vaud. L'évêque Jean-Louis s'était rendu à Lyon où se trouvait le roi Louis XI: Gabotto, t. II, p. 192 et suiv.

[4]) Sur l'accord de Roanne: *ibidem*, p. 198, d'après une lettre de l'ambassadeur milanais Pietrasanta qui se trouvait alors auprès du roi de France.

Louis envoya à Louis XI une ambassade chargée de rappeler au roi sa promesse et d'obtenir de lui la restauration des foires de Genève et l'annulation de la rançon. Mais les envoyés de l'évêque, le commandeur de Ranvers et le trésorier épiscopal Pierre de Pesmes, après une longue attente à la cour de France, revinrent sans rapporter de réponse positive à leurs demandes [1]. On ne saurait s'étonner de cette attitude de Louis XI si l'on se souvient que la décadence des foires de Genève était, en grande partie, la conséquence des mesures prises par lui en faveur des foires françaises de Lyon, et que, lors du congrès de Fribourg, ses représentants n'avaient pas hésité à livrer Genève aux Suisses en leur suggérant d'occuper cette place comme la „clé“ du pays des Ligues [2].

Malgré les déceptions successives qu'ils avaient éprouvées, les Genevois conservaient l'espoir d'échapper à la dure nécessité de payer les Suisses. Leurs rapports avec le gouvernement bernois s'étaient améliorés. On sait qu'au lendemain de Morat, Charles le Téméraire avait fait enlever la duchesse-régente de Savoie, sur la route de Gex à Genève, pour l'emmener comme otage en Bourgogne (27 juin) [3]. Cet acte de violence avait amené, entre la maison de Savoie et les Suisses, un rapprochement dont Genève ne tarda pas à bénéficier. Au mois de septembre, comme la ville était en butte aux menaces de Charles le Téméraire, qui songeait à venger les soldats italiens de son armée dépouillés et massacrés à Genève lors de l'enlèvement de la duchesse, l'évêque Jean-Louis et les Bernois se préparèrent à faire cause commune contre une nouvelle offensive du duc [4]. La correspondance assez

[1]) R C, t. II, p. 457 (20 août), 462—464 (8 et 12 nov.), 473—477 (31 déc., 1er—14 janv. 1477).

[2]) Schilling, t. II, p. 90; Knebel, t. II, p. 470; E A, t. II, p. 602, 616.

[3]) Gingins, *Dépêches*, t. II, p. 326; *Episodes*, p. 346 et suiv., 476.

[4]) R C, t. II, p. 458—459, 461 (3, 10, 17 et 24 sept., 29 oct.). — *Genève*, Mandats 1er oct. (a), 6 ff à P. Magnin, syndic, envoyé „ad parquetum ill. d. ducis Burgundie pro senciendo de armata que dubitabatur huc ventura (R C, t. II, p. 460). — Berne et Fribourg à l'évêque de Genève, 31 août; Berne à l'évêque, 2 et 6 sept.: *Berne*, Lat. Miss. A, fol. 477, 477 v° et 479.

active que Messieurs de Berne échangèrent avec l'évêque et avec la ville de Genève pendant les derniers mois de l'année 1476 témoigne de la continuation de ces relations amicales. Elles étaient d'ailleurs conformes à la politique traditionnelle de Berne, car c'est d'elles que dépendait la libre circulation des marchands suisses et allemands sur la route de Lyon [1]).

A la fin de septembre, l'évêque étant absent de Genève, ses conseillers reçurent avec honneur les ambassadeurs que les cantons envoyaient à Louis XI [2]). Le conseil de la ville les fit accompagner à la cour de France par le courrier Jean d'Allemagne, qui avait été chargé, depuis un an, de nombreuses missions en Suisse et auquel il confia le soin de veiller à ce que les intérêts de la ville ne fussent pas négligés [3]). A leur retour, le 6 décembre, les ambassadeurs suisses furent accueillis à Genève avec des égards encore plus grands. Sur l'ordre de l'évêque, le conseil leur fit porter, par le guet de la ville, dix quarterons de malvoisie, dix d'hypocras, trente-deux de vin rouge et autant de vin blanc. Il leur recommanda la cité et promit de tout faire, de son côté, pour être agréable aux confédérés [4]). Sensibles à cet accueil, les députés des cantons ne restèrent pas courts de bonnes paroles, si bien que les Genevois se crurent autorisés à différer

---

[1]) E A, t. II, p. 617; Büchi, *Missiven*, p. 88, nº 83. — *Berne*, Ratsmanual, vol. 20, p. 177 et suiv.; Lat. Miss. A, p. 471 et suiv.

[2]) Les ambassadeurs à la diète, Genève 23 sept.: Ochsenbein, p. 396. — *Genève*, Mandats 1er oct. (b), 6 ff 4 s 6 d à G. de La Foge, trésorier (R C, t. II, p. 460, 24 sept.).

[3]) *Genève*, Mandats 26 nov. (b), 6 écus à Jean Sartoris (Schneider ?), dit d'Allemagne, pour frais de son voyage en France, „eundo ad regem Fransie pro negociis communitatis cum ambasiatoribus Alamagnie"; 26 nov. (d), 9 écus pour prix d'un cheval remis au même pour son voyage (R C, t. II, p. 466—467).

[4]) R C, t. II, p. 467—469 (3, 4 et 10 déc.). — *Genève*, Mandats 10 déc., 20 ff à G. de La Foge, trésorier, pour boissons envoyées „ambassiatoribus Bernensium et Friburgensium et aliarum Ligarum secum existencium et a rege revertencium die 6a et 7a mensis decembris". — E A, t. II, p. 624 i et p.

le premier versement de 8000 écus dont l'échéance avait été fixée à Noël. N'avait-il pas été convenu, pendant le séjour des députés suisses à la cour de France, qu'une „journée“ serait tenue à Genève même, avant la prochaine Chandeleur (2 février), pour compléter et rendre définitifs les arrangements pris au congrès de Fribourg entre la Savoie et les confédérés [1]? Genève n'était-elle pas au bénéfice de cet ajournement? En effet, dans des instructions rédigées, en avril 1477, en vue d'une ambassade à Chambéry, le conseil se justifie comme suit de n'avoir pas payé en temps voulu: „Car combien que chalendes (Noël) fusset passées, neanmoins la retardacion du terme ne procedit puent pour malice ne pour voloyr differer le payament, ayns pour tant que fut dict, ou retourt que les embaxadaours de mesd. seigneurs les aliés vindrent de France, que l'on povoyt atendre la jornée que estoyt prise avecque la noble maison [de Savoie] pour tractier et conclurre de tout [2].“

Convoqué aux Etats qui devaient se réunir à Chambéry le 12 décembre, à l'occasion de la rentrée de la duchesse Yolande en Savoie, le conseil de Genève refusa de s'y faire représenter. Il ne faisait que suivre, en cela, la tradition de la ville, qui ne voulait pas être regardée comme partie intégrante du duché. Mais il décida d'envoyer un député à Chambéry, pour plaider la cause de Genève devant cette assemblée et la prier de s'intéresser à la question des foires et à la suppression de la contribution de guerre de 1475 [3]. A la fin du même mois, Urbain de Chevron-Villette, abbé de Tamié, arrivait à Genève. Il allait en Suisse de la part de la duchesse de Savoie, inviter les cantons à assister à la conférence décidée par le roi de France et qu'elle proposait de tenir à Chambéry, le 15 février 1477. Le conseil lui fit un don et lui recommanda la cause de la ville. Il fit partir avec lui ce même Jean d'Allemagne, qui avait fait le voyage de France

---

[1]) *Ibidem*, lettres e et p.

[2]) *Genève*, P H, Supplément, n° 23.

[3]) R C, t. II, p. 467—469 (3, 4 et 10 déc.); voir *Historiae patriae monumenta*, t. XIV, Comitiorum I (Turin 1879), col. 418 n. 2.

avec les députés suisses et qui se présenta avec l'ambassadeur savoyard devant la diète, à Lucerne[1]).

Confiants dans l'issue des négociations qu'ils avaient engagées, soit avec les Suisses, soit avec la France et la Savoie, les Genevois attendaient sans trop de craintes le résultat de la „journée“ de Chambéry. Ils se flattaient d'obtenir tout au moins la réduction du montant de leur rançon[2]). Il fallut la vive alerte de la „Folle vie“ pour achever de dissiper leurs illusions.

II. L'équipée de la Folle vie.

Les soldats mercenaires, recrutés dans les cantons par le duc René de Lorraine, étaient à peine rentrés dans leurs foyers, après avoir infligé à Charles le Téméraire, devant Nancy, la défaite où ce prince avait trouvé la mort (5 janvier 1477), qu'une agitation inquiétante se manifesta dans les petits cantons de la Suisse centrale[3]). Les jeunes compagnons, dont l'humeur belliqueuse était enflammée par ce triomphe, aspiraient à de nouvelles gloires et à de nouveaux profits. Dès la fin de janvier et au début de février, des assemblées eurent lieu à Zoug, à Weggis,

---

1) R C, t. II, p. 472 (31 déc.); E A, t. II, p. 642—643, 645 f (20 et 29 janv. 1477). Voir Gabotto, t. II, p. 228.

2) R C, t. II, p. 478 (21 janv.). A cette occasion, le conseil s'occupe de nouveau du recouvrement de la taille extraordinaire; le 4 février, il s'entretient de la députation qui le représentera à la journée de Chambéry, *ibidem*, p. 479.

3) Schilling, t. II, p. 126; Knebel, t. II, p. 133, 136—137, 140; Bonivard, t. I, p. 259—260. — A. von Tillier, *Geschichte des eidgenöss. Freistaates Bern*, t. II (Berne 1838), p. 315; A. Roget, *Les Suisses et Genève*, t. I (Genève 1864), p. 43; P. Vaucher, *Esquisses d'histoire suisse* (Lausanne 1882), p. 81; J. Dierauer, *Histoire de la Confédération suisse*, trad. Reymond, t. II (Lausanne 1912), p. 333.

à Arth, sous prétexte de fêter le carnaval. La jeunesse turbulente des Waldstætten, de Zoug et de Glaris s'y rencontra avec quelques ressortissants de Zurich et de Lucerne. Informée qu'il s'y tramait une expédition en Bourgogne, la diète s'empressa de s'opposer à ce projet; elle attira l'attention des meneurs sur les négociations qui venaient de s'engager entre les Bernois et les représentants de la Franche-Comté et les pria d'observer la suspension d'armes qui devait en résulter [1]). Le 11 février, elle fit de nouvelles démarches pour mettre fin à ces conciliabules et arrêter les expéditions de corps francs qui y étaient concertées sans la participation des conseils réguliers des cantons, au préjudice de son autorité et de la paix intérieure de la Confédération [2]).

Berne surtout s'inquiétait. Elle n'ignorait pas que, dans ces réunions, des propos malsonnants étaient tenus contre elle. On y disait, par exemple, que si les 24,000 écus de la rançon de Genève n'étaient pas encore payés, c'était grâce à la complaisance des magistrats bernois et de leurs alliés de Fribourg. Pourquoi avoir laissé partir, sans consulter les cantons, les otages livrés par Genève à la suite du traité de Morges? Et puis, des 4000 écus que les Genevois assuraient avoir déjà versés, Berne n'avait remis que la moitié aux confédérés en vue du partage. Où donc étaient passés les 2000 autres [3])? On accusait ouvertement les capitaines de l'armée et les magistrats qui avaient négocié ce traité, en particulier ceux de Berne, de s'être réparti l'argent qui manquait et de s'être montrés d'autant plus faciles pour le paiement de la somme principale. Deux fois, en janvier, la diète s'était occupée de cette affaire et avait réclamé des explications

---

1) E A, t. II, p. 646 q (29 janv. 1477); voir une décision du conseil de Lucerne: Segesser, p. 20. — Sur les négociations avec les Francs-Comtois: E A, t. II, p. 642 c, 644 a, 646—647, 650 etc.

2) E A, t. II, p. 649 c.

3) Il s'agit sans doute des premiers 2000 florins payés par Genève et qui n'étaient pas compris dans la rançon fixée par le traité de Morges: ci-dessus, p. 11 et 12. — Schilling, t. I, p. 314; t. II, p. 127—128, 129—130, 132.

précises à ce sujet, sans pouvoir les obtenir des députés bernois [1]). Ces accusations, dont on trouve déjà des traces à la fin de l'année précédente, révélaient le mécontentement et la méfiance qui régnaient, dans les petits cantons, à l'égard de la puissante république de Berne. N'était-ce pas dans son intérêt particulier que celle-ci, après avoir entraîné les confédérés dans les guerres de Bourgogne, les poussait, contre leur gré, à une politique d'agrandissement dans l'ouest, vers le Léman et la Franche-Comté, au risque de déplacer le centre de gravité de la Confédération [2]) ?

A deux reprises, le 13 et le 15 février, le conseil bernois s'adressa à Zurich, à Schwyz et à Lucerne pour obtenir des renseignements sur le but de ces assemblées irrégulières et demander à ces cantons de mettre obstacle à des projets qu'ils n'approuvaient certainement pas. Le 14, il invita les alliés particuliers de la république, les villes de Fribourg, de Soleure et de Bienne, à envoyer leurs députés à Berne, afin d'examiner ensemble ce qu'il conviendrait de faire au cas où l'expédition projetée ne pourrait pas être évitée [3]).

Berne ne redoutait pas seulement le trouble que ce mouvement anarchique apporterait dans les relations extérieures des confédérés. Elle y voyait une menace pour l'autorité des gouvernements cantonaux, et elle prit aussitôt ses mesures pour empêcher ses propres sujets de suivre l'exemple des cantons démocratiques de la Suisse centrale [4]). Le 15 février, tous les

---

[1]) E A, t. II, p. 643 p et 645 m (20 et 29 janv. 1477). — Le 17 février, le conseil bernois décida de fournir aux confédérés des éclaircissements complets sur l'emploi de l'argent reçu de Genève, mais on ignore la suite donnée à cette affaire: Schilling, t. II, p. 128 n. 1.

[2]) E A, t. II, p. 632 f (4 déc. 1476). Voir Segesser, p. 13 et suiv.; E. Dürr, *Die auswärtige Politik der Eidgenossenschaft und die Schlacht bei Marignano* (Bâle 1915), p. 16 et suiv.

[3]) Schilling, t. II, p. 127 n. 2; E. A, t. II, p. 650 ad c.

[4]) Schilling, *ubi supra:* instructions du 17 février pour les députés bernois à la diète. Les bruits rapportés par Knebel dans son Journal (t. II, p. 137), bien qu'exagérés, montrent le caractère insurrectionnel du mouvement: „omnia dominia superiora insurgunt contra suos domi-

baillis de son territoire reçurent l'ordre de veiller à ce qu'aucun de leurs ressortissants ne se joignît à l'expédition qui se préparait [1]). Le 17, elle lança un ordre général de mise de piquet [2]); le 19, elle leva environ 3000 hommes pour occuper la ville. Enfin, le 20 février, ayant appris que les compagnons confédérés devaient entrer ce jour-là à Lucerne, elle invita Fribourg, Soleure et Bienne à se tenir prêtes à répondre à son appel [3]). Le gouvernement lucernois partageait le point de vue des conseils bernois; il avait aussi appelé en ville, pour le maintien de son autorité, les troupes de ses bailliages. Mais il prévint Berne que s'il ne parvenait pas à détourner de leur dessein, par la persuasion, les bandes des petits cantons, il leur ouvrirait les portes de la ville et les laisserait poursuivre leur chemin [4]).

Il subsistait un doute sur le but que se proposaient les chefs de l'expédition après les premières démarches faites par la diète. Cependant, le 19 février, deux députés de Nidwald se présentèrent devant le conseil de Lucerne; ils venaient dissiper les inquiétudes que causait dans cette ville l'arrivée des compagnons, dont les citadins redoutaient les violences. Ils protestèrent de la loyauté des magistrats de leur canton à l'égard de leurs alliés de Lucerne, et parlèrent de l'expédition projetée comme dirigée „*contre Genève* ou contre quelque autre ennemi des confédérés" [5]). Il était évident que si les bandes suisses marchaient sur Genève, elles

---

nos, ut hii qui subsunt Bernensibus, sint contra Bernenses, et qui subsunt Friburgensibus, sint contra Friburgenses; sic eciam de Lutzernensibus, Solodorensibus et Thuricensibus, et est magnus timor in illis opidis contra suos."

[1]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 7: „das niemant miner herrn lüt in dhein frömd züg mitt der Eydgnossen knecht lauff".

[2]) Schilling, t. II, p. 131 n. 1: „gerúst zů sind, ane vil geschreis oder usrůfs".

[3]) *Ibidem* et p. 127 n. 2.

[4]) Berne à Soleure, 18 févr.: E. A, t. II, p. 652, n° 1.

[5]) *Ibidem*, n° 2. En arrivant à Lucerne, les compagnons d'Uri et de Schwyz désignent aussi Genève comme but de l'expédition: p. 651 a.

feraient échouer les pourparlers que les députés des cantons avaient engagés — au congrès de Fribourg, à la cour de France et, tout récemment, à la diète — en vue de rétablir les relations amicales avec la Savoie et de rouvrir aux marchands la route des foires de Lyon [1]. Or, on sait que ce dernier objet tenait fort à cœur à Berne et aux villes commerçantes de la Suisse [2].

La diète était réunie à Lucerne lorsque les premiers corps francs, formés de gens de Schwyz et d'Uri, se présentèrent aux portes de la ville. Dans sa majorité elle désapprouvait cette entreprise irrégulière, mais elle ne put se mettre d'accord pour l'arrêter par une intervention énergique; les députés de Schwyz et d'Uri s'y opposèrent. Comme ces premières bandes annonçaient l'intention de gagner Fribourg et d'y attendre leurs camarades de Zoug et d'Unterwald, qui devaient s'y rendre par d'autres voies, les représentants de Berne et de Fribourg insistèrent sur la gravité de cette affaire, qui touchait à la réputation et à l'honneur des confédérés, à cause des négociations en cours. Il fut décidé que les députés des cantons se trouveraient à Berne le 27 février; de là ils pourraient aisément aller à Fribourg, pour traiter avec les corps francs en campagne [3].

Tandis que la diète délibérait, la bande de la „Folle vie“ — tel était le nom que se donnaient les membres de cette singulière association — s'éloignait de Lucerne, forte d'environ 700 hommes, en faisant flotter au vent la bannière qu'elle s'était choisie et sur

---

[1]) La diète, réunie à Lucerne le 21 février, fait savoir au député de Genève, „Tschan Aleman“ — qui attendait la réponse des cantons au sujet de la „journée“ projetée à Chambéry (ci-dessus, p. 34 n. 1) — qu'il peut rentrer chez lui, les circonstances ne permettant pas de prendre une décision; elle répondra à la duchesse de Savoie sitôt qu'elle le pourra: E A, t. II, p. 651 c.

[2]) Berne à Nuremberg, 18 janv. 1477: *Berne*, D. Miss. D, p. 49. — Berne à Zurich, Lucerne et Soleure, 28 févr.: Segesser, p. 136; — E A, t. II, p. 617 (sept. 1476), 643 k (20 janv. 1477).

[3]) E A, t. II, p. 651 a et e (21 févr.); Schilling, t. II, p. 128.

le fond blanc de laquelle étaient peints une massue et un pourceau. Elle atteignit, le 22 février, le territoire de Berne [1]).

Les conseils bernois, siégeant en permanence, avaient décidé d'empêcher à tout prix le passage de la Folle vie à travers le canton. Mais les efforts des conseillers envoyés au-devant d'elle, à Burgdorf, et secondés par des députés des villes de Fribourg, de Soleure et de Bienne, se brisèrent contre la résolution des soldats confédérés, qui persistèrent à vouloir gagner Fribourg; d'autres compagnons devaient les y rejoindre, sans l'assentiment desquels ils ne pouvaient, disaient-ils, rien changer aux projets arrêtés en commun [2]). Et comme ils affirmaient n'avoir pas d'intentions hostiles à l'égard de Messieurs de Berne, ceux-ci ne se décidèrent pas à employer la force. Cependant, lorsque la petite troupe atteignit Berne, les portes restèrent longtemps fermées, jusqu'au moment où le froid fit tenir aux rudes gars des Waldstætten un langage plus conciliant. Alors le gouvernement bernois leur ouvrit l'accès de la ville, fortement occupée par les troupes des bailliages; ils y furent hébergés en confédérés [3]).

Le lundi 24 février, leurs chefs eurent audience des Petit et

---

[1]) Schilling, t. II, p. 129. Suivant lui, une massue *(Kolben)* et un sanglier étaient peints sur la bannière, que Knebel (t. II, p. 136) décrit ainsi: „fecerunt baneriolum album, in quo fuit depictus unus porcellus et fustis, vulgariter *ein Kolb*, glauci coloris“. Sur l'insigne de la massue comme symbole de l'insurrection populaire, dès le milieu du XVe siècle, voir la note de G. Tobler dans Schilling, t. II, p. 129 n. 2, et A. Büchi, *Die Mazze*, dans *Indicateur d'antiquités suisses*, 1910, p. 309—317. Dans sa *Geschichte der Schweiz* (t. II, 2e éd., p. 233), Dändliker a reproduit la bannière, dite de la Folle vie, conservée au Musée historique de Zoug et sur laquelle se voit un fou, tenant une massue et jetant des glands à une truie qui allaite ses petits.

[2]) Schilling, t. II, p. 129 et n. 4, 130. — Berne à Fribourg, Soleure, et Bienne, 23 févr.; Berne à Zurich et Lucerne, 24 févr., dans E A, t. II, p. 652, nos 3 et 5. — D'après les comptes de Fribourg (Ochsenbein, p. 641), l'avoyer Pétremand Pavillard et le banneret Hans Techtermann furent envoyés à Burgdorf au-devant des compagnons.

[3]) Schilling, t. II, p. 130—132; Knebel, t. II, p. 140.

Grand conseils, où ils firent entendre des paroles assez hardies, par l'organe du capitaine des Uranais, le propre fils de l'ammann d'Uri André Beroldingen [1]). Ils s'étonnèrent des préventions que l'on nourrissait contre eux et de l'accueil peu amical qui leur avait été fait, car ils avaient prouvé par des actes récents leur attachement à l'ancien pacte qui unissait les Waldstætten à Berne. Ils déclarèrent s'en remettre aux Bernois pour la punition de ceux de leur canton, capitaines ou magistrats, qui auraient détourné quelque argent ou accepté un gain illicite lors des derniers événements, promettant d'exercer la même justice dans leurs propres cantons. Mais aucune considération de politique extérieure ne put influer sur ces natures frustes et les amener à renoncer à leur dessein; ils ne consentaient à le discuter qu'une fois leur bande entièrement rassemblée à Fribourg, résolution qui avait obtenu, affirmaient-ils, l'agrément de leurs supérieurs [2]). Berne se hâta d'écrire aux trois Waldstætten, en les invitant, au nom des pactes fédéraux, à rappeler leurs gens. Elle mit au courant de ce qui se passait les deux villes de Zurich et de Lucerne, qu'elle savait favorables à ses vues, en leur recommandant d'envoyer leurs députés à Berne comme cela avait été convenu [3]).

Le 26 février, les compagnons de la Folle vie se mirent en marche pour Fribourg, laissant encore les Bernois dans l'incertitude sur leurs véritables intentions. Allaient-ils se jeter sur Neuchâtel ou franchir le Jura, au moment où les négociations sur le sort de la Franche-Comté devaient s'engager avec les députés de cette province, attendus à Neuchâtel le 2 mars [4]) ? Donneraient-

[1]) Suivant le chroniqueur fribourgeois Molsheim, p. 219.

[2]) Schilling, t. II, p. 132—133.

[3]) E A, t. II, p. 652, n°s 4 et 5 (24 févr.); la seconde lettre porte la note: „*snäll*".

[4]) Schilling, t. II, p. 139—140 et n. 1; E A, t. II, p. 653, n° 6. — Berne à Fribourg, 26 févr.: *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 28. — Suivant Schilling (p. 133), le départ de Berne eut lieu le mardi 25 février; mais la date du 26 semble établie par deux lettres du conseil bernois: E A, t. II, p. 653, n°s 6 et 9.

ils suite à leur projet de chercher la rançon de Genève et de foncer sur la Savoie, au risque de rompre les pourparlers en cours avec cet Etat et de mécontenter le roi de France [1]) ? Dans l'un et l'autre cas, il y allait de l'honneur des confédérés, astreints à respecter des trèves régulièrement conclues et, par ces attaques déloyales, Berne perdrait le fruit, longuement attendu, d'une politique qui visait à gagner de nouvelles régions à l'influence des cantons.

Cependant, les troupes des compagnons de Zoug et d'Unterwald s'étaient réunies, à Fribourg, à celles venues par Berne. Les gens d'Unterwald, après avoir franchi le Brunig, avaient passé par Schwarzenbourg [2]). Pour se garder de toute surprise, les Fribourgeois avaient aussi fait venir leurs sujets à la ville. Mais comme ils étaient en instance pour obtenir leur entrée dans la Confédération, ils s'appliquèrent à bien recevoir les soldats des petits cantons [3]); à tous ils fournirent le logement, du pain, du vin, du bois de chauffage et des chandelles. L'effectif total de la bande ainsi rassemblée s'élevait à environ 1800 hommes [4]).

---

[1]) Les députés des cantons à la duchesse de Savoie (lettre écrite par Berne, pour décliner l'offre d'une journée à Chambéry à cause d'autres affaires urgentes): E A, t. II, p. 654 ad c. — Berne à Zurich, Lucerne et Soleure, 28 févr. (Segesser, p. 136): les compagnons projettent „gegen Jenff zu ze rucken und daselbs vil stränger Ubungen (als uns das anlangt) vornemen; ouch fürer uff das Safoyisch Hus und sine Glider zu griffen“. Il en résultera, pour tous les cantons, „nüw Uffrur gegen den Künig und Safoy“.

[2]) Schilling, t. II, p. 131 n. 1 *(in fine)*; Ochsenbein, p. 642. L'itinéraire des compagnons de l'„*ausser Amt*“ de Zoug n'est pas connu. Schilling remarque (p. 134) qu'il ne vint personne de Glaris.

[3]) Le témoignage contraire de Knebel (t. II, p. 140) ne peut être admis en présence de celui de Schilling (p. 133), confirmé par Molsheim (p. 219) et par les comptes de la ville de Fribourg: Ochsenbein, p. 642—644.

[4]) Suivant Schilling (p. 134), les compagnons réunis n'étaient „dennocht nit zweitusent“. D'après les comptes de Fribourg *(ubi supra)*, il fut distribué 1804 pots de vin, chaque homme paraissant avoir reçu son pot. Enfin, l'indemnité payée quelques jours plus tard par les Genevois (M D G, t. VIII, p. 425—426) le fut à environ 1716 hommes, venus des

A peine les conseils bernois se virent-ils délivrés de la présence de leurs hôtes incommodes, que, préoccupés de maintenir les droits et la liberté d'action du gouvernement dans des circonstances aussi critiques, ils décidèrent d'exiger des conseillers et bourgeois, des autorités civiles et militaires et de tout le peuple de leur canton un serment très strict de fidélité à l'Etat et d'obéissance aux magistrats. Imposé à tous les hommes d'au moins quatorze ans, ce serment interdisait la participation à la Folle vie et à toute autre campagne non autorisée par les conseils. Il fut prêté avec beaucoup de solennité, à Berne et dans tout le territoire, le 28 février; l'opposition qui se manifesta en quelques lieux fut réprimée avec énergie [1]).

Le même jour, les députés à la diète, arrivés à Berne, conférèrent avec le conseil de cette ville [2]). L'avis était venu, de Fribourg, que la bande de la Folle vie se proposait de marcher ce jour-là sur Genève. Les députés suisses arriveraient-ils à temps pour l'arrêter? D'accord avec ceux de Zurich et de Lucerne, Berne écrivit, au nom des trois villes, aux chefs et aux compagnons de Schwyz, d'Uri et des deux Unterwald qui se trouvaient à Fribourg en les conjurant encore une fois, au nom des pactes, d'abandonner une entreprise funeste aux intérêts de la Confédération, de rentrer paisiblement chez eux et de laisser les autorités régulières des cantons examiner les questions pour lesquelles ils avaient pris les armes; elle les assurait de la bonne volonté que les villes apporteraient à régler ces questions d'une manière conforme à l'équité et aux traditions des confédérés [3]). Puis, tandis que les députés se mettaient en route pour Fri-

---

cantons de Schwyz (755), d'Uri (396), d'Unterwald (210), de Zoug (351) et de la communauté de „Zuel" (4). A ce moment la troupe n'était peut-être plus tout à fait au complet.

[1]) Schilling, t. II, p. 136—139; texte des différentes formules de serment: p. 137 n. 1; — Berne à Zurich, Lucerne et Soleure, 28 février: Segesser, p. 136.

[2]) Schilling, t. II, p. 134 n. 1.

[3]) E A, t. II, p. 653, nº 8, et 654; Segesser, p. 135.

bourg, le conseil bernois se hâta de prévenir l'évêque de Sion des intentions de la Folle vie, le mettant en garde contre toute atteinte à la trêve que Berne avait ménagée entre la Savoie et le Valais [1]). Il adressa à Zurich, à Lucerne et à Soleure un exposé des dangers qui menaçaient, à ses yeux, la Confédération. Dans un chaleureux appel, il engageait les trois villes à prendre résolument le parti de Berne, au cas où les bons procédés que la république avait eus pour les soldats de la Folle vie n'empêcheraient pas ceux-ci de se tourner contre elle [2]).

On ne peut qu'admirer, avec le chroniqueur Schilling [3]), l'attitude des magistrats bernois en cette occasion, attitude faite de fermeté et de prudence dans leurs rapports avec la Folle vie, de décision et de vigueur dans l'exécution des mesures qu'ils jugeaient nécessaires au salut de l'Etat ou conformes aux intérêts généraux de la Confédération. Mais ces intérêts n'étaient pas compris de la même manière dans tous les cantons. Loin de consolider l'union de ceux-ci, les prodigieuses victoires de Grandson et de Morat avaient accentué les antagonismes qui les divisaient. La jalousie des petits cantons à l'égard de Berne, l'impuissance de la diète à se mettre d'accord sur les principes d'une politique extérieure commune, montrent combien les liens de solidarité entre confédérés étaient encore fragiles lorsqu'un grave péril ne venait pas les resserrer.

La guerre avait développé le goût des aventures et la soif du gain facile que procurait à la jeunesse la solde ou le butin des expéditions militaires. Aux yeux du plus grand nombre, ces bénéfices personnels et immédiats étaient bien préférables aux avantages problématiques de la conquête de territoires lointains. Le service mercenaire prit alors une extension extra-

---

1) E A, t. II, p. 653, nº 7.

2) *Ibidem*, nº 9; Segesser, p. 136.

3) T. II, p. 136; cf. p. 142 et 250. — Sur ce qui suit: Segesser, p. 7 et suiv. Voir aussi P. Vaucher, *op. cit.*, p. 79; Dierauer, *op. cit.*, t. II, p. 329; E. Gagliardi, *Hans Waldmann* (Bâle 1912), p. 29 et suiv.

ordinaire dans les cantons, et les gouvernements se montrèrent d'autant moins aptes à enrayer ce courant, que le peuple n'ignorait pas les pensions et les cadeaux acceptés de l'étranger par ses chefs, et que sa confiance en eux en était ébranlée.

La fortune trop rapide des confédérés, l'irritation des classes populaires contre le magistrat engendrèrent un relâchement général des liens de l'obéissance. Or il arriva que, pour combattre ces tendances anarchiques, qui se manifestaient dans les mœurs aussi bien que dans la vie publique, les cantons „villes" se trouvèrent mieux armés que les cantons „pays". L'autorité y était concentrée dans les conseils et ne dépendait pas, comme dans les „pays" à landsgemeinde, d'assemblées nombreuses, accessibles aux entraînements irréfléchis et qui pouvaient intervenir en tout temps dans la conduite des affaires. Déjà, grâce à la situation plus solide des magistrats urbains, à la facilité plus grande qu'ils avaient de suivre, avec méthode et secret, les multiples intrigues de la diplomatie étrangère et de tendre au but qu'ils se proposaient, les „villes", Berne à leur tête, avaient peu à peu pris le pas sur les „pays" dans la direction de la politique fédérale. Lorsque les événements de la Folle vie mirent en évidence l'opposition entre les deux groupes d'Etats dont se composait la Confédération, les „villes", comme on l'a vu plus haut, s'unirent naturellement pour faire front contre des manifestations qui menaçaient de troubler leurs rapports avec leurs sujets, aussi bien que les relations des cantons entre eux et avec l'étranger. Ainsi se préparait, dans la confédération des huit anciens cantons, la crise constitutionnelle que fit éclater, trois mois plus tard, la conclusion du sonderbund des cinq villes de Zurich, Berne, Lucerne, Fribourg et Soleure. L'expédition de février 1477 contre Genève est le prologue de cette crise intérieure qui ne devait trouver son dénouement qu'en décembre 1481, à la diète de Stans.

Ce fut le dimanche 23 février, que le conseil de Genève s'entretint pour la première fois de l'approche des bandes de la Folle vie, parvenues ce jour-là à Berne, et des menaces qu'elles pro-

féraient ouvertement contre Genève [1]). Il chargea deux de ses membres, le juriste Jean Favre, l'un des docteurs habituels de la Seigneurie, et le notaire Aimé de Lestelley, d'aller au devant de ces visiteurs redoutés, en compagnie des délégués de l'évêque et du chapitre. Ceux-ci furent désignés en la personne des chanoines Pierre de Viry et Boniface Favre, tous deux négociateurs du traité de Morges, et du secrétaire épiscopal Claude De Solan, l'un des chapelains de la chapelle du cardinal d'Ostie. Les cinq ambassadeurs partirent aussitôt avec la difficile mission de désarmer la colère des Suisses et de les arrêter [2]). Le 27 février, le conseil discuta longuement les garanties que la ville pourrait offrir à ses créanciers si ses premières offres ne les contentaient pas; puis il fit porter à ses représentants, par un courrier, des pouvoirs plus étendus, tout en leur recommandant de ne rien conclure sans lui en référer [3]). Mais déjà le lendemain, Jean Favre arrivait en hâte de Fribourg; ses collègues l'envoyaient informer l'évêque et les citoyens que si une somme de trois à quatre mille écus n'était pas remise aux Suisses avant le lundi

---

[1]) R C, t. III, p. 2. H. Vallier fut envoyé dans le pays de Vaud, „ad intelligendum et audiendum de Alemanis". Le courrier de Genève Jean d'Allemagne avait été congédié par la diète, le 20 ou le 21 février, après avoir assisté à l'entrée des premières bandes à Lucerne: E A, t. II, p. 651c. De son côté, le conseil de Fribourg s'était hâté d'envoyer l'un de ses messagers à Genève, „per devers notres marchians a cause dez alliés que y se vouloent transferir": Büchi, *Akten*, p. 78. Voir Schilling, t. II, p. 134.

[2]) „Ut furor Alemanorum sedari possit": R C, t. III, p. 3 (25 et 27 févr.). Les noms des cinq ambassadeurs sont indiqués dans le compte, dressé par François Gros, des sommes reçues et payées, dès le 5 mars 1477, à l'occasion de la rançon due aux Suisses: M D G, t. VIII, p. 425.

[3]) R C, t. III, p. 3—4. Voici les garanties discutées au conseil: donner en gage aux Suisses, ou aux prêteurs qui consentiraient à avancer l'argent de la contribution, de nouveaux impôts sur les vivres et les autres revenus de la ville; exempter les Suisses, pour un temps ou à perpétuité, du paiement de toutes gabelles; demander aux Suisses d'envoyer deux ou trois des leurs percevoir eux-mêmes, sur les biens des habitants, la somme entière de la rançon.

3 mars, ceux-ci étaient résolus à venir jusqu'à Genève et à mettre le feu aux quatre coins de la ville après l'avoir pillée. Le conseil décida de conférer sur le champ avec l'évêque et de mettre tout en œuvre pour réunir en temps voulu la somme réclamée ou des gages correspondants, afin d'épargner à la cité l'invasion dont elle était menacée pour la quatrième fois depuis octobre 1475 [1]).

Les ambassadeurs de Genève s'étaient en effet arrêtés à Fribourg. Les magistrats de cette ville, fidèles à l'ancienne amitié qui unissait les deux cités et secondés par le comte Louis de Gruyère, se montrèrent très désireux de faciliter la tâche des envoyés genevois [2]). Mais ceux-ci, après les premiers pourparlers avec les chefs de la Folle vie, ne purent plus se dissimuler la gravité de la situation. Heureusement pour la cause qu'ils avaient à plaider, le 28 février, arrivèrent à leur tour à Fribourg les députés des VIII Cantons, venant de Berne; ils étaient accompagnés de députés de Strasbourg et de Bâle, car le bruit s'était promptement répandu, jusque dans les villes de la Basse-Ligue, que le conflit soulevé par la Folle vie risquait de déchaîner la guerre civile entre les confédérés [3]). Or, il était de l'intérêt commun des alliés qui venaient d'abattre la puissance bourguignonne, de prévenir un pareil malheur en faisant rebrousser chemin aux corps francs. C'est ainsi qu'au moment critique, les Genevois trouvèrent un appui décisif dans l'action pacificatrice des représentants officiels des cantons et de leurs alliés.

---

1) R C, t. III, p. 4—5.

2) *Ibidem.* — *Fribourg,* Comptes, n° 149 (1er semestre 1477), au chap. *Mission communaul:* „Item a Jehan Salo, soutier de la justice, pour pain, seray et fruites et auxi certains pot de vin beu et mangiés, sur la justice, quant l'on cy a journeyer per les alliés avec cellour de Geneve (4 lb 3 s 6 d).

3) Schilling, t. II, p. 141 et n. 1; Knebel, t. II, p. 140; Molsheim, p. 219. D'après ce dernier, les deux députés de Strasbourg, le chevalier Philippe de Mulheim et Pierre Schutten, étaient accourus en trois jours de Strasbourg à Berne. Voir aussi la lettre de l'évêque de Sion à Berne, 28 févr., dans Schilling, t. II, p. 145.

Pour arriver à leurs fins, ces représentants ne devaient pas seulement obtenir des Genevois la garantie absolue que la rançon serait exactement payée — aucun des intéressés ne songeant à renoncer à la contribution de Genève, — mais ils devaient encore leur arracher l'indemnité spéciale sans laquelle il était évident que les bandes des petits cantons ne lâcheraient pas leur proie. En réunissant leurs efforts et en parlementant sans trêve ni repos, „dès l'aube jusqu'au soir", ainsi que le raconte le chef de la députation bernoise, le chevalier Nicolas de Scharnachtal, dans un rapport envoyé le 2 mars à ses supérieurs [1]), ils réussirent à retenir les compagnons de la Folle vie à Fribourg pendant deux jours. Cependant, aucun accord n'étant intervenu, les bandes se remirent en route ce jour-là pour poursuivre leur entreprise. A grand peine, les députés suisses et le comte de Gruyère les arrêtèrent encore, au sortir de la ville, „à la distance d'un trait d'arbalète". Devant l'imminence du péril, les représentants de Genève avaient consenti à de nouveaux sacrifices: ils offraient de remettre aux compagnons une somme de 3000 florins pour leurs frais de campagne, de payer à Pâques les 8000 florins restés en souffrance depuis Noël 1476, en fournissant de suite des otages, et d'effectuer les deux autres versements de 8000 florins aux dates fixées jadis à Fribourg par l'amiral de France, c'est-à-dire à la Saint-Jean et à Noël de cette même année 1477.

Ces offres furent repoussées. Toutefois, les compagnons laissèrent entendre que si on leur donnait trois florins par tête et le coup de l'étrier, et si on leur payait de suite les 8000 florins du terme arriéré, afin qu'ils puissent rapporter eux-mêmes cet argent dans leurs cantons, ils examineraient la proposition. On ne put leur répondre immédiatement. Alors, ils se décidèrent à continuer leur chemin pour aller coucher à Payerne. Au moment du départ, voyant leur obstination, les députés de Berne prirent à

---

[1]) E A, t. II, p. 655—656; Berne à ses députés à Fribourg, 1er mars, p. 653, nº 10. — Voir Schilling, t. II, p. 134—135; *Chronik von Hans Fries*, éd. A. Büchi, *ibidem*, p. 420.

part les chefs et leur tinrent un langage menaçant, les engageant à se garder, s'ils traversaient à leur retour le territoire bernois, de causer aucun tort aux sujets ou aux combourgeois de la république; sinon celle-ci ne pourrait faire autrement que d'assurer par tous les moyens la protection des siens. Les Bernois craignaient en effet pour la région de Neuchâtel, à cause des menaces que les compagnons avaient proférées contre le marquis de Rothelin, comte de Neuchâtel, leur combourgeois, et de certains propos compromettants qu'ils avaient tenus. Ne leur avait-on pas entendu dire qu'ils voulaient „boire tout le vin des bords du lac“ [1]?

Sur cet avertissement, les compagnons se mirent en route. Mais l'entente ne régnait plus entre eux et leur résolution était ébranlée. Ceux d'Unterwald n'avaient pas quitté Fribourg, et plusieurs chefs des contingents déjà partis revinrent aussitôt dans la ville pour continuer à marchander. Ils demandaient qu'on leur permît d'emmener avec eux dans leurs cantons huit otages, qui garantiraient jusqu'à Pâques le premier versement de 8000 florins. L'accord se fit sur cette dernière concession. On se hâta d'envoyer à Payerne ceux des députés suisses qui avaient le plus de crédit auprès des bandes de la Folle vie [2]. Celles-ci se laissèrent enfin persuader d'accepter l'arrangement qui leur était proposé et de rentrer dans leurs foyers. Aussitôt des messagers furent lancés à la poursuite des escouades qui avaient déjà pris la direction de Genève. L'un d'eux dut aller jusqu'à Lausanne pour

---

[1]) De Neuchâtel: Schilling, t. II, p. 139—140. — Berne à Soleure, à Bienne, à la Neuveville et à Nidau, 2 mars: *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 41 (EA, t. II, p. 654, nº 11). — Sur les griefs des Suisses contre Rodolphe de Baden-Hochberg, comte de Neuchâtel, voir A. Piaget, *Notes sur le Crêt-Vaillant*, dans *Musée neuchâtelois*, 1918, p. 5.

[2]) Ici s'arrête le rapport de Scharnachtal, qui ignorait, en l'écrivant, l'issue favorable de cette suprême tentative. Un messager fut aussitôt dépêché à Payerne „par devers lez compagnyons des alliés, leur pourter lettrez, qu'il ne allissent plus avant jusqu'a tant que l'on heust parlé à eulx“. Le chevalier Rodolphe de Vuippens fut envoyé à Payerne avec les députés suisses, „pour faire a retorner lez compaignons dez alliés“: *Fribourg*, Comptes, nº 149, d'après Ochsenbein, p. 642.

arrêter l'avant-garde qui marchait sous les plis de „l'enseignye du puor et de la masse“ [1]).

Le procès-verbal qui nous a conservé le texte de l'accord de Fribourg, conclu entre les ambassadeurs de Genève, les députés des Ligues et les capitaines de la Folle vie, porte la date du 4 mars [2]). Chaque compagnon recevait pour ses frais deux florins en argent comptant. Quatre tonneaux de vin leur furent aussitôt délivrés. Un projet d'obligation fut en outre dressé, le 5 mars, sous la signature de trois des envoyés genevois, Pierre de Viry, Boniface et Jean Favre [3]); il était rédigé au nom de l'évêque, du chapitre et de la communauté. Cette pièce rappelait les origines de la rançon, imposée à Genève par le traité de Morges, puis confirmée, au congrès de Fribourg, par les ambassadeurs du roi de France. Elle réglait avec un soin minutieux les conditions de paiement des 24,000 écus qui restaient dus aux VIII Cantons et aux deux villes de Fribourg et de Soleure. Les Genevois s'engageaient à faire parvenir dans le canton d'Uri, à leurs frais et risques, avant la prochaine fête de Pâques (6 avril), une somme de 8000 florins du Rhin, en bon or. L'obligation nommait huit bourgeois de Genève [4]), qui seraient livrés comme otages, en garantie de

---

[1]) Büchi, *Akten*, p. 79. Le compte fribourgeois cité plus haut mentionne plusieurs autres messagers envoyés à Payerne, à Romont et à Moudon, „a cause dez compaignon que l'on disoit estre partir pour tirer a Geneve, pour les contremander“.

[2]) E A, t. II, p. 654. Nous avons complété cette analyse à l'aide du texte de la collection de recès fédéraux de Tschudi, conservée aux Archives cantonales de Zurich.

[3]) *Zurich*, Abschiede, coll. Tschudi, I, 38. Les députés des cantons emportèrent chacun une copie de ce projet. Il est analysé: E A, t. II, p. 655 ad a, d'après l'exemplaire conservé à Lucerne. Nous ignorons pour quel motif il ne porte la signature ni du notaire Lestelley, ni du chapelain De Solan.

[4]) Barthélemy Bernard (alors syndic), Gonet Vallet (conseiller, syndic en 1478), Jehan Vellut, Jehan de La Fontaine, Claude de Pesmes, Pierre Du Nant, Louis Johannod et Reymond de La Place, tous notables bourgeois de Genève.

ce paiement, et que les Suisses auraient la faculté d'emmener, aux frais de Genève, dans les cantons d'Uri, de Schwyz, d'Unterwald et de Zoug, où ils resteraient, sous la foi de leur serment, honorablement traités, jusqu'à l'arrivée de l'argent. Avant leur libération, ils seraient remplacés par quatre autres bourgeois, choisis parmi les citoyens les plus riches de la cité [1]); ceux-ci fonctionneraient à leur tour comme otages, aux mêmes conditions que les premiers, jusqu'après paiement intégral des 16,000 florins restants, en deux termes, à la Saint-Jean et à Noël 1477 [2]). Au cas où l'un de ces trois versements ne serait pas effectué en temps voulu, la ville de Genève, ses habitants et leurs biens seraient livrés à la merci des Suisses, et ceux-ci pourraient exiger, par tous les moyens et sans opposition possible de la part des Genevois, le paiement de leur créance et des frais auxquels elle les entraînerait encore à l'avenir. Les Genevois déclaraient, enfin, qu'ils rempliraient leurs engagements en toute honnêteté et droiture et qu'ils ne recourraient, pour s'y soustraire, à aucune manœuvre ni intrigue.

Telles furent les conditions auxquelles les envoyés de Genève se virent contraints de souscrire, tout en réservant l'approbation de leurs mandants, l'obligation devant être dressée et scellée à Genève. Pour dissiper la méfiance des petits cantons, l'accord de Fribourg stipulait, en outre, qu'aussitôt le premier versement des Genevois effectué, les cantons et les villes intéressées se rencontreraient en une ,,journée" pour arrêter le mode de partage de la rançon [3]), et que ce partage aurait lieu de suite [4]).

---

[1]) Aimé de Versonnex, Jehan d'Orsières (syndic en 1476), Claude Viennois (secrétaire épiscopal) et Symon de La Rive (apothicaire).

[2]) D'après le recès du 4 mars *(Zurich, ubi supra)*, le second terme devait être porté ,,gen Ure"; le troisième ,,gen Uri oder Switz".

[3]) Par parts égales entre les cantons et villes, ou au prorata des hommes que chaque Etat avait fournis à l'armée dans la campagne de 1475. Sur cette question, déjà débattue à la diète de Lucerne le 29 janvier 1477 (E A, t. II, p. 645 i), voir W. Oechsli, *Orte und Zugewandte*, dans *Jahrbuch*, t. XIII, p. 27; cf. E A, t. II, p. 589 b, 590 e et t, 659 ad d, etc.

[4]) *Zurich*, Abschiede, coll. Tschudi, I, 38: ,,Sollent ouch die (gulden)

Puis les députés suisses désignèrent deux délégués, le bourgmestre fribourgeois Henri de Praroman et le secrétaire d'Etat de Lucerne, Jean Schilling, chargés d'aller à Genève, au nom de tous les confédérés et toujours aux frais des Genevois, y faire sceller l'obligation et recevoir les huit otages convenus. L'un des ambassadeurs genevois devait les accompagner et s'employer à faire aboutir leur mission. Jusqu'à leur retour, les autres ambassadeurs restaient à Fribourg, sous la foi du serment et aux frais de leur cité. Seize compagnons des cantons d'Uri, de Schwyz, d'Unterwald et de Zoug, étaient préposés à leur garde et conduiraient ensuite les otages dans la Suisse intérieure [1]).

Après avoir touché l'indemnité qui leur revenait, les compagnons de la Folle vie se mirent en chemin pour rentrer chez eux. Les mesures prises par Berne pour leur fermer la route de Neuchâtel leur enlevaient tout espoir d'une course fructueuse de ce côté. S'il faut en croire le chroniqueur Schilling [2]), ils témoignèrent leur dépit de l'insuccès de leur entreprise en traversant Berne sans s'arrêter et sans vouloir accepter la collation qui leur était offerte.

Ainsi se trouva conjuré le péril immédiat dont l'expédition de la Folle vie menaçait à la fois Genève et la Confédération. Mais l'accord de Fribourg ne suffit pas à rétablir la concorde entre confédérés. Quant à Genève, ses efforts pour échapper aux conséquences de la politique de son évêque pendant la guerre de Bourgogne avaient définitivement échoué; dans son conflit avec les Suisses, le dernier mot restait à la force.

---

von stund an geteilt und die sache nitt verzogen werden"; de même, lorsque tout sera payé, le partage devra se faire „unverzogenlich".

[1]) E A, t. II, p. 655 e (cf. *Zurich, ubi supra*).

[2]) T. II, p. 140. Les capitaines des gens d'Uri, de Schwyz, de Zoug et d'Unterwald reçurent chacun 20 lb, à Fribourg, en acompte de la part de ces cantons dans les revenus du pays de Vaud: Ochsenbein, p. 644; cf. p. 545.

III. Les otages genevois à Fribourg.

Des cinq ambassadeurs que l'évêque et le conseil de Genève avaient envoyés à Fribourg pour traiter avec les Suisses, trois seulement furent effectivement retenus comme otages provisoires en vertu de l'accord du 4 mars: le chanoine Boniface Favre [1]), le conseiller Aimé de Lestelley et le secrétaire épiscopal Claude De Solan [2]). Le chanoine Pierre de Viry dut sans doute à la situation de sa famille, ou à celle qu'il occupait lui-même dans le chapitre et dans le conseil de l'évêque, d'être libéré peu de jours après la conclusion de l'accord [3]). Quant au juriste Jean Favre, que ses collègues renvoyèrent à deux reprises à Genève pour mettre le conseil de la ville au courant de leurs négociations, il ne paraît pas être retourné à Fribourg [4]). En revanche, les

---

[1]) Originaire de Begnins (Vaud); Dr ès décrets, chanoine de Verceil, Genève et Lausanne, chapelain de Notre-Dame du Pont du Rhône, à Genève. Il avait séjourné longtemps à la cour de Rome, comme chapelain et familier de l'archevêque de Rouen Guillaume d'Estouteville, cardinal évêque d'Ostie, et y avait rempli les fonctions de procureur du duc de Savoie. Il testa, à Genève, le 29 sept. et mourut le 12 octobre 1482. Voir *Obituaire de l'église cathédrale de Saint-Pierre de Genève,* dans MDG, t. XXI, p. 241 n. 3; M. Reymond, *Les dignitaires de l'église Notre-Dame de Lausanne,* dans MDR, 2e s., t. VIII, p. 328 et 482; les tables du RC et de H. Wirz, *Regesten,* livr. 1—4 (Berne 1911—1913).

[2]) Dès 1472, chapelain de la chapelle collégiale du cardinal d'Ostie (les Macchabées), à Genève: *Genève,* Fiefs, Macchabées, Comptes, nos 11^2—13; Notaires, Jean Novel, vol. I, fol. 161; Pierre Braset, vol. I, fol. 16, 99, 179 etc.; — secrétaire épiscopal (1477): *Genève,* Fiefs, Saint-Gervais, Altariens, no 1, fol. 1. Il échangea sa chapellenie contre un canonicat de l'église cathédrale (23 févr. 1478) et mourut avant le 7 sept. 1481: Wirz, *Regesten,* fasc. 4, p. 124—125, 200.

[3]) Il quitta Fribourg entre le 5 et le 11 mars: ci-dessus, p. 49; lettre de Lestelley, 11 mars; impr. ci-après. Voir MDG, t. VIII, p. 425; R. C, t. III, p. 13—18.

[4]) RC, t. III, p. 4, 7, 10. Toutefois son nom ne figure pas dans le registre du conseil entre le 18 mars et le 20 juin 1477.

Suisses acceptèrent comme quatrième otage un autre Genevois, Jacques Lingot [1]).

Les quelques lettres que le notaire Aimé de Lestelley écrivit aux syndics de Genève pendant son séjour à Fribourg, jettent un jour curieux sur les sentiments qui animaient alors les Suisses à l'égard de Genève. Elles méritent, à ce titre, d'être connues. Elles nous font partager les angoisses patriotiques des otages genevois, leurs impatiences, les espoirs et les déceptions qu'ils éprouvèrent tour à tour au cours d'une captivité aggravée par les procédés de gardiens peu endurants, adoucie d'autre part par l'amitié de leurs hôtes fribourgeois. Avant de laisser parler ces documents, essayons de présenter l'écrivain au lecteur.

Aimé de Lestelley était un de ces Savoyards que la cité genevoise attirait alors en si grand nombre dans son sein, et dont elle savait faire, en peu de temps, de vrais citoyens. Originaire de Samoëns en Faucigny, il avait rempli, à la cour de Savoie, les fonctions de secrétaire du duc Louis Ier [2]). Ayant rendu, dans ce poste, des services à la communauté de Genève, il reçut du conseil général, à titre gratuit, la bourgeoisie de la ville où il se fixa comme notaire [3]). Tout en conservant son titre de secrétaire ducal, il devint „commissaire des extentes" de l'évêque Jean-Louis de Savoie, qui lui confia, en 1460, la rénovation générale des fiefs de l'évêché, soit dans la ville, soit dans les trois mandements de Thiez, de Jussy et de Peney, travail qui se poursuivit jusqu'en 1475 [4]). Cependant, il n'avait pas tardé à prendre

---

[1]) Le recès de Fribourg, 4 mars (E A, t. II, p. 655 e) porte par erreur: *J. Bugotty*; voir M D G, t. VIII, p. 427. Serait-ce l'un des trois jeunes garçons livrés en otages en nov. 1475?

[2]) Probablement, dès 1454: Galiffe, *Matériaux*, t. I, p. 217, 218.

[3]) Reçu bourgeois le 11 oct. 1457: R C, t. I, p. 236, 237. Lestelley avait dressé et signé, le 7 octobre, le sauf-conduit accordé par le duc Louis Ier aux marchands fréquentant les foires de Genève: *Genève*, P H, nº 626. — *Genève*, Notaires, H. Perrod, vol. XVI, fol. 95.

[4]) *Genève*, Fiefs, Evêché, grosse nº 6; Peney, grosses nos 12, 13; Jussy, grosse nº 7. Les archives de Genève conservent encore d'autres volumes relatifs à cette rénovation ou à d'autres reconnaissances de fiefs reçues par Lestelley.

aussi une part active aux affaires municipales; entré au conseil en 1466, il fut nommé syndic l'année suivante [1]). En avril 1473, le conseil général l'adjoignit aux syndics, avec deux autres citoyens, pour présider à la construction d'un hôpital des pestiférés [2]). Elu de nouveau syndic en 1475, il déclina cet honneur et fut remplacé [3]). Au mois d'octobre, ses concitoyens l'envoyèrent à Morges, traiter avec les capitaines suisses, et, peu après, ils le choisirent, le premier, pour faire partie de la commission de quatre membres chargée de taxer les biens des habitants de la ville en vue du paiement de la rançon de Genève. Ce fut lui qui écrivit de sa main la minute originale du registre de contribuables établi à cette occasion [4]).

En consultant ce registre, on apprend que le notaire Lestelley était propriétaire, en indivis avec son frère Jean, maître des requêtes et conseiller du duc de Savoie [5]), de deux petites maisons contiguës avec jardin, situées à la Cité, non loin de la porte de la Tertasse, et d'une autre maison, de même importance, dans la rue actuelle de l'Hôtel de Ville, du côté des remparts et près la porte dite du Château [6]). Il possédait encore, seul, hors de la

---

1) R C, t. I, p. 389, 446, 462, 470; t. II, p. 85, 190, 201, 224, 283, 312, 348, 479 et *passim*. Voir Galiffe, *Matériaux*, t. I, p. 541 et suiv.; Borel, Pièces justif., p. 150.

2) R C, t. II, p. 182. Cette construction ne fut entreprise qu'en 1482.

3) R C, t. II, p. 342, 343.

4) R C, t. II, p. 395, 397, 399, 400 et n. 1, 405, 443, 448. — *Genève*, Mandats 28 nov. 1475, 3 ff 7 s 6 d pour A. de Lestelley, et compte annexé.

5) Jean de Lestelley, nommé secrétaire ducal le 8 août 1441 (*Genève*. P H, nº 540), avait été l'un des représentants de Genève au congrès de Fribourg, en août 1476; il fut nommé au conseil de la ville en février 1478: R C, t. II, p. 450, 454, 474; t. III, p. 70, 76 et *passim*. Devenu procureur général de Savoie, il vivait encore le 10 juin 1485: *Genève*, Notaires, P. Braset, vol. III, fol. 13—15. Voir Galiffe, *Notices généalogiques*, t. I, p. 261.

6) Les deux maisons de la cité sont estimées ensemble 400 florins, la troisième 200: *Registrum estimationum*, éd. Chaponnière, dans M D G, t. VIII, p. 318, 322; voir R C, t. II, p. 287.

ville, à la lisière septentrionale du Pré l'Evêque, au lieu dit *Urtebise*, une maison de campagne avec grange et pressoir, donnant sur une pièce de terre cultivée en jardin et verger. Il avait fait reconstruire ces bâtiments, et c'est là, sans doute, qu'entouré de sa famille, il aimait à passer ses heures de loisir [1]).

Le rôle qu'Aimé de Lestelley jouait à Genève montre à quel point il avait su gagner la confiance de ses concitoyens par son expérience, sa probité et son dévouement à la chose publique. Chargé, une fois de plus, de défendre leurs intérêts en négociant avec les Suisses à Fribourg, il s'éloigna de Genève sans prévoir qu'il ne reverrait ni les siens ni sa patrie d'adoption. Il était l'homme d'affaires de la députation, réglait la dépense et tenait les comptes. Le 4 mars, avant la conclusion définitive de l'accord avec les Suisses, il adressa aux syndics de Genève ce bref et instant message [2]):

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, je me recomande a vous tant que je puys. Vous n'entendés pas les grans dangiers; vous estes tant len, ques les chouses iront mal se Dieu n'y remedie. L'on ditz par deça que recouvrés grans finances. Advisés bien out elles cherront, car il fault changier mauvaises pour bonnes causes. Touteffois ne cessés point de recouvré et bien garder. Priant le benoit filz de Dieu, mes tres honnorés Seigneurs, que soit garde de vous. Escript a Fribourg le IIIIe jour de mars.

Le tout vostre humble serviteur

Aymé de Lestelley.

Advisés, messeigneurs, que l'argent tombeit en mains seures!

---

1) Cette propriété est taxée 150 florins dans le *Registrum estimationum*, p. 401; voir R C, t. II, p. 272. Lestelley la tenait en emphytéose perpétuelle de Guillaume Dubosc, conseiller ducal de Savoie et bourgeois de Genève: *Genève*, Fiefs, Saint-Gervais, Altariens, n° 1, fol. 49 (acte du 12 nov. 1478, où sont énumérés les trois fils d'Aimé de Lestelley, Louis, Nicod et Aimé, et sa fille Aimée).

2) R C, t. III, p. 2, 4, 11, 15, 19, 33, 35; compte de F. Gros, cité plus loin. — Les lettres de Lestelley (*Genève*, P H, n° 700) portent, au dos, la suscription suivante: „A mes tres chiers et tres honnorés seigneurs les sindiques de la cité de Geneve.“ Nous en respectons l'orthographe, nous

Ce billet arriva à Genève le 5 mars. Le matin même, le conseil des Cinquante avait accepté en principe les droits de gabelle que l'évêque proposait de créer pour procurer de nouvelles ressources à la ville [1]). Ce jour-là, le conseiller Jean Clerc — marchand d'origine florentine qui exerçait à Genève le métier de changeur et auquel avait été confiée la perception de la grande taille décrétée en décembre 1475 [2]) — remit tout l'argent qui se trouvait entre ses mains, plus 2000 écus de Savoie en monnaies diverses, au marchand et bourgeois de Genève François Gros, chargé par le conseil des paiements à faire aux Ligues pour le compte de la rançon [3]). Quelques notables — Aimé de Versonnex, Janin de La Mare, Jean Vellut, Jacques Nerga, Jean de Pesmes — fournirent en outre des contributions spéciales. Le chapitre versa cent écus et se dessaisit, pour la seconde fois, de la grande croix de Saint-Pierre qui fut mise en gage à Fribourg [4]). Le clergé de la chapelle du cardinal d'Ostie (appelée plus tard les Macchabées) contribua, en objets d'orfèvrerie, pour plus de soixante-dix écus;

---

bornant, pour plus de clarté, à ponctuer, à séparer les mots suivant l'usage moderne et à ajouter quelques accents.

[1]) R C, t. III, p. 5. Ces droits ne furent effectivement établis que le 30 déc. 1477 (p. 58): „gabella seu imposicio super quibuscumque rebus intrantibus in civitatem“. Une décision antérieure, du 17 déc. 1475 (ci-dessus, p. 17 n. 3), ne paraît pas avoir eu d'effet.

[2]) Ci-dessus, p. 27 n. 2. Il avait été reçu bourgeois le 14 sept. 1473, moyennant dix écus: R. C, t. II, p. 220.

[3]) Le compte des recettes et dépenses effectuées par F. Gros en vertu de cette commission fut reçu, le 31 mai 1480, au nom du conseil, par Guillaume Dubosc, conseiller épiscopal et maître de la chambre des comptes. Il est conservé en deux exemplaires: *Genève*, P H, n° 710. Il a été publié, en extrait et assez inexactement, par le Dr Chaponnière, à la suite du *Registrum estimationum*, dans M D G, t. VIII, p. 419 et suiv.; voir R C, t. III, p. 133, 142. Nous avons recouru partout au texte original.

[4]) Au début de 1476, elle avait servi de garantie à un prêt qu'Aymon de Versonnex avait fait à la ville pour subvenir aux frais de la rançon; elle avait été restituée au chapitre le 24 déc. 1476: R C, t. II, p. 428, 433, 447, 469—470 et notes; t. III, p. 19, 44; — M D G, t. VIII, p. 422 et n. 1. Voir les lettres de Lestelley des 24 mars et 3 avril 1477, impr. ci-après.

l'évêque pour trois cent trente-cinq écus, à titre de prêt à la ville.

Aussitôt en possession d'une somme jugée suffisante, Gros se hâta de gagner Fribourg pour y régler, suivant les instructions des ambassadeurs genevois et sous l'œil vigilant du notaire Lestelley, les dépenses résultant de l'accord du 4 mars. L'indemnité de deux florins du Rhin par tête, promise aux compagnons des cantons de Schwyz, d'Uri, de Zoug et d'Unterwald s'éleva, à elle seule, à plus de 3400 écus de Savoie [1]). Mais il fallut aussi payer les concours grâce auxquels les négociations avaient abouti. Les frais des députés des cantons, venus tout exprès à Fribourg, furent estimés à cinquante écus. Les secrétaires des villes de Berne et de Soleure reçurent soixante quatre écus pour leur peine et pour les copies du recès du 4 mars, dressées pour chaque canton; de même, le secrétaire de Lucerne reçut vingt écus; celui d'Uri, deux écus et demi; l',,hopitalier" de Fribourg, cinq écus. Des dons plus modestes récompensèrent les services de plus humbles intermédiaires: le sautier d'Uri, les sautiers et les valets de la ville de Fribourg. Le salaire et l'entretien des seize gardes, installés à l'auberge où les otages genevois étaient aux arrêts, coûtait quarante-huit écus pour quinze jours. Enfin, la dépense des otages eux-mêmes, grâce aux prétentions de l'aubergiste et à la nécessité où ils étaient de se ménager des amis, absorbait rapidement des sommes considérables. C'est ainsi qu'ils firent présent à un conseiller fribourgeois, le chevalier Pétremand de Faucigny, d'une petite chaîne en or, du prix de vingt-quatre écus. Aux yeux des Suisses, plus la dépense des otages serait élevée, plus les Genevois seraient incités à faire les sacrifices nécessaires pour s'acquitter promptement envers les cantons; c'était l'application, dans le domaine du droit public, du principe de l'otage conventionnel,

---

[1]) Exactement: 3429 écus, 1 florin, 4 deniers et 1 obole, y compris divers pourboires. Rappelons que l'écu de Savoie avait la même valeur que le florin du Rhin, soit 24 deniers.

d'un usage si fréquent au moyen âge pour assurer l'accomplissement d'une obligation [1]).

La bourse de François Gros fut bientôt vide. Il ne put achever ce règlement onéreux qu'en obtenant de quatre notables fribourgeois, Rodolphe de Vuippens, Pétremand de Faucigny, Guillaume Techtermann et Rolet Basset un prêt de 531 écus et 12 gros, tandis que Pierre de Viry, de retour à Genève, lui faisait expédier quatre cents écus, empruntés à deux chanoines de Saint-Pierre [2]).

Le 11 mars, le conseiller juriste Jean Favre revenait pour la seconde fois à Genève et communiquait au conseil les conditions de l'accord conclu avec les députés des cantons et les capitaines de la Folle vie. Son rapport était confirmé par une nouvelle lettre de Lestelley, écrite le 8 mars [3]):

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, je me recommande à vous. L'appointement est fait avec les Alamans, en telle manère que ce nous voulons vivre en paix, il fault que la somme des XXIIII^{m} escus se paye devant Pasques prouchaines. Aultrement nous harons la guerre non pareillie, comme plus plainement vous dira mons^{r} mess^{e} Jehan Favre. Le terme est curt et l'execucion preste; pourtant ne vous endormés plus. Car je vous asseure que, de hors en avant, vous ne haurés aultre dilacion ne grace. Je suys en l'arrest, avec les aultres, a seze gardes a noz despens. L'on ha accorder et payer pour l'interest du terme passé ad IIII^{m} ff de Ryn, saul le plus [4]).

---

[1]) Le Fort, *L'otage conventionnel d'après les documents du moyen âge*, Extrait de la *Revue de législation française et étrangère* (Paris 1874); A. Lechner, *Das Obstagium oder die Giselschaft nach schweizer. Quellen* (Berne 1906). — F. Gros régla lui-même aux gardes deux termes de quinze jours, pour 96 écus; il paya à l'aubergiste ou remit aux otages 395 écus et 4 deniers. De retour à Genève, il fit encore porter à Lestelley, pour la dépense des otages et de leurs gardes, une somme de 531 écus et 12 deniers, prise sur l'argent de la taille. Jusqu'au 3 avril, exclusivement, le compte de Gros comprend, aux recettes, 4744 écus et 4 deniers; aux dépenses, 4759 écus, 1 florin et 3 deniers.

[2]) M D G, t. VIII, p. 423.

[3]) *Genève*, P H, n° 700; au dos: „Fuit recepta XI marcii.“ Voir R C, t. III, p. 7.

[4]) L'accord de Fribourg (4 mars) ne parle pas de la prétention des Suisses de toucher 4000 florins pour l'intérêt (!) du terme de 8000 florins

Pansez de recouvré diligemment et n'y soit expargnier ne clot ne boytoux, meismement les puyssans qui ont à perdre. Aultres chouses ne vous sçait escripre, ce non que le benoit filz de Dieu soit garde de vous. Escript hativement a Fribourg le VIIIe jour de mars.

Le tout vostre humble serviteur

Aymé de Lestelley.

Je vous supplie que m'envoyez de l'argent pour mes despens et noz gardes!

Les envoyés de Genève ne prévoyaient que trop combien il serait difficile d'obtenir, des otages réclamés par les Suisses, l'acceptation des clauses du traité de Fribourg qui les concernaient. Aussi avaient-ils demandé si Genève ne pourrait pas se libérer de la coûteuse obligation des otages, en envoyant aussitôt en Suisse des objets en argent et en or d'une valeur égale à la totalité de sa dette, objets que les cantons conserveraient comme gages jusqu'au paiement intégral de la rançon. La diète, réunie à Berne le 7 mars, se montra favorable à cette proposition [1]). Lestelley, l'ayant appris par l'avoyer fribourgeois, se hâta d'en informer les syndics de Genève [2]):

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, je me recomande humblement a vous. Après le departement de monsr messire Pierre de Virier, monsr l'avoyer de ceste ville est revenu de Berne, disans que se l'on apporte icy gaiges d'or ou d'argent devant Pasques pour la somme des VIIIm escus, et que soyent envoyer les quatres fiances nommés

---

qui n'avait pas été payé à Noël 1476. Comme on le verra dans la suite, les Genevois ne cessèrent de protester contre ce surcroît de charge. Malgré les termes dont se sert Lestelley, il ne semble pas que cette somme ait été effectivement payée à Fribourg, car elle ne figure pas dans le compte de F. Gros.

[1]) E A, t. II, p. 658 g. Cf. *Zurich*, Abschiede, coll. Tschudi, I, 39: „Item von des geltz wegen von Jänff, da die botten von Jenff begern angends silber und gold zů volkomner zalung zů geben, weis jegklicher bott wol zů sagen was deßhalb beslossen und uß was ursach das beschechen ist.“ — Voir Molsheim, p. 220.

[2]) *Genève*, P H, no 700; au dos: „Die XIII marcii fuit recepta.“ Voir R C, t. III, p. 8.

en l'appointement [1]), nous serons deschargier de noz gardes, aultrement non. Disoit en oultre ledit mons^r l'avoyer que, se possible estoit d'apporter tant de gaiges pour tous les XXIIII^m escus, qu'ilz seroit nostre grant prouffitz, car les obstages sont tropt chiers. Nous et noz gardes despendons par moys IIII^c ff de Savoye [2]), saul le plus; pourtant il est expedient de labourer. Les Seigneurs de ceste ville dient en oultre que Lionet de Medicis feroit bien cestuy payment [3]). Il me samble que mes tres redoubtées dames la duchesse et contesse pourroyent bien finer les gaiges neccessaires, actendu que la chouse leurs touche bien de prest.

Monsr le bourgmaistre de ceste ville, Jehan [4]) de Pra-Romain, et le secretaire de Lucherre vont par devers mon tres reverend seigneur mons^r l'evesque; je vous prie que les veulliés visiter. Et advisez mondict seigneur l'évesque qu'il les veullie requirir sur la deschargie de noz gardes et liberacion de nostres parsonnes. Au surplus vous estes sages, faictes le myeux que pourrés, priant, mes très honnorés Seigneurs, le benoit filz de Dieu qui doint bonne vie et longue. Escript hativement a Fribourg le XIe jour de mars.

Vostre humble serviteur

Aymé de Lestelley.

En attendant l'arrivée de la députation annoncée par Lestelley et qui apportait à Genève, pour le faire ratifier, le projet d'obligation rédigé à Fribourg [5]), le conseil s'efforçait de tirer la ville de l'embarras inextricable où elle se trouvait. Il avait songé, de son côté, à faire un emprunt à la banque lyonnaise des Médicis, ou dans une des villes de l'Allemagne méridionale dont les marchands passaient par Genève en allant aux foires de Lyon. Il s'adressa en vain, pour un prêt, à l'abbaye de Saint-Claude. Mais il plaçait surtout son espoir dans la maison de Savoie, pour

---

[1]) Ci-dessus, p. 50 n. 1.

[2]) C'est-à-dire 200 florins du Rhin ou écus de Savoie; nous savons par F. Gros, que l'entretien des seize gardes coûtait 48 écus pour quinze jours.

[3]) La banque florentine des Médicis, à Lyon, avait alors pour facteur, ou directeur, Lionet de Rossi: R C, t. III, p. 7, 99; Gingins, *Dépêches*, t. II, p. 309. Voir M. Brésard, *Les foires de Lyon aux XVe et XVIe siècles* (Paris 1914), p. 215, 282.

[4]) Lisez: Henri.

[5]) Ci-dessus, p. 49—51.

laquelle Genève s'était compromise. Ne devait-elle pas prendre sa part d'une rançon qui avait aussi préservé l'état savoyard de l'invasion des Suisses? Le syndic Blancmantel était parti pour Chambéry, afin d'implorer l'aide de la duchesse-régente Yolande. La lettre de Lestelley venait à point pour seconder les efforts du magistrat genevois; une copie lui en fut expédiée. Une autre copie fut remise au conseiller Jean Clerc, envoyé à la cour d'Annecy pour plaider la cause de Genève auprès du comte Janus et de la comtesse de Genevois [1]). Le conseil se flattait aussi que l'intervention diplomatique des princes savoyards pourrait amener les Suisses à quelque concession. Mais Lestelley, mieux à même de juger des dispositions des cantons, ne partageait pas cette illusion. Il répond, le 16 mars, à une lettre reçue des syndics [2]):

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, je me recomande a vous tant que je puys plus. J'ay receu voz benignes lettres et vous remercie des offertes que me faictes. Mes tres honnorés Seigneurs, je vous supplie que veulliés tendre a faire le payement dé XXIIII^{m} escus et ne vous fiez plus en promesses ne ambassades de grans seigneurs, car par decza l'on n'en tient compte; le principaulx remede est d'envoyer argent ou gages. De trouver argent a Basle, Neurembert ou allieur, n'en fault point parler. Car l'on n'a fait le possible. Je croy que se Lionet de Medicis vouloit escripre a Basle, a Anze Vagner, que là se trouveroit le payement, que seroit une grande descharge. Franczois Gros m'a leysser de l'argent, du quel j'en rendray bon compte quant je seray en plainne liberté [3]). Monsr l'avoyer de ceste ville, aussy mess^{es} Raoul de Vuypens et Peytrement de Foucigny nous ont fiancer, car aultrement noz gardes vouloyent domir et manger avec nous. Ce sçait le benoit filz de Dieu, mes tres honnorés Seigneurs, qui vous ait en sa saincte garde. Escript a Fribourg le XVIe jour de mars M IIII^{c} LXXVII.

Vostre tres humble serviteur
Aymé de Lestelley.

---

[1]) Hélène de Luxembourg, femme de Janus de Savoie, comte de Genevois et frère de l'évêque de Genève. — Voir R C, t. III, p. 7, 8, 10 (11, 13 et 19 mars 1477); M D G, t. VIII, p. 428.

[2]) *Genève,* P H, nº 700; au dos: „Die XVIII marcii fuit recepta hec lictera.“

[3]) M D G, t. VIII, p. 426, 427.

Le lendemain, Lestelley revient à la charge, car il craint que le conseil ne perde son temps en démarches vaines, ou qu'il ne veuille attendre l'issue de la conférence à laquelle la duchesse Yolande avait invité les cantons et que la diète proposait de tenir à Genève, huit jours après Pâques, le dimanche 13 avril[1]):

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, je me recommande humblement a vous tant que je puys plus. Mon compere Aymé de Versonay[2]) ha escript a mons^r l'avoyer de ceste ville pour trouver la somme de nostre composicion a Basle ou Estrabourg et Neuremberg, laquelle chouse ne se peut faire en nulle manere. Pourtant je vous supplie que n'y veulliés plus travallier, ains pansez d'envoyer argent ou gages et ne vous endormés a nulles requestes et ambassades de princes. Aussy ne vous fiez pas en la jornée de Quasimodo que se doibt tenir avec ma dame la duchesse. Vous nous avez envoyer méchant payement, auquel se perdront plus de ving pour cent, sanz les faulces pieces d'or[3]), lesquelles je rendray une fois s'il plait a Dieu, qui vous doint bonne vie et longue. Escript a Fribourg le XVIIe jour de mars.

Vostre humble serviteur
Aymé de Lestelley.

Sur ces entrefaites, les Genevois voyaient arriver dans leurs murs les délégués chargés de faire signer l'obligation qui garantirait les Suisses contre tout nouveau retard dans le paiement de la rançon. Les représentants des cantons, le bourgmestre fribourgeois Henri de Praroman et le secrétaire de Lucerne Hans Schilling, étaient accompagnés du capitaine du contingent d'Unterwald dans l'expédition de la Folle vie, du comte Louis de Gruyère,

---

[1]) *Genève*, PH, n°700; au dos: „Die XIX marcii fuit recepta hec lictera.“ — Sur la „journée“ projetée à Genève: E A, t. II, p. 658f (7 mars).

[2]) Le plus riche bourgeois de Genève, d'après le *Registrum estimationum* dressé par Lestelley (M D G, t. VIII, p. 304); il était au nombre des otages réclamés par les Suisses.

[3]) Sur les pertes résultant du change des monnaies apportées à Fribourg et du fait que les Suisses n'acceptèrent l'argenterie qu'au prix de sept écus le marc, au lieu de huit que les Genevois avaient compté, voir M D G, t. VIII, p. 427.

l'un des négociateurs de l'accord de Fribourg, et de quelques autres [1]). L'évêque fit désigner par la communauté un certain nombre de commissaires, pour traiter, de concert avec le chapitre et le conseil épiscopal, avec les délégués suisses et aviser aux moyens de payer la rançon, en réservant sur tous les points l'assentiment du conseil général. Les pourparlers furent laborieux; en définitive, les Genevois se refusèrent à signer l'obligation dont ils trouvaient les clauses trop rigoureuses [2]). Dans la situation critique où ils étaient, ils avaient encore à se défendre contre les exigences de l'évêque, qui prétendait prélever pour lui-même deux cents écus sur les ressources extraordinaires que la ville avait tant de peine à réunir. Aussi ne se pressaient-ils pas de reprendre la perception de la taille de 1475, dont bon nombre d'habitants n'avaient pas encore payé leur part. Ayant appris que l'évêque faisait assigner et voulait contraindre les retardataires par la prison, le conseil lui déclara que ceux-ci payeraient la moitié de la taxe, comme cela avait été décidé, mais pas davantage [3]).

Peu à peu, cependant, l'horizon s'éclaircit. Le 21 mars, la diète accepta définitivement de recevoir, au lieu d'otages, des gages pour le montant total de la rançon, à condition que ce fut en bon argent ou or, pouvant se transformer sans peine en monnaie, et qu'il ne s'y trouvât aucun objet d'orfèvrerie sacrée [4]). En même temps, les négociations entamées à Chambéry et à Annecy prenaient un cours favorable. La duchesse Yolande avait renvoyé le syndic Blancmantel avec une lettre et des offres qui prouvaient sa bonne volonté [5]). De son côté la comtesse de Genevois s'était

---

1) E A, t. II, p. 655e et ci-dessus, p. 60; R C, t. III, p. 11—13 (23, 24 et 26 mars); M DG, t. VIII, p. 428. — Voir aussi Schilling, t. II, p. 135; Molsheim, p. 220.

2) R C, t. III, p. 9 (18 mars); lettre de Lestelley, 3 avril, impr. ci-après.

3) R C, t. III, p. 11, 12 (20, 23 et 25 mars 1477).

4) E A, t. II, p. 661 g.

5) Chambéry, 15 mars, impr. dans Galiffe, *Matériaux*, t. I, p. 332; voir R C, t. III, p. 8, 10, 11 (18 et 21 mars).

laissé persuader par Jean Clerc de venir en aide à la ville. Blancmantel, renvoyé à Chambéry, en était de retour le 28 mars. Ce jour-là, le conseil général fixa les garanties à donner aux deux princesses pour la restitution des joyaux ou autres objets précieux qu'elles consentaient à prêter aux Genevois et qui seraient remis comme gages aux Suisses. Alors seulement, afin de satisfaire aux engagements de la ville à l'égard des deux nobles prêteuses, le conseil prit des mesures pour assurer la rentrée intégrale de la taille extraordinaire dans toutes les paroisses [1]).

Le concours des deux princesses était, en quelque sorte, la reconnaissance de la part de responsabilité qui incombait à la Savoie dans les difficultés de Genève. Mais il témoignait aussi d'une réelle bienveillance pour la ville en détresse, ainsi qu'il résulte de la lettre adressée, quelques mois plus tard, par la duchesse Yolande, aux syndics, bourgeois et communauté de Genève[2]). „Vous savés," leur écrit-elle, „comme dernierement, nous estans a Chambery, pour secourir a voz neccessités vous envoyames et prestames, a vostre grant requeste, le meillieur de noz joyaulx et bagues, ce que, pour non faillir au besoing et aussi pour l'amour qu'avons a vous, feismes tres volentiers, comme savés, et encor ferions une autre foys, le cas advenant. Sy vous prions que, selon l'appointement et promesse par vous a nous faicte, tenés moyen que nos dictes bagues nous soyent par vous entierement rendues et appourtées, ainsi que l'avés promis et convenu." Et elle leur recommande de faire surtout diligence pour ravoir, „entre les autres choses, le monde, la corone et le collier; car se [ce] sont pieces appertenans tant a mon filz comme a nous, et lesquelles pour rien ne vouldrions estre dehors de noz mains, dont pour l'advenir pourrions estre chargée, ce que savons ne vouldriés ..."

L'inventaire, qui fut dressé de l'argent et de tous les objets destinés aux Suisses [3]), contient quelques détails sur les trois

---

[1]) R C, t. III, p. 11, 14, 15 (20 et 28 mars).

[2]) *Genève*, P H, nº 645; au dos: „XIII novembris fuit recepta." Impr. dans Galiffe, *Matériaux*, t. I, p. 330.

[3]) Cet inventaire, traduit en allemand, paraît avoir été communi-

principales pièces d'orfèvrerie auxquelles la duchesse de Savoie attachait un si grand prix. La „belle et précieuse couronne d'or pur" était ornée de cent quatre-vingt-neuf perles, de douze rubis balais et de douze saphirs; le collier en or, de dix-sept grosses perles et de nombreux diamants; enfin la croix d'or [1]) comptait dix-sept rubis balais, quarante-cinq perles et trois petits clous en diamant. Des pots, des coupes, des assiettes, des plats, des vases, des gobelets et autres ustensiles en argent ou en argent doré, des chaînes d'or complétaient ce précieux ensemble, dont la valeur fut fixée, suivant une estimation très modérée, à 9000 écus d'or [2]).

Cependant, privé de nouvelles et effrayé des dépenses qu'il faisait, Lestelley écrit le 24 mars aux syndics de Genève pour les presser de libérer la ville en une fois de sa dette [3]):

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, humblement je me recomande a vous. Je vous ay escript par plusieurs foix, maix je n'en ay pas heu une seule response. Touteffois les materes sont en tel

---

qué aux cantons avec le recès de la diète du 14 avril 1477; cf. E A, t. II, p. 666 note. Il s'en est conservé deux exemplaires aux archives de Zurich: Abschiede, coll. Tschudi, I, 41 (annexe) et B. VIII, 268, nº 69. Ce même texte, un peu plus complet, a été inséré dans le *Ratsmanual* de Berne, à la date du 28 janv. 1480, et a été publié par M. von Stürler, dans l'*Indicateur d'histoire et d'antiquités suisses*, t. II, p. 8—10 (traduit en français dans l'édition française de ce recueil). Voir R C, t. III, p. 14 n. 1 et 124 n.1.

[1]) Cette pièce est sans doute la même que le *monde* dont parle la duchesse. Dans les inventaires de la collection Tschudi, les trois pièces principales sont introduites par ces mots: „Das ist das gestain an den dryen guten stucken."

[2]) Dans un document d'avril 1477 (*Genève*, P H, Supplément, nº 23), il est parlé des „gagies d'or et d'argent et bagues pour la summe de IX mille escus, combien que soyent de biaucop plus grand value, et l'on ne les lexaroit pour *bien plus grand summe*" (à la place des quatre derniers mots, le rédacteur avait d'abord écrit: *XII mille*). Voir aussi la lettre du 10 avril, impr. ci-après.

[3]) *Genève*, P H, nº 700; au dos: „XXVI marcii fuit recepta et apportata per d. soudanum." R C, t. III, p. 13.

terme, que ces gens dé Ligues ont respondu a mons^r du Rosey[1]) et a nous aultres preysoniers qu'ilz ne changeront point la forme de l'obligance, se non que l'on apporte en ceste ville argent ou gages pour toute la somme des XXIIII^m ff de Ryn, et que lesdits gages ne se vendront mye jusque au dernier terme, et ainsy l'en evitera hostages et gardes; en vous avertissans qu'ilz ne veullent plus parolles ne ambassades. Pourtant advisés bien. Car que leur fauldra de riens, ilz descendront et feront tous les maulx du monde. Nous aultres, qui sumes icy, en escripvons à mons^r l'evesque bien au long, comme pourrez veoir. Niclaus Meillie, qui ha la croix pour IIII^c ff[2]), veult estre payer, et aussy Foguyly, de C et V ff. Noz gardes nous font de grandes mennaces de nous tirer hors de ceste ville en deffault de payement. Nous faisons grandes despenses et tout me fault payer de l'argent de la cité. J'ay ballié à mons^r le souldan une somme d'or rompu, cassé, legier et gribellé, laquelle me laissa Franczois Gros, en vous prian que le faictez changier a ceulx qu'ilz ont envoyer et en bonne monoye comme florins de Ryn, escus de Roy ou de cinquens[3]), et incontinant les me tramectez par le nepveu de mons^r l'official de Lausanne[4]). Car ledict mons^r l'official m'a prester cent ff de Ryn pour poyer lesdicts gardes. Nous avons beaucopt perdu es payemens faitz, comme verrez une fois, priant nostre Seigneur qui vous doint bonne vie et longue. Escript a Fribourg le XXIIIIe de mars.

Vostre tres humble serviteur

Aymé de Lestelley.

Le même jour, il insiste auprès de son „compère", Aimé de Versonnex, sur la nécessité d'agir promptement[5]).

---

[1]) Probablement un ambassadeur de l'évêque de Genève ou de la duchesse de Savoie. Sur Huet d'Alliay, seigneur du Rosay, voir Büchi, *Akten*, p. 114.

[2]) Ci-dessus, p. 56 n. 4.

[3]) Le „soudan" soit portier de l'Evêché, à Genève, Jacques Bedremant (Bidermann), avait été chargé de porter à Lestelley, pour ses dépenses, une somme de 531 ff 12 d: M D G, t. VIII, p. 427, 428. Sur l'échange des monnaies refusées, voir R C, t. III, p. 13, 15 (27 et 28 mars).

[4]) Il s'agit probablement de l'un des otages, le chanoine Boniface Favre, qui avait rempli antérieurement les fonctions d'official de Lausanne: Reymond, *op. cit.*, p. 328. Il est encore qualifié d'official dans le recès du 4 mars: E A, t. II, p. 655 e.

[5]) *Genève*, P H, n° 700; au dos: „A noble Aymé de Versonay, mon tres chier et tres honnoré compere." Lestelley a signé par distraction cette lettre, qui est entièrement de sa main, du nom de son correspondant.

Tres chier et tres honnoré compere, je me recomande a vous. Je vous mercie du bon du cuer des visitacions et offectes qu'avez faictes a ma femme. Sachés que mons[r] du Rosey n'a riens peu faire par deça. Et je vous dys que ces gens des Ligues de [ne] changeront point la forme de l'obligance, et dient que en parlera plus avant, qu'on les irriteroit; une chouse dient ilz que quant envoyera icy gages souffisans pour toute la somme des XXIIII[m] ff de Ryn, que lesdits gages ne seront point vendu jusque au dernier terme, et ainsy l'on pourra fere subside a beau loysir et se evicteront hostages et gardes. Et aultres pratiques n'aurez avec eulx. L'on en ha escript bien au long a mons[r] l'évesque; pourtant advisés mess[rs] les sindiques de tout, car le temps est curt et perillieux. Compere, je prie a Dieu qui vous doint bonne vie et longue. Escript a Fribour le XXIIII[e] jour de mars.

Vostre humble serviteur et compere
Aymé de Versonay [Lestelley].

Deux jours plus tard, Lestelley reprend la plume, car il se rend compte que la patience des Suisses est à bout [1]).

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, humblement je me recomande a vous. Ces gens dé Ligues, aussy ceulx de ceste ville, dient que nous de Geneve actendons le second Messyas. Et par ainssy ilz sont deliberez, en deffault de payement, de faire telle exequucion que jamaix ne fut la parellie. Et qu'ilz ne veullent plus ambaxades ne aultres pratiques. Et finablement ils pretendent avoir gages de toute la somme ou avoir les piages nommés en l'instrument de l'obligance, que seroit une grande despense. Nous qui sumes icy et noz gardes despendons par sepmaine IIII[xx] ff et plus [2]). Pourtant je vous supplie que veulliés diligencier les materes et tirez a poyer, car aultre remede n'aurés de telles gens. D'aultre part, je vous prie que renvoyés le nepveu de mons[r] l'official de Lausanne a tout l'argent que scevez; car en verité nous àvons a poyer d'aultres debtes qui ne vous sont pas declarer.

L'on ne fait riens a Geneve qui ne soit icy rapporter. Je le dys pour ce que ça, l'en ne veult oir parler, de la vie, du duc de Bourguonge. Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, je prie au benoit

---

[1]) *Genève,* P H, n° 700; au dos: ,,XXVIII marcii fuit recepta hec lictera.“

[2]) Ce sont des florins de Savoie, car, dans la lettre du même jour à Versonnex, Lestelley dit: ,,XL escus d'or“.

filz de Dieu qui vous doint bonne vie et longue. Escript hativement a Fribourg le XXVIe jour de mars M IIIIc LXXVII.

Vostre tres humble serviteur

Aymé de Lestelley.

Et, dans un billet adressé le même jour à Aimé de Versonnex[1], il ajoute: „Je panse que messrs les sindiques feront leur devoir, aultrement les chouses seront en pitit estat, que Dieu ne veullie. Je vous remercie de la visitation et consolacion que faictez à ma femme ...“

Tandis que les otages se désespéraient, les négociations engagées avec la duchesse de Savoie et la comtesse de Genevois avaient abouti. Les délégués de l'évêque et de la ville, qui étaient allés chercher l'orfèvrerie prêtée à celle-ci, revinrent à Genève le 2 avril, avec leur précieux chargement. Il fallut assembler le conseil général pour refaire les obligations destinées aux deux princesses, les objets prêtés par elles ayant une valeur plus grande qu'on ne l'avait prévu en rédigeant les actes primitifs. Pour garantir de toute perte les citoyens, au nombre d'environ deux cents, qui devaient répondre pour la ville, le conseil engagea les biens et revenus de celle-ci[2]).

Enfin, le 3 avril, François Gros, créé conseiller en reconnaissance des services rendus à la communauté, recevait de Jean Clerc, collecteur de la grande taille, une somme de 3000 écus d'or de Savoie qu'il devait porter aux Suisses en même temps que les gages[3]). L'un des desservants de la chapelle du cardinal d'Ostie, Angebert Cronvers[4]), et les deux conseillers Rolet Ar-

---

[1]) *Genève*, P H, nº 700.

[2]) R C, t. III, p. 15, 16 (28 mars et 2 avril).

[3]) *Ibidem*, p. 13 (27 mars). — M D G, t. VIII, p. 423 (au lieu de 300 écus, lire 3000, et ajouter la date: 3 avril 1477).

[4]) Angebert (Engilbert, Gilbert) Crumwert (Cronvers, Crouwoys, Curvios, Croix etc.), prêtre originaire du diocèse de Cologne, était attaché, dès 1459, à la chapelle du cardinal d'Ostie, dont il devint l'un des chapelains en 1464. Ce fut sans doute à titre d'interprète que, dès novembre 1475 et à plusieurs reprises, il fut mêlé aux négociations des Genevois avec

naud et Antoine Achard l'accompagnaient, ainsi que le secrétaire de Lucerne et les autres délégués suisses restés jusqu'alors à Genève. Avant le départ, il fallut encore régler à ces derniers leur salaire et leurs dépenses pendant ce séjour, et porter, de ce fait, au compte de la rançon une nouvelle somme de 157 écus [1]).

Ce même jour, arrivait à Genève une lettre de Lestelley [2]). A mesure qu'approchait le terme fatal de Pâques, l'inquiétude du pauvre conseiller allait croissant.

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, je me recommande a vous tant humblement que je puys. Je vous avoye par pleuseurs fois signiffié que ambaxades ne aultres pratiques n'envoysés par deça, se non argent ou gages soufisans a toute la somme des XXIIIIm escus. Je vous dys, mes tres honnorés Seigneurs, la verité des marchiandises que presentez: ces gens n'en veullent point, comme bien sçait monsr messe Pierre de Viry; s'il ne l'a dit, il ha mal fait. Vous avez dit a aulcuns Seigneurs de ceste ville que tout se poyeroit devant Pasques, ou en argent contant ou en gages soufisans. N'en promectez riens que ne veulliés tenir. Je sçay bien dout ces pratiques viennent. Puys que vous envoyrez le premier payement, ja pour ce ne seront berbys passues. Dites la verité a mon tres redoubté seigneur monsr l'evesque, lequel ha tres bon vouloir. De la detencion de ma parsonne ne vous sossyés, car j'eyme plus morir que vivre. Vous vouliés retenir l'argent de nostre dispense, c'est fait sagement; car ce vous n'envoyez plus largement devant Quasimodo, vous en haurez aultres nouvelles. Monsr le souldan m'a retorner ce que je luy avoye chargé, c'est assavoir deux cens XL florins I gros, et par ainsy vous me retenés sept florins de Savoye, car j'avvoye envoyé IIc XLVII ff et I gros [3]).

J'ayme bien estre icy, car l'on parle peut des aultres afferes.

---

les cantons: Wirz, *Regesten*, livr. 2, p. 22; 3, p. 6; R C, t. II, p. 406, 410 et n. 1, 414, 416; t. III, p. 22; *Registre des anniversaires des Macchabées de Genève*, éd. Chavaz et Gonthier, dans *Mém. et doc. publiés par l'Académie Salésienne*, t. XVII (Annecy, 1894), index. — *Genève*, Notaires, P. Braset, vol. I, fol. 16, 51, 99; vol. II, fol. 204; vol. III, fol. 60, 61, 118; Jean Novel, vol. I, fol. 161. Cf. ci-dessus, p. 12 n. 4, 13 n. 3.

1) M D G, t. VIII, p. 423, 428 (où la date doit être lue: „die tercia aprilis quatercentesimo septuagesimo [septimo];“ voir ci-dessus, p. 63 n. 1.

2) *Genève*, P H, no 700; au dos: „III aprilis fuit recepta.“

3) Ci-dessus, p. 66 n. 3.

Mes tres honnorés Seigneurs, je vous advise que ce la journée de Quasimodo ne se tient a Geneve, les chouses seront en pire estat que devant. Je croy que les Alamans seront d'acort avec les Bourgonions, moyen l'empereur etc. [1]). Pour finale conclusion, je vous dys que il est expedient de poyer entierement. Aultrement tout sera perdu, car ces gens d'armes des Ligues ne demandent que guerre. Dieu y veullie remedier par sa saincte misericorde, lequel vous doint très bonne vie et longue. Escript a Fribourg le premier jour d'avril.

Vostre tres humble serviteur
Aymé de Lestelley.

Le 3 avril, Lestelley fait part aux syndics de Genève de l'attitude menaçante des seize compagnons de la Suisse centrale que l'accord de Fribourg avait préposés à la garde des otages [2]):

Tres chiers et tres honnorés Seigneurs, humblement je me recomande a vous. Lé gardes que avons ont entendu et fait plainte a ceulx de ceste ville que vous ne pouvés finner argent, ne mander les hostages car ilz sen fouys. Et vous ne veullés seeller l'obligance pour ce que ell'est tropt rigoureuse, dont ilz dient qu'ilz y remedierent assés; et ont prié ceulx de ceste ville qu'ilz nous delivrent en leurs mains pour en fere leur vouloir. Et s'il ne fut que lesdits de la ville ont respondu que le souldain leur avoir dit le contraire et que vous estiés deliberer d'acomplir tout, il y eust de novel. Sy actendent que vous ferés à samedy, puys que tant avez tenu le secretaire de Lucherre [3]). Advisés qu'il s'en viengne content. Noz gardes veullent estre poyé pour ung moys, que sont IIIIxx XVI ff. Nous feysons grand dispense d'aultre part. L'on doibt a Niclaus Maillie, qui ha la croix, IIIIc ff, et Ansilie Foguylly C V ff, lesqueulx veullent estre payer et dient qu'ilz n'ont point donner de terme. Je vous signiffie toute la verité.

De novelles de par deça l'on en escript tout a plaint a mon tres redoubté seigneur monsr l'evesque. Publiquement se dy, en ceste ville, que les povres a Geneve font leur devoir, et les puyssans sont exempter et comporter comme autrefoys. C'est mal entendu, mes

---

[1]) L'empereur Frédéric III, dont le fils Maximilien était fiancé à l'héritière de Charles le Téméraire, s'efforçait alors de rétablir la paix entre les Suisses et la Bourgogne: E A, t. II, p. 663 g (24 mars).

[2]) *Genève*, P H, no 700; au dos: „Fuit presentata et recepta V aprilis."

[3]) Lucerne. — Pâques était le terme fixé pour le paiement de 8000 florins du Rhin.

tres honnorés Seigneurs, car le dangier est plus grant que jamaix, Dieu le scait, qui vous doint tres bonne vie et longue. Escript a Fribourg le jeudy saint IIIe de avril M IIIIc LXXVII.

Vostre tres humble serviteur
Aymé de Lestelley.

La traversée du pays de Vaud n'était pas sans péril. Entre les mains des cantons, l'administration y était à peine organisée. Des soldats pillards infestaient les routes et l'argent de Genève était fait pour exciter leurs convoitises. Munis d'un sauf-conduit au nom de Berne et de Fribourg, les représentants de Genève se mirent en chemin, et, après s'être arrêtés dans ces deux villes, où ils plaidèrent la cause de leur cité, ils atteignirent heureusement Lucerne [1]). La somme qu'ils apportaient en argent comptant fut évaluée à 2884 florins du Rhin [2]). Il manquait donc plus de 5000 florins au terme que les Genevois s'étaient engagés à payer à Pâques. Quant aux gages, il était à prévoir que les Suisses, créanciers exigeants, en discuteraient la valeur. Aussi comprend-on l'inquiétude des otages retenus à Fribourg, à l'idée de la mauvaise humeur que ce règlement incomplet provoquerait dans les cantons. L'un d'entre eux, le chapelain Claude De Solan, écrit à son collègue Angebert Cronvers à Lucerne [3]):

---

1) *Berne,* Ratsmanual, vol. 21, p. 70, 85 (16 et 23 mars). — Le 5 avril, Berne adresse à Fribourg le sauf-conduit destiné aux envoyés genevois: *ibidem,* p. 103; ce sauf-conduit est daté du 6 avril 1477: Lat. Miss. B, p. 15 (E A, t. II, p. 665). Le 9 avril, le conseil bernois écrit à ses députés à la diète, à Lucerne, pour leur faire part de ce que les envoyés de Genève ont allégué, à leur passage, touchant l'argent de la rançon et l'orfèvrerie remise aux confédérés; il ajoute que Berne entend partager la rançon proportionnellement au nombre de soldats de chaque canton dans l'armée de 1475: Ratsmanual, vol. 21, p. 110.

2) Suivant reçu du conseiller lucernois Zurgilgen et du secrétaire Jean Schilling: M D G, t. VIII, p. 428. La liste des monnaies composant cet envoi figure à l'inventaire cité ci-dessus, p. 64 n. 3.

3) *Genève,* P H, no 700. Au dos: „Venerando domino Engeberto Croix, capelle Rmi domini cardinalis Obstiensis capellano, civitatis Gebennarum oratori, domino et fratri meo honorando.“

Monsieur mon frere, je moy recomande a vous dou mellieur de mon cueur. Depuis vostre departie, noz gardes nout ont angarié plus que devant et tant, qu'il nous a esté force d'aller devant Messieurs de ceste ville deux ou troys foys; enfin avons esté d'acord. Ne faictes point de semblant et leur compagnion, mais tennés seulement les termes que sçavés estre neccessaires a nostre liberacion. Et prisés les bagues que portés trop plus que ne furent prisées en ceste ville, car aussi valent elles trop plus. D'aultre part, Versonnay nous az escript que l'on fait diligence d'avoir argent a toute puissance et que, a tout le mains, a la journée a Genève l'on delivrera aux Seigneurs des Ligues V^m escus. Et Madame vient a la jornée en personne. Escripvés nous de voz novelles et me recomandés humblement a Anthoine Achart, Rolet Arnaud et a Françoys Gros. Et je prie nostre Seigneur qu'il vous doint revenir trestous a grand joye. Escript à Fribourg le X d'avril.

Vostre frère et serviteur

Solano.

Cependant la diète, réunie à Lucerne dès le 10 avril, après avoir entendu le rapport des délégués suisses qui arrivaient de Genève avec les envoyés de cette ville, se fit remettre les gages. Elle promit de les conserver, sans les vendre, jusqu'à la Saint-Jean suivante (24 juin), mais à une double condition. Elle entendait que la ville de Genève s'acquittât intégralement de sa dette avant cette date et qu'elle désignât quatre garants pour le cas où les gages seraient insuffisants, ou qu'elle acceptât la clause de l'obligation dressée à Fribourg et permettant aux cantons de s'en prendre, dans ce cas, à tous ceux de Genève. En second lieu, la diète exigeait que les Genevois remissent de suite le solde du premier terme, soit 5000 florins du Rhin, aux députés suisses qui allaient assister à la journée convenue avec la duchesse de Savoie; faute de quoi, les otages détenus à Fribourg ne seraient pas libérés [1]). Des instructions furent envoyées dans ce sens à ces députés qui s'étaient déjà mis en route.

Comment s'étonner si, à la suite des atermoiements perpétuels des Genevois, leurs promesses n'inspiraient plus confiance aux

---

[1]) E A, t. II, p. 668 s; sur la date, voir p. 666 note.

cantons. Ceux-ci voulaient être payés et ils accusaient le gouvernement de Genève de ne pas mettre à se libérer toute la diligence et la loyauté désirables. Aimé de Lestelley n'ignorait pas les méchants propos qui se tenaient à Fribourg sur l'attitude de ses concitoyens; il n'hésite pas à en faire part aux syndics de Genève [1]).

Tres honnorés Seigneurs, je me recomande a vous. Le maistre de l'ospital de ceste ville, revenans de Geneve, ha dist que vous avez recouvrer grant argent, plus que n'avez envoyer; l'on doubte que ceulx qui ont acustimer de ronger le puble n'y ayent bucter les mains. Advisés sur tout que, incontinant, ce que avoés en contant soit presenter au Seigneurs des Ligues qui seront par della dymenche pour tout le jour, esqueulx est expedient de faire bonne chiere [2]). Car se ceste journée ne prent bonne conclusion, le pays sera en grande tribulacion. Solicités s'il vous plait nostre delivrance et n'y dormés plus, pour eviter les grandes dispenses; aultrement envoyés nous de l'argent. Priant nostre Seigneur qui vous doint bonne vie et longue. Escript à Fribourg le XIe jour d'avril.

Vostre humble serviteur
Aymé de Lestelley.

Cette pressante requête est le dernier message qui se soit conservé des otages genevois à Fribourg. Jour après jour, les malheureux voyaient se dissiper, comme un mirage, l'espoir d'une prochaine délivrance.

---

[1]) *Genève*, PH, n° 700; au dos: „XIIII aprilis fuit recepta." — Une lettre de Lestelley, reçue à Genève le 16 avril, ne s'est pas conservée: RC, t. III, p. 19.

[2]) La „journée" avec la duchesse de Savoie avait été fixée au dimanche 13 avril.



(La suite est réservée pour le tome XLV.)

EIDGENÖSSISCHE POLITIK ZUR ZEIT DES DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGES.

Von

FRIEDA GALLATI.

Schluß.



3. Die Neutralitätsverletzung durch Feldmarschall Horn und ihre Folgen.

---

a) Politische Verhältnisse vom Herbst 1632 bis zum Sommer 1633.

Mit der offiziellen Neutralitätserklärung gegenüber Gustav Adolf hatten die dreizehn Orte — so verschieden auch ihre Auffassung von dieser Neutralität sein mochte — nochmals den Willen bekundet, sich jeder Einmischung in die auswärtigen Händel zu enthalten. Dennoch war es unvermeidlich, daß bei der Ausdehnung des Krieges auf ganz Süddeutschland, wo sich kein Stand mehr der schwedischen Forderung einer entschiedenen Parteistellung entziehen konnte, auch die Eidgenossenschaft immer mehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Neben der Notwendigkeit, sich häufig für die Verschonung der angrenzenden Lande verwenden zu müssen, machte sich für die Orte das Bestehen eines bestimmten Verhältnisses zu den beiden Reichsstädten Rottweil und Mülhausen besonders fühlbar. Ihre Politik schlug freilich auch hier keine neuen Bahnen ein; denn niemand hatte Lust, sich um dieser Zugewandten willen in die deutschen Wirren verwickeln zu lassen.

Rottweil hatte sich schon seit längerer Zeit um die Eidgenossenschaft wenig bekümmert und an sein Bundesverhältnis sich erst wieder erinnert, als die Schweden und Württemberger im Februar 1632 in gefährliche Nähe kamen. Nach anfänglicher Weigerung Zürichs erhielten die Rottweiler auf der Tagsatzung im Mai die nachgesuchte Bestätigung ihrer Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft, nicht aber die verlangte Hilfe. Damals machten

sie die Zürcher Gesandten auf die Gustav Adolf versprochene Neutralität aufmerksam, deren Wohltat ihnen auch zugute kommen würde. Einige Monate später, als die schwedisch-württembergischen Aspirationen auf die Reichsstadt nicht mehr zweifelhaft sein konnten, tönte es anders. Zürich und Bern, die nicht gewillt waren, den katholischen, kaiserlich gesinnten Rottweilern wirksamen Beistand zu gewähren, waren nun der Ansicht, diese hätten sich seit vielen Jahren so parteiisch benommen, daß ihnen Schweden die Teilnahme an der eidgenössischen Neutralität nicht zugestehen werde, weshalb man sich ohne Verletzung derselben ihrer nicht annehmen könne. Die ganze Leistung der Eidgenossenschaft für den zweifelhaften Bundesgenossen beschränkte sich schließlich auf einige Empfehlungsschreiben; denn auch die katholischen Orte, die im allgemeinen mehr Interesse für näher liegende Dinge, als die eidgenössischen Außenwerke waren, zu haben pflegten, hatten keine Begierde, sich in große Kosten zu stürzen. Weder diese schriftliche Interzession ihrer Verbündeten, noch die Verwendung Rohans schützten die Rottweiler davor, daß sie sich Ende 1632 dem Herzog von Württemberg ergeben mußten, wie ihnen Zürich schon im Juli geraten hatte. Vergeblich war auch ihre Hoffnung, durch eine eidgenössische Garantie für die Beobachtung ihres Akkordes mit dem Herzog die Entfernung der lästigen württembergischen Besatzung zu erlangen: statt der Garantie erhielten sie ein Trostschreiben. Ein letzter Versuch im April 1633, die württembergischen Soldaten durch eidgenössische zu ersetzen, scheiterte am Widerstand Berns und Zürichs, die auch hierin eine Gefahr für die Neutralität und Ruhe erblickten. Die Verbindung zwischen Rottweil und der Eidgenossenschaft erfuhr von da an eine lange Pause, die fast bis zum Ende des Krieges dauerte [1]).

Um die Erhaltung Mülhausens kümmerten sich nur die vier

---

[1]) St. A. Z. A. 207. 2. — B. VIII. 15. fol. 11. — Absch. S. 684, 688, 697 f, 703, 709, 713, 721 ff., 729, 740. — W. Oechsli, Orte und Zugewandte. Jahrb. f. Schweiz. Gesch. XIII. S. 313 ff.

Städte. Evangelisch Glarus und Appenzell hatten sich dieser allzu schweren Pflicht längst entledigt, und die katholischen Orte, die der ketzerischen Reichsstadt den Bund schon im Jahre 1586 aufgekündigt hatten, zeigten nicht die geringste Neigung, das frühere Verhältnis herzustellen. Die Last war für die vier Städte nicht leicht; denn das rings von österreichischem Gebiet umgebene, militärisch ziemlich ohnmächtige und mit schlimmen Finanznöten kämpfende Gemeinwesen kam sich wie eine Insel inmitten feindlicher Elemente vor und schwebte in beständiger Furcht, obschon es während des ganzen Krieges niemals ernstlich angegriffen wurde. Die Politik der vier Städte schwankte hier zwischen dem aufrichtigen Willen zu tatkräftigem Schirm und einer zaghaften Ratlosigkeit, die selbst das völlige Aufgeben des beschwerlichen Bundesgenossen in Erwägung zog. In ihrer Verlegenheit richteten sie immer häufiger ihre Blicke auf den großen westlichen Nachbarn, der als Verbündeter aller Orte und Zugewandten auch Mülhausen zu Schirm verpflichtet war. Aber die französische Protektion bildete nur eine letzte Zuflucht, da sie für die politische und religiöse Freiheit Gefahren einschloß, die sich weder Mülhausen noch die vier Städte verbargen[1]). Zürich und Bern nahmen daher die Last eines Zusatzes damals noch lieber auf sich selber, als daß sie „die Vorwehr und den Schlüssel zur Eidgenossenschaft“ Frankreich überließen. Am eifrigsten war Zürich auf den Schirm der reformierten Reichsstadt bedacht, vor allem als die Restitu-

---

[1]) Nach Grober, Die politischen Beziehungen des der Eidgenossenschaft zugewandten Ortes Mülhausen im Elsaß zum deutschen Reich und zu Frankreich 1597—1678 (Progr. 1880), S. 18, hätte Mülhausen schon im September 1629 den französischen König als den einzigen Retter in der Not betrachtet. Aus dem Schreiben Mülhausens an die Zürcher Gesandten in Aarau v. 16. Sept. 1629 geht jedoch hervor, daß die Reichsstadt schwere Bedenken hatte, die ihr von Brulart de Léon zugemutete französische Garnison anzunehmen. Sie wünschte nur eine Verwendung Ludwigs XIII. beim Kaiser, sowie Geld für die Befestigungswerke. Erst nach Vollendung derselben und im Fall eines offenen Krieges wollte sie sich unter französischen Schutz begeben. St. A. Z. A. 206. 6.

tion der Kirchengüter drohte. Basel und Schaffhausen, die in den ersten Kriegsjahren ihren Mannschaftsanteil bei den Zusätzen regelmäßig gestellt hatten, versuchten mit der Zunahme ihrer eigenen Bedürfnisse diese Verpflichtung auf die weniger ausgesetzten und mit Volk reichlicher versehenen Stände Zürich und Bern abzuwälzen und nur zu den Kosten etwas beizutragen, wobei die beiden Grenzstädte mit kleinlicher Eifersucht über die Gleichheit ihrer Leistungen wachten. Mit Beginn des Jahres 1632 vermehrten sich nach der Ansicht der Mülhauser die Anzeichen eines österreichischen Angriffes. Die vier Städte zogen damals neben der französischen Hilfe und ihrer eigenen Protektion auch eine schwedische Besatzung in Betracht; aber die gleichen Gründe wie früher ließen im März die Sendung eidgenössischer Hauptleute und im September einen Zusatz von 200 Mann als das Geratenste erscheinen. Schon im Oktober und November hatten die Mülhauser Ursache, statt einer Hilfe gegen die Kaiserlichen eine solche gegen die schwedische Gewalt zu begehren, da Feldmarschall Horn mit Einquartierungen und andern Forderungen drohte. Zürich und Bern erteilten ihnen den Rat, die eidgenössische Neutralität vorzuschützen und sich dieses Wesens keineswegs teilhaftig zu machen [1]), eine Vorsicht, die umso angebrachter war, als in der Eidgenossenschaft gerade infolge des Zuzugs für Mülhausen ein schwerer Zwist entstanden war.

Der Vorfall in der Klus, wo die solothurnischen Vögte von Bächburg und Falkenstein und ihre Leute die nach Mülhausen marschierenden bernischen Soldaten angriffen und zum Teil umbrachten — mehr aus Mißverständnis und Roheit als nach wohlüberlegtem Plan — führte die Eidgenossenschaft wieder an den Rand des Krieges [2]). Und doch war der Kluserhandel nicht ganz so gefährlich, wie der Matrimonial- und Kollaturstreit; denn diesmal drehte es sich nicht um eine Religions-, sondern

---

[1]) St. A. Z. A. 206. 6. 7. — Missiven u. Instruktionen der vier Städte von 1632—1633. — O. Grober, l. c.

[2]) Vgl. darüber F. Fäh, Der Kluser Handel und seine Folgen. 1632 bis 1633. Zürcher Diss. 1884.

um eine Standes- und Reputationssache. Wenn Bern ohne Erbarmen auf die schwerste Bestrafung der Übeltäter drang, so vertrat es damit kein höheres Interesse als das der Vergeltung, und wenn Solothurn sich Berns Verlangen nicht fügen wollte, seine Angehörigen zu schützen suchte und die vornehmsten Rädelsführer entwischen ließ, so waren hier neben der Wahrung der Standeshoheit auch rein persönliche Rücksichten maßgebend. Daß die beiden Parteien sich nicht zum gleichen Glauben bekannten, trug freilich viel zur Verschärfung der Erbitterung und des Mißtrauens bei. Der Streit dauerte lange, und es bedurfte aller Anstrengungen der uninteressierten Orte und Herzog Rohans, um zu vermeiden, daß er in Unversöhnlichkeit ausartete, obgleich auf beiden Seiten die Kriegslust gering war. Daß den Katholischen bei der schwierigen Lage in Deutschland eine Entscheidung durch die Waffen sehr unwillkommen gewesen wäre, liegt auf der Hand; aber auch die Evangelischen hatten kein Verlangen darnach. Trotzdem sich Zürich entschieden auf die Seite Berns stellte, so wünschte es im allgemeinen durchaus, dem beleidigten Teil auf friedlichem Wege zur Satisfaktion zu verhelfen. Gewisse Schwankungen je nach dem Stand der auswärtigen Dinge sind freilich auch hier zu beobachten, und auch diesmal fehlten die Gelüste nicht vollständig, sich im Kriegsfall fremder Hilfe zu bedienen. Solothurn suchte im Vertrauen auf seine bekannten französischen Neigungen einen Rückhalt bei Ludwig XIII., und in Bern beriet man sich über eine Reise des Obersten von Erlach-Castelen zu den schwedischen Feldmarschällen Horn und Banér, um von ihnen die Sendung von Reiterei zu erbitten[1]). Schließlich kam die Überlegenheit des evangelischen Teils, die im Reich seit dem Eingreifen Gustav Adolfs Tatsache geworden war und selbst über seinen Tod hinaus für eine Weile Bestand hatte, auch hier zur Geltung: Solothurn gab nach und

[1]) Sehr wahrscheinlich war Erlach-Castelen der Urheber dieser Anregung, da er als Kriegsrat zu den Verfassern des betreffenden Consultums vom 26. Dez. 1632 gehörte. St. A. B. Kriegs- und Defensionalanstalten III. fol. 125, 134.

Bern erhielt die Genugtuung, daß die Häupter dreier Schuldiger fielen.

Die begreifliche Begierde der Evangelischen, dieses Übergewicht auszunützen, gepaart mit dem umsichtigen Bestreben, den Vorteil der Neutralität nicht einzubüßen, gibt ihrer Politik auch nach dem Tode des Schwedenkönigs das Gepräge. Das Verhältnis zwischen den beiden konfessionellen Parteien blieb unerquicklich. Zürich setzte jene von Breitinger inaugurierten Versuche, kraft der Gunst der auswärtigen Lage die volle Gleichberechtigung beider Religionen in den gemeinen Herrschaften zu erzwingen, mit Konsequenz und Energie fort, und die fünf Orte wehrten sich dagegen mit der gleichen Beharrlichkeit wie früher. Auch das Mißtrauen, mit dem man auf beiden Seiten das Verhalten der Andersgläubigen zu den Kriegführenden beobachtete, blieb sich gleich. Man hielt sich offiziell an die Neutralität und vermied eine offene Begünstigung des einen Teils; aber die Verhältnisse brachten es mit sich, daß die evangelischen Orte viel mehr Gelegenheit hatten, als die katholischen, mit kleinen Freundschaftsbeweisen für die gute Partei nicht zu kargen, solange keine großen Ungelegenheiten daraus entstanden. In Basel, Schaffhausen, Stein, Dießenhofen hielten sich nach wie vor fremde, meist schwedische Offiziere auf und betrieben ziemlich ungestört ihre Geschäfte. Den Soldaten, die den Schweden zuliefen, wurde der Paß gegeben, auch dem Reislaufen der eigenen Leute nicht immer gewehrt. Die Truppendurchzüge zu verhindern war den Grenzstädten schlechterdings unmöglich: dazu fehlte es ihnen an der genügenden Wehrmacht. Eine starke Gereiztheit im katholischen Lager und häufige österreichische Beschwerden waren die Folge dieser Duldsamkeit; aber ernsthafte Zwischenfälle erzeugte sie nicht, und darin wenigstens blieben die evangelischen Orte fest: zu einem Anschluß an die gute Partei ließen sie sich nicht verleiten.

Die Krone Schweden hatte den Plan, die vier Städte für den offenen Kampf gegen das Haus Habsburg zu gewinnen, trotz dem Mißerfolg des verstorbenen Königs nicht aufgegeben. Die erste Andeutung geschah bei Gelegenheit eines Werbegesuchs des

Obersten Zollikofer, eines gebürtigen St. Gallers, im Namen Feldmarschall Horns Ende Dezember 1632. Da der Oberst verhindert war, seinen Auftrag persönlich auszurichten, sandte er Zürich seine Instruktion, aus der hervorging, daß Schweden auch jetzt noch zu einem Bündnis mit den evangelischen Orten und zur Hilfe bei einem Angriff von Seiten ihrer katholischen Eidgenossen bereit war. Auf einer evangelischen Konferenz während der badischen Tagsatzung im Januar 1633 wurde die Sache besprochen. Die Gesandten scheinen in der Ablehnung des Werbegesuchs und der übrigen Anträge einig gewesen zu sein, und Bürgermeister Brem schrieb Zollikofer zurück, er habe in Baden nicht merken können, daß die Anregung einer neuen Legation diesseits für einmal so angenehm und ersprießlich sein würde, wie man jenseits vielleicht meine und wünsche. Die ganze Empfindlichkeit der Zürcher über die unerhörte Benachteiligung der Reformierten durch die lutherischen Schweden, die jenen selbst die Katholiken vorzogen, kommt in diesem Schreiben zum Ausdruck, das überdies ein Lob der Neutralität enthält, „welche umb viler respecten willen biss anhero vil nutzlicher gewesen, als die partialitet einicher sonderbarer Orten immer syn khönnen". Auch ein späteres, ebenfalls von Horn unterstütztes Werbegesuch Zollikofers, wobei der Oberst nochmals zu einer Verbindung mit der siegreichen Nation der Schweden einlud, wurde höflich abgeschlagen [1]).

Fast zur selben Zeit berichtete der Generalkommandant des schwäbischen Kreises, Graf Georg Friedrich von Hohenlohe, den evangelischen Orten, daß gemäß einer Vereinbarung zwischen der Krone Schweden und den protestantischen Fürsten und Ständen ein Konvent in Ulm stattfinden werde, und ersuchte sie, mit der evangelischen Partei in Deutschland in gutem Ein-

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 40—47. — A. 178. 2. Nr. 106, 111. — B. IV. 94. fol. 93. — St. A. Sch. Korrespondenzen 1633. — Missiven 1633. — St. A. Ba. Missiven 130. — Eidgsch. E. Abschiede 1633. Instr. v. 9. Jan. — Absch. S. 713 f. — Das Schreiben Brems an Zollikofer v. 20. Jan. 1633 ist von Waser verfaßt.

vernehmen zu bleiben, „auch da Sie uf gewisse conditionen sich enger einzulassen gesonnen, mich dessen vertreulich zue advisieren oder aber bei erstangeregtem Convent zue Ulm durch eine Abordnung den anwessenden Ständen zueröffnen geruhen wollen". Man antwortete ihm, daß man eine Überschreitung der von Gustav Adolf selber angebotenen Neutralität in keiner Weise für nützlich erachte [1]).

Und doch begann gerade damals eine große Sorge für die Evangelischen Gestalt anzunehmen. Ende Februar erhielt Bürgermeister Brem durch Rohan die Nachricht, daß der Kardinal-Infant Ferdinand von Spanien, der Bruder König Philipps IV., in Mailand erwartet werde, um ein großes Heer nach Flandern zu führen. Zugleich trafen allerlei Warnungen ein, und allen möglichen Kombinationen über den mutmaßlichen Zug der spanisch-mailändischen Armada, die neutralitätswidrigen Absichten der katholischen Orte, die Angriffspläne der Kaiserlichen gegen Bünden waren mit einem Male Tür und Tor offen. Rohan selber glaubte, daß der Kardinal-Infant den Weg über den Gotthard nehmen werde, um bei dieser Gelegenheit das Bündnis mit den katholischen Orten zu erneuern. Zürich schrieb deswegen eine Konferenz nach Aarau aus, und hier eröffnete ein Abgeordneter des Herzogs dessen Ratschläge für die evangelischen Städte. Obschon sich Rohan den Anschein gab, als glaube er an eine Vereinigung der ganzen Eidgenossenschaft bei der Abwehr eines spanischen Angriffs, so war seine Aufforderung, heimlich einen Boten auf den Ulmer Konvent zu schicken, mit Horn wegen Zusendung von Reiterei zu unterhandeln, sich nach tüchtigen Führern umzusehen und alle Vorbereitungen zu treffen, doch vom Zweifel an einen dreizehnörtigen Widerstand gegen die spanischen Absichten und von dem besonderen Vertrauen auf die evangelischen Orte diktiert. Diese verschoben bindende Beschlüsse auf eine badische Tagsatzung, die indessen nicht zustande kam, weil

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 48 ff.

für die Altgläubigen die angeblichen Gefahren nicht existierten [1]).

Ob die Evangelischen ernsthaft daran dachten, den gefürchteten Marsch der Spanier über den Gotthard mit Gewalt zu verhindern und Rohans Ratschläge zu befolgen, ist bei ihrer Tendenz, außerhalb des Kriegsgetümmels zu bleiben, sehr fraglich. Bern schrieb allerdings am 21. März an Zürich, wenn man gegen die Spanier zu den Waffen greifen müßte, so hätte die evangelische Union ein Haupt vonnöten; falls sich Rohan dafür verwenden lasse wolle, so müßte ihm der Oberbefehl durch eine Konferenz der evangelischen Orte angetragen werden [2]). Damals liefen in der Tat derartige Verhandlungen zwischen dem Herzog und den vier Städten, in deren Dienst sich der Hugenotte nach seiner unerwünschten Abberufung aus Bünden Ende 1632 gern gestellt hätte. Der Plan ging ursprünglich von der englischen Regierung aus und wurde von ihrem Residenten in Zürich, Oliver Fleming, eifrig verfochten [3]). Mitte März hielt dieser dem Rat einen Vortrag über die Gefahr Bündens und die spanische Bedrohung, erwähnte dabei die alte Freundschaft zwischen Zürich und dem pfälzischen Haus, für dessen Restitution sich die evangelischen Orte bemühen sollten, und hob besonders die Verdienste Rohans hervor. Die Herren von Zürich hatten durchaus nichts dagegen, für eine Unterstützung Bündens der königlichen Gnade teilhaftig zu werden in den ihrem Stande mehr als anderes mangelnden

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 149, 150, 156. — A. 178. 6 Nr. 165. — A. 225. 51. Briefe Rohans. — B. IV. 94. fol. 78 ff. 377 ff. — B. VIII. 15. fol. 9, 23 ff. — St. A. Ba. Eidgsch. D. 5. Abschiedsschriften. fol. 164, 166. — Absch. S. 736 ff. — Rott. IV, 2 S. 7 ff.

[2]) St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 46. Ich brauche immer den alten Stil, wenn die Bemerkung „n. St.“ nicht hinzugefügt ist.

[3]) B. A. London. Foreign Office. Switzerland. Nr. 3. Coke an Fleming, 13. Aug. 1632, 22. April 1633. — Dep. Flemings v. 24. März u. 4. Aug. 1633. — Rott. IV, 1. S. 661. IV, 2. S. 18 f. — Schon Ende 1632 wurde die Sache zwischen Rohan und Bürgermeister Brem erörtert. St. A. Z. A. 225. 51. Briefe Rohans.

Dingen: „als da ist der erforderliche Nervus des Gelds" – und versprachen auch ihr Möglichstes zur Einsetzung des jungen Pfalzgrafen in sein Erbe beizutragen. Mit besonderer Wärme versicherten sie ihre Freundschaft für Rohan, der sich seit seiner Verabschiedung und einer kurzen Reise nach Venedig in ihrer Stadt aufhielt. Wirklich waren die beiden großen evangelischen Stände geneigt, sich des berühmten Feldherrn als Generalissimus über ihre Mannschaft zu bedienen; aber Basel und Schaffhausen scheuten die Ausgabe und ersteres erhob wieder den Einwand, daß dadurch den katholischen Orten Anlaß zu Mißtrauen gegeben würde [1]). Das Projekt, das an der Weigerung der beiden Grenzstädte wohl ohnehin gescheitert wäre, wurde gegenstandslos, als Ludwig XIII. den Oberbefehl Rohans über die französischen Truppen in Bünden erneuerte, worauf sich der Herzog Ende Juli nach Chur zurückbegab.

Obgleich der drohende spanische Durchzug und die Gefahr Bündens bis zum Sommer als schwere Wolke am Horizont der evangelischen Orte hing, bewahrten dieselben bei einem neuen und diesmal offizielleren Versuche, sie zu einer bestimmten Parteinahme zu veranlassen, dieselbe kühle Zurückhaltung wie vorher. Nachdem Ende März der schwedische Reichskanzler Oxenstierna den evangelischen Orten das baldige Erscheinen einer Gesandtschaft angekündigt und um Verschließung der Alpenpässe für den Feind und Wahrung der Neutralität ersucht hatte, folgte am 20. April eine Einladung des Konventes von Heilbronn zum Eintritt in die neue Konföderation der Krone Schweden und der protestantischen Reichsstände. Erst von der Jahrrechnungstagsatzung aus antworteten die vier Städte darauf, indem sie wieder auf die Nützlichkeit der Neutralität für beide Teile hinwiesen. Daß irgend ein Ort damals Lust gehabt hätte, sich in eine abenteuerliche Bündnispolitik einzulassen, davon ist keine Spur vor-

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 167—169, 177. — A. 222. 1. Nr. 62. — Absch. S. 761 ff.

handen[1]). Auf derselben Tagsatzung erschien als Gesandter des Heilbronner Bundes der Reichserbmarschall und Landgraf zu Stühlingen, Maximilian von Pappenheim, und lud in einer langen Rede sämtliche dreizehn Orte zum Bündnis mit den Heilbronner Konföderierten ein, freilich erst, nachdem ihm der kaiserliche Kommissär mit der Warnung vor diesen Anträgen zuvorgekommen war. Da die Gesandten ohne Instruktion waren, wurde die Antwort an Pappenheim, die nicht zweifelhaft sein konnte, auf später verschoben[2]).

Gleich darauf erhielten jedoch die Evangelischen eine Kunde, die zum mindesten beim Vorort den Willen zur Neutralität stark erschütterte. Auf der katholischen Konferenz während der Jahrrechnungstagsatzung eröffnete der spanische Agent Crivelli, der König, der entschlossen sei, sich zur Erhaltung des Glaubens und des Hauses Österreich seiner Macht zu bedienen, begehre die Erneuerung des Bündnisses[3]). Einer der Gesandten, der französisch gesinnte Zuger Landammann Beat Jakob Zurlauben, beeilte sich, die Proposition Crivellis Herzog Rohan, der damals noch in Zürich weilte, im Vertrauen mitzuteilen. Auf dessen Veranlassung empfahl Zürich den drei andern Städten als Abschreckungsmittel eine gemeinsame Erklärung an die katholischen Orte: man würde sich, falls sie das Bündnis mit Spanien erneuerten, diesseits zur schwedischen Partei schlagen. Daß dann „die Neutralität ein Ende nehmen würde und die Evangelischen Ursache hätten, sich anders zu resolvieren", war tatsächlich die Meinung zürcherischer Ratsmitglieder[4]). Die drei Städte nahmen die Sache weniger tragisch als der Vorort. Behutsam meinte Bern, man müsse bei dieser Meldung Zurlaubens und seinen daran geknüpften Warnungen

---

1) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 275. — A. 220. Nr. 58—64. — Absch. S. 760 f.

2) Absch. S. 756 ff. — Zur Instruktion Pappenheims vgl. Chemnitz, Der Königlich Schwedische in Teutschland geführte Krieg. II. S. 140 f.

3) Absch. S. 760. — Rott. IV, 2. S. 128.

4) St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. I. Nr. 148. Hirzel an Wettstein.

in Betracht ziehen, daß sich viele Gemüter leicht bereden und verdunkeln lassen; doch solle man auf der nächsten Konferenz in Schwyz den katholischen Orten das Nötige vorstellen. Auf dieser Zusammenkunft, die zur Verhandlung über den Glarner Bevogtigungsspan angesetzt worden war, erfuhren die evangelischen Gesandten nichts Sicheres über die angebliche Bündniserneuerung. Einige der katholischen Boten schworen sogar, daß nie ein solches Ansinnen an sie gestellt worden sei, und beteuerten ihre Unzufriedenheit mit Spanien, das seine Schulden nicht bezahlte[1]). Aber die Stimmung in Zürich blieb schwül, und es war für das Verhalten des Vorortes bei den folgenden Ereignissen nicht ohne Bedeutung, daß der Argwohn gegen die Altgläubigen und die spanischen Machenschaften neue Nahrung erhalten hatte.

In Wahrheit lag die sofortige Erneuerung des Bündnisses mit Spanien-Mailand damals nicht im Wunsche aller sechs Orte. Die Nähe der Schweden mahnte zur Vorsicht und zu größerer Rücksicht auf die Freundschaft Frankreichs. Luzern, getreu seiner Politik, zwischen den beiden katholischen Kronen zu lavieren, hütete sich wohl, zu große Bereitwilligkeit zu zeigen und sorgte dafür, daß die Proposition Crivellis einfach zur Kenntnis genommen und das Weitere abgewartet wurde. Selbst bei der Begrüßung des Kardinal-Infanten in Mailand, wo natürlich die Bündniserneuerung auch zur Sprache kommen mußte, gebot

---

[1]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 287. — B. VIII. 15. fol. 31. — A. 252. 3. Schaffh. an Zürich, 31. Juli 1633. — St. A. B. Ev. Abschiede F. S. 11. — Teutsch Missivenb. 7. S. 129, 143. — St. A. Ba. Missiven. 129. 20. Juli. — B. A. Dep. Rohans. Layette XLIII. 28. Juli 1633. — Wohl bei diesem Anlaß verfaßte ein Schaffhauser ein „Bedencken uber die frag Ob die H. der vier Städt mit den Schwedischen ein bündtnuss machen können. Conscriptum Julio 1633 a I. I. O.“ Die Berechtigung eines solchen Bündnisses wird hier nur für den Fall zugegeben, daß die Katholischen sich mit den Spaniern verbünden, diesen den Paß an den Bodensee geben und dadurch den Thurgau zum Kriegsschauplatz machen würden. St. B. B. Ms. Hist. Helv. VI. 31. — Haller V. Nr. 1013.

Luzern seinen Gesandten höchste Zurückhaltung und untersagte ihnen jede eigentliche Verhandlung darüber[1]).

Den katholischen Orten lagen damals andere Sorgen näher. Sie betrafen die glaubensverwandte, von den siegreichen Protestanten hart bedrängte Nachbarschaft. Ihre Vertragspflichten kamen hier in Konflikt mit der geringen Lust, sich Ungelegenheiten auszusetzen; ihre politischen und konfessionellen Interessen kämpften auch hier mit den entgegengesetzten der Neugläubigen. Jedes Ansinnen, sich mit dem Schutze der Bischöfe von Basel und Konstanz zu befassen, wies Zürich mit der Begründung ab, daß die beiden Reichsfürsten seien und daß man sich nicht in den Krieg einmischen wolle. Als die sieben mit dem Basler Bischof verbündeten Orte im April 1633 Miene machten, demselben zuzuziehen und Bern wegen des Passes anfragten, betrachteten die evangelischen Städte dieses Unternehmen als eine Verletzung der mit Schweden feierlich eingegangenen Neutralität, und Bern verweigerte den Paß, vielleicht nicht einmal zur großen Enttäuschung der sieben Orte, die nun für die Unterlassung der Hilfe eine bequeme Ausrede hatten[2]). Häufig wandten die katholischen Herren des Thurgaus schon damals ihre ängstlichen Blicke nach dem Bodensee; denn Konstanz durfte um keinen Preis in schwedische Hände fallen. Ihrem Vorschlag auf der badischen Tagsatzung im November 1632, man sollte diesen Platz mit einem eidgenössischen Zusatz versehen, begegnete Zürich mit der sehr richtigen Vermutung, daß das Haus Österreich daran eher Anstoß nehmen würde, als daß Konstanz damit gedient wäre, und so blieb es bei der guten Absicht[3]).

---

[1]) St. A. L. Abschiede 1633. fol. 348. — Spanien-Mailand. Eidg. außerordentl. Gesandtschaften. Instr. v. 17. Aug. 1633. — B. A. Dep. Rohans. Layette XLI. 23. Juni 1633.

[2]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 1. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 60, 66. — Allg. eidg. Bücher. Neutralitätsgeschäft. F. S. 632. — Absch. S. 741 ff.

[3]) Absch. S. 723.

Die Bodenseestadt blieb zunächst verschont; dafür kamen die vier Waldstädte am Rhein im Sommer 1633 in die Lage, kraft der Erbeinigung und der Nachbarschaft um eidgenössischen Beistand bitten zu müssen. Schon im Januar, als sich Horn eines großen Teils der vorderöstereichischen Lande bemächtigt hatte, war der Gedanke laut geworden, die vier Städte um der eigenen Sicherheit willen in eidgenössischen Schutz zu nehmen. Als nun im Juli der Rheingraf Otto Ludwig Rheinfelden belagerte, bildete diese Angelegenheit einen der wichtigsten Verhandlungsgegenstände auf der Jahrrechnungstagsatzung. Die Neutralisierung und Besetzung der Waldstädte mit eidgenössischen Garnisonen bis zum Frieden erschien den katholischen Orten und den Belagerten selber als der geeignete Weg zur allgemeinen Beruhigung; nur bestand leider gar keine Aussicht, dahin zu gelangen. Die österreichischen Kommissäre griffen nicht gern zu diesem verdächtigen und für die künftige Kriegführung vielleicht hinderlichen Auskunftsmittel; bloß für die Erhaltung der beiden weniger wichtigen Plätze Waldshut und Laufenburg, die noch nicht erobert waren, hätten sie sich diese Art des eidgenössischen Beistandes gefallen lassen. Der seines Sieges sichere Rheingraf, den man mit einer Kontribution abfinden wollte, ging auf gar nichts ein, sondern bezog sich auf den Reichskanzler Oxenstierna, in dessen Namen er die Expedition unternommen habe. Zu diesem zweifachen Widerstand gesellte sich derjenige der evangelischen Orte, besonders Zürichs. Die konfessionelle Rivalität ließ eidgenössische Besatzungen in den vier österreichischen Städten nicht geraten erscheinen, da die Katholischen dabei unzweifelhaft die Mehrheit beansprucht hätten und allerlei Streitigkeiten entstanden wären. Auch diesmal begründete Zürich, wie immer, wenn es ihm paßte, seine Abneigung mit der Behauptung, daß man sich dadurch des deutschen Kriegswesens teilhaftig machen würde. Die Versicherung des Rheingrafen, das schweizerische Gebiet schonen zu wollen, war somit das einzige positive Ergebnis der eidgenössischen Vermittlung [1]).

---

[1]) St. A. Z. B. VIII. 123. fol. 271 ff. — B. IV. 94. fol. 347. — Absch. S. 755 ff.

Am 15. Juli ergab sich Rheinfelden den Schweden, und nun folgte ein kleines Nachspiel, das den Neutralitätswillen der evangelischen Orte wieder auf die Probe stellte. Die Stadt wurde vom Eroberer dem Markgrafen Georg Friedrich von Baden eingeräumt, und dieser war darauf bedacht, sich der neuen Erwerbung besser zu versichern. Die markgräflichen Wünsche wurden von dem Obersten von Erlach-Castelen, der Georg Friedrich auf einer Reise begleitet hatte, nach Bern gemeldet; sie bezogen sich nicht allein auf die Befestigung Rheinfeldens und seine Verwahrung mit einer eidgenössischen evangelischen Besatzung, sondern auch auf die Erneuerung des Bündnisses mit Zürich und Bern unter Einschluß des Herzogtums Württemberg und der Stadt Straßburg. Allein die Berner fanden, es sei bei jetziger Zeit nicht gut, von solchen Dingen viel zu reden: man könne im Gegenteil froh sein, daß das mehr schädliche als nützliche markgräfliche Bündnis abgelaufen sei. Auch mit den Schanzwerken war man nicht einverstanden, schon des bösen Beispiels für Konstanz wegen, gegen dessen Befestigung man konsequent zu protestieren pflegte, und eine eidgenössische Garnison war mit der Neutralität nicht recht vereinbar. Hingegen wollte Bern auf den Rat Erlachs zum Dank für die Unterlassung der Befestigung dem Markgrafen ein geheimes Versprechen geben, daß der Krone Schweden vom schweizerischen Boden aus kein Schaden geschehen und Österreich der Paß zur Wiedereroberung der Waldstätte versagt werden würde. Basel jedoch bestritt im Hinblick auf die Erbeinigung und seine eigene Ohnmacht, Durchzüge zu verhindern, die Berechtigung zu einer solchen Paßverweigerung. Weitere Diskussionen über den schwierigen Punkt schnitt die Rückeroberung Rheinfeldens durch die Kaiserlichen ab[1]).

Die düstern Aussichten im Sommer 1633, als fast überall

---

[1]) St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 148, 169, 175. — Zeitungsschreiben II. S. 457. Erlach an Bern, 20. Aug. 1633, teilweise gedr. im Schweiz. Geschichtsforscher XII. S. 100 f. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1633. Instr. v. 3. Sept.

an der Nordgrenze schwedische Waffen klirrten, und die Unmöglichkeit, aus eigener Kraft den Schaden abzuwenden, bestärkten die katholischen Orte in ihrem Wunsch, in ihrem Verhältnis zu Frankreich eine Klärung herbeizuführen. Schon längst plante die Eidgenossenschaft eine Gesandtschaft nach Paris, die den ewigen Klagen über die rückständigen Zahlungen und den Beschwerden der schweizerischen Kaufleute in Frankreich abhelfen sollte. Der wichtigste Nebenzweck, ja das eigentliche „General- und Hauptstück" für die katholischen Stände aber war, dem König die Schwedengefahr und überhaupt die ganze unheilvolle Konstellation für den wahren Glauben in aller Deutlichkeit vorzustellen. Anfänglich hatte man sich nicht allzu viel davon versprochen, da Ludwig XIII. „bei der schwedischen Union selber interessiert war". Allmählich aber war die Lage doch zu bedrohlich geworden, als daß man nicht jedes Mittel gern ergriffen hätte. In Frankreich waren eidgenössische Gesandte, die an Verpflichtungen mahnten, denen man nicht nachkommen konnte oder wollte, nicht sehr willkommen, und so tat Rohan sein Möglichstes, um diese Abordnung zu hintertreiben. Bei seinen guten Beziehungen zu Zürich war es ihm ein Leichtes, die evangelischen Orte davon abzubringen; die katholischen indessen blieben bei ihrem Entschluß und hätten ihn wahrscheinlich gegen den Willen Rohans und ohne Mitwirkung der Neugläubigen schon damals ausgeführt, wenn nicht ein Ereignis eingetreten wäre, das zur Beschäftigung mit näherliegenden Dingen zwang[1]).

b) *Die Neutralitätsverletzung bei Stein a. Rh. und die angebliche Mitwissenschaft Zürichs.*

Am Nachmittag des 28. August 1633 überbrachte der Generalquartiermeister des schwedischen Feldmarschalls Gustav Horn dem Rat des zürcherischen Städtchens Stein ein Schreiben, worin

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 200. — B. IV. 94. fol. 149, 153 f. — St. A. L. Abschiede 1633. fol. 3, 19, 361. — Ungeb. Abschiede XII. Zug an Luzern, 22. Aug. 1633. — Absch. S. 726, 742, 745, 754, 765 f. — Rott. IV, 2 S. 24 f.

ohne Verzug der Paß für 3000 Reiter begehrt wurde. Einige Stunden später befand sich Horn vor den Toren, und die Steiner wußten nichts Besseres zu tun, als dieser Gewalt, der sie nicht widerstehen konnten, zu weichen und die fremden Truppen friedlich passieren zu lassen. Die Schweden gelangten so auf thurgauischen Boden, setzten ihren Marsch ohne jegliche Störung bis nach Gottlieben fort, schlugen hier ihre Zelte auf und begannen Konstanz vom schweizerischen Gebiete aus zu belagern. In seinen Entschuldigungsschreiben an Zürich, Stein, den Landvogt und die Kommandanten im Thurgau und die sieben regierenden Orte erklärte der Feldmarschall, er sei gezwungen, sich der Stadt Konstanz zu bemächtigen, damit die heranrückenden Spanier dort nicht „sedem belli" machten; weil jeder Verzug Gefahr gebracht hätte, habe er nicht vorher um freien Paß ersuchen können[1]).

Diese schwerste Neutralitätsverletzung während des dreißigjährigen Kriegs, die sofort einer Verdächtigung Zürichs durch die katholischen Orte rief und die Eidgenossenschaft beinahe in einen Bürgerkrieg stürzte, beschäftigte nicht nur die Zeitgenossen in hohem Maße, sondern auch später suchte man öfters nach einer Erklärung für ihr Gelingen. Die neuere Forschung glaubte sie in einem Einverständnis zürcherischer Kreise, besonders des Bürgermeisters Brem, des Stadtschreibers Waser und des Antistes Breitinger, gefunden zu haben[2]). Die folgende Untersuchung möchte zeigen, daß diese Annahme irrig ist.

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 179—183. — Mercure Suisse. S. 224 ff.

[2]) P. Schweizer, l. c. S. 239 ff. Nach ihm Joh. Dierauer, Der Zug der Schweden gegen Konstanz 1633. Schriften d. Ver. f. Gesch. d. Bodensees u. s. Umgeb. 1906. — Geschichte d. Schweiz. Eidgenossensch. III. S. 523 ff. — Karl Dändliker, Geschichte d. Stadt u. d. Kantons Zürich II. S. 414 f. — H. Buser, Die Belagerung von Konstanz durch die Schweden usw. Thurg. Beiträge z. vaterl. Gesch. 1911. — Walter Utzinger, Bürgermeister Joh. Heinr. Wasers eidgenöss. Wirken 1652—1669. Zürcher Diss. 1903. S. 7 f. — und andere mehr, so auch die neueste Darstellung von Friedrich Pieth in der „Schweizer Kriegsgeschichte". Heft 6. — Vgl. auch Rott IV, 2 S. 47 ff.

Es ist vor allem erforderlich, die Kenntnis von der Absicht Horns, die Bodenseestadt zu erobern, und das angebliche Wissen um die geplante Neutralitätsverletzung auseinanderzuhalten, was in den neueren Darstellungen nicht immer geschieht. In Wahrheit befanden sich weder die dreizehn Orte noch Konstanz selber über die drohende Belagerung irgendwie im Unklaren. Die Expedition an den Bodensee war schon von Gustav Adolf häufig erwogen worden, nahm aber erst mit dem bevorstehenden Marsch des Kardinal-Infanten festere Form an. Vornehmlich war es eine Lieblingsidee Rohans, durch die Einnahme von Konstanz die spanische Hilfe für den Gegner von vornherein unwirksam zu machen. Seit dem Frühling 1633 gab sich der Herzog, der schon längst den Besitz von Konstanz und Lindau als das Heilsamste für die evangelische Sache angesehen hatte [1]), die größte Mühe, die schwedische Kriegsleitung dafür zu gewinnen [2]). Herzog Bernhard von Weimar wollte nichts davon wissen [3]); Feldmarschall Horn hingegen war Mitte Mai bereit, den Zug an den Bodensee anzutreten und wollte sich zu diesem Zweck der um Villingen lagernden württembergischen Truppen und des Schafelitzkischen Regimentes bedienen. Seine Briefe an Oberst Schafelitzki und den Generalleutnant Streiff, worin er seinen Plan offenbarte, wurden jedoch von den Kaiserlichen aufgefangen. Sogleich wurde Konstanz mit einer stärkeren Besatzung unter dem Grafen von Wolfegg versehen, und die mit Gottes Hilfe entdeckten feindlichen Anschläge wurden dem Landvogt des Thurgaus, den sieben regierenden Orten und ganz besonders ausführlich nach Luzern gemeldet [4]). Ein Geheimnis war also die Konstanz drohende Be-

---

[1]) St. A. Z. A. 206. 7. Rohan an Zürich. 20. März 1632, n. St.

[2]) Rott IV, 2 S. 28 f. 45 ff.

[3]) Rikskansleren Axel Oxenstiernas Skrifter och Brefvexling. II. 8. Nr. 67, 68. — G. Droysen, Bernhard von Weimar. I. S. 253 ff.

[4]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 183. — St. A. L. 30jähr. Krieg. 1633. Kopien der Schreiben Horns an Schafelitzki, Streiff und den Markgrafen von Baden, dd. Eichstädt 11. Mai 1633. — Wolfegg an die fünf Orte. 19/9 Juni 1633. — Der Brief Horns an Schafelitzki ist gedruckt in der Flug-

lagerung durchaus nicht mehr; es kam nur darauf an, wann und wie sie ausgeführt wurde. Verschiedene Umstände verzögerten die Sache bis tief in den Sommer hinein. Erst der Aufbruch des kaiserlichen Feldmarschalleutnants Scherffenberg aus dem Allgäu gegen den Bodensee und Schwarzwald und seine Vereinigung mit Ossa zum Entsatz Villingens und Breisachs brachte Horn dazu, am 18. August von Donauwörth aus den Marsch in südwestlicher Richtung anzutreten, um zunächst die feindlichen Hilfstruppen von Villingen abzuschneiden, was ihm gelang. Am 23. August erreichte er Pfullendorf in der Absicht, weiter südlich bis an den Bodensee fortzurücken, aber noch völlig unschlüssig, ob er zuerst Überlingen oder Konstanz belagern wolle [1]). Er scheint sich dann bald für das Zweite entschieden zu haben. Am 26. August befand er sich in Stockach und am Abend dieses Tages in Zell, wo die letzten Vorbereitungen für die Belagerung getroffen wurden.

Wann Horn den Plan faßte, Konstanz von der schweizerischen Seite aus anzugreifen, dürfte schwerlich festzustellen sein. Hingegen kann man es der Klugheit des Feldmarschalls zutrauen, daß er seine Absicht nicht an die große Glocke hängte und nur diejenigen davon unterrichtete, deren Dienste er dabei bedurfte, und zwar nicht Wochen und Monate bevor das Unternehmen, das so lange in der Schwebe und ganz unsicher war, verwirklicht wurde, sondern erst zu einem Zeitpunkt, als die notwendigen Befehle gegeben werden mußten. Zu den wenigen Eingeweihten gehörte der Oberst Schafelitzki, dessen Regiment im August bei Tuttlingen lag. Da der Feldmarschall wiederum württembergische Hilfstruppen und Kriegsmaterialien verwenden wollte — seine schweren

---

schrift „Constantia ab Suecicis obcessa. 1633“. Die irrtümliche Meinung Beyerles (Konstanz im dreißigj. Kriege. 1628—33. Neujahrsblätter d. bad. hist. Kommission. N. F. 3. 1900. S. 47), Horn habe im Mai die Belagerung nicht selbst unternehmen, sondern andern übertragen wollen, wird durch den Wortlaut der aufgefangenen Schreiben widerlegt.

[1]) Rikskansl. A. Oxenstiernas Skrifter. II. 8. Nr. 68—71 u. Beilage III, S. 248 ff. II, 7. S. 76 f. Horn an Schafelitzki, Pfullendorf, 24. Aug. Gedruckt in der „Constantia obsessa“.

Stücke hatte er in Ulm zurückgelassen —, mußte er sich natürlich mit den maßgebenden Stellen verständigen. Am 24. August schrieb er von Pfullendorf aus an Schafelitzki, falls man sich für Konstanz entscheide, brauche man die von ihm begehrten Geschütze nicht so weit, nämlich von Villingen her, heraufzubringen, sondern sie könnten füglicher vom Hohentwiel her genommen und „den bewußten Weg auf Konstanz zugeführt werden", womit jedenfalls der Weg nach Stein und dann über den See gemeint war, auf dem nachher die Hohentwieler Kanonen wirklich befördert wurden [1]). Daß Oberst Schafelitzki, der spätere Generalmajor der Krone Schweden, der nur formell in zürcherischer Bestallung stand, sich irgendwie bewogen gefühlt hätte, Zürich den Plan eines schwedischen Feldherrn zu verraten, dessen Erfolg von der gänzlichen Geheimhaltung abhing, ist nicht zum mindesten wahrscheinlich, abgesehen davon, daß er der beträchtlichen Entfernung und Unsicherheit der Straßen wegen wohl gar nicht dazu imstande gewesen wäre. Nun handelt es sich aber noch um einige andere Persönlichkeiten, die mit Zürich in Verbindung standen, nämlich um Hauptmann Ulrich und Oberst Peblis.

Hauptmann Kaspar Ulrich von Zürich, ein Sohn des Ratsherrn Rudolf Ulrich, wurde von Herzog Rohan seit Ende 1632 öfters für diplomatische Sendungen verwendet [2]). So benützte er

---

[1]) Das Schreiben Horns an Schafelitzki vom 24. Aug., das ebenfalls aufgefangen wurde, ist gedruckt in der „Constantia obsessa". Vgl. auch Rikskansl. A. Oxenst. Skrifter. II. 7. S. 76 f. — Chemnitz II, S. 197. — St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 198.

[2]) Dierauer, Der Zug der Schweden gegen Konstanz. S. 9, nennt Ulrich einen in schwedisch-württembergischen Diensten stehenden Zürcher, was nicht zutrifft. Im Jahre 1626 befand sich Ulrich als Hauptmann bei den zürcherischen Soldtruppen in Bünden, 1630 beim Regiment Erlach in Savoyen und Piemont. St. A. Z. B. V. 58, S. 347 f. — B. IV. 93. fol. 164. — Im Frühling 1632 begleitete er Erlach-Castelen auf seiner Reise zu Gustav Adolf, wahrscheinlich um bei einer allfälligen Werbung schweizerischer Söldner für den König sich eine Offiziersstelle zu sichern. Im Sommer desselben Jahres begab er sich nochmals kurz ins Lager bei Nürnberg; aber in schwedische Dienste scheint er nicht getreten zu sein. St.

ihn als Unterhändler bei jenen Bemühungen, der schwedischen Kriegsleitung die Notwendigkeit des Bodenseeunternehmens klar zu machen. Im Mai und Juni 1633 unternahm Ulrich deswegen Reisen nach Deutschland [1]). Daß Horn bei diesen Verhandlungen etwas über seine Absicht, die schweizerische Neutralität zu verletzen, verlauten ließ, ist nicht anzunehmen; vielleicht hatte er sie damals überhaupt noch nicht. Es drehte sich bei jenen Unterredungen viel mehr um das Zustandekommen der Sache selber und eine allfällige Mitwirkung Rohans, als um die Spezialitäten der Ausführung. Wäre es Ulrich damals bekannt geworden, daß der Feldmarschall bei Stein über den Rhein gehen wolle, so hätte er sicher auch Rohan davon unterrichtet. Nun wird sich schwerlich ein Zeugnis dafür finden, daß der Herzog etwas von dem Plane wußte; seine Briefe aus jener Zeit sprechen deutlich für das Gegenteil [2]). Auch hätte er ihn als Vertreter der französischen Krone, den er seit Mitte Mai wieder darstellte, kaum gebilligt; denn er war mit den Zuständen und der Psyche der katholischen

---

B. B. Ms. Hist. Helv. XV. 21. Nr. 33. — St. A. Sch. Chronik. Wepfers. Notiz z. 29. April 1632. — St. A. Z. E. II. 399. fol. 287. — B. A. Dep. Scaramellis. Bd. 43. S. 112. — Ende 1632 war er wieder in Bünden und wurde bald persona grata bei Rohan, der im Herbst 1633, als Ulrich zum Obersten der zürcherischen Truppen ernannt wurde, seinen militärischen Fähigkeiten ein glänzendes Zeugnis ausstellte. St. A. Z. A. 326. Rohan an Zürich. 1. Nov. 1633. Vgl. auch die Kreditive Rohans für Ulrich vom 23. Nov. 1632. St. A. Sch. Korrespondenzen 1632. — St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 144.

[1]) St. A. Z. E. II. 400. fol. 76. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 44, S. 124 f., 178. — In Z. B. Z. Ms. F. 212 findet sich ein an Breitinger gerichteter und die Schriftzüge Joh. Jak. Ulrichs, des spätern Antistes, aufweisender Auszug von verschiedenen Nachrichten, d. d. Genf, 18. Juni, darunter eine „auss Donauwert", wo es heißt: „Die Schwedisch maht wirdt gwüss ehist gegen den See rucken. Herr Feldmarschalch Horn wirt mit kommen: so bald hertzog Bernhard von Heidelberg wirt ankommen syn, soll der Mercurius Tigurinus verreisen und die gefassten radtschlag dem Hertzog von R. eröfnen." Der Mercurius Tigurinus ist unzweifelhaft Hauptmann Ulrich.

[2]) B. A. Dep. Rohans vom Juni bis Sept. 1633. Layette XLI—XLVII.

Orte zu vertraut, um nicht vorauszusehen, daß eine solche Neutralitätsverletzung den Frieden in der Eidgenossenschaft, den Frankreichs Interesse erheischte, aufs höchste gefährden würde [1]). Auf keinen Fall hat Rohan Zürich etwas über die drohende Grenzverletzung mitgeteilt, und darauf kommt es hier allein an. Am 1. September schrieb die Zürcher Regierung dem Herzog über den ,,unversehenen" Durchzug bei Stein und bemerkte dazu, man habe schon so viel spüren können, daß die fünf Orte diesen Einbruch als eine Hostilität auffassen und vielleicht tätlich rächen würden und daß ,,unserthalben, die wir doch daran khein schuld nit tragend" ungleiche Reden und Drohungen fielen [2]). Hätte der Herzog dem Zürcher Magistrat etwas von der Absicht Horns gesagt, so hätte sich Stadtschreiber Waser sicher nicht bemüssigt gefühlt, in diesen vertraulichen, nur für Rohan bestimmten Zeilen von der Unschuld Zürichs zu reden [3]).

---

[1]) Am 30/20 Juni 1633 schrieb Rohan an Bouthillier, du Landé fordere ihn auf, sich um den Paß für Truppen Horns nach Bünden zu bemühen, ,,ce que je croy tres dificile, pour ce que les Catholiques s'y opposeront asseurement, et ie ne scay si les Protestans mesmes n'aprehenderont point le desordre des dites trouppes." B. A. Dep. Rohans. Layette XLI.

[2]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 159.

[3]) Rott IV, 2. S. 49, begeht jene fatale Verwechslung zwischen der geplanten Belagerung und der Neutralitätsverletzung. Er sagt: ,,En prétendant qu'elles avaient été surprises, elles aussi, par la soudaineté de l'acte de Horn, les autorités du grand Etat évangélique déguisaient assurément la vérité. Elles ignoraient sans doute le jour et l'heure auxquels le général suédois exécuterait son dessein; mais de ce dessein elles avaient été avisées en secret par l'ancien ambassadeur extraordinaire de Louis XIII en Rhétie et n'y avaient pas contredit." Rott zitiert für diese Behauptung den Bericht Rossos vom 14. Juli 1633 (B. A. Dep. Rossos. Bd. 44. S. 124 f.), wo es heißt, Rohan habe Rosso im Vertrauen mitgeteilt ,,che ha mandato alle quattro città protestanti per intendere il loro senso se vogliono permettere che egli faci la stessa impresa (di Costanza), promettendola di sicura riuscita quando si faccia con quella segretezza che si richiede, e che la fara come da lui." ,,Pare," fährt Rosso fort, ,,per quanto asserisce, che ne siano le dette città portate corragiosamente, in particolare Zurigo, che vi tiene li confini piu prossimi, ma dubita il Duca di non trovarle tali

Hingegen ist es nicht zweifelhaft, daß Hauptmann Ulrich in den letzten Tagen vor Horns Übergang bei Stein eine sehr bestimmte Vermutung, wenn nicht die Gewißheit von diesem Unterfangen hatte. Er war von Rohan Mitte August, als der Herzog von Feria mit einem Teil der spanisch-mailändischen Truppen den Zug nach Deutschland angetreten hatte, in höchster Eile zum drittenmal in das schwedische Lager gesandt worden und kam Horn, den er wahrscheinlich am 25. August in Stockach traf, sehr gelegen; denn dieser hatte ihn und den Landgrafen von Stühlingen soeben „in die Nähe verschrieben zu dem Ende, damit man von den Sachen deliberiren und einen Schluß machen könne“ [1]). Lange wird nun diesmal Ulrich über die Absicht des Schweden, schweizerisches Gebiet zu betreten, nicht im Zweifel gewesen sein; denn am 27. August besichtigte er zusammen mit einem schwedischen Ingenieur im Auftrage Horns von Gottlieben aus „die Gelegenheit der Stadt Konstanz“ [2]). Höchstens über die Stelle des Übergangs war er vielleicht zuerst nicht ganz im Reinen; nach

all'effetuatione del disegno etc.“ Nun haben die Zürcher selbstverständlich niemals behauptet, sie hätten nichts davon gewußt, daß Konstanz belagert würde, sondern die Versicherungen ihrer Unkenntnis bezogen sich immer nur auf die Neutralitätsverletzung bei Stein. Von dieser aber steht in Rossos Depesche kein Wort; überdies heißt es hier ausdrücklich, der Herzog habe mit allen vier Städten über die Sache verhandelt. Das Zugeständnis, das Rohan von den evangelischen Orten verlangte, betraf die heimliche Lieferung von Proviant und Munition. Vgl. die Dep. Flemings v. 4. Aug. 1633. B. A. — Im. St. A. Z., A. 178. 2. Nr. 240, liegt ein Schriftstück ohne Unterschrift und Datum, von Rohans Sekretär geschrieben, das vermutlich den Zürich betreffenden Teil einer Instruktion Rohans für einen Abgeordneten an den Hof darstellt. Hier heißt es: „Q'ils ont été voirement surpris en leur passage du Stein sur la rivière du Rhin par le Mar[al] Horn sans qu'il voulût donner temps aux habitants d'en avertir leurs Superieurs, et sans que directement ni indirectement ils ayent presté aucun consentement ni usé de connivence.“

[1]) B. A. Dep. Rohans v. 30. Aug. Layette XLVI. — Dep. Rossos, Bd. 44, S. 223. — St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 185. — Horn an Schafelitzki. 24. Aug. „Constantia obsessa“.

[2]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 184a. — P. Schweizer, l. c. S. 240.

seinem Bericht an Bürgermeister Holzhalb hatte er zwar sehr bald nach seiner Ankunft gemerkt, daß Horn „dem spanischen Vorhaben durch einen unverhofften Streich zuvorkommen wolle", aber erst am 28. August bestimmt vermutet, daß es dem Paß von Stein gelten könnte [1]). Daß Ulrichs Scharfsinn nicht schon ein paar Tage vorher auf diesen Gedanken kam, dürfte immerhin zu bezweifeln sein; denn der Steiner Paß war für Horn der bequemste, und er wird nicht versäumt haben, sich bei dem Zürcher über die derzeitige Beschaffenheit desselben zu erkundigen. Das Verhalten Ulrichs war durchaus nicht tadellos und nichts weniger als neutral; zur Entschuldigung könnte ihm einzig dienen, daß er wahrscheinlich nicht in der Lage war, Zürich so rechtzeitig zu warnen, daß wirksame Vorkehrungen hätten getroffen werden können.

Für die Beantwortung der Frage, ob zürcherische Kreise etwas von der beabsichtigten Invasion wußten, fällt aber nicht so sehr das Verhältnis Ulrichs dazu ins Gewicht, wie dasjenige des Obersten Peblis; denn auf der Voraussetzung seiner Kenntnis von dem Plane Horns und dessen Übermittlung an seine zürcherischen Freunde beruht wesentlich die von der neueren

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 185. — P. Schweizer, S. 240, hält die Angabe Ulrichs, Horn habe den Bericht von seiner Ankunft an Stein, Zürich usw. durch seinen Sekretär erst am 28. Aug. aufsetzen lassen, für eine Heuchelei, weil diese Schreiben vom 26. Aug. datiert sind. Mit diesem Datum hat es aber eine besondere Bewandtnis: in dem Brief an Zürich vergaß nämlich der Schreiber, die dafür offen gelassene Lücke auszufüllen, weshalb anzunehmen ist, daß das Datum des 26. August in den übrigen Schreiben erst nachträglich eingesetzt wurde und keineswegs richtig zu sein braucht. Vielleicht wollte Horn den Anschein erwecken, daß seine Meldung zwei Tage vor dem Einbruch verfaßt wurde und nur durch bösen Zufall so spät in die Hände der Adressaten gelangte. Weshalb Ulrich seiner Regierung mit einer so plumpen Lüge, die sogleich entdeckt worden wäre, hätte aufwarten wollen, ist nicht ersichtlich. Auch seine Angabe, er sei abends um fünf Uhr von Zell aus in Stein angekommen, ist glaubhaft. Nach seiner Verrichtung in Gottlieben am 27. Aug. ritt er unzweifelhaft wieder nach Zell zurück, schon um Horn Bericht zu erstatten.

Forschung aufgestellte Behauptung von der Mitschuld Zürichs. Oberst Peblis war seit seiner Rückkehr von England nach dem Tode Gustav Adolfs und des Böhmenkönigs Friedrich in Deutschland geblieben, um als pfälzischer Vertreter am Heilbronner Konvent teilzunehmen und später beim Consilium formatum zu wirken. Daneben betätigte er sich im Auftrag des englischen Königs bei den Restitutionsverhandlungen zwischen Oxenstierna und dem Administrator der Kurpfalz[1]). Anfangs Mai 1633 sandte ihn der Reichskanzler in Horns Lager, damit er die Revolte der Offiziere dämpfen helfe. Auf der Rückreise nach Frankfurt besprach sich Peblis mit dem Herzog von Württemberg über dessen Unterstützung der Expedition an den Bodensee. Am 21. Mai schrieb er von Frankfurt aus Breitinger über seine Reise und erwähnte dabei ein künftiges vorteilhaftes, auch den evangelischen Schweizern nützliches Unternehmen; was dies sei, werde Hauptmann Ulrich berichten. Dieser Brief diente u. a. als Beweis dafür, daß Peblis und durch ihn der Antistes von dem Plane Horns Kunde hatten[2]), wobei zwischen der Belagerung von Konstanz und der Neutralitätsverletzung nicht unterschieden und gänzlich übersehen wurde, daß Peblis dieselbe Mitteilung auch der zürcherischen Regierung zukommen ließ. Am gleichen 21. Mai schrieb er nämlich an Zürich: „Was her feldtmarschalk in eurer weisheiten nachbarschaft firnemen möchte, des werden dieselbe berichtet werden, undt obschon es erstlich eine kleine uhngelegenheit geben möchte, so wirdt doch hernach der nutzen auch für euch meine gnedige herren desto grösser sein, als sie selbst in betrachtung aller umbstende befinden werden“[3]). Hätte Peblis

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 76—79. Peblis an Zürich. März bis Juli 1633. — E. II. 400. fol. 8, 46, 76, 88, 103, 122. — Stadt u. Landschaft. Urk. Nr. 3574. — Rikskansl. A. Oxenstiernas Skrifter II. 8. Beilage III. S. 251.

[2]) P. Schweizer, l. c. S. 239 f.

[3]) St. A. Z. A. 220 Nr. 78. — Wenn Peblis von einer „kleinen Ungelegenheit“ spricht, so meint er damit natürlich nicht den Einfall Horns, sondern die Unannehmlichkeiten infolge der Verlegung des Krieges so nahe an die Grenze. Schaffhausen erklärte z. B. im Jahre 1641, als Kon-

mit dieser Nachricht die Neutralitätsverletzung und nicht einfach die Belagerung von Konstanz gemeint, so hätte also die ganze zürcherische Regierung schon im Mai oder Juni davon unterrichtet sein müssen! Dies ist übrigens die einzige Andeutung, die sich in den Briefen des Pfälzers über die bevorstehende Belagerung von Konstanz findet; in seinen späteren Schreiben an Breitinger und Zürich vom Juni bis zum August erwähnt er sie nie mehr. Trotzdem wurde in ihm derjenige vermutet, der Feldmarschall Horn auf die Schwäche des Platzes Stein aufmerksam gemacht und im August mit ihm zusammen im Lager von Donauwörth den Feldzugsplan gegen Konstanz entworfen habe[1]). In der Tat verhandelte Peblis seit Ende Juli auf Befehl Oxenstiernas wieder mit den unzufriedenen Offizieren der Horn'schen Armee; aber schwerlich sprach man in Donauwörth viel von dem süddeutschen Unternehmen, das dem ebenfalls anwesenden Herzog Bernhard von Weimar höchst unsympathisch war und schon um des üblen Zustandes des Heeres willen zunächst nicht ausgeführt werden konnte. Jedenfalls weiß Peblis, der Mitte August wieder in Frankfurt war, seinem Freunde in Zürich nur von der „summa rerum", von Operationsplänen größten Stils zu berichten, die damals erörtert worden seien, und gar nichts von dem Zug an den Bodensee[2]). Horn hatte es übrigens nicht nötig, sich bei dem Pfälzer, der seit zwei Jahren das schweizerische Gebiet nicht mehr betreten hatte, über den eidgenössischen Grenzschutz zu erkundigen. Er hatte genug Leute an der Hand, die ihn, als er wirklich an die Ausführung des Planes ging, informieren konnten. Der Kommandant von Zell, Oberst Zollikofer, war sicher über den Platz Stein vortrefflich unterrichtet: hatten doch im Juni

---

stanz einen französischen Angriff fürchtete, eine Belagerung dieses Platzes bringe besonders den Nächstgesessenen höchste Gefahr, Ungelegenheit und Teurung. St. A. Sch. Instruktion v. 22. März 1641.

[1]) P. Schweizer, l. c. S. 240 ff.

[2]) St. A. Z. E. II. 400. fol. 122. — Chemnitz II. S. 151, 158.

sein Hofmeister und drei seiner Diener dort kurze Zeit gewohnt[1]). Auch Pappenheim, ein eifriger Förderer des Bodenseeunternehmens [2]) und von Horn neben Ulrich in den letzten Tagen als Ratgeber „in die Nähe verschrieben", wird gute Kunde von den dortigen Verhältnissen gehabt haben.

Daß Oberst Peblis auf irgend eine Weise den Plan Horns, die eidgenössische Neutralität zu verletzen, begünstigt hätte, daß er überhaupt darum wußte und ihn Antistes Breitinger und anderen zürcherischen Freunden mitgeteilt hätte, dafür ist bis jetzt kein einziger Beweis erbracht worden; denn jenes Dokument, das der neueren Forschung als sicherste Stütze für die Behauptung von der Mitschuld Breitingers und seiner Freunde dienen mußte, beweist nicht nur nichts dafür, sondern eher das Gegenteil. Es handelt sich um den Brief Breitingers an Peblis vom 27. August 1633 [3]). Hier soll der Antistes seinem Freunde geschrieben haben: „jetzt könne dieser bei Oxenstierna der zürcherischen Sache die besten Dienste leisten, um alle Forderungen der Evangelischen betreffend die gemeinen Herrschaften zu erfüllen; von dem schwedischen Gesandten Carl Marin habe er vernommen, daß Peblis bald herkommen werde; hoffentlich werde er öffentliche Aufträge mitbringen und den Plan, wie die Schweden sich der Stadt Konstanz bemächtigen könnten. Davon hoffe er mit Gottes Hilfe die beste Frucht. Waser wäre würdig, ins Geheimnis gezogen zu werden, sonst niemand in Zürich". Wie verträgt sich dies nun mit dem Originaltext des Breitinger'schen Schreibens? Dasselbe handelt in seinem ersten Teil ausschließlich von einem Dienst, den Peblis durch seine Verwendung bei Oxenstierna der Stadt Zürich erweisen könne. Die Sache betraf die Rückgabe etlicher

---

1) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 138, 281. — A. 146. 5. — Zürich erteilte den Steinern eine Rüge, weil sie Zollikofer oder seine Leute nicht anderswohin gewiesen hatten, da man durch solche Aufenthaltsbewilligungen „in nicht geringen Verdacht gezogen werde."

2) Lettres et Négociations du Marquis de Feuquières. I. S. 77. — Rott IV. 2. S. 29, 46.

3) St. A. Z. E. II. 400. fol. 126. — Vgl. Schweizer, l. c. S. 243 f.

Gefälle in der Landgrafschaft Nellenburg, die einst dem Kloster St. Georgen in Stein gehört hatten, zur Zeit der Reformation aber diesem entfremdet und vom Abt dem Kloster Petershausen übertragen worden waren [1]). Da die Schweden in den Besitz dieses Gebietes gekommen waren, wünschte Zürich die guten Beziehungen des Obersten Peblis zum Zweck der Restitution dieser Gefälle auszunützen. Mit den „Forderungen der Evangelischen betreffend die gemeinen Herrschaften" hat dies aber nichts zu tun; davon steht nichts in Breitingers Brief. Ebensowenig findet sich irgend etwas darin, was auf die Belagerung von Konstanz Bezug hätte. Es dreht sich um die Stelle: „Reversus ad nos Carolus noster (Marin) attulit acceptissimum nuncium de prospera valetudine tua, quam perpetuam esse boni omnes votant animitus. Is spem fecit tui adventus, quo nihil nobis magis ad votum. Optamus tecum afferri mandata publica nobiscum deliberandi ac quomodo nostri fiant Helvetiorum transitus pro vestra ipsorum securitate. Denique Waserus meus dignus mihi videtur, cui communicemus ziphram nostram. Certe cui tutius omnia tua concredas, preter ipsum novi hic neminem". Nur wenn man „Helvetiorum transitus" mit „Durchzüge durch die Schweiz" übersetzt, was grammatisch unmöglich ist, könnte man auf die Idee von einem Zusammenhang mit der geplanten Neutralitätsverletzung kommen; aber auch so ergibt dieser Satz keinen Sinn. Denn was das bedeuten sollte „Wir wünschen, dass du offizielle Aufträge mitbringst, um mit uns zu beraten, auf welche Weise unsere Durchzüge durch die Schweiz geschehen sollen um eurer eigenen Sicherheit willen" ist unerfindlich. Die Lösung des Rätsels ist einfach: Breitinger machte in seinem Konzept einen Schreibfehler, er wollte schreiben „ac quomodo nostri firmant Helvetiorum transitus pro vestra ipsorum securitate". Dann heißt es eben „wie die unsrigen die schweizerischen Pässe verwahren um eurer eigenen Sicherheit willen." Darum handelte es sich ja zu

---

[1]) St. A. Z. Ratsmanual Nr. 402. S. 8, 16. — A. 220. Nr. 130. Bericht Dr. Valentin Heyders über diese Angelegenheit aus d. Jahre 1650.

jener Zeit, daß man den Spaniern den Durchzug durch eidgenössisches Gebiet verwehre, dies war die große Sorge Rohans und Zürichs, dies hatte Pappenheim auf der Jahrrechnungstagsatzung und Peblis in seinem Brief an Breitinger vom 6. Juli verlangt[1]). Gerade in jenen Tagen hatte übrigens der spanisch-mailändische Heereszug nach Deutschland seinen Anfang genommen. — Also nicht von einem Hereinlassen fremder Truppen, sondern vielmehr von einer Verschließung der eidgenössischen Pässe — freilich gegen die Spanier — ist in Breitingers Brief die Rede. Von der Belagerung der Stadt Konstanz aber steht kein Wort darin.

Und wie verhält es sich mit dem „Geheimnis", in das eingeweiht zu werden Breitinger einzig seinen und Peblis' jungen Freund, den Stadtschreiber Waser, für würdig befand? Es heißt in dem Brief „Denique Waserus meus dignus mihi videtur, cui communicemus ziphram nostram". Geheimschrift und Geheimnis sind zwei verschiedene Dinge. Von einem Geheimnis schrieb der Antistes nichts, bloß davon, daß man Waser die Geheimschrift mitteilen könnte und daß Peblis diesem Manne, der ihm außerordentlich zugetan sei, alle seine Angelegenheiten ruhig anvertrauen dürfe.

Es ist im vorigen Kapitel gezeigt worden[2]), daß Breitinger und Oberst Peblis geheimnisvolle Pläne zum Zwecke, die Eidgenossenschaft dem Kriege entgegenzutreiben, nicht gehegt haben, daß somit die Voraussetzungen für eine Begünstigung des schwedischen Einbruchs ihrerseits fehlen. Wie sollte der Pfälzer, der fortwährend betont hatte, die Eidgenossenschaft solle sich vor allen fremden Gästen hüten, ob Freund oder Feind, nun plötzlich seine Ansichten geändert haben? Auch in seinen Briefen aus der ersten Hälfte des Jahres 1633 weist nichts auf den Wunsch hin, die evangelischen Orte in eine gefährliche Bündnis- und Kriegspolitik zu verwickeln. Im Gegenteil! Wieder warnt Peblis davor, den Heilbronner Konföderierten Werbungen zu gestatten und

[1]) St. A. Z. E. II. 400, fol. 103.
[2]) Jahrbuch XLIII. S. 110 ff.

sich so von Volk zu entblößen; denn dieses werde künftig einen hohen Preis haben. Bei Gelegenheit der Sendung Pappenheims nach Baden erinnert er nochmals daran; freilich fügt er hinzu, man könne jetzt viel sicherer als vorher die schwedische Freundschaft pflegen: denn ihre Sachen ständen besser, wenn nicht etwa Geldmangel und die kursächsischen Friedensverhandlungen Schaden brächten [1]). Dies ist die einzige bescheidene Andeutung im Interesse des Heilbronner Bundes, die sich in sämtlichen Briefen des Pfälzers bis zum September findet.

Zum Überfluß tritt gerade derjenige, dessen Korrespondenz mit Breitinger zu Unrecht die Grundlage für die Behauptung eines geheimen Einverständnisses zürcherischer Kreise mit Horns Einfall bildet, als Kronzeuge für Zürichs Unschuld auf. Im Jahre 1635 bat Peblis den Reichskanzler Oxenstierna, im Falle ernstlicher Friedensverhandlungen dafür zu sorgen, daß die evangelischen Orte und besonders Zürich in den künftigen Frieden eingeschlossen würden. Durch die Neutralitätsverletzung bei Stein seien nämlich den Zürchern die größten Unannehmlichkeiten erwachsen, indem ihnen von Österreich und den katholischen Orten vorgeworfen werde, sie hätten durch die Gewährung des Passes wider die Verträge gehandelt und seien deswegen schuldig, allen Schaden zu ersetzen, obgleich „alles diser leit firgeben gantz uhngegründtt, dan iederman ist bekant, das meine gnedige herren, dem herren feldtmarschalk den pas zu Stein nichtt geben, sondern ehr in selbst genommen undt das ehr schon durchgezogen, ehe es meine gnedige herren berichtet worden oder von disen zug einig wortt gewust“. Es sei daher durchaus billig, daß sich Oxenstierna für den Einschluß der Stadt Zürich in den Frieden bemühe, weil die Veranlassung zu einer Beunruhigung derselben von den Armeen der Krone Schweden und ihrer Konföderierten herrühre [2]). — Wenn Oberst Peblis das Zeugnis dafür, daß die

---

[1]) St. A. Z. E. II, 400. fol. 46, 103.

[2]) St. A. Z. A. 176. 3. Kaiser. Nr. 199. Dieses Konzept von Peblis' Hand ohne Datum, Unterschrift und Adresse ist unzweifelhaft an Oxen-

Herren von Zürich von der Invasion Horns vorher kein Wort gewußt hatten, irgend einem andern gegenüber abgelegt hätte, so wäre ihm nicht allzuviel Gewicht zuzuschreiben. Wenn er dies aber dem Reichskanzler gegenüber tut, so wird man ihm wohl glauben dürfen; denn dem Leiter aller militärischen Operationen und Schwiegervater Horns eine Lüge aufzutischen und daraus noch eine Verpflichtung der Krone Schweden abzuleiten, wäre ihm nicht in den Sinn gekommen.

Feldmarschall Horn selber anerkannte übrigens die Ungereimtheit der Zumutungen, welche die katholischen Orte „unter dem Prätext als ob die Herren von Zürich mit ihm colludirt hätten“, an den evangelischen Vorort stellten[1]). Schwerlich würde er so geschrieben haben, wenn ein „Colludium“ wirklich stattgefunden hätte. Umsonst machten die katholischen Orte nach der Schlacht bei Nördlingen alle Anstrengungen, um aus der Kanzlei Horns, die samt dem Feldmarschall in die Hände der Sieger gefallen war, Beweisstücke für den Verrat Zürichs zu erhalten. Sie erhielten sie niemals, weil keine vorhanden waren und vorhanden sein konnten[2]).

Es erübrigt noch, die Zürcher von dem besonders schweren Verdacht zu reinigen, in den sie dank ihren mangelhaften Grenzschutzmaßregeln geraten sind. Die Meinung, sie hätten ihre seit

---

stierna gerichtet. Geschrieben ist es sehr wahrscheinlich bald nach der am 22. März 1635 erfolgten Rückkehr des Pfälzers aus Deutschland nach Zürich. Vgl. E. II 454. Tagebuchartige Notizen Breitingers. — Ratsmanual Nr. 408. S. 29. — Im Frühling 1635 gab es mit der Reichsritterschaft am Bodensee sehr unangenehme Verhandlungen wegen Rückgabe von Dokumenten und andern Gegenständen, die vor der konstanzischen Belagerung in den Thurgau geflüchtet worden, aber während derselben abhanden gekommen waren. Absch. S. 920, 922, 940.

[1]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 149. Horn an Zürich, Herbolzheim, 3. Nov. 1633. Vgl. auch Nr. 150, ein Schreiben Horns an Pappenheim vom gleichen Datum, das für die katholischen Orte berechnet war. B. A. Dep. des Nuntius Scotti v. 29. Nov. 1633.

[2]) B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 335 f. — Dep. Flemings v. 10. Okt. 1634. — Absch. S. 902.

1628 in Stein liegende Besatzung von dreihundert Mann unter Hauptmann Grebel gerade im Juli 1633 „im gleichen Momente, in welchem die Konstanzer Unternehmung zu Donauwörth verabredet wurde“, zurückgezogen, beruht auf einem völligen Irrtum[1]). Der anfangs März 1628 unter Hauptmann Wehrli nach Stein gesandte Zusatz war schon im April desselben Jahres auf die Hälfte reduziert und später ganz zurückgenommen worden[2]). Es befand sich dann längere Zeit keine Besatzung mehr in Stein, da die Zürcher die Kosten gerne sparten. Im Januar 1633, als die Steiner einen Überfall von Konstanz her befürchteten, hatte Zürich zunächst starke Bedenken, Mannschaft nach dem Grenzstädtchen zu schicken „weil es sich dadurch gegen beide kriegenden Parteien zu Konstanz, Zell und der Enden zu Feinden aufwerfe“. Erst als die Kaiserlichen Mitte Februar in das Stein zugehörige Dorf Ramsen einfielen, verordnete Zürich einen Zusatz vom Trülliker Lärmplatz aus unter Hauptmann Grebel nach Stein. Dieses Landvolk wurde aber schon am 17. März und durchaus nicht erst im Juli abberufen mit der ausdrücklichen Begründung, daß sich das kaiserliche und das schwedische Kriegsvolk mit Ausnahme der Garnisonen in Zell und auf der Reichenau wieder entfernt habe, und seither blieb Stein ohne Besatzung[3]).

Nicht besser steht es mit der Verdächtigung Zürichs, weil es das Aufstellen von Wachen auf der Steiner Brücke durch den thurgauischen Landvogt nicht dulden wollte. Es handelte sich hier nicht um eine momentane Maßregel, sondern um einen Kompetenzstreit, der im Sommer 1632 ausgebrochen und noch 1648 nicht beendet war. Stein beanspruchte das Mannschaftsrecht

---

[1]) P. Schweizer, l. c. S. 242. Wie Schweizer zu dieser Angabe kommt, ist nicht ersichtlich. Weder im Manuale des Stadtschreibers noch in dem des Unterschreibers findet sich eine solche Notiz.

[2]) St. A. Z. B. VIII. 16. Verordnung wegen eines Zusatzes zu Stein, 1. März 1628. — B. IV. 89. fol. 12, 201 ff. — A. 178. 1. Nr. 132. — A. 178. 2. Nr. 65.

[3]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 107. — A. 35. 1. Auszüge nach Stein a. Rh. — A. 146. 5. Stadt Stein. — B. IV. 94. fol. 121, 126, 350, 371 ff.

auch diesseits der Brücke, während die fünf Orte als Herren des Thurgaus an ihrer Hoheit bis auf das dritte Joch derselben festhielten und das Recht zum Aufstellen der Wachen dem Landvogt einräumten. Schon im Juli 1632 protestierte Zürich entschieden gegen diese „Neuerung". Die Abschaffung der Wachen vor der Steiner Brücke im Sommer 1633 bildete nur eine Fortsetzung dieses Konfliktes, und man müßte es geradezu als eine erstaunliche Inkonsequenz betrachten, wenn die Zürcher ihren Protest vom Jahre vorher nicht erneuert hätten, besonders wenn man weiß, mit welcher Eifersucht die Vertreter beider Konfessionen auf die Wahrung ihrer Rechte bedacht waren[1]). Auch später, als die Begünstigung einer Invasion in den Thurgau sicher nicht mehr in Frage kommen konnte, verteidigte Zürich das Mannschaftsrecht Steins diesseits der Brücke mit aller Energie.

Dennoch ist es begreiflich, daß die fünf Orte nach Horns Einbruch den Zürchern die Abstellung der Wachen auf der Steiner Brücke vorwarfen. Aber sie trafen damit im Grunde auch sich selber, überhaupt die ganze Zerrissenheit, Zwietracht und Augenblickspolitik der Eidgenossenschaft und das daraus resultierende System des Grenzschutzes. Daß man sich nie zu einem gemeinschaftlichen Defensionale entschließen konnte, war der Fehler aller Orte, der katholischen noch mehr als der evangelischen. Die ausgeprägte Neigung für den einen oder den andern Teil der Kriegführenden, die Rücksicht auf die bessere Partei, die man oft der eigenen Sicherheit voranstellte, war eine Krankheit, an der alle litten. Zürich ging in dieser Beziehung allerdings besonders weit, und hier liegt seine eigentliche Schuld. Trotzdem es wußte, daß Konstanz eine Belagerung drohte, tat es nichts Außerordentliches, um sich vor Gebietsverletzungen zu schützen, und setzte den Bemühungen der fünf Orte für eine bessere Ver-

---

[1]) St. A. Z. A. 146. 5. Juli—Sept. 1632. — A. 178. 6. Nr. 61 u. 62. Gedr. im Geschichtsfreund 35. S. 256 f. — A. 323. 6. Stockar an Zürich, 8. Feb. 1633. — A. 35. 1. Stein an Zürich. 11. Feb. 1633. — A. 146. 5. Schreiben v. 28. u. 30. Juni 1633. — B. IV. 94. fol. 137 f., 344, 368. — Absch. S. 1550 f.

wahrung des Thurgaus genau denselben Widerstand entgegen, wie im Jahre vorher, im wohltuenden Gefühl der Vergeltung für Bünden und im scheinbaren Vertrauen auf die Respektierung der Grenzen durch die Schweden kraft der versprochenen Neutralität. ,,Man soll den schwedischen Versicherungen glauben, wie man einst den kaiserlichen geglaubt hat'', und ,,weil man sich zur Neutralität erklärt hat, will man das deutsche Kriegswesen beiden Parteien übergeben'', d. h. durch eine Wehrverfassung sich nicht gleichsam hineinmischen: das waren die Sätze, welche die Zürcher Boten auf der Jahrrechnungstagsatzung und in Schwyz bei den Verhandlungen über den Schutz des Thurgaus vertreten sollten. Allerdings wußte niemand, wann die geplante Belagerung der Bodenseestadt zur Ausführung kommen würde, und es war damals nicht üblich, für bloße Vorbeugungszwecke viel auszugeben. Auch befürworteten in Schwyz nur die Luzerner Gesandten einen Zusatz in den Thurgau, während die innern Orte zusammen mit den Evangelischen dagegen waren[1]).

Daß aber im allgemeinen Zürich den Schweden diese Eroberung nicht erschweren wollte, dafür zeugt sein Verhalten bei den österreichischen Schutzmaßnahmen. Wohl war es auch nur eine Wiederholung früherer Beschwerden, wenn man sich gegen die Stärke der Konstanzer Besatzung verwahrte, und daß man Befestigungen, die angeblich auf Schweizerboden übergriffen, nicht dulden wollte, ,,um sich nicht den unausbleiblichen Fluch der lieben Posterität zuzuziehen'', ist begreiflich. Dennoch war der heftige Protest Bürgermeister Brems auf der Jahrrechnungstagsatzung, der im Einverständnis mit Rohan geschah[2]) und ein

---

[1]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 302. — B. VIII 15. fol. 23, 31. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 44. S. 195. — Absch. S. 759, 1550 f.

[2]) St. A. Z. A. 205. 3. — A. 178. 6. Nr. 175. — B. IV. 94. fol. 135. — B. VIII. 15. fol. 23. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 44. S. 125. Die Meinung Rotts, IV, 2. S. 49, Rohan habe Brem abgeraten, gegen die Befestigungen zu protestieren, um nicht den Verdacht der fünf Orte zu erwecken, ist das Resultat einer falschen Auffassung von Rossos Depesche. Gerade das Gegenteil berichtet der Venetianer, nämlich, daß Rohan sehr bestimmt

dreizehnörtiges Beschwerdeschreiben an Konstanz zur Folge hatte, nicht von Freundschaftsgefühlen für die österreichische Stadt diktiert, die man eben sehr gern in den Händen der Schweden gesehen hätte, und der Versicherung, daß Konstanz von der Schweizerseite aus nichts zu befürchten habe, entsprachen die militärischen Anordnungen nicht. Nicht daß den Zürchern der Einfall Horns bei Stein etwa angenehm gewesen wäre. Wenn eine Grenzverletzung nötig war, so hätten sie es jedenfalls vorgezogen, wenn dieselbe nicht auf rein zürcherischem Gebiet zuerst in Szene gesetzt worden wäre. Aber die Belagerung selber war dem evangelischen Vorort, dem der österreichische Platz hart an der thurgauischen Grenze eine stete Sorge war, außerordentlich erwünscht, und seine Sympathien für die schwedische Sache, denen er im Geheimen bisweilen Ausdruck gab [1]), veranlaßten Horn wohl nicht zum wenigsten, den Rheinübergang gerade bei Stein zu wählen.

Obgleich also von einem Einverständnis zürcherischer Kreise mit der Neutralitätsverletzung Horns nicht die Rede sein kann und zahlreiche Äußerungen und Tatsachen auf den ehrlichen Willen schließen lassen, außerhalb des Getümmels zu bleiben, so kann Zürich von einer indirekten Schuld nicht ganz freigesprochen werden. Der Neutralitätsgedanke hatte noch nicht so fest Wurzel gefaßt, daß er über eine unzulässige Parteinahme triumphiert und Hoffnungen und Wünsche für die eigene Macht, die sich an das Glück des einen Kriegführenden knüpften, ausgeschaltet hätte. Aus diesen Spekulationen heraus fließt auch die zürcherische Politik der folgenden Zeit.

---

auf die Beschwerde der dreizehn Orte und die vollständige Rasierung der neuen Schanzen drang.

[1]) Als Oberst Zollikofer bei einer vertraulichen Unterredung mit Bürgermeister Brem und Landvogt Grebel am 29. Juli im Schlosse Küssenberg um eine Geldanleihe und die Gestattung von Werbungen ersucht hatte, gewährte ihm der Geheime Rat die letztern, sofern sie nicht öffentlich geschähen. St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 190. —Ratsmanual Nr. 402. S. 6. — B. IV 94. fol. 303. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 44. S. 204.

c) Die Eidgenossenschaft während der Belagerung von Konstanz.

Die erste Nachricht von der Neutralitätsverletzung bei Stein erhielt Zürich am Morgen des 29. August durch den thurgauischen Landammann Ruppli, der ein Schreiben Horns überbrachte. Am Nachmittag desselben Tages berichtete eine Gesandtschaft aus Stein über die Vorgänge. Sofort ließ Zürich eine schriftliche Versicherung an die fünf Orte abgehen, es könne vor Gott bezeugen, daß ihm von dem geschwinden Vorhaben des Feldmarschalls bis zur Stunde nicht das Geringste bekannt gewesen sei. Zugleich lud es zu einer Tagsatzung auf den 4. September ein, um gemeinsam zu beraten, wie das fremde Kriegsvolk von den Grenzen wieder entfernt werden könnte. Hauptmann Grebel in Gottlieben, einem jener Kommandanten, die im August in den Thurgau geschickt worden waren, aber insgesamt dem Zuge Horns nicht den geringsten Widerstand geleistet hatten, wurde befohlen, in Gottlieben zu bleiben, wenn die übrigen Kommandanten ebenfalls im Lande verharrten, und dafür zu sorgen, daß von diesen ja kein „Lärm und Aufstand" gemacht werde[1]). Damit bezeichnete Zürich schon seine Stellung zu dem Ereignis: Duldung und keine Gewaltsamkeiten. Als am 31. August Abgeordnete von Luzern und Zug eine deutliche Erklärung verlangten, ob Zürich gewillt sei, eine tapfere Resolution zu fassen und den Feind abzutreiben, berief sich die Regierung für einen so wichtigen Entschluß auf die Entscheidung des Großen Rates und ließ die Andeutung der katholischen Gesandten, man hoffe auf Paßgewährung, wenn ihre Herren und Obern den Untertanen zu Hilfe kommen wollten, „mit Stillschweigen vorübergehen" [2]). Am nächsten Tag verhandelte der Geheime Rat über die Haltung, die man in Baden einnehmen wollte. Drei Punkte treten hier hervor: das Bestreben, die fünf Orte von einem Aufbruch in den Thurgau abzubringen, die Ansicht, man solle die Ankunft Horns als etwas betrachten,

---

[1]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 157, 182 f.

[2]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 158 f.

das dem ganzen evangelischen Wesen zum Guten gereichen werde, indem man sich an die Versprechungen erinnere, die man einst Ritter Rasche gegeben habe, endlich der Wunsch, Konstanz, die alte Reichsstadt, die nur durch Gewalt österreichisch geworden war, in den Schirm und die Neutralität der Eidgenossen aufzunehmen und die Religionsfreiheit dort wieder einzuführen, wodurch die Krone Schweden genügende Sicherheit erhielte und zur Abführung der Armee bewogen werden könnte[1]). Die alte Hoffnung, den wichtigen Platz an der Grenze der österreichischen Gewalt entrissen zu sehen, ein Schutzverhältnis über ihn zu begründen, das zu einer festeren Verbindung führen konnte, durch die Herstellung der Religionsfreiheit daselbst den evangelischen Untertanen im Thurgau eine Erleichterung zu schaffen und Zürichs Macht in dieser gemeinen Herrschaft eine starke Stütze zu geben, diese alte Hoffnung hatte mit einemmal Aussicht auf Verwirklichung erhalten. Wie hätten die zürcherischen Staatsmänner, wie hätte ein Antistes Breitinger der Versuchung widerstehen sollen, nur weil die fünf Orte die Pflichten der Neutralität diesmal anders auffaßten als sie? Bürgermeister Brem gab bloß der allgemein in Zürich und auch bei andern Evangelischen herrschenden Meinung und nicht etwa seiner besonderen Geistesverfassung Ausdruck, wenn er vom Gyrenbad aus an den Rat schrieb, Gott möge wollen, daß die Schwedischen Konstanz eroberten, ehe die Tagleistung ausgehe, so werde alsdann bald ein guter Vergleich getroffen werden können[2]).

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 192. — B. VIII. 15. fol. 33.

[2]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 20. — P. Schweizer, l. c. S. 243, mißt Brem unter den Zürcher Staatsmännern die größte Schuld an Horns Einfall bei und verdächtigt ihn besonders deswegen, weil er sich damals „angeblich wegen Krankheit“ ins Gyrenbad zurückgezogen habe. Allein jeder Grund zur Annahme, er habe den Folgen der Invasion von vornherein ausweichen wollen, fällt mit den vielen Zeugnissen über seinen leidenden Zustand dahin. Im Februar, März und Mai 1632 war er an Podagra krank. St. A. Z. Ratsmanual Nr. 396. S. 15. — St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. I. Nr. 97. — Z. B. Z. Familienarchiv Hirzel Nr. 206. — Dem Rechtstag in

Die Erwartung, daß Konstanz nach der Eroberung durch die Schweden unter eidgenössischen Schutz gestellt würde, war kaum ein Hirngespinnst der Zürcher. Vermutlich machte der neue schwedische Agent Karl Marin, der am 30. August von Horn nach Zürich gesandt wurde, schon ganz bestimmte Andeutungen deswegen [1]). Ohne der Zustimmung Horns einigermaßen gewiß

Baden im Juli 1632 konnte er trotz dringender Bitten der Regierung nicht beiwohnen ,,wegen ussgeschlechti und dadurch erhitzgeten schenkels", indem er weder Strümpfe noch Schuhe anziehen konnte und nur Ruhe im Bade hatte. St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 55. — B. IV. 92, fol. 251, 254. — A. 264. 3. Brem an Zürich, Gyrenbad 24. Juli 1632. — Im Mai, September und Dezember 1633, im Juni 1635, im März 1637 mußte er krankheitshalber Aarauer und Frauenfelder Konferenzen, sowie badische Tagsatzungen versäumen. Ratsmanual Nr. 402, S. 30, 51. Nr. 416. S. 33, 36. — B. IV. 96, fol. 73. — B. VIII. 15. fol. 185, 191. — Familienarchiv Hirzel l. c. — Ende 1641 bat er um Entlassung aus Amt und Würden, da er nicht mehr im Stande war, die Ratsversammlungen zu besuchen. Allein weil er ,,mit solch gesundem Gemüt und trefflichem Verstand, Gedächtnis und Wissenschaft begabt war" wurde er wiedergewählt. Ratsman. Nr. 434. S. 70. Nr. 435. S. 39. — Im Oktober 1642 berichtet der venetianische Resident Vico, Brem liege alters- und krankheitshalber fast immer zu Bett, in bezug auf politisches Verständnis aber übertreffe er alle andern Regierungsmitglieder, weshalb er von diesen außerordentlich geachtet und bei allen wichtigen Dingen um Rat gefragt werde. B. A. Dep. Vicos. Bd. 55. S. 7. — Brem starb im Oktober 1644. Die Ansicht Schweizers, S. 254, daß die fast ununterbrochene Vertretung Zürichs auf den Tagsatzungen durch Brem, den Kriegstreiber und Intimus Breitingers, dank den Bemühungen einer Friedenspartei seit Ende 1634 aufhörte, kann also nicht aufrecht erhalten werden. — Brem war übrigens nicht das einzige Zürcher Ratsmitglied, das bei Horns Einfall abwesend war; auch Seckelmeister Hirzel machte damals eine Kur in Baden. Familienarchiv Hirzel, l. c.

[1]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 197. — A. 220. Nr. 82, 83. — Ratsmanual Nr. 402. S. 22. — Eine gestrichene Stelle in der zürcherischen Instruktion vom 2. Sept. deutet auf derartige Versprechungen hin. Es heißt hier, Horn habe sich seines eiligen Entschlusses wegen genügend entschuldigt ,,und daby versprochen, so bald sy sich der Stadt Costanz versicheret haben werde" — — die Fortsetzung fehlt leider, der Schreiber oder Diktator mag sich erinnert haben, daß diese Verhandlung Horns mit Zürich

zu sein, wären die Zürcher Gesandten auf der Tagsatzung schwerlich mit dem Vorschlage gekommen, man sollte es dahin bringen, daß die Stadt in den Schirm der Eidgenossen aufgenommen und die Krone Schweden ihretwegen genügend versichert würde. Wie der schwedische Feldmarschall, der mit der Eroberung von Konstanz die Hoffnung verband, die evangelischen Schweizer zum Anschluß an den Heilbronner Bund zu bringen [1]), von vornherein geneigt war, ihnen möglichst entgegenzukommen, so waren die Zürcher nicht minder bereit, die Gunst der Lage zu benützen. Infolgedessen gestaltete sich ihr Verhältnis zu Horn von Anfang an vertraulicher, als die Umstände geboten hätten. Wohl ersuchte der Geheime Rat am 2. September den Schweden, „seine Gelegenheit außerhalb der eidgenössischen Jurisdiktion zu suchen“ oder wenigstens mit Kriegshandlungen bis zur Tagsatzung zu warten. Allein dieses offizielle Schreiben war weniger für den Verletzer der Neutralität als für die Eidgenossen von der andern Religion berechnet; denn am gleichen Tag billigte der Große Rat unter dem Vorsitze von Bürgermeister Holzhalb zwar die Form der Beschwerde, beschloß aber daneben, daß „durch die verleitung gedachter Geheimer Rethen die nothdurfft gegen Ihme H. Horn von mund auch verrichtet werden, uff dass er diss schrybens halber gegen mynen H. kheinen verdruss oder unglyche gedanken fasse“. Hauptmann Grebel in Gottlieben erhielt also den Auftrag, Horn über die wahre Meinung Zürichs mündlich aufzuklären; an Luzern aber sandte man eine Kopie des offiziellen Protestes vom 2. September zur Kenntnisnahme von Zürichs Entrüstung[2])! Die Antwort Horns darauf wurde der Tagsatzung vorgelegt. Der

zunächst geheim bleiben sollte. Allerdings könnte auch nur die Zusicherung, das thurgauische Gebiet nach der Eroberung sogleich räumen zu wollen, gemeint gewesen sein.

[1]) Chemnitz II, S. 201, wahrscheinlich nach einem Briefe Horns.

[2]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 161 f. — Ratsmanual Nr. 402. S. 20. — A. 178. 6. Nr. 224. — Die Ansicht Schweizers, S. 245, das Schreiben an Horn vom 2. Sept. sei erlassen worden, weil damals noch — vor der Rückkehr Brems — die „Friedenspartei“ die Oberhand gehabt hätte, ist damit widerlegt.

Feldmarschall betonte hier nochmals die ratio belli und versicherte, wenn die Eidgenossen Konstanz zu einem guten Akkord disponieren würden, so werde er abziehen und allen Schaden ersetzen. Die vertraulichen Erklärungen Zürichs aber nahm er „zu sonderem Dank“ an[1]).

Nichts wäre dem evangelischen Vorort angenehmer gewesen, als wenn sich alles rasch und glatt abgewickelt hätte, ohne daß es zu einem Zwist mit den katholischen Ständen und zu einer kriegerischen Verwicklung kam. Die größte Aufmerksamkeit der Zürcher galt dem drohenden Auszug der fünf Orte, zu dessen Verhinderung sie schon am 1. September den Beistand und die Vermittlung Rohans anriefen[2]). Sie standen mit ihrem Widerstand gegen die Anwendung von Waffengewalt nicht allein: weder Bern noch Basel noch Schaffhausen waren für eine heroische Resolution begeistert. Überhaupt hatte man die Neutralitätsverletzung auch an andern evangelischen Orten nicht allzu tragisch genommen. Die biderben Basler, die kurz vorher wegen eines rheingräflichen Durchzugs Vorwürfe geerntet hatten, empfanden sogar eine unchristliche Schadenfreude. Ratssubstitut Nikolaus Rippel berichtete seinem vertrauten Freunde Hans Rudolf Wettstein am 31. August nach Baden, er habe dessen Zeitungen über die Beschießung von Konstanz den beiden Häuptern mitgeteilt, „die es dann nicht ungern gehört, und würdt aniezo die Statt Bassel umb willen Sie die Schwedischen ubern Rhein setzen lassen, nicht mehr allein im hatz sein, Gott wöll alls zu einem guetten end leitten, sonst hab Ich nicht sonders merckhen khönnen, dass unsere Herren uber die Hornische procetur sich so gar starckh bestürzen, weilen die noth den Generalen lehrt, was zue seiner parthey besten, und hindertreibung der Widerparthey desseignen am dienlichsten seye, und Er darfür halten würdt „Melius esse praevenire quam praeveniri“[3]).

---

[1]) St. A. Z. B. VIII. 123. fol. 329. Gedr. im Geschichtsfreund 35. S. 261 f. — Ratsmanual Nr. 402. S. 20. — A. 178. 6. Nr. 224.

[2]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 159. Vgl. S. 24.

[3]) St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. I. Nr. 163. Aus den Briefen Rippels aus dieser Zeit geht klar hervor, daß auch in den Kreisen Wettsteins eine

Diese gemütliche Auffassung machte allerdings ziemlich bald einer gewissen Bestürzung Platz, als die Drohungen der Katholischen und ihre Absicht, mit ihren Fähnlein auszuziehen, kundbar wurden. Die fünf Orte besannen sich jetzt, da die verhaßten Schweden eidgenössisches Gebiet auf so flagrante Weise verletzten, mit aller Gründlichkeit auf die Pflichten der Neutralität. Auf der Luzerner Konferenz am 12. und 13. September n. St. wurde beschlossen, das schwedische Volk mit Waffengewalt aus dem Thurgau zu vertreiben; über die Ausführung dieses Vorhabens, wozu die Mitwirkung der ganzen Eidgenossenschaft nötig war, sollte auf der Tagsatzung in Baden verhandelt werden[1]). In geheimen Artikeln jedoch, die nicht in den offiziellen Abschied aufgenommen wurden, traf man genauere Bestimmungen über den Aufbruch der fünf Orte, als dessen Zeitpunkt der 17. September n. St. festgesetzt wurde. Wohl erwog man auch hier die Möglichkeit einer allgemeinen eidgenössischen Expedition; aber die Mitwirkung der Evangelischen galt schon damals als sehr unwahrscheinlich.[2]) In einem Manifest, das von dem Zuger Landammann Beat Jakob Zurlauben für die badische Tagsatzung ausgearbeitet wurde und am Schluß eine böse Spitze gegen Zürich enthielt, erklärten die katholischen Orte, daß durch den Einbruch Horns die bekannte Neutralität übersehen sei und daß man Gefahr laufe, weiteres Übel durch die nachsetzende Macht des andern Teils erdulden zu müssen. Deshalb wolle man zur Ehre Gottes,

---

ausgesprochene Neigung für die Schweden, „die gute Partei, die Freunde" und das stärkste Mißtrauen gegen die katholischen Orte herrschte. Auch den Wunsch, daß Konstanz von den Schweden bald erobert werden möchte, kann man ohne Schwierigkeit herauslesen. Nicht weniger deutlich schreibt der Basler am 3. Sept., weil inter duo mala minus eligendum sei und man entweder die Spanier oder die Schweden in dieser Gegend hätte auf dem Hals haben müssen, wolle er es lieber noch mit dem Freund als mit dem Feind halten, und es sei wohl zu besorgen, wenn man es lange mache, werde man sich doch endlich Fuchs oder Hase erklären müssen. l. c. Nr. 164.

[1]) Absch. S. 767 f.

[2]) St. A. L. Abschiede 1633. fol. 379.

Handhabung der Gerechtigkeit und Wahrung der Reputation aufbrechen und Land und Leute vor fremder Gewalt beschützen[1]).

Äußerlich genommen befanden sich die katholischen Orte vollkommen im Recht: ob bei den damaligen Zuständen auch in Anbetracht der Nützlichkeit, wäre eine andere Frage. Sicherlich aber fehlte ihnen die innere Berechtigung; denn wie sie schon bei andern Gelegenheiten gezeigt hatten, war es ihnen nicht so sehr um das heilige Prinzip der Neutralität, als um die katholische Sache zu tun. Wenn Konstanz, einer der wichtigsten Stützpunkte Österreichs hart an der Grenze, in die Gewalt der Schweden fiel, so erlitt ihr eigenes Ansehen im Thurgau eine beträchtliche Einbuße; der Übergang dieser rechtgläubigen Nachbarstadt in ketzerische Hände mußte wenn immer möglich vermieden werden. Die Evangelischen machten sich natürlich keine Illusionen über die eigentlichen Beweggründe ihrer Eidgenossen von der andern Religion, und auch die Haltung, welche diese einst Bünden gegenüber eingenommen hatten, blieb ihnen unvergessen. Der Basler Bürgermeister Spörlin fand, die papistischen Orte hätten früher, wenn sie sich gegen die Evangelischen aufrichtig und ehrlich hätten erklären sollen „nicht nur Mähl, sondern gar dicke Pappen im Maul gehabt", und Nikolaus Rippel meinte, es sei verwunderlich, daß die Länder jetzt so schnitzig seien, da sie doch zuvor, als der Kaiser Bünden und Spanien das Veltlin de facto eingenommen hätten, so kaltsinnig gewesen seien und deswegen nie mit den Landesfahnen ausziehen wollten; wenn es ihnen nicht mehr um das Interesse von Konstanz und ihrer spanischen Partei zu tun wäre, als um Zürichs Reputation und die Rache für den zugefügten Despekt, so würden sie wohl noch lange nicht ausziehen. Gott möge alles zum Besten wenden: „hat sonst noch nie khein besser ansehen gehabt, daß die Eydtgnoschafft ein krach lassen wolle als eben ietzt"[2]).

Auf der Septembertagsatzung in Baden wurde in der Tat

---

[1]) Absch. S. 769. — Haller V. Nr. 1014.

[2]) St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. I. Nr. 164, 165.

ein harter Kampf ausgefochten. Daß das moralische Gewicht diesmal auf Seite der katholischen Orte lag, daß diese „ihres Beginnens ziemlichen Schein hatten“, war für die Evangelischen am peinlichsten. Zürichs Auffassung von der wahren Neutralität, die viel weniger Nachdruck auf die Unversehrtheit des neutralen Bodens als auf die Vermeidung aller eigenen Kriegsoperationen legte, wurde jetzt und später auch von Basel vertreten. Allein diese Ansicht, sowie die Behauptung, daß Konstanz als ehemalige Reichsstadt in der Erbeinigung nicht begriffen sei und einen nichts angehe, sahen doch allzusehr einer Parteinahme gleich, und die zürcherischen Argumente gegen jedes kriegerische Vorgehen wogen schon deswegen leicht, weil der Vorort im Verdachte stand, die Invasion Horns begünstigt zu haben. Und es scheint nicht, daß sich seine Gesandten auf glückliche Weise dieser Anschuldigungen zu erwehren verstanden: trotz ihren Beteuerungen glaubten ihnen nicht einmal alle ihre evangelischen Kollegen [1]). So blieb ihre Stellung eine schiefe, obgleich sie im Grunde nichts anderes wollten, als die Vertreter der drei glaubensverwandten Städte auch, die insgesamt den Auftrag hatten, die Entfernung Horns nur auf gütliche Weise zu versuchen. Die Basler namentlich, die „vom schwedischen Volk rings umgeben waren“, verwahrten sich auf das Bestimmteste dagegen, sich in dieses Werk einzumischen und sich so den ganzen Kriegsschwall auf den Hals zu ziehen [2]). Selbst bei einigen katholischen Orten war die Kriegslust nicht so übermächtig, daß für andere Erwägungen kein Raum mehr gewesen wäre. „Schreiben und Botschaftschicken“ war auch

---

[1]) Am 14. Sept. berichteten Erlach-Spiez und Frischherz nach Bern, die Herren von Zürich und besonders einer ihrer Gesandten, womit wohl Schneeberger gemeint war, gäben zum Verdacht viel Ursache, weil sie an den Grenzen Wachen aufgestellt hätten, mit zwei Fähnlein jüngst dahin gezogen seien und sich nicht erklären wollten, das Vaterland vor aller feindlichen Gewalt zu verteidigen. St. A. B. Allg. eidg. Bücher. F. S. 721.

[2]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 223. — St. A. B. Instruktionsb. R. S. 22. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1633. Instr. v. 3. Sept. — Missiven 131. 11. Sept. — Absch. S. 770 ff.

Luzerns ursprüngliche Absicht gewesen, und sogar auf der stürmischen Konferenz der fünf Orte, wo der Auszug beschlossen worden war, hatte man sich zuletzt ein wenig anders besonnen und zu einer Gesandtschaft an Horn bereit erklärt unter der Bedingung, daß die Neugläubigen versprechen würden, im Falle dann die Schweden nicht sogleich abmarschierten, sich mit den Katholischen zu vereinigen und mit gesamter Macht das fremde Volk zu vertreiben [1]). Zu diesem Versprechen und den Vorbereitungen für den Aufbruch waren freilich die Evangelischen so wenig zu bringen, daß Zürich der fünfförtischen Mannschaft nicht einmal den Paß gegeben hätte. Zwar einigte man sich endlich in Baden auf eine schriftliche Beschwerde und Aufforderung, daß Horn den eidgenössischen Boden verlassen und den Schaden ersetzen möge. Dafür versprachen die katholischen Gesandten, die von Zürich angerufene und bei Beginn der Tagsatzung angebotene Vermittlung Rohans sich gefallen lassen zu wollen [2]). Aber vom Verlangen des Auszuges gingen sie nicht ab, und was den Dingen eine schlimme Wendung gab, war, daß ihn vier Orte wenigstens wirklich ins Werk setzten und daß zur gleichen Zeit die Armee Ferias durch das Tirol an den Bodensee rückte.

Auf die Alarmberichte St. Gallens hin, das einen bevorstehenden Einbruch der Spanier oben am Rhein meldete, bat Oberst Schmid am 4. September Horn im Namen Zürichs um getreue Aufsicht. Damit nahmen die Verhandlungen zwischen dem evangelischen Vorort und dem schwedischen Feldherrn ihren Fortgang. Horn versprach Reiterei und Fußvolk, verlangte aber Gegenrecht im Fall eines fünfförtischen Angriffs auf die schwedische Armee. Zürich hielt ihn durch Grebel und Hauptmann Ulrich über die

---

[1]) St. A. L. Abschiede 1633. fol. 371. Instr. f. d. Konf. in Luzern. — fol. 430. Instr. f. die Tagsatz. in Baden mit folgenden endgültigen Beschlüssen der Konf. in Luzern.

[2]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 223, 225, 228, 238. — B. IV. 94. fol. 159. — St. A. Ba. Polit. P. 30jähr. Krieg. 1. Fäsch u. Wettstein an Basel, 8. Sept. — St. A. B. Allg. eidg. Bücher. F. S. 689. Erlach u. Frischherz an Bern, 9. Sept. — Absch. S. 772.

militärischen Vorbereitungen der fünf Orte und den Gang der Tagsatzung weiter auf dem laufenden, und als es am 7. September sichern Bericht von der Besetzung Rapperswils durch die Schwyzer hatte, bat es nochmals um getreue Aufsicht[1]). Zugleich ergriff es seinerseits alle Maßregeln zur Verteidigung. Nur zur Verteidigung, nicht zum Angriff, dies muß ausdrücklich betont werden. Der bewußten Tendenz, den Krieg herbeizuführen, stand die Regierung damals noch vollständig fern: alle Unternehmungen waren einzig von der Furcht diktiert, durch eine Verbindung der fünf Orte, des Abtes von St. Gallen und der spanisch-kaiserlichen Heere in höchste Bedrängnis zu geraten [2]). Aber die Ereignisse rissen sie weiter fort. Ihre Bemühungen, den Auszug der innern Orte rückgängig zu machen, blieben erfolglos; die Erklärungen der katholischen Gesandten in Baden befriedigten nicht völlig; die Vermittlung Rohans setzte erst ein und versprach nicht mit Bestimmtheit ein Ergebnis [3]). Am 12. und 13. September vernahm man, daß die Schwyzer in das Toggenburg zogen und daß auch die Fähnlein von Uri, Zug und Unterwalden weiterrückten. Appenzell Außerrhoden und St. Gallen meldeten die Ankunft kaiserlicher Reiter am Rhein und die bevorstehende Vereinigung der Armeen Aldringers und Ferias und baten dringend um getreues Aufsehen [4]). Da beauftragte die Regierung am 13. September Hauptmann Grebel in Gottlieben, Horn mitzuteilen, wenn die katholischen Orte sich mit dem andern Teil verbinden würden, so würde man diesseits sich auch mit den Schweden vereinigen, und am folgenden Tag beschloß der zürcherische Große Rat, „falls die katholischen Orte sich zur Partei machen und dem kaiserlich-spanischen Volk den Paß über den Rhein geben

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 221 ff. — B. IV. 94. fol. 13, 164, 169, 172. Ratsmanual Nr. 402. S. 21.

[2]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 11 ff., 163 f., 170 ff.

[3]) Vgl. die Berichte der zürcherischen Gesandten in Baden v. 9.—13. Sept. St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 245, 260, 265, 274, 288.

[4]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 194, 195; 178. 6. Nr. 262, 268, 271, 279 ff. — B. IV 94 fol. 194 ff.

oder sich mit ihnen verbünden und hiedurch den eidgenössischen Bund aufheben würden, so wolle sich Zürich zur andern Partei schlagen und sich mit Hilfe derselben der fremden Gewalt widersetzen". Dieses Vorhaben sollte zunächst nur den evangelischen Gesandten in Baden, denen man übrigens schon vor sechs Tagen eine derartige Andeutung gemacht hatte, mitgeteilt und ihre Zustimmung erlangt werden. Nur die höchst unumgängliche Notdurft, schrieb die Regierung an ihre Vertreter in Baden, habe Zürich zu dieser Resolution gezwungen und die schuldige Pflicht zur Erhaltung des Vaterlandes. Die katholischen Orte wollten keine Neutralität mehr beobachten: sondern das Gegenteil sei für sie eine gänzlich beschlossene und wohl beratene Sache. Wenn sie aber die Einigkeit der Evangelischen sähen, würden sie sich hoffentlich eines bessern besinnen [1]). Am gleichen Tag bewilligte der Geheime Rat Horn zweihundert 25pfündige Kugeln und zwanzig Zentner Pulver und ließ ihn durch Hauptmann Ulrich von der Entschließung Zürichs nochmals offiziell in Kenntnis setzen. Obschon dieselbe noch lange kein Bündnis bedeutete, war der Schwede erfreut genug, um ausgiebige Unterstützung zu versprechen [2]).

In Baden aber dachte man anders. Die Erklärung des Vorortes, sich unter gewissen Umständen mit der einen Partei verbinden zu wollen, stieß bei den evangelischen Gesandten auf eine äußerst kräftige Opposition. Sie brachen in „dergleichen hitzige und treffe Worte" gegen die Zürcher aus, daß diese es für nötig hielten, zu Hause mündlich Bericht zu erstatten. Als

---

[1]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 196 ff. — Ratsmanual Nr. 402. S. 24. Nr. 403. S. 17.

[2]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 402. S. 25. — A. 178. 6. Nr. 299, 306; 178. 7. Nr. 4, 7. — B. IV. 94. fol. 200 f. Auch Schaffhausen lieferte den Schweden vor Konstanz 40 Zentner Pulver und 300 Schaufeln und Pickel. St. A. Sch. Ratsprotokolle 1633. 13. Sept. — Ziemlich bedeutend waren ferner seine Getreidelieferungen, für deren viel später erfolgte Bezahlung der Herzog von Württemberg Kaution geleistet hatte. Protokolle d. Geh. Rates 1636. 21. Nov.

Hirzel und Schneeberger am 15. September die Sache im Geheimen Rat vortrugen, kam gerade noch ein sehr „räßes“ Schreiben aus Baden an den Großen Rat, worin man „hochbedenkliche und bynach uff ein sönderung von unns, hingegen aber uff ein Conjunction des gegenteils dütende Worte“ entdeckte. Der Geheime Rat wagte nicht, dieses Schreiben dem Großen Rat vorzulegen, um nicht „merkliche Alteration und hohes Mißtrauen“ gegen die drei Städte zu erwecken. Nach Baden aber ließ er nochmals die deutliche Erklärung gehen, Zürich habe keineswegs mit der Resolution vom 14. September den herrlichen und alten helvetischen Bund aufheben oder gegen die fünf Orte etwas Feindliches unternehmen wollen; denn es sei kein „General- sondern nur ein conditionierter Entschluß“ und nur für den Fall gültig, daß die Katholischen sich mit dem spanischen und kaiserlichen Volk verbinden, Konstanz entsetzen und hierauf Zürich angreifen und ihm den Garaus machen wollten. Einen unnötigen Krieg wünsche man nicht und suche auch nicht „mehrere Hochheit und Vorteil“, sondern wolle nur vermeiden, daß Konstanz in spanische Hände komme und der Thurgau zum Kriegsschauplatz werde. Man würde nun die Vermittlung Rohans abwarten; sollte dieselbe erfolglos sein, so wäre Zürich dafür, daß die evangelischen Orte auch in den Thurgau zögen, teils um die drohende Verbindung der Katholischen mit den Spaniern zu verhindern und den Glaubensgenossen in den gemeinen Herrschaften zu helfen, teils um durch dieses Mittel zu einem bessern Frieden zu gelangen [1]).

Die Stellung Zürichs war unzweideutig: man hoffte auf ein günstiges Ergebnis der französischen Vermittlung, mehr noch auf die baldige Eroberung von Konstanz. War diese Hoffnung trügerisch und setzten die fünf Orte ihre Absicht ins Werk, so war man fest entschlossen, ebenfalls mit den Waffen vorzugehen; denn in keinem Fall durfte Konstanz spanisch werden. Das

---

[1]) St. A. Z. B. VIII 15. fol. 36. — Z. B. Z. Ms. F. 7. Opus chronologicum Breitingers. Sept. 1633.

Versagen der evangelischen Gesandten in Baden bedeutete daher eine schwere Enttäuschung. „Vertrauet nicht auf Fürsten noch auf keinen Menschen“ schrieb Antistes Breitinger in sein Tagebuch [1]). Die Zuversicht der Zürcher wurde nicht erhöht, als auch die Berner Regierung mahnte, sich in diesem Zäppel vorsichtig und bescheiden zu verhalten, nicht zu hitzig zu sein und ohne Ursache nicht zu Tätlichkeiten zu greifen, da eine Verbindung mit den Schweden sehr bedenklich erscheine. Auf Berns Unterstützung hatte man am meisten gebaut und diesen Stand allein offiziell von der Resolution vom 14. September in Kenntnis gesetzt. Nun sah man sich gezwungen, mit der Übermittlung derselben zur Warnung an die katholischen Orte noch zuzuwarten; aber von dem Entschlusse selber ließ man sich nicht abbringen [2]). Daß derselbe ein relativ einheitlicher war, daß nicht etwa nur einzelne Mitglieder des Geheimen Rates, die angebliche Kriegspartei, darauf drängten, sondern daß auch die „höhere Gewalt“, die Vertretung der Bürgerschaft, durchaus auf diesem Boden stand, liegt außer allem Zweifel [3]). Ob Breitinger schon damals

---

[1]) Z. B. Z. Ms. F. 7. — Vgl. auch St. A. Z. E. II 394. fol. 423.

[2]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 2. — Ratsmanual Nr. 402 S. 25. — St. A. B. Allg. eidg. Bücher. F. S. 715, 735, 749.

[3]) Im Ratsmanual Nr. 403 S. 17 heißt es ausdrücklich, die Resolution vom 14. September sei einhellig vom Großen Rat gefaßt worden. Der Bericht Breitingers an Fabricius vom 18. Sept. — vgl. Schweizer, l. c. S. 244 — ist also durchaus richtig und darf nicht so aufgefaßt werden, als ob der Antistes durch unwahre Behauptungen die Berner hätte zum Kriege ermuntern wollen. Dieser Brief war eine unmittelbare Folge des bernischen Mahnungsschreibens vom 16. Sept., das die Zürcher so sehr verdroß, und bezweckte, die bedächtigen Freunde für einen kräftigen Beistand in der großen Gefahr zu gewinnen und Zürichs Verhalten zu rechtfertigen. — Was die Mitglieder der sg. Kriegspartei, Brem, Schneeberger, Waser, betrifft, so hatte sich der erste am 8. Sept. wieder ins Gyrenbad begeben. Er kehrte erst am 14. oder 15. Sept. zurück und war somit an der Resolution vom 14. Sept. nicht beteiligt; bei jener Versammlung des Großen Rates präsidierte Statthalter Heidegger. St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 244. — Ratsmanual Nr. 402, 403. — Daß die zürcherischen Gesandten in Baden,

seinen Einfluß in einem den Krieg vorbereitenden Sinne geltend machte, kann nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Wie in allen gefährlichen Lagen zog man auch hier die Geistlichen zu Rate, und daß der Antistes weitgehende Verteidigungsmaßregeln befürwortete, dafür bürgt seine ganze Politik, ebenso dafür, daß er einem Zusammenwirken mit Horn im Notfall durchaus nicht abgeneigt war. Die Spanier waren ihm ein Schreckgespenst, und ein Bürgerkrieg schien ihm unvermeidlich, wenn sie über den Rhein gelassen würden [1]). Die zunehmende Furcht vor einer Verbindung der fünf Orte mit ihnen erzeugte eben allmählich jene Stimmung, die den Krieg als ein fast nicht mehr zu vermeidendes Übel betrachtete, wie sie in dem Gebet Brei-

---

zu denen auch Schneeberger gehörte, auf die Stimmung in der Heimat eher beschwichtigend einzuwirken suchten, bezeugen ihre Berichte, besonders der vom 17. Sept. A. 178. 7. Nr. 12. — Es klingt auch nicht sehr kriegsbegierig, wenn Waser am 9. Sept. Hauptmann Grebel in Gottlieben vertraulich schreibt, er wolle seinesteils glauben, die katholischen Herren Eidgenossen werden sich eines besseren bedenken und in Anbetracht dessen, daß ihnen die fremden Gäste an der Grenze so widrig seien, sich nicht die mitten im Lande sitzenden guten Freunde zu Feinden machen wollen. St. A. Z. B. IV. 94. fol. 174.

[1]) Schon am 28. Juli schrieb Breitinger an Antistes Zwinger in Basel, den Katholischen scheine dank den spanischen Truppen der Kamm zu wachsen, und am 1. Sept. meldet er ihm, es heiße, der Abt von St. Gallen wolle den Spaniern den Eintritt in sein Gebiet gestatten. ,,Hoc ubi fecerit, jacta erit alea, et Helvetia in intestinis suis bellum atrox experietur.“ U. B. Ba. Bibl. Freyo-Gryn. Ms. II. 25. — Auf die Tatsache, daß besonders die Geistlichen eine Verbindung mit den Schweden im Notfall begünstigten, weist eine Aussage des thurgauischen Oberstwachtmeisters Kilian Kesselring während seines Prozesses in Schwyz hin. Er erzählte, als er in Zürich über die Vorgänge bei der Belagerung von Konstanz berichtet habe, sei Hauptmann Ulrich auch auf das Ratshaus gekommen und habe gefragt, ob keine Geistlichen da seien; er meine, sie sollten auch im Rat sein, damit er die Hilfe für Horn desto eher erlangen möge. Die Sorge, daß sich die vierörtische Mannschaft mit der Armee Ferias zum Zwecke des Entsatzes von Konstanz vereinige, hatte damals — es war am 20. Sept. — ihren Gipfelpunkt erreicht. Thurg. Beiträge zur vaterländ. Gesch. Heft 13. S. 32. — St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 47.

tingers für den Fast- und Bettag [1]) und im Entschluß der „höhern Gewalt“ vom 14. September zum Ausdruck kommt.

Glücklicherweise hatte inzwischen Herzog Rohan sein Friedenswerk begonnen. Man kann nicht behaupten, daß er es als Unparteiischer tat; aber es lag im Interesse Frankreichs und war für dessen Vertreter ein Gebot der Pflicht. Für ihn persönlich bestand der Hauptzweck seines Einschreitens im Zeitgewinn bis zu der erhofften Eroberung von Konstanz. Daß sich der Vermittler vorher mit Zürich und Horn verständigt hatte, zeigen seine Vorschläge deutlich [2]). Sie bestanden ungefähr in dem, was Zürich schon in seiner Instruktion vom 2. September gewünscht und Horn drei Tage nachher in einem Schreiben an die vier Städte [2]) angedeutet hatte: Konstanz sollte nach dem Abzug der Schweden, den Rohan veranlassen wollte, unter den Schirm der dreizehn Orte gestellt, mit einer eidgenössischen Garnison versehen und für die Dauer des Krieges neutralisiert werden. Das Projekt war nicht neu: es kam nur darauf an, ob es praktisch durchgeführt werden konnte und welche von beiden konfessionellen Parteien dabei die Oberhand bekam. Am gleichen Tag wie der Herzog erschien Oberst Schafelitzki vor der Tagsatzung und versprach im Namen Horns in auffallender Übereinstimmung mit Rohan den Abzug der Schweden unter der Bedingung einer genügenden eidgenössischen Garantie. Die von Rohan und Schafelitzki im Auftrag der Tagsatzung entworfenen Vertragsartikel waren aber dermaßen auf die Wünsche Zürichs und Schwedens zugeschnitten, daß sie die katholischen Gesandten nicht genehmigten. Es blieb schließlich bei dem einfachen ersten

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 15. b.

[2]) Rohan übernachtete auf seiner Reise nach Baden am 10. Sept. in Zürich. St. A. Z. B. IV. 94. fol. 174 f. — Als Unterhändler zwischen ihm und Horn diente wieder Hauptmann Ulrich. A. 178. 6. Nr. 207. — Vgl. K. Beyerle, Konstanz im dreißigjährigen Krieg 1628—33. Neujahrsblätter d. bad. Kommiss. N. F. 3. 1900. Beyerle schreibt S. 75 f. der Initiative Rohans zu viel zu.

[3]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 226.

Vorschlag des Depositums von Konstanz in neutrale eidgenössische Hand, mit dem sich Rohan in Horns Lager begab, während ihn eidgenössische Abgeordnete der belagerten Stadt übermitteln sollten. Hier war man begreiflicherweise übel aufgelegt, den Schweizern entgegenzukommen, zumal die Zuversicht, sich halten zu können, täglich wuchs. Das Projekt der Neutralisierung, das die katholischen Boten in Baden Konstanz zur Orientierung schon am 12. September vertraulich mitgeteilt hatten, erfuhr eine glatte Abweisung, und zwar unter Umständen, die für die eidgenössische Würde etwas peinlich waren [1]).

Damit war die Vermittlung Rohans gescheitert, soweit es auf den einen Teil ankam. Mit dem andern, mit Feldmarschall Horn, blieb der Herzog in reger Verbindung; denn nun handelte es sich darum, dem Weiterrücken der vierörtischen Truppen, die am 17. September in Wil und Rickenbach angekommen waren, Einhalt zu gebieten. Rohan tat alles, um die Tagsatzung für eine Konferenz in Frauenfeld zum Zweck weiterer Verhandlungen zu gewinnen; er versicherte Horns Geneigtheit für einen gütlichen Vergleich, sandte den Vertrag zwischen dem Schweden und dem Abt von St. Gallen, mit dessen Abschluß der Auszug, der ja hauptsächlich zum Schutz des Abtes unternommen worden sei, überflüssig werde; er pries die Rückberufung der Truppen als das beste Mittel zur Erhaltung der Einigkeit und warnte ernstlich vor weiteren kriegerischen Schritten. Der Dank der Tagsatzung für seine Bemühungen und die Bitte, damit fortzufahren und Horn zum Abzug zu bewegen, war das einzige, was er erhalten konnte. Die Tagherren gingen am 19. September unversöhnt auseinander, nachdem die Zürcher nochmals ihre Unschuld beteuert und ihre Bereitwilligkeit zu einem allgemeinen Defensionale erklärt hatten,

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 274, 291; A. 178. 7. Nr. 7, 8, 58, 70. — A. 205. 3. — B. VIII. 123. Fol. 253. — St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. I Nr. 177. — Eidgsch. D. 5. Eidg. Abschiedsschriften fol. 147. — Absch. S. 773 ff. — Mercure suisse. S. 273 ff. — Pupikofer II. S. 581 f. — Beyerle, l. c. S. 77 f. — Rott IV, 2. S. 52 ff.

während die Katholischen dabei beharrten, daß eine ernste Maßregel zu ergreifen sei, und die Sache Gott befahlen.

Herzog Rohan, noch mehr Feldherr als Diplomat, hatte getreu seinem Grundsatz, daß Worte ohne Waffen nichts nützen, seit dem Zuge der vier Orte in die äbtischen Lande seine zürcherischen Freunde dringend aufgefordert, 3000 Mann an die Grenzen der Grafschaft Kiburg zu legen und Bern zu bewegen, seine Grenzen ebenfalls mit 4000 Mann zu besetzen. Die evangelischen Gesandten in Baden erachteten jedoch einen solchen Aufbruch für viel zu frühzeitig und erst recht dazu geeignet, die katholischen Orte zum vollen Auszug und zur Vereinigung mit den Spaniern zu veranlassen [1]. Die Zürcher hingegen trauten ihren papistischen Eidgenossen so wenig Gutes zu, daß sie der Warnungen des Hugenotten kaum bedurft hätten. Am 19. September kommandierten sie zwei Freifähnlein an die thurgauische Grenze, denen bald zwei weitere nachfolgten. Man erließ erneute Mahnungen an die evangelischen Orte, die Zugewandten und Untertanen und bat Luzern, selber nicht aufzubrechen und die vier Orte zur Heimkehr zu bewegen. Man sah sich nach Geld und Proviant um und traf alle Anstalten, um dem gefürchteten Angriff begegnen zu können. Am 20. September wurde Hauptmann Ulrich wieder in Horns Lager geschickt, um über die Lage und die Vorbereitungen Zürichs Bericht zu erstatten [2]. Hier aber hatten sich die Dinge inzwischen nicht günstig entwickelt. Die Hoffnung des Feldmarschalls, Konstanz rasch zu gewinnen, verflüchtigte sich dank dem unerwarteten Widerstand und andern Schwierigkeiten immer mehr. Die Armeen Ferias und Aldringens hatten soeben ihre Vereinigung vollzogen und schienen die belagerte Stadt entsetzen zu wollen. Wohl hatte auch der Schwede für die Verstärkung seines Heeres durch die Truppen des Pfalzgrafen von Birkenfeld und Herzog Bernhards gesorgt; allein die Fortsetzung der Be-

---

[1] St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 198, 202. — B. VIII. 123. fol. 353. — Ratsmanual Nr. 402. S. 28. — Absch. S. 779 f.

[2] St. A. Z. B. IV. 94. fol. 21 ff. 202 ff. — Ratsman. Nr. 402. S. 27 ff. Nr. 403 S. 19 ff. — B. VIII. 15. fol. 47.

lagerung hatte unter diesen Umständen keinen Sinn mehr, und so entschloß er sich, das verfehlte Unternehmen aufzugeben. Am 22. und 23. September zogen die Schweden unverrichteter Dinge von Konstanz ab. Herzog Rohan verstand es, aus der Not eine Tugend zu machen. Von Frauenfeld aus meldete er den dreizehn Orten das glückliche Ergebnis seiner Vermittlung, indem Horn dem französischen König zu Gefallen den eidgenössischen Boden verlasse, um dem Feind außerhalb desselben entgegenzugehen [1]).

Mit gemischteren Gefühlen wurde wohl selten in der Eidgenossenschaft eine Nachricht aufgenommen. In Zürich herrschte eine eigentliche Erregung darüber. Schon am 22. September war auf die Kunde von der Vereinigung Ferias und Aldringens und in der Ahnung des Kommenden der Auszug von zehn weitern Kompagnien beschlossen worden. Hauptmann Kaspar Ulrich wurde zum Obersten über die zürcherische Kriegsmacht ernannt, die nun insgesamt vierzehn Fahnen betrug, aber immer noch den Befehl hatte, nur dann in den Thurgau zu rücken, wenn das vierörtische Volk ebenfalls dorthin ziehe. Man teilte den Entschluß vom 14. September jetzt auch Luzern mit und sandte neue inständige Hilfsgesuche an die drei Städte [2]). Die Alteration der Zürcher beruhte nicht allein auf der Erkenntnis, daß der Traum, Konstanz auf gute Art der Eidgenossenschaft und dem evangelischen Glauben zurückzugewinnen, für diesmal ausgeträumt war, sondern noch mehr auf der Befürchtung, es würde nun für die evangelischen Thurgauer, die sich während der Belagerung nicht durchaus tadellos benommen hatten, keine gute Zeit anbrechen und damit der alte Kampf um das Übergewicht in dieser gemeinen Herrschaft in eine kritische Phase treten. Die Verwirrung daselbst, die Drohungen und Schmähworte von allen Seiten, die Ungewißheit, was nun geschehen würde, steigerten

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 87.

[2]) Z. B. Z. Ms. F. 7. — St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 38. — Ratsman. Nr. 402. S. 28. — B. IV. 94. fol. 206 ff. — Die Mitteilung Zürichs an Luzern ist gedruckt bei J. J. Keller, Der kriegsgerichtliche Prozeß gegen Kilian Kesselring. Beil. 11. und im Geschichtsfreund. 35. S. 267 f.

die Erregung aufs höchste. Dank der ruhigen Haltung der andern drei Städte wurden Unbesonnenheiten vermieden. Bern setzte zwar sein Volk in Kriegsbereitschaft, weigerte sich aber bestimmt, dasselbe marschieren zu lassen, und Basel beeilte sich ebenfalls nicht mit seinem Zuzug. Auf einer Konferenz in Aarau am 28. und 29. September beriet man wieder einmal über ein evangelisches Defensionale und nahm eine neue badische Tagsatzung zur Wiederherstellung der Einigkeit und Aufrechterhaltung der Neutralität in Aussicht. Zur Beruhigung der Zürcher ließen sich die Berner indessen doch zu bestimmten Verabredungen über den Kriegsfall herbei, und die Meinung jener, daß man sich bei einem Durchzug der Spanier durch die Eidgenossenschaft und evangelisches Gebiet zu den Schwedischen schlagen müsse, stieß nicht mehr auf einen so lebhaften Widerstand wie früher, obgleich kein Beschluß darüber gefaßt wurde. Gar keinen Anklang jedoch fand auf dem Tag in Aarau ein erneuter schwedischer Bündnisantrag [1]).

Das Werben Feldmarschall Horns um den Anschluß des eidgenössischen Vorortes hatte mit der Belagerung von Konstanz eingesetzt und in Hauptmann Grebel, der trotz der Abberufung seiner Mitkommandanten ständig in Gottlieben geblieben war, einen willigen Übermittler und Helfer gefunden. „Ungeschlagen werde man doch nicht mehr aus der Sache kommen, wie man sich auch sperre", das war das Argument, mit dem Grebel seine Regierung zu überreden trachtete [2]). Schon auf der Tagsatzung in Baden bot Schafelitzki im Namen Horns den evangelischen Gesandten heimlich ein Bündnis an, und als der Feldmarschall den Hauptzweck seines Zuges, die Einnahme von Konstanz, nicht erreichte, bemühte er sich desto mehr um den nicht unwichtigen Nebenzweck. Am 25. September erschien Oberst Schafelitzki in

[1]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 49. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 211 ff. — Instructionsb. R. S. 26 f. — St. A. Ba. Missiven 131. 21.—23. Sept. — Absch. S. 783 ff.

[2]) St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 252, 275, 284, 290, 299, 306. A. 178. 7. Nr. 8, 11. Berichte Grebels an Zürich u. Waser v. 9.—17. Sept. 1633.

Zürich und erklärte nochmals, Horn wünsche entweder mit allen vier Städten oder mit einzelnen in ein Spezialbündnis zu treten, dessen Bedingungen diese selber aufsetzen sollten; Kontributionen würde er ihnen nicht zumuten, aber stets zur Hilfe bereit sein, da er sich von den Grenzen nicht weit entfernen werde. Der Geheime Rat versprach Schafelitzki eine Antwort von der Aarauer Konferenz aus; denn so wenig er die schwedische Freundschaft durch ein rundes Nein verscherzen wollte, so wenig wollte er sich ohne die andern Städte, besonders ohne Bern, in eine Verbindung einlassen. So erhielten die Gesandten für Aarau die Weisung, zunächst auf eine klare Antwort zu dringen, damit Horn nicht durch eitle Hoffnungen Zeit verliere, und im Falle der Zustimmung Berns entweder ein Projekt auszuarbeiten, „das dem eidgenössischen gemeinen und alten Bund unnachteilig und den beiden Städten nicht schädlich und beschwerlich sei", oder wenigstens bei der Anbahnung „einer mehreren Intelligenz, wodurch die Schwedischen mögen zu Freunden behalten werden", mitzuwirken. Bei einer Weigerung aller drei Städte wollte sich Zürich für einmal nicht sondern und war für eine gemeinsame ablehnende Antwort. Daß in Aarau eine solche erfolgen würde, konnte kaum zweifelhaft sein. Weder Bern noch die beiden Grenzstädte wollten das Odium auf sich laden, daß die Evangelischen „von der Unparteilichkeit zuerst den Absprung getan". Horn erhielt dieselbe Absage, die sich Oxenstierna ein paar Monate vorher hatte gefallen lassen müssen, und die Gefahr, in eine verhängnisvolle Bündnispolitik an Stelle der zwar mangelhaften, aber ungleich heilsameren Neutralität hineinzugeraten, war für die evangelischen Orte wieder einmal beschworen [1]).

Bei der Beurteilung der Haltung Zürichs während der Belagerung von Konstanz muß man sich stets vergegenwärtigen,

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 84—86. — B. VIII. 15. fol. 49. — Ratsman. Nr. 402. S. 30. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. fol. 231. — Teutschlandbuch G. Schweden. S. 785. — St. A. Sch. Missiven 1633. 26. Sept. — St. A. Ba. Eidgsch. I. 1. Instr. v. 26. Sept. 1633. — Absch. S. 785.

daß sie nicht allein von den politischen Aspirationen, sondern ebensosehr von der Furcht vor den Plänen der fünf Orte und ihrer spanischen Freunde bedingt war. Man wird für diese Zeit wohl von Staatslenkern reden können, die das Ganze allzusehr von ihrem örtlichen Interessenstandpunkt aus betrachteten, von religionspolitischen Bestrebungen, die stärker waren als der Wille zur wahren Neutralität, nicht aber von einer gewissenlosen Kriegshetze um eines äußern Machtzuwachses willen. Daß ihre Furcht durchaus begründet, daß es auf die „Ausrottung" Zürichs und der Evangelischen abgesehen sei, stand für die meisten in den Tagen der höchsten Erregung fest. Dieses Gefühl war natürlich übertrieben, obgleich ihm nicht jede Berechtigung abging.

Mit Ausrottungsplänen trugen sich die katholischen Orte nicht gerade. Ihre Unternehmungen waren ebenfalls von einer starken Besorgnis diktiert, die in der Politik Zürichs beim Matrimonial- und Kollaturstreit ihre Wurzel hatte. Aber nur die vier Länder, wo die Volksleidenschaft größern Spielraum hatte, waren wirklich ausgezogen, während der Vorort Luzern eine abwartende Haltung einnahm. Nicht daß er sich mit den andern nicht solidarisch erklärt hätte. Seine Gesandten auf der badischen Tagsatzung betonten genau wie ihre Kollegen aus den Ländern die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Vorgehens gegen die Schweden, und den Zürchern gab die Luzerner Regierung deutlich zu verstehen, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllt hätten. Aber Kriegsbegeisterung herrschte in Luzern nicht, sondern viel eher die Tendenz, nichts zu überstürzen, die Aufregung zu dämpfen und nur im äußersten Notfall das Waffenglück zu erproben [1]). Infolgedessen war auch bei den Ländern schließlich der Lärm gefährlicher als die Taten. Für die Verbindung mit den Spaniern bestand glücklicherweise bei den katholischen Orten bei weitem nicht die Neigung, wie sie Zürich voraussetzte. Zwar versuchte man sogleich nach Horns Invasion, sich für alle Fälle ausländische

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 86, 89. — St. A. L. Ratsprot. 1633. 28. Sept.

Hilfe zu sichern. Dem französischen König meldete die Luzerner Konferenz schon am 3./13. September ihren Entschluß, die Neutralitätsverletzung mit Waffengewalt zu rächen, und bat ihn unter Hervorhebung des religiösen Charakters dieses Krieges um Beisprung im Notfall, ebenso den Herzog von Savoyen. Bald darauf hielt es Luzern für „gut und erforderlich", seinen drei in Mailand befindlichen Ratsmitgliedern aufzutragen, vor ihrer Abreise um eine eigentliche Erklärung zu ersuchen, „ob man sich im Fall und auf folgende Mahnung einer wirklichen, eilfertigen Assistenz von Ihrer Katholischen Majestät oder dem Hause Mailand zu versehen hätte und sich gewiß darauf verlassen könne", und der spanische Gesandte Casati wurde angewiesen, Feria und Aldringen in diesem Sinne zu schreiben [1]). Sei es nun, daß die Spanier diese Anfragen, die wohl nur für einen feindlichen Angriff galten, anders auffaßten, als sie gemeint waren, oder sei es, daß in der Zeit des ersten Zornes tatsächlich manche eine Verbindung mit der Armee Ferias für unerläßlich erachteten und sich demgemäß äußerten — kurz, der Kardinal-Infant ließ durch den spanischen Gesandten in Wien dem Kaiser die eindringlichen Bitten der katholischen Schweizer um Hilfe zur Befreiung von Konstanz vorstellen, weshalb Feria befohlen worden sei, bei seinem Zuge nach Breisach Konstanz zu entsetzen, und Casati schrieb dem Obersten Ossa, der die kaiserlichen Truppen am Bodensee befehligte, die katholischen Schweizer seien entschlossen auszuziehen, aber sie wollten auch gerne wissen, ob man sie sukkurieren werde entweder aus dem Stato Milano oder mit dem burgundischen Volk oder von der spanischen Armada, und es wäre ihnen nicht zuwider, wenn man sich auf ihrem Territorium mit ihnen konjugieren könnte [2]).

---

[1]) St. A. L. Abschiede 1633. fol. 382. — 30jähr. Krieg. 1633. Luzern an Lorenz Meyer, Hans Cloos u. Nikolaus Meyer. 16. Sept. — B. A. Dep. Scottis v. 19. Sept. 1633. — Absch. S. 768.

[2]) Hallwich, Wallensteins Ende. I. S. 601 f. Erzherz. Claudia an Ferdinand II. 20. u. 22. Sept. 1633. — S. 607 f. Punkte des spanischen Gesandten in Wien.

Man ließ es österreichischerseits an Hilfsversprechen und Aufforderungen, mit den Führern alles zu vereinbaren, nicht fehlen. Dem Abgeordneten der Kriegsräte in Wil boten Feria und Aldringen Reiterei und Fußvolk nach Belieben an, und der Herr von Schönau erklärte im Namen der Erzherzogin Claudia den katholischen Gesandten auf der badischen Tagsatzung, man gebe ihnen der Neutralitätsverletzung wegen keine Schuld, sondern freue sich über ihre gute Resolution; der Feind könne nun von ihnen mit spanischer oder kaiserlicher Hilfe vertrieben werden, wodurch sie „auch in andern Beschwerden von den Unkatholischen desto bessere Konditionen erlangen könnten"; allein man dürfe nichts auf Zusammenkünfte verschieben, sondern solle förderlichst einen eigenen Abgeordneten zu weitern Besprechungen schicken. Aber Schönau kam mit seinen Anträgen zu spät, oder vielmehr hätte er von vornherein nicht auf ungeteilten Beifall rechnen können. Schon auf der Luzerner Konferenz am 12./22. September hemmte der Zwiespalt zwischen dem Vorort und den Ländern und die geringe Lust, mit einer mittelmäßigen Macht sich den Schweden entgegenzustellen, jede weitere Entschließung. Inzwischen begann die Friedensvermittlung Rohans, und am 26. September berichtete die Erzherzogin dem Kaiser mit einiger Entrüstung, die katholischen und unkatholischen Schweizer ständen in Unterhandlung mit Horn, der Abt von St. Gallen hätte sich schon bequemt und die Sache werde gefährlich [1]).

Die katholischen Orte gaben also der erzherzoglichen Aufforderung zunächst keine Folge, und die kaiserliche Diplomatie wurde von den Ereignissen weit überholt. Als Ferdinand II. seinem Generalissimus Wallenstein befahl, eiligst dafür zu sorgen, daß die katholischen Schweizer den nötigen Sukkurs erhielten, waren die Schweden eben im Begriff, von Konstanz abzuziehen, und als ein kaiserliches Schreiben in den Besitz der katholischen Orte gelangte, aus dem sie die Bereitwilligkeit des Reichsober-

---

[1]) Hallwich S. 601 f., 622. — Geschichtsfreund 2. S. 227 f. — Absch. S. 777 f.

hauptes ersehen konnten, ihnen in kurzem mit aller möglichen Hilfe an die Hand zu gehen in der Erwartung, daß sie von ihrem Entschlusse nicht abließen, bevor die Feinde von Konstanz abgetrieben und die Waldstädte restituiert seien, da war schon längst kein Schwede mehr auf thurgauischem Boden und die Waldstädte wieder in österreichischer Gewalt. Wohl sprachen die katholischen Stände auf die bestimmte Anfrage Ossas, wessen eigentlich die Herren gesinnt seien, nicht etwa ihren Verzicht auf jede kriegerische Unternehmung aus, sondern erklärten, man habe schon darüber beraten, „wie eine geheime Besprechung bei dem einen oder andern Capo angestellt werden könnte in der Hoffnung, es werde sich in kurzem fügen, daß die Aktion durch eine vertraute Person ins Werk gesetzt werden könne". Ganz ehrlich war diese Antwort nicht, obgleich die Herren von Luzern eine gewisse Aktion im Auge hatten, wie unten gezeigt werden wird. Aufrichtiger ließen sie dem Kaiser durch dessen Agenten, den Freiherrn von Schwarzenberg, mitteilen, die drei Städte Luzern, Freiburg und Solothurn hätten es infolge der Absicht der Unkatholischen, sich mit Horn zu verbinden und in ihr Gebiet einzufallen, für klüger erachtet, ihr Volk im Lande zu lassen und die Unkatholischen von der Verbindung mit dem Feinde abzuhalten. Im übrigen mußte sich Kaiser Ferdinand mit dem platonischen Versprechen, die Erbeinigung und alles, was zu seinem Vorteil diene, erfüllen zu wollen, zufrieden geben. Den Zürchern aber sandten die fünförtischen Gesandten auf der Luzerner Konferenz anfangs Oktober die feierliche Erklärung zu, daß man nie eine Konjunktur mit einer äußern Macht habe anstellen wollen [1]).

Die Besorgnis vor einem Krieg mit ihren Eidgenossen von

---

[1]) Hallwich, S. 600 f., 607 f. Ferdinand II. an Wallenstein. 1. u. 4. Okt. 1633. — St. A. L. 30jähr. Krieg. 1633. Akten v. 8. Okt.—15. Nov. — Abschiede 1633. fol. 455. — Gesandte. Urkunden. Fasc. 12. Ferdinand II. an die kath. Orte. 29. Sept. 1633. — B. A. Dep. Scottis v. 10. Okt. 1633. — Geschichtsfreund. 2. S. 224 ff.; 35. S. 276 ff. — Schweizer l. c. S. 248. Das Schreiben der kath. Orte v. 8. Okt. an den Kaiser ist nicht die Antwort auf dessen

der andern Religion und den Schweden zugleich, ohne daß eine genügende Unterstützung durch die Armeen Ferias und Aldringens sicher war, bildete in der Tat das Haupthindernis für die katholischen Orte, auf die spanisch-österreichischen Offerten einzugehen, und die Zeitgenossen hatten das richtige Gefühl, wenn sie meinten, das eine Schwert habe das andere in der Scheide gehalten [1]). Das Bezeichnende für Luzerns damalige Politik ist die Vermeidung jedes Risikos, und diese Politik trug über die Leidenschaft der Länder den Sieg davon. Der tiefste Grund dafür, daß ein kriegerischer Zusammenstoß Zürichs mit den fünf Orten während der Belagerung von Konstanz ausblieb, lag aber in der bei beiden Teilen vorhandenen Scheu, die Schrecken des deutschen Krieges am eigenen Leib zu erfahren. Leider sollte diese Scheu noch einmal auf eine harte Probe gestellt werden.

d) Der Einfluß des Kesselringhandels auf die eidgenössische Neutralität.

Als die Belagerung von Konstanz aufgehoben wurde, lag die vierörtische Mannschaft immer noch im Toggenburg an der thurgauischen Grenze. Zwei Tage nach dem Abzug der Schweden geschah der erste Racheakt gegen die evangelischen Thurgauer und damit das verhängnisvollste Nachspiel der Neutralitätsverletzung bei Stein. Der thurgauische Oberstwachtmeister Kilian Kesselring, ein Mann von ausgeprägt evangelischer Gesinnung und ein reger Förderer der Interessen Zürichs, dessen Bürgerrecht er erhalten hatte, wurde am Abend des 25. September in Wil, wo er über die Lage im Thurgau berichten wollte, verhaftet und kam unter der Anklage, den Einfall Horns begünstigt und die Thurgauer zum Verrat und zur Rebellion auf-

---

Schreiben v. 29. Sept., wie Schweizer meint, sondern nur ein Begleitschreiben zur Depesche Schwarzenbergs v. 12. Okt. Der kaiserliche Brief v. 29. Sept. traf erst am 7. Nov. in Luzern ein und wurde am 15. beantwortet.

[1]) Waser in den „Eidgnossischen Geschichten". Z. B. Z. Ms. A. 7. c. — Vgl. auch Chemnitz II. S. 199.

gereizt zu haben, in die Gewalt der vierörtischen Kriegsräte. Der über ein Jahr dauernde Prozeß gegen Kesselring, dem keine Schuld nachgewiesen werden konnte und dessen Standhaftigkeit den hellen Einschlag in diesem düstern Gewebe von Irrtum, Rachsucht, obrigkeitlicher Eitelkeit und Unwahrhaftigkeit bildet, gehört zu den widerwärtigsten Episoden in dieser unerfreulichen Zeit und steigerte die gegenseitige Erbitterung in einer Weise, daß alle Rücksichten auf den mit Mühe erhaltenen äußern Frieden wegzufallen drohten [1]).

Durch die Gefangennahme des Oberstwachtmeisters erhielten die Besorgnisse Zürichs, daß sich die vier Orte für die Mühen und Kosten ihres Auszuges an den evangelischen Thurgauern schadlos halten wollten, ihre erste Bestätigung. Die Beschlüsse der katholischen Konferenz zu Luzern anfangs Oktober ließen keinen Zweifel übrig, daß ein eigentliches Strafgericht über die rebellischen Untertanen verhängt werden sollte, das natürlich nach dem Willen der fünf Orte nur die evangelischen betroffen hätte. So war diese unglückliche gemeine Herrschaft, die schon so oft den Probierstein für den konfessionellen Wetteifer dargestellt hatte, wiederum in den Vordergrund des Interesses gerückt, und die Lage blieb auch nach Horns Abzug äußerst gespannt. Weder die vier Orte noch Zürich riefen ihre Mannschaft nach Hause, obschon beide Teile vor einer Verlegung derselben in den Thurgau und den unvermeidlichen kriegerischen Folgen zurückschraken.

Die Vorgänge an der Grenze, wo die Soldaten Ferias und Aldringens bei ihrem Zuge nach Breisach das eidgenössische Gebiet wenig schonten und in Schaffhauser Dörfern übel hausten, erhöhten die Befürchtungen der evangelischen Orte. Zürich sandte sofort fünf Fähnlein von seinen Truppen in der Nähe unter Oberst Ulrich den Glaubensgenossen zu Hilfe; Bern besetzte den

[1]) Vgl. darüber außer Pupikofer II. S. 591 ff. die Darstellung von J. J. Keller, Der kriegsgerichtliche Prozeß gegen Kilian Kesselring 1633—1635. Zürcher Diss. Frauenfeld. 1884.

untern Aargau mit einem Regiment unter Erlach-Castelen und bot den Schaffhausern, allerdings etwas nachträglich, allen Beistand an. Diese selber wandten sich in ihrer Not vermittelst ihres Nachbarn, des Landgrafen von Stühlingen, an Horn mit der Bitte um Reiterei. Der Feldmarschall, dem Pappenheim die kriegerische Verfassung der Schweizer in allzu lebhaften Farben schilderte, unternahm sogleich mit einem Teil seiner Kavallerie einen Ritt von Rottweil an die eidgenössische Grenze in der Hoffnung, „die evangelischen Schweizer weiter anzutreiben zu einem offenen Gebrauch der Waffen wider den Feind". Allein in dem Dorfe Bargen, wo er die nähern Verabredungen treffen wollte, wartete seiner eine Enttäuschung. In Schaffhausen hatte sich inzwischen die größte Aufregung gelegt. Man hatte mit Aldringen, dessen Abgeordnete man als Geiseln zurückbehielt, verschiedene, zum Teil sehr scharfe Schreiben und Botschaften gewechselt und höfliche Entschuldigungen und die Versicherung erhalten, daß die Ausschreitungen einzig der mangelhaften Disziplin der Soldaten zuzuschreiben seien. Da die größte Gefahr schon vorüber und die fremde Armee aufgebrochen war, war die schwedische Hilfe überflüssig, und Horn mußte bei der Unterredung in Bargen zu seinem Bedauern erkennen, daß daselbst nichts weiteres auszurichten war [1]).

Gleich darauf hatte Basel die Annehmlichkeit des kaiserlich-spanischen Durchzugs zu kosten, der teilweise hart an den Toren der Stadt vorbei und durch ihre Landschaft führte [2]). Es war

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 210, 216, 222, 228; A. 178. 7. Nr. 93, 94, 115, 116, 138, 148. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 28. — Teutsch Missivenb. 7. S. 246 ff. — St. A. Sch. Protok. des Geh. Rats 1633. 9. Okt. — Korrespondenzen 1633. Nr. 72—74. — Missiven 1633. 2.—8. Okt. — Chronik Wepfers. 6. Okt. 1633. — Rikskansl. A. Oxenst. Skrifter. II 7. S. 95 u. 98. Beilagen. II 8. Nr. 75. Darnach Chemnitz II. S. 252. — J. J. Metzger, Die Stellung u. die Geschicke des Kantons Schaffhausen während des dreißigjähr. Krieges, Jahrb. f. Schweiz. Gesch. IX, S. 137 ff., berichtet nichts über das Hilfsgesuch an Horn.

[2]) Vgl. darüber die ausführliche Darstellung von F. Fäh, Der Durchmarsch der Kaiserlichen im Jahre 1633. Basler Jahrbuch 1890, ferner P. Schweizer, l. c. S. 260 ff.

keine Neutralitätsverletzung in der Art, wie sie Horn begangen hatte, aber immerhin ein abgenötigter Durchpaß, den die Basler gestatten mußten, weil sie ihn nicht verhindern konnten. Durch eine Gesandtschaft an Aldringen erreichten sie soviel, daß der Marsch in verhältnismäßig guter Ordnung vor sich ging. Der Proviantlieferung an die ausgehungerten Soldaten, die sie zuerst gleich wie Schaffhausen „aus eigenem Mangel" hatten verweigern wollen, konnten sie sich freilich nicht entziehen. Im allgemeinen bewährte sich hier wieder die auf die Vermeidung jeder Gewaltsamkeit gerichtete Politik Basels; zahlreiche Reklamationen von schwedischer Seite blieben ihm freilich nicht erspart [1]).

Es kennzeichnet die Unsicherheit in der Eidgenossenschaft, daß Zürich von den beiden Grenzstädten zu vernehmen wünschte, was Luzern auf ihr Hilfsgesuch geantwortet habe, und dessen Antwort an Schaffhausen kühl genug fand, um die evangelischen Städte in der Vorsicht und im Zusammenhalten zu bestärken [2]). Auf zwei Dinge mußte Zürichs Politik zunächst gerichtet sein: auf die Befreiung Kesselrings und die Verhinderung des thurgauischen Strafgerichts. Seine ersten Schritte, Gesandtschaften und Schreiben, blieben gänzlich resultatlos. Selbst die Drohung, daß man jedes gewalttätige Vorgehen gegen Kesselring und die

---

[1]) Unter den Beschwerdeführern figurierte auch Oberst Peblis im Auftrage Horns. Es stimmt nicht ganz, wenn Schweizer, S. 262, sagt, Peblis habe in einem Schreiben vom 3. Nov. die Lieferung von Brot an die durchziehende Armee als eine Neutralitätsverletzung bezeichnet, was ein Beweis für die eigentümliche Zeitanschauung sei, daß der Durchmarsch zulässig sei, nicht aber die Proviantgewährung. In Wahrheit richteten sich die Proteste der schwedischen Heeresleitung wesentlich gegen die spätere Verproviantierung der kaiserlichen Armee, als sie schon im Elsaß lag, und besonders gegen die Zufuhr für Breisach. Eine Speisung von durchziehenden Truppen galt damals nicht mehr als Neutralitätsverletzung, als der Durchzug selber, und gerade Basel pflegte auch später durchziehenden Truppen Proviant zu verabfolgen, um Plünderungen zu verhüten. St. A. Ba. Politisches. P. 10. — Missiven 1638. 9. Juni, 4. Okt., 3., 11., 28. Nov.

[2]) St. A. Ba. Politisches P. 9. Zürich an Basel. 7. Okt. 1633. — Fäh, l. c. S. 54.

Nichtachtung des angebotenen eidgenössischen Rechts als eine Absage und einen Bundesbruch ansehen würde und auf Rache denken müßte, hatte keine Wirkung. Die Hauptsache für die ausgezogenen vier Orte war ihre Kriegsentschädigung, und dafür war ihnen der gefangene Oberstwachtmeister ein bequemes Unterpfand. Wohl mahnte Luzern die Länder zur Mäßigung in der Einsicht, „daß es zu einer großen Weitläufigkeit ausschlagen müßte", wenn sie sich darauf versteifen würden, so lange mit ihrem Volk im Felde liegen zu bleiben, bis sie auf ihre Kosten gekommen wären, oder wenn sie mit Kesselring peinlich verfahren würden. Seine Vorschläge fanden endlich so viel Beachtung, daß man das Nähere auf einer Konferenz aller regierenden Orte besprechen wollte [1]). Zürich freilich war bei Streitigkeiten kein Freund von solchen Frauenfelder Konferenzen, wo es sich zusammen mit evangelisch Glarus einer überlegenen katholischen Mehrheit gegenüber sah, die ihm nichts als das Nachgeben oder das Protestieren übrig ließ. Nun hatte Bern in der richtigen Voraussicht, daß bei der prekären Lage nur eine allgemeine Aussprache Schlimmeres verhüten könne, diesmal rasch gehandelt und schon am 3. Oktober eine Tagsatzung nach Baden ausgeschrieben. Nur der mildernde Einfluß Luzerns vermochte die vier Orte dazu, diese Versammlung zu besuchen; aber die katholischen Boten erschienen hier mit dem bestimmten Vorsatz, keine Diskussion über die thurgauischen Zwistigkeiten zuzulassen, sondern nur ganz allgemein über die Verwahrung der Pässe und die gegenseitige Hilfeleistung zu beraten, dann aber sofort nach Frauenfeld zur Untersuchung und Abstrafung der Schuldigen zu reiten, während Zürich entschlossen war, dies in keinem Fall zu bewilligen, so wenig wie den Prozeß gegen Kesselring. Der Kampf in Baden wurde also wesentlich um die Zulässigkeit des Verfahrens gegen die thurgauischen Untertanen ausgefochten. Spöttisch schrieb Seckelmeister Wirz, einer der Zürcher Gesandten, an

---

1) Keller, l. c. Beilage 14, 15. — St. A. L. Abschiede 1633. fol. 456. — Absch. S. 786 f.

Waser: „Man gspürt aber so viel, daß wenn der Mann mit dem gelt da were, das es des Kriegsvolcks und Straffgrichts halb bald richtig were. Aber derselb Mann ist noch nit zfinden". Zuletzt mußten die Zürcher doch nachgeben; denn es blieb ihnen nur die Wahl zwischen der thurgauischen Inquisition oder „der Anwendung der öffentlichen Gewalt". Die Regierung und der Große Rat entschlossen sich also in der Erwägung, daß die papistischen Orte militärisch im Vorteil sein würden, da die spanisch-kaiserliche Armee den Grenzen näher war, als die schwedische, dem Ritt in den Thurgau zuzustimmen, falls dadurch die Abführung des vierörtischen Kriegsvolks erzielt werden könne. Diese Konzession Zürichs und die darüber ausgearbeiteten Vertragspunkte, welche sämtliche Gesandten zur Berichterstattung nach Hause nahmen, war das einzige auf die Versöhnung gerichtete Resultat der badischen Tagsatzung [1]). In bezug auf die Freilassung Kesselrings und die Zuständigkeit seiner Richter war die Kluft unüberbrückbar. Der Konflikt drehte sich äußerlich um die Frage, ob bei dem Prozeß gegen den des Verrates und der Rebellion angeschuldigten Oberstwachtmeister das Kriegsrecht gelte, nach welchem die vierörtischen Kriegsräte die kompetenten Richter waren, oder ob das Zivilrecht statthabe, das in diesem Fall die Aburteilung durch die zehn Orte verlangte, denen die hohe Gerichtsbarkeit im Thurgau zustand [2]). Bern pochte im Einverständnis mit Zürich nachdrücklich auf sein Malefizrecht und machte sich dadurch zur Partei, während Freiburg und Solothurn neutral blieben. Die vier Orte beriefen sich auf das Kriegsrecht, da Kesselring den Kriegsräten in Wil, also nicht auf thurgauischem Boden, in die Hände gefallen sei. Luzern gab sich die größte Mühe, als uninteressierter Ort zu gelten, wurde aber in dieser Eigenschaft weder von Zürich noch von Bern anerkannt.

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 211. A. 178. 7. Nr. 117, 120. — Ratsman. Nr. 402. S. 36, 38. — St. A. L. Abschiede 1633 fol. 465, 474. — St. A. Ba. Eidgsch. D. 5. Abschiedsschr. fol. 152. — Geschichtsfreund 35. S. 274 f. — Absch. S. 787 ff.

[2]) Vgl. darüber Keller, l. c. S. 38 ff.

Wenn sich Zürich zur Teilnahme an der künftigen Frauenfelder Konferenz herbeigelassen hatte, so hatte es auf sein Ziel, die evangelischen Untertanen auf jede Weise zu schützen, nicht verzichtet, sowenig als es die Möglichkeit eines Krieges und die nötigen Vorbereitungen aus dem Auge ließ. Obgleich dem letzten schwedischen Bündnisantrage keine Folge gegeben worden war, brach der evangelische Vorort nicht alle Beziehungen zu Feldmarschall Horn ab. Kurz nach der Verhaftung Kesselrings wurde Hauptmann Grebel beauftragt, ihn über dieses Attentat und die Drohungen der Katholischen zu unterrichten und sich seines Beistandes beim Kriegsausbruch zu versichern. Grebel, dem sich Oberst Ulrich und ein Schaffhauser Abgeordneter angeschlossen hatten, traf Horn am 6. Oktober in Bargen. Bei der Enttäuschung, welche die Schaffhauser dem Feldmarschall bereiteten, waren ihm die Zürcher sicher doppelt willkommen, und er wird es nicht an guten Versprechungen haben fehlen lassen [1].

Auch sonst suchte Zürich fremden Einfluß seiner Sache dienstbar zu machen. Oxenstierna wurde aufgefordert, bei den regierenden Orten gegen das thurgauische Strafgericht als einer neutralitätswidrigen und der Krone Schweden zur Unehre gereichenden Prozedur Einsprache zu erheben, gleich wie man Rohan bat, die Autorität Frankreichs zur Verhinderung desselben in die Wagschale zu werfen [2]. Doch war eben damals das Zutrauen der katholischen Orte zu dem hugenottischen Herzog, das nie sehr groß gewesen war, völlig erschüttert. Sein Wirken für die Erhaltung des Friedens war fortwährend von einer deut-

---

[1]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 402. S. 32 f. — A. 178. 2. Nr. 212, 216, 224, 228. Die Instruktion und der Bericht Grebels über seine Verrichtungen sind anscheinend nicht vorhanden, sondern nur das Kreditiv Horns für ihn d. d. Staberg. 6. Okt. 1633. Wie erwünscht Horn die Zusammenkunft mit den Zürchern war, geht aus einer Bemerkung in seinem Schreiben an Pappenheim vom 5. Okt. hervor: Wenn Pappenheim in eigener Person nach Bargen kommen könne, wäre es ihm lieb, und wenn er den Obersten Ulrich mitbringen würde, desto lieber. A. 178. 2. Nr. 222.

[2]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 402. S. 38.

lichen Begünstigung Zürichs begleitet. Zudem war den katholischen Gesandten in Baden ein Brief Rohans an seinen Sekretär La Baume in die Hände gefallen, worin seine Parteinahme für die Evangelischen durch die Aufforderung gekrönt wurde: sie möchten den französischen König und Feldmarschall Horn im Fall einer Nichtverständigung auf der Tagsatzung um Beistand gegen die vier Orte bitten und sich gut vorbereiten, um entweder die Katholischen zum Frieden zu zwingen oder Horn in den Stand zu setzen, die spanisch-kaiserliche Armee im Elsaß zu vernichten und sich nachher an ihren Feinden zu rächen. Man wird begreifen, daß auf dies hin die katholischen Orte dem Herzog ihre Gunst gänzlich entzogen und sich beeilten, die nötigen Informationen über das Gebaren des Hugenotten dem König zukommen zu lassen. Obgleich ihnen dieser soviel zugestand, daß sie bis zur Ankunft eines ordentlichen Ambassadors nur noch mit du Landé zu verkehren brauchten, wurde ihr Verhältnis zu dem spanienfeindlichen Frankreich darum nicht besser [1]). Dem Herzog kam der fatale Zufall mit seinem Brief an La Baume bald zu Ohren; allein der Vertreter der französischen Krone, der es sich zum Ruhme anrechnete, um seiner Neigung für Zürich willen von den kleinen Orten gehaßt zu werden [2]), fuhr dennoch fort, seine Freunde zu Allianzen aufzufordern, kaum in der Absicht, sie wirklich zum Kriege zu treiben, wohl aber in der Hoffnung, daß die Rüstungen der Evangelischen ihre Gegner vor weiteren Unternehmungen abschrecken und zugleich dem Veltlinerzug, für den er sich damals mit aller Kraft einsetzte, förderlich sein würden. ,,Was Eure Stadt betrifft,“ schrieb er an Bürgermeister Brem, ,,so kann sie nichts Besseres tun, als sich mit irgend jemand, wer immer es sei, für ihre Erhaltung verbünden, und wenn sie in dieser Ver-

---

[1]) St. A. Z. A. 326. Rohan an La Baume. 25. Okt. 1633. — St. A. L. Frankreich. Hauptmann Sonnenberg an Luzern, Paris 3. Dez. 1633. — Königl. Missiven. Ludwig XIII. an die kath. Orte. 1. Dez. 1633. — Absch. S. 793 ff. — Rott IV, 2. S. 96 f.

[2]) Rohan an Brem, 4. Nov. 1633. ,,Car je fais gloire d’être hay des petits Cantons pour l’amour de vous.“ St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 152.

fassung sein wird, so wird sie von den Feinden gefürchtet und von den Freunden geschützt werden. Wir leben in einer Zeit, da man über den Schwächsten hinwegschreitet und dem Stärksten hilft, so sehr regiert die Feigheit unter uns". [1])

Die Aussichten, daß der Konflikt eine baldige Beilegung finden würde, waren in der Tat nicht besser geworden. Das Vermittlungsprojekt, das die Uninteressierten auf der badischen Tagsatzung aufgestellt hatten, wurde von den vier Orten „in seinem Wert oder Unwert belassen". Nur dem Abzug des Kriegsvolkes stimmten sie zu, erklärten aber daneben, in Hinsicht auf Kesselring bei ihren Entschlüssen zu bleiben und die Kosten des Auszugs im Falle ungenügender Satisfaktion „da zu suchen, wo man glaube, dazu befugt zu sein". Mehr noch der Umstand, daß der Aufenthalt im Gebiet des Abtes von St. Gallen, der die Vergeltung Zürichs fürchtete, für die vierörtischen Truppen allmählich sehr unangenehm wurde, und die versöhnliche, von den andern allerdings recht übel vermerkte Sonderpolitik Luzerns, als der gute Wille der vier Orte, bewirkte endlich Ende Oktober den Abmarsch der Fähnlein aus dem Toggenburg, worauf auch

[1]) St. A. Z. A. 326. Rohan an Brem. 8. Nov. — Rohan an Zürich 1. Nov. 1633. — A. 178. 7. Nr. 177. — St. A. Sch. Korrespondenzen 1633. Nr. 61. Rohan an Bern, Basel u. Schaffh. 18. Okt. — Eine gewisse Zweideutigkeit der Taktik Rohans läßt sich nicht bestreiten. Es stimmt nicht zur Einladung an Zürich, neue Bündnisse zu schließen, womit nur das schwedische gemeint sein konnte, wenn er am 12. Okt. an den König schreibt: „Or, Sire, pource que je voy les Cantons Protestans resolus de faire alliance avec la Couronne de Suède et Princes d'Allemagne sy les petits Cantons la font avec Espagne, je juge tres important pour le bien de vostre service que ny l'une ny l'autre ne se fassent point", und wenn er auch in den folgenden Briefen den König dringend um die baldige Sendung eines ordentlichen Ambassadors ersucht, damit durch dessen Vermittlung diese schädliche Bündnispolitik und ein Bürgerkrieg vermieden werde. Noch im Frühling 1634 berichtet der venetianische Resident seiner Regierung, er wittere, daß Rohan aus allen Kräften die Ansprüche Zürichs und das Bündnis mit Schweden begünstige, obgleich er als Vertreter des Königs tue, als ob er das Gegenteil wünschte. B. A. Dep. Rohans. Layette XLIX—LIV. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 30.

die zürcherische Mannschaft heimgefordert wurde [1]). Die größte Gefahr eines Zusammenstoßes wäre damit beseitigt gewesen, wenn nicht der unselige Kesselringhandel durch die Fortführung des Gefangenen nach Schwyz und die Anwendung der Tortur gegen ihn eine Verschärfung erfahren hätte.

Die Auspizien für die Frauenfelder Konferenz, wo die Streitigkeiten gemäß dem Projekt von Baden beigelegt werden sollten, waren daher nicht günstig, und in der Tat war ihr Resultat ein ganz negatives. Zwei katholische Orte, Uri und Unterwalden, erschienen überhaupt nicht, weil sie jenes Projekt, das die Teilnahme an den Frauenfelder Verhandlungen nicht nur den sieben, sondern auch den zehn Orten zugestanden hatte, als ihren Rechten so präjudizierlich betrachteten, daß sie auf diesen Versöhnungsversuch lieber verzichten wollten, abgesehen davon, daß nach ihrer Meinung zuerst der Prozeß gegen den Hauptverräter Kesselring zum Abschluß gebracht werden sollte, bevor man zum übrigen schritt. Das Verlangen Zürichs, daß Kesselring nach Frauenfeld gestellt werde, die energische Unterstützung dieser Forderung durch Bern, die Weigerung der katholischen Gesandten, Zänkereien und Mißverständnisse, Proteste und Gegenproteste waren daher an der Tagesordnung, und das Ende war, daß alles ad referendum genommen wurde [2]).

In Zürich war man von dem Ausgang der Frauenfelder Konferenz nicht besonders enttäuscht, weil man nichts Besseres erwartet hatte. Die Auffassung, ,,daß es endlich wegen des Gegen-

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 155. — St. A. L. Abschiede 1633. fol. 498, 507. — Ungeb. Abschiede. XII. Luzern an den Landvogt im Thurgau. 9. Nov. 1633. — Geschichtsfreund 27. S. 266; 35. S. 278 f. — Absch. S. 793, 796 f.

[2]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 153, 159, 162, 168. — St. A. L. Thurgau. Hochverratsproz. des Kil. Kesselring. Schwyz an Luzern. 21. Nov. 1633. — Absch. S. 796 ff. — Sehr wahrscheinlich für die Frauenfelder Konferenz wurde in der zürch. Kanzlei eine weitläufige Schrift ausgearbeitet, welche die Ursachen der Rüstungen Zürichs, nämlich alle die uneidgenössischen Prozeduren der kath. Orte, aufzählt. A. 178. 7. Nr. 81.

teils Treulosigkeit und übermäßigem Hochmut zur Tätlichkeit gerate", brach sich immer mehr Bahn, und das unerklärte und unentschuldigte Ausbleiben Uris und Unterwaldens stärkte den Verdacht, die Katholischen wollten die Evangelischen „mit dem Schein dieser Konferenz entschläfen und so lange aufhalten, bis sie sich mit fremder Hilfe und Praktiken gefaßt gemacht haben, um sie zu übereilen" [1]). Fremde Hilfe schien Zürich unter den obwaltenden Umständen sehr erwünscht, und so gedachte es gemäß den Ratschlägen Rohans die Anerbieten von schwedischer Seite auszunützen. Einer der rührigsten Förderer eines Bündnisses mit der Heilbronner Konföderation war der Landgraf von Stühlingen, der seit dem September von Oxenstierna bei den vier Städten beglaubigt war. In einem weitläufigen Bedenken setzte er die Vorteile einer solchen Verbindung auseinander, wobei er von der eidgenössischen Neutralität als einer „simulata fucata et imaginatua neutralitas" redete [2]). Dank seiner Vermittlung verstand sich Horn zu neuen Freundschaftsbeweisen [3]), und Zürich blieb mit dem Feldmarschall, der zur Beobachtung der Armeen Ferias und Aldringens ins Elsaß gezogen war, in ständiger Verbindung. Noch vor der Frauenfelder Konferenz wurde Oberst Ulrich zu ihm gesandt, um ihn zu bitten, einen Teil seiner Truppen, namentlich Kavallerie, nach Württemberg und in den Hegau in die Winterquartiere zu legen, damit man im Notfall rasch schwedische Hilfe erhalten könne. Ulrich traf Horn am 4. November in Herbolzheim nicht weit von Kenzingen an der Elz. Hier bekam nun der Gesandte Zürichs zum erstenmal die Mißstimmung der Schweden über sein vergebliches Werben um einen engen Anschluß der evangelischen Eidgenossen zu spüren. Zwar wieder-

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 166. — B. IV. 94. fol. 226. — B. VIII. 15. fol. 68.

[2]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 101. Bedenken ob die evang. Eidgenossen auch in den heilbronnischen Bund treten, neutral sein oder sonst lavieren sollen." Ohne Angabe des Verfassers, aber von der Hand Pappenheims etwa Mitte Oktober geschrieben.

[3]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 149, 150. Vgl. S. 33.

holte der Feldmarschall seine allgemeinen Versicherungen, daß er Zürich in der Not beispringen werde; aber jene Dispositionen für die Winterquartiere wollte er nicht treffen, da er zwischen den Verbündeten und den bloß Benachbarten, die noch dazu gegen ihr eigenes Interesse „die Mittel ihrer Konservation dem allgemeinen Feinde vorschöben", einen Unterschied machen und zuerst für jene sorgen müsse. Weniger diplomatisch als Horn selber drückten sich seine Offiziere aus, indem sie sich über die Verproviantierung der feindlichen Heere durch die schweizerischen Grenzstädte höchlich beschwerten und daneben den Zürcher merken ließen, daß ihr General, durch den überflüssigen Ritt nach Bargen belehrt, auf bloß mündliche Begehren hin nichts mehr tun werde und daß auf schriftliche Gesuche auch ein schriftliches „Hinwiederbegehren" erfolgen würde [1]). Das Manöver der kühlen Zurückhaltung an Stelle des allzu deutlichen Entgegenkommens blieb nicht ohne Wirkung, zumal der Augenblick günstig war und der Druck auch von anderer Seite kräftig einsetzte.

Am 15. September hatte der Geheime Rat in Zürich beschlossen, Oberst Peblis „mit gewüsser Maaß" zurückzuberufen [2]). Etwa Mitte Oktober traf derselbe als offizieller Gesandter Oxenstiernas an die evangelischen Städte in Zürich ein mit dem Auftrag, sie für den Eintritt in den Heilbronner Bund oder mindestens für eine nähere Korrespondenz und Vereinigung zu gewinnen. Im besonderen sollte er um die Gestattung von heimlichen Werbungen anhalten und im Fall einer offenen Parteinahme der katholischen Orte für den Gegner von den Evangelischen eine Erklärung begehren, ob sie sich auf die Seite der Protestanten schlagen, sie hinsichtlich der Pässe begünstigen und ihnen im Notfall mit Pulver und Munition aushelfen wollten [3]). Da kurz vorher der Bündnisantrag Horns auf der Aarauer Konferenz

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 243 a, b, 252; 178, 7. Nr. 138, 142, 143, 164, 165, 172, 173.

[2]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 402. S. 25.

[3]) St. A. Z. A. 220. Nr. 65. Kreditiv Oxenstiernas für Peblis. Mainz, 27. Sept. 1633. — Die Instruktion bei Chemnitz II S. 194.

abgelehnt worden war, hielt sich Peblis zunächst zurück und nahm seine frühere Tätigkeit als Leiter des zürcherischen Wehrwesens wieder auf [1]). Was der Pfälzer noch vor etlichen Monaten nicht für ratsam gehalten hatte, den Anschluß der evangelischen Schweizer an die Heilbronner Konföderierten, den zu befördern hatte er jetzt nicht nur den Befehl, sondern unzweifelhaft auch den Willen. Die jüngsten Ereignisse ließen auch ihm einen baldigen Kampf zwischen den konfessionellen Parteien in der Eidgenossenschaft und damit die Hereinziehung derselben in den großen Krieg als Gewißheit erscheinen. Bei einem innern Zwist, so meinte er in einem von der Zürcher Regierung gewünschten Gutachten, gebe es sich von selber, daß der Feind den kleinen Orten Hilfe schicken werde. „Dann ist also die Erbeinigung gegenüber meinen gnädigen Herren gebrochen, und diese müssen unserer Partei wieder beispringen, denn es wird eine Partei werden und je einer an des andern Konservation sein eigenes größtes Interesse haben". [2])

Zu der gleichen Ansicht kam mittlerweile auch Peblis' Freund, Antistes Breitinger. Die drohende thurgauische Inquisition, die unerhört grausame und widerrechtliche Behandlung Kesselrings und das ganze „hochmütige Wüten" der katholischen Orte waren für ihn Dinge, die unter keinen Umständen zu dulden waren, wenn nicht Zürichs Ansehen in den gemeinen Herrschaften gänzlich vernichtet werden sollte. Dazu gesellte sich die Sorge um die evangelischen Toggenburger, die der Abt immer mehr bedrängte. Mit der ihm eigenen Leidenschaft, sobald es sich um religionspolitische Konflikte handelte, verfolgte er die Entwicklung der Sache und bildete aufs neue, wie einst beim Matrimonial- und Kollaturstreit, das anfeuernde und belebende Element bei der Opposition gegen die katholischen Ansprüche. Wieder hatte er

---

[1]) St. A. Z. B. IV. 94. fol. 28. — Vgl. das Schreiben von Peblis über die Befestigung Schaffhausens v. 30. Nov. 1633. St. A. Sch. Korrespondenzen.

[2]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 104. „H. Obrist Peblisn bedencken über Obr. Ulrichen schryben uß Herbolsheim".

die Bürgerschaft auf seiner Seite, und wieder galt sein Kampf der Lauheit einzelner Magistraten [1]). „Ich lasse Breitinger ermahnen," schrieb Herzog Rohan an den Diakon Ulrich, „den Mut nicht zu verlieren. Er ist ein Instrument, welches Euch Gott zu diesen Zeiten gibt, da die Zaghaftigkeit nur gar zu sehr unter Euch Platz hat. Alles Übel, das sich in den vier evangelischen Städten findet, kommt nur von etlichen wenigen her, die am Brette sitzen. Ich weiß, daß der gemeine Mann dem gemeinen Wesen trefflich geneigt ist". [2])

Der beleidigende Ausgang der Frauenfelder Tagung schien denjenigen recht zu geben, die an eine friedliche Beilegung des Handels nicht mehr glaubten. Noch versuchten die evangelischen Städte auf einer Aarauer Konferenz Ende November durch das oft erprobte Mittel einer allgemeinen Tagsatzung eine Verständigung herbeizuführen, indem die Berner und Basler Gesandten Luzern einluden, sich für das Zustandekommen einer badischen Zusammenkunft und die Einstellung des Verfahrens gegen Kesselring zu bemühen. Aber die Zürcher hatten so wenig Zutrauen zu diesem Ausweg, daß sie um Aufschluß baten, wie man ihnen bei einem Angriff beispringen wolle. Zu ihrer angenehmen Überraschung bewiesen die Berner diesmal eine außerordentliche Solidarität: die Gesandten Frischherz und Dubi versicherten, ihre Herren und Obern seien gesonnen, falls die güt-

---

[1]) St. A. Z. E. II. 102. S. 1088. „Auf Fürsorge konzipiertes und nicht exhibiertes" Schreiben Breitingers über die Bestrafung der Thurgauer und Kesselring. — Lebensgeschichte Breitingers. Bericht über die Unterredungen auf der Chorherrenstube am 18., 20. u. 27. Okt. — Breitinger an Zwinger. 17. Nov. 1633. U. B. Ba. Bibl. Freyo-Gryn. Ms. II. 25. — Breitinger an (Schneeberger). Nov. 1633. Z. B. Z. Ms. F. 212.

[2]) St. A. Z. E. II. 400. fol. 163. Die deutsche Kopie ohne Angabe des Adressaten weist die Schriftzüge Joh. Jak. Ulrichs, des spätern Antistes, auf, der mit Rohan in lebhafter Korrespondenz stand. Die schwedenfreundliche Gesinnung Ulrichs tritt schon in einer anonymen, aber seine Hand tragenden „Schutzschrift" hervor, welche die Einmischung Gustav Adolfs in den deutschen Krieg verteidigt und von einem Späteren irrtümlich Breitinger zugeschrieben wurde. E. II. 396. fol. 321 f.

lichen Mittel versagten, sich mit Gewalt den Prozeduren der Katholischen zu widersetzen und Zürich alle mögliche Hilfe zu leisten. Mit höchster Genugtuung schrieb damals Breitinger an Fabricius, nun seien gottlob die Sachen bei beiden Ständen so bestellt, daß sie nichts zu wünschen übrig ließen [1]).

Wie Zürich vorausgesehen hatte, blieb eine bedingungslose und rasche Zustimmung der katholischen Orte zu der geplanten Tagsatzung aus. Die Rüstungen des Vorortes, die Bereitschaft des bernischen Regimentes Erlach im Aargau, die befürchtete Einquartierung französischer Truppen in den Tälern des grauen Bundes auf Befehl Rohans, die Korrespondenz der Evangelischen „hin und hero", dies alles hatte nur zur Folge, daß sich die katholischen Orte ebenfalls in Kriegsverfassung setzten [2]). Ihre unerschütterliche Hartnäckigkeit, die zunehmende Tendenz Zürichs, den Knoten diesmal zu zerhauen, die steigende Erbitterung Berns über die Verachtung seiner hohen Gerichtsbarkeit im Thurgau machten den Ausbruch von Tätlichkeiten gegen Ende des Jahres immer wahrscheinlicher. Auf Mitte Dezember schrieb Bern, um dem Hochmut der Katholischen abzuhelfen und den evangelischen Defensionsbestrebungen einen stärkeren Impuls zu geben, eine neue Konferenz nach Aarau aus. Noch war Zürich gütlichen Verhandlungen vermittelst Schreiben oder einer Abordnung der Uninteressierten nach Luzern nicht durchaus abgeneigt. Daß Basel und Schaffhausen alles taten, um das ausbrechende Feuer zu löschen, war selbstverständlich. Ihre Boten erließen von Aarau aus erneute dringende Bitten an die katholischen Uninteressierten, für eine Tagsatzung in Baden besorgt zu sein, weil sonst Zürich und Bern sich vielleicht auf andere Weise helfen würden. „Sollte alles erfolglos bleiben und sollte man zu Gebühr und Recht nicht gelangen können", beschloß die Aarauer Konferenz, „so werde

[1]) St. A. Z. E. II. 400. fol. 169. — Absch. S. 801 ff. — Geschichtsfreund. 2. S. 228 f.

[2]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 178, 186, 187. — B. VIII. 123. fol. 433 f. St. A. L. Religionshändel. Luzern an Bern. 29. Nov. 1633. — Absch. S. 800 f., 804 ff.

man sich zum Schutze der Untertanen, zur Erhaltung der wahren Religion, des Vaterlandes und der obrigkeitlichen Reputation in eine solche Positur setzen, daß die katholischen Orte die Furchtlosigkeit der evangelischen daraus erkennen, und dann werde man diejenigen Mittel an die Hand nehmen, womit jeder Ort von Gott gesegnet sei". Doch erhielten die Gesandten Basels und Schaffhausens das Versprechen, daß man nichts überstürzen und die Antwort Luzerns abwarten wolle [1]).

Vier Tage vor der Aarauer Konferenz hatte man in Zürich mit dem Hauptträger der bernischen Kriegsbegeisterung, dem Obersten von Erlach-Castelen, über die Aufstellung und die Funktionen eines gemeinschaftlichen geheimen Kriegsrates von insgesamt acht Mitgliedern Verabredungen getroffen. Bern hatte dazu außer Erlach-Castelen seine beiden Schultheißen — der eine wurde später durch Venner Willading ersetzt — sowie Venner Frischherz ernannt. In Zürich wählte der Kleine Rat am 14. Dezember die beiden Bürgermeister Brem und Holzhalb, Seckelmeister Hirzel und Oberst Schmid, denen außerdem Oberst Peblis als militärischer Berater beigeordnet wurde [2]). Mit der Wahl Bürgermeister Holzhalbs waren nun die Anhänger einer kräftigen Aktion nicht einverstanden, vor allem nicht Antistes Breitinger und die unter seinem Einfluß stehende Bürgerschaft. Schon beim Matrimonial- und Kollaturstreit hatten diese Kreise Holzhalb Schwäche und Egoismus vorgeworfen; jetzt gaben sie seiner altersschwachen Bedächtigkeit — er zählte siebzig Jahre — die Schuld an der behördlichen Saumseligkeit während und nach der Frauenfelder Konferenz. Am 28. Dezember sollte die Wahl der vier Kriegsräte vom Großen Rat bestätigt werden. Am Tage vorher benützte Breitinger die Gelegenheit, um vermittelst einer wohlausgedachten Rede vor dem Geheimen Rat und nachher

---

[1]) St. A. Z. A. 326. Zürich an Bern 10. Dez. 1633. — B. VIII. 15. fol. 75. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 43. — Teutsch Missivenb. 7. S. 318 ff. — Absch. S. 806 f.

[2]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 402. S. 50. — St. A. B. Manuale des Kriegsrates VII. S. 2.

auf der Chorherrenstube das mißliebige Standeshaupt aus dem Kriegsrat zu entfernen und der Vertretung der Bürgerschaft, dem Großen Rat, mehr Einfluß auf die Wahl der Kriegsräte zu verschaffen. Es ist bezeichnend für die Macht des Antistes, daß sich die Regierung diese starke Einmischung in ihre weltlichen Angelegenheiten gefallen ließ und der Anregung der Geistlichen Folge gab. Am 28. Dezember trat Holzhalb „altershalber“ von der obersten Stelle im Kriegsrat, dem Generalat, zurück, das an seiner Stelle Brem aufgetragen wurde; hierauf wählte der Große Rat neben Brem Oberst Schmid und die beiden Seckelmeister Hirzel und Wirz, lauter tatkräftige Männer von bekannt evangelischer Gesinnung, zu geheimen Kriegsräten [1]).

---

[1]) Lebensgeschichte Breitingers: Der allergeheimste Rat von vier Personen. — St. A. Z. Ratsman. Nr. 402. S. 50, 54. Nr. 403. S. 41. Die geheimen Kriegsräte, die übrigens alle vier dem Geheimen Rat angehörten, waren hauptsächlich für die militärischen Verhandlungen mit den bernischen Kriegsräten bestimmt. Ihre Instruktion erhielten sie von dem ganzen Geheimen Rat, an dessen Zustimmung sie in allen wichtigen Beschlüssen gebunden waren, sofern es die Zeit zugab, gleich wie sie verpflichtet waren, demselben über jede Konferenz Bericht zu erstatten, einenteils damit sie die Verantwortung nicht allein hätten, andernteils damit sie Sachen, „die sie für zu schwer hielten“, nicht vor den ziemlich zahlreichen Kleinen Rat oder gar vor den Großen Rat der Zweihundert bringen mußten und so das Geheimnis besser wahren und das Nötige rascher erledigen konnten. St. A. B. Allg. Eydg. Bücher. F. S. 899 ff. Korrespondenz zwischen Bern und Zürich über die Rechte der geheimen Kriegsräte v. 30. Dez. 1633—6. Jan. 1634. — Kriegs- und Defensionalanstalten III fol. 127 ff. — Instructionsbuch R. S. 46 ff. — Erst auf der Konferenz von Königsfelden am 13.—15. Jan. 1634 verlangten die Berner entschieden, daß auch die zürcherischen Kriegsräte gleich wie die bernischen für die Führung des Krieges — nicht für die politischen Verhandlungen — unumschränkte Vollmacht erhielten. Absch. S. 811 f. — Die Darstellung von P. Schweizer, S. 246 u. 249 f., wornach Breitinger durch seinen Vortrag am 27. Dezember die Ausrüstung der geheimen Kriegsräte mit absoluter Vollmacht ohne die Verpflichtung, an den Rat zu referieren, und die eigentliche Diktatur des Obersten Peblis erzwungen habe, ist daher zu berichtigen. Für Breitinger handelte es sich nur darum, den lähmenden Einfluß Holzhalbs zu beseitigen und denjenigen der Aktionslustigen zur Geltung zu bringen. Von einer Diktatur des Obersten

Um die Wende des Jahres stand man also in Zürich im Begriff, den Starrsinn der katholischen Orte mit den Waffen zu brechen, damit man „dermaln eins rechtgschaffen möchte versichert werden und nit immerdar in der discretion unserer mißgünstigen stäcken müsse“ [1]. Es entsprach völlig der politischen Anlage Breitingers und der ganzen Situation, daß er jetzt als mächtigster Agitator für ein kriegerisches Vorgehen und alle Folgerungen eines solchen auftrat. Der richtige Zeitpunkt, den Übermut der Katholischen zu dämpfen, ihre bösen Pläne zu nichte zu machen und den Evangelischen zu einer bedeutenderen, den wirklichen Machtverhältnissen entsprechenden Stellung zu verhelfen, schien ihm da zu sein: der „Glimpf“ war auf seiten der Evangelischen, Bern war vom besten Willen beseelt, man war mit Proviant, Munition, Geld und guten Freunden wohl versorgt, während die Gegner daran Mangel litten, eine Sünde wäre es, die gute Gelegenheit nicht zu benützen, da es doch einmal zu einer gründlichen Auseinandersetzung kommen mußte [2]. Mit vollen Segeln steuerte er nun dem schwedischen Bündnis zu. Die Gründe, die einst eine Allianz mit dem mächtigen Schwedenkönig, „qui sua probe curat“, verboten hatten, waren weggefallen. „Verum et alia facies temporis et alia gentis nostrae conditio“ erwiderte er dem Basler Antistes Theodor Zwinger, der als heftiger

---

Peblis kann vollends nicht die Rede sein. Er war zwar militärischer Berater, wie dreizehn Jahre später auch beim Wädensweiler Handel. In erster Linie aber war er Beauftragter Oxenstiernas und blieb überhaupt nur bis Ende Februar 1634 in Zürich. Die Diktatur eines Fremden, der Peblis immerhin war, hätten sich die gnädigen Herren von Zürich gewiß nicht gefallen lassen.

[1]) Vorlage des Geh. Rates an den Großen Rat über seine und der Kriegsräte Gewalt. 29. Dez. 1633. St. A. B. Kriegs- u. Defensionalanstalten III. fol. 127. Kopie.

[2]) Vortrag Breitingers v. 27. Dez. — Über die ungenügende Kriegsbereitschaft der katholischen Orte vgl. die Worte Landammanns ab Iberg bei Keller, Beil. 26: „Denn wenn die Städte von uns ab und wider uns sind, wer sind wir? Wir haben weder Geld noch Proviant und sind in unsern Zeughäusern schlecht versehen“ usw.

Gegner der Lutheraner und im Ärger über die unaufhörlich Basel zuteil werdenden schwedischen Beschwerden sich sehr bitter über diese zweifelhaften Freunde und ihre kirchlichen Praktiken in Kolmar und anderswo geäußert und an die betrügerischen Anträge Ritter Rasches erinnert hatte. Warum sollte man, meinte Breitinger, die so häufig angebotene Freundschaft zu einer Zeit verschmähen, da mit ihrer Hilfe das bedrohte Vaterland gerettet werden könne? Zu Lebzeiten Gustav Adolfs habe sich Oxenstierna in kirchlicher Hinsicht vieles erlaubt, worauf er jetzt verzichte; außerdem würden die freien Republiken der vier Städte eine Verbindung mit Schweden nicht als „clientes", sondern als „socii" eingehen, durch deren Macht die deutschen Fürsten gestärkt und die Spanier vom Durchzug abgehalten werden könnten. Weder die helvetische Freiheit noch die Religion habe also von den Schweden etwas zu befürchten. — Seinem Kollegen und Freund in Schaffhausen aber, der es nicht glauben wollte, daß aus dem Lamme plötzlich ein Löwe geworden sei und sich verpflichtet fühlte, dem einst so Milden und Friedfertigen die Schrecken des Krieges vorzustellen, rief er mahnend zu: „In capite Kesselringii unius periclitatur universa evangelica civitas, sanctimonia antiquissimi Helvetici foederis, quin caput quoque tuum ipsius [1])."

Daß schwedische Hilfe bei dem bevorstehenden Kampfe mit den katholischen Orten in Anspruch genommen werden müsse, stand für Zürich fest. In den letzten Tagen des Dezember wurde Oberst Ulrich nochmals zu Horn gesandt, um ihn um 1000 bis 1500 Reiter zu bitten. Der Feldmarschall, der sich damals in Bayern befand, aber seine Winterquartiere nach Oberschwaben verlegen wollte, riet dem zürcherischen Unterhändler, mit der Eröffnung der Feindseligkeiten zu warten, bis er mit seinen Truppen dahin gekommen sei, gab ihm aber im übrigen die besten Freund-

---

[1]) St. A. Z. E. II. 396. fol. 28 ff.; 400. fol. 171 ff. 245, 256. Korrespondenz Breitingers mit Zwinger, Fabricius und Koch. Dez. 1633 bis Febr. 1634.

schaftsversicherungen [1]). — Nachdem die Einladung Basels und Schaffhausens zu einer allgemeinen Tagsatzung von Luzern im Namen der vier Orte wiederum abschlägig beschieden worden war und somit eine weitere Erörterung des Streithandels abgeschnitten schien, traten am 13. Januar die zürcherischen und bernischen Kriegsräte in Königsfelden zusammen. Hier wurde ein genauer, in erster Linie gegen die fünf Orte und den Abt von St. Gallen, in zweiter gegen alle katholischen Orte gerichteter Angriffsplan verabredet, in welchem dem schwedischen Beistand ebenfalls eine Rolle zugedacht war. Die Sendung von 2000 Reitern, der Aufenthalt der schwedischen Armee an der Grenze, getreue Aufsicht auf Zürich und Bern und Diversionen, damit die Spanischen und Kaiserlichen den Katholischen nicht zu Hilfe kommen könnten, das waren die Dienste, um die Oberst Ulrich Feldmarschall Horn ersuchen sollte. Auch die Ansicht desselben, ob man durch eine eventuelle Einquartierung der 2000 Reiter auf dem Gebiete des Abtes von St. Gallen — ein Projekt von vermutlich zürcherischer Herkunft [2]) — den König von Frankreich beleidigen würde, wünschte man zu vernehmen. Diese in Königsfelden entworfene Instruktion Ulrichs wurde am 24. Januar wahrscheinlich auf die Kunde von der Annäherung Horns ziemlich eigenmächtig vom Zürcher Geheimen Rat dahin abgeändert, daß jener den Feldmarschall anfragen sollte, „ob es des Reiches Sachen zugeben, daß er den evangelischen Städten mit der ganzen Armada zuziehe, ob und wann er dies tun wolle, wie lange man der ganzen Macht habhaft sein möge und was er für eine Assistenz im Fall seines Abzuges aus der Eidgenossenschaft hinterlassen würde, wenn man sich dann noch nicht stark genug fühlte“. Wenn Horn darauf einginge, sollten Ort und Zeit einer Konferenz zur Vereinbarung über die nähern Bedingungen bestimmt werden [3]).

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 261. — Chemnitz II. S. 322, 341. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 44. S. 363, 376 f.

[2]) Vgl. Schweizer, S. 250. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 44. S. 388.

[3]) St. A. Z. A. 231. „Abschied von Königsfelden.“ Daß die endgültige Instruktion Ulrichs nicht in Königsfelden ausgearbeitet wurde,

Man sieht, Zürich hatte große Pläne: die Generalabrechnung mit den katholischen Orten sollte erfolgen unter Assistenz der ganzen Hornschen Armee. Daß es eine Generalabrechnung und nicht etwa nur die Rache für die Qualen des thurgauischen Oberstwachtmeisters sein sollte, lassen alle Vorgänge der letzten Jahre und die ganze Richtung der zürcherischen Politik erkennen, wie denn die Abgeordneten in Königsfelden erklären mußten, Zürich sei entschlossen, zur Gewalt zu greifen und werde bei dieser Resolution verharren, selbst wenn Kesselring jetzt oder künftig freigelassen würde, so lange „bis wegen der vorhergehenden Improzeduren und anderer den gnädigen Herren und den Untertanen beschwerlich fallender Sachen alle genügende Reparation, Vergleich und Versicherung geschehen sei“ [1]). Es war eine Wiederholung der beim Matrimonial- und Kollaturstreit angewandten Staatskunst, die günstige Gelegenheit zu erfassen, nur um vieles ernsthafter und gefährlicher; denn jetzt handelte es sich nicht mehr um einen zögernden Versuch, sondern um einen festen Entschluß. Und dennoch blieb der auf Messers Schneide stehende Friede erhalten. Der große Angriffsplan scheiterte an dem Zu-

---

wie man aus den gedruckten Abschieden S. 813 irrtümlich schließen muß, sondern ein Werk Zürichs war, ergibt sich aus der Notiz des Ratssubstituten Ulrich auf der ursprünglichen Instruktion im „Abschied von Königsfelden“, und aus dem Konzept der endgültigen, von Waser geschriebenen Instruktion. A. 178. 3. Nr. 16. In der bernischen Instruktion für die Königsfelder Konferenz steht überhaupt nichts von einem Hülfsgesuch bei Horn. St. A. B. Instruktionsb. R. S. 46 ff.

[1]) St. A. Z. A. 231. Instruktion für die Kriegsräte, 10. Jan. 1634. Vgl. auch die zürcherischen Instruktionen v. 13. Febr. u. 8. März. B. VIII. 15. fol. 79, 82. Demgemäß zählt auch das Manifest Zürichs und Berns, die von Waser kraft eines Königsfelder Beschlusses verfaßte Kriegserklärung an die fünf Orte und den Abt von St. Gallen, die Sünden derselben seit hundert Jahren auf. Diese weitläufige Rechtfertigungsschrift ist niemals veröffentlicht worden. St. A. Z. A. 326. — A. 220. Nr. 88. — Ratsman. Nr. 404. S. 8. — Absch. S. 834. Über die Autorschaft Wasers vgl. Z. B. Z. Ms. A. 133. S. 332; Haller V. Nr. 1027, ferner ein undatiertes Schreiben Breitingers an ihn im St. A. Z. A. 326.

viel der Forderungen, die er an die schwedische Kriegsleitung stellte.

Als Oxenstierna von jener Bitte Zürichs um Reiterei hörte, die Oberst Ulrich Ende 1633 bei Horn vorbrachte, war sein erster Gedanke, dem eidgenössischen Vorort entgegenzukommen, in der Erwartung, daß dadurch das längst gewünschte Bündnis endlich seine Weihe erhielte [1]). Allein als Ulrich einen Monat später das Verlangen nach dem Zuzug der ganzen Armee bei seiner Zusammenkunft mit Horn in Ravensburg erhob, da begegnete er einer höflichen, aber deutlichen Weigerung. Der schwedische Feldherr legte auf eine Verbindung mit den Schweizern, die sich bis jetzt als sehr schwankend in ihren Entschlüssen erwiesen hatten, nicht so viel Wert, daß er deswegen in seinen Operationen gehemmt sein wollte. Ein so großes Unternehmen konnte für ihn nur in Frage kommen, wenn es ihm selber einen beträchtlichen militärischen Vorteil brachte. Er setzte daher dem Zürcher auseinander, man sollte das Werk erst anfangen, wenn man zugleich auch Konstanz belagern könne, dessen Eroberung dann bei der Beherrschung des Bodensees vermittelst der schweizerischen Schiffe sicher gelingen würde; die jetzige Jahreszeit sei aber Belagerungen und Befestigungsarbeiten ungünstig, auch brauchten seine abgematteten Truppen den Februar und März zur Ruhe und Ergänzung. Sein allgemeines Versprechen, mit der ganzen Armee bei der Hand sein zu wollen, „wenn sich etwas wider Verhoffen erheben sollte“, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Erfüllung der zürcherischen Wünsche auf unbestimmte Zeit vertagt war. Einen gleichen Bescheid erhielt einige Tage später Oberst Peblis, den Horn zu einer Besprechung eingeladen hatte, wobei jener Zürichs Gesuch nochmals begründete. Auch der Reichskanzler billigte nachträglich die Vorsicht seines Schwiegersohns, sich bei der gegenwärtigen Konjunktur — Wallenstein war eben ermordet worden — nicht zu binden, in der Erwägung, daß eine derartige Beteiligung Schwedens an einem innern Krieg

[1]) Chemnitz II. S. 322.

in der Eidgenossenschaft nur einer Verbindung der katholischen Orte mit dem Feinde rufen und somit das Kräfteverhältnis nicht wesentlich zugunsten der Krone Schweden und ihrer Konföderierten verschoben sein würde [1]).

Von Anfang an hatte die zürcherische Regierung darauf bestanden, daß mit dem Kriege auf keinen Fall begonnen werden dürfe, ehe man die schwedische Macht zur Verfügung habe und alles genau und sicher verabredet sein würde. Mit dem Schwinden der Aussicht auf die baldige Unterstützung durch diese Macht war die nächste und größte Kriegsgefahr beseitigt; denn die wohltätige Abschwächung, die eine momentane Kampfbegierde bei der Verzögerung ihrer Befriedigung zu erfahren pflegt, trat auch hier ein. Die Notwendigkeit, Zeit zu gewinnen, gebot eine gewisse Mäßigung bei den Rüstungen, um die Aufmerksamkeit der Gegner zu beschwichtigen, und machte die Regierungen Zürichs und Berns den Vermittlungsbestrebungen der beiden andern Städte zugänglicher. Sobald Basel und Schaffhausen die drohende Gefahr erkannt hatten, widmeten sie sich ihrer Beschwörung mit einer Zähigkeit und Intensität, wie sie nur die Sorge um die eigene Erhaltung verleiht [2]). Den vereinten Anstrengungen der Uninteressierten gelang es, die Gegner wenigstens wieder einmal persönlich zusammenzubringen. Am 16. Februar wurde eine Tagsatzung in Baden eröffnet, freilich nicht im Zeichen der Versöhnung. Trotzdem Luzern schon längere Zeit der Meinung war, daß die Verzögerung des Kesselring-Prozesses den Katholischen nicht zur Ehre gereiche, und sich schließlich für die Aburteilung des Gefangenen durch die zehn Orte aussprach, beharrten die vierörtischen Gesandten bei ihrem alten Standpunkt, so absurd er auch durch die Unmöglichkeit, Kesselring belastende Aussagen auszupressen, geworden war. Die Bereitwilligkeit, weitere

---

[1]) St. A. Z. A. 231. Relation Ulrichs. A. 178. 3. Nr. 16. Instruktion für Peblis. 2. Febr. 1634. — Chemnitz II. S. 322, 341 f. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 44. S. 394.

[2]) Absch. S. 818 ff., 825.

Vorschläge der Uninteressierten anzuhören, war das einzige, worin beide Parteien übereinstimmten. Die von Luzern gewünschte Abrüstung versprachen Zürich und Bern nicht; auch über die Maßnahmen im Thurgau, wo die fünf Orte infolge eines Gerüchts von der Annäherung Horns schon seit einigen Wochen eine bessere Verwahrung der Pässe für nötig hielten, wurde keine rechte Einigung erzielt, da Zürich selbstverständlich allem aus dem Wege ging, was seinen Plänen hinderlich sein konnte. So nichtig das Ergebnis dieser Tagsatzung an und für sich war, ein kleiner Erfolg war doch zu verzeichnen: den Gesandten wurde ein Schreiben des französischen Königs übergeben, das die Einstellung aller Verhandlungen und Tätlichkeiten wegen der Kesselring-Sache bis zur Ankunft des ordentlichen Ambassadors verlangte. Wenn man den mächtigen Bundesgenossen nicht beleidigen wollte, mußte man seinen Wunsch erfüllen, und damit war eine neue Frist gewonnen [1]).

Am Tage vor der Eröffnung der allgemeinen Versammlung hatten die Evangelischen eine besondere abgehalten. Einen wichtigen Beratungsgegenstand stellte hier ein Projekt dar, das scheinbar endlich reif geworden war: das Bündnis der evangelischen Städte mit Schweden und seinen Konföderierten. Wie schon erwähnt, hatte Oxenstierna mit der Sendung des Obersten Peblis nach Zürich im Herbst 1633 nichts anderes bezweckt, und der Verlauf des Streites in der Eidgenossenschaft ließ fast mit Sicherheit eine allmähliche Annäherung erwarten. Aber erst im Dezember entschloß sich der Reichskanzler zu einem neuen offiziellen Schritt. Er stellte Peblis ein besonderes Kreditiv für Zürich aus, in dem er den Vorteil einer Kooperation mit den Heilbronner Konföderierten und die große Gefahr der Stadt betonte, der er getreue Assistenz versprach. Bald darauf meldete er den vier

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 7. Nr. 185, 193 ff. — A. 35. — A. 326. — A. 323. 6. — B. IV. 95. — B. VIII. 15. fol. 77. — St. A. L. Abschiede 1634. fol. 55. — 30jähr. Krieg 1634. — Absch. S. 826 ff., 1551. — Keller, l. c. Beil. 29.

Städten die bevorstehende Eröffnung des Frankfurter Konventes, wo über den Frieden verhandelt werde, weshalb ihre Mitwirkung erwünscht sei. Sollten sich die Traktate zerschlagen, schrieb Oxenstierna, so hoffe er, daß die evangelischen Orte die Konföderierten mit Volk, Geld, Munition, Proviant und anderem unterstützen oder gar in den Heilbronner Bund treten werden [1]). Es waren ungefähr dieselben Vorschläge, die einst Rasche im Namen Gustav Adolfs gemacht hatte, nur daß jetzt der Boden in Zürich besser vorbereitet war. Große Mühe kostete es den Freund Breitingers jedenfalls nicht, der Regierung, die schon so oft um militärischen Beistand im Notfall ersucht hatte, den Gedanken eines politischen Anschlusses nahe zu bringen; denn daß sie die schwedische Hilfe nicht umsonst erhalten würden, sagten sich die Herren von Zürich selber. Andrerseits behielten sie genug Überlegung, um die letzten Konsequenzen einer engsten Vereinigung zu erfassen, und zu einer direkten Einmischung in den deutschen Krieg hatten sie noch immer keine Lust. Als Peblis anfangs Februar zu Horn nach Oberschwaben reiste, durfte er demselben nur Hoffnung auf Proviant machen. Wenn Horn noch ferner der Verbindung halber eine Frage täte, heißt es in Peblis' Instruktion, so solle er ihm anzeigen, ,,daß zu dem Heilbronnischen Pundt zu tretten es diser Landen gelegenheit nit zugeben möge, doch werdint myn Herren nach Ihres Stands gelegen- und ertragenheit mit und nebent Bern eine gute correspondentz gern yngehen, und Bern darzu, wo von nöthen, auch disponieren helffen" [2]). Übermäßig viel war es also nicht, was man damals für die Sendung einer ganzen Armee bieten wollte, und begreiflicherweise war man auf schwedischer Seite damit nicht zufrieden.

Vermutlich gleich nach seiner Rückkehr von der Unterredung mit Horn entwarf Oberst Peblis ein Projekt über die allfällige Ver-

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 66. Oxenstierna an Zürich, 14. Dez. 1633. — A. 178. 2. Nr. 260. Oxenstierna an die vier ev. Städte. 29. Dez. 1633. — Chemnitz II. S. 234.

[2]) St. A. Z. A. 178. 3. Nr. 16.

bindung, das sich zwischen den beiderseitigen Ansprüchen geschickt in der Mitte hielt und eine bessere Vertrautheit mit den eidgenössischen Verhältnissen verriet, als sie einst Ritter Rasche besessen hatte [1]). Es bezog sich auf Zürich und Bern und ließ den andern evangelischen Orten den Eintritt offen. ,,Eine aufrechte Freundschaft, guter geneigter Wille, getreue Aufsicht und wahre Vertraulichkeit" nannte es die Ziele des neuen Bündnisses; die älteren Verträge, besonders der venetianische und der französische, waren vorbehalten, die österreichische Erbeinigung freilich war nicht erwähnt. Im Falle Zürich und Bern zur Waffengewalt gezwungen sein würden, war die Unterstützung der schwedischen Armee nach Möglichkeit vorgesehen; direkt verpflichtet war der Heilbronner Bund zu einer Sendung von 1500 bis 2000 Reitern und 400 bis 500 Mann zu Fuß auf Verlangen der beiden Städte und zum Beisprung mit der ganzen Armee nur im äußersten Notfall. Dafür sollten Zürich und Bern ihren künftigen Bundesgenossen mit einer bestimmten, vierteljährlich zu liefernden Menge von Proviant, Wein, Getreide und Munition — Geld ließ Peblis klüglich weg — behilflich sein, ihnen den freien Kauf von allem Notwendigen gestatten, dem Feinde aber verbieten, und außerdem offene Werbungen in ihrem Gebiete auf jede Weise befördern. Der Entwurf enthielt daneben noch Bestimmungen über allfällige Eroberungen, den Unterhalt der Hilfstruppen und den Einschluß der beiden Städte in den künftigen Frieden.

Das Wichtigste war zunächst die Stellung Berns zu dem Bündnisplan. Die Anträge Oxenstiernas an die vier Städte wurden am 3. Februar, am Tage nach ihrem Eintreffen, von Zürich an Bern übermittelt; zugleich schilderte Peblis dem mächtigsten eidgenössischen Stand in einem längeren Schreiben den Nutzen einer Teilnahme am Frankfurter Konvent und einer nähern Verbindung mit der evangelischen Partei in Deutschland [2]). Wohl fanden die Herren von Bern die Gründe des Obersten des Nachdenkens

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 97.

[2]) St. A. B. Ev. Abschiede. F. S. 45, 57.

wert; allein die Erbeinigung und die Neutralität waren noch nicht aufgegeben. Da die erstere von Österreich häufig verletzt worden war, konnte man die schwedischen Vorschläge immerhin anhören [1]). Die auswärtige Politik Berns hatte sich in den Jahren seit Rasches Versuch nicht geändert: wieder war man einer gewissen Verbindung mit der einen Partei nicht abgeneigt, wenn nur die Verwicklung in den deutschen Krieg vermieden, der äußere Anstand gewahrt und günstige Bedingungen vereinbart wurden. Allein das Projekt des Obersten Peblis, das den evangelischen Gesandten auf ihrer besonderen Versammlung in Baden am 15. Februar vorgelegt wurde, fand der schüchternen Befürwortung Zürichs und einem aufmunternden Schreiben Feldmarschall Horns zum Trotz keine Gnade vor den Augen der Berner, noch weniger vor denen der Basler und Schaffhauser. Sie erachteten ein solches Bündnis zurzeit nicht für ratsam und wollten die Sache aufschieben, bis man sehe, wie der Handel mit den fünf Orten ausschlage. Nicht ganz so abweisend verhielten sich Bern und Schaffhausen hinsichtlich der Teilnahme am Frankfurter Konvent und einer offiziellen Bemühung des Obersten Peblis daselbst für den Einschluß in den Frieden, um so eher als die Zürcher erklärten, in keinem Fall darauf verzichten zu können, einen eigenen Abgeordneten nach Frankfurt zu senden oder Peblis eine Instruktion für diesen Zweck zu geben. Basel hingegen, dessen ständige Richtlinie eine möglichst strenge Neutralität blieb, wollte auch davon nichts wissen [2]).

In Zürich war man nicht gewillt, es bei dieser Sachlage bewenden zu lassen. Die Notwendigkeit, zunächst das Schwert in der Scheide zu halten, hatte der Hoffnung, mit ausländischer Hilfe den „Religionszwang" abzuschütteln, nichts von ihrer Intensität genommen, und die immer bestimmter auftauchenden

---

[1]) St. A. B. Instructionsb. R. S. 50.

[2]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 79. — A. 220. Nr. 89. — A. 326. Ratssubstitut Ulrich an Waser, Baden 18. Febr. 1634. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede. Instr. v. 14. Febr. — St. A. Sch. Instr. v. 5. Febr. 1634. — Absch. S. 831 f.

Gerüchte über die baldige Erneuerung des Bündnisses zwischen den katholischen Orten und Spanien-Mailand ließen für starke Gewissensbedenken keinen Raum mehr. Sämtliche Gründe für die Verbindung mit der guten Partei im Reich, die einst Stadtschreiber Grebel gefunden hatte, und noch mehr dazu, führte sein Nachfolger Hans Heinrich Waser in einem Bedenken an, das hauptsächlich für Bern bestimmt war, später aber auch den beiden andern Städten zugesandt wurde [1]). Mit jener Spitzfindigkeit, von der er schon beim Matrimonial- und Kollaturstreit eine Probe abgelegt hatte, bewies er die Möglichkeit eines Bündnisses ohne eine neue Verletzung der Erbeinigung, die seit der Reformation in ihren Fundamenten erschüttert, in vielen Beziehungen veraltet und nicht buchstäblich zu nehmen sei. Nicht diese Sätze des Bedenkens oder die Behauptung, daß nur bei Schweden gegen die bösen Absichten der Katholischen eine Stütze zu finden sei, stießen in Bern auf Widerspruch: obwohl es nicht an Stimmen fehlte, die den „heitern" Inhalt der Erbeinigung auch heiter auslegten, so akzeptierte die Mehrheit der Räte den komplizierten Gedankengang des zürcherischen Stadtschreibers. Allein für Bern waren immer praktische Erwägungen ausschlaggebend. Ein öffentliches und feierliches Bündnis, wie es Peblis vorgeschlagen hatte, hätte allzugroße Anforderungen an die wirtschaftlichen Kräfte des Landes gestellt und den Bruch mit den katholischen Orten, den man ungeachtet der kriegerischen Vorbereitungen doch möglichst vermeiden wollte, heraufbeschworen. Auch war man sehr im Zweifel, ob eine so enge Freundschaft mit Schweden von Frankreich gern gesehen worden wäre. Viel nützlicher als eine bindende schriftliche Verpflichtung erschien eine „vertraute geheime Korrespondenz" und eine gelegentliche Vereinbarung über Lieferung von Munition, Proviant und Soldaten, die den beiden Städten materielle Vorteile und im Notfall militärische Hilfe sicherte,

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 28 b. Konzept von Wasers Hand. Mehrere Reinschriften in den Staatsarchiven von Zürich, Bern, Basel u. Schaffhausen. — Vgl. auch St. A. Z. Ratsman. Nr. 404. S. 17. — A. 326. Zürich an Bern. 28. Febr. 1634.

ohne sie in die Reihe der Kriegführenden zu stellen [1]). Bern hatte nicht wie Zürich große konfessionelle Ziele im Auge. Es hatte im Thurgau keine wichtigeren Interessen zu wahren, vor allem keine territorialen, die ihm immer die ersten waren, und die Mißachtung seiner Malefizgerichtsbarkeit forderte als Sühne nicht gerade eine gänzliche Umgestaltung der eidgenössischen Verhältnisse. Auf der Konferenz in Aarau am 11. März vertraten also die Berner den Standpunkt, daß man neue Vorschläge des Reichskanzlers abwarten und die Dienste des Obersten Peblis als eines Übermittlers derselben, keineswegs aber als eines Gesandten und Unterhändlers, in Anspruch nehmen solle. Die Instruktion, die Zürich für ihn schon bereit hatte, sowie der Entwurf eines Schreibens an Oxenstierna wurden von den Bernern daher nicht genehmigt. Den Zürchern gebot die Klugheit, sich der bernischen Auffassung, die immerhin besser war als eine gänzliche Weigerung, vorerst anzupassen. Aber selbst die gemäßigten Vorschläge, welche die Zürcher und Berner Gesandten den Basler und Schaffhauser Kollegen in Aarau unterbreiteten, wurden von diesen verworfen. Ihre lebhaften Warnungen, die Energie, mit der sie die Pflichten gegen die Erbeinigung, den großen eidgenössischen Bund und den französischen Vertrag, die Gewißheit eines Bürgerkrieges und andere schwere Unzuträglichkeiten ins Feld führten und die Vorwände der beiden Städte abtaten, dies alles stand in starkem Gegensatz zu der Art, mit der sie einst die Anträge Rasches aufgenommen hatten, und zeugt für die volle Erkenntnis der unglücklichen Folgen, die eine Verbindung mit Schweden im gegenwärtigen Zeitpunkt haben mußte [2]).

Da die Meinungen so ganz auseinandergingen, versparte man einen endgültigen Beschluß über die Aufträge für Peblis auf eine neue Aarauer Konferenz. Der Oberst war Ende Februar nach Deutschland zurückgekehrt, nur mit einem zürcherischen Kreditiv für Oxenstierna versehen, aber in der Erwartung, daß

[1]) St. A. B. Ev. Abschiede. F. S. 117. Consultum v. 3. März 1634.

[2]) Absch. S. 834 ff.

ihm eine Instruktion von den beiden Städten nachgeschickt werde [1]). Zürich benützte nun die Frist bis zu der nächsten Aarauer Zusammenkunft, um vor allem die Berner seinen Wünschen gefügiger zu machen und sie davon zu überzeugen, daß nach den vielen Angeboten von seiten Schwedens die Reihe an ihnen sei, mit genauen Vorschlägen hervorzutreten. Die beiden ersten Artikel des Peblis'schen Entwurfes, die allgemein Freundschaft und Vertraulichkeit sowie das Verbot des Vorschubes für den Feind statuierten, konnten nach Zürichs Ansicht unbedenklich angenommen werden, da sie sich mit dem deckten, was man einst Gustav Adolf und Oxenstierna versprochen hatte; das übrige sollte Peblis, der mit den eidgenössischen Verhältnissen wohlvertraut sei, mit dem Reichskanzler erörtern, damit die endgültige Vereinbarung auf einer Konferenz beider Vertragschließenden desto rascher erfolgen könne [2]). Aber die Berner sträubten sich beharrlich dagegen, durch die Verhandlungen eines Dritten, die sie nicht nach Belieben lenken konnten, allenfalls zu Zugeständnissen gedrängt zu werden, die ihren ursprünglichen Absichten fremd waren. Noch einmal setzten sie den Zürchern auseinander, daß für sie weder eine Abordnung auf den Frankfurter Konvent, noch „eine verschribne solennische Pündtnuß", sondern nur eine „einfalte correspondentz und modus vivendi" und leidliche Artikel, die der Erbeinigung, den Bünden und andern Konditionen gemäß seien, in Betracht kommen könnten [3]). Daß hier ein gewisser Sophismus mitunterlief, ist nicht zu leugnen; denn schwerlich hätte ein modus vivendi gefunden werden können, der dem

---

[1]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 404. S. 16. — A. 326. Kreditiv f. Peblis. 24. Febr.

[2]) St. A. Z. A. 220. Nr. 69 a, 81, 95. Schreiben Zürichs an Bern u. Projekte eines Kreditivs u. einer Instruktion für Peblis, 19. März. Am 20. März sandte Zürich dieselben auch an Basel u. Schaffhausen. A. 326.

[3]) St. A. B. Ev. Abschiede. F. S. 41 ff. Bedencken . . . der geheimen Standtsräten und Mittverordneten über . . . der Statt Zürich Schryben, antreffend die bewüßte correspondentz. 21. März. — Bern an Zürich, 22. März 1634.

Wortlaut der Erbeinigung wirklich entsprach, und Breitinger hatte nicht so unrecht, wenn er seinem Freunde nach Frankfurt schrieb, das Wunderliche sei, daß die Berner für ihre ,,Korrepondenz" fast dieselben Bedingungen aufstellten wie Peblis in seinem Entwurf für ein feierliches Bündnis[1]); denn tatsächlich waren sie ja mit dem Kernpunkt der schwedischen Forderungen, der Lieferung von Proviant, Munition und Soldaten, einverstanden. Im ganzen gewinnt man den Eindruck, daß ihnen an der Sache nicht mehr viel lag, nachdem der Kriegsausbruch in unbestimmte Ferne und die französische Vermittlung in greifbare Nähe gerückt war. Es war nur folgerichtig, wenn sie trotz der entgegengesetzten Wünsche Zürichs am 20. März ihr Regiment aus dem Aargau heimriefen und damit ihre Abneigung gegen eine weitere kriegerische Politik bezeugten.

Als am 28. März die zweite Aarauer Konferenz zusammentrat, waren die Zürcher darauf gefaßt, mit ihrer Meinung nicht durchzudringen. Der Geheime Rat hatte beschlossen, sich in diesem Fall von den drei andern Städten nicht zu sondern und eine gemeinschaftliche Erklärung an Oxenstierna im gleichen Sinn wie früher zu erlassen, freilich mit der Ergänzung, daß man auf neue Vorschläge warte. Doch mußten die Gesandten für Zürich offene Hand behalten, ,,nachher weiter zu tun, was die gnädigen Herren zur Versicherung ihres Standes für erforderlich hielten". Auch den Bernern war ein Gesuch um neue Bedingungen für die geplante Korrespondenz immer noch genehm; die Basler und Schaffhauser hingegen wollten sich nicht zu einem einzigen Wort herbeilassen, das über die frühere Neutralitätserklärung hinausgegangen wäre, in der ehrlichen Überzeugung, daß diese schwedische Konföderation, ,,wie man sie auch beblüme und bemäntle", neben der Erbeinigung nun einmal nicht bestehen könne. Da die Berner mit den schwedischen Verhandlungen durchaus keine Eile hatten und Zürich für sich allein vorerst nichts tun wollte, verglich man sich endlich über ein gemeinschaft-

[1]) St. A. Z. E. II. 394. fol. 378.

liches Schreiben an Oxenstierna, das die frühern Bedenken gegen ein Bündnis wiederholte und keine Einladung zu neuen Vorschlägen enthielt [1]).

Die obstinate Haltung ihrer vertrautesten Eidgenossen bedeutete für Zürichs Spekulationen zwar nicht das Ende, aber einen harten Schlag. Wie schwer war es doch, auf die Ausnützung der glücklichen Umstände zu verzichten! Die Ermordung des kaiserlichen Generalissimus, der trotz seiner Untätigkeit ein gefürchteter Gegner geblieben war, hatte in den evangelischen Kreisen Deutschlands die lebhaftesten Hoffnungen auf günstige Veränderungen erweckt. Auch auf die sonstige gute Lage und den bevorstehenden Machtzuwachs des Heilbronner Bundes machte Peblis von Stuttgart und Frankfurt aus die Zürcher aufmerksam, ebenso auf die ehrenvolle Aufnahme, welche die eidgenössischen Abgeordneten auf dem Konvent finden würden. Gleich nach den Generalstaaten sollten die Vertreter der vier Städte ihren Sitz haben, falls sie im Namen des ganzen evangelischen Corpus erschienen; käme jeder besonders, so würde Zürich und nach ihm die drei andern nach den vier ausschreibenden Städten Straßburg, Augsburg, Nürnberg und Ulm sitzen und so allen übrigen deutschen Städten vorgehen. In bezug auf die Verbindung selber zeigte sich der Reichskanzler, der Peblis erst am 2. April eine Audienz gewähren konnte, ganz und gar nicht kleinlich. Ob sie „Bündnis“ oder „Verständnis“ getauft würde, war ihm gleichgültig: er wünschte nur zu wissen, mit welchen Punkten des Peblis'schen Projektes die beiden Städte nicht einverstanden seien, damit sie geändert werden könnten [2]). Man wird sich leicht vorstellen, wie ungern Stadtschreiber Waser, der im Namen der Regierung die Korrespondenz mit Peblis führte, diesem am

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 69. — B. VIII. 15. fol. 87. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 60. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede. 1634. Instr. v. 26. März. — St. A. Sch. Instr. v. 24. März 1634. — Absch. S. 845 f.

[2]) St. A. Z. A. 220. Nr. 91, 93, 98, 100. Peblis an Zürich und Waser, 1. März bis 5. April. — Nr. 70. Oxenstierna an Zürich, 8. April. — E. II. 400. fol. 266. Peblis an Breitinger, 19. März 1634. — Chemnitz II. S. 382.

30. März mitteilte, daß keine Aussicht mehr für eine Abordnung nach Frankfurt bestehe und daß auch der übrige Bescheid leider nicht so erfolgen werde, wie man in Zürich herzlich gern gesehen hätte, und mit welchen Gefühlen Breitinger über die merkwürdige Logik der Berner im Gegensatz zu dem vortrefflichen Willen der Zürcher berichtete. Am 7. April sandte Waser die Antwort der vier Städte, wie sie auf der Aarauer Konferenz beschlossen worden war, nach Frankfurt und versicherte im Auftrag seiner Regierung, daß Zürich bei seinen guten Intentionen beharrlich verbleibe und die Hoffnung auf eine Gesinnungsänderung der andern noch nicht aufgebe. Wenn Peblis neue Artikel entwerfen und im Vertrauen nach Zürich schicken wollte, so würde man sich hier derselben zum gemeinen Besten bedienen: „Die jederweilige erfahrung hat bezeugt, wer mit den Eidtgnossen zu tractieren hat, nit laß werden muß". Aber Oxenstierna hatte genug von den Herren Eidgenossen und hielt es für überflüssig, ihnen neue Vorschläge zu machen, solange sie nicht ihre Meinung über die alten abgaben [1]). Damit war der Plan eines Bündnisses zwischen der Heilbronner Konföderation und den vier evangelischen Städten der Eidgenossenschaft in Wahrheit für immer gescheitert, obgleich er noch nicht gänzlich begraben war.

Eines der Hauptargumente Basels und Schaffhausens gegen

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 101. Waser an Peblis, 7. April; Nr. 102. Peblis an Waser, 20. April; Nr. 115. Blatt mit mehreren Konzepten von teilweise chiffrierten Schreiben Wasers an Peblis vom 30. März bis 18. Mai 1634 und Notizen über weitere Schreiben. Die öfters unaufgelösten Chiffern konnten an Hand der von Breitinger und Peblis benützten Geheimschrift entziffert werden, da das System dasselbe ist, obschon die Bezeichnung der Buchstaben in etwas anderer Weise geschieht. Von den Schreiben Wasers an Peblis sind übrigens anscheinend nicht alle Konzepte erhalten. — Vgl. auch E II 394. fol. 378 und 400. fol. 278. Briefwechsel zwischen Breitinger und Peblis im April; E II 400. fol. 272. Breitinger an den schwedischen Legaten Paul Strasburger, der auf der Durchreise in Zürich für die Beschleunigung des Bündnisses eingetreten war, ferner fol. 262, 267 f., 352: Korrespondenz zwischen Breitinger und Pappenheim vom 11. bis 24. März 1634.

die gefährliche Politik Zürichs und Berns war die Gewißheit einer Verbindung der katholischen Orte mit der andern Partei und der Hereinziehung in den endlosen Kriegsjammer. In der Tat hatte die altgläubige Eidgenossenschaft den auffallenden Vorbereitungen Zürichs und Berns nicht müßig zugesehen und auf ihren Konferenzen in Luzern und Solothurn vom Januar bis März eifrig über Gegenmaßregeln beraten. Der Herzog von Lothringen, der eben in der Nähe weilte, wurde als alter guter Nachbar um getreues Aufsehen gebeten. Nach Savoyen sollte eine Gesandtschaft abgehen, die dann nicht zustande kam, weil man sich über die Gesandten nicht einigen konnte und weil eine eigene Abordnung des Herzogs bei Anlaß der Bündniserneuerung erwartet wurde [1]). Weiter ging man in dem Bestreben, der kaiserlichen Unterstützung teilhaftig zu werden. Als Vermittler diente der Freiherr Peter von Schwarzenberg, der sich als kaiserlicher Agent in Luzern aufhielt und dessen unheilvoller Tätigkeit an anderer Stelle ausführlicher gedacht werden wird. Seine geheime Sendung nach Wien und Innsbruck sowie zu Wallenstein im Februar 1634 [2]) war nur ein Glied in einer Kette von Verhandlungen, die schon vor einem Jahre begonnen hatten. Sie bezweckte eine militärische Hilfe bei einer Forcierung der schweizerischen Pässe durch die Schweden, einem Angriff der Evangelischen auf die Katholischen und ihrer Verbindung mit den deutschen Protestanten. Der Kaiser sollte mit Vorwissen seines Generalissimus ein Mandat ausstellen, kraft dessen jeder hohe Offizier verpflichtet war, auf das Gutachten der katholischen Orte hin ihnen beizuspringen und sich an die von ihnen genannten Punkte zu begeben. Auf lange Zeit hinaus wollten sich die altgläubigen Eidgenossen vorsehen;

---

[1]) St. A. L. Lothringen. Bündnisse u. Hilfe den kath. Orten. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 44. S. 377. Bd. 45. S. 18. — Dep. des Nuntius Scotti v. 14. März 1634. — Absch. S. 811, 817, 822 ff., 844, 1677.

[2]) Vgl. darüber Th. v. Liebenau, Eine projectierte Gesandtschaft der katholischen Orte der Schweiz an Wallenstein. Anzeiger f. Schweiz. Gesch. N. F. 2. S. 353 ff. Die von Liebenau benützten Akten finden sich im St. A. L. 30jähr. Krieg. 1634.

denn sie wünschten eine spezielle, ungefähr auf ein Jahr sich erstreckende Vollmacht für einen ihnen genehmen Unterhändler, womit natürlich Schwarzenberg gemeint war. Und nicht mit vagen Versicherungen wollten sie sich abspeisen lassen: mit Wallenstein selber sollte sich der Freiherr über die Ausführung dieser militärischen Hilfe beraten. Es war eine Ironie des Schicksals, daß die Kreditive für Schwarzenberg am 27. Februar n. St. ausgestellt wurden, drei Tage nachdem der allmächtige Generalissimus auf Befehl seines Herrn unter Mörderhand gefallen war. Zu der gewünschten genauen Vereinbarung über den kaiserlichen Beistand kam es infolgedessen natürlich nicht. Schwarzenberg gab das Schreiben der katholischen Orte an Wallenstein bei seiner Rückkehr vom Wiener Hofe unversehrt zurück.

Nicht viel mehr Glück hatten die Altgläubigen mit ihrer längst betriebenen Gesandtschaft nach Frankreich, die endlich im Frühjahr 1634 ihren Fortgang erreichte [1]). Sie hatten viele Gründe für dieses Unternehmen: der ursprüngliche Zweck war die Erstattung der rückständigen Summen, die Beobachtung der Privilegien der schweizerischen Kaufleute in Frankreich und eine Darlegung der wachsenden Gefahren für den wahren Glauben gewesen. Nun kam noch vieles hinzu: der Unwille über die Parteinahme Rohans und der Wunsch nach seiner Abberufung, das Bedürfnis, den König über die Lage und die Drohungen der Evangelischen zu unterrichten, das eigene Verhalten zu rechtfertigen und die Beziehungen zu dem alten Bundesgenossen besser zu gestalten [2]). Die Gesandtschaft kam mit einiger Mühe zustande. Solothurn, das nichts beförderte, was Frankreich unangenehm war, weigerte sich, einen Abgeordneten zu ernennen, und die Urner schickten zum großen Ärger der andern Orte den Obersten Zumbrunnen voraus, um ihre besonderen Ansprüche dank ihrer Bedeutung als Beherrscher des Gotthardpasses nachdrücklich zu

---

[1]) Rott IV. 2. S. 98 ff.

[2]) Absch. S. 794 ff., 800 f., 805, 809 f., 816 ff., 823. — B. A. Dep. Rossos Bd. 44. S. 345. — Dep. Scottis v. 13. u. 20. Dez. 1633.

behaupten. So traten statt der geplanten vier nur drei Gesandte die Reise nach Frankreich an: Schultheiß Bircher von Luzern, Landammann Reding von Schwyz und Landammann Zurlauben von Zug [1]). Von ihren Forderungen allgemeiner Natur, auf welche die üblichen allgemeinen Antworten und nichtssagenden Vertröstungen von seiten der französischen Machthaber erfolgten, schied sich bald eine spezielle aus: sie betraf die vielbegehrte Stadt Konstanz, die zum zweitenmal in Gefahr war, von Horn belagert zu werden. In einem Memorial für Pater Joseph vom 17. März n. St. erklärten die Gesandten, die katholischen Orte wären bereit, mit Zustimmung Ludwigs XIII. und des Hauses Österreich Konstanz zur Erhaltung der Religion in ihren Schutz zu nehmen, eine Garnison hineinzulegen und nach dem Generalfrieden die Stadt zurückzuerstatten, vorausgesetzt daß der König für den Unterhalt der Besatzung aufkommen und dafür garantieren wollte, daß die Belästigungen durch die Schweden aufhörten. Auf diese einfache Weise eine große Sorge los zu werden und zugleich das katholische Frankreich gegen die von ihm begünstigten Neugläubigen auszuspielen, hätte einen doppelten Triumph ihrer Politik bedeutet. Zuerst schien er möglich; denn man sah am französischen Hofe Konstanz nicht viel lieber in schwedischen als in spanischen Händen und hielt diesen Ausweg der Erwägung wert. Der König sandte in Eile einen Kurier zu Horn, um ihn von der Belagerung abzuhalten, und die Gesandten wurden aufgefordert, sich mit der österreichischen Regierung in Verbindung zu setzen. Sie schrieben an Oberstleutnant Sebastian Bilgerin Zwyer und an den Nuntius in Luzern, da sie in dieser schwierigen und geheimen Sache indirekte Wege vorzogen [2]).

---

[1]) Vgl. über diese Gesandtschaft die Aufzeichnungen Zurlaubens in der Kantonsbibliothek in Aarau, Bibl. Zurl. 81 q.

[2]) B. A. Depeschen Scottis. Italienische Kopie des Schreibens der Gesandten an Zwyer, 26. März n. St. — Scotti an die Gesandten, 12. April. — Scotti an Barberini, 18. April 1634. — St. A. Z. A. 326. Landammann Reding an Landvogt Reding im Toggenburg, 24. März 1634. (Von Zürich aufgefangenes Original.) Aus diesen Akten sowie aus der Darstellung Zur-

Vielleicht hätten diese Verhandlungen zu irgend einem Resultat geführt, wenn nicht die fatale Nachricht von der Erneuerung des Bündnisses zwischen Spanien und den katholischen Orten den Bemühungen ihrer Abgeordneten in Frankreich in die Quere gekommen wäre. Von diesem Augenblick an spürten die Vertreter der katholischen Eidgenossen „eine ziemliche Alteration und daß sie selber in Verdacht kamen", obschon sie persönlich an diesem Ereignis unschuldig waren. Die Franzosen, schrieb Zurlauben in sein Tagebuch, hätten die Dinge, die in der Heimat vorgingen, und die gleichzeitige Gesandtschaft in Frankreich für ein Fastenspiel wie des Judas' Küssen gehalten. Der endgültige Bescheid, den die Gesandten um die Mitte des April erhielten, war denn auch von einem positiven Entgegenkommen weit entfernt und verwies sie in den wichtigsten Punkten auf den neuen Ambassador, der schon in der Eidgenossenschaft angekommen war [1]).

Jene Nachricht, welche die glückliche Verrichtung in Frankreich so sehr beeinträchtigte, beruhte auf Wahrheit. Die Erneuerung des Bündnisses zwischen den katholischen Orten und Spanien-Mailand war schon längst nur eine Frage der Zeit gewesen, da die Vorteile auf beiden Seiten zu groß waren, als daß man für immer hätte darauf verzichten wollen. Die Reserve, die

---

laubens geht klar hervor, daß die Angabe Rotts, l. c. S. 100, die Gesandten hätten auf die Bereitwilligkeit Richelieus hin erklärt, die Sache sei mit dem Kaiser schon abgemacht, worauf der Kardinal die Verhandlungen schroff abgebrochen habe, unmöglich zutreffen kann. Der Gedanke des Depositums von Konstanz in die Hand der katholischen Orte war vom Bischof ausgegangen; in seinem Namen hatte Zwyer deswegen schon vorher mit seinen Landsleuten verhandelt. Wohl vermuteten die Gesandten, daß man auf österreichischer Seite nichts dagegen einzuwenden habe, aber etwas Bestimmtes über die Absichten des Kaisers und der Erzherzogin wußten sie nicht. Diese für das Projekt günstig zu stimmen, sollte eben die Aufgabe Zwyers und des Nuntius Scotti sein. Letzterer weigerte sich jedoch, sich mit dieser politischen Angelegenheit zu befassen.

[1]) Aufzeichnungen Zurlaubens. l. c. — St. A. L. Frankreich. Ludwig XIII. an die kath. Orte. 17. April 1634.

sich die katholische Eidgenossenschaft unter der Führung Luzerns eine Zeit lang auferlegt hatte, war nicht sowohl der französischen, venetianischen und päpstlichen Diplomatie [1]) oder einem aufrichtigen Neutralitätswillen zu verdanken, als vielmehr der Tendenz, den richtigen Moment abzuwarten und Spaniens Lässigkeit bei der Bezahlung seiner Schulden zu strafen. Als dann aber dessen emsiger Vertreter in Luzern, Graf Carlo Casati, die Erneuerung energischer betrieb und die inneren Händel seit der Belagerung von Konstanz einen sichern Rückhalt an einem mächtigen Bundesgenossen zu erfordern schienen, erwiesen sich die Orte zugänglicher. Die spanischen Parteigänger benützten die Abwesenheit ihrer Gegner Bircher, Reding und Zurlauben in Frankreich ausgiebig, um die Rücksicht auf diesen Staat, der mit Schweden und den deutschen Protestanten sympathisierte, beiseite zu schieben. Casati sparte bei den Obern nicht mit Geld und bei den Untern nicht mit Worten, um seinen König als die einzige den Glauben erhaltende Macht erscheinen zu lassen [2]). Für Spanien kam damals außer dem Paß von Italien nach Deutschland und den Niederlanden die Sicherung der Freigrafschaft Burgund gegen künftige französische Angriffe in Betracht. Auf sie bezog sich die einzige wesentliche Ergänzung bei der Bündniserneuerung, die Ende Februar von Casati beim Luzerner Rate offiziell beantragt wurde. In einer schriftlichen Erläuterung setzte er auseinander, daß die Eidgenossen kraft der Erbeinigung verpflichtet seien, die Grafschaft Burgund bei einem Angriff wirklich zu beschützen, weshalb dieselbe bei der Erneuerung des Bündnisses so gut wie Mailand darin begriffen sein müsse und zwar unter den gleichen Bedingungen, nämlich unter dem Vorbehalt der Gegenhilfe bei einem Angriff auf die katholischen Orte [3]). Diese Beweisführung war etwas eigentümlich; denn das getreue Aufsehen der Erbeinigung wurde bekanntlich nicht immer

[1]) Rott IV. 2. S. 124 ff., 156 ff.

[2]) B. A. Dep. Scottis v. 7. März 1634.

[3]) St. A. L. Ratsprotokolle 1634. 4. März.

als Pflicht zur Waffenhilfe ausgelegt, und die Erbeinigung selber bezog sich auf die ganze Eidgenossenschaft, während das ausgesprochen konfessionelle Bündnis mit Spanien-Mailand nur die sechs katholischen Orte — ohne Solothurn — sowie Appenzell Innerrhoden und den Abt von St. Gallen umfaßte und direkt gegen die evangelischen Orte gerichtet war. Allein für die Altgläubigen war die Gewißheit, im Kriegsfall auch von Westen her unterstützt zu werden, wichtiger als andere Überlegungen, und so wurden auf dem Tage zu Luzern am 27. März n. St. dem Bund von 1587 und 1604 zwei weitere Artikel eingefügt, welche die Einbeziehung Burgunds unter denselben Bedingungen wie Mailand betrafen [1]. Hätten die Vertragsschließer sich klar gemacht, daß diese Innovation den evangelischen Orten eine treffliche Handhabe bieten mußte, um die Verpflichtungen gegenüber Burgund für null und nichtig zu erklären, so daß der Freigrafschaft mehr Schaden als Nutzen daraus erwuchs, so würden sie sich dieser kurzsichtigen Augenblickspolitik wohl entschlagen haben. Daß die Erneuerung des spanischen Bündnisses bei Schweden und den Evangelischen als Neutralitätsbruch gelten würde, mußten die katholischen Orte ebenfalls gewärtigen [2], obschon sich das Durchzugsrecht für Spanien jetzt wie früher nur auf den Fall der notwendigen Beschirmung der spanischen Lande bezog und somit formell nicht gegen die Heilbronner Konföderation gerichtet war. Luzern hatte auf die Beibehaltung dieser Beschränkung einen besonderen Nachdruck gelegt [3]. Als die Verhandlungen der katholischen Boten mit Casati am 30. März zu Ende gingen, war die Bündniserneuerung mit Einschluß Burgunds eine abgemachte Sache. Der kurze Widerstand Freiburgs war bald besiegt [4]. Die feierliche Beschwörung sollte erst einige Monate später in Mailand stattfinden.

[1]) Absch. S. 841 ff., 2145 ff. — Rott IV. 2. S. 131. — R. Maag, Die Freigrafschaft Burgund und ihre Beziehungen zu der schweizerischen Eidgenossenschaft. 1477—1678. Diss. Zürich. 1891. S. 70 ff.

[2]) Oxenstierna an Zürich, 8. April 1634. St. A. Z. A. 220. Nr. 70.

[3]) St. A. L. Abschiede 1634. fol. 75. Instr. v. 23. März.

[4]) B. A. Dep. Scottis v. 11. April 1634.

Was die katholischen Orte bei dieser deutlichsten Emanation ihrer spanienfreundlichen Politik am sichersten zu erwarten hatten, war der Unwille des französischen Königs. Die Bündniserneuerung bedeutete an und für sich eine Herausforderung Frankreichs, die Einbeziehung der Freigrafschaft erst recht; denn die Unterwerfung dieses isolierten spanischen Landes gehörte zu den wohlerwogenen Plänen Richelieus. Bei dieser Lage der Dinge war es für die katholischen Orte etwas peinlich, daß nach mehr als sechsjähriger Unterbrechung der ordentlichen französischen Gesandtschaft in Solothurn eben jetzt ein neuer Ambassador, Vialard, eintraf. Die eine seiner Aufgaben bestand in der Herstellung des Friedens in der Eidgenossenschaft [1]). Unter andern Umständen wäre manchen katholischen Orten die französische Vermittlung in dem langwierigen Kesselringhandel vielleicht ganz erwünscht gewesen. Augenblicklich aber zogen sie es vor, einer Auseinandersetzung möglichst lange aus dem Wege zu gehen, um Zeit für die Bearbeitung des Ambassadors zu gewinnen, vielleicht auch weil ein günstiger Umschwung der äußern Verhältnisse durch den bevorstehenden Zug des Kardinal-Infanten nach Deutschland in Sicht war. Als Vialard zur Teilnahme an einer Tagsatzung bereit war, die der uninteressierte Vorort Basel auf den 13. April a. St. einberief, schützte Schwyz seine Landsgemeinde vor und behauptete, bis Ende Mai überhaupt keine allgemeine Tagung besuchen zu können. Der Ambassador ließ diese Entschuldigung gelten und verdarb es dadurch mit den Evangelischen.

Die Zürcher sahen der französischen Vermittlung von vornherein mit gemischten Gefühlen entgegen. Zwar hatten sie auf den Rat Rohans den königlichen Bundesgenossen durch Schreiben und mündliche Aufträge an den Herrn von Bullion, der im November auf der Heimreise aus Bünden ihre Stadt berührt hatte, über die Belagerung von Konstanz und den Kesselringhandel

---

[1]) B. A. Instructions et Pouvoirs donnés par la Cour de France à ses ambassadeurs et agents auprès des Cantons Suisses. 1631—48. Instr. Viaards v. 16. Febr. 1634. Layette X. — Rott IV. 2. S. 132 ff.

unterrichtet [1]). Allein zu einer eigenen Gesandtschaft nach Frankreich waren sie nicht aufgelegt, wiewohl sie die der papistischen Eidgenossen mit scheelen Augen betrachteten. Eine entschiedene Parteinahme für die Evangelischen war von Frankreich doch nicht zu erwarten, und zudem setzte man damals noch alle Hoffnungen auf Schweden. Der Wunsch Ludwigs XIII., weitere Schritte bis zur Ankunft seines Ambassadors einzustellen, kam Zürich höchst unbequem. Seine und Berns Taktik auf der ersten Aarauer Konferenz ging infolgedessen darauf aus, der französischen Vermittlung durch die Verständigung mit Schweden zuvorzukommen [2]). Die Aversion gegen die Einmischung Vialards wurde bedeutend verstärkt, als Breitinger durch Theodor Tronchin in Genf vor der ausgeprägt katholischen Gesinnung des neuen Ambassadors, dessen Schiedsrichtertätigkeit man besser nicht abwarte, gewarnt wurde, und als man durch ein aufgefangenes Schreiben Landammann Redings die Zustimmung des Königs zur Übergabe von Konstanz an die katholischen Orte vernahm [3]). Als jedoch das schwedische Bündnis immer unwahrscheinlicher wurde und die Ankunft Vialards Ende März erfolgte, blieb nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und wenigstens dafür zu sorgen, daß der Vermittler seine Rolle nicht gar zu eigenmächtig spielte. Daher gewannen Zürich und Bern auf der zweiten Aarauer Konferenz die beiden andern Städte für die rasche Einberufung einer Tagsatzung zur Behandlung der Kesselring-Sache, da man nicht warten wolle „bis etwa ein neuer Modus der Interposition halber wider die Bünde und alten Gewohnheiten auf die Bahn gebracht werde“ [4]). Über eine evan-

---

[1]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 402. S. 44. — A. 178. 7. Nr. 177, 203. — A. 326. Zürich an Rohan, 25. Jan. — Zürich an Bullion. 15. März 1634. — Absch. S. 813.

[2]) Absch. S. 836 f. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 29 f.

[3]) St. A. Z. E. II. 400. fol. 265. — A. 326. Schreiben Redings, d. d. Paris 24. März 1634. Vgl. S. 97, Anm. 2. — B. A. Dep. Flemings v. 20. April 1634.

[4]) Absch. S. 847.

gelische Gesandtschaft zur Begrüßung Vialards einigte man sich in Aarau nicht; aber Zürich sandte nachher die beiden Seckelmeister Hirzel und Wirz nach Solothurn, um den Ambassador rechtzeitig zu informieren und ihm anzudeuten, daß seine persönliche Entscheidung in der Kesselring-Sache nicht angenommen werden könnte, weil sie dem eidgenössischen Recht widersprechen würde. Schon darüber aufgebracht, wurde es der leicht erregbare und nicht diplomatisch veranlagte Franzose noch mehr, als die Zürcher auf die Kunde von der Verschiebung der Tagsatzung gemäß dem Wunsche von Schwyz „Empfindlichkeit bezeugten". Er drohte ihnen also, der König werde sich dem Teil, der etwas anfange, mit aller Macht widersetzen. Dieses schroffe Auftreten des neuen Ambassadors bestätigte das ungünstige Vorurteil und gab Zürich den erwünschten Anlaß, ihn als Schiedsrichter bei den evangelischen Orten zu diskreditieren [1]).

Eben um diese Zeit leuchtete dem evangelischen Vorort ein neuer Hoffnungsstrahl, daß der Kampf um Konstanz und damit um eine Machterweiterung im Thurgau in kurzem zu seinen Gunsten entschieden würde. Feldmarschall Horn hatte gemäß den Plänen, die er Oberst Ulrich und Peblis entwickelt hatte, im Frühjahr wirklich damit begonnen, sich etlicher fester Plätze in Oberschwaben zu bemächtigen, und belagerte seit dem 14. April Überlingen. Da es hieß, nach dessen Eroberung werde Konstanz

---

[1]) St. A. Z. A. 326. Missiven Zürichs v. 1., 12., 26. April. — Ratsman. Nr. 404. S. 29. — Z. B. Z. Familienarchiv Hirzel. Nr. 206. April 1634. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 71, 103, 144. — Absch. S. 851 f. Daraus erklärt sich die mangelhafte Logik, die Rott S. 137 den evangelischen Orten vorwirft, weil sie einerseits die Dringlichkeit, mit der die französische Vermittlung angetragen wurde, übel aufgenommen und anderseits sich dann doch über die Langsamkeit derselben beschwert hätten. Nicht gegen diese Langsamkeit protestierte Zürich, da es die Vermittlung des Ambassadors gar nicht wünschte, sondern gegen die Verschiebung der Tagsatzung mit der Billigung Vialards. Gegen dessen Tendenz, bei der Interposition „Meisterschaft und nit gestattliches Directorium" zu üben, verwahrte sich auch Bern sehr energisch. St. A. B. Instructionsb. R. S. 65 ff., 72.

an die Reihe kommen, erhob sich von neuem die Frage, ob Horn irgendwo den Paß in den Thurgau nehmen werde. Wahrscheinlich um sich über die schwedischen Absichten zu vergewissern, fertigte Schaffhausen am 16. April den Stadtschreiber Dr. Johann Jakob Ziegler in das Lager nach Überlingen ab, wo auch Oberst Ulrich weilte, der schon Mitte März eine neue Reise zu Horn unternommen hatte, um ihn der beharrlichen Neigung Zürichs für ein Zusammenwirken zu versichern [1]). Um diese eidgenössischen Gesandten wird es sich wohl handeln, wenn Horn am 19. April dem Kommandanten in Memmingen schreibt: „weil ich ohn das von den bewüßten Eidtgnossischen Gesandten auff mein instendiges zusprechen und syncerieren entlich sovil verspürt, daß es Ihres theils an gestattung deß Passes über Rhin nit ermanglet wann die spesa der ganzen Soldatesca über mich gehn wurde Denen hab ich billich nit mit Neyn antwurtten sollen und mit verheißung und bezahlungs mittlen endtlich dahin persuadiert, das ich verhoff, es werde damit sein Richtigkeit haben. Man muß nit mit Benglen darzu werffen. Will es nit mit güette gehn, will ich den Paß per forza schon finden, dann mir die bestallung Ihrer Posten und wachten wolbekandt. ... Ist besser Sie die Eidtgnossen werdent offendiert, dann meine Soldatesca ruiniert.“ Dieses Schreiben, das von den Kaiserlichen aufgefangen und sogleich Luzern mitgeteilt wurde [2]), verrät zur Genüge, daß Horn

---

[1]) St. A. Sch. Missiven 1634. fol. 34. Kreditiv für Ziegler. — Schaffh. an Schafelitzki, 19. April. Eine Instruktion für Ziegler scheint nicht vorhanden zu sein. — Über die Sendung Ulrichs waren im St. A. Z. keine Akten zu finden. Seine Anwesenheit in Überlingen geht jedoch aus einem Schreiben Hauptmann Reinharts an Zürich hervor, d. d. Stein, 20. April 1634. A. 178. 3. Nr. 32. Über die Reise Ulrichs zu Horn vgl. B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 24 f., 29 f. Später begab sich Oberst Ulrich nach Frankfurt, anfangs Juli berichtete er in Zürich über die Verhandlungen des Konvents. Eb. S. 181. Ende August befand er sich im württembergischen Lager vor Villingen. St. A. Z. A. 178. 3. Nr. 77.

[2]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1634. Zwei Kopien, von dem thurgauischen Landvogt und der Erzherzogin Claudia am 4. u. 11. Mai n. St. an Luzern gesandt.

der gutwilligen Beförderung seiner bedenklichen Pläne durch die evangelischen Orte nicht recht traute. Keiner der Abgeordneten wird instruiert gewesen sein, dem Schweden die Gewährung des Übertritts seiner Armee auf eidgenössischen Boden zum Zweck der Erholung zu versprechen, da man von diesem Vorhaben überhaupt nichts wußte. Ob sie sich so weit überreden ließen, wie Horn glauben machen will, steht dahin.

Sicher aber ist es, daß sich Zürich einem Übergang Horns bei Stein und einer zweiten Invasion des Thurgaus nicht widersetzt hätte, wenn das Ziel die Eroberung von Konstanz gewesen wäre. Wie sehr man damals auf „die Impresa gegen Konstanz" hoffte, enthüllt Waser in einem Schreiben an Peblis, das ebenfalls in die Hände der Katholischen fiel [1]), und daß man aus der neuen Lage alle Konsequenzen ziehen wollte, offenbarte man auf der Aarauer Konferenz am 21. April [2]). Die zürcherische Instruktion atmet denselben kriegerischen Geist, der seit der Jahreswende die Politik des Vorortes beherrschte und den die Ungunst der Verhältnisse für einen Augenblick hatte zurückdrängen, nicht aber besiegen können. Wenn die katholischen Orte sich weiterhin weigerten, in Bälde eine Tagsatzung zu besuchen und zuvor Kesselring auf freien Fuß zu stellen, wollte man „andere Mittel" an die Hand nehmen. Unumwunden erklärten die Zürcher Boten, falls Horn Konstanz belagere, „auf welchem Wege und durch welche Gelegenheit immer er dahin komme", so habe man ihm auf alle Weise Vorschub zu tun und müsse die papistischen Orte von einem neuen Zug in den Thurgau in Güte abhalten; würden sie aber mit Gewalt gegen die Schweden vorgehen wollen, wie sie sich ja auch mit den Spaniern verbündet hätten, so sollen

[1]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1634. Extrakt Schreibens vom 20. April. Da sich der Schreiber nur mit „Hans Heinrich W." unterzeichnete, geriet Seckelmeister Wirz bei den katholischen Orten in den Verdacht der Autorschaft, denn auf dem Extrakt ist bemerkt „Hans Heinrichs Wirtz schreibt an H. Obersten Peblitz". Das Konzept Wasers zu diesem Brief befindet sich im St. A. Z. A. 220. Nr. 115.

[2]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 90. — Absch. S. 851 ff.

sich die Evangelischen zu den Schweden schlagen und zusehen, daß ihnen die Papisten den Rang im Thurgau nicht ablaufen. Die Gesandten der drei andern Städte anerkannten zwar das Interesse Zürichs an Konstanz; da aber das Vorhaben Horns noch ganz unsicher war, nahm man die Sache in den Abschied. Selbst die Eröffnung, daß Zürich auch allein tun werde, was zu seiner Erhaltung nötig sei, imponierte den Bernern nicht dermaßen, daß sie sich von ihrer Bedächtigkeit abbringen ließen. Man erwartete eine Klärung der Lage von der Tagsatzung, die von den uninteressierten Orten auf den 11. Mai ausgeschrieben war. Bis dahin mußte sich Zürich gedulden, was ihm um so leichter fiel, als es mit der Eroberung von Konstanz noch gute Weile hatte; denn nicht einmal Überlingen vermochte Horn zu bezwingen.

Inzwischen hatten sich die Katholischen um die Gunst Vialards beworben, soviel es ihnen nach den Verhandlungen über die spanische Bündniserneuerung möglich war. Noch hoffte der Ambassador, dieselbe rückgängig machen zu können, und sparte weder Drohungen noch Lockungen. Allein seine Versicherung, der König wünsche die Übergabe von Konstanz an die katholischen Stände und werde sich ihrer zum Dank für eine gute Resolution im Kesselringhandel und sonst aufs äußerste annehmen und seine eigene Person und sein ganzes Königreich für sie einsetzen, war nur ein Wechsel auf die Zukunft und vermochte neben der Tatsache der verbürgten spanischen Unterstützung nicht aufzukommen [1]). Der Kampf zwischen Vialard und Casati endigte mit der Niederlage des Franzosen. Auf der Luzerner Konferenz anfangs Mai verstanden sich die Gesandten ungeachtet der heftigen Proteste Schultheiß Birchers wider den während seiner Pariser Reise begangenen Verrat nur zu ganz geringen Konzessionen [2]). Der Einschluß der Freigrafschaft in

---

[1]) St. A. L. Mailand-Spanien. Bündnisse. — Absch. S. 849 ff. — Rott, IV. 2. S. 139 ff.

[2]) B. A. Dep. Rossos. Bd. 49. S. 113. — Dep. Scottis v. 16. Mai 1634. — Absch. S. 855 ff.

das Bündnis blieb bestehen; bloß dazu fühlten sich die katholischen Orte bewogen, den Vorwurf Vialards zu entkräften, sie hätten Burgund auf Grund des getreuen Aufsehens der Erbeinigung Waffenhilfe gleich wie Mailand versprochen und damit die Neutralität aufs Spiel gesetzt, da sie kraft dieser Auslegung ganz Österreich verteidigen müßten. Obgleich sich Luzern ursprünglich dem Gedankengang Casatis angeschlossen hatte [1]), paßten ihm diese gefährlichen Schlußfolgerungen doch nicht mehr. Eine Gesandtschaft setzte also dem Ambassador auseinander, nicht das getreue Aufsehen habe die katholischen Orte zur Protektion Burgunds veranlaßt, sondern der Umstand, daß die Freigrafschaft in allen ältern Bünden mit Frankreich vorbehalten sei, sodann die gute Nachbarschaft, die Vertraulichkeit des freien Handels und Wandels und hauptsächlich die Notwendigkeit, sich bei einem Angriff der evangelischen Orte auf dieser Seite zu versichern. Daneben mußten die von den Voreltern ererbte Bündnisfreiheit, der rein defensive Charakter des Vertrags und nicht zum wenigsten die Prozeduren ihrer Eidgenossen von der andern Religion, die auch bei Auswärtigen Freundschaft und Verständnis gesucht hätten, zur Rechtfertigung ihres Verhaltens dienen [2]). Dem Ambassador war mit diesen Beweisführungen natürlich nicht geholfen, und er gab dem Groll über seine Mißerfolge in der Eidgenossenschaft dadurch Ausdruck, daß er auf der badischen Tagsatzung im Mai nicht persönlich erschien, womit Zürich am meisten gedient war.

Das Resultat dieser Tagsatzung bestand in einem Projekt der Uninteressierten, das die Stellung Kesselrings nach Baden zum Verhör auf den 17. Juni verlangte und von den Gesandten zur Begutachtung ihrer Obern nach Hause genommen wurde, nachdem der Vorschlag Solothurns, den Gefangenen dem Ambassador

---

[1]) Vgl. S. 99 f.

[2]) St. A. L. Abschiede 1634. fol. 102. Instr. f. d. Gesandten zu Vialard. 13. Mai.

zu übergeben, als unvereinbar mit der eidgenössischen Reputation zurückgewiesen worden war [1]).

Einige Tage vor der Eröffnung der Tagsatzung, am 5. Mai, war Horn von Überlingen unverrichteter Dinge abgezogen. Er ließ indessen seinen Freunden in Zürich die tröstliche Nachricht hinterbringen, daß er eher sein Leben verlassen wolle als den Bodensee [2]). Sie brauchten daher nicht nachgiebiger zu werden; denn solange die schwedische Armee in der Nähe war, waren sie immer im Vorteil. Wenn die vier Orte nicht in Baden erschienen wären, hätten die Zürcher Gesandten wieder die Anwendung von Gewalt und die Anrufung einer kräftigen fremden Hilfe zur Vergeltung für das spanische Bündnis beantragen müssen [3]), und auf der evangelischen Konferenz während der Tagsatzung rührten sie nochmals an die Frage der Stellungnahme zu einer eventuellen Belagerung von Konstanz. Da die andern die Sache nicht für aktuell ansahen, überließ man das weitere der Zukunft.

In Zürich aber blieb die Hoffnung auf die Erfüllung dessen, was man von den Erfolgen der Schweden erwartete, bis in den Sommer hinein lebendig. Genährt wurde sie von Oberst Peblis, der davon überzeugt war, daß die Dinge am Bodensee notwendig ausgemacht werden müßten und daß Zürich nicht aus dem Spiel bleiben könne, weshalb er fleißig von Frankfurt aus mahnte, immer bereit zu sein und mit den Waffenübungen fortzufahren [4]). Breitinger seinerseits bürgte ihm für die Dienstwilligkeit der Zürcher, vorausgesetzt daß man auf schwedischer Seite ihrer

---

1) Absch. S. 860 ff. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 129.

2) St. A. Z. A. 178. 3. Nr. 39. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 114.

3) St. A. Z. B. VIII. 16. Instr. f. die Tags. v. Baden, 10. Mai 1634.

4) St. A. Z. A. 220. Nr. 103. — E. II. 400. fol. 287, 295. An den Antistes schrieb Peblis mit völliger Offenheit über die Lage der Heilbronner Konföderierten, die keineswegs immer glänzend war. Nur Waser erhielt außer Breitinger Einsicht in diese Berichte in der Meinung, daß er daraus für seinen Stand Nutzen ziehe, denn in den offiziellen Schreiben an ihn, die der Regierung vorgelegt wurden, durfte sich Peblis nicht so rückhaltlos über die Verhältnisse im Reiche aussprechen.

Beständigkeit Rechnung trage. „Deswegen haben wir Horn lieber als die Sonne, solange er das angefangene Werk fortsetzt [1]).“ Vornehmlich im Gedanken an eine Beförderung desselben machte Waser Oberst Peblis zuhanden Oxenstiernas einen Vorschlag, der mit der Neutralität nicht eben zusammenstimmte. Am 18. Mai schrieb er ihm, in Konstanz sei für die heranziehende Armee des Kardinal-Infanten Getreide bestellt worden, und da voraussichtlich beide Parteien unter dem Proviantmangel weitaus am meisten leiden werden, so könnte man, „wenn eine erkleckliche Vorlag von Geldmitteln vorhanden“, dem schwäbischen Wesen einen sehr guten Dienst tun, indem man das Korn aufkaufe, das sonst den Kaiserlichen zugute käme; aber das Geld dafür müßte Zürich übermacht werden, da man hier keinen Überfluß daran habe [2]). Ähnliche kleine Liebesdienste hatten die Zürcher schon früher den Heilbronner Konföderierten geleistet, so durch den Aufkauf von Salpeter und Munition, die sonst den Spaniern hätten nützen können [3]). Diesmal handelte es sich um ein Unternehmen größeren Stils, das unter Umständen den Ruin der spanischen Armee herbeiführen konnte, waren doch schon die Soldaten Ferias zum großen Teil dem Hunger zum Opfer gefallen. Die zürcherische Anregung wurde in Frankfurt mit Freuden aufgegriffen. Man ging damals damit um, ein schwedisch-französisches Heer ins Veltlin rücken zu lassen, und hätte durch den Getreideaufkauf in der Eidgenossenschaft nicht nur dem Feinde geschadet, sondern wäre auch der ersten Sorge um die Ernährung dieser Bündner Armee enthoben gewesen [4]). Am 6. Juni erließ der Frankfurter

---

[1]) St. A. Z. E. II. 400. fol. 287. Breitinger an Peblis. 1. Juni 1634.

[2]) St. A. Z. A. 220. Nr. 115. Über den Versuch des Mailänders Annoni, unter dem Vorwand eigener Käufe Getreide von den evang. Orten zu erhalten, und die Bemühungen Casatis, Vorräte für die spanischen Truppen in den Thurgau und anderswohin zu spedieren, vgl. B. A. Dep. Scottis v. 30. Mai, 6. Juni, 11. Juli 1634.

[3]) St. A. Z. A. 220. Nr. 100. — B. IV. 95. fol. 476. — Chemnitz II. S. 382.

[4]) Vgl. über diese Pläne, die auf französischer Seite nicht sehr ernst genommen wurden, Lettres et Négoc. de Feuquières II. S. 339 ff., 349 ff. — Chemnitz II. S. 382 f. — Rott IV. 2. S. 170 ff.

Konvent zugleich mit dem Gesuch, den heranziehenden Spaniern keinen Paß zu geben, eine Aufforderung an Zürich, ein Quantum Korn im Werte von 40—50,000 Gulden zusammenzukaufen, aufzuspeichern und im Bedürfnisfalle der Bundesarmee gegen Barzahlung nach und nach zu verabfolgen, und Peblis mahnte seine Freunde dringend, die Sache zu befördern, indem er offenbar in gutem Glauben fortwährend auf den bevorstehenden Zug ins Veltlin wies [1]). Ein Vorschuß, wie ihn der Konvent wünschte, war nun nicht gerade die Absicht der Zürcher gewesen, und sie gaben Oxenstierna und Peblis zu verstehen, daß die schleunige Übermachung der Barschaft der Angelegenheit sehr dienlich wäre. Zudem interessierten sie sich mehr für den Bodensee als für Bünden, suchten aber trotzdem auch Bern und Schaffhausen für den Aufkauf zu gewinnen, damit er in größerem Maßstabe, bis zum Wert von 100,000 Gulden, geschehen könnte. Während sich Schaffhausen unter dem Vorwand des Geldmangels und einer Formalität der Sache entzog, gab das mit allem wohlversehene Bern seine Zustimmung „dem evangelischen Wesen zu Gutem" [2]). Durch die Katastrophe von Nördlingen geriet der Handel ins Stocken. Auch der Einladung zum Aufkauf von Munition, die der Konvent und Oxenstierna im Juli an Zürich richteten [3]), wird der Vorort trotz seines guten Willens nicht mehr haben genügen können.

Die Bereitwilligkeit Zürichs, der guten Partei im Reich behilflich zu sein, erklärt sich nicht allein aus den Spekulationen auf Konstanz, sondern auch aus der Verschärfung der allgemeinen Lage, die im Sommer durch die fortgesetzte Hartnäckigkeit der vier Orte, den Bündnisschwur in Mailand und andere Ereignisse eingetreten war. Den Hauptgrund für die Unzugänglichkeit und

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 104—107. — E. II. 400. fol. 300, 305, 312. — Chemnitz II. S. 457 f.

[2]) St. A. Z. A. 220. Nr. 73, 108. — B. IV. 95. fol. 412 f. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 80. — Teutsch Missivenb. 7. S. 503. — St. A. Sch. Missiven 1634. fol. 60.

[3]) St. A. Z. A. 220. Nr. 72, 109, 110, 114.

die Verschleppungstaktik seiner Gegner suchte Zürich in den Erwartungen, die jene an den Zug des Kardinal-Infanten aus Italien nach Deutschland knüpften. Die Sorge, die Spanier ins Land zu bekommen, erwies sich aber bald als eitel; denn sie nahmen, wie ein Jahr vorher die Truppen Ferias, ihren Weg durch das Veltlin und Tirol. Dennoch mögen die gewaltigen Rüstungen des Hauses Habsburg für den Sommerfeldzug von 1634 auf die Entschließungen der vier Orte nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein. Eine gewisse Stärkung erfuhr ihre Stellung außerdem durch die Erneuerung des Bündnisses mit Savoyen, welche im Juni ohne lange Verhandlungen und selbst unter Verzicht auf die Bezahlung der schuldigen Pensionen zustande kam [1]). Diese ungewohnte Großmut war vielleicht mehr, als dem diplomatischen Geschick des Markgrafen Pallavicino und seinen Geschenken an die Obern, dem Rückhalt zu verdanken, den das savoyische Bündnis gegen Bern gewährte. So fühlten sich die vier Orte durch nichts zum Einlenken bewogen. Nur die Warnungen und Mahnungen Luzerns und Freiburgs vermochten sie dazu, auf den 17. Juni ihre Boten nach Baden zu senden, wo gemäß dem Projekt der Uninteressierten Kesselring verhört werden sollte. Aber der Gefangene blieb in Schwyz, und in Baden kamen sich die Parteien keinen Schritt näher [2]), obschon die Ereignisse an der Grenze ein einmütiges Zusammenwirken der Eidgenossenschaft verlangt hätten.

Schon auf der badischen Versammlung im Februar hatten sich zwei kaiserliche Gesandte über die Begünstigung des Feindes durch etliche Orte beschwert und zu wissen begehrt, ob man die Erbeinigung halten wolle. Man bezog sich auf die frühern Erklärungen und versprach eine besondere Antwort derjenigen Orte, welche die Sache namentlich anging. Aber Zürich war nicht geneigt, sich dem Hause Österreich gegenüber zu rechtfertigen, und so war eine eigentliche Antwort der Evangelischen auf die

---

[1]) Absch. S. 867, 869 f.

[2]) St. A. Z. B. IV. 95. fol. 155, 158, 166. — Absch. S. 868 ff., 873 ff.

kaiserlichen Vorwürfe unterblieben [1]). Nun drohte durch die Belagerung Breisachs und der vier Waldstädte am Rhein der Verlust der vorderösterreichischen Lande, und Kaiser Ferdinand II. machte eine erneute Anstrengung, um von der Eidgenossenschaft Garantien für ein loyales Verhalten zu erlangen. Der Freiherr von Schwarzenberg verkündete als kaiserlicher Kommissär auf der Jahrrechnungstagsatzung die große Gefahr infolge der feindlichen Unternehmungen in der Nachbarschaft und forderte nochmals die treue Beobachtung der Erbeinigung. Es kennzeichnet das gespannte Verhältnis Zürichs zu dem Reichsoberhaupt, daß seine Vertreter in Baden bei einer neuen kaiserlichen Sondierung Mangel an Instruktion vorschützen sollten, und wirklich wagten es Holzhalb und Wirz nicht, sich dem schriftlichen Versprechen ihrer Mitgesandten, die Erbeinigung treu und aufrecht halten zu wollen, anzuschließen, ohne einen neuen Befehl der Regierung einzuholen, deren Einwilligung allerdings nachträglich eintraf [2]).

Bald darauf wagte Schwarzenberg einen zweiten Vorstoß. Mitte Juli schrieb er den evangelischen Orten, die Eidgenossenschaft sei verpflichtet, die Stadt Rheinfelden entweder durch ihre Autorität oder mit Gewalt der Belagerung zu entledigen, und verlangte im Namen des Kaisers „eine kategorische, unverzogne und willfährige Erklärung“ darüber, indem er hinzufügte, im Fall einer widrigen und dunkeln Antwort sei er beauftragt, die vornehmsten Offiziere davon zu benachrichtigen, „damit sie auf andere Mittel gedenken Vorsehung zu tun“ [3]). Die Belagerung Rheinfeldens durch den Rheingrafen Johann Philipp seit dem März 1634 [4]) berührte genau wie ein Jahr vorher die Eidgenossen-

---

[1]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 82. B. VIII. 124. fol. 65. — St. A. Sch. Instr. v. 16. Juni 1634. — Absch. S. 828 f., 838 f.

[2]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 99. B. VIII. 124. fol. 175, 178. — B. IV. 95. fol. 163. — Absch. S. 877 f.

[3]) St. A. Z. A. 178. 3. Nr. 64. Schwarzenb. an Zürich. 22. Juli 1634 n. St.

[4]) Vgl. darüber K. Schröter, Die Belagerung der Stadt Rheinfelden durch den Rheingrafen Johann Philipp im Jahre 1634. Taschenb. d. hist. Ges. d. Kt. Aargau. 1860.

schaft mehr als andere Ereignisse des wechselvollen deutschen Krieges. Eingeleitet wurde sie durch eine Verletzung baslerischen Gebietes, indem die rheingräflichen Truppen auf dem Hüninger Feld Rendez-vous hielten und dann von da aus weiter gegen die vier Waldstädte zogen. An eine Verhinderung dieses Durchmarsches hatte man so wenig gedacht, daß Bern auf Basels Ankündigung desselben dem Vorhaben des Rheingrafen einen guten Ausgang und Gottes Segen wünschte [1]). Natürlich hofften die Evangelischen auf eine rasche Eroberung, die Katholischen auf das Gegenteil. An Gefälligkeiten für die Belagerer ließen es jene nicht fehlen. Gleich zu Beginn versah Zürich den Rheingrafen mit Kraut und Lunten und war bereit, Pulver zum Schaden des Gegners aufzukaufen. Im Mai versprach es ihm vertrauliche Korrespondenz und beschwerte sich auf seinen Wunsch über ein angeblich unneutrales Verhalten Solothurns. Mit dem Obersten von Erlach-Castelen pflegte Johann Philipp sehr freundschaftliche Beziehungen mit Wissen Berns, das ihn ebenfalls im geheimen mit Munition versorgte [2]). Von einem gewaltsamen Entsatze Rheinfeldens, wie ihn Schwarzenberg kraft der Erbeinigung forderte, konnte bei den evangelischen Orten natürlich keine Rede sein. Auf einer Aarauer Konferenz Ende Juli war nur eine Stimme, daß man dem kaiserlichen Kommissär, der seine Instruktion offenbar überschritten habe, später eine ausführliche und verweisliche Antwort geben und sich inzwischen über die Absichten der katholischen Orte erkundigen solle; denn es war eben ein Schreiben des Rheingrafen eingetroffen, worin diese verdächtigt wurden, sich mit den Kaiserlichen zum Entsatze Rheinfeldens verbinden

[1]) St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 411. — Dem katholischen Vorort berichtete Basel klüglich einen Tag später als den evang. Städten über die „plötzliche“ Kunde eines rheingräflichen Durchmarsches, nämlich in dem Momente, als er eben begann. St. A. Ba. Missiven 131. 16 u. 17. März.

[2]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 405. fol. 25. — B. IV. 95. fol. 493 f. — A. 178. 3. Nr. 44, 46, 49. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 422 ff., 435. — Schweiz. Geschichtsforscher XII. S. 128 ff. — Seb. Burkart, Geschichte der Stadt Rheinfelden, S. 386 ff. — Gonzenbach I. S. 17.

zu wollen, was als allgemeiner Neutralitätsbruch, für den die ganze Eidgenossenschaft verantwortlich wäre, gelten würde [1]). So weit gingen freilich die Sympathien der katholischen Orte für die Sache des Hauses Österreich nicht, daß sie der vier Waldstädte wegen mit ihren Fähnlein ausziehen wollten. Trotz der Umtriebe Casatis und Schwarzenbergs drückte die Luzerner Konferenz anfangs August dem Freiherrn ihr Befremden über die Behauptung aus, die katholischen Orte hätten auf der letzten badischen Tagsatzung beschlossen, die Waldstädte zu entsetzen, wenn ihre Eidgenossen von der andern Religion nichts dagegen hätten [2]). Wie sie es später noch öfters taten, wenn an sie kraft der Erbeinigung oder der Bündnisse der unbequeme Anspruch der Waffenhilfe herantrat, so wandten sie auch diesmal die Unmöglichkeit vor, ein solches Werk ohne die Mitwirkung der Unkatholischen zu unternehmen, und legten alles Gewicht auf ihre Bereitwilligkeit, durch gütliche Mittel etwas auszurichten. Allein Rheinfelden ging über, bevor sich die zwiespältige Eidgenossenschaft zu einer einheitlichen Aktion zugunsten der Belagerten entschließen konnte.

Unterdessen spitzten sich die Verhältnisse im Innern weiter zu. Die Stellung Kesselrings nach Baden war von den vier Orten allen Projekten der Uninteressierten zum Hohn nicht zu erzwingen. Auf eine neue schroffe Absage hin lud Zürich Mitte Juli seine Glaubensgenossen nach Aarau ein. Noch einmal flammte die Kriegslust des eidgenössischen Vorortes mächtig auf. Fest davon überzeugt, daß die vier Orte Kesselring deswegen für das Verhör in Baden nicht freigaben, damit ihre schändliche und rechtswidrige Prozedur nicht an den Tag komme, war Zürich willens, diese Handslungsweise nicht nur für einen Bundesbruch, sondern für eine Absage der Bünde zu erklären, ihnen diese herauszugeben,

---

[1]) Absch. S. 885 f. Daß der Verfasser dieses Schreibens Johann Philipp Spieß war, wurde früher gezeigt. Vgl. Jahrb. Bd. XLIII. S. 143. Schon am 16. Juli hatte der Rheingraf Zürich vor den Absichten ihrer „Stiefbrüder" warnen lassen. St. A. Z. E. II. 400. fol. 315.

[2]) B. A. Dep. Casatis v. 25. Juli 1634. — Absch. S. 889.

sie als offene Feinde zu betrachten und die Beschlüsse von Königsfelden gegen sie ins Werk zu setzen, „daß man Iren mit Gotteshilff dermalen allerdingen abwerden und inn einen bessern Stand gelangen möchte“, dies alles jedoch erst, nachdem man sich im geheimen wohl vorbereitet und ausländische Hilfe gesichert hätte [1]). An erster Stelle dachte man selbstverständlich an den Heilbronner Bund. Am 23. Juli berichtete Waser gemäß einem Beschluß des Großen Rates dem Obersten Peblis, es gewinne das Ansehen, als ob man mit den fünf Orten brechen und ihnen die Bünde herausgeben werde, weshalb er sich bei Oxenstierna oder beim ganzen Consilium formatum erkundigen möchte, „was für einer wirklichen Assistenz von der guten Partei und wie bald man sich zu getrösten haben würde“. Auf die Kunde von der Annäherung der spanisch-kaiserlichen Armeen und das Gerücht einer beabsichtigten Gebietsverletzung wurde Oberst Ulrich an die Grenze gesandt und der in Zell kommandierende Oberst Schafelitzki um Beistand gebeten [2]).

Aber in Aarau standen die Zürcher mit ihrem Kriegseifer wieder allein. Wohl war Bern über die erneute Absage der vier Orte und ihre Halsstarrigkeit höchlich entrüstet; doch bevor man Gewalt brauchte, sollten diese nach seiner Meinung nochmals an das eidgenössische Recht gewiesen werden unter der Androhung der Rache, falls sie sich demselben nicht unterziehen wollten. Noch entschiedener als früher verwahrten sich die Berner diesmal gegen die Anrufung schwedischer Hilfe und gegen jede Verbindung mit den Heilbronner Konföderierten, die über das angebctene gute Einvernehmen hinausging. Der gefährlichen Tendenz des Vorortes, aus einer eidgenössischen Angelegenheit eine allgemeine Religionssache zu machen, begegneten sie mit dem harmloseren Mittel des evangelischen Defensionals, das bei der Zurückhaltung Basels und Schaffhausens und ihren fortgesetzten Friedens-

---

1) St. A. Z. B. IV. 95. fol. 176. — B. VIII. 15. fol. 105.

2) St. A. Z. A. 220. Nr. 113. — Ratsman. Nr. 406. S. 4. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 224 f.

bestrebungen freilich nur für Zürich und Bern in Betracht kommen konnte. Die Hilfsgesuche wollte man auf die zugewandten Orte und den französischen Bundesgenossen beschränken, wie denn die beste Auskunft die von Zürich so lange gemiedene Beteiligung des Ambassadors bei der Vermittlung des Streithandels zu sein schien [1]).

Im Verhältnis Vialards zu den evangelischen Orten war eine gewisse Wandlung eingetreten, seit der Bundesschwur in Mailand die Begünstigung der Katholischen zwecklos gemacht hatte. Da die Aussicht, bei einer Vermittlung des Ambassadors nicht zu kurz zu kommen, besser geworden und die Unterstützung Frankreichs neben derjenigen Schwedens nicht zu verachten war, traten die Zürcher aus ihrer Reserve heraus und sandten noch vor der Aarauer Konferenz Seckelmeister Hirzel zu Vialard, um ihn auszuholen und günstig zu stimmen [2]). Hirzel brachte von Solothurn eine schriftliche Versicherung der unveränderten Bereitschaft Vialards zur Interposition nach Aarau zurück, und so beschlossen Zürich und Bern, den Ambassador zu bitten, sich für die Freilassung Kesselrings zu verwenden und auf einer Konferenz in Solothurn zusammen mit den Uninteressierten die Sache zu Ende zu bringen.

Gerade um diese Zeit erschien in Genf ein Büchlein, das so recht dazu angetan war, die Stimmung in Frankreich gegen die katholischen Orte zum Vorteil der evangelischen zu gestalten. Als Verfasser des „Mercure Suisse“, einer ziemlich ausführlichen Darstellung der Ereignisse in der Eidgenossenschaft seit 1632 bis zur spanischen Bündniserneuerung, gilt Friedrich Spanheim. Aber der wesentliche Inhalt des Werkleins stammt von Hans Heinrich Waser. Er „subministrierte“ dem Genfer Professor den Text „zur Justification der Stadt Zürich allenthalben unbillich verschreyten procedierens wegen Tütschen Kriegswesens“, und zwar im Einverständnis mit seiner Regierung, die Spanheim als

---

[1]) Absch. S. 883 ff.

[2]) St. A. Z. B. IV. 95. fol. 178. — Z. B. Z. Familienarchiv Hirzel. Nr. 206. 19. Juli 1634.

Erkenntlichkeit für seine gefällige Berichterstattung zwei goldene Pfennige übersandte [1]). Die Verhandlungen mit Schweden hatte der Zürcher Stadtschreiber dabei wohlweislich fast ganz ver-

---

[1]) Z. B. Z. Ms. A. 133. Waseri de Vita sua Tom. II. S. 332. — Ms. Leu 3 fol. Schreiben Wasers über die Einleitung Spanheims zum Mercure Suisse, die er in einigen Punkten geändert wünschte. — Ms. Leu 112 fol. Ratssubstitut Ulrich an Waser, 17. Juli 1634. — St. A. Z. Ratsman. Nr. 406. S. 24. — B. IV. 95. fol. 243. — Waser hat auch die Beschreibung der Neutralitätsverletzung bei Stein und wohl auch die des Kesselringhandels und anderer eidgenössischer Dinge im Theatrum Europaeum III (Frankfurt 1639) S. 112 ff., 162 ff. verfaßt. In der Z. B. Z. Ms. Leu 3. fol. befindet sich nämlich das Konzept eines nicht uninteressanten Briefes von Johannes Ziegler an Matthäus Merian, den Herausgeber des Theatrums, v. 28. Dez. 1633. Ziegler, wahrscheinlich der Zürcher Kaufmann und Verwandte Breitingers, ist nur ein Strohmann; denn das Konzept trägt die Hand Wasers. Es wird darin erklärt, daß im 2. Teil des Theatrums, der kürzlich herausgekommen war, die eidgenössischen Sachen leider sehr unvollkommen dargestellt seien, weshalb Ziegler einen guten Freund, der um alles beste Wissenschaft habe, um eine Beschreibung dieser Ereignisse ersucht hätte, die er hiemit Merian übersende zur Aufnahme in die Fortsetzung der Chronik. Der Autor erbiete sich überdies, mit seinen Berichten fortzufahren, ohne irgend eine Belohnung zu erwarten, außer daß er ein Exemplar der künftigen Historie nicht ausschlagen würde. — Daß dieser gute Freund Waser war, geht auch aus der wörtlichen Übereinstimmung seiner Erzählung vom Zuge Horns in seinen „Eidgnossischen Geschichten" (Z. B. Z. Ms. A. 7. c.) mit derjenigen im Theatrum hervor. Der Zürcher Stadtschreiber ist also der bisher unbekannte Korrespondent des Theatrums, dessen gute Kenntnisse schon aufgefallen sind. Vgl. F. Pieth, Die Feldzüge des Herzogs Rohan im Veltlin und in Graubünden, Bern 1905, S. XV. — Aus diesem Briefe Zieglers, alias Wasers, mag noch eine Stelle angeführt werden, die zur Bestätigung von W. Oechsli, Die Benennung der alten Eidgenossenschaft und ihrer Glieder, Jahrbuch XLII, S. 203 ff. dient. Waser deutet nämlich dem Herausgeber des Theatrums an: „Wann an statt deß Worts Schweitzer das wort Eidtgnossen, item an statt Schweitzerlands, die Eidtgnoschafft gebraucht wurde, were es im Land das anmütiger. Schweitz ist under allen 13 und zugewandten Orten nur eins, und zwahrn durch ein mißbrauch dahin khommen, daß man ußerthalb die gantze nation Schweitzer nennet; im land aber und desselben Cantzleyen und publicis scriptis beschichts es nicht also".

schwiegen, um die spanische Freundschaft der katholischen Orte desto mehr anzuschwärzen. Der Ärger derselben über das „Famos oder Lasterbuch“ [1]) war vermutlich größer als der Eindruck in Frankreich.

Auf der Vermittlungskonferenz in Solothurn anfangs August kam nicht mehr heraus, als daß man die vier Orte schriftlich ermahnte, sich dem letzten badischen Projekt zu fügen [2]). Daß dies geschehen würde, glaubte niemand. Um den Bruch zu vermeiden, wollten die Uninteressierten noch einmal ihre Zuflucht zu einer Tagsatzung nehmen. Die Gesandten der evangelischen Orte, die sich in Zürich für eine Reise zum Abt von St. Gallen um der Toggenburger willen zusammenfanden, suchten mit allen möglichen Gründen dem Vorort die Sache mundgerecht zu machen: „Dann so bis dahin uß Tütschland ein besserer Wind wurde wehen, hetten bede Stett Zürich und Bern noch offne Hand, ihre Proposition zu formieren nach ihrem Gefallen; wurde es aber, das Gott verhute, uff die böser Siten fallen, were es weger und besser, die Tagleistung were schon ußgeschrieben, weder wann man sie erst ußschrieben mußte [3]).“ Obschon es Zürich zuerst mit seiner Reputation nicht für verträglich hielt, nochmals die Hand zur Versöhnung zu bieten, ließ es sich schließlich dazu herbei, in Luzern wegen einer Tagsatzung anzufragen [4]). Dieselbe kam zwar nicht zustande; denn die innerörtischen Kriegsräte waren im Begriff, den Prozeß gegen Kesselring auf gewaltsame Weise zu beendigen, und dachten weniger als je daran, den Oberstwachtmeister aus ihrem Machtbereich zu entlassen. Dennoch mußte Zürich seinen Glaubensgenossen dafür dankbar sein, daß sie es vor überstürzten Schritten bewahrten; denn der Wind, der aus Deutschland wehte, wurde böser.

---

[1]) Absch. S. 902.

[2]) Absch. S. 890 f.

[3]) St. A. Z. A. 184. 3. Nr. 124. Ursachen warum von der Stadt Zürich eine allgemeine eidgenöss. Tagleistung ausgeschrieben werden sollte. Actum den 9. Aug. 1634 in Zürich.

[4]) St. A. Z. A. 184. 3. Nr. 127.

Auf die Anfrage Wasers vom 23. Juli, was für eine Hilfe vom Heilbronner Bund im Fall eines Krieges mit den katholischen Orten zu erwarten sei, hatte Peblis am 2. August über ein mündliches und dazu sehr eiliges, gleichsam nur so „im firgang" gegebenes Versprechen Oxenstiernas berichtet, daß „meine gnädigen Herren nicht sollen gelassen werden", indem Horn oder der Rheingraf ihnen helfen könnten [1]). Kurz vorher hatte der Reichskanzler, wohlinformiert über die steigende Erbitterung der feindlichen Brüder, freilich gehofft, die lang erstrebte Verständigung mit den vier Städten endlich herbeiführen zu können, und hatte den Rheingrafen angewiesen, den evangelischen Schweizern gegen die heranrückenden mailändischen Truppen alle Unterstützung angedeihen zu lassen [2]). Allein die Lage der Heilbronner Konföderierten verschlimmerte sich seit dem Falle von Regensburg am 16. Juli beinahe von Tag zu Tag. Am 12. August eröffnete Peblis dem Zürcher Stadtschreiber im Vertrauen, er habe allerdings das Versprechen erhalten, daß man Zürich mit der ganzen Armee beispringen wolle; aber auf eines müsse er ihn aufmerksam machen: man sei jetzt dergestalt in Feindesgefahr begriffen, daß die Hilfe nicht bald bei der Hand sein würde, so daß es gut wäre, wenn Zürich temporisieren könnte. „Gefährlicher hat es nie gestanden". Am gleichen Tag schilderte Peblis auch Breitinger die äußerst kritische Situation und warnte dringend vor jeder Übereilung, da Zürich jetzt auf die Hilfe der Heilbronner Konföderierten nicht rechnen könne [3]). Zwei Wochen später erfolgte die katastrophale Niederlage Horns und Bernhards von Weimar bei Nördlingen.

Als die Warnungsschreiben des pfälzischen Obersten am 17. August in Zürich eintrafen, wartete man noch immer auf die Meinungsäußerung der vier Orte über das Schreiben der Uninteressierten von der Solothurner Konferenz aus. Es war also

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 116.

[2]) Chemnitz II. S. 458. — St. A. Z. A. 220. Nr. 111, 113.

[3]) St. A. Z. A. 220. Nr. 117. — E. II. 400. fol. 329.

noch nichts geschehen, was das Temporisieren verhindert hätte [1]). Gegen Ende des Monats jedoch wurde die Sache für Zürichs Reputation bedrohlich. Kesselring erduldete am 25. August in Schwyz neue Folterqualen, und es schien, als sollte es ihm ans Leben gehen. Zürich versuchte vergeblich, vermittelst der Verwendung Vialards und der Uninteressierten dem Gefangenen die Tortur zu ersparen. Der Ambassador war beleidigt, weil seine Vorschläge auf der Konferenz in Solothurn von den Evangelischen nicht angenommen worden waren, und hatte zunächst nur Tadel für Zürichs Handlungsweise, indem er nochmals auf jene sehr unbeliebte imperatorische Art die Entscheidung des Streites einzig Frankreich zuweisen wollte [2]). Erst die erneute Grausamkeit der Richter Kesselrings rief auch bei ihm eine ehrliche Entrüstung und eine entschiedene Wendung auf die Seite der Evangelischen hervor [3]). Die letzte Prozedur der Kriegsräte und die Drohung, daß über den unglücklichen Oberstwachtmeister nächstens das Malefizgericht gehalten werde, riß auch die Berner aus ihrer Ruhe. Höchlich aufgebracht und bereit zu einer „satten und steifen Resolution" schrieben sie in Übereinstimmung mit Zürich auf den 7. September eine Konferenz aller evangelischen Orte und Zugewandten nach Aarau aus. Zu Vialard sandten sie den Obersten von Erlach-Castelen, um sich französische Unterstützung zu verschaffen, wenn Bern und Zürich gezwungen sein würden, „die äußersten ihnen von Gott gegebenen Mittel zur Rettung ihrer Reputation und billigen Rache des bewiesenen Despekts und begangenen Bundesbruches zu brauchen" [4]). Aber alle heroischen Entschlüsse machte die immer mehr zur Gewißheit werdende Katastrophe von Nördlingen zunichte.

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 119.

[2]) St. A. Z. B. IV. 95. fol. 201 ff., 223, 228. — A. 326. Schreiben Zürichs, Berns und Basels v. 25. Aug.—1. Sept. — Vialard an Zürich, 8. Sept. n. St. Gedr. bei Keller, S. 158. Beil. 44, mit d. falschen Datum d. 12. Sept.

[3]) St. A. Z. A. 326. Vialard an Zürich, 10., 17., 30. Sept. — Keller, S. 157. Beil. 43. — Lettres et négoc. de Feuquières. II. S. 420. — Absch. S. 898. — Rott IV. 2. S. 192.

[4]) St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 565 f. — Instructionsb. R. S. 90.

Man war sich der Schwere der Niederlage, welche die protestantische Partei in Deutschland am 27. August erlitten hatte, nicht sofort bewußt. Noch am 7. September hofften die Zürcher auf bessere Nachrichten und erhielten am gleichen Tage die allerschlimmsten, worauf sie sich zum letztenmal bei Peblis erkundigten, ob sie überhaupt noch auf schwedische Hilfe rechnen könnten [1]. Auf der Aarauer Konferenz gab man sich dann keiner Täuschung mehr hin und entsagte „in Ansehung der Beschaffenheit jetziger Zeiten" [2] allen Gewaltsamkeiten, um sich weiter in Geduld zu üben und auf dem friedlichen Weg der schriftlichen und mündlichen Unterhaltungen den Kesselringhandel zu Ende zu führen.

Die Schlacht bei Nördlingen stellt bekanntlich einen Wendepunkt in der Geschichte des Dreißigjährigen Krieges dar. Der Nimbus der Überlegenheit war von den schwedischen Waffen gewichen, und ihre gebrochene Widerstandskraft gab Raum für das offene Eingreifen einer neuen Macht. Die Schlacht bei Nördlingen bezeichnet auch einen Wendepunkt in der Politik des eidgenössischen Vorortes. Von dieser Zeit an datiert seine aufrichtige Neutralität, insofern man darunter nicht mehr versteht als den Verzicht auf die Begierde, fremdes Kriegsglück den eigenen Interessen dienstbar zu machen. Nicht daß der Gedanke daran im Laufe der folgenden Jahre bei einzelnen nicht wieder aufgetaucht wäre! Aber in jener Intensität, die ihn zum Eigentum der Mehrheit der Regierenden und der Regierten gemacht hatte, war er überwunden. Man sah seine Gefährlichkeit ein, und der aufgehende Stern des katholischen Frankreich lockte nicht mit derselben Kraft, wie der verblaßte des protestantischen Schweden gelockt hatte.

In der ersten Bestürzung freilich erschien der französische Bundesgenosse als der einzige Helfer in der Not. Zwar traf man auf

---

[1]) St. A. Z. A. 220. Nr. 118, 119. — B. IV. 95. fol. 212, 234. — B. VIII. 15. fol. 111. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 294 ff. — Dep. Flemings v. 3. Sept. 1634.

[2]) St. A. Z. B. VIII. 124. fol. 258 ff. Originalabschied.

die Nachricht von dem Abzug der schwedischen Besatzungen aus den Grenzplätzen und dem Heranrücken der kaiserlichen Armee die gewohnten Verteidigungsmaßnahmen, und das evangelische Defensional kam in Aarau wieder zur Sprache. Aber das Bewußtsein, aus eigener Stärke der drohenden Gefahren Herr zu werden, fehlte den evangelischen Orten, und so schritten sie zur Verwirklichung der seit kurzem sachte erstrebten Anlehnung an Frankreich. Schon vor längerer Zeit hatten sich die schweizerischen Kaufleute daselbst über die Mißachtung ihrer Privilegien beschwert und von der Heimat eine nachdrücklichere Behauptung ihrer Rechte gewünscht [1]). Die Verwendung der katholischen Gesandtschaft in Frankreich für sie im Frühjahr 1634 war ziemlich nutzlos gewesen. Darauf reichten St. Galler Kaufleute im Mai der evangelischen Konferenz während der badischen Tagsatzung ein neues Gesuch um eine Gesandtschaft an den König ein, und schon damals meinten einige, man könnte bei dieser Gelegenheit die Prozeduren der fünf Orte am Hofe ins richtige Licht stellen. Eine Verknüpfung von Handels- mit Standessachen war aber nicht nach aller Geschmack, und auf der Julikonferenz in Aarau wurde die Sendung des Obersten von Erlach-Castelen beschlossen, die allein der Unterstützung gegen die fünf Orte und nicht den kaufmännischen Dingen gewidmet sein sollte, da für diese schon früher die Abordnung des Zürcher Seckelmeisters Hirzel und des Schaffhauser Stadtschreibers Ziegler in Aussicht genommen worden war. Indessen glaubte Zürich damals, durch Schreiben und die persönliche Fürbitte Rohans dem König schnellere und bessere Entschließungen abzugewinnen, und so unterblieb die Reise Erlachs, bis die Bedrängnis, in die man plötzlich durch das Unglück bei Nördlingen geriet, die Beschleunigung der Angelegenheit erheischte [2]). Jetzt erschien die gleich-

---

[1]) Absch. S. 740, 865 f. — Ella Wild, Die eidgenössischen Handelsprivilegien in Frankreich. 1444—1635. Mitteil. z. vaterl. Gesch. XXXII. St. Gallen. 1915. S. 183 ff.

[2]) St. A. Z. A. 326. Rohan an die ev. Orte. Chantilly 28. Aug. 1634. Ludwig XIII. an die ev. Orte 14. Okt. 1634. — B. IV. 95. fol. 49 ff., 181 ff. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 536 f. — Absch. S. 888.

zeitige Vertretung der Handels- und Standessachen als eine praktische Lösung sowohl hinsichtlich der Geheimhaltung, als der Kosten, welche die Kaufleute ganz übernahmen. Zürich hätte es genügt, wenn Hirzel und Ziegler allein beides verrichtet hätten; aber Bern, das stets auf die Wahrung der Form bedacht war und bei gemein-evangelischen Standessachen nicht ohne Vertreter sein wollte, drang entschieden auf die Teilnahme Erlachs an der Pariser Reise, während das pestverdächtige Basel niemanden schickte [1]).

Unter dem Deckmantel der Handelsinteressen stellten nun die evangelischen Orte an den König von Frankreich ein Begehren, das alle frühern Hilfsgesuche übertraf. Ob die Zürcher oder die Berner zuerst auf die Idee kamen, die 1629 von Brulart de Léon für Bünden angebotene und nicht verwirklichte armée volante rein zugunsten der Evangelischen aufleben zu lassen und in ein besonderes Bundesverhältnis zu Frankreich zu treten, wird schwer festzustellen sein. Jedenfalls verhandelte man auf der Aarauer Konferenz nach der Nördlinger Schlacht darüber, und Ende September wurde in der zürcherischen Kanzlei eine Instruktion für Hirzel und Ziegler ausgearbeitet, wo von der Aufstellung von 5—6000 Mann zu Fuß und 2—300 Reitern auf Kosten des Königs zuhanden der evangelischen Orte und dem Abschluß eines engeren Bündnisses mit Frankreich die Rede war, das den Evangelischen die gleichen Vorteile, wie den Katholischen der spanische Vertrag, bringen sollte [2]). Als Zürich dieses Projekt den drei andern Städten mitteilte, wehrte sich eine einzige dagegen: die allen uneidgenössischen Sonderbestrebungen gründlich abholde Stadt Basel. Zwei triftige Gründe führte sie ins Feld: die Unwahrscheinlichkeit, daß der König auf das doppelte Verlangen der Bezahlung der rückständigen Summen und der Unterhaltung des fliegenden Heeres eingehen würde, und „die

[1]) St. A. Z. A. 225. 8. Nr. 104. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 7. S. 585 ff. — Geschichtsforscher XII. S. 138 f. — Gonzenbach I. S. 29 f.

[2]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 406. S. 30. — A. 225. 8. Nr. 104, 107, 108. — Absch. S. 899 f.

unselige Ruptur und Trennung", die durch die Werbung einer solchen armée volante unzweifelhaft entstehen müßte. Ausdrücklich verwahrte sich Basel gegen jede derartige Forderung in seinem Namen, ebenso gegen die allzu heftigen Klagen über die katholischen Eidgenossen — hier in Übereinstimmung mit Schaffhausen — und genehmigte nur diejenigen Punkte der Instruktion, welche die alte Bitte um die Begleichung der ausstehenden Pensionen, Zinsen und Kapitalien, sowie eine wahrheitsgetreue Darstellung des Kesselringhandels und ein ganz allgemeines Hilfsgesuch nebst einer Verwendung für Mülhausen vorsahen. Um ja nicht in Ermangelung eines eigenen Abgeordneten durch die souveräne Art des Vorortes in eine falsche Stellung zu geraten, legten die Basler in einem besonderen Schreiben dem König ihre Wünsche dar [1]. Selbstverständlich wollten sie mit ihrer Sonderung nur einer unnötigen Vertiefung der Kluft zwischen den konfessionellen Parteien vorbeugen; denn im Notfall hätten sie sich auch französischer Hilfe bedient, wie sie denn anfangs September, als die Schweden die vier Waldstädte räumten und die kaiserlichen Scharen nahten, den Gouverneur von Mömpelgard um Beistand gebeten hatten [2]. — Die Haltung Basels veranlaßte die Leiter der evangelischen Politik durchaus nicht, von ihrem Standpunkt abzugehen, und so blieb es bei der zürcherischen Instruktion für die Gesandten nach Frankreich. Auch der offene Widerstand Vialards, der wie einst Rohan die eidgenössischen Bittsteller dem König gerne ferngehalten hätte, ihnen ein Empfehlungsschreiben verweigerte und für das Gegenteil eines freundlichen Willkomms am Hofe besorgt war, nützte nichts [3]. Die Zeiten waren zu gefährlich, als daß man nicht da eine Stütze suchte, wo man sie allein noch zu finden hoffte.

---

1) St. A. Missiven 131. 1. bis 3. Okt. 1634. — St. A. Z. A. 225. 8. Nr. 105.

2) St. A. Ba. Missiven 131. 27. Aug., 6., 10. Sept. 1634. — Rott IV. 2. S. 192 f.

3) St. A. Z. A. 225. 8. Nr. 96, 98, 104, 109, 110. — B. IV. 95. fol. 252. — B. A. Dep. Vialards. Layette III. 13. Okt. 1634. — Rott IV. 2. S. 205.

Es mag die Männer jener ausgeprägt evangelischen Richtung viel Überwindung gekostet haben, sich nach dem katholischen Frankreich hin orientieren und damit einer kraftvollen konfessionellen Politik entsagen zu müssen. Noch anfangs September hatte Breitinger Oberst Peblis vertröstet, daß trotz der schwedischen Niederlage die Herren von Zürich ihre Freundschaft mit den Geschlagenen nicht bereuten und nicht im geringsten davon abweichen würden. Aber der Pfälzer selber, der früher öfters vor dem französischen Egoismus gewarnt hatte, erblickte nun das Heil der deutschen und schweizerischen Glaubensgenossen im Westen [1]).

Den katholischen Orten brachte das Ereignis von Nördlingen, das sie mit Dankgottesdiensten und Gratulationsschreiben an die Sieger feierten, eine außerordentliche Erleichterung und die Möglichkeit, den Kesselringhandel ungehindert nach ihrem Gutdünken zu beendigen. Irgend eine Gelegenheit, anders als durch heimliche Anleitung der Verwandten Kesselrings, Bearbeitung der Uninteressierten und inoffizielle Interzessionsschreiben das Äußerste von seinem Bürger abzuwenden, bot sich Zürich nicht mehr dar; denn obrigkeitliche Bittgesuche hätte weder seine noch Berns Standesehre zugelassen [2]). Am 19. Januar 1635 wurde endlich das Urteil gefällt: Kesselring wurde der vorsätzlichen Rebellion für schuldig erklärt; aber das Leben wurde ihm geschenkt, freilich unter Auferlegung einer sehr hohen Buße

---

1) St. A. Z. E. II. 400. fol. 332, 335, 337, 348. — A. 220. Nr. 120.

2) Die Anleitung der Verwandten Kesselrings über die beste Art ihrer Verwendung für den Gefangenen übernahm Waser scheinbar als Privatmann, unzweifelhaft aber mit Wissen der Regierung, welche diese die Reputation beinahe etwas schädigenden Anstrengungen selbst vor Bern verbarg. St. A. Z. A. 326. Waser an Jakob Kesselring 24. Sept. 1634, 10. Jan. 1635. Memorial für Landolt v. 16. Jan. 1635. — Zürich an Bern, 30. Jan. 1635. — Keller, S. 82 ff. erwähnt diese Tätigkeit des Zürcher Stadtschreibers nicht, wohl weil er über den Schreiber der nur mit H. H. W. unterzeichneten Konzepte nicht im klaren war. Der in seiner Beilage Nr. 59 genannte „zürcherische Magistrat“ ist ebenfalls Waser.

und ewiger Verbannung aus den vier Orten und sämtlichen gemeinen Vogteien, wozu auch seine thurgauische Heimat gehörte. Die Entrüstung Berns und Zürichs über den ungerechten Spruch war gewaltig; aber ihren Protesten die Achtung mit den Waffen zu verschaffen, blieb ihnen in Anbetracht der bösen Zeiten versagt.

Mit der Freilassung des Gefangenen von Schwyz war zwar der Kesselringhandel noch nicht ganz erledigt; die schlimmsten Folgen jedoch, die aus der schwersten Verletzung der eidgenössischen Neutralität während des Dreißigjährigen Krieges entstanden waren, und die einzige Episode, da die Wagschale sich bedenklich zugunsten der Aufgabe dieser Neutralität neigte, hatten ihren Abschluß gefunden. Die konfessionelle Politik des evangelischen Vorortes hatte eine Niederlage erlitten, unzweifelhaft zum Heile der gesamten Eidgenossenschaft. Dennoch wird man ihr nicht jede Berechtigung absprechen dürfen, selbst wenn man das ethische Moment nicht einschätzt, das im Kampf für eine geistige Idee liegt. Als die Zürcher einer drohenden Gefahr zur rechten Zeit und während einer glücklichen Konjunktur begegnen wollten, leitete sie kein falscher Instinkt; denn eine gewisse Gefahr bestand. Es war eine Antizipation, zeugt aber doch von dem politischen Sinn Breitingers, wenn er in seinem Vortrag vom 9. Juli 1629 behauptete, man müsse das Mißtrauen haben, die Katholischen erteilten alle Zusagen nur deswegen, damit sie die Evangelischen besser überfallen könnten, und Österreich, das die Eidgenossenschaft so gut wie die Union zu trennen vermöge, werde den papistischen Orten vielleicht schon Versprechungen für die Unverletzlichkeit und Vermehrung ihrer Freiheiten gemacht haben. Etwas Derartiges geschah in der Tat vier Jahre später. Die verborgenen Abmachungen der katholischen Orte mit dem Kaiser bilden ein dunkles Blatt in der Geschichte dieser Zeit, und wenn man von einer Schuld reden will, so wiegen sie diejenige Zürichs reichlich auf.

---

4. Die geheimen Verhandlungen zwischen den katholischen Orten und dem Kaiser vermittelst des Freiherrn von Schwarzenberg, 1633—1640.

Vielleicht schon im Jahre 1632 oder anfangs 1633 kam der in Baden begüterte Freiherr Peter von Schwarzenberg gleichsam als Exulant mit seiner ganzen Familie nach Luzern und wurde als „Particular Cavallier" in den Schirm der Stadt aufgenommen [1]). Einen offiziellen Auftrag hatte er damals noch nicht, betätigte sich aber jedenfalls mit Wissen Ferdinands II. sehr bald als kaiserlicher Agent. Nur durch die tiefgehende Erbitterung, die der Ausgang des Matrimonial- und Kollaturstreites im katholischen Lager hervorgerufen hatte, kann es erklärt werden, daß die Agitation des Freiherrn auf fruchtbaren Boden fiel. Im Frühling des Jahres 1633, also lange vor Horns Neutralitätsverletzung, trugen die katholischen Orte Schwarzenberg eine Kommission auf, die einen eigentlichen Verrat an ihren Eidgenossen von der andern Religion bedeutete. Der Freiherr sollte seinem kaiserlichen Herrn vorstellen, die katholischen Stände wollten die Erbeinigung genau einhalten und daneben gerne dazu helfen, daß das Restitutionsedikt in den unkatholischen Orten der Eidgenossenschaft zur Ausführung komme und daß diese kraft kaiserlichen Mandats dazu gezwungen würden, den wahren Glauben in den gemeinen

[1]) St. A. L. Röm. Reich. Gesandte. Akten. Abschiedsschreiben Schwarzenbergs an Luzern, 16. Mai 1641. n. St. (Ich brauche in diesem Kapitel immer den neuen Stil.) — B. A. Dep. Scottis v. 15. Juli 1635. — Schwarzenberg war Pfandherr von Ottersweier. Im Frühling 1632 wurde ein Freiherr Peter von Schwarzenberg von Ferdinand II. nach Paris geschickt, um den Eintritt Frankreichs in den katholischen Bund zu bewirken. Khevenhiller, Annales Ferdinandei. XII. Sp. 310 ff. Er dürfte mit dem kaiserlichen Agenten in der Eidgenossenschaft identisch sein. Nach Rott IV. 1. S. 640 u. IV. 2. S. 417 wäre zwar jener Gesandte nach Frankreich der Graf Georg Ludwig v. Schwarzenberg gewesen, was aber wohl ein Irrtum ist.

Herrschaften überall da, wo er ausgerottet worden sei, wieder herzustellen und genügende Sicherheit für die unverbrüchliche Beobachtung der Erbeinigung zu geben. Als Gegenleistung verlangten sie von Ferdinand II. eine „höchstgeheime und allerkräftigste" Versicherung, daß sowohl die katholischen als die unkatholischen Orte jederzeit „bei ihrer Libertet, auch allen ihren Rechten, immuniteten, herrlichkeit und Regalien, wie sy diser zeit von Gottesgnaden nießend" unangefochten sein sollten, also in Hinsicht auf die Evangelischen eine contradictio in adjecto. Die ganze Sache sollte vollständig geheim bleiben; nur sollte sie Schwarzenberg auch dem Herzog von Friedland eröffnen, damit derselbe seine Dispositionen treffen und man einhellig „mit denen ze solchem werck erforderlichen mitlen ze samen treffen und stimmen könne"; denn ohne Wissen und Einverständnis der katholischen Orte sollte durchaus nichts unternommen werden [1].

Am Schlusse der Instruktion Schwarzenbergs steht ein merkwürdiger Satz: „Schlüßlichen so vill das particular Secretum diser vorhabenden Negotiation betrift, so wir oft wolgenantem Herren Freyherrn anverthrawt, wird solches E. k. M. durch ihne mit mehrerem eröffnet werden". Was war nun dieses Particular-Secretum, das man nicht dem Papier übergeben wollte? Es bestand darin, daß bei guter Gelegenheit die evangelischen Orte durch die kaiserlichen Waffen gedämpft, die gemeinen Vogteien

---

[1]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1633. Instruktion u. Kreditiv für Schwarzenberg v. 16. April. Gedruckt bei Th. v. Liebenau, Über die Durchführung des Restitutionsediktes von 1629 in der Schweiz. Anzeiger f. Schweiz. Gesch. 3. S. 13 ff. Liebenau hat zum erstenmal auf diese Verhandlungen der kath. Orte mit dem Kaiser aufmerksam gemacht, allerdings ohne sie weiter zu verfolgen und ohne über ihre Beschaffenheit völlig aufgeklärt zu sein; denn dies wäre nur mit Hilfe der Akten im K. K. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv in Wien möglich gewesen. Da eine Archivreise nach Wien unter den jetzigen Umständen etwas beschwerlich gewesen wäre, habe ich mir mehrere Abschriften daselbst anfertigen lassen, die Herr Dr. phil Hans Prankl mit viel Verständnis besorgte. Daß dies trotzdem nur ein Notbehelf ist, braucht wohl nicht betont zu werden. Die betreffenden Akten befinden sich fast alle in der Abteilung „Schweiz" Fasz. 32 ff.

gemischter Konfession besetzt und die Prädikanten abgeschafft werden sollten. Nach der Belagerung von Konstanz wurde der Plan noch etwas näher ausgeführt: der Kaiser sollte, wenn seine Armeen gegen Schwaben und das Elsaß rückten, unter dem Vorwand der Verteidigung 4—5000 Mann Fußvolk nach Konstanz und Lindau und 2000 Reiter in die Gegend von Schaffhausen legen, und zwar ohne daß den Offizieren der Zweck des Unternehmens kundgetan würde. Wenn sich nun die kaiserlichen Heere der elsässischen und schwäbischen Grenze näherten, würden voraussichtlich die evangelischen Orte die katholischen sogleich um Beistand bitten. Diese letztern würden dann „prudenter simulando" eine Tagsatzung und eine Gesandtschaft an die kaiserlichen Generäle vorschlagen, um zu verhindern, daß die Evangelischen zu den Waffen griffen. Sollten diese aber rüsten wollen, so würden die Katholischen es ebenfalls tun und die kaiserlichen Truppen veranlassen, von Konstanz aus in den Thurgau zu rücken und die Pässe wie Gottlieben und Stein in einer Nacht zu besetzen, falls sie nicht schon in ihren eigenen Händen wären. Die Katholischen würden sich dann stellen, als ob sie dies ungern sähen, eine Tagsatzung begehren und Deputierte zum kaiserlichen General schicken. Dieser müßte erklären, der Kaiser wolle nichts gegen die Rechte und alten Freiheiten der Eidgenossenschaft unternehmen; hingegen fordere er die Ersetzung des Schadens, der bei der Belagerung von Konstanz entstanden sei. Die Katholischen würden dann scheinbar zwischen dem Kaiser und den Neugläubigen eine Vermittlung anbahnen, die aber nicht zustande kommen dürfe, sondern nur den Zweck hätte, die Evangelischen über die wahren Absichten ihrer katholischen Miteidgenossen zu täuschen, sie hinzuziehen und vom Krieg und von Hilfsgesuchen bei ihren Verbündeten abzuhalten. Die kaiserlichen Soldaten müßten inzwischen im Lande bleiben, und schließlich sollte der Kaiser den Thurgau zurückfordern „iusto titulo et secundum antiqua pacta ratione istius provinciae", und außerdem verlangen, daß die Ketzerei und die Prädikanten in den gemeinen Herrschaften, wo sie seit wenigen Jahren gewalt-

sam eingeführt worden seien, beseitigt würden. Aus Gnade jedoch könnte der Kaiser während der Verhandlungen erklären, daß er den katholischen Orten zuliebe den Thurgau räumen und ihnen allein die Jurisdiktion darüber für die Zukunft übertragen wolle. Daraufhin würden die katholischen Stände dieser gerechten Lösung zustimmen, sie den Verbündeten der Evangelischen mitteilen und die Hand zur Ausführung der kaiserlichen Befehle bieten. — Sollten sich aber die Neugläubigen wider Vermuten von Anfang an dem Kaiser mit den Waffen widersetzen und mit seinen Feinden verbinden wollen, so würden sich die Katholischen sogleich samt ihren Verbündeten unter legitimem Vorwand zum kaiserlichen Heere schlagen [1]. — Falls alles auf diese oder ähnliche Weise ins Werk gesetzt werden könnte, fährt Schwarzenberg in seinem ausführlichen Bericht an Ferdinand II. über diese Pläne fort, so würden es die katholischen Orte unzweifelhaft auch sehr gerne sehen, daß der Kaiser Basel und andere Orte einnehme, mit einer schweizerischen katholischen Besatzung verwahre und so lange in seiner Devotion behalte, bis die Sache sicher durchgeführt wäre.

Es war also auf eine gänzliche Überrumpelung der Evangelischen abgesehen, die Zürich und evang. Glarus für alle Zeiten der Mitherrschaft über den Thurgau berauben sollte. Das spezielle Projekt setzte bei den Gegnern allerdings eine Schwäche und Dummheit voraus, die den Herren von Zürich nicht eigen war, und man müßte sich wirklich fragen, ob es seinen Erzeugern Ernst damit war, wenn sich nicht während sieben Jahren das „negotium secretum“ oder „negotium cognitum“ wie ein roter Faden durch die Berichte Schwarzenbergs zöge. Die Urheber desselben sind neben dem Freiherrn unter den Häuptern der Stadt Luzern zu suchen; denn die Akten weisen deutlich darauf hin, daß den andern katholischen Orten die allergeheimsten Dinge

---

[1]) Wien. Fasz. 32. Schwarzenbergs „Declaratio sincera secretae negotiationis a me subscripto incoeptae cum cantonibus catholicis anno 1633.“ Die weitläufige Darstellung stammt aus dem Frühjahr 1634.

nicht mitgeteilt wurden [1]). Das Projekt trägt auch insofern luzernischen Stempel, als es jedes Risiko für die katholischen Orte ausschließt und die kriegerischen Handlungen dem Kaiser zuschiebt. Schultheiß Jost Bircher und Seckelmeister Ludwig Schumacher scheinen sich am meisten dafür interessiert zu haben; denn sie unterschrieben und besiegelten gegen den Kanzleibrauch die Instruktion für Schwarzenberg vom 16. April 1633 und dankten am 14. Oktober als „bereitwillige aber geringfügige Instrumente" bei der Aktion des Freiherrn für die kaiserliche Liberalität, die sie „mit einer so ansehnlichen gedächtnuß renumeriert hatte" [2]). Auch Stadtschreiber Hartmann stand der Angelegenheit offenbar recht nahe.

Schwarzenberg fühlte sich verpflichtet, Kaiser Ferdinand die Nützlichkeit der Sache vorzustellen und ihm größtes und eiligstes Entgegenkommen zu empfehlen [3]). Er sah in der Zerstörung des eidgenössischen Bundes nicht nur ein Mittel zur Vermehrung des wahren Glaubens, sondern auch wesentliche Vorteile für das Haus Habsburg, mit dessen Glück und Unglück die katholischen Orte dann unzertrennlich verbunden sein würden. Ihre enge Freundschaft war im Hinblick auf die Pässe sehr schätzenswert und für die Wiedergewinnung des Verlorenen und die Erhaltung des Gefährdeten, vor allem Breisachs, beinahe unerläßlich. Den Kaiser würde die begehrte Sicherheit für ihre alten Privilegien und Freiheiten nichts kosten, meinte der Freiherr: „nam certum est, quod cantonum catholicorum libertatem quamvis vellet opprimere, non posset".

---

[1]) Die Luzerner Regierung hielt es ursprünglich nicht einmal für tunlich, die kaiserliche Antwort auf die Offerte vom 16. April vor der ganzen katholischen Konferenz ablesen zu lassen, obschon die thurgauischen Dinge darin nicht speziell erwähnt waren. Das Schreiben wurde dann aber doch vorgelegt. St. A. L. Abschiede 1633. fol. 439. Instr. f. d. Konf. in Luzern, 6. Okt. — Absch. S. 782.

[2]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1633.

[3]) Wien. Fasz. 32. Memorial Schwarzenbergs v. 4. Juli 1633. — Declaratio sincera etc. v. Frühling 1634.

Ferdinand II. antwortete am 17. Juli auf die schriftlichen Auslassungen der katholischen Orte vom 16. April und die mündlichen Darlegungen Schwarzenbergs. Er nahm das gute Anerbieten in Gnaden an und versicherte in bester, kräftigster und beständigster Form, daß er und sein Erzhaus die Erbeinigung in allen ihren Punkten fest und unverbrüchlich halten wolle und daß „die Allgemeine Ajdtgenoßschaft der dreyzehen Orth zu ieder zeit bey Ihrer libertet auch allen ihren Rechten Privilegien immuniteten herrligkeit undt Regalien vermög vorgemelter Erbverainigung von Unnß undt unserm Ertzhauß unangefochten unmolestiert ruhig ungeschwecht undt unperturbiert gelassen werden solle". Allein er könne gegenwärtig, fügte der Kaiser hinzu, gemäß einem in aller Heimlichkeit eingeholten Bericht des Herzogs von Friedland nicht sehen, wie eine Anstalt „zu einigem fernerem Nachdruck" gemacht werden könnte. Sollte sich die Gelegenheit dazu ergeben, so würde nichts ohne enge Fühlung mit den katholischen Orten geschehen, gleich wie man das Geheimnis dieses wichtigen Geschäfts allezeit wahren werde [1]).

Daß sich die Gelegenheit zu fernerem Nachdruck nie einstellte, war nicht nur ein Glück für die Eidgenossenschaft, sondern lag auch in der Natur der Dinge begründet. Die Zeiten waren vorbei, da sich Ferdinand II. den Luxus hätte leisten können, seine Truppen für eine Aufgabe zu verwenden, die ihm mehr einen ideellen als einen wirklichen Vorteil und möglicherweise sogar spürbare Nachteile eingebracht hätte, selbst wenn er es gewollt hätte, was immerhin noch fraglich ist. Schwarzenberg

[1]) St. A. L. Gesandte. Urkunden. Fasc. 12. — Unerklärlicherweise behauptet Liebenau, S. 14, die Antwort des Kaisers auf die Vorschläge wegen der Restitution der Kirchengüter sei im Luzerner Archiv nicht vorhanden, obgleich ihm das Schreiben Ferdinands II. vom 17. Juli bekannt war; denn er publizierte einen Teil desselben, speziell die auf die Ansicht Wallensteins bezügliche Stelle, in seinem Artikel „Eine projectirte Gesandtschaft der kath. Orte der Schweiz an Wallenstein" im Anz. f. Schw. Gesch. 2. S. 354. Die allgemeine Annahme des katholischen Angebots durch den Kaiser bezog sich natürlich auch auf die Restitution der Kirchengüter.

erging sich nämlich schon im Jahr 1633 und später öfters in Klagen darüber, daß man der Sache nicht die nötige Aufmerksamkeit schenke [1]). In der Tat scheint man am Wiener Hof für diese Vorschläge nicht sehr begeistert gewesen zu sein, obgleich man die angebahnte intime Freundschaft mit den katholischen Orten nicht vernachlässigte. Was man dort wünschte, war vielmehr eine Beförderung der eigenen Pläne durch die schweizerischen Nachbarn und namentlich in den späteren Jahren eine Unterstützung durch die ganze Eidgenossenschaft kraft der Erbeinigung, und nicht ein Experiment, das den einen Teil derselben zu unversöhnlicher Feindschaft aufgestachelt hätte. Doch hielt man zunächst den Schein aufrecht, als ob man an die künftige Verwirklichung des Projektes glaube, und so kehren in der folgenden Zeit die gegenseitigen Versicherungen, daß man an den gegebenen Erklärungen und Sincerationen festhalte, immer wieder.

Einen besonderen Anstoß dazu bildete für die katholischen Orte die Gefahr, von der sie sich während der Bündnisverhandlungen der Evangelischen mit Schweden im Frühjahr 1634 bedroht glaubten. Die Mission Schwarzenbergs nach Wien und zu Wallenstein [2]) bezweckte nicht nur die Erlangung kaiserlicher Hilfe bei einem Angriff der Neugläubigen, sondern auch die Fortsetzung „der wohlbestellten vertraulichen Aktion". Nur im Interesse und zur Beförderung dieser Angelegenheit und zur Täuschung der Evangelischen betrieb der Freiherr nach seinem eigenen Geständnis damals zusammen mit seinen Luzerner Freunden seine offizielle Ernennung zum kaiserlichen Kommissär bei der Eidgenossenschaft. Sie wurde ihm gewährt, und den katholischen Orten wurde die Freude und der Trost zuteil, alle vorhergegangenen kaiserlichen Sincerationen bekräftigt zu sehen. Auch die Erzherzogin in Innsbruck und der König von Ungarn

---

[1]) Wien. Fasz. 32. Memorial v. 4. Juli 1633. — Declaratio sincera etc. — Fasz. 33. Dep. Schwarzenbergs v. 9. Okt. 1634. — Fasz. 34. Schwarzenberg an Stralendorff. 25. Febr. 1636.

[2]) Vgl. S. 95.

erhielten Kenntnis von dem guten Einvernehmen der rechtgläubigen Schweizer mit dem Kaiser, und nach dem Siege von Nördlingen hatte der Freiherr das Vergnügen, ein Gratulationsschreiben der katholischen Orte zu übersenden und dabei die Festigkeit und Vortrefflichkeit ihrer Absicht in bezug auf das bekannte Geschäft zu rühmen [1]).

Im März des Jahres 1635, nachdem Schwarzenberg versichert hatte, der Vizekanzler von Stralendorff, mit dem er über die Sache öfters in Geheimschrift korrespondierte, sei der Meinung, es wäre an der Zeit, „mit dem Secret besser nachzetrucken", trugen die Luzerner dem Kommissär auf, in Wien um Vorschläge über die Ausführung des Planes nachzusuchen, die leichter, erspriesslicher und angenehmer wären als diejenigen, die bisher auf der Bahn gewesen seien. Außerdem sollte sich der Freiherr mit dem König von Ungarn, der in Süddeutschland erwartet wurde, persönlich über „die Kapitalhandlung" unterreden [2]). Der Kaiser berief dann aber Schwarzenberg nach Wien, und dieser erhielt am 20. Juni von den katholischen Orten eine neue Instruktion, die sich wieder auf die frühern Erklärungen bezog und nochmals ausdrücklich feststellte, „daß man vür gut und rhatsamb hielte, wo fehr uff sein zeit Ir Kays. oder Kön. Mt. zu den pretexten, welche ihnen obligen möchten schreiten wolten, daß die restitution der geistlichen stifftungen und kirchen gueteren zemahl berüert und eingesetzt würden, jedoch daß in alle weg die sach in secreto conserviert werde, damit nit etwan die Cathol. Orth deßhalb in suspect fallen möchtend". Die „mehrere Spe-

[1]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1634. Instruktion der kath. Orte für Schwarzenberg, 27. Febr. — Schreiben der kath. Orte an die Erzherzogin Claudia, Ferdinand v. Ungarn u. Kaiser Ferdinand II., 27. Febr., 22. Aug., 5. Okt. — Claudia an die kath. Orte, 14. März. — Gesandte. Urk. Fasc. 12. Ferdinand v. Ungarn u. Ferdinand II. an die kath. Orte, 27. März, 5. Nov., 6. Dez. 1634. — Wien. Fasz. 32. Declaratio sincera etc. — Fasz. 33. Dep. Schwarzenbergs v. 22. Aug. u. 9. Okt. 1634. — Absch. S. 902.

[2]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1635. Instr. für Schwarzenberg im Namen der sieben kath. Orte. 6. März.

cification" überließ man dem kaiserlichen Gutdünken [1]). Allein Ferdinand II. lag damals die Bündner- und Veltlinerangelegenheit, für die Schwarzenberg von den katholischen Orten auch einen Auftrag erhalten hatte [2]), mehr am Herzen als das negotium secretum. Die Ungunst der Zeit war also, wie immer, der Vorwand dafür, daß die Verhandlungen nicht vorwärts rückten; aber um den Schein zu wahren, entließ der Kaiser seinen Kommissär im September in die Eidgenossenschaft mit dem Befehl, das negotium secretum weiter zu betreiben [3]). Dies tat denn auch Schwarzenberg mit der gewohnten Skrupellosigkeit, klagte aber schon im Februar 1636 dem Vizekanzler von Stralendorff, daß Schultheiß Bircher, seit er sein Regiment nach Frankreich geführt habe, der Sache nicht mehr so geneigt sei wie früher, obgleich die fünförtischen Boten auf der Luzerner Konferenz nochmals beteuerten, daß sie keiner Änderung Platz gegeben hätten und bei alledem, was die bewußte Negotiation bisher mit sich gebracht habe, verbleiben wollten [4]). Damals bat Schwarzenberg, vermutlich in der Absicht, dem Wiener Hof die Wichtigkeit derselben etwas deutlicher zum Bewußtsein zu bringen, um seine Entlassung, erhielt aber statt derselben eine kaiserliche Vertrauenskundgebung und das Gebot, mit dem Geschäft nach Zeit und Umständen fortzufahren, worauf Luzern in einem Schreiben an das Reichsoberhaupt seine Genugtuung darüber

---

[1]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1635. Kreditive u. Instr. Schwarzenbergs v. 20. Juni. — Wien. Fasz. 35. Dep. Schwarzenbergs v. 17. Juni 1635. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 46. S. 199.

[2]) Vgl. das folgende Kapitel.

[3]) St. A. L. Gesandte. Urk. Fasc. 12. Ferdinand II. an die kath. Orte, 16. Aug., 21. Sept. 1635. — 30jähr. Krieg 1635. Die kath. Orte an den Kaiser u. an den König v. Ungarn, 7. Nov. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 46. S. 372.

[4]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1636. Puncten über welche ... H. Freyherr von Schwartzenberg von den Rhatsgesandten der 5 Cathol. Orthen ... angesprochen worden, so woll die Röm. Keys. als auch Ir Kön. Mt. us Hungarn verthrauwlich ... zu berichten. 20. Febr. — Wien. Fasz. 34. Schwarzenberg an Stralendorff. 25. Febr. 1636.

und das Festhalten an den frühern „Gemütseröffnungen“ betonte [1]).

Die Stellung des kaiserlichen Kommissärs war übrigens eine etwas sonderbare; denn sein letzter Auftrag lautete nur für die Weiterbetreibung des negotium cognitum, so daß er selber nicht recht wußte, ob er seine Tätigkeit bloß darauf zu beschränken hatte. Mit desto größerem Eifer widmete er sich dem löblichen Werke, indem er einerseits am Wiener Hofe die evangelischen Orte schlecht machte, soviel er konnte, und anderseits die Hoffnung der Luzerner darauf fleißig nährte, um in andern Dingen möglichst günstige Beschlüsse zu erzielen und diese glücklichen Erfolge, die allein „der Erhaltung des negotium cognitum“ zu verdanken seien, nach Wien melden zu können [2]). Als im Herbst 1636 König Ferdinand von Ungarn in Breisach weilte, benützte er die Gelegenheit, um nochmals wechselseitige Erklärungen auszuwirken, daß man treulich an dem halten wolle, „was so vilfaltig ergangne und gegen einanderen reciprocierte sincerierungen ußweisen“. Allein er traute der Sache doch nicht mehr so gut, daß er sich nicht nach einem einträglicheren Amte umsah. Ein solches winkte ihm Ende 1636 durch seine Ernennung zum Landvogt in der Ortenau. Zunächst aber mußte er noch seiner Tätigkeit in der Eidgenossenschaft obliegen, da der Nachfolger Ferdinands II. seinen Auftrag erneuerte [3]).

Das wunderliche Spiel der Worte ohne Taten ging also auch

---

[1]) Wien. Fasz. 34. Ferdinand II. an Schwarzenberg. 9. Mai 1636. — St. A. L. 30jähr. Krieg 1636. Luzern an Ferdinand II. 23. Mai. — Luzern an die vier Orte. 26. Mai.

[2]) Wien. Fasz. 48 u. Kriegsakten Fasz. 118. Dep. Schwarzenbergs an den Kaiser u. den König v. Ungarn. 22. Juni 1636. — St. A. L. 30jähr. Krieg 1636. Briefwechsel zwischen Stadtschreiber Hartmann und Schultheiß Schumacher. 22. Juni.

[3]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1636. Die kath. Orte an den König von Ungarn, 6. Sept. — Luzern an die kath. Orte. 20. Dez. — Gesandte Urk. Fasc. 12. Ferdinand v. Ungarn an die kath. Orte, Breisach 18. Sept. 1636; Wien, 21. April 1637. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 47. S. 366; Dep. Vicos. Bd. 48. S. 34.

unter Ferdinand III. weiter. Im Frühjahr 1638 nach dem Durchzug Herzog Bernhards von Weimar bei Basel dünkte den kaiserlichen Kommissär nicht ganz ohne Grund die Stunde gekommen, da er seinen Wühlereien mit dem Einsturz des eidgenössischen Baues die ersehnte Schlußwirkung geben könnte. Die Stimmung in Luzern war damals so, daß er seinem Herrn berichtete, die katholischen Orte sähen es gerne, wenn die kaiserliche Armee die evangelischen Städte und den Herzog von Weimar dämpfen würde, und zwar auf eben jene Weise, wie sie die famose Verabredung nach der Belagerung von Konstanz vorschrieb. Mit allen Überredungskünsten suchte er Ferdinand III. die außerordentlich günstige Gelegenheit klar zu machen und bearbeitete auch die Luzerner mit solchem Geschick, daß sie auf der katholischen Konferenz im Februar den Antrag stellten, in Anbetracht der gegenwärtigen Läufe das gute Verständnis und die Korrespondenz, die man mit dem verstorbenen Kaiser gepflogen, mit dem jetzigen fortzusetzen und ihn an „die zugethane kräftige Sinceration" zu erinnern. Am 27. Februar überlieferte Luzern dem Freiherrn ein sehr geheimes Schreiben an den Kaiser, das diese Erinnerung enthielt, sich daneben auf die vertraulichen Eröffnungen Schwarzenbergs bezog, die Bereitschaft zu allen Diensten für das Haus Österreich wiederholte und der Hoffnung auf die Fortsetzung der kaiserlichen Gnade und Sinceration und der Dispositionen für die kaiserlichen Offiziere und Beamten, die zur „Erhaltung der Eidgenossenschaft dienten" Ausdruck gab. Daß die Kriegslage diese Dispositionen auch jetzt unmöglich machte, war für die Erhaltung der Eidgenossenschaft unbedingt dienlicher als das Gegenteil [1]).

Es hätte den Luzernern einiges Nachdenken verursachen müssen, daß Ferdinand III. damals die Waffenhilfe der ganzen

---

[1]) St. A. L. Ungeb. Abschiede XII. Instr. v. 17. Febr. 1638. — 30jähr. Krieg 1638. Luzern an Ferdinand III. 26. Febr. — Wien. Fasz. 35. Dep. Schwarzenbergs v. 6. Febr. u. 5. März 1638. Memorial Schwarzenbergs v. 5. März 1638. — Absch. S. 1070. — P. Schweizer. S. 267.

Eidgenossenschaft gegen den Herzog von Weimar anrief, eine Tatsache, die sich mit dem negotium secretum nicht recht vereinen ließ. Trotzdem pflegte man den liebgewordenen Gedanken weiter, bis endlich verschiedene Umstände zu seiner endgültigen Aufgabe zwangen.

Schwarzenberg hatte sich schon bei seinem ersten Auftreten als kaiserlicher Kommissär durch sein arrogantes Schreiben bei Gelegenheit der Belagerung Rheinfeldens im Jahre 1634 den Haß der evangelischen Orte zugezogen. Als ihm Ferdinand III. nach dem Tode seines Vaters neue Vollmacht bei der Eidgenossenschaft erteilte und dabei den Titel „Kommissär" brauchte, protestierten die Evangelischen förmlich gegen derartige „Untertanen gebührende termini". Luzern suchte die Sache hinauszuziehen; aber auf der badischen Tagsatzung im Januar 1638 wurde sie wieder berührt, und als der Freiherr durch seine Drohungen und Anschuldigungen wegen der Begünstigung Herzog Bernhards die Evangelischen erst recht in Harnisch brachte, führten diese gegen die „Kommission" des Herrn von Schwarzenberg, die ihnen ohnehin verdächtig war, so heftige Angriffe, daß die katholischen Orte nicht umhin konnten, den Kaiser zu bitten, den Titel „Commissarius" abzuändern und dem Freiherrn die Qualität eines Gesandten zu geben [1]). Eine andere Ungeschicklichkeit hatte Schwarzenberg damit begangen, daß er sich bei den Schwyzern durch seine Einmischung in ihren leidenschaftlichen Streit mit dem Abt von Einsiedeln höchst unbeliebt gemacht hatte [2]). Auch mit dem spanischen Gesandten Casati stand er wegen Rangstreitigkeiten nicht gut. Ferdinand III. fühlte sich also bewogen, im Frühling 1639 seinen Kommissär in der Eidgenossenschaft abzurufen und an seiner Stelle den

---

1) St. A. L. 30jähr. Krieg 1637. Schwarzenberg an Luzern, 29. Juli. — 1638. Die kath. Orte an Ferdinand III. 2. Juni. — Röm. Reich. Gesandte. Akten. Uri an Luzern, 5. Aug. 1637. — Abschiede 1637 fol. 181. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 49. S. 303. — Absch. S. 1030, 1075 ff., 1088.

2) St. A. L. Röm. Reich. Gesandte. Akten. Korrespondenzen v. Mai u. Dez. 1637, Januar 1638. — B. A. Dep. Scottis v. 24. Jan. 1638.

Waldvogt der Grafschaft Hauenstein, Marx Jakob von Schönau, zum kaiserlichen Agenten zu verordnen [1]).

Allein Schwarzenbergs Beziehungen zu den katholischen Orten hörten damit noch nicht auf. Bei seiner Abreise nach Wien gaben sie ihm ein Schreiben an den Kaiser mit, das ihre Zufriedenheit mit seinen Verrichtungen, die unveränderte Bewandtnis aller ihrer getreuen aufrechten Erklärungen und die Notwendigkeit erwähnte, „daß vilgedachte syncerationes mit ihrem grund unaussezlichen bestand habent". Darauf gestützt wird der Freiherr alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um das so treulich gehegte Projekt nicht gänzlich begraben zu müssen. Am 25. Mai ersuchte Ferdinand III. die katholischen Orte um die Fortsetzung der Sincerationen und beglaubigte Schwarzenberg von neuem bei ihnen. Der Freiherr begab sich im November auf die Rückreise in die Eidgenossenschaft, kam aber erst im Februar 1640 in Luzern an. Sein offizieller Auftrag betraf eine bestimmte Angelegenheit: die Mitwirkung der katholischen Orte bei der Rückgewinnung Breisachs [2]). Nun aber neigte sich die Komödie hinter den Kulissen ihrem Ende zu. Schwarzenberg schrieb seinem Herrn am 2. März von Luzern aus, die Häupter dieser Stadt seien der Ansicht, es könne für Breisach mit Nutzen nur von der ganzen Eidgenossenschaft etwas getan werden, weshalb er bei allen dreizehn Orten für dieses Geschäft akkreditiert werden müßte; daneben aber erachteten jene es „absolut für gut, daß man auf den vorigen Fundamenten und Sincerationen baue und traktiere, wie bisher jederzeit im geheimen traktiert worden sei". In einem ganz vertrauten Schreiben fügte der Freiherr hinzu, es sei von

---

[1]) St. A. Z. A. 184. 3. Nr. 162. — St. A. L. Gesandte. Urk. Fasc. 12. Ferdinand III. an die kath. Orte. 25. Mai 1639. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 51. S. 145, 208.

[2]) Wien. Fasz. 49. Die kath. Orte an Ferdinand III. 4. März 1639. — St. A. L. Gesandte. Urk. Fasc. 12. Ferdinand III. an die kath. Orte, 25. Mai 1639. — Röm. Reich. Gesandte. Akten. Ferdinand III. an die kath. Orte, 14. Nov. 1639. — Abschiede 1640. fol. 44. Instr. Schwarzenbergs v. 14. Nov. 1639. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 52. S. 210.

den Schweizern wenig zu erwarten, wenn der Kaiser nicht die alten Traktate geheim halte und nicht befehle, daß man mit dieser Nation auf die frühere Weise verfahre, indem man die Hoffnung auf das negotium cognitum aufrecht erhalte. Die katholischen Orte wollten nicht, daß diese geheimen Dinge einem Dritten anvertraut würden, und wünschten mit keinem andern als mit Schwarzenberg darüber zu verhandeln. Bekräftigt wurde diese Behauptung durch ein beigelegtes Schreiben der beiden Schultheißen Jost Fleckenstein und Jost Bircher und des Stadtschreibers Hartmann an den Kaiser. Was aber die Luzerner für möglich und für vereinbar mit ihrem Gewissen hielten, die Anrufung evangelischer Hilfe und zugleich ein geheimes Komplott gegen die Helfer, das behagte Ferdinand III. nun doch nicht mehr. Gegen die Umtriebe des Freiherrn in der Eidgenossenschaft hatten sich auch schon außerhalb derselben Stimmen erhoben; er scheint am Innsbrucker Hofe Gegner gehabt zu haben, und einer der bedeutendsten dürfte der Kanzler Volmar gewesen sein, der sich bekanntlich später bei den Verhandlungen Wettsteins in Münster den Bestrebungen der evangelischen Orte sehr gewogen erwies. Gerade Volmar hatte nun der Kaiser, lange bevor er den Bericht Schwarzenbergs erhielt, neben dem Grafen von Wolkenstein für die Gesandtschaft ausersehen, die von der gesamten Eidgenossenschaft Unterstützung bei der Rückeroberung Breisachs verlangen sollte [1]). Schwarzenberg bekam also das gewünschte Kreditiv nicht, und sein Auftrag bei den katholischen Orten war im Grund erledigt. Nicht zum erstenmal in seinem Ansehen als kaiserlicher Vertreter durch Nebenbuhler beeinträchtigt, bat er den Kaiser um seine endgültige Entlassung, die ihm gewährt

---

[1]) Wien. Fasz. 37. Depeschen Schwarzenbergs v. 2. März 1640. — Fleckenstein, Bircher u. Hartmann an Ferdinand III. 2. März 1640. — St. A. L. Gesandte. Urk. Fasc. 12. Ferdinand III. an Fleckenstein, Bircher u. Hartmann. 22. März 1640. — Abschiede 1640. fol. 46. Vortrag Volmars u. Wolkensteins vor d. kath. Gesandten auf d. Tagsatz. in Baden, März 1640. — Absch. S. 1162 ff.

wurde. Im Juni verabschiedete er sich von den Boten der katholischen Orte auf der Luzerner Konferenz; für immer verließ er Luzern aber erst im Mai 1641. In seinem Dank- und Abschiedsschreiben an die Stadt, die ihm während acht Jahren Gastfreundschaft erwiesen hatte, hob er noch einmal die gegenseitige Vertraulichkeit und den daraus erwachsenen Nutzen für die katholischen Orte hervor, die kraft der erhaltenen Sincerationen in ihren Freiheiten und Privilegien vom Kaiser und vom Erzhaus nie mehr würden angefochten werden [1]). Mit seiner Person verschwand auch das negotium cognitum; denn dem Herrn von Schönau blieben diese Geheimnisse verborgen.

Auch den evangelischen Orten wurde ihre wahre Beschaffenheit niemals bekannt. Eine Ahnung von den unlauteren Machenschaften hatten sie allerdings: durch irgendeine Indiskretion verlautete etwas davon zu Beginn des Jahres 1635, und bald darauf erteilte ihnen ein Unbekannter eine Warnung, die katholischen Orte seien in ein geheimes Bündnis mit dem Hause Österreich getreten, das ihren gänzlichen Ruin bezwecke. Manche erblickten darin ein schwedisches Manöver, andere glaubten daran; besonders im Jahre 1638 wurde der Argwohn sehr lebendig [2]). Allein zur Gewißheit gelangten die Evangelischen nie — man darf sagen glücklicherweise; denn vielleicht wäre die eidgenössische Neutralität darüber vollends in die Brüche gegangen.

---

[1]) St. A. L. Gesandte. Urk. Fasc. 12. Ferdinand III. an die kath. Orte und an Luzern, 18. April 1640. — Röm. Reich. Gesandte. Akten. Schwarzenberg an die Gesandten auf der Luzerner Konferenz. 21. Juni 1640. — Schwarzenberg an Luzern. 16. Mai 1641.

[2]) B. A. Dep. Rossos v. 18. Jan. 1635. Bd. 45. S. 456 f. — Dep. Flemings v. 5./15. Febr., 27. Aug., 24. Sept. 1635. — Dep. Vicos v. 5. Juni 1638. Bd. 50. S. 85.

5. Die Teilnahme Frankreichs am deutschen Krieg und ihre Folgen für die Eidgenossenschaft.

a) Die Eidgenossenschaft und Frankreich im Jahre 1635.

Als die evangelischen Orte im Herbst 1634 nach der schwedischen Niederlage ihre Zuflucht zu Frankreich nahmen und ihre Gesandten nach Paris schickten, beruhte ihr Glaube an ein günstiges Ergebnis fast ausschließlich auf dem Gegensatz der französischen Politik zu derjenigen ihrer Eidgenossen von der andern Religion. Allein wenn sie hofften, daß sich Frankreich nach dem Bundesschwur in Mailand gänzlich von den katholischen Orten abwenden und rückhaltlos ihre eigene Partei ergreifen würde, gaben sie sich einer Täuschung hin. Die Gesandten in Paris kamen bald zu der Überzeugung, daß es das beste sei, „wenn Gott ihr Vaterland weiter in Gnaden also wolle erhalten, daß man fremder Hilfe nit bedürfe"[1]. Ein Bruch zwischen den Orten lag selbstverständlich nicht im Interesse des Landes, das seine besten Soldaten aus der Eidgenossenschaft bezog, und jetzt, da man an eine offene Kriegserklärung an das Haus Habsburg dachte, weniger als je. Auch mußte der König auf die Wahrung seines Rufes als katholischer Fürst bedacht sein und konnte sich nur dann zum Schützer der Evangelischen aufwerfen, wenn es sein politischer Vorteil unbedingt erheischte, was hier nicht der Fall war. Alle jene Vorschläge der Gesandten, die auf eine Waffenhilfe beim Kesselringhandel, die Bildung einer evangelischen armée volante und die Auflösung des Bündnisses zwischen Frank-

---

[1]) Über diese Gesandtschaft vgl. die tagebuchartigen Aufzeichnungen Hirzels, Z. B. Z. Ms. J. 190; die Berichte Hirzels aus Paris, St. A. Z. A. 225. 8. Nr. 116—130; die Berichte Erlachs, St. A. B. Zeitungsschreiben II, meistens gedr. im Geschichtsforscher XII; Absch. S. 932 ff.; Ella Wild l. c.; Rott IV, 2, S. 205 ff. Letzterer urteilt über das Resultat der Gesandtschaft viel optimistischer als die Gesandten selber.

reich und den spanienfreundlichen Orten zielten, waren von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Beinahe ein halbes Jahr verhandelten Hirzel und seine Genossen mit der französischen Regierung, um am Ende ungefähr gleich weit zu sein wie am Anfang. Als sie sich Mitte März vom Hofe verabschiedeten, hatten sie trotz unendlicher Mühe und manch scharfer Auseinandersetzung nicht mehr erreicht, als allgemeine Erklärungen und längst bekannte Versprechungen. In den Hauptpunkten wurden sie, ähnlich wie einst ihre katholischen Vorgänger, auf den neuen Ambassador verwiesen, den Nachfolger des im Herbst plötzlich verstorbenen Vialard. Nicht einmal für die Erstattung der schuldigen Summen, welche besonders Erlach als geringste Konzession nachdrücklich forderte, brachten sie irgendwelche realen Garantien nach Hause, und auch die Wünsche der Kaufleute harrten noch lange auf Befriedigung.

Eine der Verheißungen, mit welchen sich die evangelischen Gesandten abspeisen lassen mußten, lautete, der König werde viel mehr tun, als man meine, und der mitteilsame Kapuziner Pater Joseph, der Freund und Ratgeber Richelieus, gab ihnen trotz des großen Geheimnisses leise zu verstehen, daß man an die Rückeroberung des Veltlins denke[1]). Wirklich hatte sich im November 1634 Herzog Rohan zur französischen Armee nach Lothringen und dann ins Elsaß begeben als prädestinierter Leiter des längst geplanten, immer wieder verschobenen und erst mit dem Entschluß zum offenen Krieg reif gewordenen Unternehmens, das nun in aller Stille vorbereitet wurde. Zu Beginn des Jahres 1635 sandte Zürich den Obersten Ulrich ins Elsaß, vermutlich, um sich über den Auftrag des Herzogs und seine eigentlichen Absichten zu erkundigen. Rohans einstiger Vertrauensmann konnte diese letzte seiner vielen Reisen nicht zu Ende führen; er erkrankte auf dem Wege, kehrte um und starb einige Tage darauf in der Heimat[2]). Aber Mitte März ließ der Herzog selber die Regierungen

---

1) Bericht Hirzels aus Paris v. 17. Febr. 1635. St. A. Z. A. 225. 8. Nr. 130.
2) B. A. Dep. Rossos. Bd. 45. S. 497.

Zürichs und Berns von seinem bevorstehenden Zug nach Bünden durch den Herrn de la Baume unterrichten, damit sie heimlich die nötigen Anordnungen für den Durchmarsch der Truppen geben konnten. Sie taten es mit großer Bereitwilligkeit: galt es doch die Erfüllung eines lang gehegten Wunsches[1]). Am 18./28. März traf Rohan in Basel ein und erhielt am folgenden Tag den Paß für sein Heer bewilligt, während kurz vorher die Basler dem Herzog von Lothringen ein ähnliches Gesuch um der Neutralität willen abgeschlagen hatten[2]). Rasch zogen die französischen Soldaten durch den Aargau, die Grafschaft Baden und zürcherisches Gebiet nach dem Lande des Abtes von St. Gallen und dann weiter über Sargans nach Bünden. Schon am 2./12. April war Rohan in Chur und einige Tage darauf im Veltlin.

Der Herzog, des Einverständnisses der wichtigsten evangelischen Orte sicher, war nur darüber im Zweifel gewesen, wie er sich zu den katholischen Orten, den Mitregenten der gemeinen Vogteien, die er bei seinem Zuge berühren mußte, stellen sollte. Laut des französischen Bündnisses hätte nach förmlicher Anfrage der Paß bewilligt werden müssen; aber es kam Rohan, wie einst Horn, alles auf Schnelligkeit und Überraschung an, und so befolgte er den Rat Méliands, des neuen Ambassadors, und verlangte den Paß erst auf dem Marsche von Aarau aus, während seine Truppen weiterzogen[3]).

---

[1]) St. A. Z. A. 225. 51. Kreditiv Rohans für de la Baume, 6./16. März; Bullion an Zürich 18./28. März; Rohan an Zürich 27. März/6. April. — B. IV 96. Fol. 136 f. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 8. S. 118 ff. Bern an die Schultheißen von Königsfelden und Brugg, 14. März. — Die Darstellung bei Rohan, Mémoires et lettres sur la guerre de la Valteline I, S. 128, nach welcher ein Abgesandter Rohans est nach dessen Ankunft in Basel nach Bern gehen sollte, um dort den Paß zu verlangen, stimmt also nicht genau, infolgedessen auch nicht die bei Pieth, Die Feldzüge des Herzogs Rohan etc. S. 10 f. u. 150 f.

[2]) St. A. Ba. Missiven 134. 19. März. — Ratsprotok. 1635. 14. Febr., 18., 21. März. — Im Mai bewilligte dann Basel den Paß für 3—4000 Mann unter dem Herzog v. Lothringen. Ratsprot. 27. Mai.

[3]) B. A. Dep. Méliands v. 6. April 1635. Layette XV. — Rohan, Mémoires et lettres. I. S. 124 ff. — Rott IV, 2. S. 212 ff.

Die katholischen Orte unterhielten nicht so gute Beziehungen zu Rohan und Frankreich, daß sie sich über die Formlosigkeit dieses Vorgehens ohne weiteres hinweggesetzt hätten. Längst verärgert über „den Stylum des seligen Herrn Vialard“ waren sie kürzlich noch viel spöttlicher traktiert worden, als sie bei dem Marquis von Bourbonne in Mömpelgard um Befreiung des Bischofs von Basel von den französischen Einquartierungen und Lieferungsbegehren angehalten hatten. Der Franzose erfüllte die Bitte der Gesandten nicht und behandelte sie so, daß sie den Eindruck hatten, man betrachte sie nicht mehr als Bundesgenossen des Königs. Bereitwilliger nahm Rohan ihre Fürbitte für den Bischof im März in Mülhausen entgegen, da er eben nach Bünden aufbrechen und schon deswegen die verlorene Gunst der katholischen Eidgenossen gern zurückerobern wollte[1]). Allein der gute Eindruck wurde rasch durch die wenig respektvolle Eile bei seinem Zug durch die gemeinen Herrschaften verwischt. Die Proteste der katholischen Orte dagegen und gegen den Mangel an Vertraulichkeit bei den Evangelischen blieben denn auch nicht aus; an eine Verhinderung des Durchmarsches war natürlich nicht zu denken. Die Herren von Bern gestatteten sich eine offizielle Lüge und behaupteten, sie hätten von der Ankunft des Herzogs nichts gewußt und ihm den Paß, um den er erst schriftlich ersucht habe, als er schon an der Grenze stand, kraft des Bundes gewähren müssen[2]). Mit dieser unabweislichen Verpflichtung entschuldigte man sich später auch bei dem Kaiser und der Erzherzogin, die aus dem französischen Durchzug eine Verletzung der Erbeinigung machen wollten.

Das Eingreifen Frankreichs in Bünden leitete seine offene Teilnahme am Kriege gegen das Haus Habsburg ein und ver-

[1]) St. A. L. Frankreich. Gesandte. Instr. v. 19. April 1635. — Absch. S. 921 f. — Rott IV, 2. S. 201 f. — Vautrey, Histoire des Evêques de Bâle. II. S. 200 ff.

[2]) St. A. Z. A. 248. 14, März u. April 1635. — St. A. L. Abschiede 1635 Fol. 32, 40 f. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 8. S. 131. — Absch. S. 925 ff.

schob die Lage in der Eidgenossenschaft insofern zugunsten der evangelischen Orte, als die gefürchtete kaiserlich-spanische Macht es nun mit einem neuen Gegner zu tun hatte[1]). Ein wesentlicher Nutzen für ihre konfessionellen Bestrebungen konnte ihnen jedoch aus der französischen Politik nicht erwachsen. Ende März war in Solothurn der neue Ambassador Méliand eingetroffen, das Muster eines gewandten und geschmeidigen Diplomaten und wie geschaffen für seine Aufgabe, sich zwischen beiden Parteien in der Mitte zu halten und keine abzustoßen[2]). Bei den Verhandlungen mit den Evangelischen, die sogleich nach der Rückkehr ihrer Gesandten aus Paris einsetzten, übte er sich in freundschaftlichen Versicherungen und den Künsten der Verzögerung, animierte aber zu Rüstungen, angeblich damit den Protesten gegen das Urteil im Kesselringprozeß der ernsthafte Hintergrund nicht fehle, in Wahrheit, um gegen die katholischen Orte, die eben im Begriff waren, Spanien einen Aufbruch zu bewilligen, ein Gegengewicht zu bilden[3]). Aber Zürich und Bern hatten keine Lust mehr, mit dem Schwerte zu klirren, besonders seit sie wußten, daß die evangelische „armée volante“ ein Traum bleiben und Frankreich mit den katholischen Orten nicht brechen würde. Wohl erging man sich im Frühling 1635 auf den Aarauer Konferenzen wieder in theoretischen Erörterungen über die Notwendigkeit eines Defensionalwerkes; allein die praktische Ausführung hinderten wie immer die Geldfrage und das Gefühl, auf sich allein angewiesen zu sein. Infolgedessen beschränkten sich die Taten, die man im Laufe des Jahres 1635 zur Herstellung der Ehre Kessel-

---

[1]) In einer spätern Instruktion Schaffhausens heißt es, es sei weltkündig, daß infolge des Aneinandergeratens der mächtigen Potentaten dem evangelischen deutschen Wesen und auch der Eidgenossenschaft nicht wenig Luft und Ruhe geschaffen worden sei. St. A. Sch. Instr. v. 28. Juni 1641.

[2]) B. A. Instructions et Pouvoirs donnés par la cour de France etc. 1631—48. Layette X.

[3]) B. A. Dep. Méliands v. 3. u. 19. Mai. Layette XVII. — Absch. S. 931 f., 936 ff.

rings unternahm, auf schriftliche und mündliche Beschwerden und die Abfassung eines Gegenurteils, das nicht veröffentlicht wurde. Wollte Zürich um der Reputation willen etwas schärfer vorgehen und sich womöglich an den Kriegsräten schadlos halten, so stellten ihm die andern, auch Bern, die schwierigen Zeiten vor Augen, und die gelinderen Mittel trugen jedesmal den Sieg davon.

Nicht einmal die Not Mülhausens bewog Frankreich zu größeren Konzessionen, und die Verbindlichkeiten der evangelischen Städte blieben in dieser Beziehung genau gleich wie vorher. Mülhausen war in den vergangenen Jahren aus der Sorge vor einem kaiserlichen Angriff nicht herausgekommen und hatte sich fortwährend an seine eidgenössischen Verbündeten um Unterstützung gewandt. Im Oktober 1633, als die Armeen Ferias und Aldringens im Elsaß lagen, wollte es sich unter Aufgabe seiner Selbständigkeit gänzlich in die Arme der vier Städte werfen; aber diese befanden sich damals und später nicht in der beneidenswerten Lage, ein so unbequemes Geschenk annehmen und das bekannte Interesse Frankreichs an der elsässischen Reichsstadt hintansetzen zu können. Sie empfahlen diese also durch Rohan dem König und rieten ihr, in ihrem jetzigen Stand zu verbleiben[1]). Die Bedrängnis Mülhausens durch die vorderösterreichische Regierung, welche die Rückerstattung des verschleppten österreichischen Eigentums erzwingen wollte, hörte aber nicht auf, und im Dezember machte der Kanzler Volmar der Erzherzogin Claudia den Vorschlag, sich der widerspenstigen Stadt mit Gewalt zu bemächtigen, ungeachtet ihres Bundes mit den calvinischen Schweizern, deren angebliche Neutralität man dank ihren gefährlichen Praktiken während dieses Kriegswesens nicht zu akzeptieren brauche[2]). Der

---

[1]) St. A. Z. A. 206. 7. Korresp. v. 26. Okt. bis 2. Dez. 1633. — A. 225. 8. Nr. 88. — Absch. S. 802. — Grober, l. c. S. 22 f.

[2]) St. A. Sch. Korrespondenzen. 1640. Beilage zu einem Schreiben des Generalmajors von Erlach-Castelen an Joh. Jak. Ziegler v. 2./12. März 1640. Das Projekt Volmars, der damals der Eidgenossenschaft nicht sehr

schlimme Anschlag, der damals Geheimnis blieb, wurde nicht ausgeführt, und einige Zeit hatte Mülhausen Ruhe, bis die heranrückenden Spanier und die schwedische Niederlage bei Nördlingen neue Befürchtungen auslösten. Wieder suchte die Stadt guten Rat bei ihren Verbündeten. Nichts kennzeichnet so sehr deren Mutlosigkeit nach dem Unglück ihrer schwedischen Freunde wie der momentane Entschluß, „die Vorwehr und den Schlüssel zur Eidgenossenschaft“ aufzugeben und „zwischen zwei Übeln das bessere zu wählen“. Am 20. September teilte Zürich Mülhausen mit, man habe nichts dagegen, wenn es sich in die Protektion Frankreichs begebe, aber „in höchster geheimb der Österreichischen“ und unter Wahrung der geistlichen und leiblichen Freiheiten und des eidgenössischen Bundes. Es wäre den vier Städten damals sehr angenehm gewesen, wenn sie die Lasten für den zugewandten Ort ganz auf die Schultern des französischen Bundesgenossen hätten wälzen können; der aber war dafür nicht empfänglicher als sie selber. Obgleich Vialard seine Regierung darauf aufmerksam machte, daß die Eroberung dieser so günstig im Elsaß gelegenen Stadt durch die Kaiserlichen verhindert werden sollte, so hütete sich Richelieu vor der offiziellen Protektion eines Platzes, der schlecht befestigt war und voraussichtlich nicht gehalten werden konnte. Der Mülhauser Rat meldete zwar Mitte November seinen eidgenössischen Verbündeten feierlich, daß er ihren Rat befolgt und sich heimlich ohne Wissen der Bürgerschaft in den Schutz des französischen Königs gestellt habe, wobei er in beweglichen Ausdrücken bat, in ihrem gegenseitigen Verhältnis keine Änderung eintreten zu lassen. Eine öffentliche Bestätigung dieser Protektion von seiten Frankreichs erfolgte jedoch nicht, und die Gesandten der evangelischen Orte in Paris, deren Auftrag auch den Schutz Mülhausens betraf, waren nicht lange im Unklaren darüber, daß der König über die üblichen Versprechungen

---

freundlich gesinnt war, wurde nach der Eroberung Breisachs durch Bernhard von Weimar unter den dortigen Akten gefunden. Es datiert v. 19. Dez. 1633.

seiner Hilfe im Notfall nicht hinausgehen würde[1]). Die Lage der Stadt blieb also unsicher: nur daß nach der Ankunft Rohans im Elsaß für kurze Zeit ein französischer Befehlshaber vorhanden war, auf den man sich verlassen konnte. Trotz seines Entgegenkommens wandten sich aber die Mülhauser beim Heranrücken der wilden lothringischen Scharen im Frühjahr 1635 wieder an die vier evangelischen Städte, deren Hilfe nicht, wie die französische, verdächtige Nebenabsichten in sich schloß. So gern sich diese der schweren Pflicht entledigt hätten, so trauten sie einerseits den französischen Versprechungen nicht recht, und anderseits kam ihnen das Bedenkliche einer völligen Preisgabe des zugewandten Ortes mehr zum Bewußtsein, als zur Zeit der ersten Aufregung nach der Nördlinger Schlacht. Besonders für die Basler war die königliche Schutzherrschaft über die benachbarte Reichsstadt kein angenehmer Gedanke. Nach einigen Schwankungen sah man ein, daß ein eidgenössischer Zusatz für Mülhausen in jeder Beziehung ersprießlicher sein würde als ein französischer, und im März waren Zürich und Bern zur Sendung eines solchen bereit. Sie hofften freilich, die Kosten dafür Frankreich aufladen und dank der Anwesenheit Rohans im Elsaß die österreichische Paßgewährung umgehen zu können. Aber Méliand erklärte, daß er bezüglich Mülhausens gar keinen Auftrag habe, und der Abzug Rohans nach Bünden gestaltete die Sache schwieriger. Lediglich der gute Wille Zürichs verhalf dazu, daß im Mai endlich eidgenössische Soldaten zum Teil auf geheimen Wegen in die Reichsstadt einrückten[2]). Darüber aber waren die vier Städte nicht mehr im Zweifel, daß sie auf die Unterstützung Frankreichs hier nicht rechnen konnten.

---

[1]) St. A. Z. A. 206. 7. Korresp. v. 7. Juli bis 15. Nov. 1634. — B. IV. 95. fol. 178, 265, 356. — Ratsm. Nr. 407. fol. 20. — B. A. Dep. Vialards v. 13. Okt. 1634. Layette III. — Absch. S. 886 f. — Grober, l. c. S. 25 f.

[2]) St. A. Z. A. 206. 8. Korresp. v. Febr. bis Mai 1635. — B. IV. 95 fol. 549 ff.; 96 fol. 2 ff., 127 ff., 363 ff. — B. VIII 15 fol. 124 ff. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1635. Instr. f. Wettstein v. 14. Febr. u. 12. März. — Absch. S. 918 ff., 930 ff., 935 f.

Für die katholischen Orte bedeutete die offene Waffenerhebung des französischen Bundesgenossen gegen Spanien eine Erschwerung ihrer Stellung zwischen den beiden Mächten, obgleich diese aus ihren Diensten für den Gegner auch jetzt kein unverzeihliches Verbrechen machten. Sie verstanden es übrigens, wie Méliand bald heraus hatte, „für alle Dinge zwei Interpretationen zu haben", die eine für Frankreich, die andere für Österreich, je nach ihrem Vorteil[1]). Im allgemeinen freilich gehörten ihre Neigungen durchaus dem Hause Habsburg. Daher waren die Bemühungen des Ambassadors, sie vom Vertrage mit Spanien abzubringen oder ihn in den unangenehmsten Punkten abzuschwächen, nur von geringem Erfolg begleitet. Einzig die Urner, die als eigentliche Gebieter des Gotthardpasses am meisten umworben waren, verstanden sich im Juli zu einem Reversbrief des Inhalts, daß sie nie die Meinung gehabt hätten, die Freigrafschaft Burgund gegen den französischen König zu verteidigen. Ähnliche Verhandlungen mit den Schwyzern scheiterten, und anfangs 1636 widerriefen auch die Urner ihre Zugeständnisse[2]). Es wäre nicht erquicklich, alle die Schwankungen zugunsten der einen oder der andern Partei zu verfolgen, da sie sich meistens mehr nach der Größe der Angebote als nach politischen Zielen richteten. Die Geldgier der damaligen Eidgenossen, vor allem der armen, auf Solddienste und Pensionen mehr als die reicheren Städter angewiesenen Bewohner der Länder, ist bekannt genug, jene Geldgier, über die sich die fremden Gesandten unaufhörlich entrüsteten und die dem bedauernswerten, mit klingenden Mitteln schlecht versehenen savoyischen Grafen della Manta so viele Seufzer auspreßte, daß ihm die Vertretung in der Eidgenossenschaft als eine Hölle für die Gesandten und ein Purgatorium für die Fürsten

---

[1]) B. A. Dep. Méliands v. 26. Mai 1635. Layette XVII.

[2]) B. A. Dep. Rossos. Bd. 46. S. 78 ff. — Dep. Méliands v. April bis Juli 1635. Layette I, XVI bis XXI. — Dep. Scottis v. 19., 29. Juli 1635, 16. Jan. 1636. — Rott V, S. 24 ff., 51. — Der in den Absch. S. 872 gedruckte Revers von Schwyz kam nicht zur Ausführung.

erschien[1]). Dennoch ist zu beachten, daß die katholischen Orte mit wenig Ausnahmen ihre Verträge mit den fremden Mächten nach Möglichkeit hielten und daß ihre Vorliebe für die Partei, die als die Beschützerin des Glaubens galt, immer wieder zum Durchbruch kam und somit doch das Materielle dem Ideellen untergeordnet war; denn Frankreich hätte ihre Ansprüche wohl nicht unpünktlicher als Spanien befriedigt, wenn sie ihm die gewünschten Konzessionen gemacht hätten.

Einiges Nachdenken bereitete den katholischen Orten zunächst die veltlinische Frage, die durch den Zug Rohans in Fluß gekommen war. Über das, was ihnen besonders am Herzen lag, wußte sie Méliand bald zu beruhigen, indem er schon Mitte April bei Anlaß seiner Begrüßung ihren Deputierten mitteilte, daß der König im Veltlin nur den wahren Glauben zulassen werde. Bald darauf wurde ein Manifest im Namen Rohans verbreitet, das eine ähnliche Erklärung nebst der Versicherung enthielt, daß den Bündnern ihre Untertanenländer zurückgegeben werden sollten. Die Aufregung der Evangelischen über diese konfessionelle Engherzigkeit war nicht gering. Erstaunlich sei es, schrieb Schultheiß Erlach dem englischen Residenten, daß der König im fremden Lande nicht erlauben wolle, was er im eigenen gestatte; diese Politik werde für ihn verhängnisvoll sein: denn die Maxime stehe fest, „jeder gute Katholik ist gut spanisch“. Es zeigte sich dann, daß der in Frankreich gedruckte Text des Manifestes weniger schroff lautete, als der zuerst handschriftlich veröffentlichte, und daß die Wiedereinführung der evangelischen Religion im Veltlin insofern nicht ganz ausgeschlossen war, als man hoffen konnte, die Bündner würden, wenn sie erst einmal wieder Herren des Landes wären, schon dafür sorgen. Dies und die Gewißheit, daß es sich im Kampfe zwischen Spanien und Frankreich mehr um die Pässe als die Religion handelte, bewog die Zürcher dazu, einen eidgenössischen Aufbruch für Bünden zu bewilligen, allerdings erst, nachdem sie die französischen Unterhändler an das

---

[1]) B. A. Dep. della Mantas v. 12. Aug. 1642.

Bedenkliche des Manifestes, die Verzögerung in der Befriedigung ihrer Forderungen und die Unterlassung einer Hilfsaktion für Mülhausen erinnert hatten. Das Entscheidende war für Zürich und Bern, das ebenfalls vier Kompagnien hergab, die Restitution der bündnerischen Untertanenländer überhaupt; die Entwicklung der konfessionellen Dinge überließen sie der Zukunft. Sehr verschieden verhielten sich die katholischen Orte bei der militärischen Unterstützung des Veltlinerzuges. Freiburg und Solothurn gewährten den Aufbruch rasch, Uri, wo momentan der französische Einfluß dominierte, ebenfalls; Luzern zögerte, und Schwyz, Zug und Unterwalden verweigerten ihre Mitwirkung unter dem Vorwand, sie brauchten ihr Volk im eigenen Land. Jenes Versprechen, nur die katholische Religion im Veltlin zu dulden, wog nicht so schwer, wie die Gewißheit eines Zusammenstoßes mit den kaiserlichen und spanischen Truppen [1]).

Bald nach Rohans Ankunft im Veltlin hatte Oberst Zwyer in österreichischem Auftrag unter einem Vorwand versucht, von den katholischen Orten eine Erklärung über ihr künftiges Verhalten zu erlangen. Der Rat von Luzern entließ ihn ohne eine bestimmte Antwort [2]). Anfangs Juni, gerade als der Zug Fernamonts durch das Münstertal nach Bormio die Kriegsoperationen einleitete, traf in Zürich ein kaiserliches Schreiben ein. Ferdinand II. kündigte hier den dreizehn Orten an, er werde dem französischen Einbruch, falls ihre guten Dienste nicht die Abführung des feindlichen Volkes zustande brächten, Widerstand

[1]) St. A. Z. A. 248. 14. Akten v. April u. Mai 1635. — B. VIII 15. fol. 128. — Ratsmanual Nr. 408 S. 46 ff. — St. A. L. Bünden. Fasc. IX. 1635. — B. A. Dep. Méliands. Layette XVI bis XIX. — Dep. Rossos. Bd. 46. S. 170, 178. — Dep. Flemings. For. Off. Switz. Nr. 4. Erlach-Spiez an Fleming. 12./22. April 1635. — Absch. S. 937, 939 f., 942 ff. — Rott V, S. 13, 20, 27 ff. — Rohan, Mémoires et lettres II, S. 1 ff. — D. Veraguth, Herzog Rohan und seine Mission in Graubünden und im Veltlin. Diss. 1892. S. 56 f.

[2]) B. A. Dep. Rossos. Bd. 46. S. 72. — Dep. Scottis v. 18. April 1635. — Absch. S. 944. — Rott V. S. 52.

leisten und setze dabei kraft der Erbeinigung die Paßgewährung für seine Soldaten und alle Beförderung voraus. Auf der Jahrrechnungstagsatzung gab sich der Übermittler dieses Schreibens, der Graf von Hohen-Ems, die größte Mühe, die Orte zu einer Festlegung ihrer Stellung gegenüber der Veltlinerangelegenheit zu bringen, wobei er die Drohung einfließen ließ, der Kaiser werde seine Feinde überall, sei es im Veltlin, in Bünden oder in der Schweiz, zu finden wissen. Man antwortete wie gewohnt, daß man die Erbeinigung halten wolle, und entschuldigte die Durchmarschbewilligung für die französischen Truppen mit dem Bündnis und mit der Behauptung, daß die Absicht des Königs nicht gegen Österreich, sondern nur darauf gerichtet sei, den Bündnern ihre verlorenen Herrschaften zurückzugeben [1]).

Inzwischen aber hatten die katholischen Orte mit den guten Diensten, die ihr kaiserlicher Freund von der Eidgenossenschaft forderte, schon einen Anfang gemacht. In Übereinstimmung mit Schwarzenberg schilderten die Deputierten des Vorortes auf der Konferenz in Luzern am 14. Juni n. St., wie bedauerlich es wäre, wenn die beiden Kronen durch Blutvergießen den Austrag suchten, und wie gut es den katholischen Orten anstehen würde, sich hier einzuschlagen und auf Wege zur Restitution des Veltlins an Bünden unter Versicherung des wahren Glaubens zu sinnen. Die Versammlung beschloß hierauf, die Meinung Méliands und der in Luzern residierenden Diplomaten über eine Vermittlung der katholischen Orte anzuhören, und als der Vorsatz allerseits gelobt wurde, offenbarte man ihn in offiziellen Schreiben den Königen von Spanien und Frankreich, sowie dem Papst und dem Kaiser [2]). Auf päpstliche Unterstützung hofften die katholischen Orte deswegen, weil sich Urban VIII. schon vor zwei Jahren für eine Be-

---

[1]) St. A. Z. A. 248. 14. — Absch. S. 948.

[2]) St. A. L. Abschiede 1635. fol. 62, 78, 80 ff. — Frankreich. Kriege. Instr. f. Lorenz Meyer u. Jost Bircher. 15. Juni 1635. — 30jähr. Krieg. 1635. 22. Juni bis 7. Juli. — Wien. Fasz. 33. Vortrag Schwarzenbergs auf der Luzerner Konf., 14. Juni 1635. — Fasz. 35. Dep. Schwarzenbergs v. 17. Juni 1635. — Absch. S. 943 f.

tätigung ihrerseits zur Herstellung des Friedens zwischen den rechtgläubigen Fürsten ausgesprochen hatte[1]). Allein Nuntius Scotti, der ganz auf seiten Frankreichs stand und sich über die Weltfremdheit und den Optimismus mancher Magistraten in Hinsicht auf die Friedensmöglichkeiten beinahe lustig machte, setzte ihnen auseinander, daß sich der heilige Vater mit der Rückgabe des Veltlins an die Bündner nicht befassen werde, weil er mit Häretikern nicht verhandeln könne. Freiburg meinte darauf, es wäre unnötig, dieses Geschäft weiter zu betreiben, da die Parteien allzusehr auseinander seien[2]). Auch in Mailand war das Anerbieten der katholischen Orte nicht sonderlich willkommen. Der Gubernator, Kardinal Albernoz, billigte zwar im Namen seines Königs alle Mittel, die zum Frieden dienten, verstand aber darunter nicht die Restitution des Veltlins, sondern die Herstellung der Zustände, wie sie der Vertrag von Monsonio geschaffen hatte[3]). Zugänglicher erwies sich Kaiser Ferdinand. Der Freiherr von Schwarzenberg nahm das schriftliche Vermittlungsangebot der katholischen Orte mit, als er im Juni nach Wien reiste, und diese Angelegenheit bildete einen Hauptgegenstand seiner dortigen Unterredungen. Man versprach sich am Hofe nicht allzu viel von der Friedensinterposition, desto mehr von dem heimlichen Beistand, den die katholischen Orte und ihre bündnerischen Glaubensgenossen bei einer friedlichen oder gewaltsamen Entfernung der Franzosen aus dem Veltlin leisten sollten. Schwarzenberg erhielt also den vertraulichen Auftrag, sie in diesem Sinne zu bearbeiten und vor allem darauf zu dringen, daß sie nach dem Abzug Rohans das Veltlin bis zum Friedensschluß in ihre Verwahrung

---

[1]) St. A. L. 30jähr. Krieg 1633. Barberini an Scotti, 12. Febr.

[2]) St. A. L. Religionshändel. Barberini an die kath. Orte, 28. Juli 1635. — Päpstliche Breven. Urban VIII. an die kath. Orte, 4. Aug. 1635. — 30jähr. Krieg 1635. Freiburg an Luzern, 11. Sept. — B. A. Rom. Nr. 93. Dep. Scottis v. 16. Juni, 8. u. 15. Juli 1635; Nr. 95. Barberini an Scotti, 28. Juli 1635.

[3]) St. A. L. Bünden. Fasc. IX. Albernoz an die kath. Orte, 30. Juli 1635. — Sprecher v. Bernegg II S. 156 f. — Rott V. S. 79 f.

nähmen, weil man auf diese Weise des Passes sicher zu sein glaubte. Nach dem Frieden, erklärte Ferdinand II., würde er nichts gegen die Restitution der bündnerischen Untertanenländer haben, vorausgesetzt, daß die Rechte des römischen Reiches und des österreichischen Erzhauses, sowie die Alleinherrschaft der katholischen Religion vorbehalten würden[1]).

Das Depositum des Veltlins in ihre Hand hatten die Gesandten auf der Luzerner Konferenz im Juni auch erwogen; aber viele empfanden Scheu davor, „sich in Italien einzumischen“, und so ließ man den Gedanken fallen[2]). Jetzt aber, nachdem er von anderer Seite vertreten wurde, galt es, sich mit ihm vertrauter zu machen, besonders als eine offizielle kaiserliche Aktion dafür begann. An Stelle Schwarzenbergs, der anscheinend aus persönlichen Gründen das Veltliner Geschäft nicht weiterführen wollte, ernannte der Kaiser den oberösterreichischen Regimentsrat Anselm von Fels zu seinem Abgeordneten für diese Angelegenheit, und im September verlangte Luzern in dessen Namen eine Tagsatzung, ohne die Verhandlungsgegenstände zu nennen. Da dem eidgenössischen Vorort die „ungewohnten termini“ in dem beiliegenden kaiserlichen Kreditiv mißfielen, bewilligte er die Tagsatzung nicht, bis Fels die nötige Aufklärung erteilte. Auf der Versammlung der dreizehn Orte im Oktober eröffnete dann der Kommissär die Friedenswünsche seines Herrn und dessen Bereitwilligkeit zur Annahme der angebotenen Vermittlung und zur Übergabe des Veltlins an die sieben katholischen Orte bis zum endgültigen Vergleich der dabei interessierten Kronen. Für eine Beschlußfassung waren die eidgenössischen Boten natürlich nicht instruiert, und so nahmen sie die Sache ad referendum und setzten sich mit dem französischen Ambassador und den Bündnern in

---

[1]) St. A. L. 30jähr. Krieg. 1635. Instr. u. Kreditiv der kath. Orte für Schwarzenberg, 20. Juni 1635. — Gesandte. Urk. Fasc. 12. Ferdinand II. an die kath. Orte, 16. Aug. 1635. — Kopie der geheimen Nebeninstruktion für Schwarzenberg.

[2]) B. A. Dep. Scottis v. 16. Juni 1635.

Verbindung. Neben seiner öffentlichen Proposition vor der allgemeinen Versammlung machte aber Fels den katholischen Gesandten im geheimen eine besondere, die genau jener Anweisung an Schwarzenberg entsprach, wornach die sieben Orte „durch vertraute Personen in Bünden die Sache dahin richten sollten, damit die Reichsfeinde entweder durch gütliche Disposition oder mit ernsten Mitteln aus dem Veltlin zu weichen angehalten würden". Die Antwort auf diese Zumutung versparten die katholischen Gesandten auf eine spätere Konferenz in Luzern, während sie sich für das Depositum des Veltlins in ihre Hand empfänglicher zeigten [1]).

Bei dieser ganzen Angelegenheit kam natürlich vieles, ja beinahe alles auf die Macht an, die gegenwärtig im Besitz des vielumworbenen Paßgebietes war. Daß sich Frankreich dieses Vorteils aus Neigung für den Frieden und seine schweizerischen Bundesgenossen begeben würde, war nicht eben wahrscheinlich. Zwar nahm Méliand im Juni die erste Eröffnung der Luzerner Deputierten über den Vermittlungswunsch ihrer Obern höflich wie immer auf, bemerkte aber, er müsse zuerst die Meinung des Kaisers und des Königs von Spanien kennen, bevor er an den Hof berichten könne. Das Hinausziehen dieses Geschäftes, das er als eine Intrigue Casatis und Schwarzenbergs betrachtete und das für ihn nur platonische Bedeutung hatte, diente ihm lediglich dazu, die Katholischen nicht zu beleidigen, da er eben damit umging, einen Aufbruch für Frankreich zu bewerkstelligen. Als dann sein Spürsinn hinter die geheimen Verhandlungen zwischen Fels und den katholischen Gesandten in Baden kam, brauchte er sich keinen Zwang mehr aufzuerlegen. Er forderte von der Eidgenossenschaft

[1]) St. A. Z. A. 248. 14. Akten v. Sept. u. Okt. 1635. — B. IV 96. fol. 325 ff. — St. A. L. Abschiede 1635 fol. 146 ff. — Gesandte. Urk. Fasc. 12. Ferdinand II. an die kath. Orte, 21. Sept. 1635. — 30jähr. Krieg 1635. Akten v. Sept. u. Okt. — Absch. S. 957 f. — Sprecher v. Bernegg II. S. 157 ff. — Rott V, S. 80 ff., dessen Darstellung insofern mißverständlich ist, als er S. 82 den Hauptinhalt der geheimen Proposition des Herrn von Fels im Texte nicht gibt, sondern nur in Anmerk. 4.

Aufklärung darüber, obschon er genau unterrichtet war. Die evangelischen Orte versicherten wahrheitsgemäß, daß sie nichts davon wüßten; die katholischen leugneten diesen gegenüber gerade so unverfroren, wie die Berner ihre Kenntnis vom Durchmarsch Rohans, alle besonderen Traktate mit Fels ab, während sie dem Ambassador vermittelst eines Schreibens, das dem diplomatischen Geschick Stadtschreiber Hartmanns alle Ehre macht, „den unguten Wahn" zu nehmen trachteten [1]). Im übrigen waren sie selber von den kaiserlichen Vorschlägen, die auf eine gewaltsame Vertreibung der Franzosen aus Bünden zielten, nicht gerade erbaut. Den Herren von Luzern „fiel es ganz nachdenklich, unratsam und unmöglich vor", sich zu etwas anderem zu entschließen, wenn die gütliche Disposition nicht verfange. Auf der Konferenz in Luzern anfangs November, wo Fels um die versprochene Antwort anhielt, benützte man das Schweigen Frankreichs und der drei Bünde über die veltlinische Angelegenheit, um sich vorläufig jeder bestimmten Äußerung zu entziehen. Ebenso lehnte man eine Beeinflussung der Churer Bischofswahl ab und ließ den kaiserlichen Abgeordneten bald darauf ziemlich unbefriedigt abreisen [2]).

Das Depositum des Veltlins in ihre Hand kam für die katholischen Orte freilich immer noch in Betracht; aber die Hoffnung darauf stand auf schwachen Füßen. Schon vor der badischen Tagsatzung hatte Luzern eine Hauptschwierigkeit in der schlechten Neigung der Neugläubigen erblickt, auf diese Weise am Friedenswerk mitzuarbeiten, und in der Tat hatten die evangelischen Orte nicht die mindeste Lust dazu. So sehr sie im Sommer nach den Drohungen des Grafen von Hohen-Ems gefürchtet hatten, die Kaiserlichen möchten ihnen bei ihrem Zuge ins Veltlin „en passant einen guten Morgen wünschen" [3]), so wenig waren sie mit

---

[1]) St. A. Z. A. 248. 14. Akten v. Okt. u. Nov. 1635. — B. IV. 96. fol. 379 ff. — St. A. L. Abschiede 1635. fol. 174, 179, 182. — B. A. Dep. Méliands v. Juni bis Okt. Layette XVIII bis XXVI. — Absch. S. 963.

[2]) St. A. L. Abschiede 1635. fol. 157 f., 171 ff. — Absch. S. 959.

[3]) Hirzel an Waser, Baden 28. Juni 1635. St. A. Z. B. VIII. 124. fol. 343.

einer Regelung zugunsten des Hauses Österreich und ihrer Stiefbrüder einverstanden; denn dass alle diese Bemühungen nur darauf hinausgingen, das Veltlin auf gute Art wieder unter das spanische Joch zu bringen, war für sie eine ausgemachte Sache. Wenn ein Friede vermittelt werden sollte, so durfte es kein Partikular-, sondern nur ein Generalfriede sein, der alle kriegführenden Mächte, die deutschen Protestanten und die Schweden so gut wie die andern, umfaßte: so lautete das Votum des Vorortes auf der Tagsatzung in Baden. In Aarau beschlossen die Evangelischen allerdings, auf einen förmlichen Protest zu verzichten, aber nur weil von anderer Seite wirksame Gegenmaßregeln zu erwarten waren. Méliand war zu der Überzeugung gekommen, daß es am besten sei, die Bündner selber handeln zu lassen, und so erließ auf sein und Rohans Betreiben der Beitag von Ilanz eine unverblümte Erklärung, daß er ein Depositum des Veltlins zuhanden der sieben Orte nicht gestatten könnte. Bei diesem allgemeinen Widerstreben der maßgebenden Faktoren blieb den Katholischen nichts anderes übrig, als das Projekt aufzugeben. Am Ende des Jahres war ihre Friedensvermittlung und was mit ihr zusammenhing aus der Diskussion verschwunden [1]).

Man beschäftigte sich damals mit einer andern Folge des spanisch-französischen Konfliktes. Ende Oktober ersuchte Casati um den Paß für zehntausend Mann zu Fuß und zweitausend Reiter, die aus Süddeutschland nach Mailand ziehen sollten zum Schutze dieses Herzogtums, das man in größter Gefahr glaubte. Die Gewährung entsprach dem Bündnis mit Spanien und konnte von den katholischen Orten nicht wohl verweigert werden, obgleich manche Versprechungen Casatis bei der Bündniserneuerung noch nicht erfüllt waren. Die Einwendungen der Evangelischen

---

1) St. A. Z. A. 248. 14, Nov. 1635. — B. IV. 96. fol. 381. — B. VIII. 15. fol. 146. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 170. — Teutsch Missivenb. 8. S. 458. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede. 1635. Instr. v. 22. Okt. — J. 2. Ratschlag der XIII. 7. Nov. 1635. — St. A. Sch. Instr. v. 6. Nov. 1635. — St. A. L. Abschiede 1635. fol. 146. — B. A. Dep. Méliands v. Okt. bis Dez. 1635. Layette XXVI—XXIX. — Dep. Rossos. Bd. 46. S. 407. — Absch. S. 963.

und der Gesandten Frankreichs und Savoyens waren in die Luft gesprochen. Die Spanier mußten sich diesen Zug freilich etwas kosten lassen; denn die Herren des Gotthardpasses, der nach Verschließung des Veltlins eine vitale Bedeutung gewonnen hatte, verstanden es im allgemeinen und im besonderen, ihren Vorteil zu wahren. Der gefürchtete Durchmarsch begann erst im folgenden Jahre und berührte die evangelischen Orte nicht, da er durch das Gebiet des Abtes von St. Gallen und der drei Länder ging [1]).

Eine weitere Begleiterscheinung der Teilnahme Frankreichs am Kriege, die der Eidgenossenschaft viel zu schaffen geben sollte, machte sich schon in diesem Jahre bemerkbar, die sog. Transgressionen. Zu einer gemeinsamen Lösung dieser Frage konnten sich die dreizehn Orte bis zum Ende des großen Kampfes nie entschließen, obschon sie eine Quelle zunehmender Beschwerden bildete. Soweit die vertraglichen Bestimmungen unzweideutig waren, hielt man sich eidgenössischerseits daran: gegen die in der Erbeinigung ausdrücklich begriffenen Länder gestattete man offiziell die Verwendung der Schweizersöldner nicht. Wenn aber verschiedene Auffassungen möglich waren, so schwankte das Zünglein der Wage je nach dem Gewicht, das die eine oder die andere Partei hineinlegen konnte. Beliebt war auch hier, wie bei vielen andern Dingen, die Taktik der Verzögerung. Die Offiziere erhielten oft so ungenaue Instruktionen, daß sie entweder auf eigene Verantwortung hin handeln oder dann bei den Regierungen Rat einholen mußten, und dann stellte es meistens die eine auf die andere ab, so daß die Entscheidung erst getroffen wurde, wenn die Tatsachen darüber hinweggeschritten waren. Im allgemeinen erwiesen sich die evangelischen Orte dem französischen Bundesgenossen recht gefällig. Doch selbst dem gewandten Méliand ge-

---

[1]) St. A. Z. A. 225. 8. Nr. 168, 171 f. — A. 248. 14, Dez. 1635. — B. IV. 96. fol. 190 ff., 266 ff., 379 ff. — St. A. L. Abschiede 1635. fol. 157, 176. — B. A. Dep. Méliands. Layette XXVII bis XXX. — Dep. Rossos. Bd. 46. S. 382 ff. — Dep. della Mantas. Nov. 1635 bis Febr. 1636. — Absch. S. 960, 963 ff., 969 ff. — Rott V. S. 84 f.

lang es nicht, sie so zu binden, daß die Frage der Transgressionen grundsätzlich zugunsten Frankreichs entschieden worden wäre, und sie blieb für den Ambassador „der wichtigste und schwierigste Punkt der Allianz", weil man hier von dem guten Willen der Orte abhängig war, und „der fehlte bei den einen und die andern fürchteten Österreich"[1]).

b) Bemühungen für die Sicherung der Grenzen und für den allgemeinen Frieden, 1635—1636.

Seit die schwedische Vorherrschaft in Süddeutschland gebrochen war, erforderten die Vorgänge an der nördlichen Grenze eine erhöhte Aufmerksamkeit der evangelischen Orte. Eine sehr unangenehme Nachbarschaft wurde seit dem Jahre 1635 die württembergische Feste Hohentwiel, vornehmlich in ihrer Eigenschaft als Belagerungsobjekt. Mit den Kommandanten dieser isolierten Felsenburg, die dem jungen Herzog Eberhard von seinem ganzen Land fast allein übrig geblieben war, unterhielten Schaffhausen und Zürich gute nachbarliche Beziehungen und einen regen Austausch von Kriegsnachrichten, besonders seit der rührige, durch seine ausdauernde Verteidigung berühmte Konrad Widerholt daselbst befehligte[2]). Es war für die beiden Städte ein Grundsatz, daß dieser Platz, der ihr Gebiet teilweise beherrschte und für die Verbindung mit Deutschland wertvoll war, in keine feindliche oder mächtigere Hand fallen dürfe. Sie sahen daher den kaiserlichen Bestrebungen, den Ausfällen Widerholts ein Ende zu bereiten, mit großer Besorgnis entgegen.

Schon im April 1635 tauchten Gerüchte von einer bevorstehenden Belagerung auf, und als sich dieselben verdichteten, suchten die interessierten Stellen durch Verhandlungen dem un-

---

[1]) B. A. Dep. Méliands v. 2., 8., 17. Febr. 1636. Layette XXXI.

[2]) St. A. Z. A. 35. Korresp. von Hauptmann Reinhart in Stein. 1634 u. 1635. — B. IV. 96. fol. 296. — A. 178. 3. Nr. 113 ff. — St. A. Sch. Missiven, Korrespondenzen 1635.

erwünschten Ereignis zuvorzukommen. Der geschäftige Landgraf von Stühlingen diente als Unterhändler zwischen dem kaiserlichen Feldmarschall-Leutnant Ossa und Widerholt. Am 20. Juni fand eine Zusammenkunft in Schaffhausen statt, der auch die Vertreter beider Städte beiwohnten. Auf kaiserlicher Seite wäre man einer Blockierung des starken Felsennestes gern aus dem Wege gegangen, wenn nur die Reiterei auf dem Hohentwiel, deren Streifen die österreichischen Untertanen fortwährend beunruhigte, entfernt oder dann die Festung womöglich in die neutrale Hand Zürichs und Schaffhausens gebracht worden wäre. Aber der württembergische Kommandant, der den anvertrauten Platz seinem Herrn erhalten wollte, stellte unerfüllbare Bedingungen, und so war die Schaffhauser Unterredung vergeblich, ebenso weitere Verhandlungen im folgenden Monat. Im August legte sich endlich der kaiserliche Oberst Vizthum mit einem kleinen Heer in die Nähe der Burg, mehr in der Absicht einer Drohung als einer wirklichen Belagerung; denn einer Schaffhauser Gesandtschaft erklärte er sogleich, er würde abziehen, wenn die Hohentwieler Reiterei abgedankt würde und die Ausfälle aufhörten; auch rief er wieder die Vermittlung Pappenheims und der zwei Städte an. Man wandte sich an Herzog Eberhard, der seit dem Verlust seines Landes in Straßburg residierte. Nachdem seine Bedingungen eingetroffen waren, bemühten sich die beiden Städte weiter für einen Vergleich, obschon besonders die Zürcher dieses Geschäft als ein notwendiges Übel und kaum als eine Gelegenheit zu einer fruchtbringenden diplomatischen Betätigung betrachteten und dabei eine Vorsicht anwandten, die in starkem Gegensatz zu ihrer Politik vor der Nördlinger Schlacht stand. Sie betonten, daß man sich bis jetzt mit dem deutschen Kriegswesen nicht beladen habe, und als sie vernahmen, Schaffhausen sei für eine Abtretung des Hohentwiels an die beiden Städte bis zum Generalfrieden, erklärten Bürgermeister Brem und Seckelmeister Hirzel den Schaffhauser Gesandten auf der badischen Tagsatzung im Oktober, man habe sich rund entschlossen, die Hand von der Sache abzuziehen, und es bedurfte neben der aus-

drücklichen Versicherung der Gesandten noch einer schriftlichen Bestätigung ihrer Obrigkeit, daß auch Schaffhausen die Abtretung für untunlich erachte, um Zürich zu weitern Schritten zu bewegen. Die Gefahr, in den Krieg verwickelt zu werden, hatte diesmal für den Vorort unendlich mehr Bedeutung, als der Besitz einer Festung, bei dem keine evangelischen Interessen im Spiele waren[1]).

Immerhin glaubte man die Vermittlung beschleunigen zu müssen, als die Einmischung einer neuen Macht in Sicht war, deren Nachbarschaft in dieser Gegend nichts weniger als erwünscht gewesen wäre. Im November teilte Pappenheim dem Schaffhauser Geheimen Rat im Vertrauen mit, Oberst Peter König von Freiburg habe ihm auf einer Konferenz in Neftenbach Befehle Richelieus und Pater Josephs gezeigt, die ihn anwiesen, den Hohentwiel mit geworbenem Volk zu entsetzen, wobei er möglicherweise den Paß bei Rheinau oder Stein nehmen werde. Tatsächlich hatte der ehemalige Kommandant von Lindau, dessen Kondottierennatur nach einem heftigen Streit mit Ossa die kaiserliche Partei verlassen hatte, mit dem französischen Hofe Verhandlungen angeknüpft, und unter den verschiedenen Plänen, die er mit seinen von Frankreich besoldeten Scharen ausführen wollte, befand sich auch der Entsatz des Hohentwiels. Allein seine Vorschläge kamen nicht zur Ausführung, da weder Rohan noch Méliand dem Abenteurer trauten und der letztere namentlich dem Hohentwieler Projekt entgegenarbeitete, weil er nicht mit Unrecht fürchtete, ein abgenötigter Durchmarsch Königs würde die evangelischen Orte dermaßen erzürnen, daß die Veltlinersache darunter zu leiden hätte[2]). Wirklich dünkte die Schaffhauser die Angelegenheit

[1]) St. A. Z. A. 195. 2. Nr. 116 ff. — B. IV. 96. fol. 101 ff. — B. VIII. 15. fol. 146. — Ratsmanual Nr. 411. S. 45. — St. A. Sch. Korresp. 1635. Nr. 19, 20; 1636. Nr. 22. — Missiven 1635. — Instr. v. 2. Okt. 1635.

[2]) St. A. Sch. Instr. v. 28. Nov. 1635. — B. A. Dep. Méliands v. 14. Dez. 1635 bis 21. März 1636. Layette II, XXIX—XXXII. — Dep. Rossos. Bd. 46. S. 434, 474, 479 ff. — Rohan, Mémoires et lettres. II. S. 460 ff. — Liebenau, Ein schweizerischer Condottiere aus Wallensteins Tagen. Kath. Schweizerbl. 1889. S. 197 ff. — Rott V. S. 105 ff.

so wichtig, daß sie sogleich durch eine Abordnung in Zürich um Rat fragen ließen, zumal auch die kaiserlichen Anstrengungen, den Hohentwiel zur Beherrschung des Rheinübergangs zu gewinnen, sich zu mehren schienen. Zürich lud die evangelischen Orte nach Aarau ein, und hier beschloß man, durch Schaffhausen in gesamtem Namen ein Schreiben an Oberst Vizthum entwerfen zu lassen, das die Fortsetzung der unterbrochenen Verhandlungen bezweckte. Noch immer wollten sich die Zürcher in dieses Geschäft lieber nicht vertiefen, und so gründlich hatten sie sich gewandelt, daß sie niemandem zur Aufhebung der Blockade einen Sammelplatz oder den Paß geben wollten „wegen der daran hangenden Konsequenz und weil man die Haltung der Erbeinigung schon öfters anerboten hat“. Ihr Wunsch war, die Festung möge dem Herzog von Württemberg verbleiben und die Belagerung durch eine gütliche Vereinbarung aufgehoben werden. Hingegen war Schaffhausen, dessen Gebiet durch die Blockierung stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde, beinahe jeder Lösung zugänglich, auch einer solchen, die einer „Vertiefung“ gleichgekommen wäre. In seinem Entwurf für das Schreiben an Vizthum war neuerdings die Neutralisierung des Platzes und seine Übergabe in treue, unparteiische Hand angedeutet. Vielleicht hätte sich Zürich, wo die Meinungen nicht ungeteilt waren, umstimmen lassen, wenn alle evangelischen Orte das Wagnis auf sich genommen hätten; aber nun trat Bern diesen Begehrlichkeiten mit aller Entschiedenheit entgegen. Eine derartige Intervention widersprach seinem Gefühl für die eidgenössische Reputation, da es an ihren Erfolg nicht glaubte und die Verantwortung für die Bewahrung der Festung und alle unausbleiblichen Gegenpetitionen nicht übernehmen wollte. Mit seiner Weigerung, dem Schaffhauser Entwurf seine Genehmigung zu erteilen, und mit der gleichförmigen Abneigung Basels gegen eine Einmischung in die Hohentwieler Angelegenheit fiel die Vermittlung der sechs evangelischen Orte dahin, und die Sache wurde den Nächstgesessenen wieder allein überlassen. Aber nur Schaffhausen kümmerte sich weiter darum; die Zürcher zogen sich davon zurück, als von Bern

her neue beunruhigende Nachrichten über die Pläne Oberst Königs und Frankreichs einliefen. Am 25. Januar 1636 kam endlich in Schaffhausen unter Mitwirkung der beiden Bürgermeister und Pappenheims ein Vergleich zwischen den kaiserlichen und württembergischen Abgeordneten zustande. Jene versprachen die Aufhebung der Blockade und diese die Enthaltung von allen Beutezügen und die Verminderung der Garnison auf den Bestand des Jahres 1627. Auch sollte die Festung keinem andern, als dem Herzog von Württemberg, offen stehen. Auf einer zweiten Konferenz in Schaffhausen wurde der Akkord endgültig vollzogen, und am 20. Februar meldeten Bürgermeister und Rat mit sichtlicher Genugtuung den Herren von Zürich, daß der Hohentwiel wieder zu des Herzogs sichern Handen und in den alten Ruhestand gebracht sei [1]).

Allein kaum fünf Wochen später hieß es, in Innsbruck habe der Vergleich höchlich mißfallen und eine neue Blockierung, diesmal von österreichischer Seite, stehe in Aussicht. Die Württemberger benützten diese Gerüchte für eine Verproviantierungsaktion, die den Platz auf längere Zeit hinaus sichern sollte. Pappenheim, der sich wieder als Vermittler betätigte, stellte Zürich und Schaffhausen vor die Wahl, entweder den Hohentwiel kraft eines fingierten Kaufes in ihren Schutz zu nehmen oder dann ein größeres Quantum Getreide für den Unterhalt der Besatzung zu liefern, falls sie den Übergang der Festung an einen Mächtigern vermeiden wollten. Den zwei Städten gefielen beide Vorschläge nicht sonderlich, und jede suchte der andern die erste Entschließung abzunötigen. Die Kornlieferung war bei der großen Teurung schwierig und bedenklich im Hinblick auf die Neutralität; gegen die Übernahme der Burg sprachen dieselben Gründe wie vorher.

---

[1]) St. A. Z. A. 195. 2. Nr. 125 ff. — B. IV. 96. fol. 201, 398. — B. VIII. 15. fol. 153. — Ratsman. Nr. 411. S. 95. — St. A. Sch. Korresp. 1635. Nr. 21; 1636 Nr. 17—25. — Missiven. Dez. 1635 bis Febr. 1636. — Instr. v. 28. Nov. u. 5. Dez. 1635. — Prot. des Geh. Rats. 28. Nov. 1635. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 183. — St. A. Ba., Eidgsch. E. Abschiede 1635. Instr. v. 5. Dez. — Absch. S. 966.

In seiner Unschlüssigkeit ließ sich Zürich vermittelst des Obersten Peblis vertraulich erkundigen, welches eigentlich die Meinung des Herzogs sei, und war kaum ganz unbefriedigt, als dieser das Depositum nicht erwähnte, sondern nur um Korn und etwas Geld ersuchte und zugleich versprach, vor der völligen Rückerstattung dieser Anleihe die Festung keinem andern einzuräumen. Aber die Sache kam erst in Fluß, als sich der Herzog auch an Bern wandte. Zwar fanden die Berner solche Proviantspenden „in dergleichen Zeiten, da man auf das Tun und Lassen der freien Stände sieht" etwas bedenklich; aber sie konnten ihr neutrales Gewissen entlasten, wenn das Getreide durch Private „ohne Verdacht der Obrigkeit" in aller Stille auf die Burg gebracht wurde. Da auch der Oberst von Erlach-Castelen die triftigsten Gründe für das Verbleiben dieses Platzes im ungefährlichen württembergischen Besitz anführte und behauptete, Zürich und Schaffhausen verständen „nit im grundt, wie vill ihnen an erhaltung dises ohrts gelegen"[1]), erklärte sich Bern bereit, hundert Mütt Kernen und fünfzig Mütt Haber für den Hohentwiel darzuleihen, und daraufhin entschloß sich Zürich zur Abgabe desselben Quantums. Schaffhausen, das schon vorher durch private Händler Widerholt Korn verkauft hatte, um der größten Not abzuhelfen, schoß diesmal nur Geld für den Getreidekauf in andern Gegenden vor. Im Oktober endlich war der Hohentwiel „ohne großes Geschrei" versorgt. Die Rückgabe des Darlehens jedoch geschah erst, als der dreißigjährige Krieg längst zu Ende war[2]).

So wenig wie diese Bemühungen für die Beruhigung nörd-

---

[1]) St. A. B. Allg. Eydgnöss. Bücher. F. S. 1179. Gonzenbach, I, S. 38, war dieses Schreiben, wo auch das mündliche Anbringen des Kellers von Pfullingen erwähnt ist, nicht bekannt.

[2]) St. A. Z. A. 195. 2. Nr. 144 ff. — B. VIII. 15. fol. 160, 162. — Ratsman. Nr. 415. S. 9. — E. II. 401. S. 193. — Z. B. Z. Ms. A. 133. S. 271.— St. A. Sch. Korresp. 1636. Nr. 26—33. — Missiven Juni 1636. — Instr. v. 30. Mai u. 22. Juni 1636. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 212. — Allg. Eydg. Bücher. F. S. 1179, 1185, 1201. — Deutschlandbuch P. S. 491 ff., 907 ff., 923 ff. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 47. S. 87, 176. — Absch. S. 983, 987.

licher Grenzgebiete von einem dauernden Erfolg begleitet waren, so wenig konnten die Anstrengungen der Eidgenossenschaft im Westen einen sichern Friedensstand gründen. Von altersher unterhielt man mit der Freigrafschaft Burgund einen regen Handelsverkehr, und die wirtschaftlichen Interessen waren es hauptsächlich, vor allem der Bezug des Salzes aus den reichen Pfannen von Salins, welche die Orte stets dazu bewogen hatten, durch Aufrichtung einer Neutralität für das französische Herzogtum und die spanische Freigrafschaft Burgund diese benachbarten Gebiete vor Kriegsstürmen zu bewahren [1]). Hätte die Freigrafschaft sich der Selbständigkeit erfreut, so wären diese Bestrebungen wohl nicht so häufig fruchtlos gewesen; aber als spanische Provinz mußte sie bisweilen den politischen Plänen ihres Herrn dienen, während sie anderseits seit Ludwig XI. einen Gegenstand französischer Eroberungssucht bildete. Sie war im Erbeinigungsvertrag von 1511 ausdrücklich unter den habsburgischen Ländern genannt, auf welche die Eidgenossenschaft ein getreues Aufsehen haben sollte, und machte im Laufe der Zeit öfters die Erfahrung, daß dieser Begriff sehr verschieden ausgelegt wurde. Zu einer Waffenhilfe hatte sich die Eidgenossenschaft in ihrer Gesamtheit im 16. Jahrhundert praktisch nie verstanden, aber durch „Schreiben und Schicken" wenigstens dann eine kurze Beruhigung erzielt, wenn sie im Interesse der spanischen oder der französischen Krone lag. Genau dasselbe wiederholte sich im dreißigjährigen Krieg, von dessen Schrecken die Freigrafschaft bis zum Jahre 1636 beinahe ganz verschont blieb.

Sogleich nach der Kriegserklärung Frankreichs an Spanien im Mai 1635 ersuchten Regierung und Parlament von Dôle die dreizehn Orte, den französischen König an die burgundische Neutralität zu erinnern, und diese Bitte wurde gern erfüllt [2]). Ein

---

[1]) R. Maag. Die Freigrafschaft Burgund u. ihre Bezieh. zur schweiz. Eidgenossenschaft. 1477—1678. Diss. Zürich. 1891.

[2]) St. A. Z. A. 224. 2.Akten v. Mai u. Juni 1635. — B. IV. 96. fol. 170. 282.

Jahr darauf erreichte die Freigrafschaft das unvermeidliche Schicksal. Unter dem Befehl des Prinzen von Condé rückte ein französisches Heer Ende Mai 1636 vor Dôle. In der Voraussicht dessen, was kommen werde, hatten die Burgunder kurz vor dem Angriff dringend die eidgenössische Vermittlung angerufen, worauf die Orte ein neues Schreiben an den König sandten, dessen Beantwortung lange auf sich warten ließ[1]). Selbstverständlich waren es die Altgläubigen, die sich der Freigrafschaft mit ungewöhnlichem Eifer annahmen: waren sie doch seit der Erneuerung des Bündnisses mit Spanien zur Verteidigung dieser Provinz förmlich verpflichtet. Aber nun zeigte sich die ganze Kurzsichtigkeit jener Staatskunst, die an Stelle des gesamten, durch die Erbeinigung bedingten eidgenössischen Interesses das besondere der sechs katholischen Orte setzen wollte. Wenn die spanische Regierung geglaubt hatte, sich das wichtige Bindeglied zwischen Mailand und den Niederlanden im Notfall durch die Waffen der eidgenössischen Verbündeten erhalten zu können, so hatte sie zu wenig überlegt, daß das mächtige Bern, das die Zugänge zur Freigrafschaft beherrschte, dazu auch ein Wort zu sagen hatte und daß die sechs Orte kaum gesonnen waren, die Lasten und die Gefahren eines Kriegszuges den Burgundern zuliebe allein auf sich zu nehmen, und noch dazu gegen eine ebenfalls verbündete Macht, mit der sie es trotz allen Mißhelligkeiten nicht ganz verderben wollten. Im Grunde gerieten die Burgunder durch jenen Akt, bei dem man sie nicht gefragt zu haben scheint, eher in eine schlechtere Lage, und wenn sie auch selber das frühere Verhältnis aufrecht zu erhalten trachteten und sich an alle dreizehn Orte um Hilfe wandten, so war doch leicht zu ermessen, daß die Evangelischen gewisse Folgerungen aus den neuen Artikeln des spanischen Bündnisses ziehen würden.

---

[1]) St. A. Z. A. 224. 2, April 1636. — B. IV. 97. fol. 19. — St. A. B. Burgundbuch D. S. 41 ff. — Teutsch Missivenb. 8. S. 690. — B. A. Dep. Méliands. März, April 1636. Layette XXXII, XXXIII. — R. Maag, l. c., S. 73 ff. — Rott V. S. 118 ff.

Der Vorort ließ sich denn auch die gute Gelegenheit nicht entgehen, seinen Eidgenossen von der andern Religion für ihre Freundschaft mit dem Erzfeind einen Hieb zu versetzen. Auf Verlangen Luzerns trat anfangs Juni der burgundischen Frage wegen eine Tagsatzung in Baden zusammen, und hier legten die Zürcher dar, daß das Bündnis zwischen den sechs katholischen Orten und Spanien die Freigrafschaft verpflichte, jenen mit aller Macht bei einem Kriege gegen ihre evangelischen Miteidgenossen Hilfe zu leisten; damit werde die Erbeinigung den sechs Orten allein zunutzen gemacht und somit den übrigen gegenüber aufgehoben, wodurch diese ihrer Verbindlichkeiten ledig seien. Nun dachten freilich die Zürcher so wenig wie die andern Evangelischen daran, die Burgunder ganz im Stiche zu lassen; aber ein wirksamerer Beistand, als schriftliche oder mündliche Vorstellungen hätten bieten können, war für sie ausgeschlossen. Frankreich war die einzige auswärtige Macht, auf die sie sich einigermaßen stützen konnten; ihr gegenüber um dieser spanischen Provinz willen zu Zwangsmaßregeln, wie etwa zur Rückberufung ihrer Truppen, zu greifen, wäre ihnen als größte Torheit erschienen, obgleich sie sonst viele Ursachen hatten, mit dem königlichen Bundesgenossen unzufrieden zu sein. Für Bern sowohl wie für die beiden katholischen Stände Freiburg und Solothurn war die Erhaltung der Salzpfannen von Salins, aus denen sie das unentbehrliche Nahrungsmittel billiger als aus Frankreich bezogen, die Hauptsache. Bern drängte daher mehr als Zürich auf eine freundliche Interposition vermittelst einer Gesandtschaft und war andrerseits gewillt, die katholischen Orte an einem Zuge nach Dôle oder Salins zu verhindern. Für diese kam unter dem Einfluß Luzerns, ungeachtet burgundischer, spanischer und kaiserlicher Mahnungen, auch nur eine friedliche Vermittlung ernsthaft in Betracht, obschon sich einige Stimmen für einen sofortigen Aufbruch erhoben und das Schiefe ihrer Bündnispolitik allen wieder einmal klar wurde. Man sondierte also in Baden den französischen Ambassador, der den Einfall in die Freigrafschaft nur als Folge der Neutralitätsverletzungen von burgundischer Seite

dargestellt hatte, ob nicht ein Waffenstillstand erzielt und hierauf die eidgenössische Vermittlung eingeleitet werden könnte. Méliand, dem alles auf Zeitgewinn ankam, sagte nicht nein, und die nötigen Schreiben an den König, Condé und andere Würdenträger wurden ausgefertigt und in Eile befördert. Eine Gesandtschaft an Condé, die den drei nächstgelegenen Städten Bern, Freiburg und Solothurn auferlegt worden war, ging zunächst nicht ab, weil Bern allerlei dagegen vorzubringen wußte, solange ihm nicht bekannt war, wie man am französischen Hofe darüber dachte.

Die Unlust und Zwiespältigkeit in der burgundischen Sache, das Abbild der allgemeinen Zustände, rief schließlich einer vereinzelten Handlung Freiburgs, desjenigen Standes, der an den Salzquellen von Salins finanziell stark beteiligt war und infolgedessen von Anfang an für eine Waffenhilfe eintrat. Die Freiburger wollten zuerst 1500 Mann nach Burgund schicken, entschieden sich aber nachher für die Sendung eines Zusatzes von 500 Mann nach Salins. Méliand agitierte auf jede Weise, um dieses Vorhaben zu vereiteln, und fand bei Bern sehr viel Verständnis dafür, wohl nicht allein dank seinen Gefälligkeiten und den Aussichten auf günstige Salzlieferungsverträge im Falle der Eroberung Burgunds, sondern weil Bern an und für sich jeder Aktion, die Frankreich hätte vor den Kopf stoßen können, durchaus entgegen war. Die Tatsache, daß sich die französische Politik in der Eidgenossenschaft seit der Nördlinger Schlacht auf die evangelischen Orte stützen konnte, sollte den Ambassadoren gerade bei der burgundischen Angelegenheit am deutlichsten zum Bewußtsein kommen. Bern verschob also die Paßbewilligung für die Freiburger Truppen bis zu einer neuen Beratung in Baden und mahnte die Nachbarstadt ernstlich, „das Panner nicht so geschwind zu lupfen“, die Folgen zu überlegen und die Neutralität wie die Erbeinigung zu beobachten. Den Freiburgern blieb nichts anderes übrig, als sich zu fügen und die Jahrrechnungstagsatzung abzuwarten. Hier sahen sie sich durch die Gewandtheit Méliands geradezu in die Verteidigung gedrängt, obgleich gegen ihre Argumente, daß die Erbeinigung eidgenössischerseits auch schon auf

tätliche Hilfe interpretiert worden sei und das spanische Bündnis dazu verpflichte, nichts einzuwenden war. Da die Antworten aus Frankreich auf die Schreiben der dreizehn Orte eingetroffen waren und diese daraus ersahen, daß ihre Interposition am Hofe nicht auf direkten Widerspruch stieß, beschlossen sie, sich auch über die Meinung der Regierung in Dôle zu vergewissern, um im günstigen Falle die schon vorher verabredete Gesandtschaft nach Burgund abgehen zu lassen. Es war kein gutes Omen, daß der Überbringer des eidgenössischen Schreibens vor den Mauern Dôles von einer verirrten Kugel tödlich getroffen wurde und daß am Schlusse der Tagsatzung ein burgundischer Abgeordneter eine bündige Antwort verlangte, ob man willens sei, kraft der Erbeinigung und des Neutralitätstraktates Gewalt mit Gewalt abzutreiben. Statt die geforderte Erklärung abzugeben, einigten sich die Tagherren auf die beschleunigte Abreise der Gesandten, die Ende Juli erfolgte[1]).

Die französische Regierung hatte anfänglich durch das bekannte Mittel der Verweisung an den Ambassador die eidgenössische Vermittlung zu verzögern versucht. Nachdem sie endlich begonnen hatte, erhielt Condé den Befehl, die Sache weiter in die Länge zu ziehen und inzwischen die Belagerung von Dôle mit aller Kraft fortzusetzen. Solange Hoffnung auf die Eroberung der burgundischen Hauptstadt bestand, war am Hofe natürlich nicht der geringste Wille vorhanden, den Schweizern zuliebe sich den Preis entgehen zu lassen. Allein die Dinge entwickelten sich anders, als man in Paris gewärtigt hatte. Dôle widerstand dem Ansturm der Franzosen, und bald nach der Ankunft der drei eid-

---

[1]) St. A. Z. A. 224. 2, Mai bis Juli 1636. — B. VIII. 15. fol. 162, 166. — St. A. B. Burgundbuch D. S. 59 ff. F. S. 145 ff. — Instructionsb. R. S. 207, 212. — Teutsch Missivenb. 9. fol. 5, 11, 15 ff. — St. A. L. Abschiede 1636. fol. 29, 41, 59, 84. — Grafschaft Burgund. Neutral. 1636. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1636. Instr. v. 31. Mai. — St. A. Sch. Instr. v. 30. Mai 1636. — B. A. Dep. Méliands. Layette V, XIII, LI, LXVI. — Dep. Rossos. Bd. 47. S. 181 f., 195, 237, 246. — Absch. S. 987 f., 990 ff. — Wien. Fasz. 48. Dep. Schwarzenbergs v. 22. Juni 1636.

genössischen Deputierten im Lager Condés hob der Prinz die Belagerung notgedrungen auf, weil ein Entsatzheer unter dem Herzog von Lothringen nahte und zugleich Johann von Werth in die Pikardie eingefallen war und sich mit seinen Reitern Paris näherte. Er lieh unter diesen Umständen dem Vorschlag eines Waffenstillstandes ein geneigtes Ohr; desto kühler verhielten sich jetzt die Burgunder. Wie sie schon auf das schriftliche Vermittlungsangebot erklärt hatten, für neue Verhandlungen die Erlaubnis des Kardinal-Infanten einholen zu müssen, so stellten sie auch die Entscheidung über einen Waffenstillstand zuerst auf die spanischen Befehlshaber und dann auf den König oder den Kardinal-Infanten ab und bemerkten dazu, wenn die Eidgenossenschaft beizeiten dem Bruch der Neutralität gewehrt oder wenigstens die blutige Art gemildert hätte, so wäre die Aussicht für die Wiederherstellung der Ruhe natürlich viel günstiger. Da spürten die Gesandten, „daß sie wider Verhoffen das Feuer diesmal nicht löschen könnten“, und reisten nach Hause[1]).

Man wußte der Eidgenossenschaft wenig Dank für diese Bemühungen, und auch der Reputation waren sie nicht förderlich. Die Luzerner mußten sich bald darauf von Casati sagen lassen, daß nun Burgund „nicht ohne Schmach der Freunde und ohne ihre Hilfe und Zutun“ wieder in einen bessern Stand gebracht sei und daß das löbliche Vorgehen Freiburgs nicht verhindert worden wäre, wenn die verbündeten Orte allgemein Eifer und Einigkeit gezeigt hätten, und als die Mülhauser bei ihrer Weigerung, den kaiserlichen Truppen Proviant zu geben, ihr Verhältnis zu den vier evangelischen Städten erwähnten, meinte der Generalquartiermeister Gallas spöttisch: „Was angehet die H. Eidtgnossen und daß Sie sich auf solche beziehen, lasse Ich zwar an seinen ohrt gestelt sein, vermein aber solche werden Ihnen assistieren gleich wie sie den Burgundieren hilff geleistet“[2]).

---

[1]) St. A. Z. A. 224. 2, August 1636. — St. A. B. Burgundbuch D. S. 195 ff. F. S. 157 ff. — Teutsch Missivenb. 9. fol. 73. — B. A. Dep. Méliands. Layette X, XLI, LII.

[2]) St. A. L. Spanien-Mailand. Militärwesen etc. Vortrag Casatis v. 29. Sept. 1636. — St. A. Ba. P. 16. 3. Zuzüge nach Mülhausen. August 1636.

Die beschwerlichen Folgen des französisch-habsburgischen Konfliktes, vornehmlich die burgundische Frage, waren für die katholischen Orte bestimmend bei jenem Schritt, den die Eidgenossenschaft im Sommer des Jahres 1636 zur Herbeiführung des allgemeinen Friedens unternahm. Das klägliche Scheitern ihres Versöhnungsversuches von 1635, der allerdings nur den rechtgläubigen Potentaten gegolten hatte, schreckte sie nicht davon ab, neue Möglichkeiten für die Beendigung des entsetzlichen Krieges ins Auge zu fassen, und als Papst Urban VIII., in ihren Augen der berufenste Friedensstifter, durch die Sendung seines Legaten auf eine Friedenskonferenz in Deutschland seine guten Absichten für das Wohl der katholischen Christenheit kund tat und sie durch Nuntius Scotti aufforderte, an dem heilsamen Werke mitzuwirken, brauchte es nichts mehr, um sie von neuem dafür zu begeistern[1]). Das Merkwürdige war nur, daß sie diesmal im evangelischen Lager — und zwar gerade beim Vorort — freudige Zustimmung fanden.

In einem Briefe an den Rheingrafen Johann Philipp vom August 1636 bekennt sich der pfälzische Exulant Johann Philipp Spieß als Urheber des eidgenössischen Friedensschreibens an die kriegenden Parteien, das aus seinem „Anmahnen und Erinnern“ erkannt und spediert worden sei, „also daß Excell. ihro keine andern gedanken machen oder einbilden wöllen, als daß diß werck eintzig und allein auß diesem fundament entsprungen und von Papisten gar nicht angefangen, aber doch einhelliglich ... approbirt worden ist“[2]). Spieß bemißt hier seinen Anteil an dem noch neuerdings gepriesenen[3]) Friedensversuch der Eidgenossenschaft etwas reichlich; dennoch steckt in seiner Behaup-

---

[1]) St. A. L. Päpstl. Breven. Urban VIII. an die kath. Orte, 7. April 1636. — Religionshändel. Kardinal Ginetti an die kath. Orte, Köln, 29. Okt. 1636. — B. A. Rom Nr. 95. Barberini an Scotti, 22. Sept. 1635, 16. Aug. 1636. — Dep. Scottis v. 25. Mai 1636.

[2]) St. A. Z. Kundschaften und Nachgänge 1637. Spieß an (Rheingraf Johann Philipp). Konzept ohne Datum und Adresse.

[3]) Pieth in der „Schweizerischen Kriegsgeschichte“. Heft 6. S. 90.

tung mehr als nur ein Körnchen Wahrheit, so bedauerlich es ist, daß dieser „edle schöne Gedanke“ einem so unedlen Geist entsprang. Die Stimmung dafür in Zürich geschaffen zu haben, ist nämlich unstreitig sein Verdienst. Als er nach der Nördlinger Schlacht an seinem Zufluchtsorte Pratteln weilte, fühlte der einstige Kriegshetzer plötzlich den Drang, zur Abwechslung einmal als Friedensstifter aufzutreten. Am meisten bewog ihn wohl die verminderte Hoffnung auf den Erfolg der Sache, die er verteidigte, dazu, vielleicht auch allerlei Nachrichten aus Deutschland, wo der Prager Friede vorbereitet wurde. Jedenfalls war er weder in der Lage, noch gab er sich große Mühe, über die Friedensbereitschaft der Kriegführenden irgendwelche Gewißheit zu erhalten. Dies hinderte ihn nicht, seine neuesten Ansichten seinen Gönnern in Zürich mitzuteilen. Seit dem Frühjahr 1635 erging er sich in seinen Briefen an Antistes Breitinger weitläufig über den unsterblichen Ruhm und den eigenen großen Vorteil, den die Eidgenossen gewinnen würden, wenn sie sich als Friedensvermittler gebrauchen ließen; er behauptete, sie besäßen alle dazu nötigen Requisita und hätten bei diesem Werke weder Gefahr noch Mißachtung zu befürchten. Er selber traute sich zu, ihnen den Weg zu zeigen und einige friedliche Reichsstände zu veranlassen, an höherem Ort ein offizielles Gesuch um Vermittlung auszuwirken. Seine speziellen Vorschläge legte er in einigen Bedenken nieder, die er Breitinger den ihm Wohlgesinnten unter den Zürcher Magistraten mitzuteilen bat[1]). Auf diese, die sich von den auswärtigen Verbindungen des Publizisten vermutlich ein falsches Bild machten, scheinen seine Ideen eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt zu haben; denn sie setzten ihm ein Subsidium aus, damit er sich der Angelegenheit gründlicher widmen konnte. Bald darauf verfiel Spieß in eine lange Krankheit, und auch der Antistes wurde von einem schweren Leiden heimgesucht, das ihn fast ein Jahr lang seiner vielumfassenden Tätigkeit entzog. Da-

---

[1]) St. A. Z. E. II 397. fol. 281, 289, 299. — A. 178. 3. Nr. 143, 152. Die betreffenden „Bedenken“ sind anscheinend nicht mehr vorhanden.

durch erfuhr die Sache eine längere Unterbrechung. Wie eifrig sich aber die Umgebung Breitingers dafür interessierte, zeigt ein Gutachten des Obersten Peblis[1]), das die Berechtigung und Notwendigkeit der Vermittlung eines allgemeinen Friedens durch die Eidgenossenschaft darlegt: der ungeheure Jammer, die Aussicht auf endlose Fortsetzung des Krieges bis zum gänzlichen Ruin und im Fall eines Sieges der einen Partei die Gefahr für die noch übrigen freien Staaten, der eigene wirtschaftliche Schaden und die allgemeine Teuerung, besonders aber die Pflicht, als freie, am Kriege unbeteiligte Republik ihre ganze Autorität und die vielfachen Freundschaften mit den fremden Mächten einzusetzen, damit die unselige, von den Türken bedrohte Christenheit aus ihrem Elend erlöst werde — dies alles sollte die Eidgenossen zu dem großen Werk bewegen. Jeder Gedanke an Sonderverhandlungen sollte ausgeschlossen und nur die allgemeine, jeden Staat einbeziehende Beruhigung und die Herstellung des status quo ante erstrebt werden. Peblis erbot sich, die notwendigen Schreiben an die kriegführenden und die mitinteressierten Staaten aufzusetzen, um sie der Tagsatzung zu unterbreiten, falls sich die Eidgenossenschaft zu der Versöhnungstat entschließen würde.

Bis zum Frühling des Jahres 1636 hatte die Idee einer eidgenössischen Friedensvermittlung in Zürich so fest Wurzel gefaßt, daß ein erster Schritt dazu unternommen werden konnte. Unzweifelhaft waren es die Zürcher Seckelmeister Hirzel und Wirz, die auf der Konferenz in Aarau Ende März die Sache zur Erwägung empfahlen, so daß der Abschied berichtet: „Was zu künfftiger erinnerung und fernerem nachdencken, von einer allgemeinen Friedens-interposition, zwüschent den diser zyt kriegenden theilen, dergstalten uff die ban gebracht worden und

[1]) Z. B. Z. Ms. J. 136. Nr. 48. „Ursachen warum die gesampten herren Eidtgnossen von beiden Religionen sich in das mittel schlagen undt einen gutten, sicheren, billichen, undt bestendigen friden in Deutschland, undt zwischen allen bei disem krieg interessirten zumachen, sich understehen sollen.“ Das Gutachten nennt den Verfasser nicht, weist aber Peblis' Schriftzüge auf.

anzogen worden, daß man sich zwahr weder deß einen noch deß andern theils vil annemmen, sondern allein denselben gegenwärtigen ... unerhörten Jammer für augen stellen, und zu gemüt führen solte, wirt jeder Herr Abgesandter mit mehrerem zuvermelden wüssen. Daby man dann hoffnung schöpft, solches diser zyt vilicht ohne frucht nit syn werde"[1]). Bestimmter lautete schon ein Artikel im Abschied der Tagsatzung von Baden anfangs Juni: jeder Ort soll sich auf künftige Jahrrechnung entschließen, ob nicht die Eidgenossenschaft nach dem Beispiel der Vorfahren zum Besten der ganzen Christenheit den Versuch machen sollte, zwischen den kriegführenden Potentaten einen guten Frieden zu vermitteln[2]). — Wären diese Entschlüsse einhellig gewesen, so würde vermutlich in den Annalen des dreißigjährigen Krieges ein eidgenössischer Friedensvermittlungsversuch zu verzeichnen sein, der sicher ebenso vergeblich gewesen wäre, wie die Bemühungen des Königs von Dänemark, des Kurfürsten von Sachsen und des Papstes. Der Widerstand zweier Orte bewahrte die Eidgenossenschaft vor einer diplomatischen Niederlage, die immerhin nicht zu den unrühmlichsten gehört hätte.

Die Zürcher hatten nicht die Absicht, auf der Jahrrechnungstagsatzung als die ersten ihre Friedenswünsche bekannt zu geben. Ihre Vertreter sollten von sich aus keinen neuen Anzug deswegen tun „als in einer sach, darby man noch zur zyt einiche erheblichkeit nit sehen khönne". Diese plötzliche Ängstlichkeit rührte wohl daher, daß inzwischen über die wahren Tendenzen der französischen Machthaber einiges bekannt geworden war. Priolo, der Sekretär Rohans, der auf der Rückreise aus Frankreich Mitte Juni durch Zürich kam, hatte erzählt, daß dort alles auf den Krieg gerichtet sei und vom Frieden gar nicht gesprochen werde: man hoffe auf die baldige Eroberung Burgunds, das man wie Lothringen mit der französischen Krone vereinigen wolle[3]). Wenn

---

1) St. A. Z. B. VIII. 125. fol. 5 ff. Originalabschied. — Absch. S. 982.

2) Absch. S. 989.

3) B. A. Dep. Rossos. Bd. 47. S. 211.

die Zürcher Regierung trotzdem ihren Gesandten erlaubte, im Falle die andern Orte mit der Vermittlung eines Generalfriedens durch die gesamte Eidgenossenschaft einverstanden seien, auch ihre Zustimmung zu geben, so bewies sie damit ihren guten Willen[1]). Es scheint denn auch, daß Bürgermeister Brem und Seckelmeister Wirz sich in Baden der Sache warm annahmen, als sie die freudige Bereitwilligkeit der katholischen Orte bemerkten. Diesen hatte kürzlich Nuntius Scotti von den neuen Anstrengungen des heiligen Vaters und seiner Hoffnung auf ihre Unterstützung gesprochen, und obgleich bisher weder die päpstlichen noch die eigenen Wünsche über die Herstellung eines Sonderfriedens zwischen den katholischen Fürsten hinausgegangen waren, befreundeten sie sich rasch mit dem größern Zweck. So fanden sich Zürich und Luzern zum erstenmal seit langer Zeit auf dem Boden der auswärtigen Politik zusammen: am 2./12. Juli taten ihre Gesandten vor der allgemeinen Versammlung „einen ernstlichen Anzug wegen Beförderung eines Generalfriedens". Es war damit eine eigentliche Vermittlung durch Gesandtschaften, eine sog. „Interposition" gemeint, nicht nur der bescheidene Akt, der nachher geschah und dem man den Namen „Intercession" beilegte. Der löbliche Vorschlag wurde im allgemeinen von den eidgenössischen Boten lebhaft begrüßt, nur nicht von den Vertretern Berns und Basels. Der bernische Wirklichkeitssinn stand von Anfang an der Sache sehr skeptisch gegenüber und glaubte damit „mehr Spott und Verachtung als Lob und großen Nutzen"

---

[1]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 166. Vgl. über das Folgende St. A. Z. B. VIII. 125. fol. 50 f., 70 f. — B. IV. 97. fol. 72. — A. 178. 3. Nr. 191, 195 ff. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 217. — Teutsch Missivenb. 9. fol. 19 f., 24 f. — Burgundbuch D. S. 111, 143. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1636. Wettstein u. Brand an Basel. 4. Juli. — Missiven Nr. 136. 5. Juli. — Thes. dipl. Wetsten. II. Nr. 50, 52 f. — St. A. Sch. Instr. v. 22. Juni 1636. — St. A. L. Grafschaft Burgund. Neutralität. Bircher u. Anderallmend an Luzern, 16. Juli 1636. — B. A. Rom. Nr. 94. Die Tagsatz. an den Papst, 19. Juli 1636. — Die kath. Orte an Barberini, 6. Aug. 1636. — Dep. Rossos. Bd. 47. S. 246. — Dep. Flemings v. 14. u. 28. Juli 1636. — Absch. S. 995 f., 1003.

zu ernten. Einzig eine Form, die „fruchtbar und bequem“ war, durften Schultheiß Erlach und Seckelmeister Frischherz genehmigen. Während Schaffhausen mit fröhlichem Mut das Beispiel der Vorfahren, die einst Unruhen in Frankreich dämpfen halfen und auch in einem Krieg zwischen dem französischen König und dem Kaiser vermittelnd eingriffen, nachahmen wollte, sah Basel als Folge einer solchen Anmaßung nur weitreichende Zumutungen durch die fremden Mächte voraus[1]) und gestand sich offen ein, daß die eigene religiöse Zwietracht keine Empfehlung für die Eidgenossenschaft als Friedensstifterin war. Die Berner und Basler Gesandten widersetzten sich also mit kräftigen Gründen dem Plane einer feierlichen Dazwischenkunft und brachten es dahin, daß die „Interposition“ fallen gelassen und die „Intercession“ beschlossen wurde, nämlich eine schriftliche Mahnung zum Frieden an die kriegführenden Mächte ohne das Angebot einer Vermittlung. Die Tagsatzung erließ somit an den Kaiser, die Könige von Ungarn, Spanien und Frankreich, den Herzog von Savoyen, die Krone Schweden und ihre Konföderierten, sowie an den Regensburger Reichstag bewegliche Schreiben, wo die Zerstörung und das allgemeine Unglück durch den endlosen Krieg in düstern Farben gemalt und schließlich gebeten wurde, sich friedlichen Mitteln zuzuneigen[2]). Die Berner atmeten auf, als ihnen ihr Schultheiß meldete, welchen Ausgang dieser hochwichtige Punkt genommen habe. Es sei Gott dem Herrn im Himmel zu danken, schrieben sie Erlach zurück, daß er dieses weit aussehende Geschäft so gnädig dahin verleitet habe, daß man endlich auf das Mittel eines freundlichen Bittschreibens gefallen sei. Nachträglich gab es noch verschiedene Diskussionen

[1]) Daß Basel nicht so unrecht hatte, bewies der savoyische Gesandte della Manta, der bei der Überreichung des Friedensschreibens den Deputierten bedeutete — allerdings „lächelnd“ und ohne Auftrag seines Herrn — dies wäre nun für die Berner eine gute Gelegenheit, dem Hause Savoyen sein Erbland, die Waadt, zurückzuerstatten. B. A. Dep. della Mantas v. 5. Aug. 1636.

[2]) In der Hauptsache gedruckt bei Schweizer, S. 255 ff.

über die Form, wie man dem Papst die Mitwirkung der Eidgenossenschaft bei seinen Bestrebungen zur Kenntnis bringen wolle; denn für manche Evangelische war es ein unmöglicher Gedanke, daß eine Botschaft der dreizehnörtigen Tagsatzung unter dem Siegel des Landschreibers von Baden an „Seine Heiligkeit" im Vatikan eintreffe. Auch als man einen Ausweg fand, indem das Schreiben an Urban VIII. von Luzern ausgefertigt und dem Inhalt nach im Namen der ganzen Eidgenossenschaft, aber ohne die Unterschriften der evangelischen Orte erlassen werden sollte, willigte Bern nur ungern ein.

Die Wirkung des eidgenössischen Friedensschreibens war natürlich äußerst gering. Außer Urban VIII., der seine Freude über den Eifer der Eidgenossenschaft zur Herstellung der Ruhe bezeugte, antworteten nur der Rheingraf Otto als Vizedirektor des evangelischen Bundes in Abwesenheit Oxenstiernas und der Herzog von Savoyen direkt darauf, jener im Sinn einer Aufmunterung zur Fortsetzung der Interzession, dieser reservierter, indem er die päpstlichen Bemühungen für die Kölner Friedenskonferenz herausstrich. König Ferdinand von Ungarn benützte den Erfolg der kaiserlichen und spanischen Waffen, um die Eidgenossenschaft an ihre mangelhafte Hilfe bei der Not Burgunds zu erinnern und den Einmarsch des deutschen Heeres in Frankreich als bestes Mittel zur Erlangung des Friedens zu erklären. Die andern versicherten auch gelegentlich ihre Begierde nach einem allgemeinen Frieden, und dabei blieb es noch lange Jahre.

Trotz dieses Mißerfolgs ließen es sich die dreizehn Orte nicht nehmen, immer und immer wieder die Kriegführenden an die Notwendigkeit einer Beendigung der Greuel zu erinnern. Ob es sich um die Beruhigung Burgunds handelte, ob man Ferdinand III. zur Königswahl und dann zur Kaiserkrone gratulierte, ob man mit der Hohentwieler und Konstanzer Angelegenheit zu tun hatte oder vom Kaiser um Hilfe angegangen wurde, stets ergriff die Eidgenossenschaft die Gelegenheit, um ihre Sehnsucht nach dem Frieden auszudrücken, und vornehmlich waren es die einst so unfriedsamen Zürcher, die den Anstoß dazu gaben. An den König

von England erließen die evangelischen Orte im Januar 1638 ebenfalls die Aufforderung, mit seiner rühmlichen Versöhnungsarbeit fortzufahren, die freilich nur in seinem vorübergehenden Anschluß an Frankreich und die nordischen Mächte bestand. Von diesem neuen Bündnis hatte der englische Resident die evangelischen Gesandten auf der badischen Tagsatzung im November 1637 unterrichtet und dabei bemerkt, der König bezwecke damit nichts als die Herstellung des Friedens, weshalb ihm die vier Städte ihren Beifall bezeugen sollten. Schaffhausen und Zürich waren sogleich dazu bereit; nur die Berner hatten wieder Bedenken, und der zürcherische Entwurf für das Schreiben an Karl I. gefiel ihnen nicht ganz: ein mißverständlicher Ausdruck, aus dem man die Freude der vier Städte über das neue Bündnis statt über die Friedensbestrebungen des Königs hätte herauslesen können, mußte durch einen unzweideutigen ersetzt und die Versicherung am Schluß, daß die evangelischen Orte „zu diesem Geschäft einen geneigten Willen hätten", weggelassen werden[1]).

Selbst private Versuche zur Anbahnung von Friedensverhandlungen wurden von guten Patrioten unternommen. Im Herbst 1639 fand Seckelmeister Hans Heinrich Wirz von Zürich, die Eidgenossenschaft hätte immer noch Ursache, sich um den ersehnten Generalfrieden zu bemühen, und legte dem ihm befreundeten Obersten Zwyer nahe, sich kraft seiner Beziehungen zur kaiserlichen Partei als Instrument dazu brauchen zu lassen, während der Generalmajor von Erlach-Castelen bei der Krone Schweden und ihren Verbündeten als Unterhändler dienen könnte, da beide der unverdächtigen und unparteiischen eidgenössischen Nation angehörten. Obgleich Zwyer sich nicht ablehnend verhielt, blieb es auch hier bei der guten Meinung[2]).

---

[1]) St. A. Z. A. 222. 1. Nr. 64, 65. — B. IV. 98. fol. 395 f., 403. — B. V. 62. S. 611. — St. A. B. England Buch A. S. 11 ff. — Absch. S. 1061.

[2]) Z. B. Z. Ms. J. 140. Briefwechsel zwischen Wirz und Zwyer. Okt. 1639.

c) *Festigung des Willens zur Neutralität, 1637—1640.*

Einer der Beweggründe für die eidgenössischen Friedensbestrebungen lag in der wachsenden Sorge um die politische Unabhängigkeit. Schon als die Waffenerhebung Frankreichs sicher war, äußerten zürcherische Staatsmänner die Befürchtung, daß es keine Ruhe gebe, bis die eine der beiden großen Parteien übermächtig werde, um dann allen die Gesetze vorzuschreiben, weshalb die freien Stände die Augen offen haben müßten [1]). Auch sonst gestaltete der Umstand, daß eine katholische und zugleich verbündete Macht die Hauptstütze der protestantischen Kriegführenden in Deutschland wurde, die auswärtigen Beziehungen eher komplizierter. Während die katholischen Orte ihrer Neigung für das Haus Habsburg einigermaßen Fesseln anlegen mußten, fehlte bei den evangelischen der mächtigste Antrieb zur Begünstigung des einen Teils, und nur die Furcht vor den ausgeprägteren konfessionellen Tendenzen des andern ließ sie im großen und ganzen jene Richtung beibehalten, die sie seit der Nördlinger Schlacht eingeschlagen hatten. Die Folge dieser Verhältnisse mußte eine strengere Auffassung der Neutralität sein, und sie bildete sich in der Tat in den letzten dreißiger Jahren immer deutlicher heraus.

Eine Probe ihrer Enthaltsamkeit legten die evangelischen Orte beim Ausgang des Veltlinerunternehmens ab. Den Warnungen und Bemühungen Rohans zum Trotz konnte es Richelieu nicht über sich bringen, den Bündnern ihre Untertanenlande völlig zurückzugeben und die Freiheit der Religion zu schützen. In den Clevener Artikeln von Ende Januar 1636 wurde die Ausübung der Justizpflege den Veltlinern zugesprochen und nur das katholische Bekenntnis zugelassen. Die evangelischen Bündner, vor allem die Geistlichen, suchten bei Zürich und Bern ein wirksames Gegengift wider den konfessionellen Zwang der Gegner [2]), und mit

[1]) B. A. Dep. Rossos. Bd. 46. S. 80.

[2]) St. A. Z. A. 248. 14. Pfarrer Stephan Gabriel v. Ilanz an Breitinger. 4. März 1636.

Spannung verfolgten die beiden Stände die Verhandlungen. Wenn die Meldungen über die Clevener Artikel sich bestätigten und ihre Annahme erfolgte, so war jene Hoffnung, daß die bedingungslose Rückgabe des Veltlins an seine Herren der evangelischen Religion eine Türe öffne, zertrümmert. Zürich und Bern führten daher Rohan und den drei Bünden im Februar und März sehr eindringlich zu Gemüte, in diesem Falle wäre alles, was man für Bünden getan habe, übel angelegt gewesen; die Freiheit beider Religionen, an und für sich ein unveränderliches Fundamentalgesetz in Bünden, sei die beste Garantie für die Ruhe in diesem Land, und ihre Untergrabung würde auch auf das eidgenössische Bündnis störend wirken. Es half nicht viel. Die von Rohan zugestandene Modifikation, die unter anderm die Entscheidung über das Bekenntnis gänzlich dem König anheimstellte, änderte nichts an der Sache, und anfangs April wurde der Clevener Vertrag von dem Beitag in Thusis bestätigt. Die Verstimmung war stark, namentlich in Zürich, wo die Überzeugung herrschte, daß durch französische Intriguen die bündnerischen Gemeinden keine Kenntnis von dem Willen ihrer eidgenössischen Verbündeten erhalten hätten und daß Frankreich darauf ausgehe, sich auf Kosten der Bündner allmählich gänzlich zum Gebieter des besetzten Landes zu machen [1]).

Die beständigen Klagen der eidgenössischen Hauptleute bei der Armee Rohans über die ungenügende Bezahlung, die beinahe zum Abzug der einst so willig dargeliehenen Truppen führte, diente nicht zur Hebung der freundschaftlichen Gefühle für Frankreich. Andrerseits hatte man auch für die Bündner, die sich um die Eidgenossenschaft nur bekümmerten, wenn sie Hilfe brauchten, nicht mehr allzu viel übrig. Im Herbst 1636 trat dieser Fall ein, als deutliche Anzeichen der Wendung in dem unruhigen Land offenbar wurden. Zwei Gesandte stellten im Namen des Beitages

[1]) St. A. Z. A. 248. 14. Akten v. Febr. bis Mai 1636. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 198. — Evang. Abschiede E. S. 487. — Bündten-Buch H. S. 711 ff. — B. A. Dep. Rossos. Bd. 47. S. 77. — Absch. S. 980, 2157 ff. — Rott V. S. 145 ff.

von Ilanz in Zürich und Luzern vor, daß ihnen Frankreich die Restitution der Untertanenländer noch immer vorenthalte, und baten um ein kräftiges Empfehlungsschreiben für die Kölner Friedenskonferenz und um die Verschließung der Pässe in ihr Land für jede fremde Nation. So weit ging nun weder beim evangelischen Vorort der Ärger über die französische Politik in Bünden, noch beim katholischen die Abneigung gegen Frankreich überhaupt, daß man hinter dem Rücken des Ambassadors zugunsten der unzuverlässigen Bundesgenossen irgend einen Beschluß fassen wollte. Man teilte Méliand die Beschwerden des Ilanzer Beitages mit, und dieser wußte eine Tagsatzung, die Zürich deswegen vorgeschlagen hatte, zu hintertreiben [1]). Es trat scheinbar eine Beschwichtigung ein, bis im März des folgenden Jahres die große Verschwörung ausbrach, die Frankreich mit einem Schlag der Vorteile beraubte, die ihm Rohans Kriegskunst verschafft hatte.

Am 8./18. März 1637 meldeten die in Chur versammelten Häupter der drei Bünde dem eidgenössischen Vorort ihre Verhandlungen mit dem Hause Habsburg und die Absicht, die französischen Truppen aus dem Lande zu entfernen. Sie baten, dem Befehlshaber des zürcherischen Regimentes in Bünden, Oberst Schmid, entweder die nötigen Anweisungen für ihre Unterstützung zu geben oder ihn heimzurufen. Am folgenden Tag berichtete Rohan, daß er sich mit dem zürcherischen Regiment in die Rheinfestung geworfen habe; wenn ihm Zürich sogleich 1000 Mann, die Tag und Nacht marschieren müßten, zu Hilfe schicken könnte, werde er die Bündner wohl zur Vernunft bringen; auch wäre eine Gesandtschaft zur Vermittlung sehr erwünscht. Nur dieser letzte Vorschlag wurde günstig aufgenommen; an ein gewaltsames Eingreifen dachte Zürich so wenig wie an eine Handlung auf eigene Faust. Oberst Schmid erhielt den Befehl, sich der gemeinen Re-

---

[1]) St. A. Z. A. 248. 14, Okt. bis Nov. 1636. — St. A. L. Bünden. Fasc. IX. Nov. 1636. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 48. S. 8, 11. — Dep. Méliands v. 22. u. 28. Nov. 1636. Layette XLII. — Rott V. S. 176 ff. — D. Veraguth, l. c. S. 107 f.

solution der drei Bünde nicht zu widersetzen und nur vermittelnd zu wirken, und die in Eile abgefertigte Gesandtschaft von Zürich und Glarus hatte lediglich den Auftrag, einen Waffenstillstand zu bewerkstelligen. Alles Weitere wurde auf eine Tagsatzung verschoben und anders als vor zwei Jahren dafür Sorge getragen, einen überraschenden Durchzug französischer Hilfstruppen zu vereiteln. Eine ähnliche Haltung nahmen die andern Orte ein, als die Entscheidung in der Paßfrage an die Eidgenossenschaft herantrat. Auf der Tagsatzung in Baden Ende März berichteten die Bündner Gesandten über die Kapitulation mit Rohan und ersuchten wiederum, wie schon im vergangenen Herbst, weder dem französischen König noch irgend einem andern, der die neuesten Abmachungen zunichte machen wolle, den Durchmarsch zu bewilligen. Das Gleiche verlangte Casati im Namen des Gubernators von Mailand. Man war damals über die Stellung Frankreichs zu der Verschwörung durchaus nicht im klaren und fürchtete lebhaft, der Paßbegehren wegen in große Schwierigkeiten zu geraten. Der erste Entschluß in dieser Sache war insofern ein Verlegenheitsprodukt, als man weder ja noch nein sagte: die Paßgewährung wurde an eine gemeinsame Beratung geknüpft und den einzelnen Orten verboten, ohne Wissen der andern ihre Verfügungen zu treffen. Als sich dann die Verhältnisse etwas abgeklärt hatten, indem der Abzug der Franzosen aus dem Veltlin und Bünden erfolgt war, fand man auf der Maitagsatzung den Mut, dem neuen Stand der Dinge die Anerkennung zu gewähren und den Bündnern anzukündigen, daß man niemandem den Paß geben werde, der die jüngste Vereinbarung zwischen ihnen und Spanien-Österreich stören wolle. Weniger bestimmt band man sich dem Kaiser und der Erzherzogin gegenüber, die beide auf Grund der Erbeinigung die Verschließung der Zugänge nach Bünden für die Franzosen gefordert hatten. Der allfällig von Frankreich her drohenden Gefahr suchte man durch die nochmalige Bekräftigung der einheitlichen Handlungsweise zu begegnen: Bern, Freiburg, Solothurn und Basel versprachen, keine Paßbewilligung ohne Wissen der andern Orte erteilen zu wollen, und

die Zusicherung der gegenseitigen Hilfe bei einem Angriff wurde gemäß einem Antrage Luzerns wieder einmal erneuert[1]). Glücklicherweise kam die Eidgenossenschaft diesmal nicht in die Lage, ihren Beschlüssen Achtung verschaffen zu müssen, da Richelieu keine militärischen Anstalten traf, um seine Einbuße wieder gut zu machen.

Das Zusammengehen der evangelischen und katholischen Orte bei dieser Angelegenheit entsprang weniger dem guten Willen für eine aufrichtige Annäherung und eine Beseitigung der fremden Einflüsse, als dem Fehlen eines widerstreitenden Interesses. Nachdem Frankreich so deutlich seine konfessionelle Gebundenheit bewiesen hatte, konnte es den Evangelischen gleichgültig sein, ob die Bündner ihre Untertanenlande aus spanischer oder französischer Hand zurückempfingen. Den Katholischen mußte ihre natürliche Neigung für Spanien Genugtuung über den Umschwung bereiten, obgleich die Anlieger des Gotthardpasses heimlich bedauerten, nicht mehr die alleinigen Gebieter eines Weges von Mailand nach Deutschland zu sein. Was allen gemeinsam war, das war die Scheu vor einer kriegerischen Verwicklung und der Wunsch, daß in dem hin und her gerissenen Lande endlich die Ruhe einkehre.

Diese Empfindungen bestimmten auch ihre spätere Politik angesichts der Verhandlungen, die zum Abschluß des „ewigen Friedens“ zwischen Bünden und Spanien führten. Trotz der alarmierenden Berichte der evangelischen Bündner Geistlichen, die schon im Frühling 1638 die endgültige Benachteiligung ihrer Religion im Veltlin voraussahen, war Zürich gewillt, die Sache Gott

---

[1]) St. A. Z. A. 248. 14, März bis Mai 1637. — A. 225. 51. Briefe Rohans an Zürich, März u. April 1637. — B. IV. 98. fol. 215 ff., 268. — B. VIII. 15. fol. 184 ff. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 231, 240 ff. — St. A. Sch. Instr. v. 12. März u. 24. April 1637. — St. A. L. Bünden Fasc. IX. März u. April 1637. — Abschiede 1637. fol. 20, 46, 57. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 48. S. 143 ff., 181 ff., 210 f., 251 ff. — Dep. Flemings v. 6. April 1637. — Absch. S. 1019 ff., 1027, 1029 f. — Rohan, Mémoires et lettres I. S. 362, 366 f. — Rott V. S. 190 ff.

und der Zeit zu befehlen. Die spärliche Gemeinschaft der Bündner mit ihren Eidgenossen, ihre Weigerung, die Rheinschanze zu schleifen, ihre Undankbarkeit und Unbeständigkeit überhaupt lähmten das Interesse Zürichs und Berns an ihrem Schicksal immer mehr. Die beiden mächtigsten evangelischen Stände begnügten sich also mit einer gelegentlichen schriftlichen Mahnung zur Einigkeit und zur Bewahrung der althergebrachten Freiheit. Eine wesentliche Änderung trat nicht ein, als im Jahre 1639 Oberst Johann Peter Guler, das Haupt der bündnerischen Opposition, eine große Aktion im Verein mit Frankreich und Venedig anstrebte. Wohl ließ sich Zürich zu einer Sendung Wasers nach Bern und Solothurn bewegen; aber von jeder Gewaltpolitik, wie sie Guler schließlich als einziges Rettungsmittel erkannte, war man weit entfernt. Das „primum mobile“ sollte Frankreich sein, nicht im Sinne eines kriegerischen Eingreifens, sondern einer friedlichen, freilich kraft seines Ansehens nachdrücklichen Einwirkung auf die spanienfreundlichen Bündner. Der Plan Zürichs bestand darin, daß Méliand im Namen und auf Kosten seines Königs eine allgemeine Tagsatzung ausschreiben sollte, wo man eine eidgenössische Gesandtschaft nach Bünden beschließen würde, um einen Aufschub der Traktate zu erzielen. Daneben schien die diplomatische Unterstützung Venedigs unentbehrlich. Noch zurückhaltender war Bern, das eine französische Einmischung für unwahrscheinlich hielt und den geringsten Anstoß zu Komplikationen vermeiden wollte; nur Mahnungen und gute Ratschläge an die Gemeinden standen auf seinem Programm. Auch die französische Regierung wollte für den Augenblick von einer neuen militärischen Unternehmung nichts wissen, ungeachtet des großen Nachteils, den sie durch die Gewährung des freien Passes für Spanien im bündnerischen Friedensvertrag erlitt. Méliand war außerdem die Sache schon deswegen verleidet, weil seine Abgeordneten auf dem Ilanzer Beitag im Juli keine Audienz erhalten hatten. Als hier die spanische Partei vollständig die Oberhand gewann und sich zur Annahme der bedenklichen Artikel entschloß, drang Guler mit aller Macht auf die Intervention der evangelischen

Orte, sei es auf diese oder jene Weise. Aber weder seine Bitten und Gesandtschaften, noch die Hilfsbegehren zahlreicher Gemeinden vermochten Zürich und Bern von ihrer friedlichen Politik abzubringen. Sie fuhren fort, die Bündner mit Schreiben zu bearbeiten, und enthielten sich im übrigen jeder eigenmächtigen Handlung. Der erste Versuch, die ganze Eidgenossenschaft für die Sache zu interessieren, schlug fehl; die katholischen Orte, die an dem Friedensvertrag wenig auszusetzen hatten und mit dem Zustand der Bündner durchaus zufrieden waren, lehnten den Besuch einer Tagsatzung ihretwegen ab. Nicht glücklicher war Zürich mit der Wahl eines andern Mittels, das auf die Bündner Eindruck machen sollte: der Geheime Rat beauftragte Oberst Peblis, der eben eine Reise nach Deutschland antrat[1]), der weimarischen Generalität in Breisach die unangenehmen Folgen des spanisch-bündnerischen Friedensvertrages für die Kriegführung der guten Partei auseinanderzusetzen und sie zu einer Beschwerde zu veranlassen. Dieselbe erfolgte prompt und kündigte unverblümt an, durch die Paßgewährung für Spanien werde man sich den ganzen Krieg auf den Hals laden, da die Armeen in Deutschland dem Feinde überall entgegengehen würden. Ihre ganze Wirkung bestand indessen nur in einer einläßlichen Denkschrift, worin die Bündner ihre Leiden seit dreißig Jahren schilderten. Im September kam dann doch eine Tagsatzung zustande, auf welche die Partei Gulers aber keinen Vertreter sandte, weil sie das Gefühl hatte, ihre Sache, die von niemandem „mit rechtem Ernst" zur Hand genommen worden war, würde dort nur eine Niederlage erleiden. Der Verlauf der Tagung gab ihr recht. Dem Vortrag der Zürcher Gesandten über die Mängel des spanischen Traktats und einem schriftlichen Protest Méliands gegen die Verletzung des französischen Bündnisses zum Trotz blieben die Bündner Gesandten mit ihrer Verantwortung und der Zurückweisung jeder Moderation Sieger. Da Bern im Gegensatz zu Zürich eine eidgenössische Gesandtschaft unnütz dünkte, weil die Bündner

[1]) Im Auftrag des Pfalzgrafen Karl Ludwig. Gonzenbach I. S. 419.

schwerlich auf den bessern Weg zu bringen seien, unterblieb jede weitere Betätigung der Orte in dieser Angelegenheit, und es war nur gut, dass der Wunsch, mit dem Ratschreiber Rippel von Basel den „ewigen Frieden“ halb ironisch begleitete: „Gott gebe, daß solche schöne Bündtnus mehr zue gemeiner Eydtgnoschaft rueh als schaden und undergang gereiche“, leidlich in Erfüllung ging[1]).

Das gleiche Friedensbedürfnis, das die „Bündner Rumoren“

---

[1]) St. A. Z. A. 248. 14. Akten v. 1638 u. 1639. — B. IV. 100. fol. 296, 331, 342 f. — B. VIII. 15. S. 284, 324, 342. — Ratsman. Nr. 426. S. 3 ff., 15 ff. — St. A. B. Bündten-Buch. H. S. 925, 945, 961. — Instructionsb. R. S. 362. — St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. II. Nr. 170 ff. — St. A. L. Abschiede 1639. fol. 46, 150, 199. — Bünden. Fasc. IX. 1638, 1639. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 49. S. 301; Bd. 50. S. 11; Bd. 51. S. 323 ff.; Bd. 52. S. 58 f., 67. — Absch. S. 1094, 1101, 1104, 1119, 1122, 1140, 1145 ff. — Sprecher v. Bernegg II. S. 302 ff. — Gonzenbach II. S. 72 f. — Rott V. S. 303 ff., 346 ff. Die Meinung Rotts, S. 349 u. 351, es sei zwischen Guler, seinen schweizerischen Freunden und Méliand ein Projekt für eine militärische Intervention in Bünden ausgearbeitet worden und die Obrigkeiten der evangelischen Orte hätten einen Überfall der Luziensteig durch die weimarische Armee gewünscht, beruht auf einer gänzlichen Verkennung der damaligen Politik Zürichs und Berns. (Basel und Schaffhausen beschäftigten sich überhaupt nicht näher mit der Bündnersache.) Aus den Akten geht klar hervor, daß die beiden Städte jeder Anwendung von Gewalt gründlich abhold waren und daß Guler weder von ihnen noch von Frankreich oder Venedig derartige Versprechungen erhielt. Die Depesche Vicos, die Rott S. 351 n.[1] dafür anführt, erwähnt nur die Offerte Gulers an Venedig und Méliand, und die ebenfalls zitierte Antwort Berns auf das Anbringen Wasers zeigt neben den andern Akten besonders deutlich, wie man jeden kriegerischen Gedanken abwies. Gerüchte auf gegnerischer Seite können selbstverständlich nicht als Beweis dienen. Der Auftrag an Oberst Peblis bestand lediglich darin, in Breisach Schreiben an die Bündner zu erwirken, und war bloß als Drohung gemeint. Daß die Direktoren der weimarischen Armee nach dem Tode Herzog Bernhards nicht gerade zu einer Expedition nach Bünden aufgelegt sein würden, hätten die Zürcher und Berner selber ausrechnen können, abgesehen davon, daß ihnen eine solche gar nicht willkommen gewesen wäre. In einem Bericht aus Chur vom 20. Sept. (St. A. Z. A. 248. 14) heißt es denn auch, über die Schreiben und Drohungen der Schwedischen lachten die spanisch Gesinnten nur, da sie bloß von etlichen hiesigen Partikularen ausgebettelt worden seien.

hätte gehen lassen, wie sie gingen, leitete im allgemeinen die Orte bei ihrem Verhalten gegenüber den Schwierigkeiten und Belästigungen, die ihnen mit dem Fortschreiten der Heere Frankreichs und seiner Konföderierten reichlich zuteil wurden. Obgleich die mangelhafte Bezahlung der eidgenössischen Regimenter, die Mißachtung ihrer Kapitulationen, die rückständigen Pensionen für die spanienfreundlichen Orte ein bleibendes Ärgernis bildeten und auch die Sympathien der Evangelischen abkühlten, so konnte die französische Regierung doch darauf zählen, daß dank der Uneinigkeit zwischen den beiden konfessionellen Lagern und der durchgehenden Abneigung gegen alle gewagten Handlungen ihren Unternehmungen von der Eidgenossenschaft aus keine eigentlichen Hindernisse bereitet wurden, so gute Gründe diese manchmal dazu gehabt hätte.

Unter den Gefälligkeiten, die der König von seinen schweizerischen Bundesgenossen erwartete, betrafen die wichtigeren die Proviantlieferungen und das Durchzugsrecht für seine Soldaten. Das letztere war durch den Bündnisvertrag garantiert, vorausgesetzt, daß der Marsch sich nicht gegen die Länder richtete, die in der Erbeinigung begriffen waren. Man umging französischerseits das Hindernis bisweilen damit, daß man behauptete, die durchziehenden Truppen seien zur Besatzung der eroberten Plätze in Mömpelgard und Lothringen bestimmt, und namentlich Bern gab sich mit solchen Vorspiegelungen zufrieden. Im Mai 1637 ließ es ein paar Tausend Franzosen durch sein Gebiet nach Mömpelgard ziehen, obgleich starker Verdacht bestand, daß sie nachher gegen die vorderösterreichischen Lande verwendet würden. Die Folge war eine scharfe kaiserliche Beschwerde und Mahnung, die Pässe künftig besser zu verwahren, da die Eidgenossenschaft sonst in den Krieg verwickelt werden könnte. Bern berief sich auf die Versicherung Méliands, daß dieses Volk nur zur Verstärkung der Garnisonen diene, und bestritt energisch jede Verletzung der Erbeinigung und der Neutralität[1]). Aber die schwersten Nöte be-

---

[1]) St. A. B. Frankreich-Buch. M. S. 67 ff. — Allg. Eydg. Bücher. G.

gannen erst, als sich die Armee Herzog Bernhards von Weimar der Grenze näherte.

Im Mai 1637 machte der Kommandant von Breisach, der Freiherr von Reinach, die Basler darauf aufmerksam, daß die Franzosen gegen den Rhein heraufmarschierten, und erkundigte sich, ob man jeden Durchzug des Feindes hintertreiben und im Notfall österreichische Hilfe annehmen wolle. Basel war der Meinung, Reinach lege die Erbeinigung etwas weiter aus, als ihr buchstäblicher Inhalt zugebe, und wollte die Entscheidung in diesen wichtigen Punkten den gemeinen Orten überlassen; im übrigen bezog es sich auf frühere Erklärungen und versprach, im Falle eines Paßbegehrens Reinach zu benachrichtigen. Im Juni erschien als Vorläufer Herzog Bernhards Oberst Schafelitzki mit einigen Regimentern in der Nähe, und bald darauf entstanden allerlei Vermutungen, daß die weimarische Armee aus der Freigrafschaft heranrücken und an der schweizerischen Grenze den Übergang über den Rhein suchen werde, um in die österreichischen Erblande einzufallen. Die Basler waren in großer Verlegenheit und taten alles, um üblen Folgen vorzubeugen und die Verantwortlichkeit möglichst auf die ganze Eidgenossenschaft abzuwälzen. Auf der Jahrrechnungstagsatzung baten ihre Boten um freundeidgenössischen Rat und versicherten, daß ihre Obern sich wohl an den frühern Beschluß, niemandem ohne Wissen der andern Orte den Paß zu geben, halten würden, daß man aber einen erzwungenen Durchmarsch nur mit einer bastanten Armee verhindern könnte, die man leider nicht besaß. Die Tagsatzung entwarf hierauf ein Schreiben an Herzog Bernhard und Oberst Schafelitzki, dessen Ton jedoch den Baslern, die es mit niemandem verderben wollten und gut genug wußten, was es mit dem angedrohten Widerstand auf sich hatte, dermaßen mißfiel, daß sie seine Bestellung verweigerten, gleich wie sie eine Gesandtschaft an den Herzog im Verein mit Solothurn gerne andern Orten aufgeladen hätten, welche die Ansprüche des fremden

S. 5, 21, 33. — Teutsch Missivenb. 9. fol. 170 ff., 185, 217 f., 249. — B. A. Dep. Méliands v. 23. Mai 1637. Layette XLV. — Absch. S. 1042.

Heerführers weniger zu fürchten hatten. Ihre Unruhe vermehrte sich indessen, da die Gerüchte über die Ankunft der weimarischen Armee und die verderblichen Pläne ihres Generals immer bestimmter lauteten und andrerseits die Kaiserlichen kein Hehl daraus machten, daß ihre Gegenverfassung auf die Schweizer keine Rücksicht nehmen könne, wenn diese nicht selber für die Verschließung ihrer Pässe sorgten. Die Regierung fuhr fort, gegen alle künftigen Anschuldigungen von vornherein Verwahrung einzulegen, und als die Luzerner auf die Mahnung um Hilfe im Notfall etwas kühl reagierten und den Baslern eigene Anstalten zur Verteidigung empfahlen, wandten sich diese voll Entrüstung über den unfreundlichen Widerhall ihrer eidgenössischen Aufrichtigkeit wieder an die drei glaubensverwandten Städte. Um jedem Verdacht auszuweichen, verzichteten die evangelischen Orte auf eine Konferenz in Aarau, regten aber eine Versammlung von Angehörigen beider Konfessionen in Basel an, um die Haltung angesichts der fremden Zumutungen gründlich zu beraten.

Wenn einmal eine Gelegenheit war, rechtzeitig zu einheitlichen Verteidigungseinrichtungen zu gelangen, so hätte sie sich jetzt geboten. Die Gefahr war da, und der Widerwille gegen eine Verletzung des eidgenössischen Bodens war diesmal nicht nur bei den katholischen Orten besonders ausgeprägt; denn Zürich hatte die unzähligen Unannehmlichkeiten nach der Belagerung von Konstanz nicht vergessen und hatte kein eigenes Interesse an dem Unternehmen des weimarischen Fürsten im Solde Frankreichs. Aber die finanziellen Hindernisse, die alte Lahmheit und der alte Egoismus waren auch noch da. Man pochte auf die Neutralität, die Friedensliebe und die Verträge mit den Kriegführenden; man wies auf den Beschluß von Baden, die Pässe den Fremden zu verschließen, der übrigens nach der Ansicht der Evangelischen nur für Bünden Geltung hatte und eben nichts als ein leerer Beschluß war; man gab sich den Anschein, der eidgenössischen Wehrmacht zu vertrauen und sagte sich doch daneben, daß man in der Eile keine genügenden Kräfte aufbringen könne, um einen Marsch über das offene Land zu verhindern. An

diesen Zuständen änderte die Konferenz von Basel nicht das mindeste, um so weniger, als sich die Meldungen von der beabsichtigten Neutralitätsverletzung als blinder Lärm herausstellten. Herzog Bernhard, der seinen ursprünglichen Plan, über Basler Boden nach Rheinfelden zu ziehen, französischer Intriguen wegen hatte aufgeben müssen, antwortete auf das Schreiben der badischen Tagsatzung höflich mit der Versicherung, den eidgenössischen Friedensstand nicht stören zu wollen, und der bernische Vertreter auf der Basler Konferenz, Erlach-Castelen, damals schon sehr vertraut mit dem weimarischen Feldherrn, gab zu verstehen, daß Basel des Passes halber „diesmal" nichts zugemutet würde. Der Zürcher Gesandte und mit ihm wohl andere waren der Meinung, man könnte nun wieder nach Hause reisen; aber die ängstlichen Basler, „die für sich selbsten gar nützit über sich nämmen wellent", drangen auf weitern eidgenössischen Rat, wenn etwa allerlei andere Begehren erfolgen sollten. Nachdem man sich unter vielen Disputen schlecht und recht mit der Forderung des Brotbackens für die französische Armee unter du Hallier, die in der Nähe lag, abgefunden und österreichischen Kommissären einmal mehr die Haltung der Erbeinigung versprochen und ihnen zugleich das unerlaubt nahe Schanzen am Rhein und die Hinderung der Schiffahrt vorgerückt hatte, ritten die eidgenössischen Boten wirklich nach Hause[1]).

[1]) St. A. Ba. Missiven 136. Mai bis Juli 1637. — Politisches P. 30jähr. Krieg. 1, 4, 9. Akten v. Mai bis Juli 1637. — Ratsprot. Juli 1637. — St. A. Z. A. 178. 3. Nr. 217, 220, 223 f., 227 ff. — B. IV. 98. fol. 257 f., 361 ff. — B. VIII. 15. fol. 235. — St. A. L. Abschiede 1637. fol. 168. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 48. S. 301 ff., 365. — Dep. Flemings v. 15. Juni u. 20. Juli 1637. — Absch. S. 1041 f., 1046 ff. — Gonzenbach I. S. 42 ff., Urk. Nr. 2—4. — Heusler, Mitteil. aus d. Basler Ratsbüchern, l. c. S. 246 ff. — Rott V. S. 249 ff. Irrig ist die auf unzuverlässige Quellen sich stützende Angabe bei Rott, S. 253, Herzog Bernhard habe nach der Einnahme von Ensisheim den Anspruch erhoben, auf schweizerischem Boden einen Weg nach Rheinfelden zu erhalten und sei abgewiesen worden. Am gleichen Tag, als der Rheingraf Johann Philipp Ensisheim gewann, am 27. Juli a. St., bewerkstelligte der Herzog bei Rheinau zwischen Straßburg und Breisach den Übergang auf

Es vergingen kaum drei Monate, so mußte man sich schon wieder mit den weimarischen Scharen befassen. Der Herzog war nach seinem Rheinübergang zwischen Breisach und Straßburg und einem kurzen Aufenthalt auf dem rechten Ufer des Stromes anfangs Oktober aus dem Elsaß gegen das Bistum Basel aufgebrochen und zog nach der Einnahme der bischöflichen Schlösser Angenstein, Pfeffingen und Zwingen in das Delsberger Tal, um dort seine Winterquartiere aufzuschlagen. Die Solothurner, denen Schloß Angenstein vertragsmäßig offen stehen mußte, ersuchten ihn im Namen der katholischen Orte dringend, das Gebiet ihres Bundesgenossen zu verschonen und beriefen sich dabei auf Frankreich, unter dessen Protektion der Bischof stand. Herzog Bernhard schützte militärische Notwendigkeit vor, und seine Soldaten fuhren fort, die Grenzdörfer zu brandschatzen. Auf einer Konferenz in Luzern häuften sich die Klagen der Solothurner und der bischöflichen Abgeordneten; man sandte Deputierte an den Herzog. Aber etwas Ernstliches wollte man wie gewohnt nicht ohne die Mitwirkung der Evangelischen unternehmen, da ohnehin eine Tagsatzung bevorstand. Hier stießen die verschiedenen Meinungen hart aufeinander, und Méliand, der sich auch in Baden eingefunden hatte, hatte keinen leichten Stand. Die gesteigerte Gereiztheit mancher Katholischer, die schon auf der Jahrrechnungstagsatzung zum Ausbruch gekommen war, äußerte sich

---

die rechte Rheinseite und legte das befestigte Lager bei Wittenweier an. Ein Zug nach Rheinfelden durch Schweizergebiet konnte also gar nicht mehr in Betracht kommen. Was den Befehlshaber der französischen Hilfstruppen, du Hallier, betrifft, so hätte dieser ursprünglich bei Hüningen über den Rhein gehen, die österreichischen Schanzwerke nehmen und sich mit Herzog Bernhard vereinigen sollen. Bei der Basler Konferenz hielt er aber nicht offiziell um den Paß an, wahrscheinlich weil ihm von vornherein bedeutet worden war, daß man ihn niemandem geben werde. Der Abschied und die übrigen Akten berichten nur von seinem Gesuch, Brot für die Armee in Basel backen zu lassen. Vgl. Droysen, Bernhard von Weimar. II. S. 288 ff. — Gonzenbach l. c. — Journal der Armee des Herzogs Bernhard von Sachsen-Weimar aus den Jahren 1637 u. 1638. Hsg. v. E. Leupold. Basler Zeitschrift f. Gesch. u. Altertumskunde. 11. S. 283 f.

wieder in dem Wunsche, die Regimenter aus Frankreich heimzurufen. Die evangelischen Orte, namentlich Bern und Schaffhausen, verwahrten sich bestimmt dagegen, ebenso gegen jede Tätlichkeit zum Zwecke der Vertreibung der Weimarischen von den Grenzen, trotzdem Bern viel Scherereien durch die Besetzung des verburgrechteten Münstertals hatte. Der Oberst von Erlach-Castelen, der mit Herzog Bernhard deswegen persönlich verhandelte, verstand es, seinen weitreichenden Einfluß über Bern nach Baden zu leiten, und da auch die Basler entschieden für die Beobachtung der Neutralität eintraten und den katholischen Orten ihre friedfertigen Ratschläge vorhielten, als es sich um die Plünderung baslerischer Dörfer durch kaiserliches Volk gehandelt hatte, so fiel die Mehrheit der Stimmen dem ungefährlichen Mittel eines Schreibens zu, das den Herzog aufforderte, die Grenzen zu räumen, die drei Schlösser aufzugeben und die Einkommen und Gefälle auf eidgenössischem Gebiet unangetastet zu lassen, weil man sonst andere Maßregeln ergreifen müßte. Der weimarische Heerführer rechtfertigte seinen Zug mit der ,,raison de guerre", bestritt wiederum jede feindliche Absicht und blieb mit seinem Volke da, wo er war [1]).

Im Januar 1638 machte eine Luzerner Konferenz nochmals den Versuch, die Neugläubigen zu energischem Vorgehen gegen die ungebetenen Gäste an der Grenze zu bewegen, und wiederholte ihn dringender, als gerade ein Schreiben der Erzherzogin Claudia eintraf, die ihrem Befremden über die Duldung des Herzogs auf dem bischöflichen Gebiet, von dem aus er in das Reich einfallen wolle, Ausdruck gab. Auch Ferdinand III. benachrichtigte die dreizehn Orte von dem Plane Bernhards, entweder den Paß über die Aare und den Rhein zu verlangen oder unversehens durch-

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 3. Nr. 246 ff. — B. VIII. 15. fol. 241. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 260 ff. — Allg. Eydgn. Bücher. G. S. 43. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1637. Instr. v. 4. Nov. — St. A. Sch. Instr. v. 1. Nov. 1637. — St. A. L. Abschiede 1637. fol. 203, 221 ff. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 49. S. 97 f. — Absch. S. 1055 f., 1058.

zuschleichen, und der Landvogt von Baden wußte ebenfalls von einem Gerücht zu erzählen, das dem Herzog die Absicht zuschrieb, ins Fricktal einzufallen und sich Laufenburgs zu bemächtigen. Man schenkte diesen und ähnlichen Meldungen wenig Glauben, weil die winterliche Jahreszeit für größere Unternehmungen nicht geeignet war. Zürich lud jedoch zu einer Tagsatzung auf den 22. Januar ein, da auch die burgundische Neutralität wieder auf die Bahn gekommen war und der scharfe Ton des kaiserlichen Schreibens, sowie Warnungen Oberst Zwyers eine gewisse Beunruhigung verursacht hatten. Noch immer erschien den evangelischen Orten der Versuch, den Herzog mit Gewalt vom Boden des Bistums Basel zu vertreiben, als eine Neutralitätsverletzung, da seine Einlagerung nur das Gebiet eines Reichsfürsten betraf, der sie nichts anging. Mit aller Macht sollten die Berner Gesandten ihre papistischen Kollegen in Baden von diesem „bösen, gewalttätigen, der ganzen Eidgenossenschaft unwiederbringlich schädlichen Vorhaben" abmahnen. Aber selbst der katholische Vorort dachte damals gar nicht ernsthaft an ein solches Unterfangen, sondern zog in gewohnter Vorsicht die gütlichen Mittel bei weitem vor[1]).

Die Eidgenossenschaft kam nicht dazu, nochmals mit Herzog Bernhard wegen der Abführung seines Volkes aus dem Delsberger Tal zu verhandeln. Die Tagsatzung war noch nicht zusammengetreten, als sich die Kunde verbreitete, die Weimarischen seien in der Nacht vom 18. Januar über Basler Gebiet gezogen und in das österreichische Fricktal eingefallen. Damit war zum zweitenmal eine schwere Verletzung der eidgenössischen Neutralität begangen worden. Daß der Herzog im Einverständnis mit den Regierungen der evangelischen Orte gehandelt hatte, ist ausgeschlossen. Diese besaßen keine Kenntnis von seinem Plan, die über jene allgemeinen Gerüchte hinausgegangen wäre,

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 3. Nr. 253 ff. — A. 178. 4. Nr. 1 ff. — B. IV. 98. fol. 396, 406 ff. — B. VIII. 15. fol. 259. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 269. — St. A. Sch. Instr. v. 17. u. 19. Jan. 1638. — St. A. L. Abschiede 1638. fol. 1, 28. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 49. S. 146, 153. — Absch. S. 1064.

und hatten schon aus Furcht vor Österreich nicht beabsichtigt, ihm den Paß freiwillig zu geben[1]). Hingegen spielte bekanntlich der Oberst von Erlach-Castelen die Rolle des Ratgebers bei diesem Unternehmen, und die merkwürdige Duldsamkeit, mit der die Berner dem Verkehr ihres Ratsmitgliedes mit dem Herzog zusahen, wirft auf ihre Auffassung von einer genauen Neutralität nicht eben das beste Licht. Nichtsdestoweniger war die Entrüstung der katholischen Orte und ihr unbegrenztes Mißtrauen nicht gerechtfertigt. Auf die Mitteilung Basels von dem unerwarteten Ereignis und die Bitte um Hilfe hatte die Luzerner Regierung nur den Ausdruck ihrer Verwunderung über die Möglichkeit eines solchen Überfalls und dessen späte Meldung übrig, und ihren Gesandten in Baden schrieb sie, es sei erstaunlich, „mit was subtilitet und glimpf sy (die Basler) die sach andern vorzubilden wie auch ir Unschuld und unwüssenheit zuzewenden understehend. Dorgegen aber wir wyt andere gedancken fassent“. Alle Erklärungen, welche die Grenzstadt im Sommer 1637 in der Vorahnung des Kommenden gegeben hatte, und alle ehrliche Mühe, dem Verdachte der Katholischen vorzubeugen, hatten also nichts genützt. Die Verständnislosigkeit der innern Orte für die Lage der äußern beruhte hauptsächlich auf der konfessionellen Entfremdung, zum Teil auch auf dem mißgünstigen Unwillen über den lebhaften Handel der Evangelischen mit den fremden Soldaten und den Vorschub, den namentlich die Berner und Basler Bürger dem Herzog für materiellen Gewinn leisteten.

---

[1]) In der zürcherischen Instruktion v. 17. Jan. 1638 heißt es, die Gesandten sollen sich bei den Bernern im Vertrauen erkundigen, ob sie nichts Bestimmtes über den angeblich bevorstehenden Marsch des Herzogs wüßten. Daß die Berner Regierung in ihrer Gesamtheit Bernhards Pläne nicht begünstigte, ergibt sich aus den Klagen seines Agenten in Bern, des Rittmeisters Relinger, der im Januar 1638 die ganze Schweizerei „ein elend status“ nannte und erklärte, die evangelischen Orte blieben trotz seines Treibens und Sollicitierens bei ihrem phlegmatischen alten Tand und scheuten alles Kriegswesen ärger als den Tod. Droysen, Bernhard v. Weimar. II. S. 333. — Vgl. auch Schweizer, l. c. S. 265.

Auf der badischen Tagsatzung herrschte der Geist des Argwohns und der Zwietracht. Basel und Bern waren „mächtig verhaßt" trotz aller Beteuerungen ihrer Unschuld, und die gesamte Meinung der katholischen Gesandten ging dahin, man sollte die Weimarischen mit den Waffen von den Grenzen vertreiben, während die evangelischen auf das bestimmteste jene Anschauung vertraten, die in jeder gewaltsamen Handlung einen Bruch der Neutralität erblickte. Nach vieler Mühe gelang es ihnen, ihren Gegnern den gewohnten Weg der schriftlichen Beschwerde genehm zu machen. Aber die Antwort Herzog Bernhards, der auf die Forderung, die drei bischöflichen Schlösser zu räumen, gar nicht einging und im übrigen an die frühern kaiserlichen Durchzüge erinnerte, war nicht dazu angetan, die stürmischen Wogen zu glätten. Die Katholischen hielten mit ihrer Absicht, die drei Schlösser von ihrer Einquartierung säubern zu wollen, nicht hinter dem Berg, worauf die Evangelischen jede Schuld an künftigem Unheil zum voraus abschoben. Jene wollten die Basler von dem gemeineidgenössischen Entschuldigungsschreiben an den Kaiser ausschließen, und bis zuletzt protestierten die Zuger dagegen, für jemanden die Verantwortung zu übernehmen, der gefehlt habe. Nicht einmal über die Verwahrung der Grafschaft Baden ließ die gegenseitige Eifersucht eine Einigung zu: geschweige denn, daß man sich zu einem eidgenössischen Defensionale aufgeschwungen hätte. Es war zwar von einem Kriegsrat die Rede, der aber erst bei längerer Dauer der Gefahr zusammentreten sollte und keine Gelegenheit dazu hatte, weil sich die weimarischen Scharen rasch über den Rhein verzogen. Dagegen kam es in der Paßfrage endlich zu einer gemeinsamen Entscheidung: die Tagsatzung beschloß — unter Vorbehalt der Verträge natürlich — niemandem den Paß durch die eidgenössischen Lande zu gestatten und jeden allen Ernstes davon abzuhalten. Über das Wie der Durchführung freilich zerbrach sie sich so wenig den Kopf wie früher[1]).

[1]) St. A. Z. A. 178. 4. Nr. 8 ff. — St. A. Ba. Politisches P. 9, Januar 1638. — Missiven Nr. 139. Januar 1638. — Eidgsch. D. 5. Abschiedsschriften.

Obgleich die Tagherren das oft gegebene Versprechen, bei einem Angriff fremder Potentaten einander mit Gut und Blut beizustehen, erneuerten, so würde es schwerlich die Probe bestanden haben. Die militärischen Maßnahmen der fünf Orte, die eigenmächtig Mellingen mit Mannschaft aus den Freien Ämtern besetzten, an der bernischen Grenze Wachen aufstellten und ihre Untertanen in den ennetbirgischen Vogteien mahnten, sich gefaßt zu halten, das Wiederaufleben des Streites zwischen ihnen und Zürich über die Wacht auf der Brücke bei Stein zeugten mehr von dem Mißtrauen unter den Eidgenossen selber, als von dem Willen zur kräftigen Abwehr eines fremden Einfalls[1]). Das Waffenglück Herzog Bernhards, der in rascher Folge Säckingen, Laufenburg und Waldshut gewann und dann das starke Rheinfelden belagerte, mehrte nur die Sorge und Verbitterung der Katholischen. Zwar jubelte man in Luzern eine kurze Weile, als die Kunde von einer Niederlage der Weimarischen bei Beuggen erscholl, die für Bern insofern recht peinlich war, als der Oberst von Erlach-Castelen, der sich öfters in Herzog Bernhards Lager begeben und am Kampfe teilgenommen hatte, dabei gefangen wurde[2]). Allein drei Tage darauf erfocht der Herzog in der Ebene bei Rheinfelden einen glänzenden Sieg und gewann damit die

---

fol. 196. — St. A. L. 30jähr. Krieg. 1638. Januar. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 49. S. 182 f. — Absch. S. 1066 ff. — Schweiz. Geschichtsforsch. XII. Akten, Fortsetz. S. 38 ff. — Gonzenbach I, Kap. III.

[1]) St. A. Z. B. IV. 99. fol. 29 ff. — St. A. L. Ungeb. Abschiede XII. Instr. v. 17. Febr. 1638. — 30jähr. Krieg 1638. Februar. — Absch. S. 1070.

[2]) Gonzenbach, I. S. 67, bezweifelt die volle Wahrheit der bernischen Erklärung vom 16. März, Erlach habe sich im Auftrag der Regierung zu Herzog Bernhard verfügt, um eine Schädigung der Einkünfte von Königsfelden zu verhindern. In Wirklichkeit hatte Erlach selber Bern eine Reise zu diesem Zweck angeboten und am 24. Jan. die Genehmigung dazu erhalten. Es blieb aber nicht bei dieser einen, und daß Erlach damit hauptsächlich persönliche Interessen verfolgte, ist klar. Bern bezeichnete übrigens nicht erst nach den mißfälligen Reden über Erlachs Parteinahme, sondern schon am 22. Febr. dessen Reise als eine amtliche. St. A. B. Teutsch Missivenb. 10. S. 14, 27, 38, 41, 44.

ganze Rheinlinie von Basel bis Waldshut. Die Freude in Luzern wandelte sich in Trauer, und die Hoffnung des Freiherrn von Schwarzenberg, der sich schon am Ziel seiner Wünsche gesehen hatte, wurde stark herabgestimmt.

Daß die Luzerner in ihrer Entrüstung über die Frechheit des Herzogs von Weimar und sein angebliches Einverständnis mit den Evangelischen durchaus nichts dagegen gehabt hätten, wenn das negotium secretum endlich seinen Effekt erreicht hätte, wurde oben gezeigt[1]). Gestützt auf das gute Einvernehmen mit den Luzerner Magistraten gestattete sich der kaiserliche Kommissär ein sehr anmaßendes Schreiben an die dreizehn Orte, deren Wohlstand von der kaiserlichen Affektion und Gnade und von der Beobachtung der Erbeinigung abhange, „sintemahl man leichtlich zu erachten hat, daß die Eidgenossen ihre Regalien und edlen Freiheiten von dem Heiligen Römischen Reich untertänigst und demütigst erhalten haben". Er sprach von Factionarii, durch deren Machenschaften alle Übel an die Grenzen gezogen und die Waldstädte in die Hand des Feindes gefallen seien, und meinte, die Eidgenossenschaft sollte bei der jetzigen Kriegsempörung alle derartigen „Bewegnisse" abschaffen und bei ihrer schuldigen Pflicht bleiben[2]).

Selbst ohne die Drohungen Schwarzenbergs hätten sich die evangelischen Orte nicht in Sicherheit gewiegt. Eine Flut von schlimmen Gerüchten war über die Grenze gedrungen; man erzählte sich von verdächtigen Briefen und gefährlichen Anschlägen hoher Standespersonen am Wiener Hof; Herzog Bernhard selber berichtete von zweideutigen Äußerungen des gefangenen bairischen Generals Johann von Werth, die ein Einverständnis mit den katholischen Orten erraten ließen[3]). Die Folge waren Be-

---

[1]) Vgl. S. 137. — Nach Rott, V. S. 336, wären die fünf Orte bereit gewesen, gegen Herzog Bernhard offensiv vorzugehen, wenn sie auf die Hilfe des Gubernators von Mailand hätten zählen können.

[2]) St. A. Z. A. 178. 4. Nr. 64 b.

[3]) St. A. Z. A. 178. 3. Nr. 256; 178. 4. Nr. 48, 53, 55, 62. — B. IV. 99. fol. 204. — B. VIII. 124. fol. 359. — St. A. B. Zeitungsschreiben II. S. 643.

sprechungen auf einer Aarauer Konferenz über ein evangelisches Defensionale, das diesmal — in sehr bescheidenem Umfang allerdings — Aussicht auf Verwirklichung zu haben schien. Es war keine Spur von offensiven Bestrebungen dabei; denn die Anregung dazu gab vornehmlich das durch und durch friedliche, in tausend Ängsten schwebende Basel, das sich endlich notgedrungen mit der konfessionell gefärbten Verteidigung versöhnt hatte. Freilich schlugen die Basler auch jetzt eine Form vor, die bei den katholischen Orten möglichst wenig „Jalousien" erregen konnte: 1000—1500 Mann sollten von den evangelischen Städten geworben und überall dahin gelegt werden, wo es am nötigsten schien, augenblicklich natürlich in die Nähe von Basel. Die Aarauer Konferenz ging auf den Antrag der Grenzstadt, der von Mülhauser Gesandten unterstützt wurde, bereitwillig ein und arbeitete einen Entwurf aus, der die Ansprüche Basels befriedigte[1]).

Das Vermeiden jeder Spitze gegen die Katholischen entsprach diesmal völlig dem Wunsche des eidgenössischen Vororts. Kaum jemals hatte derselbe so streng darauf gesehen, Reibungen aus dem Wege zu gehen und sich keine neutralitätswidrigen Handlungen zuschulden kommen zu lassen, wie zur Zeit der weimarischen Nachbarschaft. Die Regierung wies die Beamten und Hauptleute an der Grenze an, keine Partei mehr als die andere zu begünstigen, wachte ängstlich über die ungefährliche Ge-

---

Ein chiffriertes Schreiben des Kaisers an Savelli, das diesem angeblich auftrug, die evang. Orte eventuell anzugreifen, stellte sich nach seiner Entzifferung als gänzlich harmlos heraus. B. A. Dep. Vicos. Bd. 50. S. 204, 236, 241 f. (Rott, V. S. 276 f., nimmt den fälschlich herumgebotenen Inhalt desselben für echt an.) — Graf Heinrich Schlick wies in einem Schreiben v. 16. Juli 1638 die Anschuldigungen Herzog Bernhards, die ihm übrigens nicht richtig gemeldet worden waren, scharf zurück und beteuerte die Freude des Kaisers über den Friedensstand der Eidgenossenschaft. St. A. Sch. Korresp. 1638. Nr. 59. — Missiven 1638. fol. 178. — Absch. S. 1097 f.

[1]) St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1638. Instr. v. 10. März. — Absch. S. 1073 f. — Heusler, l. c. S. 27 f.

staltung der Durchfuhr von Munition und der Korrespondenz mit den Hohentwielern und riet den evangelischen Glarnern, im Streit mit ihren katholischen Mitlandleuten lieber nachzugeben, als neue Unruhen zu erwecken. Bis zur Kleinlichkeit steigerte sich die Vorsicht der Herren von Zürich: als Herzog Rohan auf Befehl seines undankbaren Königs die Stadt Genf, die ihm nach seinem Bündner Mißgeschick Gastfreundschaft gewährt hatte, verlassen mußte und sich Ende Januar für einige Zeit in Zürich niederlassen wollte, konnten sich nicht alle Ratsmitglieder entschließen, dem einst so gefeierten Mann seine alte Privatwohnung zu geben und ihn länger als ein paar Wochen zu beherbergen, weil dies „als sehr suspekt ausgedeutet werden könnte", obgleich Rohan auf Ehrenwort versicherte, daß er nicht in königlichen Diensten stehe und mit niemandem eine „Intelligenz" habe[1]). Die Reserve Zürichs war nicht ausschließlich von der Furcht vor Österreich, sondern auch von einer gewissen Besorgnis über die wachsende Macht Frankreichs diktiert. Bei der Nachricht von dem Zuge Herzog Bernhards durch das Fricktal an den Rhein hatte man zuerst an den Hohentwiel gedacht[2]), und nicht mit Unrecht: der weimarische Fürst im Solde Frankreichs hatte sich schon vor seinem Marsche gegen die Waldstädte durch Verhandlungen mit Widerholt vermittelst des Obersten von Erlach-Castelen die Verfügung über den Platz so weitgehend gesichert, daß er damit einen trefflichen Stützpunkt auf der rechten Rheinseite gewann. Die Ahnung der künftigen Widerwärtigkeiten und die geringe Freude über die indirekte französische Festsetzung an der Nordgrenze verstärkten in Zürich die Sehnsucht nach der Beendigung des Kriegs und nach dem Schutz einer anerkannten und genauer gehandhabten Neutralität. Jene Opportunitätspolitik während und nach der Belagerung von Konstanz besaß

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 4. Nr. 10, 24, 73. — B. IV. 98. fol. 185, 192; 99 fol. 138 ff., 150 ff., 192 ff., 458 ff. — B. VIII. 15. fol. 275. — E. II. 401. S. 468. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 49. S. 158 f., 162, 165 ff. — Rott V. S. 268 ff.

[2]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 263 f.

keine Anhänger mehr; Antistes Breitinger selber hatte die Entsagung auf seine Fahne geschrieben und hegte für die Unternehmungen Herzog Bernhards keine große Sympathie[1]). Natürlich verleugnete man in Zürich die Tradition nicht so vollständig, daß man sich jeder innern Anteilnahme hätte entschlagen können. Man sah die Siege der weimarisch-schwedischen Waffen immer noch lieber, als die der kaiserlichen; aber nach außen hin konnte sich nur noch eine Staatskunst betätigen, die sich mit beiden Parteien möglichst gut stellte und die verschiedenen Verträge gegeneinander auszuspielen verstand. So verfügte sich im März Stadtschreiber Waser im Auftrag des Geheimen Rates zu Méliand und gab ihm aus dem Arsenal seiner juristischen und historischen Gelehrsamkeit das Rüstzeug in die Hand, mit dem der Ambassador diejenigen, die auf Grund der Erbeinigung die Verpflichtungen des französischen Bündnisses nicht einhalten wollten, aus dem Felde schlagen konnte[2]).

Auf der Tagsatzung in Baden im April wurde eine Schrift Méliands verlesen, die vermittelst der Waserschen Aufklärungen gründlich auseinandersetzte, warum die Erbeinigung den Handelsverkehr der Orte mit der weimarischen Armee und die guten Beziehungen zu derselben nicht hindern könne. Dies und ein kürzlich eingetroffenes kaiserliches Schreiben, das gerade das Gegenteil verlangte und jeden Vorschub für den Herzog von Weimar und seinen Anhang „tamquam violatores immunitatis

---

[1]) Am 10. Febr. 1638 schrieb er an Pfarrer Vulpius in Thusis „Ad res nostras quod attinet, nescio quid Bernhardus Wynmariae Dux ad fines nostras moliatur. Hactenus conatus ejus grandiores fuerunt quam progressus; principia actionum plerumque gloriosa, eventus ridiculi. Omnium ore jactatur Evangelium, Libertas, Pax. Interim bella geruntur ab utraque parte ut nihil minus quaerere videantur quam gloriam Dei aut hominum salutem. Hinc fit ut unice in hoc incumbam ut homines mei unice convertantur ad Deum.“ St. A. Z. E. II. 401. S. 484. Dieselbe Stimmung spricht öfters auch aus seinen spätern Briefen; so schreibt er im März 1642 an Peblis: „Rectissime rebus suis consulit, qui magis magisque se colligit ad se Deoque uni se totum dicat.“ E. II. 404. S. 532.

[2]) Z. B. Z. Ms. A. 133. S. 203. — Ms. J. 53. fol. 242.

publicae" perhorreszierte, gab Zürich die erwünschte Gelegenheit, durch seine Gesandten noch einmal feierlich seine Stimme für eine Neutralität zu erheben, die „wie es der namen uff sich tragt, gegen dem einen theil wie gegen dem anderen, glych und ohne vortheil gehalten" und so gehandhabt werde, daß weder die Erbeinigung noch das französische Bündnis dabei zu kurz kämen, indem der private freie Handel und Wandel mit beiden Parteien gleichmäßig gestattet sein sollte. Diesen alten Grundsatz ließ man in Baden bestehen, da die Grenzstädte, besonders Schaffhausen, dessen handelspolitischer Standpunkt immer stark hervortrat, ihn sowieso nicht aufgegeben hätten. In bezug auf die Pässe hielt die Tagsatzung die letzten Beschlüsse aufrecht, wiederholte das Ausfuhrverbot für Getreide und band den Durchpaß von Waffen und Munition wie früher an die Bewilligung der Obrigkeiten. Wenn auch der Erneuerung dieser Bestimmungen mehr nur ein formeller Wert zukam[1]), so diente sie wenigstens zur Beruhigung, und die hitzigen Auseinandersetzungen, welche die Evangelischen gewärtigt hatten, blieben aus. Das „träfe und spitzige" Schreiben des Freiherrn von Schwarzenberg hatte selbst die meisten katholischen Orte verstimmt, und die Zürcher standen nicht allein, als sie erklärten, daß die Eidgenossen vom Reiche unabhängig seien und zwar „nit uß gnaden, sonder von ihrer gethrüwer Dienste wegen und mit dapferer rechtmeßiger Hand". Die Zuger freilich, „die hochtragne Knöpf", wie sie Bürgermeister Hirzel titulierte, hatten die Tagsatzung nicht besucht, weil sie sich zu den Anklagen Schwarzenbergs nicht zusammen mit den fehlbaren Evangelischen äußern wollten. Die

---

[1]) Am 8. Mai 1638 schrieb Bern an Erlach-Castelen, der um die Erlaubnis zum Aufkauf von Getreide im Berner Gebiet nachgesucht hatte, die Abschiede hätten dies bekanntlich verboten. In einem Beibrieflein aber deuteten die Herren von Bern an, falls Erlach eine Quantität Korn in Savoyen und der Bresse erhandelt habe, könne sich dieselbe bei der Durchfuhr durch Berner Gebiet „vermehren", damit die Nachrede, die durch eine heitere Bewilligung des Aufkaufs entstehen würde, vermieden werde. St. A. B. Teutsch Missivenb. 10. S. 106 f.

übrigen katholischen Boten jedoch, so viel sie sich auch auf die getreue Beobachtung der Neutralität von ihrer Seite zugute taten, vereinigten sich mit den evangelischen zu einer Antwort an den Freiherrn, die diesem trotz der beigelegten baslerischen Entschuldigung nicht sonderlich gefallen konnte, um so weniger, als er jene eben noch von Luzern aus ermahnt hatte, die protestantischen Orte zu bearbeiten, damit sie künftig im Werke selber ihre Pflichten gegen das römische Reich erfüllten und auf seine Vorstellungen eine „satte kategorische und einmütige Resolution" erteilten. Der Unwille gegen Schwarzenberg, vermehrt durch ein aufgefangenes Schreiben des Kaisers an ihn, machte sich dermaßen Luft, daß man von seiner gelegentlichen Entfernung sprach; auch sein Titel „kaiserlicher Kommissär" fand nun vollends keine Gnade mehr[1]).

So flaute der Sturm, den Herzog Bernhards Rücksichtslosigkeit heraufbeschworen hatte, allmählich ab. Umsonst warb Kaiser Ferdinand um die Mitwirkung der Eidgenossenschaft bei der Verdrängung der Weimarischen von den Grenzen und aus den österreichischen Erblanden. Weder seine vertraulichen Schreiben an die katholischen Stände, noch seine Mahnungen an alle dreizehn Orte hatten den gewünschten Erfolg. Als im Mai Feldmarschall Götz mit einem bedeutenden Heer in der Nähe der Schaffhauser Grenze Stellung nahm und zu einem Schlage gegen Herzog Bernhard ausholen sollte, ließ Ferdinand III. zum erstenmal ausdrücklich die Aufforderung an die Eidgenossen gelangen, sie möchten mit Rat und Tat „uns trüwlich cooperieren helffen, damit der Feind auß Unseren und Eueren angrentzenden Landen abgetrieben ... und zue boden gelegt und also Wir und Ihr ... hinfüro seins feindtlichen Überfahls gesichert sein und der von meniglich so lang gewünschte heilsame Frieden ... er-

[1]) St. A. Z. B. VIII. 15. fol. 269. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 286. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1638. Instr. v. 31. März. — Thes. dipl. Wetsten. II. Nr. 109, 110. — St. A. Sch. Instr. v. 31. März 1638. — St. A. L. Abschiede 1638 fol. 89. — Ungeb. Abschiede. XII. April 1638. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 49. S. 303. — Absch. S. 1076 ff.

halten werden möge". Selbst dazu ließ sich die kaiserliche Majestät herbei, den beiden evangelischen Städten Zürich und Schaffhausen in einem besonderen Schreiben den schweren Zustand im Reich und in den österreichischen Vorlanden zu Gemüte zu führen und sie als „nächste und mitvereinte Nachbarn" um Unterstützung mit Volk, Proviant und andern Notwendigkeiten zu bitten. Die Zürcher waren über diese „Verdrehung" des wahren Sinnes der Erbeinigung nicht wenig bestürzt, und der Verdacht, daß der Kaiser im Einverständnis mit den papistischen Orten handle und daß zwischen beiden ein Vertrag zum Nachteil der evangelischen Freiheit bestehe, stieg mächtig empor. So begründet er an und für sich war, so wenig war er es in diesem einzelnen Fall. Die Katholischen hatten nichts dagegen, daß man Ferdinand III. bedeute, der Friede würde durch die Einmischung der Eidgenossenschaft nicht befördert und das Bündnis mit andern hohen Potentaten, in deren Namen der Herzog von Weimar die Waffen führe, könne nicht außer acht gelassen werden. Dafür wurde der Freiherr von Schwarzenberg heimlich beauftragt, seinem Herrn nochmals darzulegen, weshalb die katholischen Orte nicht imstande seien, die kaiserlichen Wünsche zu erfüllen: die Gewißheit einer Verbindung der Neugläubigen mit dem Herzog von Weimar und eines Bürgerkrieges in der Eidgenossenschaft, der für die habsburgische Partei viele Nachteile hätte, diente als spezielle Entschuldigung; die Quintessenz aber war, daß die Kriegslage leider zu einem Aufschub des negotium cognitum nötige und daß durch eine unzeitige Waffenerhebung dieser Hauptzweck gefährdet werden könnte.

Bei dieser Meinung blieb man, als ein gewisser Dr. Cadus, angeblich ein aus Baden gebürtiger Schweizer, der sich Comes Palatinus und kaiserlicher Kommissär nannte, eine schon früher erstrebte Anknüpfung mit seinem Vaterland fortsetzte und im Juli von St. Gallen aus ein neues kaiserliches Schreiben übersandte, dessen Inhalt mit demjenigen vom Mai übereinstimmte. Die katholischen Orte erachteten nicht einmal eine gemeineidgenössische Antwort für notwendig, bezogen sich aber in einem

besonderen Schreiben an Ferdinand III. auf ihre früheren Eröffnungen[1]).

Da die Dinge sich weniger bedrohlich anließen, als die evangelischen Städte gefürchtet hatten, erlitten die Verabredungen von Aarau über das Defensionale das Schicksal aller frühern derartigen Anläufe: nur daß diesmal die Rollen wechselten. Den einstigen Trumpf der Basler, daß nur ein allgemeines Verteidigungswerk etwas Vollkommenes sei und der Argwohn der Altgläubigen nicht genährt werden dürfe, spielten jetzt die Zürcher aus, wogegen die Grenzstädte einen ungewöhnlichen Eifer zeigten und es nunmehr hochgefährlich fanden, ,,vom schlaff der sicherheit nit wollen uffstehen". Indem sie aber ihre eigenen Lasten im Rahmen des evangelischen Defensionale unterbringen wollten und von der Selbstlosigkeit Zürichs und Berns zu viel verlangten, brachten sie das Aarauer Projekt erst recht zu Fall[2]).

Das bemühende Schauspiel der Entschlußunfähigkeit und des mangelnden Brudersinns unter den Evangelischen setzte sich im folgenden Jahre fort. Die Eroberung Breisachs durch Bernhard von Weimar zeitigte für Basel statt der erhofften Verkehrserleichterung nur neue österreichische Vorwürfe und Drohungen und merkliche Enttäuschung für alle diejenigen, die den Übergang der starken Rheinfestung in befreundete Hände ,,heftig" gewünscht hatten. Das Mißtrauen der katholischen Orte, die ,,geschwinde und subtile Prozeduren" ihrer Eidgenossen von der

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 4. Nr. 85 ff., 148 ff. — A. 176. 3. Nr. 40, 41. — B. IV. 98 fol. 106; 99 fol. 490. — St. A. L. Gesandte. Urk. Fasc. 12. Schreiben Ferdinands III. v. 27. Febr., 20. März, 11. Mai, 15. Juli 1638. — 30jähr. Krieg. 1638. Mai bis August. — Abschiede 1638. fol. 120, 131, 182. — Ungeb. Abschiede XII. Juni bis Aug. 1638. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 50. S. 85, 87. — Wien. Fasz. 35. Dep. Schwarzenbergs v. 1. u. 2. Juli 1638. — Absch. S. 1087.

[2]) St. A. Z. A. 231. — B. IV. 99. fol. 223, 299. — B. VIII. 15. fol. 269, 273, 284, 293. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 291, 303. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede 1638. Instr. v. 31. März, 21. April, 4. Aug. — Missiven 139. Mai, Juni 1638. — St. A. Sch. Instr. v. 31. März, 20. April. — Absch. S. 1079 ff., 1086, 1094 f., 1097.

andern Religion und eine neue Grenzverletzung voraussahen, verband sich mit dem Zorn der Kaiserlichen, die diesen empfindlichen Verlust dem Vorschub der evangelischen Schweizer für die Belagerer zuschrieben. Basel glaubte sich infolge verschiedener Warnungen auf einen österreichischen Überfall gefaßt machen zu müssen und beschwor wieder den Geist des evangelischen Defensionale herauf, der aber auch jetzt noch keine rechte Gestalt annehmen wollte. Die Zürcher, die eben mit der Befestigung ihrer Stadt begannen und bedeutenden Ausgaben entgegengingen, meinten, die Basler seien reich genug, um ihre Verteidigung aus eigenen Mitteln bestreiten zu können. Die Berner erwarteten nur von einer armée volante von mindestens 3000 Mann etwas Ersprießliches, und als im Sommer 1639 die größte Gefahr vorüber war, sparten auch sie die Kosten gerne. Die Basler ließen aber nicht nach und benützten im folgenden Jahre Warnungen vor einem spanischen Anschlag, die ihnen diesmal aus den katholischen Orten zugekommen waren, sowie die Spionage österreichischer, in ihrer Stadt weilender Flüchtlinge, um neuerdings ihre Glaubensgenossen auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Den Schilderungen und Mahnungen des Oberstzunftmeisters Wettstein, der im Juli 1640 nach Zürich gesandt wurde, gelang es, den evangelischen Vorort etwas willfähriger zu stimmen. Doch wurde die damals von Zürich und Bern versprochene geringe Hilfe nie verwirklicht, vielleicht weil man sie nicht mehr nötig fand, als sowohl der Kaiser als die Erzherzogin und Casati es abstritten, jemals solche Anschläge wider Basel im Sinne gehabt zu haben[1]).

---

[1]) St. A. Z. B. IV. 100. fol. 268. — B. VIII. 15. fol. 305 ff., 364, 385. — A. 176. 3. Nr. 52. — A. 184. 3. Nr. 167 ff. — Ratsman. Nr. 430. S. 6 f., 15. — St. A. Ba. Missiven Dez. 1638—1640. — Eidgsch. E. Abschiede Instr. 1639, 1640. — Ratsprot. Febr. 1639, Juli bis Aug. 1640. — Politisches. P. 13. fol. 186. — Thes. dipl. Wetsten. II. Nr. 138, 146 ff. V. Nr. 22. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 326 ff. — Manuale d. Geh. Rats I a. S. 107. — St. A. L. Abschiede 1639. fol. 1. — B. A. Dep. Dolces. Bd. 53. S. 112 f., 128, 139 f. — Absch. Aarauer Konf. 1639, 1640. — Heusler l. c. S. 28 f.

Wenn Zürich bei diesen Meinungsverschiedenheiten mit Vorliebe Basel mit dessen eigenen ehemaligen Waffen schlug und das Schwergewicht auf ein eidgenössisches Defensionale und die Berücksichtigung der katholischen Orte legte, so war dies nicht bloß eine gute Ausrede. Einem erträglichen Nebeneinanderleben der beiden konfessionellen Lager stand nicht mehr so viel im Wege wie früher. Die Gestaltung der äußern Verhältnisse schien im Gegenteil dazu aufzufordern. Die Eidgenossenschaft konnte sich zwar weder zu einem allgemeinen Verteidigungswerk noch zu einer Erneuerung der Bünde emporraffen, trotz wiederholter Anregung von evangelischer Seite; daß aber in der Hauptsache, dem Willen außerhalb des Kriegsgetümmels zu bleiben, kein Gegensatz bestand, hatten die Orte nun seit einigen Jahren bewiesen und bewiesen es weiter, als immer neue Ansinnen von jener Partei an sie gestellt wurden, die zur Zeit ihrer Sieghaftigkeit auf eine Waffenhilfe des kleinen Nachbarn nicht so erpicht gewesen war. Im März 1639 unterbreiteten kaiserliche Gesandte einer Konferenz in Luzern und einer badischen Tagsatzung nochmals das Gesuch um den Beistand der Eidgenossenschaft ,,mit all ihrer Macht an Volk, Munition, Proviant und andern Kriegsbereitschaften". Die Ablehnung dieses Begehrens erfolgte so entschieden, wie im Jahre vorher. Auch Luzern sah nicht ein, ,,wie die gegenwärtigen die Eidgenossenschaft umschwebenden gefährlichen Läufe ihr gestatten könnten, ihre Macht mit einer der kriegenden Parteien zu konjugieren". Ebenso gründlich scheiterte ein späterer kaiserlicher Versuch, vermittelst des Freiherrn von Schwarzenberg zuerst die katholischen Stände für die Wiedergewinnung Breisachs zu interessieren und dann durch eine feierliche Gesandtschaft die dreizehn Orte zur Hilfe gegen den Reichsfeind zu bewegen[1]). Es nützte dem Grafen von Wolkenstein und Dr. Volmar nicht das mindeste, daß sie im März 1640 der badischen Tagsatzung die Beschleunigung des Friedens als Folge der eidgenössischen Beteiligung am Kriege vormalten und einen Auszug aus dem neuen Bündnis

---

[1]) Vgl. S. 139 f.

zwischen Österreich und Spanien überreichten, dessen zweiter Artikel auch den Schutz „der Grafschaft Burgund, Schwyzer und Bündner Lande" gegen einen feindlichen Einfall als Zweck des Vertrages angab. Man gewährte wohl die verlangten Gefälligkeiten für die Verproviantierung der Armee, entschuldigte sich aber im übrigen mit der Neutralität und der beständigen Absicht, sich dieses Krieges nicht zu beladen[1]).

In ihren Vorträgen hatten die kaiserlichen Abgeordneten wiederholt die Tagherren auf die fortschreitende französische Umklammerung aufmerksam gemacht. Dieses Argumentes bedienten sich seit einiger Zeit die Vertreter der frankreichfeindlichen Mächte, so vor allen der englische Resident Fleming, dessen Tätigkeit bis Mitte 1637 vorzüglich darin bestanden hatte, den französischen Einfluß zu bekämpfen. Nach dem Bündnis seines Königs mit Ludwig XIII. und den protestantischen Nordstaaten war seine Wendung allerdings so vollkommen, daß er gerne die evangelischen Orte zum Anschluß bewogen hätte. In gründlicher Verkennung der Tatsachen glaubte er sogar damals im Fall der Annäherung einer großen Armee seiner Regierung eine bedeutende Hilfsaktion der evangelischen Schweizer zugunsten des Pfalzgrafen versprechen zu können. Eine aufrichtige Freundschaft zwischen England und Frankreich, dessen Ländergier auch für den Pfalzgrafen bedenklich wurde, war indessen nicht möglich, und nach der Eroberung Breisachs ging Karl I. darauf aus, Herzog Bernhard im Besitz der Festung zu erhalten, damit sie nicht in französische Gewalt geriet. Fleming bearbeitete auch die Zürcher in dieser Richtung, die ihrerseits auf die Notwendigkeit der englischen Unterstützung wiesen[2]). Nach dem Tode des weimarischen

---

[1]) St. A. L. Abschiede 1639. fol. 46, 62, 82; 1640. fol. 1, 17, 40 ff. — Gesandte Urk. Fasc. 12. — Röm. Reich. Gesandte. Akten. Ferdinand III. an die kath. Orte, 14. Nov. 1639. — St. A. Z. A. 178. 5. Nr. 9 ff. — Absch. S. 1124 ff., 1160, 1162 ff.

[2]) B. A. Depeschen Flemings 1633—1639. — Dep. Rossos. Bd. 45. S. 292, 435 f. Bd. 46. S. 103, 143. — Dep. Vicos. Bd. 49. S. 75. Bd. 51. S. 73 f. Die Berichte Flemings, der sehr ungenau referiert und bisweilen wacker

Feldherrn bemühte sich der englische König, seinem Neffen das Erbe des Herzogs zu sichern, und erwartete eine Beförderung dieser Pläne auch von den evangelischen Orten. Die Sache nahm bekanntlich mit der Gefangennahme des Pfalzgrafen Karl Ludwig während seiner Reise durch Frankreich nach Breisach ein klägliches Ende, und das einzige, was die evangelischen Orte auf Drängen Zürichs für den glaubensverwandten Fürsten tun konnten, bestand in einer schriftlichen Bitte an den König und Kardinal Richelieu, dem Verhafteten die Freiheit wiederzugeben[1]).

Die ,,Vermessenheit", ein so hohes evangelisches Haupt zu arretieren, hatte in Zürich einen sehr schlechten Eindruck gemacht, wie denn überhaupt die Fortschritte Frankreichs im südlichen Deutschland und seine Festsetzung in den österreichischen Vorlanden bei den Katholischen und Evangelischen unbehagliche Gefühle erweckten. Namentlich die indirekte Besitzergreifung des Hohentwiels durch die französischen Machthaber war Zürich und Schaffhausen sehr unerwünscht. Seit diesem Bruch des Neutralitätsvertrages von 1636 hörten die Störung der Rheinschiffahrt, die Gebietsverletzungen und Ausschreitungen der Besatzung nicht mehr auf, und natürlich auch nicht die kaiserlichen Versuche, sich der Festung zu bemächtigen. Daher schenkten Zürich und besonders Schaffhausen jeder Möglichkeit, diesen Zuständen ein Ende zu machen, ihre Aufmerksamkeit. Leider war der gute Wille dazu immer nur auf einer Seite vorhanden und zwar nicht auf der des glücklichen Besitzers. Im Herbst des Jahres 1639 — nach einer vergeblichen Blockierung — gelangten die Kaiserlichen zuerst auf privatem Wege vermittelst des Obersten Zwyer an Schaffhauser und Zürcher Magistraten mit dem Ansinnen, sich für die Schleifung des unbequemen und der Eidgenossenschaft

---

aufschneidet, sind mit Vorsicht aufzunehmen. Es scheint, daß er seiner Regierung sogar von einem Bündnisangebot der evang. Orte sprach, das bei ihrer damaligen Politik höchst unwahrscheinlich ist. Vgl. die Instruktion Karls I. für Fleming v. 3. Sept. 1639. Foreign Off. Switzerl. Nr. 5. S. 197.

[1]) St. A. Z. A. 187. 2. Nr. 116 ff. — B. VIII. 15. fol. 370. — B. IV. 101. fol. 222, 230 ff.

überaus schädlichen Raubnestes einzusetzen. Schaffhausen lud bereitwillig Zürich zu einer Verhandlung über die Hohentwieler Sache ein. Auf einer Konferenz in Neftenbach im Dezember befürworteten seine Abgeordneten zwar nicht die Demolierung, die unerreichbar schien, desto lebhafter aber die Übergabe der Festung in unparteiische eidgenössische Hand, als ob die Einwilligung Frankreichs und der weimarischen Generalität so ohne weiteres zu erwarten gewesen wäre. Die Zürcher waren weniger zuversichtlich; doch hatten sie nichts dagegen, daß man sich an den Generalmajor von Erlach-Castelen in Breisach wandte, von dessen schweizerischer Nationalität einiges Entgegenkommen zu hoffen war. Man täuschte sich. Erlach setzte Dr. Johann Jakob Ziegler von Schaffhausen, der ihm deswegen geschrieben und mit Gründen der Gegenwart und Vergangenheit operiert hatte, einläßlich auseinander, daß die vier Städte seinen Mahnungen zum Trotz die Gelegenheit leider versäumt hätten, sich rechtzeitig des Hohentwiels zu versichern, und daß es jetzt nicht in seiner und der übrigen Direktoren, sondern nur in Frankreichs und Schwedens Macht stehe, die Festung abzutreten, wozu die beiden Kronen schwerlich geneigt seien[1]).

Im September 1640 begannen neue österreichische Sondierungen, wobei der Junker Hans Hartmann Escher auf Wülflingen als Vermittler funktionierte. Im Auftrage seines Vetters, des kaiserlichen Obersten Hans Werner Escher, und des Kommandanten von Konstanz, Oberst Kellers von Schleitheim, suchte der Junker auf Wülflingen zürcherische Standeshäupter zu Besprechungen über die Hohentwieler Frage und die Beruhigung der Nachbarschaft zu veranlassen. Die Zürcher ließen sich äußerst vorsichtig zunächst nur zu einer privaten Erkundigung Wasers bei

[1]) St. A. Z. A. 178. 5. Nr. 109, 117. — B. IV. 100. fol. 18. — B. VIII. 15. fol. 350. — Z. B. Z. Ms. J. 140. Korrespondenz zwischen Zwyer und Wirz. 5./15. Okt. bis 23. Okt./2. Nov. 1639. — St. A. Sch. Instr. v. 13. Dez. 1639 u. 3. Jan. 1640. — Missiven 1639 u. Jan. 1640. — Korrespondenzen 1640. Nr. 8. Erlach an Ziegler, Breisach 2./12. März 1640. — Absch. S. 1155 f. — Gonzenbach II. S. 77 f.

Gelegenheit einer anderweitigen Sendung desselben nach Dießenhofen herbei. Der Kommissär Haß eröffnete hier dem Zürcher Stadtschreiber, die beiden Obersten seien zu Verhandlungen über den Hohentwiel und zur Einholung kaiserlicher und erzherzoglicher Vollmacht bereit, falls sich Zürich beim französischen König für die Demolierung oder Sequestration der Festung bemühen wolle. Zum Dank dafür stellte Haß die Unterlassung der Befestigungen von Konstanz und Zell, die für die Zürcher neuerdings ein Stein des Anstoßes waren, in Aussicht. Waser versprach zu referieren, bemerkte aber, niemand unternehme gerne einem Mächtigeren gegenüber etwas, was er zu erhalten sich nicht getraue. Immerhin entschloß sich die Zürcher Regierung zu der verlangten geheimen Konferenz zwischen ihren Abgeordneten und den beiden Obersten, die in Steckborn stattfinden sollte, aber infolge längerer Abwesenheit Oberst Kellers unterblieb. Irgend ein Ergebnis war auch später nicht zu verzeichnen, da augenscheinlich die beiden Obersten mehr auf eigene Faust als im erzherzoglichen oder kaiserlichen Auftrag gehandelt hatten und keine Lösung vorschlagen konnten, die für Zürich „erheblich" gewesen wäre[1]).

Das Bewußtsein der von außen her nahenden Gefahr, die in der Einbildung allerdings größer als in der Wirklichkeit war, hätte die Eidgenossen enger zusammenschließen müssen. Aber die Gegensätze waren noch so lebendig, daß man in den wenigsten Dingen einer einheitlichen Auffassung huldigte und sich fast überall dem Willen Frankreichs beugen mußte. Drei Jahre hindurch zogen sich nach der verunglückten Gesandtschaft von 1636 die weitern fruchtlosen Bemühungen der dreizehn Orte für die Beruhigung der Freigrafschaft, die nach dem kurzen Triumph der spanisch-kaiserlichen Fahnen bald wieder den französischen Angriffen ausgesetzt war. Die burgundische Mühsal zeigt immer denselben Charkter: auf eidgenössischer Seite den aufrichtigen Wunsch, einen Waffenstillstand zu erreichen, dem die Herstellung der

---

[1]) St. A. Z. A. 205. 3. Korrespond. vom 23. Sept. bis 23. Dez. 1640. — Ratsman. Nr. 430. S. 37. f, 59; Nr. 432. S. 3. — B. VIII. 15. fol. 389.

Neutralität, ja sogar in der Phantasie der kühnsten Idealisten ein allgemeiner Frieden folgen sollte, auf französischer Seite die mit aller Vorsicht und Schlauheit geübte Hintertreibung der eidgenössischen Bestrebungen, daneben die spanischen, burgundischen und kaiserlichen Bweisführungen, die aus der Erbeinigung und dem Bündnis die Verpflichtung zur Tat ableiteten. Genau so hartnäckig, wie sich die Evangelischen dagegen wehrten, blieben die Katholischen dabei, daß sie allein nicht zu den Waffen greifen könnten. Als letztes Auskunftsmittel wurde von Luzern auf der badischen Tagsatzung im November 1638 die Besetzung der Freigrafschaft mit neutralen eidgenössischen Garnisonen beantragt. Obgleich manche Evangelische dieses Anerbieten zuerst etwas lächerlich fanden — die Berner freilich hätten schon früher gerne Salins zuhanden genommen —, bedienten sie sich seiner in der Folge ebenfalls, um ihren guten Willen zu zeigen. Daß es verwirklicht würde, war bei den entgegengesetzten Interessen der beiden Kronen weder zu hoffen noch zu fürchten. So friedlich die äußere zürcherische Politik damals war, so konnten es sich die Lenker derselben doch nicht versagen, aus der burgundischen Not Kapital zu schlagen. Sie verlangten auch jetzt wieder die Beseitigung der „unanständigen Artikel“ im Bündnis der sechs Orte mit Spanien und die gleichmäßig neutrale Stellung der Freigrafschaft zur ganzen Eidgenossenschaft als erste Voraussetzung für eine intensive Betätigung in dieser Sache; daneben war sie ihnen gerade recht als Druckmittel bei den innern Zwistigkeiten, bei den Bemühungen für die Nichtigkeitserklärung des Urteils gegen Kesselring sowohl, als bei den Differenzen mit dem Abt von St. Gallen, die noch vom Matrimonial- und Kollaturstreit herrührten. Selbst den Beisitz eines evangelischen Schreibers auf den badischen Tagsatzungen suchten sie bei dieser Gelegenheit — allerdings vergeblich — zu erzwingen. Ihre Renitenz machte auf den außerordentlichen spanischen Gesandten Saavedra soviel Eindruck, daß er auf der Jahrrechnungstagsatzung 1639 die Evangelischen von der Idee, als ob man mit jenen Artikeln die Erbeinigung hätte untergraben wollen, abzubringen trachtete

und ihnen sogar schriftlich im Namen seines Königs ein künftiges besonderes Bündnis zwischen der ganzen Eidgenossenschaft und Burgund zur gegenseitigen Hilfeleistung anbot. Trotz der großen Mühe, die sich Saavedra viele Monate lang für die Unterstützung der Freigrafschaft gab, brachte er es zu keinem eigentlichen Erfolg. Nicht einmal mit der Gewährung des Passes für fremde Hilfstruppen — den sechsörtischen hätten sie ihn nicht versagen wollen — waren die Zürcher einverstanden, während die Berner, die im übrigen jede Rücksicht auf Frankreich nahmen, sich im Mai 1639 durch die Bitten des Spaniers bestimmen ließen, mailändischem Fußvolk den Durchmarsch nach St. Claude zu gestatten, obschon kurz vorher auf einer Aarauer Konferenz jede Paßbewilligung für fremdes Volk verpönt worden war. Wahrscheinlich wirkte bei diesem Umfall eine gewisse Beängstigung mit, weil die Freigrafschaft „allmählich ihren Herrn änderte“ und weil Salins von Herzog Bernhard bedroht war. Praktische Folgen hatte die bernische Willfährigkeit übrigens nicht, da der Musterplatz St. Claude schon im Besitz der Franzosen war, ehe die Italiener dahin kommen konnten. Auch der Aufbruch für Burgund, den die katholischen Orte mit Ausnahme Uris zugestanden, blieb auf dem Papier stehen, weil die Spanier nachher selber darauf verzichteten. Mit ihren zahlreichen Schreiben an die Herrscher von Frankreich und Spanien, den Kaiser, den Herzog von Baiern und andere, sowie einer Sendung des Solothurner Stadtschreibers Wagner nach Paris im Namen der katholischen Orte erzielten die Eidgenossen weder den Waffenstillstand noch die Neutralität. Die Anspielungen auf den ersehnten Generalfrieden benützte die französische Regierung dazu, um die burgundische Frage als untrennbar von der allgemeinen Auseinandersetzung hinzustellen und damit ihre Lösung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Verwunderlich ist nur, daß ungeachtet aller Ausflüchte Méliands, seiner „zierlichen Komplimente und Worte“ und der augenscheinlichen Hoffnungslosigkeit der Sache den dreizehn Orten die Geduld so wenig ausging, daß im Sommer 1639 Statthalter Elmer von Glarus deswegen an den französischen Hof gesandt wurde.

Sein Gesuch um die Wiederaufrichtung der Neutralität vermittelst eines Waffenstillstandes oder der Übergabe der Freigrafschaft an die Eidgenossen war so vergeblich wie alle frühern: der König erklärte, daß die burgundische Angelegenheit mit dem Generalwesen unlösbar zusammenhange und nicht gesondert behandelt werden könne. Die eidgenössischen Anstrengungen wurden hierauf für einige Zeit eingestellt[1]).

Die gleiche mehr wort- als tatenreiche Politik befolgten die katholischen Orte auch fortgesetzt angesichts der Notlage des Bischofs von Basel, wenn schon sie sich hier weniger auf den üblen Willen der Neugläubigen berufen konnten. Von Anfang an hatten sie sich mit schriftlichen und mündlichen Beschwerden begnügt und den Schutz der außerhalb der Eidgenossenschaft gelegenen bischöflichen Gebiete Kaiser und Reich überlassen. Nachdrücklicher gingen sie erst dann vor, wenn ihre eigenen Interessen stärker berührt wurden und wenn sie, wie bei der weimarischen Einquartierung im Delsberger Tal, die evangelischen Orte herbeiziehen zu können glaubten. Als im Jahre 1639 das mit Bern verburgrechtete Münstertal und die Herrschaft Erguel, der Pannergenosse Biels, den Weimarischen kontribuieren sollten, ergriffen sie den Anlaß, um im Verein mit den Evangelischen schärfere Saiten aufzuziehen und auch die Restitution der noch immer be-

---

[1]) St. A. Z. A. 224. 2. Akten v. 1637 bis 1639. — A. 227. 1. Hirzel u. Rahn an Zürich, Baden 17. u. 19. Juni 1639. — B. IV. 98. 99. 100. — B. VIII. 15. Instr. v. 1637 bis 1639. — B. VIII. 126. fol. 189 ff. — St. A. B. Instructionsb. R. 1637 bis 1639. — Teutsch Missivenb. 9, 10. — Burgundbuch D. S. 217 ff., F. S. 263. — St. A. L. Abschiede 1637 bis 1639. — Freigrafsch. Burgund. Neutralität. 1637 bis 1639. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 48. S. 244, 332; Bd. 50. S. 317 f.; Bd. 51. S. 177 ff. — Dep. della Mantas. Mai 1637. — Dep. Méliands. Layette III, XLV, XLIX. — Absch. 1637 bis 1639. — Rott V, S. 245 ff., 280 ff., 322 ff. Eine Konferenz zwischen Berner Ratsmitgliedern und Méliand fand übrigens nicht in Fraubrunnen statt, wie Rott, S. 328, meint. Bern verweigerte dem Ambassador eine solche, weil es Saavedra den Paß für die 2000 Italiener schon gestattet hatte. Am 18./28. Mai beschwerte sich dann Méliand deswegen in Bern selber, aber ohne Erfolg. St. A. B. Burgundbuch. D. S. 321 ff. — St. A. Z. A. 224. 2.

setzten drei bischöflichen Schlösser kategorisch zu fordern. Auf der Jahrrechnungstagsatzung gab es heftige Auseinandersetzungen mit den Abgeordneten Herzog Bernhards, obgleich diesen kurz vorher Méliand persönlich darüber aufgeklärt hatte, daß der König diese Gebiete gerne geräumt sehen würde, um die Gefühle der katholischen Orte zu schonen. Sie blieben aber mit Ausnahme des Erguels, das Ende Juli der Eidgenossenschaft zur Verfügung gestellt wurde, auch nach dem Tode des Herzogs besetzt, und im September erließ die badische Tagsatzung mehrere Schreiben an die weimarische Generalität in Breisach, deren Stil diese so verdroß, daß sie mit Gegendrohungen antwortete. Daneben versprach sie freilich — mehr durch die eigene Lage nach dem Verlust ihres großen Führers, als durch die eidgenössische Interzession bewogen — die Räumung Angensteins und die Abtretung des Münstertals an den französischen König. Dem Bischof war damit und mit der schließlichen Überlassung aller seiner Angelegenheiten an Frankreich wenig geholfen, und die katholischen Orte hatten es jetzt mit der Verschleppungstaktik ihres französischen Bundesgenossen zu tun und dazu noch mit dem Mißtrauen des geistlichen Herrn, der nicht nur bei den Bernern, sondern auch bei ihnen, vornehmlich bei Solothurn, Annexionsgelüste voraussetzte. Sie sparten nicht mit Drohungen, ihr Volk aus Frankreich heimrufen zu wollen; aber dort wußte man genau, wie weit es von solchen Worten bis zur Tat war, und beeilte sich nicht mit der Räumung des Delsberger Tales. Erst im September 1640 ordnete Ludwig XIII. endlich die Restitution des Bischofs an. Bis zur vollständigen Ausführung hatte es freilich noch gute Weile, und die katholischen Orte konnten sich weiter mit Schreiben und Schicken vergnügen [1]).

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 5. Nr. 53 ff., 107. — St. A. L. Abschiede 1639. fol. 150. — 30jähr. Krieg. Bischof v. Basel. 1639—1644. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 52. S. 58. — Dep. des Nuntius Farnese Nr. 96. Bericht v. 1. Juli 1639. Dep. v. 11. Nov. 1639, 20. Jan., 23. Mai, 6. Juli 1640. — Dep. Méliands v. 3. Dez. 1639. Layette L. — Absch. 1638 bis 1640. — Schweiz. Geschichtsforsch. XII, l. c. S. 78 ff. — Gonzenbach I. S. 335. — Rott V. S. 400 ff.

In jeder wichtigeren Frage offenbarte es sich, wie wenig Rückgrat die Eidgenossenschaft Frankreich gegenüber besaß. Wie sie sich trotz der ungenügenden Bezahlung der Soldtruppen, der Transgressionen und sonstigen Rücksichtslosigkeiten nicht zur Heimrufung der Regimenter entschließen konnte, so war die Gewährung eines neuen Aufbruches durch die Mehrzahl der Orte im Januar 1639 natürlich das beste Mittel, ihren Beschwerden den Respekt zu verscherzen. Etwas mehr Würde bewiesen die Katholischen bei ihren Streitigkeiten mit Spanien-Mailand, das seinen Verpflichtungen nicht besser nachkam, als sein französischer Gegner. Hier gedieh der Zwiespalt bis zur Abberufung des Regimentes Zwyer Ende 1640; doch ging die Entfremdung zwischen Spanien und den fünf Orten nicht so tief, daß sie eine Wendung in der äußern Politik hervorgebracht hätte. Dieselbe blieb konfessionell orientiert, gleich wie diejenige der Evangelischen, nur daß der Grundsatz, außerhalb der europäischen Konflikte zu bleiben, sich bei beiden Parteien dermaßen befestigt hatte, daß ihn bis zum Ende des dreißigjährigen Krieges nichts mehr umzustürzen vermochte.

d) Äußere Beziehungen und innere Verhältnisse in den letzten Jahren des Krieges, 1641—1647.

Im Januar 1641 meldete die Erzherzogin Claudia den dreizehn Orten, Frankreich beabsichtige, im Frühling ein Heer an den Bodensee zu führen und sich der Stadt Konstanz zu bemächtigen, weshalb man beizeiten die nötigen Anstalten zur Verhütung einer Neutralitätsverletzung treffen solle. Damit tauchte die konstanzische Frage von neuem auf, um bis zum Schlusse des Krieges in Fluß zu bleiben. Weder die evangelischen noch die katholischen Orte hörten die Kunde von den französischen Plänen gerne: die alte Abneigung gegen die Nachbarschaft eines mächtigen Fürsten paarte sich mit den trüben Erinnerungen an die Ungelegenheiten des Jahres 1633. Dies war aber auch das einzige, worin sie einig gingen; in der Hauptsache selber stießen sie noch immer nicht

ins gleiche Horn. Es war unmöglich, von den Evangelischen eine offene Erklärung zu erhalten, daß sie eine Belagerung von eidgenössischem Boden aus mit Waffengewalt verhindern würden, während die Katholischen in der Theorie wenigstens größte Bereitwilligkeit zeigten und eine derartige Versicherung abgaben. Jenen verursachte die konstanzische Angelegenheit ein eigentliches Dilemma: sie gestanden sich ein, daß ein gemeineidgenössischer Entschluß zur kräftigen Abwehr einer Grenzverletzung vorbeugend wirken müßte; aber andrerseits widersprach einem solchen das freundschaftliche Verhältnis zu Frankreich, immer noch ihr stärkster Rückhalt wider Spanien-Österreich und die papistischen Orte, die nach Zürichs Meinung fortwährend Proben ihrer üblen Gesinnung ablegten. Zugleich scheuten sie sich, die Reputation aufs Spiel zu setzen, da ein großes, der französischen Armee ebenbürtiges Heer „eher in Gedanken als im Felde aufgestellt war", und die Verlegung einer spanischen Besatzung nach Radolfzell, sowie die fortschreitende Befestigung von Konstanz frischten alten Argwohn auf[1]. In dieser Klemme halfen sich die Evangelischen mit jenen gewundenen Ausdrücken, deren sich die Tagsatzung bisher bedient hatte, wenn Österreich eine bündige Erklärung über ihre Haltung verlangte, und die im Grunde nicht mehr als das Versprechen enthielten, die Erbeinigung beobachten zu wollen. Zu bestimmten Auslassungen waren sie nicht zu bringen, trotz der Entrüstung des katholischen Vorortes über ihre Unvollkommenheiten und Artificia. Die kleine Annäherung an die Altgläubigen, die in einer sorgfältig abgewogenen schriftlichen Versicherung bestand, man werde nichts Ungutes gegen ein friedliches Konstanz zugeben und alles vornehmen, was zur Abhaltung feindlicher Gewalt vom eidgenössischen Boden für gut befunden werde, wollte nicht viel bedeuten.

Von kaiserlicher Seite setzten damals leise Bemühungen ein,

---

[1]) Gutachten Zürichs über die von den katholischen Orten begehrte Erklärung wegen Konstanz, März 1641. St. A. Z. A. 205. 3. — St. A. L. Abschiede 1641. fol. 12, 32, 80, 103 f. — Absch. S. 1187, 1190 f., 1194 ff.

das Mißtrauen der Neugläubigen zu beseitigen und ihnen mehr Verständnis für die Politik des Hauses Habsburg abzuringen. Es war Oberst Sebastian Bilgerin Zwyer, der sich der schweren Aufgabe unterzog, unzweifelhaft in guten Treuen und in dem ehrlichen Bestreben, die Gegensätze in der Eidgenossenschaft zu überbrücken. Frei von konfesssionellem Fanatismus hatte er schon lange mit evangelischen Standeshäuptern Beziehungen zugunsten des Versöhnungswerkes angeknüpft, das dem vielgeschäftigen Manne, der sich trotz seiner auswärtigen Tätigkeit immer als Eidgenosse fühlte, wohl als höchstes Ziel seines Ehrgeizes vorschwebte[1]). Als er im März 1641 auf der Heimkehr vom Regensburger Reichstag Zürich berührte, eröffnete er in kaiserlichem Auftrag dem Geheimen Rat, Ferdinand III. habe die Angriffspläne gegen Basel, die wohl einmal obhanden gewesen seien, niemals gebilligt und denke auch nicht daran, die spanische Herrschaft am Bodensee einzuführen; im Interesse der Eidgenossenschaft liege es aber, daß Konstanz in seinem jetzigen Stand verbleibe und daß auch die Freigrafschaft nicht in die Gewalt der Franzosen falle. Die Zürcher waren zurückhaltend und wankten nicht in ihrem Entschluß, sich in keiner Hinsicht festzulegen. Als praktische Leute verschmähten sie es zwar nicht, sich die gute Stimmung für die Aufhebung der beschwerlichen neuen Zölle, die Erleichterung der Bodensee- und Rheinschiffahrt, die Entfernung der spanischen Garnisonen in der Nachbarschaft und konfessionelle Zugeständnisse an die Bündner zunutze zu machen; aber zur Erhaltung von Konstanz kam nur ein Mittel für sie in Betracht: die vollständige Neutralisierung der Stadt und ihrer Umgebung. Trotz aller schlechten Erfahrungen, die man bis jetzt mit solchen Versuchen gemacht hatte und ungeachtet der wenig verheißungsvollen Äußerung Zwyers, daß das Wort Neutralität am kaiserlichen Hofe mit andern „minder empfindlichen“ umschrieben werden müßte, hielt die zürcherische Zähigkeit an dem Vor-

---

[1]) Vgl. Zwyers Schreiben an zürcherische Magistraten. St. A. Z. A. 178. 6. Nr. 163 a; A. 178. 4. Nr. 136, 144, 146. — Z. B. Z. Ms. J. 140.

schlage fest, so daß er schließlich auch von den katholischen Orten adoptiert wurde und während etlicher Jahre den wichtigsten Verhandlungsgegenstand zwischen der Eidgenossenschaft und der Innsbrucker Regierung bildete[1]).

Das Auseinandergehen beider Parteien in ihrem Verhältnis zu den kriegführenden Mächten kam im Sommer 1641 besonders peinlich zum Vorschein. In der burgundischen Sache, die zu Beginn dieses Jahres wieder aufgenommen wurde und sogleich Anlaß zu Unstimmigkeiten zwischen den beiden konfessionellen Lagern gab, wandte der Nachfolger Méliands, Caumartin, pflichtgemäß die gleiche Verzögerungstaktik an, wie sein Vorgänger, nur in weniger liebenswürdiger Form[2]). Monatelang mußte die Eidgenossenschaft auf den Bescheid des französischen Königs warten, nachdem sie auf Betreiben der Freigrafschaft und des Hauses Habsburg die Aufrichtung der Neutralität nochmals angeregt hatte. Während der Jahrrechnungstagsatzung und der folgenden badischen Zusammenkunft im August und September erhob sich ein scharfer Streit zwischen Caumartin und dem Spanier Saavedra um die Vollmacht des letztern, die allerdings erhebliche Mängel aufwies. Die langatmigen Diskussionen endigten mit zwei gesonderten Abschieden. Luzern, Schwyz, Unterwalden, Zug und Appenzell-Innerrhoden gaben dem Drängen der kaiserlichen, spanischen und burgundischen Abgeordneten und dem Zorn über die Ausflüchte Caumartins nach und erklärten, daß sie ihr Volk aus Frankreich heimrufen würden in Anbetracht seiner bündniswidrigen Verwendung und ungenügenden Bezahlung, sowie der Unnachgiebigkeit des Königs in dem für sie so wichtigen bur-

---

[1]) St. A. Z. A. 176. 3. Nr. 56 bis 69. — B. VIII. 17. fol. 12, 15. — Z. B. Z. Ms. A. 133. S. 283. Die Verhandlungen mit Zwyer wurden von Waser geführt, hauptsächlich auf einer Konferenz in Richterswil. K. C. Amrein, der Biograph Zwyers, erwähnt S. 20 nur die Instruktion Kaiser Ferdinands, ohne ihren Inhalt anzugeben.

[2]) Vgl. die Instruktion für Caumartin v. Nov. 1640. B. A. Instructions et Pouvoirs etc. Layette XIII. — Dep. Caumartins. Layette XLI ff. — Absch. S. 1186 f., 1190 f., 1196. — Rott V. S. 419 ff.

gundischen Neutralitätsgeschäft. Uri schloß sich in richtiger Beurteilung der Sachlage diesem Votum nicht an, ebenso wenig Freiburg und Solothurn. Die evangelischen Orte, Glarus und die beiden letztgenannten Städte blieben in ihrem Abschied bei dem ursprünglichen Verlangen eines halbjährigen Waffenstillstandes stehen, innerhalb dessen Saavedra die nötigen Vollmachten beibringen sollte. Die eidgenössische Uneinigkeit enthüllte sich auch in den Antworten an den Kaiser und den Regensburger Reichstag, die weitere Bemühungen für Burgund und die Abstellung der Werbungen für Frankreich gefordert hatten. Während die eine Partei mit ihrem Abberufungsdekret prahlte — nicht ohne sich noch ein Türchen zum Entwischen offen zu lassen —, rückte die andere ihre Anstrengungen für die Beruhigung der Freigrafschaft und das Verbot der Transgressionen in das beste Licht und gab zu erkennen, daß man nichts gegen das mächtige Frankreich unternehmen könne und das allseitige Heil nur von Friedensverhandlungen erwarte[1]). Die evangelischen Orte und die beiden katholischen Städte waren besser beraten, als ihre Mitstände. Nicht umsonst hatten die Urner vor dem Brauche gewarnt, etwas zu verabschieden und nachher nicht ins Werk zu setzen: die Heimberufung der Soldtruppen aus Frankreich unterblieb, nicht eben zum Vorteil der eidgenössischen Reputation. Hingegen wurde bis zum Schlusse des Jahres scheinbar ein Waffenstillstand für die unglücklichen Burgunder erzielt. Die steigende Erbitterung der Katholischen und die merkliche Unzufriedenheit der Evangelischen machten auf Caumartin doch einen gewissen Eindruck, ebenso die Verweigerung eines französischen Aufbruchs durch Zürich im Frühling 1641, die zwar nicht einen Liebesdienst für Burgund, sondern vielmehr ein Aufflackern der alten Abneigung gegen das französische Bündnis darstellte, die namentlich unter der Bürgerschaft nie ganz erloschen war[2]). Der Ambassador

[1]) St. A. Z. A. 224. 2. — B. IV. 102. fol. 47 ff. — B. VIII. 127. fol. 67 ff., 226 ff. — St. A. L. Freigrafschaft Burgund. Neutralität. 1641. — Absch. S. 1206 ff.

[2]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 432. S. 30. — A. 225. 9. Nr. 13 ff. — Rott V. S. 417.

empfahl daher seiner Regierung ein momentanes und unverbindliches Entgegenkommen, wodurch er am ehesten einen neuen Aufbruch zu erlangen hoffte. Der Handel wurde abgeschlossen. Gegen den burgundischen Waffenstillstand gewährten die meisten Orte die gewünschten Kompagnien, unter gewissen Bedingungen allerdings und in der Erwartung, daß die Herstellung der Neutralität endlich in Angriff genommen werde. Zürich ließ sich übrigens durch den in Wien weilenden Obersten Peblis vergewissern, daß die dortigen maßgebenden Stellen mit dieser Lösung nicht ganz unzufrieden waren. Daß man schließlich jene Bedingungen wieder fahren ließ und in der burgundischen Sache dem Recht des Stärkern weiter nachgeben mußte, war bei den eidgenössischen Zuständen beinahe selbstverständlich[1]).

Der Waffenstillstand wurde weder formell angekündigt noch beobachtet. Das Spiel zwischen der Eidgenossenschaft und dem Ambassador ging im Jahre 1642 mit dem gleichen Resultate weiter. Der Eifer der Katholischen, die auf einen neuen Traktat zwischen Burgund und den dreizehn Orten deuteten „zu einer würcklichen und reciprocierlichen Assistenz", erfuhr die scharfe Abweisung der Evangelischen, die um keinen Preis ihre passive Teilnahme an den Leiden der Freigrafschaft in eine aktive verwandelt hätten, so wenig wie es die Altgläubigen über sich brachten, mit der vorjährigen heroischen Resolution Ernst zu machen und ihr Volk heimzufordern. Caumartin operierte diesmal mit dem unbilligen Verlangen, die Orte möchten Burgund zur Strafe für den Bruch des Waffenstillstandes zu einem Schadenersatz an Frankreich nötigen, und zog sie damit bis zum Schluß des Jahres 1642 hin. In ihrer Ratlosigkeit und ihrem Verdruß verfielen die Luzerner endlich auf eine Gesandtschaft an den König, die der burgundischen Not und den vielen andern Beschwerden, vor allem auch der beständigen Sorge um Konstanz abhelfen sollte[2]).

---

[1]) St. A. Z. A. 176. 3. Nr. 77 ff. — A.-225. 9. Nr. 33 ff. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 54. — Dep. Caumartins. Layette XLIII, XLIV. — Absch. S. 1223 ff. — Rott V. S. 441 ff.

[2]) St. A. Z. A. 224. 3. — St. A. L. Abschiede 1642. — Absch. S. 1230 ff., 1240 ff., 1262.

Seit dem November 1642 mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Bodenseegegend wieder den Schauplatz für größere Kämpfe abgeben würde — daß die kleinen nicht aufhörten, dafür sorgte der Kommandant auf dem Hohentwiel. Ein Anschlag Widerholts im Verein mit dem Generalmajor von Erlach auf Konstanz, bei dem der Stadtschreiber von Stein Spionagedienste geleistet hatte, war zwar mißlungen; aber der Plan allein und die bald darauf erfolgte Eroberung Überlingens durch Hohentwieler und Breisacher Truppen genügten, um die Eidgenossenschaft in Unruhe zu versetzen und den heimlichen Kampf um die Bodenseestadt zwischen Zürich und den fünf Orten neu aufleben zu lassen. Im Widerwillen gegen die französische Einkreisung war man womöglich noch einiger, als vor zwei Jahren; denn in Zürich wetteiferte die Furcht, mit Haut und Haar in „die französische Kluppen" zu kommen, mit der Angst vor einer Hereinziehung in den Krieg[1]). Über die Gegenmittel aber war man wie früher verschiedener Meinung. Auch jetzt noch stand den Evangelischen der Sinn nicht darnach, „mit dem Ernst die Sicherheit von Konstanz zu suchen". Die von Zürich angestrebte Neutralisierung wurde schließlich auch von den Katholischen in dringlichere Erwägung gezogen. Hier kam es hauptsächlich auf die Zustimmung Österreichs und die Art der Ausführung an. Die eifersüchtige Wahrung ihrer Interessen, auf welche die Herren des Thurgaus bedacht waren, zeitigte einen wunderlichen Vorfall: in Innsbruck trafen gleichzeitig zwei Unterhändler in derselben Sache ein, der offizielle Deputierte der katholischen Orte, Oberst König von Freiburg, und ein nicht offizieller, auch katholischer, nämlich Oberst Zwyer, der von der Sendung Königs nichts gewußt und sich zuvor mit dem evangelischen Vorort über die Lösung der konstanzischen Frage vertraulich verständigt hatte. Er hatte dabei erfahren, daß die Herren von Zürich auf ein „Particular Depositum" zielten „mit interessierung demnach nüt desto-

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 2. Nr. 100. Bedenken wegen der Stadt Konstanz. Undatiertes Konzept, teilweise von der Hand Wasers, aus dem Jahre 1643.

weniger auch anderer Orten nach der form der uralten pünten", und daß sie die Verschwiegenheit als die Seele des Geschäfts betrachteten. Die katholischen Orte hatten die evangelischen von der Sendung Königs zwar benachrichtigt und Zürich um Mitwirkung ersucht; allein die ganze Abordnung war in solcher Eile und Formlosigkeit vor sich gegangen, daß die Zürcher in ihrem Mißtrauen gegen die Absichten der fünf Orte und die Person Königs auf eine Teilnahme verzichteten. Die Instruktion Königs lautete nur auf Anhörung der österreichischen Vorschläge; doch durfte er unzweifelhaft auch seinerseits solche machen, bei denen die Interessen der fünf Orte gewiß nicht zu kurz gekommen wären. Diesmal wandten beide Parteien ihre diplomatische Kunst umsonst auf: in Innsbruck verschloß man sich — wohl in schmerzlicher Erinnerung an die üble Eigenschaft der Schweizer, das, was sie einmal hatten, festzuhalten — den Neutralisations- und Depositumsplänen gänzlich, so daß Zwyer seine letzte Hoffnung auf den Kaiser setzte, während die Zürcher die Sache einstweilen Gott befahlen[1]). Die Luzerner dagegen verhandelten mit den erzherzoglichen Vertretern geduldig weiter, obschon die für Österreich allein in Betracht kommende Waffenhilfe mit ihrer Vorsicht und ihren Neutralisationswünschen schwer zu vereinigen war. Daneben aber drängten sie immer mehr darauf, daß das Verbleiben von Konstanz in österreichischem Besitz auch noch auf andere Weise gewährleistet würde.

Mit einer wahren Leidenschaft betrieb Luzern die Gesandtschaft nach Frankreich in dem törichten Glauben, in Paris mehr zu erreichen als in Solothurn. Es hatte dabei zwei Gegenspieler: Caumartin und Zürich. Daß der Ambassador bei dem Unvermögen seiner Regierung, die schuldigen Summen zu bezahlen, und ihrem Widerwillen, der Eroberung Burgunds zu entsagen oder

---

[1]) St. A. Z. A. 205. 3. Briefwechsel zwischen Zwyer und Waser, Jan. bis April 1643. — Ratsman. Nr. 440. S. 14. — B. IV. 104. fol. 285 ff. — St. A. L. Abschiede 1643. — 30jähr. Krieg. 1643. — Absch. S. 1263 ff., 1274 f., 1279.

sich in bezug auf Konstanz zu binden, alles tat, um die Gesandtschaft zu vereiteln, war nicht verwunderlich. Für die Zürcher entschieden neben der Einsicht in die Nutzlosigkeit dieses Unternehmens konfessionelle Bedenken: sie waren überzeugt, daß die katholischen Orte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen würden, ohne dem allerchristlichsten König ihre gemeinsamen Glaubensinteressen gebührend in Erinnerung zu rufen, und wirklich hatte man in Luzern besondere Aufträge für die Abgeordneten in Bereitschaft. Wirksam unterstützt von Schaffhausen, wo die Familie Ziegler ausgeprägt französischen Neigungen huldigte, und mit Hilfe der übrigen etwas ungleichen Meinungen gelang es Zürich und Caumartin, die Abreise der Gesandten trotz der schon entworfenen Instruktion hinauszuschieben, bis sie mit dem Tode Ludwigs XIII. im Mai 1643 vorläufig dahinfiel. Statt der nachdrücklichen mündlichen Vorstellungen in Paris begnügten sich zum großen Ärger Luzerns und der Stände Schwyz und Unterwalden, die ebenfalls sehr für die Gesandtschaft eingenommen waren, sämtliche evangelischen und einige katholische Orte mit einem Schreiben an die Regentin und den üblichen Bitten an den Ambassador, für die Abstellung der Beschwerden zu sorgen[1]).

So verurteilte die Unmöglichkeit einer einheitlichen Aktion die Eidgenossenschaft in den auswärtigen Fragen zu einer Ohnmacht, die entweder immer neue vergebliche Versuche gebar oder zusehen mußte, wie die Dinge anderweitig geregelt wurden. Dies letzte geschah in Sachen Burgunds, das nach beinahe zehnjährigen Kämpfen endlich zur Ruhe kam. Wohl stellte Caumartin den Waffenstillstand, den die Freigrafschaft im Herbst 1644 bewilligt erhielt, den Orten gegenüber als „große Gnade“ des Königs dar; aber in Wirklichkeit war diese Gnade nur ein Akt der

---

[1]) St. A. Z. A. 225. 9. — B. IV. 104 fol. 306 ff. — B. VIII. 17. fol. 160, 182. — B. VIII. 128. fol. 46. — St. A. L. Abschiede 1642, 1643. — Freigrafschaft Burgund. Neutralität. 1643. — 30jähr. Krieg. 1643. — St. A. Sch. Instr. v. 17. Febr., 21. Juni 1643. — B. A. Dep. Caumartins. Layette IV, V, XLV—XLVII. — Absch. S. 1268 f., 1271 f., 1275 ff., 1283 f.

Opportunität, und bei den weitern Verhandlungen, die zu Verlängerungen des Waffenstillstandes bis zum Ende des großen Krieges führten, verzichtete man auf die Mitwirkung der Eidgenossenschaft, die einzig noch hie und da vom Parlament in Dôle zu der üblichen nutzlosen Verwendung bei Frankreich für die Wiederaufrichtung der Neutralität veranlaßt wurde. Eine geheime, ebenfalls von burgundischer Seite ausgehende Agitation für den Eintritt der Freigrafschaft in den Schweizerbund um die Wende des Jahres 1645 blieb dank der französischen Opposition in den Anfängen stecken[1]).

Auch der Bischof von Basel erreichte trotz der zahlreichen Gesuche seiner eidgenössischen Verbündeten weder die ungeschmälerte Restitution — die Delsberger Eisenhütten wurden ihm vorenthalten — noch die Befreiung von allen Kontributionen und Einquartierungen. Die Ausführung des Gedankens, aus dem bischöflichen Gebiet einen Ort zu machen, mit dem sich manche Solothurner trugen, war bei den vielen Widerständen ein Ding der Unmöglichkeit; man mußte auch hier alles dem Willen Frankreichs überlassen, um so mehr, als unter den katholischen Orten selber keine Einigkeit herrschte. Luzern erblickte in seinem Lieblingsplan, der Gesandtschaft nach Paris, die einzige Hilfe für den Bischof, wogegen Solothurn aus Gefälligkeit für Frankreich nichts mehr davon wissen wollte und statt dessen den beliebteren Weg der Vorstellungen beim Ambassador einschlug, ohne sich indessen durch besondere Findigkeit auszuzeichnen; denn sein Projekt vom Januar 1644, das Depositum des Bistums in die Hand der katholischen Orte unter Paßfreiheit für Frankreich, war weder originell noch aussichtsreich. Die Regierung Ludwigs XIV. belehrte denn auch ihren Vertreter in Solothurn, daß dieses Depositum nicht mit Ehre und Reputation geschehen könnte und daß man

---

[1]) St. A. Z. A. 224. 3. — B. A. Dep. Caumartins. 6. Okt., 22. Nov. 1644. Layette XVI, LXXXIII; 12. Jan., 16. Febr., 30. März 1646. Layette LXIV; 17. April 1646. Layette XXVI; 4. Mai 1646. Layette LXV. — Rott VI, S. 79 f.

keine derartigen Bitten mehr zu hören wünsche. Die französischen Truppen wurden allerdings für einige Zeit aus dem Bistum zurückgezogen, und zwar auf Betreiben Caumartins, dessen Stellung die schlechte Behandlung des Bischofs doch dermaßen erschwerte, daß er sich und dem geistlichen Herrn gern eine Erleichterung verschaffte. Aber sie war nur vorübergehend, und noch in den letzten Jahren des Krieges erschöpften sich die katholischen Orte in unfruchtbaren Verwendungen für ihren Bundesgenossen[1]).

Ebenso wenig näherten sich die Schaffhauser dem Ziel ihrer Sehnsucht, der Neutralisation des Hohentwiels, obgleich sie den kaiserlichen Anregungen immer pünktlich Folge gaben. Im Dezember 1641 erschienen in ihrer Stadt der Generalfeldwachtmeister Gill de Haes und der Kammerpräsident Dr. Volmar als Beauftragte des Feldzeugmeisters Sparr, der seit dem Oktober die trutzige Feste wieder einmal belagerte. Ihre Werbung kam darauf hinaus, daß jener glückliche Vertrag von 1636, welcher der Nachbarschaft für eine Weile Ruhe verschafft hatte, erneuert werden sollte. Die Schaffhauser verstanden sich zu einem Schreiben an Widerholt, wurden aber von diesem an den bekannten „höhern Ort" verwiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß die Sachen nicht mehr gleich stünden, wie vor sechs Jahren. Das Ende war die Aufhebung der Belagerung am 31. Dezember und ein zwar höflicher, aber deutlicher Verweis Caumartins an die Herren von Schaffhausen, weil sie sich der Sache angenommen hatten, ohne die Konsequenzen zu betrachten[2]). Nichtsdestoweniger zeigten sich diese, von dem Grundsatz ausgehend: tentare quid nocet? nochmaligen Versuchen geneigt, als im Mai 1644 Oberst Zwyer im Namen des bairischen Feldmarschalls Mercy mit dem gleichen Anliegen an sie herantrat. Mercy hätte sich eine neue Blockierung

[1]) St. A. L. 30jähr. Krieg. Bischof von Basel. — B. A. Dep. des Nuntius Farnese. — Dep. Caumartins. Layette II. Mémoire v. Febr. 1644. — Layette LI, LII. — Absch. 1641 bis 1648. — Rott V. S. 431 ff. VI. S. 41 ff.

[2]) St. A. Z. A. 178. 5. Nr. 155 f., 172 ff. — St. A. Sch. Korrespondenzen 1641; 1642 Nr. 3. — Missiven 1641. 8., 18. Dez. — Gonzenbach II. S. 114, 125. Urk. Nr. 9 a, b.

des Hohentwiels gerne erspart, und Zwyer bemühte sich, Zürich, Bern und Schaffhausen begreiflich zu machen, daß ihnen nur die Wahl bliebe, entweder allem Vorschub für das Raubhaus zu entsagen oder dasselbe in einen andern Stand zu bringen. Schaffhausen wäre die Übergabe der Festung an die vier evangelischen Städte immer noch das liebste gewesen; allein die andern hatten allerlei Bedenken, und ihre Beratungen waren noch nicht über den Anfang hinaus gediehen, als Mercy anfangs August die im Mai begonnene Blockade aufhob, nachdem Widerholt jene Komödie aufgeführt hatte, die ihm reichlicher als bisher französisches Gold, dem bairischen Feldmarschall aber statt der erhofften Unschädlichmachung der Feste nur Spott und Enttäuschung einbrachte[1]).

Merkwürdigerweise war es den Schaffhausern auch jetzt noch nicht klar geworden, daß Frankreich den Hohentwiel während des Krieges niemals freiwillig aus der Hand geben würde; denn Ende 1644 wandten sie sich wieder an Zwyer[2]), und im März 1645 versuchten sie — natürlich umsonst — durch die Überredungsgabe Dr. Zieglers Caumartin für die eidgenössische Verwaltung des Platzes einzunehmen. — Im Jahre 1646 trat während der Friedensverhandlungen in Münster zum letztenmal an die vier Städte die Versuchung heran, um des Hohentwiels willen von dem Prinzip der Nichteinmischung abzugehen. Wieder empfahl ihnen Zwyer als Vertreter des Kaisers und aus eigener Überzeugung, sich für die Schleifung der Festung einzusetzen als einzige Bürgschaft für die Beruhigung der Umgegend, und wieder scheinen die Schaffhauser am wenigsten Bedenken dagegen gehabt zu haben, bei den Verhandlungen über das Schicksal dieses Nachbarn, dem sie so viele Belästigungen verdankten, ein Wort mitzureden. Aber Bern gab seiner Meinung, die Eidgenossenschaft solle lieber auf

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 5. Nr. 262 ff. — A. 195. 2. Nr. 185, 186. — B. VIII. 128. fol. 305, 355. — St. A. Sch. Korrespondenzen 1644. — Missiven 1644. — B. A. Dep. Cavazzas. Bd. 58. S. 240 ff. — Dep. Caumartins. Layette XIV, XV, LIV.

[2]) K. C. Amrein, Seb. Pereg. Zwyer von Evibach. S. 26.

ihre eigenen Sachen als auf eine Einmischung in diese Angelegenheit bedacht sein, so unzweideutig Ausdruck, daß schließlich alle darauf verzichteten, der Anregung Zwyers Folge zu geben, und so wurde in Münster über den Hohentwiel ohne das Zutun der Eidgenossenschaft entschieden[1]).

Einer ähnlichen Enthaltsamkeit beflissen sich die vier Städte, als der Pfalzgraf Karl Ludwig im September 1642 ihren Rat und ihre Unterstützung bei den Restitutionsverhandlungen in Wien erbat. Seine Wünsche bezogen sich hauptsächlich auf eine Geldanleihe Zürichs und Berns, die zur Befriedigung der kaiserlichen Forderungen verwendet werden sollte. Die Freundschaft Zürichs für das pfälzische Haus und die Vorstellungen des noch immer hochgeschätzten Obersten Peblis[2]) vermochten jedoch nicht so viel, um den Vorort aus der Reserve allen Dingen gegenüber, die mit dem deutschen Kriegswesen zu tun hatten, heraustreten zu lassen, und auch der Berner Schultheiß Erlach, dessen evangelische Gesinnung diese Angelegenheit keineswegs unberührt ließ, warnte dennoch davor, sich in eine Sache zu vertiefen, die

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 5. Nr. 275. — A. 195. 2. Nr. 189 f. — B. IV. 107. — St. A. B. Instructionsb. S. S. 74. — Teutsch Missivenb. 14. S. 182. — St. A. Sch. Instr. v. 17. März 1645 u. Mémoire sur l'estat de la Forteresse de Haute Twiel; Instr. v. 24. April 1646. — Korresp. 1646. —Absch. S. 1344, 1381.

[2]) Peblis lebte seit 1635 meistens in Zürich, wo er sich weiter als militärischer Berater, z. B. bei den Befestigungsarbeiten, aber auch in anderer Weise betätigte, so bei dem mißlungenen Versuch der Stadt, die Herrschaft Wengi käuflich an sich zu bringen. Auf dem Regensburger Reichstage und in Wien wirkte er als Vertreter des Pfalzgrafen bei den Restitutionsverhandlungen. Er starb am 9. April 1650 in Zürich, als er eben im Begriffe war, dem Rufe des Kurfürsten nach Heidelberg Folge zu leisten. Daß ihm die ganze Regierung, der Kleine und der Große Rat, die Geistlichkeit und die Zünfte das Grabgeleite gaben, und daß seine Leiche im Chore des Fraumünsters beigesetzt wurde, ist ein Zeugnis für das hohe Ansehen, dessen sich der Pfälzer bis zu seinem Tode in der Stadt erfreute, die ihm zur zweiten Heimat geworden war. Z. B. Z. Ms. J. 56. Diarium des Pfarrers Wirz zum Prediger.

mit einem Nachteil der Autorität und mit der Entdeckung „quam curta sit nostra supellex“ enden könnte. So antworteten die vier Städte dem Pfalzgrafen, sie wüßten nichts Besseres zu tun, als den hohen Potentaten, denen alles von Grund aus bekannt sei, das Werk weiter zu überlassen und Gott zu bitten, daß er zur Wiederherstellung des churfürstlichen Hauses und zum Frieden helfe[1]). — Erst im Jahre 1647 sahen die evangelischen Orte keine Gefahr mehr darin, sich auf die Bitte des Pfalzgrafen bei Ludwig XIV. schriftlich für ihn zu verwenden, nachdem schon Wettstein in Münster und Osnabrück und die Geistlichen der vier Städte ihren Kollegen in Großbritannien und Holland die pfälzische Sache im geheimen empfohlen hatten[2]).

Obgleich die auswärtigen Mächte längst darüber hätten belehrt sein müssen, daß die Eidgenossenschaft ohne den Zwang zur Selbstverteidigung niemals aktiv in ihre Händel eingreifen würde, so glaubte man in Wien immer noch den Anspruch auf ihre Unterstützung erheben zu können. Im Januar 1643, als die französischen Experimente am Bodensee bängliche Gefühle erweckten, drückte Kaiser Ferdinand wiederum die Hoffnung aus, die dreizehn Orte würden „noch etwas näher zu ihm treten“[3]), und als Oberst Zwyer ein Jahr darauf nach dem Tode des Herrn von Schönau die kaiserliche Vertretung in der Eidgenossenschaft über-

---

[1]) St. A. Z. A. 187. 2. Nr. 130 ff. — B. IV. 103. fol. 125, 142. — B. VIII. 17. fol. 117. — B. VIII. 127. fol. 425 ff. — Ratsman. Nr. 438. S. 40. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 510. — Deutschlandbuch N. S. 75, 79. Vertrauliche Gutachten Erlachs für Stadtschreiber Rott. — St. A. Ba. Eidgsch. E. Abschiede. 1642. Instr. v. 29. Okt. — Thes. dipl. Wetsten. II. Nr. 169; III. Nr. 123. — St. A. Sch. Instr. v. 1. Nov. 1642. — Absch. S. 1254.

[2]) St. A. Z. A. 176. 3. Nr. 239. — A. 178. 2. Nr. 150. — A. 222. 1. Nr. 85 ff. — B. IV. 108. fol. 324 ff. — St. A. Sch. Instr. v. 26. März 1647. — St. A. Ba. Missiven. 150. 22. Mai 1647. — St. A. B. Teutsch Missivenb. 14. S. 322. — Absch. S. 1423, 1453. — A. Stern, Die reformierte Schweiz in ihren Beziehungen zu Karl I. v. England etc. Jahrb. f. Schweiz. Gesch. III. S. 20.

[3]) St. A. Z. B. VIII. 127. fol. 481; 128. fol. 50. — A. 176. 3. Nr. 197. — St. A. L. Abschiede 1643. fol. 55. — Absch. S. 1267, 1273.

nahm, ief er — wohl mehr auf Gebot seines Herrn als aus eigenem Triebe — nochmals ein wenig Sturm gegen die Neutralität, die von österreichischer Seite schon früher als unvereinbar mit der Erbeinigung taxiert worden war und deren Handhabung durch die evangelischen Orte neuerdings viel zu wünschen übrig ließ. So hatte Schaffhausen nach dem Unglück des französisch-weimarischen Heeres bei Tuttlingen im November 1643 einer größeren Anzahl von Flüchtlingen, darunter verschiedenen Offizieren, Einlaß gewährt und dafür Sorge getragen, daß sie sich wieder mit ihrem Truppenkörper vereinigen konnten. Ein gereizter Briefwechsel mit den katholischen Orten, besonders mit Luzern, war die unmittelbare Folge[1]), und Oberst Zwyer führte nachher in Zürich Beschwerde dagegen und verlangte im Namen des Kaisers die Abschaffung der „Privatpassionen“, freilich in jener schonenden Weise, die seinem Werben um die Neigung der evangelischen Orte entsprach. Als diese jedoch den kaiserlichen Vorwürfen die Neutralität entgegenhielten, erklärte er, dieselbe werde in Wien einiges Nachdenken verursachen und sei im Grunde nicht mehr recht möglich, seit sich die Waffen des Kaisers und der Krone Frankreich bekämpften; wenn man die Wahl zwischen dem französischen Bündnis und der Erbeinigung habe, werde man die Wichtigkeit der letztern, „eines der höchsten Kleinode der Eidgenossenschaft“, wohl in Betracht ziehen. Der Widerspruch der vier Städte gegen diese Behauptungen war so lebhaft, wie die Verteidigung der „wohlbeschlossenen und wohlerschossenen Neutralität“, von der zu weichen man nicht die mindeste Ursache habe[2]).

Dennoch wiederholte sich schon im Sommer der kaiserliche Versuch, die Eidgenossenschaft aus ihrer Passivität herauszubringen, diesmal allerdings ohne das Zutun Zwyers, vielmehr im

---

[1]) St. A. Sch. Korrespond. 1643. Nr. 30, 32; 1644 Nr. 13. — Missiven 1643. Nov. bis Dez.; 1644 Jan. — St. A. L. 30jähr. Krieg 1644 Jan. bis Febr.

[2]) St. A. Z. A. 176. 3. Nr. 109 ff. — A. 184. 3. Nr. 201. — Ratsman. Nr. 445. S. 5 f., 57.

Gegensatz zu ihm. Daß Ferdinand III. einen in der Eidgenossenschaft keineswegs gut beleumdeten Mann, der seinen bürgerlichen Namen Stauffacher in das wohlklingendere „von Stauffach" verwandelt hatte, mit einer offiziellen Sendung in die Schweiz betraute, wird nur verständlich, wenn man eine Täuschung des Wiener Hofes durch den abenteuerlustigen Glarner annimmt. Johann Dietrich Stauffacher sollte einigen katholischen Orten und Zugewandten unter Zuhilfenahme von Reminiszenzen an den Abschluß der Erbeinigung und seine Ursachen die französische Gefahr eindringlich vorstellen und sie ermuntern, mit und neben dem Kaiser zum Schwerte zu greifen zum Zweck der Rückeroberung der österreichischen Erblande und der Herstellung des Friedens. Die gleiche Kommission sollte Zwyer bei den übrigen Orten verrichten. Diesen aber dünkte die Sache so „fremd", daß er sich ihrer lieber entschlug und die Erzherzogin in Innsbruck und durch sie den Kaiser über die Persönlichkeit Stauffachers aufklärte, und zwar namentlich auf Grund von Mitteilungen der Regierung in Schwyz, wo der glarnerische Apostat früher gewohnt und kein gutes Andenken hinterlassen hatte. Der Mißerfolg des sonderbaren Gesandten war vollkommen: der Luzerner Rat, dem allein er seine Proposition mündlich vortrug, war noch immer gewillt, alle Werke und Handlungen auszuschließen, welche die friedliche Ruhe und den Wohlstand des Vaterlandes stören konnten, und obgleich die katholischen Orte auf das Hilfsgesuch mit keinem runden Nein antworteten, sondern eine Beratung versprachen, verlief die Sache gänzlich im Sande[1]).

[1]) Vgl. darüber Th. v. Liebenau, Ein Stauffacher als kaiserlicher Gesandter in der Schweiz. Anz. f. Schweiz. Gesch. 3. S. 110 f. Die von Liebenau benutzten Akten befinden sich im St. A. L. Gesandte. Urk. Fasc. 12. — Österreich, Kriegs- und Militärwesen. — Über die Person Stauffachers geben auch einige Korrespondenzen im St. A. Z. Aufschluß, u. a. solche über eine Betrugsaffäre aus den Jahren 1631 und 1632, B. IV. 91. fol. 21; 93. fol. 81, und ein Bericht Appenzell-Außerrh. über die Umtriebe Stauffachers gegen die Evangelischen zur Zeit der Belagerung von Konstanz, A. 178. 6. Nr. 289, ferner ein Schreiben Hans Kaspar Hirzels an Wettstein v. 25. Aug.

Trotz aller diplomatischen Bemühungen änderte sich die Stellung der Eidgenossenschaft zu den beiden großen kriegführenden Mächten wenig. Die Evangelischen konnten ihr Mißtrauen gegen das Haus Habsburg nicht überwinden und die Katholischen nicht ihren Unwillen über die Rücksichtslosigkeiten Frankreichs, der indessen durchaus nicht bei allen gleich kräftig war. Seit der ausgesprochen spanisch gesinnte Schultheiß Heinrich Fleckenstein in Luzern an Einfluß gewann, machte sich dort eine zunehmende Lust bemerkbar, die französischen Pläne zu durchkreuzen. Caumartin scheute sich nicht, deswegen gegen Fleckenstein persönlich Angriffe zu richten und in Luzern förmlich Beschwerde über seine Intriguen führen zu lassen, wodurch die Beziehungen natürlich nicht verbessert wurden[1]). Daneben arbeitete der Ambassador gemäß seiner Meinung, daß die Eidgenossenschaft ihre Zuflucht ausschließlich bei Frankreich zu suchen habe[2]), auf jede Weise dem spanischen und kaiserlichen Vertreter entgegen. Sein Feldzug gegen Zwyer, den Agenten einer fremden Macht, den er nicht mehr als Boten Uris an den Tagsatzungen gelten lassen wollte, ist bekannt. Das Ergebnis war, daß Zwyer im Herbst 1646 formell durch den Konstanzer Domdekan Leonhard Pappus, den

---

1644, St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. IV. Nr. 59, wo es heißt, Stauffacher sei „ein Apostat und verbandisirter Glarner und sonst eines schlechten Credits in diesen Landen". Hier schreibt übrigens Hirzel die Mission Stauffachers der Initiative des Luzerner Schultheißen Fleckenstein zu. Tatsächlich leitete Stauffacher eine Militärkapitulation mit Fleckenstein zur Werbung von 4000 Schweizern für den Kaiser ein, die jedoch nie realisiert wurde. Vgl. K. C. Amrein, l. c. S. 23 ff.

[1]) Th. v. Liebenau, Ambassador Le Fevre de Caumartin und Schultheiß Fleckenstein. Anz. f. Schweiz. Gesch. 5. S. 19 ff. Liebenau benützte die Akten im St. A. L. Abschiede 1646. fol. 146 ff. — Ungeb. Abschiede XII. — Fach II. Schultheißen. Vgl. auch die Schreiben Caumartins an Erlach-Spiez v. 22. Juli u. 27. Aug. 1646, aus denen hervorgeht, daß der Angriff Caumartins auf Fleckenstein im Einverständnis mit dem Berner Schultheißen geschah. St. B. B. Mss. Hist. Helv. XV. 23. Nr. 45, 49.

[2]) B. A. Dep. Caumartins v. 3. Juli 1646. Layette LXVI.

Verfasser der Rerum Germanicarum Epitome, ersetzt wurde [1]). In Wahrheit blieb er aber im geheimen kaiserlicher Agent und ließ sich vor allem die Einwirkung auf die beiden wichtigsten evangelischen Stände nicht entziehen [2]). Diese Tendenz des Urner Staatsmannes, die einige seiner Mitregenten teilten, wurde allmählich für die innern Verhältnisse bedeutungsvoller, als für die äußern.

Die Streitigkeiten konfessioneller Färbung, das unauslöschliche Mißtrauen zwischen den beiden Lagern drücken auch in den letzten Jahren des großen Krieges der eidgenössischen Geschichte den Stempel auf. Immer noch sprangen meistens in den gemeinen Vogteien, wo beide Bekenntnisse herrschten, die Funken auf, an denen sich die Feuer und Feuerlein entzündeten. Die latente Spannung zwischen Zürich und den fünf Orten artete bei jeder Gelegenheit in offenen Zwist aus, ob es sich um rein konfessionelle Dinge, wie den evangelischen Kirchenbau in Frauenfeld, oder um Maßnahmen handelte, die durch äußere Vorgänge nötig wurden. So gab die Verwahrung der Grenze noch öfters Anlaß zu Mißhelligkeiten. Als die fünf Orte die Steiner Brücke auf der thurgauischen Seite in eine Fallbrücke umwandeln wollten, um überraschenden Durchmärschen den Riegel zu stoßen — es war zur Zeit, als der Generalmajor von Erlach und Widerholt ihr Absehen auf Konstanz richteten — verteidigte Zürich seine Gewalt über diesen wichtigen Paß so hartnäckig, wie zehn Jahre früher.

---

[1]) Vgl. K. C. Amrein, l. c. S. 29 ff. und Rott VI. S. 51 ff., die beide über die formelle Erledigung des Handels, die Ersetzung Zwyers durch Pappus, nichts berichten. — Erwähnt zu werden verdient die Haltung des Schultheißen von Erlach, der ungeachtet seiner vortrefflichen Beziehungen zu Caumartin und dessen Mahnungen sich genügend Unabhängigkeit bewahrte, um Zwyers Verdienste als Patriot und Freund der Evangelischen dermaßen hervorzuheben, daß Bern am entschiedensten von den evangelischen Orten für den Beisitz Zwyers an den Tagsatzungen eintrat. St. A. B. Zeitungsschreiben II. S. 879. — Teutsch Missivenb. 14. S. 71. — Instructionsb. S. S. 238. — St. B. B. Mss. Hist. Helv. XV. 23. Nr. 47, 49.

[2]) St. A. Z. A. 176. 3. Nr. 108, 167, 173. — B. IV. 107. fol. 379 f. — Ratsman. Nr. 454. S. 55. — St. A. B. Allg. Eydg. Bücher. S. S. 693.

Heftige Differenzen löste die Paßfrage um die Wende des Jahres 1643 aus, nachdem der evangelische Landvogt des Thurgaus, Hans Jakob Leuzinger von Glarus, mit der Erlaubnis Zürichs und dem fünförtischen Verbot zum Despekt venetianischen Söldnern, die der Baron von Coppet geworben hatte, den Durchmarsch gestattet hatte. Mit dem deutschen Krieg hatte diese Werbung nichts zu tun; es handelte sich um Truppen, die im sog. Krieg von Castro, einem Lehensstreit zwischen dem Papst und dem Herzog von Parma, auf dessen Seite sich auch Venedig gestellt hatte, verwendet werden sollten. Die Möglichkeit, daß aus diesem Durchzug dem heiligen Vater in Rom Schaden erwuchs, war nicht die erste Ursache des katholischen Unwillens; denn um diese Zeit verhandelte der venetianische Resident mit einigen Ständen, vornehmlich mit Schwyz und Glarus, ebenfalls wegen des Passes, und daneben liefen schon lange allerlei Machenschaften zum Zwecke eines Bündnisses der katholischen Orte mit Venedig, das natürlich ein reines Soldbündnis gewesen wäre[1]). Die Eifersucht unter den Regenten des Thurgaus schuf vielmehr den Stoff zum Konflikt, der Zürich sogleich Gelegenheit gab, die Geltung der Stimmenmehrheit in den gemeinen Herrschaften auch in bezug auf die Paßbewilligung anzufechten. Die Annäherung der bairischen Armee unter Mercy erhöhte die Unruhe der Evangelischen; Bern dachte schon an eine vertrauliche Korrespondenz mit dem Generalmajor von Erlach in Breisach, und Schaffhausen machte wieder einmal mit seinen Hilfsgesuchen die Probe auf die Gesinnung der Altgläubigen, die nicht durchwegs tröstlich ausfiel. Auch die unfruchtbaren Besprechungen über das Defensionalwerk erfuhren auf einer Aarauer Konferenz im Februar 1644 eine Neuauflage[2]).

Wenn der evangelische Vorort aus diesen Wortgefechten

---

[1]) B. A. Dep. Dolces und Vicos. v. 1641—44. Bd. 53—57. — Dep. des Nuntius Gavotti. 1644.

[2]) St. A. Sch. Missiven. Jan. bis Febr. 1644. — Instr. v. 31. Jan. 1644. — Korresp. 1644. Nr. 14 ff. — St. A. B. Instructionsb. R. S. 571. — Absch. S. 1309 f. — Heusler, l. c. S. 30.

siegreich hervorging — zu grundsätzlichen Entscheidungen kam es freilich nicht —, so hing dies nicht allein mit der Konsequenz und Beharrlichkeit seiner Führer, sondern auch mit den besonderen Verhältnissen im Lager des Gegners zusammen. Schon seit längerer Zeit bemerkte Luzern mit wachsender Sorge, daß das feste Band, das die fünf Orte in allen wichtigen Fragen der äußern und innern Politik umschlang, einen Riß bekam. Uri wurde unzuverlässig und gefiel sich bisweilen in einer merkwürdigen Opposition. Das Fiasko bei der Gesandtschaft nach Frankreich schrieb Luzern neben dem bösen Willen Zürichs dem Absprung Uris zu. Nun hatte man mit den fremden Einflüssen, welche auf die Sonderinteressen spekulierten und die Einigkeit hinderten, immer rechnen müssen. Schlimmer aber war, daß die Ruptur auch bei den thurgauischen Händeln offenbar wurde: beim Frauenfelder Kirchenbau wurde „das ganze Wesen von Uri hinterstellig gemacht“ und „eine sonderbare Neigung zu unseren Eidgenossen der Stadt Zürich entdeckt“; das Anerbieten Zürichs, für die Fallbrücke bei Stein selber besorgt sein zu wollen, ließ sich Uri gefallen im Gegensatz zu seinen glaubensverwandten Mitregenten; im Streit über den Durchzug der venetianischen Söldner drang Luzern mit seinem Verlangen nach Bestrafung Landvogt Leuzingers nicht durch, weil sich Uri auch hier sonderte und zuletzt einige andere Orte mitzog. Vielleicht hatte man in Luzern eine Ahnung davon, daß sich diese neue Freundschaft zwischen Zürich und Uri, die seit 1643 immer deutlicher in Schreiben und Handlungen hervortritt, zum guten Teil auf die Einwirkung Zwyers gründete. Aber der Zorn derjenigen, die im Zwiespalt der fünf Orte ein großes Unglück für Staat und Religion sahen, richtete sich nicht gegen den Günstling des Kaisers, sondern gegen Landammann Johann Heinrich Zumbrunnen, bei dem neben den verdächtigen Beziehungen zu den Zürchern noch französische Neigungen in Betracht kamen. Zumbrunnen, der Gesandte Uris, erfuhr auf einer Luzerner Konferenz Ende 1643 die unerhörte Beleidigung, daß er unter der Beschuldigung, gegen seine Instruktionen zu stimmen, die Verhandlungen Unbefugten zu hinter-

bringen und nicht gut katholisch zu sein, von den Sitzungen ausgeschlossen wurde. Die vier Orte zogen auch hier den Kürzern; weil sie befürchten mußten, daß Uri die Sache nach Baden schlagen und sich dort der vollen Gunst der evangelischen Städte erfreuen würde, wurde die Angelegenheit zum Vorteil Zumbrunnens gütlich geregelt[1]).

Bei all diesen Zerwürfnissen bestand keine eigentliche Gefahr für den äußern Frieden der Eidgenossenschaft. Aber im Herbst 1644 brach ein Konflikt aus, der an Heftigkeit dem Matrimonial- und Kollaturstreit wenig nachgab und auch in Entstehung und Verlauf dieselben Erscheinungen aufwies. Die evangelischen Bauern von Uttwil, die Platz für die Erweiterung ihrer Kirche gewinnen wollten, hatten mit Erlaubnis Zürichs und seines regierenden Landvogtes eine alte Wallfahrtskapelle abgebrochen, über welche die Äbtissin von Münsterlingen das Patronatsrecht beanspruchte[2]). Auf einer Konferenz in Frauenfeld wurden sie deswegen von den fünf Orten zu einer Buße von 2000 Gulden verurteilt. Auf der gleichen Konferenz, die ursprünglich zur Erörterung der langjährigen gegenseitigen Religionsbeschwerden angesetzt worden war, verordneten die Katholischen die Einsetzung eines Altares in der früher rein evangelischen Ge-

---

[1]) St. A. Z. A. 257. 1. — A. 323. 6. Uri an Zürich, 13. Jan. 1644. — B. IV. 101. fol. 7; 104. fol. 323, 408. — B. VIII. 16. Instr. v. 15. Juni 1644. — B. VIII. 17. fol. 160 f., 205. — B. VIII. 128. fol. 355. — St. A. L. Abschiede. 1642—44. — Ungeb. Absch. XII. April 1643. — 30jähr. Krieg 1643. — B. A. Dep. Vicos. Bd. 57. S. 195 f. — Dep. Gavottis. März bis Mai 1644. — Absch. 1643 bis 1644. — Schon 1639 bezeichnete Zwyer Zumbrunnen als eines jener „hochverständigen und redlichen Gemüter unter den Eidgenossen, die ihre heilsamen Consilia zusammentragen sollten“. Z. B. Z. Ms. J. 140.

[2]) Vgl. zum Uttwiler- und Lustorfer Handel Pupikofer II, S. 623, 627 ff. — J. Haffter, Der Uttwyler Handel von 1644 bis 1696. Thurg. Beitr. z. vaterl. Gesch. 21. — Von Archivalien kommen außer den Missiven und Instruktionen namentlich in Betracht die Akten im St. A. Z. A. 263. 2. — St. A. L. Religionshändel. Thurgau u. Rheintal 1628—1652. — Landvogtei Thurgau. Kirchenwesen. — B. A. Dep. der Nuntien Gavotti, Villani, Boccapaduli.

meinde Lustorf. Gegen beide Verfügungen und die ganze Prozedur erhoben Zürich und evangelisch Glarus Einsprache und verlangten auf Grund des Landfriedens und des Vertrages von 1632 die Entscheidung durch das eidgenössische Recht, wogegen die fünf Orte dieselbe hier für unzulässig erklärten, da der Landfriede und die alten Verträge heitere Auskunft darüber erteilten, daß die regierenden Orte in solchen Fällen das Urteil gemäß der Stimmenmehrheit zu sprechen hätten. Es drehte sich also, genau wie beim Matrimonial- und Kollaturstreit, um die Judikatur in Dingen, die mit der Konfession zusammenhingen, und das Vorgehen Zürichs war nur eine Verteidigung des mühsam erkämpften Vertrages von 1632 und eine Fortsetzung jenes Ringens um die Gleichberechtigung beider Bekenntnisse in den gemeinen Herrschaften. Infolgedessen verfochten auf der langdauernden Frauenfelder Tagung beide Parteien ihre Ansichten mit einer solchen Erbitterung, daß anscheinend nur das rasche Eingreifen der uninteressierten Orte, namentlich einer vierfachen Gesandtschaft von Schaffhausen, den Ausbruch von Gewalttätigkeiten verhinderte. Aber bis in das Jahr 1645 hinein war die Lage äußerst gespannt, und selbst die große Scheu vor dem deutschen Kriegswesen verbot nicht jeden Gedanken an fremden Beistand. Noch während der Frauenfelder Konferenz schilderte Zürich dem Generalmajor von Erlach die Streitsache und bat ihn, falls es zur Gewalt komme, auf Zürich ein wachsames Auge zu haben und „deßglychen wovehr von ussen har von dem gegentheil etwaß widriges solte tentiert werden, selbiges helffen divertieren“. Auch Widerholt wurde ersucht, auf die Bairischen aufzupassen und wenn nötig eine Diversion zu veranstalten[1]). Die fünf Orte wandten sich an den Kurfürsten von Baiern um Hilfe, zwar ebenso geheim, aber nicht ganz so direkt und dringlich wie vor vierzehn Jahren, sondern nur durch Vermittlung des Nuntius und des Papstes[2]).

---

[1]) St. A. Z. B. IV. 105. fol. 237, 305 f.

[2]) B. A. Dep. Gavottis. Gavotti an Kardinal Pamphili, 27. Dez. 1644. — Pamphili an Gavotti, 14. Jan. 1645. — Dep. des venet. Residenten Bon. Bd. 59. S. 59, 70 ff.

Merkwürdigerweise drang Uri im Anfang am meisten auf kriegerische Vorbereitungen, vielleicht weil es seinen angezweifelten Eifer für den rechten Glauben dokumentieren wollte. In der Sache stand Uri diesmal durchaus auf seiten der vier Orte; in der Form jedoch zeigte es bald eine Nachgiebigkeit, die den andern lebhafte Klagen über seinen Eigensinn entlockte [1]). Zum Glück für die Wahrung des äußern Friedens waren die Verhältnisse im Reiche draußen so beschaffen, daß kein Teil, am wenigsten der katholische, ihre Gunst als sichern Posten in seine Rechnung stellen konnte. Die fünf Orte schoben in der Hoffnung auf eine bessere Konjunktur die Vollziehung ihrer Frauenfelder Beschlüsse fortwährend hinaus, und damit war die eigentliche Kriegsgefahr beseitigt. Daß die feindlichen Brüder das Schwert viel lieber in der Scheide ließen, bewiesen sie auch bei den gleichzeitigen religiösen Zwistigkeiten in Bünden, wo all ihre eifersüchtige Parteinahme über beständige Mahnungen zur gütlichen Beilegung ohne Gewaltsamkeiten doch nicht hinauskam. Schwerlich hätten sie übrigens bei den Uninteressierten für einen Bürgerkrieg viel Verständnis gefunden zu einer Zeit, als man mit Spannung die Verhandlungen verfolgte, die den dreißigjährigen Kämpfen in Deutschland ein Ende machen sollten. Der Uttwiler- und Lustdorfer-Handel war allerdings noch nicht erledigt, als der Friede von Münster und Osnabrück unterzeichnet wurde. Erst im Jahre 1651, nachdem die Leidenschaften wieder sehr hoch gestiegen waren, brachten die Uninteressierten, vor allem die Entschlossenheit Berns, einen gütlichen Vergleich zustande, der für Zürich nicht gerade die Erfüllung aller Wünsche, wohl aber eine Etappe auf dem langen Weg zur Gleichberechtigung beider Konfessionen bedeutete.

Der durch diesen Streit mächtig geschürte Haß mag dazu beigetragen haben, daß sich die katholischen Orte mit Ausnahme

---

[1]) Über die Versöhnungspolitik Zwyers auf der badischen Tagsatzung im Juli 1647 vgl. den Bericht des Basler Gesandten Bernhard Brand an Wettstein. St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. VI. Nr. 2.

Solothurns bei der Sendung Wettsteins nach Münster so völlig unzugänglich erwiesen[1]). Wenn man sich außerdem an die geheimen „Sincerationen“ erinnert, die ihnen von dem verstorbenen und dem regierenden Reichsoberhaupt durch Vermittlung des Freiherrn von Schwarzenberg erteilt worden waren, wird man es noch besser verstehen, daß sie eine kostspielige Abordnung zur Sicherung der hergebrachten Freiheiten und der Exemtion vom Reichskammergericht gar so „unnötig“ dünkte, um so mehr, als sie unter den speirischen Ansprüchen nicht zu leiden hatten. Das andere Ziel, der Einschluß in den Frieden, war für sie nur eine Formsache, die schon durch das französische Bündnis gewährleistet war; feierlich darum nachzusuchen, lag bei den unfreundlichen Beziehungen zu Frankreich nicht im Wunsche der fünf Orte[2]). Die Vermutung, daß ihre Eidgenossen von der andern Religion in Münster und Osnabrück allerlei „gefährliche Sachen“ zum Vorteil ihres Glaubens anzetteln würden, vermehrte ihre Abneigung gegen die Gesandtschaft[3]). Wenn schließlich

---

[1]) Vgl. A. Fechter, Die im westphälischen Frieden ausgesprochene Execution der Eidgenossenschaft vom Reiche, das Verdienst der evangelischen Städte und Orte. Archiv f. schweiz. Gesch. Bd. 18. S. 84 ff. — A. v. Gonzenbach, Die schweizerische Abordnung an den Friedenskongreß in Münster und Osnabrück. Archiv d. hist. Vereins Bern 1880, S. 458 f. und Rückblicke auf die Lostrennung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom Reichsverband etc., Jahrb. f. Schweiz. Gesch. X. S. 141. — F. Fäh, Johann Rudolf Wettstein. Basler Neujahrsblatt 1895. S. 23.

[2]) Schon im April 1643, als man die Instruktion für die geplante Gesandtschaft nach Paris entwarf, meinte Schwyz, es sei bedenklich, an den Einschluß der Eidgenossenschaft in den Frieden zu erinnern, denn die katholischen Orte hätten keine Schuld am Kriege und die andern hoffentlich auch nicht; überdies werde man ihrer kraft der Erbeinigung und des französischen Bundes ohnehin gedenken. St. A. L. Ungeb. Abschiede XII. Schwyz an Luzern, 27. April 1643. Es war also nicht unbegründet, wenn Basel im August 1645 riet, im Schreiben an die katholischen Orte bloß die Exemtion vom Reichskammergericht und nicht den Einschluß in den Frieden zu erwähnen. Vgl. Fechter l. c. S. 80 f.

[3]) Vgl. Amrein l. c. S. 41 ff. über die anfänglichen Bemühungen Zwyers, die Evangelischen von der Sendung abzubringen.

Wettstein im Frühjahr 1647 zur Verbesserung seiner etwas peinlichen Situation in Münster ein Dankschreiben an die kaiserlichen und französischen Bevollmächtigten erlangte, das Zürich mit einigem Recht im Namen der dreizehn Orte ausstellen konnte, so schuldete er dies nicht einer allgemeinen Sinnesänderung der Katholischen, sondern neben Zwyers Bemühungen wesentlich dem persönlichen Einfluß des Luzerner Schultheißen Dulliker, der seinem guten Einvernehmen mit Bürgermeister Hirzel zuliebe seinen Stand zur Einwilligung in dieses „Favorschreiben" bestimmte[1]).

Das Hauptargument der fünf Orte, daß man sich nicht mit Ehre und Reputation in diese Sache mischen könne, gab ursprünglich auch den beiden wichtigsten evangelischen Ständen die Richtschnur. Die Stellung Zürichs und Berns zur Deputation nach Münster war nämlich in Übereinstimmung mit ihrer ängstlichen auswärtigen Politik im Anfang eine durchaus negative[2]). Wäh-

---

[1]) Gonzenbach, Die Schweiz. Abordnung etc. S. 539 f. u. 599, ist noch unsicher, ob die Sache sich wirklich so verhielt. Das Schreiben Dullikers an Hirzel und das Luzerns an Zürich, beide vom 6. Febr. 1647 n. St., hätten ihn darüber aufklären können. St. A. Z. A. 176. 3. Nr. 219, 220. Aus denselben ergibt sich ferner, daß Luzern das Favorschreiben nur in seinem Namen billigen konnte, weil es gar keine Zeit gehabt hätte, die Zustimmung der anderen katholischen Orte einzuholen.

[2]) Weder Fechter, noch Gonzenbach, noch Fäh, noch Rott VI. S. 132 ff., geben über die anfängliche Haltung und die Motive Zürichs und Berns richtigen Aufschluß. Der unzweifelhaft dank der Überredung der Basler und Schaffhauser zustande gekommene Entwurf der sechsörtischen Konferenz in Baden im Februar 1646 — vgl. Absch. S. 1373 f. — stellt nur ein Projekt der Gesandten und keineswegs einen Antrag der bernischen Regierung dar, geschweige denn die Ansicht der zürcherischen, die überhaupt nicht vertreten war. Die Berner Gesandten waren nur instruiert, zu beraten, ob der französische König um den Einschluß in den Frieden zu ersuchen sei. St. A. B. Instructionsb. S. S. 62. — Der Antrag Berns auf der badischen Konferenz im April — Absch. S. 1377 f. — von der Sendung zu abstrahieren, beruhte also gar nicht auf einer Sinnesänderung, wie Gonzenbach, Die Abordnung etc. S. 460 und Rückblicke S. 140 ff. meint.

rend Zürich im Januar 1646 auf die Andeutung der Basler hin einer gemeineidgenössischen Sendung nicht ganz entgegen war, adoptierte es nachher die Einwände Berns so gründlich, daß auf der vierstädtischen Konferenz in Baden im Februar die Sache aufgegeben wurde. Diese Einwände des Standes Bern, des Hüters der eidgenössischen Reputation, gipfelten darin, daß eine schweizerische Abordnung nicht eingeladen sei, ohnehin etwas spät käme und vielleicht einer „disreputierlichen Zurückweisung mit Vorhalten der Unneutralität" unterworfen sein würde. Ein anderes Hindernis bildeten die allfälligen „bösen Konsequenzen", unter denen man Einladungen auf künftige Reichstage und allerlei beschwerliche Zumutungen begriff; Zürich und Bern hatten nämlich nicht die geringste Lust, die eidgenössischen Privilegien und Freiheiten in Erörterung ziehen zu lassen. Die kategorische Weigerung der fünf Orte, an der Absendung nach Münster teilzunehmen, lieferte speziell Zürichs Widerwillen eine weitere Waffe; denn als Verteidiger der konfessionellen Interessen stieß der evangelische Vorort mit den Altgläubigen ohnedies so häufig zusammen, daß er für anders geartete Konflikte nicht mehr viel übrig hatte. Einer seiner kräftigsten Einwürfe gegen die Deputation galt also der Jalousie und dem Mißtrauen der papistischen Orte, die durch allerlei Einstreuungen den Zweck vereiteln würden[1]). Erst gegen Ende April wird bei Zürich und Bern eine leichte Wendung bemerkbar, die jedenfalls auf die Standhaftigkeit der beiden andern Städte zurückzuführen ist[2]). Die Gründe Basels sind bekannt; für Schaffhausen kamen daneben noch einige besondere Interessen in Betracht: es hoffte, die Abschaffung der ungewohnten Zölle und die Unschädlichmachung des Hohentwiels durch eine Abordnung eher erreichen zu können[3]). Die Opposition

[1]) St. A. Z. A. 176. 3. Nr. 126, 131 ff. — B. IV. 107. fol. 16, 28, 315. — B. VIII. 17. fol. 215, 222. — St. A. B. Instructionsb. S. S. 62, 68. — Teutsch Missivenb. 13. fol. 301 ff.

[2]) St. A. Z. B. VIII. 17. fol. 225. — St. A. B. Instructionsb. S. S. 70.

[3]) St. A. Z. A. 176. 3. Nr. 129, 130. — St. A. Sch. Instr. v. 24. April 1646. Hier empfiehlt Schaffhausen übrigens nicht Bürgermeister Ziegler

Zürichs und Berns war auf dem Punkte, abzuflauen, als man die Gewißheit von der plötzlichen Gegnerschaft Frankreichs erhielt. Man weiß jetzt, wie dieselbe entstand: die französischen Bevollmächtigten in Münster meldeten Caumartin, es gehe das Gerücht, die schweizerischen Deputierten hätten Befehl, sich der Abtretung des Elsaßes und seiner Dependenzen an Frankreich zu widersetzen[1]). Dies genügte, um den Ambassador zu einigen Intriguen wider die geplante Deputation anzureizen, bis er sich schließlich weisungsgemäß ganz offen als Gegner derselben bekannte. Es wäre ein Wunder gewesen, wenn die evangelischen Städte es gewagt hätten, dem Einspruch des großen Bundesgenossen zu trotzen. Da sie in diesem Falle statt einer guten Verrichtung in Münster nur „Despekt" zu gewärtigen hatten, war der Verzicht Zürichs, Berns und Schaffhausens nach der Unterredung mit Caumartin in Solothurn beinahe selbstverständlich. Bekanntlich beruhte die Sache dann einige Zeit darauf, daß man die Vertretung der eidgenössischen Forderungen Caumartin und den französischen Bevollmächtigten in Münster anvertrauen wollte, bis die neuen Drangsalierungen Basels durch das Reichskammergericht, die unerschütterliche Beharrlichkeit Wettsteins, die Eifersucht zwischen Frankreich und Österreich und die Erkenntnis der französischen Unterhändler, daß die evangelischen Orte durchaus nichts zum Schaden Frankreichs planten, die Widerstände gegen die Deputation besiegten.

In der Instruktion Wettsteins kommt noch einmal das Hauptbedenken Zürichs und Berns deutlich zum Vorschein: dem Gesandten wurde ausdrücklich untersagt, die eidgenössischen Freiheiten von der allgemeinen Versammlung in Beratung ziehen zu

---

zum Abgeordneten nach Münster, sondern Johann Jakob Stokar, der 1653 bekanntlich nach England gesandt wurde.

[1]) B. A. Dep. Caumartins. Layette LXIV, LXV, LXXV, LXXVI. — Rott VI. S. 135. Es war nur ein Gerücht und keine „certitude", wie Rott sagt, und noch dazu ein falsches; denn die evangelischen Städte waren weit entfernt von einer solchen Kühnheit und bloß für die Anerkennung ihrer Hypotheken und übrigen Gerechtsame im Elsaß durch die neue Herrschaft besorgt.

lassen, sie überhaupt zur Disputation zu bringen und in Kompromiß zu setzen. Auch als es sich um die Form des Einschlusses in den Frieden handelte, sah Bern darauf, daß die einzelnen Punkte „ohne allzuviel Specification in den besten General-Terminis“ gefaßt würden, damit dem Gegenteil nicht „zu bedenklichen Gegenpetitionen, zuvor geübten alten Dingen und zur Anzweiflung wohlhergebrachter Privilegien Anlaß gegeben werde“ [1]). Daß sie bei dieser Gelegenheit trotz des uneidgenössischen Versagens der katholischen Orte auf das Ansehen des ganzen eidgenössischen Leibes Wert legten, war für die vier Städte ein Gebot der Klugheit und der Ehre, wie denn die Evangelischen schon im November 1646 das Anerbieten der schwedischen Königin, ihren Einschluß in den Frieden befördern zu wollen, mit einer Empfehlung der gesamten Eidgenossenschaft beantwortet hatten [2]).

„Ich versichere meinen Herren nochmahlen, wan man einmüetig zuesamen stehen und entweder allhero schicken oder sonst recht zuer sach thuen wollen, es hette nit allein der Unruhe an grentzen des Vatterlandes nichts bedörffen, sondern es hetten mögen große sachen zue unsterblichem Ruhm der Eydgnossenschafft verrichtet werden“, so schrieb Wettstein am 4. Februar 1647 von Osnabrück aus an Oberst Zwyer [3]). Für ein kraftvolles Auftreten den fremden Mächten gegenüber und das hohe Amt einer Friedensvermittlung nach dreißig jammervollen Kriegsjahren fehlten der Eidgenossenschaft des 17. Jahrhunderts allerdings die bedeutsamsten Vorbedingungen. Dennoch gaben ihr gerade jene Unruhen an den Grenzen die Möglichkeit, wenigstens nach außen hin am Ende des großen Krieges das Schauspiel einer gewissen Einigkeit darzubieten.

---

[1]) St. A. Sch. Korrespond. 1647. Nr. 21. Bern an Schaffh. 20. März. — St. A. B. Instructionsb. S. S. 110.

[2]) St. A. Z. A. 220. Nr. 124 ff.

[3]) St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. V. Nr. 115. Vgl. auch das Schreiben Wettsteins an die zürcherischen Gesandten in Baden v. 15. Jan. 1647. St. A. Z. A. 176. 3.

e) Der Bregenzer Sturm und seine Nachwirkungen.

Am 18. Dezember 1646 erhielt Zürich Bericht von der Ankunft einer großen schwedisch-französischen Armee am Bodensee, und sieben Tage darauf nahm der schwedische Feldmarschall Wrangel die österreichische Stadt und Festung Bregenz im Sturme. In den anstoßenden eidgenössischen Landen, im Rheintal, in Appenzell und dem Gebiete des Abtes und der Stadt St. Gallen entstand ein gewaltiger Lärm. In Eile wurde Mannschaft an die Grenzen gelegt, und in Rheineck trat ein Kriegsrat zusammen, der den Vorort aufforderte, für eine gemeineidgenössische Gesandtschaft nach Bregenz und eine Abordnung der regierenden Orte ins Rheintal besorgt zu sein, wogegen dem thurgauischen Landvogt, Pfyffer von Luzern, ein rascher Zuzug lieber gewesen wäre. Zürich schickte schon am 27. Dezember den ehemaligen Landvogt von Mendrisio und Hauptmann in Wil, Hans Rudolf Schweizer, nach Rheineck, wo er im Verein mit dem Abgeordneten der katholischen Orte, Hauptmann Bircher, dem rheintalischen Landvogt und den Appenzeller und St. Galler Kriegsräten die notwendigsten Anordnungen für die Verteidigung der Grenzen traf[1]).

Das unerwartete Experiment Wrangels und die Nachbarschaft der französisch-schwedischen Armee setzten die Zürcher in einige

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 8. Bregenzer Sturm. Nr. 1 ff. — B. IV. 107. fol. 463 ff.; 108. fol. 1 ff. — In A. 178. 8 liegt als Nr. 1 a eine „Deduktion oder Beschreibung“ der Vorgänge im Rheintal und der Verrichtungen der Kriegsräte und Kommandanten in Rheineck, verfaßt und mit zahlreichen Aktenstücken durchflochten von Hans Heinrich Schweizer, vermutlich einem Sohne des Landvogtes Hans Rudolf Schweizer. (Vgl. Leu, Helvet. Lexicon XVI. S. 631, wo ein „Hans Heinrich“, und P. Schweizer, Geschichte der Familie Schwyzer oder Schweizer, Zürich 1916, S. 76, wo ein „Heinrich“ als Sohn Hans Rudolfs genannt wird.) Da die Berichte Hans Rudolf Schweizers an Zürich dieselben Schriftzüge aufweisen, wie die Deduktion, so ist anzunehmen, daß Hans Heinrich Schweizer bei seinem Vater während dessen Tätigkeit im Rheintal Sekretärdienste verrichtete.

Verlegenheit. Es war nicht mehr dasselbe, wie zur Zeit Horns, als ihnen die Schweden am Bodensee lieber als die Sonne waren; denn jetzt operierten diese gemeinschaftlich mit den Franzosen, und ihre Unternehmungen erweckten diesmal viel weniger das Gefühl freudiger Erwartung, als das einer unliebsamen Störung. Allein die alten Neigungen waren stark genug, um keinen Gedanken an einen tätlichen Widerstand aufkommen zu lassen, solange kein wirklicher Angriff oder eine schwere Grenzverletzung erfolgte. Das natürliche Verhältnis des eidgenössischen Vorortes zu den neuesten Ereignissen mußte also stillschweigende Duldung ohne Begünstigung sein. Am 28. Dezember erschienen Gesandte der sieben katholischen Orte in Zürich, die eine Luzerner Konferenz mit der Bemerkung angemeldet hatte, man werde nun eine tapfere und erkleckliche Resolution fassen und den „üßersten ernst" sehen lassen müssen. Die Verabredungen beschränkten sich aber auf die Verwahrung der Pässe, energische Schreiben an die fremden Führer, sowie auf den Zusammentritt eines Standes- und Kriegsrates der dreizehn Orte und Zugewandten am 6. Januar in Wil und eine darauffolgende Tagsatzung in Baden. Das gleichzeitige Gesuch des kaiserlichen Agenten Pappus, man möchte die Feinde mit Gewalt von den Grenzen treiben, und die Anfrage konstanzischer Deputierter, wie man sich bei einem Angriff auf ihre Stadt verhalten wolle, fertigte Zürich mit dem Bescheid ab, daß diese Dinge auf eine allgemeine Versammlung gehörten[1]).

So verschieden an und für sich die Lage von der des Jahres 1633 war, so war doch eine völlig einheitliche Handlungsweise von den Regenten des Thurgaus und Rheintals nicht zu erwarten. Als Landammann Suter von Appenzell-Innerrhoden gleich nach dem Falle von Bregenz nach Schwyz reiste und die große Gefahr schilderte, wußte man dort nichts Besseres zu tun, als die Glaubensgenossen schleunigst aufzumahnen. Anfangs Januar zogen die innern Orte zum zweitenmal während des dreißigjährigen

---

[1]) St. A. Z. Ratsman. Nr. 456. S. 2 ff.; 457. S. 1 ff. — A. 178. 8. Nr. 59, 92, 93, 95. — Absch. S. 1404 ff.

Krieges mit ihren Fähnlein gegen den Bodensee, und jetzt gesellten sich auch die von Luzern und Glarus dazu. Die Urner kamen nur bis nach Rapperswil; die Luzerner und Zuger lagerten sich im Thurgau, die Glarner, Unterwaldner und Schwyzer im Rheintal von Sargans bis nach Altstätten: aber das zürcherische Fähnlein sahen sie nirgends flattern. Dennoch herrschte ein besserer Geist als vor dreizehn Jahren. Die katholischen Truppen marschierten absichtlich durch Zürcher Gebiet, um „die Jalousie" zu vermeiden, und die Herren von Zürich ließen sich eine freundliche Aufnahme und gute Verpflegung nicht reuen[1]).

Am 7. Januar trat der eidgenössische Kriegsrat unter dem Vorsitz Bürgermeister Hirzels in Wil zusammen, ohne daß über die Notwendigkeit dieser Tagung an ungewohntem Ort eine völlige Harmonie der Meinungen waltete. Den Bernern paßte es gar nicht, daß die katholischen Orte und Zürich diese Konferenz über ihre Köpfe hinweg beschlossen hatten; sie waren willens, in Zukunft solche „von Luzern aus geschmiedete Verordnungen alsbald auf einen Stutz nicht mehr anzunehmen" und verwahrten sich von vornherein gegen jede Bürde für die Verteidigung von Grenzen, die nicht ihre eigenen waren. Auch die zürcherische Opferbereitschaft erstreckte sich nicht auf außerordentliche Leistungen, und die Anspielungen der katholischen Gesandten, daß der Auszug des Vorortes um der rühmlichen Einhelligkeit willen sehr angebracht wäre, fanden taube Ohren[2]).

Nichtsdestoweniger kam in Wil zum erstenmal eine ausführliche eidgenössische Wehrordnung zur Aufrechterhaltung der Neutralität zustande, die ihren Ursprung aus der augenblicklichen

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 84, 87, 112, 128. 148 f. — B. IV. 107. fol. 477 f.; 108. S. 37, 40, 46, 57. — St. A. L. 30jähr. Krieg. 1647. Januar. — Absch. S. 1408 f. — Archiv f. schweiz. Reformationsgesch. 3. S. 294 f.

[2]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 96, 100, 105. — B. IV. 108. S. 22. — B. VIII. 16. Instr. v. 3. Jan. 1647. — St. A. B. Instructionsb. S. S. 97. — Zeitungsschreiben II. S. 925. Willading an Bern, Baden 5. Jan. 1647. — St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. V. Nr. 66. Brand an Rippel. 11. Jan. 1647. — Absch. S. 1409 ff.

Situation heraus freilich nicht verleugnete. Zuerst wurde ein Projekt für den Grenzschutz in den gemeinen Herrschaften Thurgau, Rheintal und Baden ausgearbeitet, das jedem regierenden Ort die Stellung eines kleinen Mannschaftskontingentes vorschrieb. Selbst gegen diese bescheidene Zumutung erhob der bernische Gesandte Willading zuerst Protest, während Bürgermeister Hirzel ihren größten Vorzug darin erblickte, daß sie den ausgezogenen Orten die Heimsendung ihrer überschüssigen Mannschaft „mit etwas Reputation" ermöglichte. Wichtiger war der Entwurf über den eidgenössischen Auszug zur Abwehr eines fremden Angriffs, der genau die Zahl von Mannschaft und Geschütz der einzelnen Orte, die Sammelplätze, Proviantmagazine und anderes bestimmte[1]). Ein Hauptverdienst beim Gelingen des Defensionale von Wil gebührte der einigenden Tätigkeit des Urner Abgeordneten Zwyer, wie denn der Stand Uri während dieser Grenzunruhen wieder eine Sonderstellung einnahm, die so deutlich auf einen Ausgleich zwischen den konfessionellen Parteien gerichtet war, daß sie das höchste Mißfallen der Glaubenseifrigen erregte. Auch der Luzerner Vertreter, Schultheiß Dulliker, gehörte zu den versöhnlichen Geistern und empfahl seiner widerstrebenden Regierung dringend die Abberufung ihres Volkes, nachdem die neue Grenzschutzordnung den größten Teil desselben überflüssig gemacht hatte. Schon am 14. Januar beschloß nämlich der Kriegsrat in Wil, die Truppen allgemach heimzuschicken, und wirklich zogen die Hauptkontingente der Appen-

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 130. — St. A. B. Zeitungsschreiben II. S. 931. — Absch. S. 1412, 2255 ff. — Die Auffassung von P. Schweizer, Geschichte der schweiz. Neutralität S. 271, und Geschichte der Familie Schweizer S. 75, sowie von Dierauer, Gesch. der Schweiz. Eidgsch. III. S. 538, als ob die neue Wehrordnung gleich nach ihrer Aufstellung zur Anwendung gekommen wäre, resp. schon vor den Unruhen infolge des Bregenzer Sturmes erlassen worden sei, ist dahin zu berichtigen, daß nur die Grenzschutzordnung sogleich ausgeführt wurde, während die Verwirklichung des Projektes über den eidgenössischen Auszug unterblieb. Der Auszug der Appenzeller, St. Galler, Glarner und der fünf Orte hat mit demselben gar nichts

zeller, St. Galler, Urner, Unterwaldner und Glarner in den nächsten Tagen ab, wogegen die Luzerner und „die unguten Schwyzer“ auf Befehl ihrer Regierungen fast bis zum Ende des Monats ausharrten. Die Freiburger, die ihrer Verteidigungspflicht ebenfalls mit sechshundert Mann hatten genügen wollen, waren nicht weiter als bis nach Bern gekommen, wo man ihnen das Unnötige ihrer Anstrengung so gründlich bewies, daß sie gleich wieder umkehrten[1]).

Der verhältnismäßig glatten Abwicklung der Geschäfte des Wiler Kriegsrates kam es ungemein zustatten, daß sie von außen her nicht erschwert wurden. Schon am 26. Dezember hatte Feldmarschall Wrangel den dreizehn Orten mitgeteilt, daß er ihr Gebiet respektieren wolle. Ehe sein Schreiben eintraf, war aber an ihn, gleich wie an den französischen Marschall Turenne, eine Aufforderung ergangen, sein Volk von den Grenzen abzuführen, und am 3. Januar ersuchte ihn eine Abordnung der Kriegsräte in Rheineck um die Beobachtung der eidgenössischen Neutralität. Der schwedische Feldherr machte aus seinem Unmut über das mißtrauische Ansinnen der Schweizer kein Hehl, ließ sich aber

---

zu tun, da er geschah, bevor das Defensionale von Wil, das rein eine Frucht des Bregenzer Sturmes war, auf dem Papier stand.

[1]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 135, 149, 155, 175. — St. A. B. Allg. Eydg. Bücher G. S. 683, 693, 705, 715. — Zeitungsschreiben II. S. 937. — St. A. L. 30jähr. Krieg 1647. Januar. — St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. V. Nr. 93. — Absch. S. 1414 ff. Über das Zerwürfnis zwischen Uri und den vier Orten gibt namentlich ein Schreiben Aufschluß, das die viertörtischen Gesandten auf der Luzerner Konferenz an Uri erließen, d. d. 1. Febr. n. St.; hier wird gegen den unverzeihlichen Ausspruch Landammann Strickers, „man müsse derzeit die Religion nit ansehen“, Beschwerde geführt. St. A. L. Abschiede 1647. fol. 97. — Am 6./16. Febr. schrieb Zwyer an Wettstein, Schultheiß Fleckenstein und etliche in Schwyz wollten verschmachten, weil man die Schweden von Bregenz nicht weggeschlagen oder angegriffen habe. St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. V. Nr. 122. Im April gab es eine nachträgliche Kontroverse zwischen Uri und den andern wegen der unbefugten Mahnung von Schwyz zum Aufbruch. St. A. L. 30jähr. Krieg. 1647. 9. April.

nochmals zu den besten Versicherungen herbei, die auch die Freiheit des Handels betrafen[1]).

Dessenungeachtet beschloß die Konferenz von Wil als erstes eine feierliche Gesandtschaft in das Lager von Bregenz, die Wrangel um eine Erläuterung seiner freundschaftlichen Erklärungen, besonders in bezug auf die Zugewandten, bitten und ihm verdeutlichen sollte, die wahre Versicherung der Eidgenossenschaft bestehe weniger in der Abführung der Armee, als darin, daß den hart angrenzenden Orten die Einquartierung erspart und der Boden nicht verletzt werde. Als die Gesandten schon auf dem Wege waren, wurde ihnen noch der Befehl nachgeschickt, Wrangel die Unmöglichkeit der Unterlassung aller Zufuhr nach Lindau vorzustellen und auch der immer größer werdenden Gefahr von Konstanz zu gedenken. Der Feldmarschall empfing die eidgenössischen Deputierten am 11. Januar sehr zuvorkommend und versprach ihnen, eine schriftliche Resolution nach Wil zu senden. Darin gelobte er nochmals, vertrauliche Freundschaft und gute Nachbarschaft pflegen und dem freien Handel und der Salzzufuhr keine Hindernisse in den Weg legen zu wollen, verlangte aber Gegenrecht und außerdem die Erlaubnis für die Besatzung schwedischer Schiffe, die während der Blockade Lindaus durch Ungewitter an das schweizerische Ufer getrieben würden, dort aussteigen und zu ihren Truppenteilen marschieren zu dürfen. Über diese Forderung entspann sich eine Diskussion, die erst auf der badischen Tagsatzung im Februar auf Betreiben der Evangelischen in Wrangels Sinn beendigt wurde[2]).

Bei der Unterredung mit den eidgenössischen Deputierten hatte Wrangel einige Andeutungen fallen lassen, als ob es die Franzosen auf Konstanz abgesehen hätten. Die Sorge um diesen Platz war das Hauptmotiv der fünf Orte für ihren Auszug ge-

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 1 a (S. 33 ff.), 17, 44, 70, 72, 91, 106. — B. IV. 107. fol. 476; 108. S. 18. — B. VIII. 129. fol. 141 f.

[2]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 61, 100, 105, 107 ff., 116, 132, 159, 230. — B. IV. 108. fol. 120. — B. VIII. 129. fol. 185. — Absch. S. 1411 ff., 1417.

wesen, und zum Wichtigsten, was in Wil verhandelt wurde, gehörte die Frage, wie man sich bei einer neuen Belagerung verhalten wolle. Zürich und die andern evangelischen Orte hatten ihren Standpunkt, daß sie Konstanz an und für sich keine Unterstützung schuldig seien, nicht geändert; aber der von den Katholischen geforderten Erklärung, keine Verletzung des eidgenössischen Bodens dulden zu wollen, wichen sie diesmal nicht aus. Zum erstenmal während des dreißigjährigen Krieges gaben sie die unumwundene Zusage, eine Belagerung der Stadt von thurgauischem Boden aus im Notfall mit Gewalt abzuwehren, in der stillschweigenden Voraussetzung freilich, daß sie der mißlichen Aufgabe enthoben sein würden[1]). Als nun die Bemerkungen Wrangels keine tröstlichen Ausblicke für die Verschonung von Konstanz eröffneten, kamen die Kriegsräte in Wil überein, sich bei Turenne selber über seine Absichten zu erkundigen und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß man eine Belagerung der Stadt von der eidgenössischen Seite aus unter keinen Umständen gestatten könnte. Über der Reise der Eidgenossen in das französische Lager leuchtete aber kein günstiger Stern. Turennes Aufenthaltsort mußte erst erforscht werden, und als die Abgeordneten am 17. Januar in Überlingen auf die Gewährung einer Audienz warteten, wurden sie unfreiwillige Zuschauer bei dem erfolglosen nächtlichen Sturm, den die Franzosen und Hohentwieler auf das Bodenseestädtchen unternahmen. „Dies ist der Respekt, wie man mit uns hat wollen handlen und püntsgnossisch tractieren", berichtete Schultheiß Dulliker entrüstet nach Luzern, „also wäre schier unser Ambassada der Lhon worden". Turenne, der just seiner Überfallspläne wegen erbost war, daß die Gesandten seine Anwesenheit in der Nähe Überlingens erfahren hatten, behielt ihren Boten bei sich und ließ sie ohne Antwort, so daß sie unverrichteter Dinge nach Wil zurückkehrten. Der eidgenössische Kriegsrat unterbreitete dann dem französischen Marschall seine

---

[1]) St. A. Z. B. VIII. 16. Instr. v. 3. Jan. 1647. — A. 178. 8. Nr. 132. — Absch. S. 1410 f.

Wünsche für die gänzliche Verschonung des eidgenössischen Gebietes und die Unterlassung eines Angriffes auf Konstanz nochmals schriftlich[1]).

Besser als Turenne hatte Caumartin von Anfang an den Ruf der französischen Höflichkeit gewahrt und auf die verschiedenen Beschwerden und Begehren mit der Beteuerung geantwortet, daß seine Regierung keine Grenzverletzung beabsichtige. Wirklich riet er eine solche in richtiger Einschätzung der Situation aufrichtig ab und sorgte dafür, daß eine beruhigende königliche Erklärung erfolgte, die allerdings auch einen Tadel über den unnötigen Lärm enthielt. Mitte Januar begab er sich persönlich nach Rickenbach bei Wil, um die größte Hitze zu mäßigen und österreichischen Einflüssen entgegenzuwirken[2]). Aber das Vertrauen der katholischen Orte vermochte er sich nicht zu erwerben, um so weniger, als die konstanzische Frage keineswegs geklärt war. Um ihretwillen vor allem wünschten die Katholischen weitere Verhandlungen, und so traten die dreizehn Orte, nachdem sich die Wiler Kriegsräte am 22. Januar in guter Stimmung getrennt hatten, am 10. Februar in Baden zu einer Tagsatzung zusammen.

Bei der strikten Weigerung der Evangelischen, Konstanz auf Grund der Erbeinigung Hilfe zu gewähren, stand auch für die Katholischen das Neutralisationsprojekt immer noch im Vordergrund. Aber gerade der Bregenzer Sturm lieferte neue Beispiele dafür, daß man sich auf österreichischer Seite nur im Augenblick höchster Not mit diesen Gedanken befreunden konnte. Kurz nach der Einnahme von Bregenz hatten österreichische Amtsleute — freilich ohne Befehl der Innsbrucker Regierung — den eidgenössischen Deputierten im Rheintal die Protektion

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 126, 130, 132, 153. — B. VIII. 16. Instr. v. 3. Jan. 1647. — B. VIII. 129. fol. 203. — St. A. L. 30jähr. Krieg 1647. Dulliker an Luzern, 19./29. Jan.

[2]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 101, 141, 177, 201. — B. IV. 108. S. 10, 35. — B. VIII. 129. fol. 207 ff. — St. A. Ba. Thes. dipl. Wetsten. V. Nr. 54. — B. A. Dep. Caumartins. Layette XXXI, XXXII, LXVII. — Absch. S. 1411 f. — Rott VI. S. 75 f.

Feldkirchs und der Festung Neuburg bis zum Frieden angetragen; allein schon am nächsten Tage sprachen die Vertreter der arlbergischen Herrschaften nur noch von tätlicher Hilfe oder Interposition beim Feinde. Einige Herren von Appenzell-Innerrhoden zeigten nicht übel Lust, sich Neuburgs zu bemächtigen; aber die maßgebenden Kreise verhielten sich diesen Angeboten und Begehren gegenüber so zurückhaltend, daß sie den Feldkirchern nicht einmal zur Ausführung ihres Akkordes mit Wrangel behilflich sein wollten. Auch auf die Protektion von Zell, das in der Furcht vor einem schwedischen Angriff nach dem Übergang der Mainau plötzlich eidgenössisch werden wollte, waren die Orte nicht erpicht[1]). Konstanz jedoch war ein zu wichtiger Platz, als daß nicht jeder Versuch, ihn sicherzustellen, die Mühe wert gewesen wäre. Daß man über Österreich hinweg mit der Stadt selber nicht erfolgreich verhandeln konnte, hatten die eidgenössischen Abgeordneten erfahren, die auf ihrer Reise zu Turenne in Konstanz gewesen und dort vom Geheimen Rat ausdrücklich an die Innsbrucker Regierung gewiesen worden waren. Der Wiler Kriegsrat offenbarte also am 20. Januar dem Erzherzog Ferdinand Karl den festen Willen der Eidgenossenschaft, keinen Angriff auf die Stadt vom thurgauischen Boden aus zu dulden, und gab ihm zugleich einen deutlichen Wink, daß es nun an der Zeit wäre, auf andere Mittel zu ihrer Erhaltung bedacht zu sein und sich förderlichst darüber zu besprechen. In Wahrheit aber war keines der frühern Hindernisse aus dem Wege geräumt, weder der Unterschied der Meinungen über die Gestaltung der Verhältnisse bei einer Übergabe des Platzes in eidgenössische Hand, noch der österreichische Widerwille gegen das Depositum und die Neutralisation überhaupt, und obendrein galt es sich jetzt mit einer dritten Macht zu verständigen, von der die augenblickliche Bedrohung herrührte. Turenne ließ über seine Intentionen noch immer nichts

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 1 a. (S. 12. ff.), 50, 57, 66, 209. — B. VIII. 16. Instr. v. 10. Febr. 1647. — St. A. B. Instructionsb. S. S. 100. — St. A. L. Abschiede 1647. fol. 100. — Absch. S. 1410 f.

verlauten, und nicht nur Konstanz, auch die Reichenau mußte jeden Tag auf einen französisch-schwedischen Angriff gefaßt sein. Die badische Tagsatzung beschäftigte sich also neben dem Ausbau des Defensionale von Wil angelegentlich mit der Verhütung dieser unliebsamen Ereignisse, verfiel aber auf kein anderes Mittel, als die üblichen schriftlichen und mündlichen Vorstellungen. Daß Österreich die alte Verschleppungsmethode auch jetzt anwenden würde, bekamen die Orte bald zu spüren. Pappus, der wegen Konstanz in Innsbruck verhandelt hatte, brachte nach Baden nichts anderes zurück, als das Gesuch um eidgenössische Vorschläge, und die Tagsatzung ging am 20. Februar auseinander, ohne in dieser Sache vorwärts gekommen zu sein[1]).

Von den drückendsten Sorgen wurden die Katholischen Ende Februar durch den Aufbruch Wrangels von Bregenz und die Aufhebung der Belagerung Lindaus für kurze Zeit befreit. Aber das Kriegsgetümmel entfernte sich damit nicht vollständig vom Bodensee. Zwei Tage war die Reichenau im Besitz der Hohentwieler gewesen, und irgendwelche Garantien für die Beruhigung der Nachbarschaft hatte man nicht. Wrangel antwortete zwar am 7. März auf die Vorstellungen der badischen Tagsatzung, er werde weder Konstanz noch die Reichenau angreifen, falls die feindlichen Besatzungen daselbst entfernt würden, worauf er nun warten wolle. Turenne hingegen erklärte klipp und klar, solange die Reichenau vom Feinde besetzt sei, dürfe man sie angreifen, ohne daß die Herren eine Bündnisverletzung darin erblicken könnten, und über das wichtigere Konstanz ließ er sich überhaupt nicht aus[2]).

Nachdem wenigstens von schwedischer Seite die Neutralisation angenommen war, setzte die Eidgenossenschaft ihre Bemühungen fort, mit besonderem Eifer freilich nur die katholischen Orte, vor allen Luzern, das auf offenen und geheimen Wegen

---

[1]) St. A. Z. B. VIII. 129. fol. 123. — B. A. Dep. Bons. Bd. 60. S. 284 f. — Dep. des Nuntius Sacrati v. 5. Febr. 1647. — Absch. S. 1412, 1417 ff.

[2]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 218 f., 224, 227 f., 230, 232.

dem ersehnten Ziel zustrebte. Eine vertrauliche Konferenz zwischen österreichischen Deputierten und Schultheiß Dulliker bei Anlaß einer Abordnung nach Chur unterblieb nur, weil die Reise Dullikers nach Bünden verschoben werden mußte. Im April fand endlich eine besondere Zusammenkunft zwischen Pappus und Gesandten von Zürich, Luzern, Uri, Glarus und Schaffhausen in Rapperswil statt; aber wieder hatte der österreichische Vertreter rein nichts vorzubringen und bloß die eidgenössischen Propositionen entgegenzunehmen. Diese stimmten nur im Punkte der Neutralisation selber überein; über die Art des Depositums herrschte keine Klarheit, und im Hintergrund lauerten noch immer die konfessionellen Tendenzen. Als das Fehlen jedes positiven Auftrags für Pappus den üblen Willen Österreichs offenbarte, waren die Zürcher rasch bereit, die Sache dem lieben Gott zu befehlen, während die Luzerner unnötigerweise Reue darüber empfanden, zu unzart auf den Ersatz der Kosten gedrängt zu haben[1]). Es trat ein gewisser Stillstand ein, obschon die Verhältnisse auf dem Bodensee nicht angenehmer wurden, nachdem gemäß dem Ulmer Waffenstillstand vom 4. März eine schwedische Garnison in Überlingen eingezogen war. Die Erinnerungen Wrangels und Oberst Volkmars, des Kommandanten von Überlingen, gaben dann den Anstoß zu neuen eidgenössischen Schreiben an den Erzherzog und Pappus; aber Ferdinand Karl fand die schwedischen Bedingungen für die Neutralisation der Bodenseegegend „ganz unpraktizierlich“ und verschanzte sich außerdem hinter seine Unkenntnis der französischen Pläne, da man ja über dieses Wesen ohne Wissen Caumartins verhandle. Diese Ausrede mußte die Katholischen besonders verstimmen, weil sie mit Absicht den verhaßten Ambassador aus dem Spiel gelassen hatten[2]). Die Bereitschaft einiger Orte, nament-

---

[1]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 248, 251. — B. IV. 108. fol. 149, 220, 232. — B. VIII. 16. Instr. v. 8. April u. 16. Juni 1647. — St. A. Sch. Instr. v. 9. April 1647. — St. A. L. Abschiede 1647. fol. 161, 341. — B. A. Dep. des Internuntius Villani v. 11. Juni 1647. — Absch. S. 1422, 1424 ff.

[2]) St. A. Z. A. 178. 8. Nr. 269. — A. 205. 3. Akten vom Juli und August

lich Luzerns und Uris, zu einer Gesandtschaft nach Innsbruck verkehrte sich in das Gegenteil, und nun wollten sie ihr Heil beim Kaiser versuchen. Ohne jegliche Zuversicht und nur um klares Zeugnis davon abzulegen, daß man sich in Treuen für das Wohl der Nachbarschaft bemühe, gaben Zürich und mit ihm die andern Evangelischen ihre Einwilligung, und so wurde im Januar 1648 ein eidgenössisches Schreiben an den Kaiser und ein weiteres an den widerspenstigen Erzherzog erlassen[1]). Es dauerte ein halbes Jahr, bis Ferdinand III. die gute Neigung seines Vetters in Innsbruck zur Fortsetzung der Verhandlungen kund tat und bei dieser Gelegenheit zum letztenmal das kriegerische Zusammenwirken der Eidgenossenschaft mit Österreich als ihre beste Versicherung bezeichnete. Inzwischen hatten die Konstanzer wieder einmal vor einem Angriff Erlachs gezittert und um die Verwahrung der Pässe gebeten. Aber die Lust „grad auff jeden sie entpfindtlich anwehenden lufft sich in Harnisch zu stecken" war bei den Orten nicht mehr groß. Die Luzerner beeilten sich zwar, die frühern Erklärungen über die Unverletzlichkeit des eidgenössischen Bodens zu wiederholen; die Zürcher jedoch hüllten sich demonstrativ in Stillschweigen darüber, um die österreichische Ungefälligkeit mit gleicher Münze zu bezahlen. Im August endlich war Erzherzog Ferdinand Karl für neue Verhandlungen zu haben; allein die vorgeschlagene Konferenz gewann keine Gestalt, bis sie der westfälische Friede ohnehin überflüssig machte[2]).

Vielleicht hätten sich die Evangelischen für die Beruhigung der Bodenseegegend weniger interessiert, wenn sie nicht die Störung des Handels sehr empfindlich getroffen hätte. Aber auch hier waren die Verhältnisse mächtiger, als der gute Wille der Eid-

---

1647. — B. IV. 108. fol. 156. — St. A. L. Abschiede 1647. fol. 167. — B. A. Dep. Sacratis v. 7. Mai 1647. — Absch. S. 1427, 1441.

[1]) St. A. Z. A. 205. 3. Akten v. Sept. u. Nov. 1647 u. Jan. 1648. — B. IV. 108. fol. 385, 428. — St. A. L. 30jähr. Krieg. 1647. Aug. bis Okt.; 1648. Januar. — Absch. S. 1446, 1448 f., 1452.

[2]) St. A. Z. A. 205. 3. Akten v. Febr. bis Sept. 1648. — B. IV. 109. fol. 131, 147, 336. — St. A. L. 30jähr. Krieg. 1648. April bis Mai.

genossenschaft. Trotz des Übereinkommens mit Wrangel, das die Freiheit des Verkehrs stipuliert hatte, konnte sich Oberst Volkmar in Überlingen weder mit den Eidgenossen noch den Kommandanten in Konstanz und Lindau über ein Seerecht einigen, das erträgliche Zustände geschaffen hätte. In Anbetracht des Umstandes, daß die schwedischen und österreichischen Besatzungen am Bodensee einander fortwährend in Atem halten zu müssen glaubten, war die Erfolglosigkeit aller Beschwerden und Zusammenkünfte nicht eben verwunderlich. Doch spielte die konfessionelle Zwietracht selbst in diese handelspolitischen Dinge hinein und gestaltete sie schwieriger; denn die Katholischen verstanden sich nicht gern zu Konferenzen der sechs Orte Zürich, Luzern, Uri, Zug, Glarus und Schaffhausen, denen das Wesen auf dem Bodensee übergeben worden war, weil sie fürchteten, die Evangelischen wollten hier die thurgauischen Streitigkeiten zur Sprache bringen, um die katholische Stimmenmehrheit auszuschalten. So blieben Schiffahrt und Handel gefährdet, und bis in das Jahr 1649 hinein bekamen die angrenzenden Gebiete diese üblen Nachwirkungen des Bregenzer Sturmes zu spüren[1]).

* * *

Als die ersehnte Friedensbotschaft das Schweizerland erreichte, waren die Gegensätze im Innern nicht ausgeglichen. Aber nach außen hin hatte das konsequente Festhalten an der Neutralität dem losen Gefüge des eidgenössischen Staatswesens einen festen Rahmen verliehen und die feierliche Anerkennung der längst bestehenden Trennung vom Reich möglich gemacht. Am meisten jedoch beneideten die Zeitgenossen die Schweizer um die Gunst des Schicksals, die dem verderblichen Krieg an ihren Gren-

---

1) St. A. Z. A. 206. 6. — B. IV. 109. fol. 146 f., 286 ff. — St. A. Sch. Missiven und Korrespondenzen 1647 u. 1648. — St. A. L. 30jähr. Krieg. 1647, 1648. — B. A. Dep. Bons. Bd. 61. S. 464. — Dep. Sarottis. Bd. 62. — Dep. des Nuntius Boccapaduli. Aug. bis Okt. 1648. — Absch. S. 1440, 1452, 1455, 1458, 1461, 1465, 1469 ff.

zen Halt geboten hatte. Wenn die Politik das Schicksal ist, so müßte man der Staatskunst der damaligen Eidgenossen hohes Lob zollen. Man wird dies gewiß nicht rückhaltlos tun können und neben dem Verdienst unserer Vorfahren auch den glücklichen Umstand betrachten, daß keine der kriegführenden Mächte die Verwicklung der Eidgenossenschaft in ihre Kämpfe als eine absolute Notwendigkeit erkannte. Eine einige Republik, die gewillt war, ihre Neutralität unter Einsetzung aller Kräfte zu verteidigen, wäre das Ideal gewesen. Wie weit die Eidgenossenschaft des 17. Jahrhunderts von diesem Ideal entfernt war, blieb den Zeitgenossen kein Geheimnis. Aber andrerseits verhütete gerade die konfessionelle Spaltung einen allzu mächtigen Druck von außen; denn die Meinung des schwedischen Reichskanzlers, daß ihm eine Verbindung mit den schweizerischen Glaubensgenossen keinen wirklichen Gewinn einbringe, weil ihn die unfehlbare Vereinigung der Andersgläubigen mit den Feinden illusorisch machen würde, wird von den übrigen geteilt worden sein. Dennoch gründete sich der eidgenössische Ruhestand während des dreißigjährigen Ringens zu allermeist auf das Fehlen ehrgeiziger Gelüste nach Ausdehnung des eigenen Machtbereichs. Wenn sie bei einzelnen Orten zeitweise vorhanden waren, so bezogen sie sich auf interne Verhältnisse und vermochten sich, auf die Gefahr hin, daß man aus dem häuslichen Konflikt in den allgemeinen geriet, nicht durchzusetzen. So wirkten äußere und innere Bedingungen in glücklicher Weise zusammen, um der Eidgenossenschaft die Leiden des großen Krieges und damit die Auflösung zu ersparen.

Erratum.

Seite 178*, Zeile 5 von oben ist statt „Landschreibers" zu lesen: Landvogtes.

Inhaltsübersicht.

Jahrbuch

für

Schweizerische Geschichte

herausgegeben

auf Veranstaltung

der

allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft

der

Schweiz.

Fünfundvierzigster Band.

Zürich.

Beer & Cie.

1920.

Inhaltsverzeichniss.

Vorwort.

Infolge der in der letzten Jahresversammlung unserer Gesellschaft gefaßten Beschlüsse schließt das „Jahrbuch“ mit dem vorliegenden Bande ab. An seine Stelle und an diejenige des gleichfalls von der Gesellschaft publicierten „Anzeigers für schweizerische Geschichte“ wird von 1921 an eine einheitliche Zeitschrift treten.

Die fünfundvierzig Bände des „Jahrbuchs“ haben von genau hundert Verfassern, von denen einige mehrfach vertreten sind, nicht nur von Mitgliedern der Gesellschaft, sondern auch von Ehrenmitgliedern und anderen nicht der Schweiz angehörigen Historikern, Abhandlungen gebracht.

Indem der Unterzeichnete hiermit diese Redaction niederlegt, erfüllt er in warmer Erinnerung an die Verbindungen, in die er mit den Fachgenossen durch sich ergebende Correspondenz getreten ist, die Pflicht, den Verfassern den aufrichtigen Dank der Gesellschaft auszusprechen. Leider kann dieser Dank bei manchen Namen ihre Träger nicht mehr erreichen, und so sei hier namentlich auch Wilhelm Oechsli's gedacht, der noch kurz vor seinem 1919 eingetretenen Tode einen der wertvollsten Beiträge dieser Veröffentlichung geschenkt hat.

Zürich, Juni 1920.

Der Redactor des „Jahrbuches“:

Gerold Meyer von Knonau.

Protokoll der 73. Versammlung

der

allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz,

abgehalten in Langenthal am 7. und 8. September 1919.

Erste Sitzung.

Sonntag, 7. September, abends 7 Uhr, im Hotel Kreuz.

(Anwesend etwa 60 Mitglieder und Gäste.)

1. Den Mitgliedern liegen die gedruckten Anträge der bestellten Kommission zum Studium der Frage einer Verschmelzung von Jahrbuch und Anzeiger für Schweizergeschichte zu einer einzigen Zeitschrift vor. Der Kommission hatten angehört die Herren Prof. Meyer von Knonau, Zürich, Victor van Berchem, Genf, Prof. E. Dürr, Basel, Hermann Escher, Zürich, Paul E. Martin, Genf, Hans Nabholz, Zürich, und Wilh. Vischer, Basel.

Die rege benützte Diskussion ergab im allgemeinen Zustimmung zu den auch vom Gesellschaftsrate mit kleinen Änderungen gebilligten Vorschlägen der Kommission. Infolgedessen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

a) In ihrer äußern Form und in der Gruppierung des Stoffes soll sich die Zeitschrift im ganzen den entsprechenden Zeitschriften des Auslandes anschließen.

b) Sie dient der Schweizergeschichte im weitesten Sinne. Aufgenommen werden in erster Linie Aufsätze über Schweizergeschichte unter möglichster Bevorzugung von Arbeiten, die nach Inhalt und Problemstellung allgemein schweizerische Bedeutung haben, in zweiter Linie Aufsätze über allgemein-

geschichtliche Themata, soweit sie sich mit der Schweizergeschichte irgendwie berühren. Arbeiten von Schweizern und in der Schweiz lebenden Historikern sollen vor andern berücksichtigt werden.

c) Die Zeitschrift umfaßt folgende Abteilungen: Abhandlungen, kürzere wissenschaftliche Mitteilungen und vereinzelte wichtige Quellenstücke, Besprechungen der historischen Literatur, die auf die Schweiz Bezug hat, in Einzelrezensionen und Sammelanzeigen, und eine Chronik, die über die wissenschaftliche Tätigkeit der kantonalen historischen Vereine und über die Personalien der Historiker orientiert.

d) Als regelmäßige Beilagen sind in Aussicht genommen: 1. Ein Heft, enthaltend Jahresbericht der Gesellschaft und Mitgliederverzeichnis, Jahresrechnung, Protokoll der Jahresversammlung samt Eröffnungsrede des Präsidenten und Totenschau über verstorbene Mitglieder. 2. Die Jahresbibliographie über die historische Literatur der Schweiz.

Dazu kommen Beihefte, die je nach Bedarf herausgegeben werden: 1. Inventare über schweizerische Archive. 2. Größere Abhandlungen, die wegen ihres Umfanges nicht in die Zeitschrift aufgenommen werden können. Über die Verteilung der Druckkosten für diese außerordentlichen Beilagen wird sich die Gesellschaft mit dem Autor von Fall zu Fall verständigen.

e) Der Umschlag soll den Titel der Zeitschrift in allen drei Landessprachen in folgender Form tragen: Zeitschrift für schweizerische Geschichte — Revue d'histoire Suisse — Rivista di storia Svizzera.

f) Die Zeitschrift soll jährlich in vier je zehn Bogen starken Nummern erscheinen.

g) Redaktion und Mitarbeiter sind zu entschädigen.

h) Die Mitglieder erhalten die Zeitschrift gratis. Dafür ist der Jahresbeitrag auf Fr. 12.— zu erhöhen.

i) Für den Tauschverkehr sollen nur noch die großen Akademien des Auslandes und Gesellschaften berücksichtigt werden, deren

Zeitschriften nicht ohnehin in einer schweizerischen Bibliothek vorhanden sind.

k) Schweizerische Amtsstellen, Institute und Vereine erhalten die Zeitschrift gratis nur gegen finanzielle Unterstützung der Allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft.

l) Der Gesellschaftsrat ist mit der Durchführung dieser Beschlüsse betraut.

2. Die Rechnung über das Jahr 1918 zeigt in ihren Hauptposten folgende Beträge:

Einnahmen:

Bundesbeitrag	Fr.	4250.—
Subvention der Regierung des Kts. Graubünden	„	300.—
Jahresbeiträge der Mitglieder	„	2950.—
Zinseingänge	„	495.—
Anzeiger-Abonnement	„	373.80
Erlös aus Verkauf einzelner Nummern des Anzeigers	„	22.75
Erlös für Inserate	„	15.—
Summa	Fr.	8406.55

Ausgaben:

Jahrbuch Band 43		Fr.	3349.30
Anzeiger		„	6478.75
Forschungen in den vatikanischen Archiven		„	70.—
Verwaltung und Kosten der Jahresversammlung		„	392.85
Abschreibungen der Obligationen:			
Stadt Luzern auf 82 %	Fr. 60.—		
Stadt Zürich auf 90 %	„ 200.—	„	260.—
Summa		Fr.	10550.90

Vermögen am 31. Dezember 1917	Fr.	8495.50
Vermögen am 31. Dezember 1918	„	6331.15
Rückschlag	Fr.	2144.35

Auf Antrag der bestellten Rechnungsrevisoren und nach mündlicher Berichterstattung durch Prof. Dierauer wird die Rechnung unter bester Verdankung an den Herrn Quästor für seine treue Mühewaltung genehmigt.

3. Die periodischen Publikationen, Jahrbuch und Anzeiger, nehmen ihren regelmäßigen Gang. In der Sammlung der „Quellen zur Schweizergeschichte“ ist der erste Band der Korrespondenz des Kardinals Schinner nahezu abgeschlossen. Andere Quellenpublikationen, vor allem der dritte Band der von Prof. Thommen publizierten Urkunden zur Schweizergeschichte aus österreichischen Archiven, müssen wegen der knappen finanziellen Mittel zurückgelegt werden.

4. Der Gesellschaftsrat wird für die Jahre 1919—1920 einstimmig bestätigt. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Bundesrichter Favey wird als neues Mitglied gewählt *Charles Gilliard*, Professor am Gymnasium Lausanne.

5. Das Zirkular, das den Zweck hatte, möglichst viele Freunde der vaterländischen Geschichtsforschung zum Beitritt in die Gesellschaft aufzufordern, und das an zahlreiche Adressen versandt wurde, hat guten Erfolg gehabt. Es haben sich im ganzen 237 neue Mitglieder angemeldet, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Kantone verteilen: Zürich 43, Bern 17, Luzern 1, Unterwalden 2, Glarus 4, Freiburg 10, Solothurn 4, Basel 31, Schaffhausen 9, Appenzell 5, St. Gallen 31, Graubünden 1, Aargau 12, Thurgau 8, Tessin 2, Waadt 9, Neuenburg 37, Genf 11. Auf Antrag des Gesellschaftsrates, der die Liste der Angemeldeten eingehend geprüft hat, werden diese in globo als Mitglieder aufgenommen. Ihre Namen sind in dem dem Protokoll folgenden Mitgliederverzeichnisse mit einem * bezeichnet. Auch die Bitte um Zuwendung von größern Geldbeiträgen an die Gesellschaft ist von einigem Erfolg begleitet gewesen.

6. Die nächste Jahresversammlung soll nach einer aus der Mitte der Gesellschaft gemachten Anregung im Kanton Tessin abgehalten werden.

7. Folgender Antrag des Gesellschaftsrates wurde von der Versammlung gutgeheißen: *Für Besuche der Sitzungen des Gesellschaftsrates und für Kommissionssitzungen, die beide zeitlich nicht mit der Generalversammlung zusammenfallen, werden den Mit-*

gliedern des Gesellschaftsrates und andern zu diesen Sitzungen Eingeladenen die Barauslagen: Bahnbillett dritter Klasse, notwendige Mahlzeiten und allfälliges Nachtquartier, zurückvergütet.

8. An das gemeinsame Abendessen schlossen sich die folgenden wissenschaftlichen Mitteilungen:

Dr. Hans G. Wirz, Bern: Zur Winkelriedfrage.

Henri Mercier, Baden: Une chronique facétieuse du congrès de Baden 1714.

Staatsarchivar Paul E. Martin, Genf: D'Ivernois, le Salève et le congrès de Vienne.

Hauptversammlung

Montag, 8. September, im Theatersaal.

Im Namen der Geschichtforschenden Gesellschaft des Kantons Bern begrüßte Bundesarchivar Türler die etwa 150 anwesenden Mitglieder und Gäste.

Sodann gab der Vorsitzende, Prof. Meyer von Knonau, in seinem Eröffnungsworte einen Überblick über den reichen Inhalt der bisher erschienenen Bände des Jahrbuches und der Quellen für Schweizergeschichte, die als Publikationen der Allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft den Beweis für deren rege Tätigkeit zur Pflege der vaterländischen Geschichte leisten. Er gedachte ferner der im Berichtsjahre verstorbenen Mitglieder: Jean Grellet, WaltherWettstein, Arnold Bähler, Wilhelm Oechsli, Otto Markwart, Georges Favey, J. B. Kaelin und Eugen Secretan.

Prof. K. Geiser bot darauf in einem Vortrage die älteste Geschichte des Langetentales vorzugsweise an Hand der Urkunden des Klosters St. Gallen, das ursprünglich in dieser Gegend begütert war, und von bisher unbekanntem Aktenmaterial des Staatsarchivs Bern.

Mit Rücksicht auf die stark vorgerückte Zeit verzichtete der zweite Redner, Prof. A. Piaget, Neuenburg, aufs Wort. Sein Vortrag hätte sich mit den in das Jahr 1707 fallenden Bemühungen der Eidgenossen befaßt, geplante feindselige Schritte Frankreichs gegen Neuenburg abzuwenden. Die entsprechenden Verhandlungen der eidgenössischen Orte fanden teilweise in Langenthal statt.

An die wissenschaftliche Sitzung schloß sich ein Bankett im Hotel Löwen. Im Namen von Behörde und Bevölkerung von Langenthal hieß Fürsprecher Müller die Gäste willkommen. Den Gruß der Berner Regierung entbot Regierungsrat Simonin. Als Gabe eines Geschichtsfreundes von Langenthal wurde den Gästen eine Druckschrift verteilt enthaltend den „Twingrodel des Dorfes und Gerichts Langenthal", ferner der „Führer von Langenthal nach Melchnau". Bundesarchivar Türler überreichte den Teilnehmern als Ersatz für die erst später erscheinende Festschrift [1]) eine interessante Studie „Ehemalige Mühlen in Klein-Twann: Brunnmühle oder Nonnenmühle?"

Mit Extratram begab sich sodann die Gesellschaft nach dem ehemaligen Kloster St. Urban. Die Kunstwerke von Kirche und Stift wurden unter der Leitung von Dr. Meyer-Rahn besichtigt.

Den Abschluß der Tagung bildete ein Besuch in der neu restaurierten, aus dem 11. Jahrhundert stammenden romanischen Kirche in Wynau. Über die Geschichte des Gotteshauses und die mehrfachen Restaurierungsarbeiten gab der Ortsgeistliche Pfarrer Kuhn willkommenen Aufschluß.

Der Sekretär: *Hans Nabholz.*

---

[1]) Im Juni 1920 liegt der stattliche Band, Band XXV des „Archivs des historischen Vereins des Kantons Bern", als „Festgabe" vollendet vor, mit Beiträgen von F. Bühlmann, F. E. Welti, K. Geiser.



Verzeichniss

der bei der Versammlung anwesenden Mitglieder und Ehrengäste.

Anliker, Ernst, Herzogenbuchsee.
Arni, Langenthal.
Bähler, Ed., Prof., Pfarrer, Gampelen.
Bärtschi, A., Kaltacker.
Bally, Eugen, Bern.
Bally, Martina, Frl., Bern.
Barbey, Frédéric, Dr., Genève.
Barde, Rédacteur au „Journal de Genève".
van Berchem, Victor, Dr., Genève.
Blaser, Fr., Langenthal.
Blondel, Auguste, Genève.
Blondel, Louis, Chef du service du Vieux Genève.
Brönnimann, J., Langenthal.
Bruder-Münger, E., Frau, Langenthal.
Brunner, Jost, Dr., Ennenda.
Bühler, M., Bannwil.
Bütler, Plac., Prof. Dr., St. Gallen.
Burckhardt, Aug., Dr., Basel.
Burkhalter, A., Langenthal.
Burri, E., Langenthal.
Cart, William, Prof. Dr., Lausanne.
Corrodi-Sulzer, A., Zürich.
Dierauer, Joh., Dr. Stadtbibliothekar, St. Gallen.
Ducrest, François, Directeur de la bibliothèque cantonale, Fribourg.
Düby, G., Langenthal.
Dürr, Ernst, Prof. Dr., Basel.

Durrer, Rob., Dr., Staatsarchivar, Stans.
Dutoit, Daniel, Ing. agr., Corsier près Vevey.
v. Erlach-Wille, Frau, Langenthal.
Eymann, Langenthal.
Friedli, Emanuel, Dr., Aarwangen.
Geiser, Emil, Langenthal.
Geiser, Ernst, Langenthal.
Geiser, Karl, Prof. Dr., Bern.
Gilliard, Charles, Prof. Dr., Lausanne.
Girard, Adrian, Grenchen.
Godet, Marcel, Dr., Direktor der Schweiz. Landesbibliothek, Bern.
Godet, Philippe, Prof. Dr., Neuchâtel.
Großenbacher, Hector, Langenthal.
Großenbacher, Samuel, Langenthal.
Gugelmann, E., Langenthal.
Guilland, A., Prof. Dr., Zürich.
Häusler, Alb., Gondiswil.
Hauser, Edwin, Dr., Zürich.
Hegi, Friedr., Dr., Zürich-Rüschlikon.
Hellmüller, Ida, Frau, Langenthal.
Hellmüller, Ruth, Langenthal.
Hellmüller, Zahnarzt, Langenthal.
Herrmann, Frl., Langenthal.
Herzog, H., Dr., Staatsarchivar, Aarau.
Heß, A., Langenthal.
Heß-v. Schultheß, G., Zürich.
Hubacher, T., Gondiswil.
Hug, Thunstetten.
Jeanjaquet, Jean, Prof. Dr., Neuchâtel.
Iseli, Rudolf, Lehrer, Vizepräs. des Gr. Gemeinderates, Langenthal.
Jung, P. E., Kantonsbuchhalter, Bern.
Jungi, H., Sekundarlehrer, Langenthal.
Kaelin, J., Dr., Staatsarchivar, Solothurn.
Kasser, Werner, Pfarrer, Melchnau.
Keller, T., Langenthal.

Keller-Ris, alt Rektor, Bern.
Kern, *Léon*, Dr., Berne.
Kohler, *A.*, Langenthal.
Krenger, *Robert*, Gemeinderat, Langenthal.
Kurz, *G.*, Staatsarchivar, Bern.
Lehmann, *Alexander*, Langenthal.
Lehmann, *Fritz*, Langenthal.
Lehmann-Seiler, *Samuel*, Langenthal.
Lessing, *Kurt*, Dr., Bern.
Lüthy, *Emanuel*, Bern.
Luginbühl, *Rud.*, Langenthal.
v. Mandach, *Conrad*, Dr., Bern.
Marti, *Emil*, Langenthal.
Marti-Ziegler, *F.* und *D.*, Langenthal.
Martin, *Paul E.*, Dr. Archiviste d'Etat, Genève.
Masson, Frau, Langenthal.
Masson, Apotheker, Langenthal.
Masson, *Elsi*, Frl., Langenthal.
Mercier, *H.*, Ennet-Baden.
Merz, *W.*, Dr., Oberrichter, Aarau.
Meyer von Knonau, *G.*, Prof. Dr., Zürich.
Meyer, *E.*, Archivadjunkt, Bern.
Meyer-Rahn, *H.*, Dr., Luzern.
Meyer, *J. R.*, Langenthal.
Meyer, *Karl*, Prof. Dr., Luzern.
Meyer, *Kurt*, Solothurn.
Meyer, *Wilh. Jos.*, Dr., Bern.
Meyer-Ruckstuhl, Frau, Langenthal.
Montandon, *Léon*, Archiviste, Neuchâtel.
Moser, *J.*, Bützberg.
Müllener, *J.*, Langenthal.
Müller, *Otto*, Dr., Präsident des Großen Gemeinderates, Langenthal.
Müller, *Peter*, Prof. Dr., Bern.
Müller-Wolfer, Dr., Aarau.
Nabholz, *Hans*, Dr., Staatsarchivar, Zürich.

Noseda, Marguerite, Neuchâtel.
Paris, James, Prof. Dr., Neuchâtel.
Du Pasquier, Armand, Neuchâtel.
Piaget, Arthur, Prof. Dr., Archiviste d'Etat, Neuchâtel.
Reußer, G., Melchnau.
Reutter, L., Architecte, Neuchâtel.
Rivoire, Emile, Genève.
Roth, Ernst, Langenthal.
Rotpletz, Emil, Dr., Bern.
Rott, Edouard, Dr., Neuchâtel.
Ruckstuhl, A., Langenthal.
Ruckstuhl, Marg., Langenthal.
Ruckstuhl, W., Langenthal.
Rufener-Geiser, G. und *R.,* Langenthal.
Schedler, R., Pfarrer, Langenthal.
Schelling, A., Dr., St. Gallen.
Scheidegger, Dr., Langenthal.
Scheidegger, Frau Dr., Langenthal.
Schneider, C., Langenthal.
Simonin, H., Conseiller d'Etat, Berne.
Sooder, M., Rohrbach.
Speidel, K., Baden.
Spycher, Emil, Gemeindepräsident, Langenthal.
Spycher-Münger, Frau, Langenthal.
Steck, Rud., Prof. Dr., Bern.
Stern, A., Prof. Dr., Zürich.
Steuri, Fr., Langenthal.
Streit, F., Langenthal.
Tobler, Gustav, Prof. Dr., Bern.
v. Tscharner, Fritz, Bern.
Türler, H., Prof. Dr., Bundesarchivar, Bern.
Vischer, Fritz, Dr., Basel.
Vischer, Wilh., Dr., Basel.
de Vries, H., Dr., Fribourg.
Wälchli, R., Lotzwil.

Wanner-Keller, Heinrich, Reallehrer, Schaffhausen.
Wartmann, Hermann, Dr., St. Gallen.
Wasserfallen, Madelaine, Neuchâtel.
Weber, Albert, Langenthal.
Wegmüller, Gottfr., Langenthal.
Willener, J., Leimiswil.
Wirz, Hans Georg, Dr., Bern.
Wolf, Amtsschaffner, Langenthal.
Wolfrath, Henri, Neuchâtel.
Zaugg, E., Langenthal.



Verzeichniss der Mitglieder

der

allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz

am 10. Juli 1920.

Mitglieder des Gesellschaftsrathes

1919 bis 1922.

G. Meyer von Knonau, Professor, in Zürich, Präsident (Redactor des «Jahrbuches») (Mitglied des Gesellschaftsrathes seit 1874).

Vict. van Berchem, Dr. phil., in Genf, Vice-Präsident (seit 1911).

Wilh. Vischer, Dr. jur., in Basel, Quästor (seit 1907).

Hans Nabholz, Staatsarchivar, in Zürich, Secretär (Redactor des „Anzeigers") (seit 1911).

Vacat.

Vacat.

Aug. Burckhardt, Dr. phil., in Basel (seit 1916).

Vacat.

Fr. Ducrest, Director der Kantonsbibliothek, in Freiburg (seit 1916).

Robert Durrer, Staatsarchivar, in Stans (seit 1911).

Ed. Favre, Dr. phil., in Genf (seit 1897).

Ch. Gilliard, Dr. phil., in Lausanne (seit 1919).

Fr. von Jecklin, Staatsarchivar, in Chur (seit 1916).

A. Piaget, Professor und Staatsarchivar, in Neuenburg (seit 1918).

H. Türler, Bundesarchivar, in Bern (seit 1916).

Ehrenmitglied des Gesellschaftsrathes.

H. Wartmann, Dr. phil., in St. Gallen (seit 1876, Ehrenmitglied seit 1904).

Kanton Zürich.

Ammann, Alb., in Zürich 3, Wiedingstr. 14. 1916.
Angst, Dr. *Heinr.*, in Zürich 1, Neumühlequai 10. 1894.
Bachmann, Dr. *A.*, Professor, in Zürich 7, Freiestr. 111. 1895.
Bär, Dr. *Emil*, in Zürich 7, Reinacherstr. 7. 1894.
Barth, Dr. *Hans*, Bibliothekar an der Centralbibliothek, in Zürich 6, Riedtlistr. 85. 1898.
Beer, Robert, Verlagsbuchhändler, in Zürich 1, Peterhofstatt 10. 1911.
**Benz*, Dr. *A. Rosa*, in Zürich 8, Forchstr. 36. 1919.
**Bodmer*, Dr. *Heinrich*, in Zürich 8, Zollikerstr. 60. 1919.
Brun, Dr. *Karl*, Professor, in Zürich 8, Zollikerstr. 106. 1881.
Brun, Dr. *Karl*, in Zürich 8, Zollikerstr. 106. 1915.
Brunner, Heinr., Stadtbibliothekar, in Winterthur. 1916.
Burckhardt, Dr. *Felix*, Bibliothekar der Centralbibliothek, in Zürich 8, Mühlebachstr. 21. 1907.
Corrodi-Sulzer, A., in Zürich 8, Mühlebachstr. 96. 1916.
**Ebell, C. M.*, in Zürich 1, obere Bahnhofstr. 14. 1919.
**Eidenbenz-Pestalozzi, Emil*, Apotheker, in Zürich 7, Zürichbergstraße 17. 1919.
Ernst, Ulrich, Dr. phil., Professor an der Industrieschule, in Zürich 8, Ceresstr. 21. 1889.
**Escher-Züblin, Alph.*, in Zürich 7, Schmelzbergstr. 57. 1919.
Escher, Dr. *Arnold*, Professor, in Zürich 7, Hofstr. 69. 1906.
**Escher-Schindler, C.*, in Zürich 1, Seilergraben 1. 1919.
Escher, Dr. *Hermann*, Direktor der Centralbibliothek, in Zürich 1, St. Urbangasse 6. 1880.
**Escher*, Dr. *Konrad*, Privatdozent, in Zürich 1, Schönbergstr. 9. 1919.
**Escher, W. C.*, in Zürich 2, Scheideggstr. 24. 1919.
**Finsler, R.*, Pfarrer, in Zürich 1, Zwingliplatz 4. 1919.
Flach, Dr. *Heinr.*, Professor am Seminar, in Küssnach. 1909.
Frei, Oskar, Pfarrer, in Meilen. 1916.

*Frick, Dr. Hans, Hauptmann im Instruktionskorps, in Zürich 7, Englischviertelstr. 47. 1919.

Fueter, Dr. *E.*, Professor, in Zürich 7, Freiestr. 203. 1903.

Gagliardi, Dr. *E.*, Professor, in Örlikon. 1906.

**Geiser*, *P.*, in Zürich 2, Tödistr. 27. 1919.

**Glättli*, Dr. *W.*, Assistent am Staatsarchiv, in Zürich 8, Kieselgasse 12. 1919.

**von Grebel*, Dr. *Hans*, in Zürich 1, Pelikanstr. 13. 1919.

Gubler, Dr. *E.*, Sekretär bei der Einwohner-Armenpflege, in Zürich 8, Nebelbachstr. 21. 1909.

Guggenbühl, Dr. *Gottfr.*, in Küssnach. 1914.

Guilland, *A.*, Professor, in Zürich 7, Gladbachstr. 78. 1897.

Hadorn, Dr. *Walther*, Professor, in Zürich, Dufourstr. 95. 1898.

Häne, Dr. *Joh.*, Professor am Gymnasium, Privatdozent, in Zürich 7, Eidmattstr. 38. 1894.

Hahn, *Emil*, Assistent am Landesmuseum, in Zürich 5, Limmatstraße 121. 1911.

Hartmann, Dr. *Max*, Lehrer, in Zürich 8, Feldeggstr. 90. 1916.

Hauser, Dr. *Edwin*, Adjunkt des Staatsarchivs, in Zürich 1, Obmannamt. 1918.

Hegi, Dr. *Friedr.*, Privatdozent, in Rüschlikon. 1905.

Heß-von Schultheß, *Gust.*, Bezirksrichter, in Zürich 1, Zinnengasse 1. 1911.

**Heß-Spinner*, Dr. *Hans*, Chemiker, in Effretikon. 1919.

**Huber*, Dr. *Max*, Professor, Schloß Wyden (bei Ossingen). 1919.

Hünerwadel, Dr. *Walth.*, Rektor des Gymnasiums, in Winterthur. 1900.

Hunziker, Dr. *Rudolf*, Gymnasiallehrer, in Winterthur. 1905.

**Kern*, *Hans*, Stadtrath, in Zürich 1, Walchestr. 25. 1919.

**Kläui*, *Edwin*, Pfarrer, in Flaach. 1919.

**Klinke*, Dr. *W.*, Privatdozent, in Zürich 6, Restelbergstraße 6. 1919.

**Köhler*, Dr. *W.*, Professor, in Zürich 6, Frohburgstr. 37. 1919.

Koeppern, *O. C.*, Wädenswil (Bürgli). 1917.

**Kreis*, Dr. *Hans*, in Zürich 7, Minervastr. 128. 1919.

Largiadèr, *Anton*, Dr. phil., in Zürich 1, Hirschengraben 60. 1918.

Lehmann, Dr. *Hans*, Professor, Direktor des Landesmuseums, in Zürich 6, Turnerstr. 34. 1911.
Looser, Dr. *Guido*, in Kilchberg. 1918.
Luchsinger-Wunderly, P. A., in Zürich 2, Bellariastr. 28. 1916.
Mantel, Dr. *Alfred*, Secretär des Erziehungsdepartements, in Zürich 7, Gloriastr. 76. 1913.
**Meier, Joh.*, Architekt, in Wetzikon. 1919.
Meyer von Knonau, Dr. *Gerold*, Professor, in Zürich 8, Seefeldstraße 9. 1866.
**Meyer-Hasenfratz*, Dr. *K. Helene*, in Altstetten, Herrligstr. 21. 1919.
**von Muralt*, Dr. med. *Wilh.*, in Zürich 1, Rämistr. 18. 1919.
**Mutzner*, Dr. *Paul*, Professor, in Zürich 6, Hadlaubstr. 91. 1919.
Nabholz, Dr. *Hans*, Staatsarchivar, in Zollikon. 1901.
**Nüscheler, A.*, in Zürich 7, Englischviertelstr. 30. 1919.
Ochsner-Bally, Eug., in Zürich 2, Lavaterstr. 54. 1911.
von Orelli, Aloys, in Zürich 1, Thalstr. 48. 1913.
Pestalozzi, Dr. *Fr. O.*, in Zürich 1, Münsterhof. 1918.
**Pfleghard, Otto*, Architekt, in Zürich 8, Zollikerstr. 245. 1919.
**Römer, Paul*, in Zürich 7, Freiestr. 8. 1919.
Rübel, Dr. *E.*, in Zürich 7, Zürichbergstr. 30. 1917.
**Rütsche*, Dr. *Paul*, Professor, in Zürich 1, Gerechtigkeitsgasse 29. 1919.
**Schindler-Huber, Dietrich*, in Zürich 7, Hohenbühlstr. 10. 1919.
Schirmer, Dr. *Gust.*, Professor, in Zürich 7, Kreuzstr. 82. 1891.
Schmid, F. O., Schriftsteller, in Zürich 7, Krönleinstr. 4. 1916.
Schneider, Dr. *Hans*, Prorektor der kantonalen Handelsschule, in Zürich 7, Eidmattstr. 33. 1894.
**Schoch-Etzensperger*, Dr. *E.*, in Zürich 8, Zollikerstr. 136. 1919.
**Schultheß, Hans*, Verlagsbuchhändler, Zürich 1, Zwingliplatz. 1919.
Schweizer, Dr. *P.*, Professor, in Zürich 7, Neptunstr. 74. 1879.
Stauber, Dr. *E.*, Lehrer, in Zürich-Wollishofen 2, Rainstr. 30. 1906.
**Steinbuch, H.*, Oberstkorpskommandant, in Zürich 1, Gerechtigkeitsgasse 18. 1919.

Stern, Dr. *A.*, Professor, in Zürich 7, Englischviertelstr. 58. 1873.
**Streiff-Usteri*, *H.*, in Zürich 7, Bergstr. 23. 1919.
Strickler, *Gust.*, Sekundarlehrer, in Grüningen. 1916.
Strohl, Dr. *J.*, Professor, in Zürich 7, Kapfsteig 50. 1918.
Stutz, Dr. *Ulrich*, Professor, in Berlin W. 50, Kurfürstendamm 241. 1895.
**Sulzer-Schmid*, *Karl*, Nationalrath, in Winterthur, Richenbergstraße 14. 1919.
**Syz*, *G. W.*, in Zürich 8, Signaustr. 6. 1919.
**Thomann*, *M.*, Pfarrer, in Embrach. 1919.
Trog, Dr. *Hans*, Redaktor, in Zürich 7, Belsitostr. 9. 1888.
**Tschudi*, Dr. *Rud.*, Professor, in Zollikon, Höhestr. 3. 1919.
**Ulrich*, Dr. *Rud.*, in Zürich 2, Breitingerstr. 11. 1919.
**Usteri-Pestalozzi*, *Ed.*, Oberst, in Zürich 1, Thalackerstraße 5. 1919.
Vetter, Dr. *Theod.*, Professor, in Zürich 7, Plattenstr. 42. 1890.
**Viollier*, Dr. *D.*, Vizedirektor des Landesmuseums, in Zürich 1. 1919.
Vollenweider, Dr. *Otto*, in Wipkingen. 1912.
Wartmann, *Willy*, Dr. phil., in Zürich 1, Kunsthaus. 1908.
Werner, Dr. *Jakob*, Bibliothekar der Centralbibliothek, in Zürich 7, Rosenbühlstr. 31. 1901.
**Wild*, Dr. *Helen*, in Zürich 7, Pestalozzistr. 56. 1919.
Zemp, Dr. *Jos.*, Professor, in Zürich 7, Kraftstr. 56. 1893.
Ziegler, Dr. *Alfred*, Gymnasiallehrer, in Winterthur. 1888.
**Zuppinger*, *E.*, Herzogenmühle bei Wallisellen. 1919.
**Zuppinger*, *Hans*, in Zürich 6, Kornhausstr. 25. 1919. 101

Kanton Bern.

Bähler, *Ed.*, Dr. theol., Professor, Pfarrer, in Gampelen. 1898.
**Bäschlin*, Dr. *C.*, in Bern, Wildhainweg 4. 1919.
**Bauer*, *Alph.*, Oberstleutnant der Kavallerie, in Bern (Königlich spanisches Konsulat). 1919.
**Bourquin*, *Werner*, in Biel, Alpenstr. 14. 1919.

**Bühlmann*, Dr. *F.*, Nationalrat, in Großhöchstetten. 1919.
**Davinet*, *B.*, Architekt, in Bern. 1919.
Dübi, Dr. *Heinrich*, in Bern, Rabbenthalstr. 49. 1872.
Erb, Dr. *August*, Redaktor, in Bern, Stadtbachstr. 28. 1896.
Eymann, *Fritz*, in Eggiwil. 1917.
Feller, Dr. *Richard*, Seminarlehrer und Privatdozent, in Bern, Berchtoldstr. 45. 1905.
**Fisch*, *Karl*, Oberst, in Muri. 1919.
Fischer, Dr. *Hans*, Gymnasiallehrer, in Biel. 1914.
Geiser, Dr. *Karl*, Professor, in Bern, Helvetiastr. 33. 1887.
Gmür, Dr. *Max*, Professor, in Bern, Sonnenbergstr. 3. 1903.
Godet, Dr. *Marcel*, Direktor der Schweizerischen Landesbibliothek, in Bern, Ägertenstr. 1. 1909.
Haller-v. Erlach, *Alb.*, Pfarrer, in Bern, Schwarzthorstr. 61. 1877.
Huber, Dr. *Karl*, Stadtbibliothekar, in Thun. 1918.
**Jacky*, *Ed.*, Oberst, in Bern, Bundesratshaus. 1919.
Jung, *Paul Emil*, Kantonsbuchhalter, in Bern, Bubenbergstr. 35. 1907.
Jungi, *H.*, Sekundarlehrer, in Langenthal. 1917.
Kern, Dr. *Léon*, Adjoint aux Archives fédéraux, in Bern. 1916.
König, *Friedr.*, Arzt, in Schönbühl. 1910.
Kurz, *G.*, Staatsarchivar, in Bern, Landhausweg 5. 1917.
**Lehmann-Seiler*, *Sam.*, in Langenthal. 1919.
Lerch, Dr. *Ernst*, Seminarlehrer, in Bern, Brügglerweg 24. 1907.
Lessing, Dr. *Kurt*, Privatdozent, in Bern, Eschmannstr. 7. 1911.
Leupold, Dr. *E.*, Chef der innerpolit. Abteilung des Politischen Departements, in Bern, Scheuerrain 5. 1909.
Lüthi, *E.*, Direktor des Schweizerischen Schulmuseums, in Bern, Falkenweg 7. 1917.
Maag, Dr. *A.*, Lehrer am Gymnasium, in Biel. 1900.
**von Mandach*, Dr. *C.*, in Habstetten (bei Bolligen). 1919.
**Meyer*, *Emil*, Beamter des Staatsarchivs, in Bern, Postgasse 72. 1919.
Meyer, Dr. *Wilhelm*, Bibliothekar, in Bern, Gutenbergstr. 25. 1910.
**Montagnier*, *Henry F.*, in Bern, Promenade anglaise 6. 1919.

*_Reich-Langhans_, _U._, in Bern, Steinauweg 30. 1920.
*_Rothpletz_, _Emil_, in Bern, Schauplatzgasse 6. 1919.
Rufer, _Alfred_, in Münchenbuchsee. 1912.
Rummel, _Hans_, Dr. med., Arzt, in Biel. 1910.
Rundzieher, Dr. _A. A._, Ingenieur, in Bern, Dähliholzweg 18. 1918.
von Salis, Dr. _L._, Professor, in Bern, Waldhöheweg 1. 1893.
*_Schedler_, _Rob._, Pfarrer, in Langenthal. 1919.
*_Schultheß_, Dr. _Otto_, Professor, in Bern, Schanzeneckstr. 9. 1919.
Segesser von Brunegg, _Hans_, Legationsrat, in Rom. 1907.
Steck, Dr. _Rudolf_, Professor, in Bern, Sonnenbergstr. 12. 1903.
*_Steiger_, Dr. _Max_, Privatdozent, in Bern, Wallgasse 8. 1919.
Studer-Amiet, _E._, Oberstleutnant, 1. Revisor des Ober-Zollinspektorats, in Bern, Helvetiastr. 31. 1898.
Studer-Trechsel, _Franz_, Pfarrer, in Bern, Zieglerstr. 44. 1886.
Tobler, Dr. _Gustav_, Professor, in Bern, Sulgeneckstr. 8. 1880.
Trepp, _Martin_, Lehrer am Progymnasium, in Thun. 1916.
*_von Tscharner_, _Fritz_, in Morillon (bei Köniz). 1919.
Türler, Dr. _H._, Professor, Bundesarchivar, in Bern, Bantigerstraße 15. 1890.
Vetter, Dr. _Ferdinand_, Professor, in Bern, Alter Aargauerstalden 13. 1882.
von Waldkirch, _Eduard_, Fürsprech, in Bern, Seminarstr. 24. 1910.
Wegeli, Dr. _Rud._, Direktor des Historischen Museums, in Bern, Marienstr. 10. 1909.
Welti, Dr. _Em. Friedr._, in Bern, Bundesplatz 4. 1898.
Wirz, Dr. _Hans Georg_, in Bümpliz. 1909. 55

Kanton Luzern.

Brandstetter, Dr. _Jos. Leop._, Erziehungsrat, in Luzern. 1866.
Fischer, _Franz_, Oberschreiber, in Luzern. 1896.
Haas-Zumbühl, _Franz_, Bäckermeister, in Luzern. 1917.
Heinemann, _Franz_, Dr. phil., Bibliothekar, in Luzern. 1899.
Kaufmann, _Siegfr._, Chorherr, in Münster. 1917.
Kopp, _Karl Aloys_, Stiftskustos, in Münster. 1917.
Lütolf, _Konr._, II. Stiftsarchivar, in Münster. 1917.

**Meyer-Rahn*, Dr. *Hans*, in Luzern, 1919.
Meyer, Dr. *Karl*, Professor, in Luzern. 1911.
Müller-Dolder, Dr. *Edmund*, in Münster. 1916.
Pometta, *Eligio*, Trad. ital. V° Circ. S. B. B., in Luzern. 1916.
Troxler, *Joseph*, Professor, Rektor der Mittelschule, in Münster. 1915.
Weber, *Peter Xaver*, Archivar, in Luzern. 1909. 13

Kanton Uri.

Gisler, Dr. *Karl*, in Altorf. 1916.
Wymann, Dr. *Eduard*, Staatsarchivar, in Altorf. 1910. 2

Kanton Schwyz.

Benziger, Dr. *Karl*, in Wien (Schweizerische Gesandtschaft). 1918.
Bommer, *Ant. Dom.*, Professor, in Schwyz. 1878.
Meier, P. *Gabr.*, O. S. B., Bibliothekar, in Stift Einsiedeln. 1881.
Staub, P. *Ignaz*, O. S. B., Dr. phil., Professor, in Stift Einsiedeln. 1918. 4

Kanton Unterwalden.

Durrer, Dr. *Rob.*, Staatsarchivar, in Stans. 1890.
Egger, P. *Bonaventura*, O. S. B., Stiftsarchivar, in Engelberg. 1912.
Heß, P. *Ignaz*, O. S. B., Dr. phil., in Engelberg. 1899.
Jann, P. *Adalhelm*, Professor, Ord. Cap., in Stans, 1917.
Kaelin, P. *Bernhard*, O. S. B., Dr. phil., Professor, in Sarnen. 1918.
von Matt, *Hans*, Regierungsrat, in Stans. 1904.
**Rüfenacht-Kehr*, Zoologe, in Kerns. 1919.
Wirz, *Adalbert*, Dr. jur., Ständerat, in Sarnen. 1896.
Wyrsch, *Jak.*, Med. Dr., Landammann, in Buochs. 1878.
**Wyrsch*, Dr. *Jak.*, Landammann, in Stans. 1919. 10

Kanton Glarus.

**Bruckner*, Dr. *Karl*, in Glarus. 1919.
Brunner, *Jost*, in Ennenda. 1911.
Gallati, Dr. *Frieda*, in Glarus. 1904.
**Hauser*, *Edwin*, Regierungsrat, in Glarus. 1919.
Heer, *Gottfr.*, Dr. theol., Dekan, in Hätzingen. 1881.
**Jenny*, *C.*, in Ziegelbrücke. 1919.
Kubly-Müller, *J. J.*, in Glarus. 1915.
Nabholz, Dr. *Ad.*, Rektor der Höheren Stadtschule, in Glarus. 1898.
**Sulzer*, *Aug.*, Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt, in Glarus. 1919. 9

Kanton Freiburg.

Besson, Dr. *Mar.*, Bischof von Lausanne u. Genf, in Freiburg. 1918.
Büchi, Dr. *Alb.*, Professor, in Freiburg. 1890.
**Bullet*, *Alb.*, Banquier, in Freiburg. 1919.
Castella, Dr. *Gaston*, Professor am Kollegium, in Freiburg. 1911.
**Corpataux*, *G.*, Sous-Archiviste, in Freiburg. 1919.
de Diesbach, *Serge*, in Freiburg. 1918.
Ducrest, *François*, Directeur de la Biblioth. Canton., in Freiburg. 1903.
von Eggis, *Adolf*, in Freiburg. 1906.
**Genoud-Eggis*, *Aug.*, Architekt, in Freiburg. 1919.
Handrick, *Franz*, Premier Bibliothécaire, in Freiburg. 1917.
**Jordan*, *Jos.*, Professor, in Freiburg. 1919.
Kirsch, Dr. *Joh. Peter*, Professor, in Freiburg. 1910.
Koller, Dr. *Oswald*, in Freiburg. 1914.
**Kubick*, Dr. *Paul*, Directeur de bureau, in Bern. 1919.
Lademann, *Hans*, Oberamtmann, in Murten. 1915.
Lombriser, *Joseph*, Professor am Kollegium St. Michael, in Freiburg. 1901.
**Monney*, *Alfred*, Ingenieur, in Freiburg. 1919.

Nadler, Dr. *Jos.*, Professor, in Freiburg (Villa Noël). 1918.
**Philipona, Louis*, Chanoine, in Châtel-St-Denis. 1919.
Schnürer, Dr. *Gust.*, Professor, in Freiburg. 1897.
**Schnyder de Wartensee, Ch.*, Directeur de la Banque d'Etat, in Freiburg. 1919.
Steffens, Dr. *Franz*, Professor, in Freiburg. 1897.
**de Vevey, Hub.*, étudiant, in Freiburg, Les Daillettes. 1919.
de Vries, Dr. *Herman*, in Freiburg, Rue St-Pierre. 1916.
Waeger, Dr. *Franz*, Redaktor, in Freiburg. 1918.
Wattelet, Dr. *Hans*, Advokat, in Murten. 1888.
**de Weck, Albéric*, Banquier, in Freiburg. 1919.
de Weck, Marcel, Stud., in Freiburg. 1918.
de Zurich, Pierre, Le Chattelet, in Freiburg. 1918. 29

Kanton Solothurn.

Allemann, Ernst, Stadtbibliothekar, in Olten. 1918.
**von Arx, O.*, in Dornach. 1919.
Büchi, Dr. *Hermann*, Professor, in Solothurn. 1916.
Girard, Adrian, in Grenchen. 1916.
Kaelin, Dr. *J.*, Staatsarchivar, in Solothurn. 1916.
**Ladame*, Dr. *Ch.*, méd. adjoint à l'asile de Rosegg, in Solothurn. 1919.
Tatarinoff, Dr. *Eugen*, Professor, in Solothurn. 1895.
**Vogt, Paul*, Zahnarzt, in Solothurn. 1919.
Wyß, Dr. *A.*, Arzt, in Hessigkofen. 1917.
**Wyß-Hof, Hermann*, Landwirt, in Fulenbach. 1919. 10

Kanton Basel.

**Alioth-Schlumberger, A.*, Langegasse 41. 1919.
Bächtold, Dr. *Hanns*, Nonnenweg 18. 1917.
Bächtold, Dr. *Herm.*, Professor, Mittlere Straße 148. 1913.
Barth, Dr. *Alb.*, Rektor der Töchterschule, Schaffhauser-Rheinweg 61. 1904.
Bernoulli-Burckhardt, Dr. *August*, Leimenstr. 78. 1874.

Bernoulli, Dr. *Karl Christoph*, Oberbibliothekar, Holbeinstr. 69. 1895.
**Bischoff*, Dr. *Karl*, Rheinsprung 20. 1919.
Burckhardt, Dr. *August*, Albanvorstadt 94. 1895.
**Burckhardt-Merian*, *Julius*, Neusatzweg 3. 1919.
Burckhardt, Dr. *Paul*, Marschalkenstr. 53. 1914.
**Burckhardt-Iselin*, *Rud.*, Albanvorstadt 96. 1919.
**Christ-de Neufville*, *Rudolf*, Petersgraben 15. 1919.
Dürr, Dr. *Emil*, Professor, Militärstr. 12. 1908.
**Eberle-Jundt*, *E.*, Sekundarlehrer, Hammerstr. 14. 1919.
Finsler, Dr. *Georg*, V. D. M., Sonnenweg 16. 1891.
Geering-Respinger, *Adolf*, Buchhändler, Bäumleingasse 10. 1895.
Geering, Dr. *Traugott*, Bachlettenstr. 54. 1884.
Geigy-Schlumberger, Dr. *Rudolf*, Dufourstr. 21. 1895.
**Henrici*, Dr. *Hermann*, Privatdozent, Austr. 25. 1919.
Heusler, Dr. *Andreas*, Professor, Grellingerstr. 16. 1859.
Heusler, *Fritz*, Bibliothekar, Holbeinstr. 68. 1914.
**His*, Dr. *Ed.*, Privatdozent, Engelgasse 83. 1919.
**His*, Dr. *Rudolf*, Professor, in Münster (Westfalen), Dechaneistraße 25. 1919.
Holzach, Dr. *Ferdinand*, Schulinspektor, Neubadstr. 5. 1895.
**Horner-Leporowska*, Dr. *Karl*, Pfirtergasse 32. 1919.
Huber, Dr. *August*, Staatsarchivar, Nonnenweg 25. 1907.
**Iselin*, Dr. *Heinrich*, Mittlere Straße 19. 1919.
**Iselin*, Dr. *Isaac*, Rittergasse 17. 1919.
**Laroche-Merian*, *Fritz*, Rittergasse 25. 1919.
Laubscher, *Armin*, Kaufmann, Eulenstr. 65. 1917.
**Lichtenhan-Im Obersteg*, *K.*, Verlagsbuchhändler, Feierabendstraße 11. 1919.
**Lindenmeyer-Christ*, *Max*, Rittergasse 27. 1919.
**Mähly-Eglinger*, Dr. *J.*, Sonnenweg 2. 1919.
Matzinger-Kündig, Dr. *Alb.*, Reallehrer, Lenzgasse 8. 1914.
**Moor-Hurter*, *Karl*, Ingenieur, Marschalkenstr. 37. 1919.
**Oeri*, Dr. *Albert*, in Riehen. 1919.
Pfister, Dr. *Alex. Victor*, Lehrer, Byfangweg 26. 1905.
**Probst*, Dr. *Emanuel*, Socinstr. 69. 1919.

Roth, Dr. *Karl*, Assistent an der Universitätsbibliothek, Oberalpstraße. 1910.
**Rumpel, Louis*, Verwalter (Konsumgenossenschaft Waldenburg), in Waldenburg. 1919.
Sarasin, Hans Franz, St. Albananlage 24. 1917.
Sarasin-Iselin, W., Bandfabrikant, St. Jakobstr. 14. 1895.
**Sarasin-His*, Dr. *W.*, Langegasse 49. 1919.
**Schlumberger-Vischer*, Frau *E.*, St. Jakobstr. 25. 1919.
Schneider, Dr. *Jak.*, Professor, Bibliothekar, Sonnenweg 15. 1899.
**Senn, Hans*, Pfarrer, in Arlesheim. 1919.
Speiser, Dr. *Paul*, Nationalrath, Professor, Langegasse 86. 1881.
**Staehelin, Ernst*, Lic. theol., Blumenrain 22. 1919.
Staehelin, Dr. *Felix*, Professor, Gymnasiallehrer, Benkenstr. 15. 1899.
**Stehlin-von Bavier, F.*, Architekt, St. Albanvorstadt 69. 1919.
Stehlin, Dr. *Karl*, St. Alban-Anlagen. 1890.
**Stickelberger, Eman.*, Rheinfelderstr. 21. 1919.
**Stumm*, Frau *Lucie*, Austr. 126. 1919.
**Täuber-Schweizer, H.*, Generalagent der Schweiz. Lebensversicherungs- und Rentenanstalt in Zürich, Zentralbahnplatz 2. 1919.
Thommen, Dr. *Rud.*, Professor, Angensteinerstr. 21. 1882.
Vischer, Dr. *Eberhard*, Professor, Schaffhauserweg 55. 1916.
Vischer, Eduard, Architekt, Langegasse 88. 1888.
Vischer, Dr. *Fritz*, Privatdozent. Langegasse 8. 1907.
**Vischer-Geigy, Paul*, Architekt, Dufourstr. 53. 1919.
Vischer-Iselin, Dr. *Wilhelm*, Rittergasse 31. 1886.
**Voirol, A.*, Dr. med., Frauenarzt, Schifflände 3. 1919.
Wackernagel, Dr. *Rud.*, Professor, Wenkenhof, Riehen. 1881.
Waldburger, Aug., Pfarrer, Hochstr. 118. 1896.
**Wernle*, Dr. *Paul*, Professor, Oberer Heuberg 33. 1919.
Wieland, Dr. *Karl*, Professor, Hirzbodenweg 87. 1895.
Zahn-Geigy, Fritz, Bankier, Gellertstr. 24. 1895. 66

Kanton Schaffhausen.

Bächtold, Dr. *C. A.*, Stadtarchivar, in Schaffhausen. 1883.
Bendel, *H.*, Professor, in Schaffhausen. 1883.
**Brunner-Frey*, *Max*, in Schaffhausen. 1919.
**Christ*, *Ernst*, Pfarrer, in Neuhausen. 1919.
Dettli, *S.*, Telephonchef, in Schaffhausen. 1917.
End, *G.*, technischer Direktor der Waffenfabrik, in Neuhausen. 1916.
**Fischer*, *Georg*, in Schaffhausen, Villa Berg. 1919.
Harder, *Robert*, Stadtrat, in Schaffhausen. 1908.
Henking, Dr. *Karl*, in Schaffhausen. 1880.
Lang, Dr. *Robert*, in Schaffhausen. 1909.
**Pestalozzi-Kutter*, Dr. *Th.*, Gymnasiallehrer, in Schaffhausen. 1919.
**Rippmann*, Dr. *Fritz*, in Stein a. Rh. 1919.
**Schwarz*, *Fr. W.*, Post-Unterbureauchef, in Schaffhausen. 1919.
Utzinger, Dr. *Walter*, Gymnasiallehrer, in Schaffhausen. 1906.
**Wanner-Keller*, *Heinrich*, Lehrer, in Schaffhausen. 1919.
Werner, Dr. *Hans*, Staatsarchivar, in Schaffhausen. 1917.
**Werner*, *J.*, Konkursbeamter, in Schaffhausen. 1919.
**Winzeler*, *Joh.*, Redaktor, in Schaffhausen. 1919. 18

Kanton Appenzell.

**Eugster*, *David*, Sekretär der Kantonskanzlei, in Herisau. 1919.
Eugster, *H.*, Nationalrat, in Speicher. 1897.
**Hohl-Kuster*, *R.*, in Lutzenberg. 1919.
**Schlegel*, *E.*, Pfarrer, in Trogen. 1919.
**Tobler*, Dr. *Alfred*, in Heiden. 1919.
**Wohnlich*, Dr. *O.*, Professor, in Trogen. 1919. 6

Kanton St. Gallen.

**Bösch-Meyer*, Kaufmann, Kronbühl bei St. Gallen. 1919.
**Bühler*, *Ad.*, Kaufmann, in Uzwil, Sonnenhügel. 1919.
**Bürke*, Dr. *Karl*, Professor, in St. Gallen, Apfelbergstr. 10. 1919.

Bütler, Dr. *Placidus*, Professor, in St. Gallen, Großackerstr. 2. 1890.
**Custer, Heinrich A.*, Apotheker, in Rheineck. 1919.
Diebolder, Paul, in Goldach. 1908.
**Dörler, Alb.*, Reallehrer, in St. Gallen, Uli Rotachstr. 14. 1919.
Egli, Dr. *Joh.*, Professor, in St. Gallen, Brunnenbergstr. 9. 1904.
Ehrenzeller, Dr. *Wilh.*, Professor, in St. Gallen, Speicherstr. 43. 1912.
**Fäh, Joh.*, Gemeinderatsschreiber, in Kaltbrunn. 1919.
Fäßler, Oskar, Redaktor, in St. Gallen. Speicherstr. 31a. 1891.
**Fäßler*, Dr. *Wilh.*, Advokat, in St. Gallen, St. Leonhardstr. 85. 1919.
**Fehr, Otto*, Verlagsbuchhändler, in St. Gallen, Rorschacherstr. 17. 1919.
**Felder, Gottl.*, Reallehrer, in St. Gallen, Wienerbergstr. 11. 1919.
**Forster, Karl*, Kaufmann, in St. Gallen, Hebelstr. 4. 1919.
**Frey, Karl*, Konditor, in St. Gallen, Neugasse 22. 1919.
**Gemperle-Beckh, A.*, in St. Gallen, Winkelriedstr. 35. 1919.
Hagmann, Dr. *J. G.*, Professor, in St. Gallen, Goethestr. 22. 1891.
**Hauser, J.*, Regierungsrat, in St. Gallen, Rosenbergstr. 22. 1919.
**Hoffmann, Max*, Kaufmann, in St. Gallen, Dufourstr. 50. 1919.
Holenstein, Dr. *Th.*, Advokat, in St. Gallen, Rosenbergstr. 42. 1904.
**Iklé, Leop.*, in St. Gallen, Rosenbergstr. 22. 1919.
**Klingler-Lafont, O.*, in St. Gallen, Rosenbergstr. 20. 1919.
**Martel, Paul Ferd.*, Kaufmann, in St. Gallen, Vadianstr. 41. 1919.
Müller, Johann, Staatsarchivar, in St. Gallen, Rorschacherstr. 45. 1914.
Müller, Joseph, Stiftsarchivar, in St. Gallen, Hebelstraße 14. 1905.
**Näf, Adolph*, in Ober-Uzwil. 1919.
**Näf*, Dr. *Werner*, in St. Gallen, Oberer Graben 6. 1919.
**Pult*, Dr. *C.*, Professor, in St. Gallen, Singenbergstr. 8. 1919.
**Schelling, A.*, Pfarrer, in St. Gallen, Büchelstr. 11. 1919.

**Schelling,* Dr. *A.*, in St. Gallen, Büchelstr. 17. 1919.
Schieß, Dr. *Traugott,* Stadtarchivar, in St. Gallen, Falkenburgstraße 1. 1899.
**Schmon, A.*, Reallehrer, in St. Margrethen. 1919.
**Schneider-Dorn, W.*, Buchhändler, in St. Gallen. Baumgartenstraße 41. 1919.
**Steiger, Alb.*, Antiquar, in St. Gallen, Rosenbergstr. 6. 1919.
**Tobler, H.*, Direktor des Landes-Erziehungsheims Hof-Oberkirch bei Kaltbrunn. 1919.
**Wanner,* Dr. *Ernst,* Rektor, in St. Gallen, Wildeggstr. 36. 1919.
Wartmann, Dr. *Hermann,* in St. Gallen, Notkerstr. 15. 1860.
**Wartmann, Hermann,* Handelsgärtner, in St. Gallen, Teufenerstraße 138. 1919.
**Willi, F.*, Stadtbibliothekar, in Rorschach. 1919.
**Zellweger, Ernst Herm.*, Reallehrer, in St. Gallen, Dufourstr. 2. 1919.
**Zollikofer & Comp.*, Buchdruckerei, in St. Gallen. 1919. 42

Kanton Graubünden.

Camenisch, Dr. *Karl,* Direktor des Hochalpinen Töchterinstituts, in Fetan. 1901.
Gisler, Dr. *Anton,* Professor, in Chur. 1910.
**Herold, Hermann,* in Chur. 1919.
von Jecklin, Dr. *Const.*, Professor, in Chur. 1889.
von Jecklin, Dr. *Fritz,* Staatsarchivar, in Chur. 1897.
Pieth, Dr. *Friedr.*, Professor (Kantonsbibliothek), in Chur. 1898.
von Planta, Dr. *Robert,* in Fürstenau. 1914.
Plattner, Placidus, alt Regierungsrat, in Chur. 1888.
Purtscher, Dr. *Fridolin,* Professor, in Chur. 1909.
Robbi, Dr. *Jul.*, in St. Moritz. 1911.
Simeon, Anton, bischöflicher Archivar, in Chur. 1913.
Sprecher von Bernegg, Th., Oberstkorpskommandant, a. Chef des Generalstabs, in Maienfeld. 1899.
Valär, Dr. *Michael,* Stadtarchivar, in Chur. 1890. 13

Kanton Aargau.

Dörfliger, Dr. *Hedwig*, in Schöftland. 1919.
**Hässig*, *Hans*, Stadtammann, in Aarau. 1919.
**Heer*, *H.*, in Bellikon. 1919.
Herzog, Dr. *Hans*, Staatsarchivar, in Aarau. 1884.
Heuberger, Dr. *S.*, Rektor, in Brugg. 1896.
**Jenny*, Dr. *Ernst*, Stadtbibliothekar, in Zofingen. 1920.
**Jörin*, Dr. *Ernst*, Bezirkslehrer, in Lenzburg. 1919.
**Kleinert*, Dr. *Ed.*, Gymnasiallehrer, in Zurzach. 1919.
**Matter*, *A.*, Ingenieur, in Laufenburg. 1919.
Mercier, *Henry*, in Ennetbaden. 1917.
Merz, Dr. *Walther*, Oberrichter, in Aarau. 1892.
**Mittler*, Dr. *O.*, in Gränichen. 1919.
Müller, Dr. *Theod.*, Professor an der Kantonsschule, in Aarau. 1917.
**Müri*, *P.*, Oberrichter, in Aarau. 1919.
Pfyffer, *Ivo*, Seminardirektor, in Wettingen. 1914.
**Siegfried*, Dr. *Kurt*, in Zofingen. 1919.
Speidel, Dr. *Karl*, Bezirkslehrer, in Baden. 1916.
**Staub*, *Rud.*, Baden. 1919.
**Urech*, Dr. *Friedr.*, Privatgelehrter, Schlößchen Auenstein, bei Wildegg. 1919.
Welti-Herzog, Dr. *H.*, in Aarburg. 1913.
Wernli, *Fritz*, Bezirkslehrer, in Lenzburg. 1918. 21

Kanton Thurgau.

**Büeler*, *G.*, Professor, in Frauenfeld. 1919.
von Greyerz, Dr. *Theod.*, Professor, in Frauenfeld. 1909.
**Hebting*, *Alb.*, Statthalter, in Weinfelden. 1919.
**Leutenegger*, Dr. *A.*, in Kreuzlingen. 1919.
**Pischl-Hartmann*, *Karl*, Apotheker, in Steckborn. 1919.
**Raduner*, *Alfred*, in Horn. 1919.
**Schellenberg*, *Hermann*, in Ermatingen, Lilienberg. 1919.
**Schneller*, *Hermann*, Staatsschreiber, in Frauenfeld. 1919.

*_Straub-Kappeler, C._, in Amriswil. 1919.
Wuhrmann, Willy, Pfarrer, in Arbon. 1914. 10

Kanton Tessin.

*_Martignoni_, Dr. _A._, Avvocato e notaio, in Lugano. 1919.
*_Trezzini_, Dr. _Celestino_, Professor, in Lugano. 1919. 2

Kanton Waadt.

*_Barbey, Maurice_, Avocat, à Montreux, Grand Rue 94. 1919.
*_Bioley, Pierre_, Secrétaire de la Société d'histoire du Valais romand, à Orbe. 1919.
*_Bonjour, Emile_, Conservateur du Musée des beaux arts, à Lausanne. 1919.
*_Burmeister, Alb._, Professeur, à Payerne. 1919.
*_Buser_, Dr. _W._, à Vevey. 1919.
*_Chappuis, E._, Notaire, à Chexbres. 1919.
Cornaz, Ernest, à Lausanne, Avenue Davel 8. 1915.
*_Dick, Charles_, Orfèvre, à Vevey. 1919.
*_Dutoit, Daniel_, Ingénieur agricole, à Corsier, près Vevey. 1919.
Gilliard, Dr. _Charles_, à Lausanne. 1914.
Lasserre, D., Lic. litt. hist., à Chailly s. Lausanne. 1915.
Maillefer, Paul, Dr. et Professeur, Directeur de la „Revue historique vaudoise", à Lausanne. 1894.
*_Mercier, Arthur_, Château de Beaulieu, à Lausanne. 1919.
Reichel, Dr. _Alex._, Membre du tribunal fédéral, à Lausanne. 1898.
Reymond, Maxime, à Lausanne. 1915.
Schnetzler, Charles, Pasteur, à Oron la Ville. 1910. 16

Kanton Wallis.

de Courten, In _Chs._, Juge cantonal, à Sion. 1917.
Imesch, Dionys, Domherr, in Sitten. 1893.
Meyer, Leo, Kantonsarchivar, in Sitten. 1918. 3

Kanton Neuenburg.

**Attinger, Victor,* Editeur, à Neuchâtel. 1919.
**Baillod, Paul,* Avocat et notaire, à Neuchâtel. 1919.
**Béguelin, Edouard,* Professeur à l'université, à Neuchâtel. 1919.
**Borel, Georges,* Docteur, à Auvernier. 1919.
Borel, Maurice, à Neuchâtel. 1911.
Bovet, André, Archiviste paléographe, Directeur de la Bibliothèque, à Neuchâtel. 1913.
**Boy de la Tour, Maurice,* Conservateur du Musée des beaux arts, à Neuchâtel. 1919.
**Burnier, Charles,* Professeur à l'université, à Neuchâtel. 1919.
**de Chambrier, Samuel,* à Neuchâtel. 1919.
**Delachaux, Arthur,* Editeur, à Neuchâtel. 1919.
**Dietisheim, Henry,* à La Chaux-de-Fonds. 1919.
**Dietisheim, Jules,* à La Chaux-de-Fonds. 1919.
**Droz, Numa,* Directeur de l'école secondaire de Boudry, à Cortaillod, Grand champs Areuse. 1919.
**Dubois, Ernest,* Directeur du Gymnase, à Neuchâtel. 1919.
Du Pasquier, Armand, Dr. jur., à Neuchâtel. 1907.
**Fallet, Théophile,* Professeur à l'école de commerce, à Neuchâtel. 1919.
Favarger, P., Dr. en droit, Avocat, à Neuchâtel. 1909.
**Gallet, Georges,* à La Chaux-de-Fonds. 1919.
Godet, Philippe, Professeur, à Neuchâtel. 1888.
**Humbert, Paul,* Professeur à l'université, à Neuchâtel. 1919.
Jeanjaquet, Jul., Dr. phil., Professeur, à Neuchâtel. 1900.
**Jéquier, Hugues,* Elève dipl. d'école des Sciences politiques, à Paris, 5, Avenue de Ségur. 1919.
**Junod, Emanuel,* Professeur à l'université, à Neuchâtel. 1919.
**Lardy, Charles,* ancien Ministre de Suisse à Paris, à Châtillons s. Vevey. 1919.
**Meckenstock, Charles,* Juge cantonal, à Neuchâtel. 1919.
**de Meuron, P.,* Conseiller aux états, à Neuchâtel. 1919.
**Micol, Alois,* Professeur à l'école de commerce, à Neuchâtel. 1919.
Montandon, Léon, Aide archiviste de l'Etat, à La Chaux-de-Fonds. 1914.

*_de Montmollin, Pierre,_ ancien Pasteur, à Neuchâtel. 1919.
*_Noséda,_ Mlle. _Marguerite,_ étudiante, à Neuchâtel. 1919.
*_Paris, James,_ Professeur à l'université, à Neuchâtel. 1919.
*_de Perregaux, Samuel,_ Directeur de la Caisse d'épargne, à Neuchâtel. 1919.
*_Perrochet, Charles,_ Dr. méd., à La Chaux-de-Fonds. 1919.
Pétremand, Jul., Professeur, à Neuchâtel. 1917.
Piaget, A., Professeur et Archiviste d'Etat, à Neuchâtel. 1900.
*_de Pury, Jacques,_ Avocat, à Neuchâtel. 1919.
de Pury, Jean, Dr. J. U., Colonel à l'Etat-Major fédéral, à Neuchâtel. 1899.
de Pury, Paul, Directeur du Musée historique, à Neuchâtel. 1904.
*_Reutter, Louis,_ Architecte, à Neuchâtel. 1919.
*_Richard,_ Dr. _Henry,_ Président de la Société d'histoire du canton de Neuchâtel, Le Locle. 1919.
*_Robert, Paul,_ industriel, à Fontainemelon. 1919.
*_Rosselet,_ Mlle. _Clara,_ Bibliothécaire, à Cortaillod. 1919.
Rott,Edouard, Dr. en droit, à Paris (50, Avenue du Trocadéro). 1880.
de Rougemont, Léopold, à Neuchâtel. 1915.
Schelling, Henri, à Neuchâtel (Ecluse, 30). 1918.
*_Thévenaz, Louis,_ Sous-archiviste de l'Etat, à Neuchâtel. 1919.
*_Vuille, Paul,_ à Neuchâtel. 1919.
*_Vouga, Paul,_ Professeur à l'Ecole de commerce, à Neuchâtel. 1919.
*_Wavre, Frédéric,_ Notaire, à Neuchâtel. 1919.
*_Wasserfallen,_ Mlle. _Madeleine,_ Bibliothécaire, à Neuchâtel. 1919.
*_Wolfrath, Henry,_ Imprimeur, à Neuchâtel. 1919. 51

Kanton Genf.

*_Andreae, Edouard,_ Dr. méd., à Genève (9 Rue de Candolle). 1919.
Aubert, Fernand, Licencié ès lettres, sous-conservateur à la Bibliothèque publique et universitaire, à Genève. 1906.
Aubert, Hippolyte, Archiviste-paléographe, à Crassier (Vaud). 1893.

Babel, Antony, Dr. en sociologie, Priv.-Doc. à l'Université, à Carouge (109 Rue de St-Julien). 1917.

Barbey, Frédéric, Légation de Suisse, à Bruxelles (20 Boulev. du Régent). 1902.

Barde, Edmond, Licencié en droit, Secrétaire de la rédaction du „Journal de Genève", à Genève. 1913.

**Barrelet, François,* Banquier, à Genève (14 Rue Sennebier). 1919.

van Berchem, Victor, Dr., à Genève (16 Rue des Granges). 1886.

Blondel, Louis, Conservateur du „Vieux Genève", à Genève (16 Rue Sennebier). 1915.

**Borel, Will.,* Forestier cant., à Genève (1 Promenade du Pin). 1919.

Borgeaud, Charles, Dr. phil. et jur., Professeur d'histoire suisse à l'Université, à Onex, près Genève. 1899.

Burnet, Edouard, à Genève (25 route de Chêne). 1910.

Chapuisat, Edouard, Licencié en droit, à Genève (39 route de Malagnou). 1914.

de Claparède, Hugo, Dr. jur., Professeur à l'Université, à Genève (chemin Bizot). 1914.

Cramer, Lucien, Dr. jur., à Genève (5 avenue Marc Monnier). 1903.

De Crue, Francis, Dr. ès lettres, Professeur à l'Université, à Genève (15 cours des Bastions). 1905.

Dufour, Théophile, Directeur honoraire des Archives et de la Bibliothèque, à Genève (6 route de Florissant). 1879.

Dunant, Albert, anc. cons. d'Etat, à Genève (4 Grand Mézel). 1914.

**Emmanuel, Edm.,* Ingén., à Genève (6 Boulev. James Fazy). 1920.

Favre, Edouard, Dr. phil., à Genève (12 rue des Granges). 1879.

Gandillon, Henri, à Genève (1 Bout du Monde). 1914.

Gardy, Frédéric, Licencié ès lettres, Directeur de la Bibliothèque publique et universitaire, à Genève. 1909.

Gautier, Lucien, Dr. phil., Professeur honoraire à l'Université, à Cologny, près Genève. 1909.

**Hentsch, Ernest,* à Genève (14 Rue Hôtel de Ville). 1920.

**Karmin, Otto,* à Genève (chemin de Garance). 1919.

Ladame, Paul, Dr. med., à Genève (5 Rondpoint de Plainpalais). 1916.

*_Lansel, Pierre,_ à Genève (11bis Rue Töpffer). 1919.
Martin, Alfred, Dr. jur., Professeur à la Faculté de droit, à Frontenex, près Genève. 1914.
Martin, Paul-Edm., Dr. ès lettres, Archiviste d'Etat, à Genève (Hôtel de ville). 1905.
Micheli, Horace, Dr. ès lettres, à Landecy, près Genève (et à Berne, Oberhaspelweg). 1915.
Naville, Edouard, Dr. ès lettres et phil., Professeur à l'Université, à Malagny, près Genève. 1882.
Necker, Henry, à Genève (9 Rue Calvin). 1914.
*_Patry, J. Henry,_ Avocat, Châlet de la Gradelle, Frontenex, près Genève. 1919.
Peter, Marc, Dr. en droit, Conseiller national, à Genève (12 Rue de la croix d'or). 1918.
*_Pfäffly, Ch. François,_ Professeur à l'institut dentaire de l'Université, à Genève (5 Avenue Gaspard Valette). 1919.
Rivoire, Emile, Notaire, à Genève (15 quai de l'Ile). 1914.
*_Sautter, Arthur,_ Notaire, à Genève (6 Rue Petitot). 1919.
Seitz, Charles, Dr. ès lettres, Professeur à l'Université de Fribourg, à Genève (3 Tranchées de Rive). 1914.
Wagnière, Georges, Dr. jur., Ministre de la Confédération, à Rome. 1915.
*_de Westerweller, Jules,_ à Vandœuvres, près Genève. 1919. 40

521

Von diesen 521 Mitgliedern traten ein

1851—1860: 2 (A. Heusler — H. Wartmann).
1861—1870: 2 (G. Meyer von Knonau — J. L. Brandstetter).
1871—1880: 13 (H. Escher, P. Schweizer, A. Stern — H. Dübi, A. Haller, G. Tobler — A. D. Bommer — J. Wyrsch — A. Bernoulli — K. Henking — E. Rott — Th. Dufour, Ed. Favre).
1881—1890: 32.
1891—1900: 54.
1901—1910: 64.
Seit 1911: 354.

Ehrenmitglieder.

	Jahr der Aufnahme
Bresslau, Harry, Professor, in Heidelberg	1891
Coolidge, W. A. B., in Grindelwald	1908
Ehrle, Franz, S. J., Praefect der Vaticana, in Rom	1895
Hauser, Henri, Professeur à l'Université, in Dijon	1913
Heyck, Eduard, in Ermatingen (Ktn. Thurgau)	1891
Mayr, Michael, Professor, Director des Archives für Tirol und Vorarlberg, in Innsbruck	1913
Obser, Karl, Director des badischen General-Landesarchives, in Karlsruhe	1913
Redlich, Oswald, Professor, in Wien	1903
von Riezler, Sigm. Otto, Professor, in München	1878
von Schneider, Eugen, Director des geheimen Haus- und Staatsarchives, in Stuttgart	1913
Schulte, Aloys, Professor, in Bonn	1890
Stouff, L., Professeur à l'Université, in Dijon	1902

Vergleichende Uebersicht

der

Gesammtzahl der Gesellschaftsmitglieder

von 1841 bis 1920.

	1841	1846	1861	1873	1881	1896	1920
Zürich . . .	43	48	26	26	35	42	101
Bern . . .	21	27	34	44	39	32	55
Luzern . .	11	15	11	12	14	11	13
Uri	1	1	1	1	1	2	2
Schwyz . .	2	1	1	—	5	7	4
Unterwalden .	1	1	—	—	6	5	10
Zug . . .	1	1	—	—	—	—	—
Glarus . . .	3	3	2	3	2	3	9
Freiburg . .	6	5	8	2	3	6	29
Solothurn . .	3	2	21	22	18	11	10
Basel . . .	23	33	30	29	33	47	66
Schaffhausen .	3	3	1	2	3	3	18
Appenzell . .	4	5	1	1	2	2	6
St. Gallen .	6	7	6	9	7	13	42
Graubünden .	36	39	15	6	4	7	13
Aargau . .	6	9	6	6	6	7	21
Thurgau . .	8	9	6	3	1	4	10
Tessin . . .	—	1	—	2	2	1	2
Waadt . . .	10	13	15	12	13	14	16
Wallis . . .	2	3	—	—	—	5	3
Neuenburg .	1	8	5	5	6	3	51
Genf . . .	17	16	11	10	14	18	40
Im Ausland .	—	—	—	—	—	—	—
	208	250	200	195	214	243	521
Ehrenmitglieder	—	8	21	18	13	16	12

GENÈVE ET LES SUISSES

AU XVe SIÈCLE

LA FOLLE VIE

ET LE

PREMIER TRAITÉ DE COMBOURGEOISIE

(1477)

II.

Par

VICTOR VAN BERCHEM.

IV. La libération des otages.

Malgré les avis répétés de Lestelley sur la résolution des Suisses de ne rien concéder aux Genevois, ceux-ci se flattaient encore d'obtenir quelque adoucissement à leur sort. Ils comptaient, pour cela, sur la conférence qui devait avoir lieu entre la Savoie et les cantons afin de conclure l'accord négocié entre les deux pays au congrès de Fribourg, en août 1476. Pour éviter aux députés suisses le long voyage de Chambéry, la diète avait exprimé le désir que cette conférence se tînt à Genève; la date en était fixée au dimanche de Quasimodo, soit au 13 avril [1]).

Le conseil de la ville, attentif à honorer ses hôtes, ordonna de nettoyer les rues et les places publiques. Dans la crainte que le ressentiment du peuple genevois contre les Suisses ne fît naître quelque incident, il décida que les ambassadeurs des cantons seraient reçus «avec un visage joyeux»; que, suivant l'usage, du vin leur serait porté deux fois par jour, aux repas, et que ce serait du meilleur que l'on pourrait trouver. Mais il jugea prudent de ne leur faire aucun cadeau et de ne pas les défrayer avant la fin des négociations, alors qu'on connaîtrait les effets de leur bonne volonté à l'égard de la ville [2]). La duchesse-régente de Savoie devait assister en personne à la conférence. Les magistrats genevois s'apprêtèrent à la recevoir d'autant mieux qu'elle venait de tirer la ville d'un cruel embarras, en lui prêtant ses bijoux, et que son appui leur était nécessaire pour faire aboutir les

---

[1]) E A, t. II, p. 645f, 658f, 661f (29 janv.; 7 et 21 mars 1477). — *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 80, 103, 105, 131 (20 mars; 5, 8, 18 et 20 avril).

[2]) R C, t. III, p. 17, 19 (8, 11 et 15 avril); ci-dessus, t. 44, p. 72.

demandes qu'ils se proposaient d'adresser aux représentants des Ligues. Des mesures furent prises pour la police de la ville et la garde des portes pendant la durée de la conférence. Des émissaires furent envoyés à Lausanne, dans le pays de Vaud et à Saint-Claude, pour épier ce qui se passerait dans ces régions et assurer la protection de la duchesse et des siens [1]).

Cependant, au dernier moment, à la prière de la duchesse Yolande, il fut décidé que la conférence aurait lieu à Annecy, résidence du comte Janus de Genevois, où Yolande s'était transportée de Chambéry, le 11 avril, avec son fils mineur le duc Philibert Ier [2]). Les ambassadeurs des cantons, réunis à Genève le 17 avril et dont l'imposant cortège comptait une centaine de chevaux, gagnèrent Annecy le lendemain. Déçu dans son espoir d'acquérir leurs bonnes grâces pendant leur séjour à Genève, le conseil revint sur sa première décision et s'empressa de leur faire don de torches et de dragées, ainsi qu'au marquis de Rothelin et au comte de Gruyère qui les accompagnaient [3]). Puis il chargea

---

1) *Ibidem* (11, 14 et 15 avril).

2) Büchi, *Akten*, p. 45—46 (où il faut lire: *Nissi*, au lieu de Jussi); E A, t. II, p. 669a. — *Turin*, Arch. d'Etat, 3e section, Trésorerie générale de Savoie, vol. 124: compte d'Alex. Richardon, 1er oct. 1476—1er oct. 1477. C'est par suite d'une erreur de plume que le trésorier place au mois de mai le séjour de la duchesse Yolande à Annecy. Voir L. Ménabréa, *Chroniques de Yolande de France* (Paris 1859), p. 167—170; Gabotto, t. II, p. 228—229.

3) R C, t. III, p. 19, 20, 23 (17, 18 et 29 avril); E A, t. II, p. 673n. — Le chiffre de cent personnes et cent chevaux, indiqué dans le compte de Richardon, se décompose ainsi: les ambassadeurs des cantons, 46 chevaux; le bailli de Vaud, 3; le bailli de Lausanne et le sire de Combremont, 9; le comte de Gruyère et son frère, le sire d'Oron, 16; le marquis de Rothelin, comte de Neuchâtel, 26. Les députés du Valais étaient au nombre de 4. Parmi les ambassadeurs suisses se trouvaient l'avoyer bernois Adrien de Boubenberg, le défenseur de Morat, et son prédécesseur immédiat, Pétremand de Wabern, seigneur de Belp; le bourgmestre de Zurich Henri Göldli, l'avoyer de Fribourg Pétremand Pavillard, Pétremand de Faucigny et Guillaume Techtermann; le banneret de Soleure. Voir la liste des députés suisses présents à Fribourg le 1er mai: E A, t. II, p. 674. Ochsenbein, p. 642; Büchi, *Akten*, p. 78.

les syndics Nerga et Blancmantel, les conseillers Pierre Gavit et Jean de La Foge et le secrétaire Hugonet Conseil d'aller à Annecy, défendre les intérêts de la ville, et il leur remit des instructions rédigées au nom de l'évêque, «pour luy et sa cité» [1]).

En insistant sur «la neccessité et indigence de ladite cité de Geneve, laquele est ainsi grande comme ung chascun vuet et cognoit», les représentants de la ville devaient chercher à obtenir des Suisses que l'indemnité d'environ 3500 écus, payée aux bandes de la Folle vie, fût portée en compte dans le règlement des 24,000 écus de la rançon, comme on l'avait fait espérer aux ambassadeurs genevois envoyés alors à Fribourg [2]). En effet, ce n'est pas par malice que les Genevois ont laissé passer Noël sans s'acquitter du premier terme de leur dette, «et l'on doyt avoyr pitié et regart à ladite cité, laquele est tant fort grevée de la grand summe principale de la composicion fete a Morges, sans la voloyr angarier et charger plus avant...». Les envoyés de Genève rappelleront aussi la diligence que la ville a mise et qu'elle met encore à faire honneur à ses engagements. N'a-t-elle pas déjà versé aux Suisses, en plusieurs fois, bien près de 11,000 écus «en or, monoye et argent contant»? Ne leur a-t-elle pas envoyé des gages estimés à 9000 écus, mais dont la valeur réelle est bien supérieure à cette somme? Elle est prête, en outre, à remettre 2500 écus aux députés des cantons lorsqu'ils repasseront par Genève. Cela fait, en tout, environ 21,500 écus, payés ou dûment

---

[1]) *Genève*, P H, Supplément, nº 23 (brouillon non daté). R C, t. III, p. 20—21 (18 et 22 avril).

[2]) Tel paraît être le sens de cet article des instructions, contrairement à ce que nous avons admis plus haut (t. 44, p. 58 n. 4). La somme de 3 à 4000 florins, dont il y est question, concorde avec l'indemnité payée à la Folle vie. Voir aussi E A, t. II, p. 673 b. Ailleurs les Genevois portent au chiffre rond de 4000 florins la somme dont ils réclament la déduction: ainsi, lorsqu'ils écrivent à la duchesse d'intercéder auprès des Suisses pour «qu'il veullient entré et desduyre les iiij m escus demandés pour leur interest» (ci-après, p. 7 n. 1). Cf. R C, t. III, p. 47; E A, t. III. 1, p. 4. — Un fragment des instructions a déjà été cité ci-dessus, t. 44, p. 33.

assurés [1]). En présence de tels sacrifices, les otages restés à Fribourg ne pourraient-ils pas être relâchés sans qu'il fût nécessaire de les remplacer par d'autres, et les Suisses n'accepteraient-ils pas, pour la somme qui leur est encore due, «obligacion et seurté civile et acostumée, comme entre cités et villes et singulieres persones fere se doyt»? Les otages, en effet, «sont fort damagables et a grand coste, despens et interés de ladite cité; et a messrs les aliés vient a nulle profit, car bien sçavet et sont seurs d'estre payé sans faute quelcunques». Enfin, les envoyés genevois exposeront aux Suisses que, par suite de la contribution de guerre dont leur ville a été frappée, celle-ci «est au present depopulée des merchans et gens ayent de quoy», et ils demanderont la prolongation des termes de paiement convenus à Fribourg, afin que les «merchans et autres absens, sans crainte et paour, retournent a ladite cité, et ladite cité ne soyt deffete». Ils donneront l'assurance que le conseil n'en continuera pas moins à recouvrer avec zèle l'argent nécessaire au paiement intégral de la rançon et au rachat des gages.

En même temps, les syndics de Genève adressèrent à la duchesse Yolande une lettre où ils la remerciaient du «grant confort, ayde et consolacion» que la ville lui devait, et la priaient d'appuyer leurs requêtes auprès des seigneurs des Ligues. Ils ajoutaient que les foires de Genève ne retrouveraient pas leur prospérité aussi longtemps que les marchands resteraient éloignés par crainte des charges que la rançon faisait peser sur la ville, et lui demandaient de consentir à ce que la contribution de Genève

---

[1]) Ici le chiffre de 22,000 écus a été effacé dans les instructions, et remplacé par celui de 21,500. En réalité, les Genevois avaient payé jusqu'alors: 2000 écus en novembre 1475 (somme non comprise dans les 26,000 écus de la rançon); 2000 écus en janvier 1476; environ 3400 écus en mars 1477 (indemnité versée aux compagnons de la Folle vie); 2884 écus portés à Lucerne en avril 1477; soit, en tout, environ 10,300 écus. Si l'on ajoute 9000 écus de gages et les 2500 écus que les Genevois offraient de payer de suite, on arrive à un total d'environ 21,800 écus.

fût payée sur le subside que les Etats de Savoie seraient appelés à voter pour le rachat du pays de Vaud [1]).

Les ambassadeurs des cantons furent les hôtes de la cour de Savoie et du comte de Genevois, à Annecy, du 18 au 25 avril [2]). Deux questions principales firent l'objet des négociations: la restitution du pays de Vaud à la Savoie, décidée en principe par le congrès de Fribourg moyennant une indemnité de rachat de 50,000 florins du Rhin, et le renouvellement de l'ancienne alliance entre la Savoie et Berne, avec extension de cette alliance aux sept autres cantons et aux trois villes de Fribourg, Soleure et Bienne. Il s'agissait, en outre, de régler les relations de Fribourg avec la Savoie et de rétablir la paix entre celle-ci et les Valaisans. Sur le premier point, la duchesse Yolande et son conseil s'efforcèrent d'obtenir la restitution immédiate des territoires savoyards occupés par les Suisses; une obligation contresignée par les Trois Etats garantirait le paiement de l'indemnité avant la Saint-Jean 1478. Les députés suisses n'avaient pas les pouvoirs nécessaires pour consentir à cette restitution anticipée; ils promirent d'en référer à leurs gouvernements. Quant à l'alliance, un projet de traité fut dressé, à la date du 23 avril, et copie en fut remise à chacune des députations suisses [3]). La conférence

---

[1]) *Genève*, P H, nº 705 bis (brouillon non daté).

[2]) *Turin*, Arch. d'Etat, compte de Richardon, déjà cité. — Recès de la conférence d'Annecy: E A, t. II, p. 669.

[3]) Analysé dans E A, t. II, p. 670, d'après une traduction allemande: *Zurich*, Abschiede, col. Tschudi, I, 42. Ce traité resta à l'état de projet, ainsi que W. Oechsli l'a fait observer en relevant l'usage abusif que la Savoie fit de cette pièce en 1559 (*Le traité de Lausanne*, Berne 1906, p. 44 et 45 n. 1). Il en existe, aux Archives d'Etat de Turin (Traités anciens avec les Suisses, paquet 3, nº 1), une expédition sur parchemin, en français, avec les traces de deux sceaux qui ne peuvent être identifiés (commun. de M. le professeur D. Muratore). Il est certain que ce traité ne fut pas ratifié par les cantons. En revanche, le 23 avril, les seigneurs et prélats savoyards qui se trouvaient à Annecy, réunis en présence de la duchesse, de l'évêque de Genève, du comte de Genève et des représentants de Philippe de Bresse, acquiescèrent aux arrangements pris avec les Suisses et

n'aboutit donc à aucune conclusion définitive; elle ajourna la suite des négociations au 25 mai, époque où la diète devait se réunir à Lucerne. Mais la cour de Savoie n'avait négligé aucun moyen pour faciliter la solution des questions qui lui tenaient à cœur. Elle avait traité ses hôtes princièrement pendant leur séjour à Annecy, les défrayant «de toutes choses», tant au château que dans la ville où ils étaient logés à l'auberge [1]). Elle avait distribué aux principaux personnages venus des Ligues dix-neuf pièces de camelot achetées à Genève pour le prix de 171 florins d'Allemagne, et avait fait remettre à quelques-uns d'entre eux, dont elle tenait particulièrement à s'assurer l'influence, des gratifications en argent d'un montant total d'environ 450 florins du Rhin [2]).

Tandis que ces graves affaires occupaient la conférence, les députés chargés de plaider auprès d'elle la cause de Genève avaient quelque peine à se faire écouter. Le 22 avril, les syndics

---

votèrent, pour le rachat du pays de Vaud, un subside de 3½ florins par feu, que les Trois Etats de Savoie ratifièrent à Chambéry, le 13 mai suivant: *Historiae patriae monumenta,* t. XIV (Comitiorum I), col. 424—426.

[1]) E A, t. II, p. 669a. — *Turin,* Arch. d'Etat, compte de Richardon, déjà cité. Les ambassadeurs suisses et le bailli de Vaud étaient logés au Mouton. Seul Boubenberg habitait au Lion, en compagnie du comte de Gruyère et de ses gens. Le marquis de Rothelin logeait avec sa suite aux Trois Rois; le bailli de Lausanne et les Valaisans, à la Croix Blanche. Le comte de Gruyère et le sire d'Oron, le marquis de Rothelin et son écuyer «ont tojours mengié ou chastel».

[2]) Voici, d'après le trésorier Richardon, la liste de ces dons: P. de Wabern, 125 ff; le bourgmestre (de Zurich), 100 ff; A. de Boubenberg, 100 ff; P. de Faucigny, 20 ff; P. Pavillard, 20 ff; le secrétaire (de Berne ?), 10 ff; «Vuarner de Berne», 20 ff; «l'amann» (de Zoug ?), 50 ff. Les pièces de camelot furent remises: «a burguemaistre, a messe Andrian, a messe Petremant de Vauber, a Vuarner de Berne, au gros saultier de Berne, a Jullian de Berne, a Adam le secretaire, a Svyz, a Uryz, a Undervalde, a Lucerne, a Claris, a Sallore, a l'avoyer de Fribourg, a messe Petrement de Foucigny, a Tourtemand (Techtermann), a Chuze (?), a Thurin de Rustingez et a Estienne Pacot».

Nerga et Blancmantel écrivent à leurs deux collègues restés à Genève [1]):

Très chiers seigneurs,

Nous noz recomendons a vous. Et sachés que yci solicitons nous afferes jour et nuyt, et cudyons bien estre despachés plus toust que ne fumes, mais les grans matiere que yci occurrent nous empachent, cart encoures le premier article de nostre tres redoubtée dame n'é pas passés. Nous avons de bon amis et soliciteur en nostre cas, et ne savons comment il en ira. Toutefoys nous vous prions que faites delivrer et mander a nostre embasseur Lestelley cent florins pour ses neccessités, cart les chouses ne sont pas si brisve comme cuydions. Et faites totale diligence de recouvré argent; nous n'avons plus grant neccessité que jamais. Nostre Seigneur soit garde de vous.

Escript Annesier, le xxij jour d'avril.

Et faites que le pourteur de ceulx cent florin soiet homme seur et qu'il rampourte confession dudit Estelley pour nostre descharge, et aultremant ne le faites delivrés.

Les tout vostre

Ja. Nerga et G. Blancmantel.

Les négociateurs genevois avaient raison de dissiper les illusions qu'avait fait naître chez leurs concitoyens la conférence d'Annecy. Lorsqu'ils revinrent à Genève, après la clôture de celle-ci, et qu'ils présentèrent leur rapport au conseil, le 26 avril, ils durent reconnaître qu'ils n'avaient atteint aucun des buts énumérés dans leurs instructions, bien que la duchesse Yolande leur eût prodigué les assurances de sa bonne volonté envers la ville [2]). S'ils avaient obtenu quelques avantages en vue de la reprise des relations commerciales qui faisaient la richesse de Genève et que la guerre avait interrompues, c'est que, sur ce terrain, les intérêts des parties représentées à Annecy étaient en somme les mêmes. Par un acte daté d'Annecy 24 avril, Yolande renouvela, au nom du duc Philibert son fils, le sauf-conduit accordé à trois

---

[1]) *Genève*, P H, nº 701. Au dos: «A messrs les sindiques de Geneve Bessanson Doriere et Barthier Bernard», et la note: «r[ecepta] die xxiij aprilis».

[2]) R C, t. III, p. 21.

reprises par son défunt mari, Amédée IX, aux marchands fréquentant les foires de Genève [1]). De leur côté, les députés suisses affirmèrent, à la demande de l'évêque Jean-Louis, que les marchands de Bourgogne, de Lombardie ou d'autres pays, pouvaient reprendre en sécurité le chemin des foires de Genève, sur la foi des assurances déjà données par les cantons [2]). Ils accueillirent aussi la requête des Genevois, recommandant leur pauvre cité aux cantons et priant ceux-ci de s'entremettre auprès du roi de France pour que soient rapportées les mesures prohibitives qui avaient compromis la prospérité des foires de Genève au profit de celles de Lyon.

Dans cette double question du transit international et de la restauration des foires genevoises, il n'était pas besoin de presser beaucoup les cantons pour les faire agir. Les péages que plusieurs d'entre eux percevaient sur la route du plateau suisse avaient une importance considérable pour leurs finances [3]). Aussi bien, au moment même des délibérations d'Annecy et sans attendre la démarche des Genevois, la diète faisait insérer des garanties formelles à ce sujet dans le traité qu'elle négociait avec les ambassadeurs du roi de France au sujet de la Franche-Comté [4]).

---

[1]) *Genève*, P H, nº 659. Voir Borel, p. 31 et 41 n. 4.

[2]) Ainsi lors de la trêve conclue à Lausanne, en juin 1476, et au congrès de Fribourg: Ochsenbein, p. 327; E A, t. II, p. 603—604, 609. Voir aussi p. 672e et le projet de traité du 23 avril, cité ci-dessus p. 7 n. 3. — Sur la négociation entre les Suisses et Genève: E A, t. II, p. 673.

[3]) Pour les trois foires de Genève, tenues à la Toussaint et Noël 1476 et à Pâques 1477, les revenus du péage de Nyon, qui était alors entre les mains des Suisses, s'élevèrent à 1455 ff (de Savoie) 2 s 8 d, malgré les circonstances peu favorables au commerce: E A, t. II, p. 674b.

[4]) E A, t. II, p. 672 f et 928 (26 avril). Louis XI devait s'engager à ne pas s'opposer au passage, par la route du plateau suisse, des marchands de la Souabe et du Haut-Rhin qui se rendaient aux foires de Lyon et de Genève, et à ne pas les obliger à passer par la Bourgogne, au détriment des péages des confédérés; seuls les marchands de Cologne et de la Basse-Allemagne seraient autorisés à suivre, comme par le passé, la voie de Bourgogne. Le roi devait laisser les marchands de Bourgogne fréquenter libre-

Mais sur l'article qui leur importait le plus, celui de leur rançon, les Genevois se virent opposer une fin de non recevoir. Les députés suisses s'en tinrent aux instructions qui leur avaient été envoyées de Lucerne, par la diète, le 14 avril: ils exigèrent le paiement intégral du solde avant la fête de la Saint-Jean (24 juin), le maintien des otages et le versement immédiat de 5000 florins du Rhin, pour compléter le premier terme de 8000 florins, échu à Pâques. En vain les magistrats genevois exposèrent-ils la triste situation économique où se trouvait la ville, déclarant qu'elle était hors d'état de se libérer si promptement et que jamais le conseil n'avait donné les mains aux nouvelles conditions formulées par la diète de Lucerne; en vain, ils réclamèrent de plus longs délais de paiement et demandèrent qu'on déduisît de la rançon l'indemnité versée aux Suisses à Fribourg; les députés des cantons se bornèrent à écouter leurs doléances et ne se laissèrent arracher aucune concession.

Le débat porta aussi sur les plaintes de quelques confédérés qui exigeaient une réparation pour les outrages qu'ils avaient subis à Genève, en compagnie de l'avoyer bernois Nicolas de Diesbach [1]) et sur les réclamations des nombreux marchands, suisses ou allemands, qui prétendaient être indemnisés des dommages matériels qu'ils avaient soufferts au cours de la guerre, à Genève

---

ment les foires de Genève, après la clôture de celles de Lyon. En outre, les ambassadeurs français promettaient de solliciter du roi la même liberté *pour tous ses sujets*, en raison des services que lui avaient rendus les cantons et pour engager ceux-ci à lui rester fidèles à l'avenir. Ce traité ne fut pas ratifié. — Un mois plus tard, en négociant la paix avec les ambassadeurs de la duchesse de Bourgogne, la diète exige d'eux les mêmes garanties en ce qui concerne les marchands allemands qui fréquentent les foires de Genève et de Lyon: E A, t. II, p. 680 ee.

[1]) E A, t. II, p. 673 a: l'évêque et la ville de Genève demandaient que ces plaintes fussent abandonnées; subsidiairement, ils offraient de s'en remettre au jugement des avoyer et conseil de Berne ou de Fribourg. Les députés suisses promirent d'en référer à leurs supérieurs. Voir ci-dessus, t. 44, p. 8 et n. 2.

et sur les routes de Savoie [1]). Le congrès de Fribourg avait réservé aux uns et aux autres l'action en justice devant les tribunaux ecclésiastiques ou civils de Genève, et il avait fixé les bases d'une procédure arbitrale éventuelle.

Toute cette négociation relative à Genève est consignée dans un «recès» spécial qui porte la date du dimanche 27 avril 1477, ce qui montre qu'elle s'acheva à Genève même, lors du passage des ambassadeurs suisses dans cette ville à leur retour d'Annecy. Le lendemain, résolu de se soustraire aux charges que pouvaient entraîner les revendications des marchands, le conseil envoya à deux reprises les syndics et quelques conseillers à l'auberge où se trouvaient encore les ambassadeurs des cantons, afin d'insister auprès d'eux pour que la ville ne fût pas comprise dans l'accord conclu sur ce point avec l'évêque. Les délégués du conseil ne se tinrent pour satisfaits que lorsque l'avoyer Adrien de Boubenberg eut fait corriger le texte primitif du «recès» par le secrétaire de Berne, et leur eut donné, parlant en français, l'assurance que la ville n'avait rien à redouter de cet article, et que seuls l'évêque et les particuliers incriminés pourraient être mis en cause [2]). Puis, les représentants des cantons reprirent le chemin de la Suisse, à l'exception de l'ancien avoyer bernois Pétremand de Wabern, que ses intérêts privés retinrent encore un certain temps à Genève où il possédait une partie de la maison seigneuriale construite, au commencement du XVe siècle, par Jacques de Rolle, à l'angle du Molard et de la rue de la Croix d'Or. Pour se faire bien voir de ce magistrat influent, le conseil lui fit porter du vin deux fois par jour et chargea quelques citoyens de le visiter sou-

---

[1]) E A, t. II, p. 673 f. — Voir Knebel, t. II, p. 459, 461, 463 et 475; E A, t. II, p. 609; Schilling, t. II, p. 88.

[2]) R C, t. III, p. 21—22. Dans leur seconde visite, les magistrats genevois étaient accompagnés d'Angebert Crumwert, ce prêtre originaire du diocèse de Cologne, qui leur avait déjà souvent servi d'interprète pour négocier avec les Suisses (ci-dessus, t. 44, p. 68 n. 4). L'ignorance de l'allemand a toujours été, pour les Genevois, une gêne dans leurs relations avec les cantons.

vent. Le 4 mai, il décida de le défrayer entièrement et de l'inviter à intercéder pour la ville, soit dans l'affaire des foires, soit dans les autres questions à débattre [1]).

Une fois de plus, les Genevois avaient été trompés dans leurs espérances. La «journée» d'Annecy les avait entraînés dans de nouvelles dépenses [2]) sans apporter d'atténuation aux engagements qu'ils avaient contractés envers les cantons. Il fallut se hâter de poursuivre le recouvrement du lourd impôt de guerre qui rentrait si difficilement, afin d'envoyer sans retard en Suisse les 5000 florins qui n'avaient pu être remis aux ambassadeurs des Ligues [3]). Quant aux otages restés à Fribourg, leur entretien continuait à occasionner de grands frais. L'évêque Jean-Louis ayant fait dire à l'un des syndics que la ville eut à pourvoir à leurs dépenses, le conseil, poussé à bout, déclara qu'il ne les regardait

---

[1]) «Requiratur quod interesse velit et intercedere pro civitate et habitantibus, tam erga nundenas quam alia neccessaria»: R C, t. III, p. 22, 23 (29 avril et 4 mai). — Le 1er septembre 1476, Berne écrit, soit à l'évêque, soit aux syndics et conseil de Genève, pour les prier de s'entremettre en faveur de son avoyer, P. de Wabern, empêché par l'opposition du procureur du comte de Romont, de toucher les revenus des maisons qu'il possède à Genève: *Berne*, Lat. Miss. A, fol. 476 et v°; R C, t. II, p. 458. Sur la maison de Rolle, au Molard, voir J. Mayor, dans *Bulletin de la Société d'histoire de Genève*, t. I, p. 65. Estimée 3800 ff. dans l'inventaire des immeubles de 1475 (M D G, t. VIII, p. 311), cette maison était alors partagée entre trois propriétaires. Le premier est désigné comme suit: «Tenent Bernen.», et taxé à 1600 ff. Or, en 1481, le conseil fait don à P. de Wabern de ce que celui-ci devait, «ad causam talee sue domus que fuit illorum de Rotulo»: R C, t. III, p. 181. — Le 12 mai 1477, le conseil bernois, où Wabern siège pour la première fois à son retour de Genève, écrit à l'évêque Jean-Louis: «im namen des von Wabren: im (Wabern) sy das pferd, so er im (l'évêque) geben wolt, gestorben»: *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 169.

[2]) Voir les deux mandats délivrés aux envoyés genevois les 29 avril et 13 mai (R C, t. III, p. 23 et 24), et le billet adressé par l'évêque Jean-Louis aux syndics de Genève, dans lequel il leur réclame cent écus au moment où s'ouvrait la conférence d'Annecy (impr. dans *Bulletin de la Société d'histoire de Genève*, t. III, p. 367).

[3]) R C, t. III, p. 18, 22 (11, 12 et 29 avril).

plus désormais comme les représentants de la ville, à laquelle ils avaient déjà coûté trop cher, et que le moment était venu d'examiner comment ils mangeaient tant d'argent [1]).

Ce conflit rendait peu enviable la situation des otages, livrés sans ressources aux exigences de leurs gardiens des petits cantons. Les amis qu'ils s'étaient faits à Fribourg s'en émurent, et le conseil de cette ville s'adressa, le 3 mai, aux Genevois pour les rappeler au sentiment de leur devoir envers leurs infortunés concitoyens [2]):

Honorables, tres chiers et speciaulx amis, de bon cuer nous recommandons a vous. Nous avons aperceu que ne tenëis ne fectes guere de compte d'envoyer a vous serviteurs estant yci en ostage de quoy vivre ne de quoy payer leurs gardes, ne mais de leur escripre ne conforteir en fait ne en parole, riens plus que se jamais ne les heussés veu ne cogneu, qui est chouse inhumainne. Et car leursdits gardes ne soffrent nulle dilacion, ains veulent estre payez sans nul retardement tous les samedi pour la sepmainne a venir. Aussi vousdits serviteurs ne doivent estre a leurs coustes et missions en tout bien. Volentiers vous en advertissons et prions que vueilliés consideré la matiere, affin que puissiés eviteir grands escandres que de cecy se pourroit exordre, et de non irriteir pour peu de chouse les matieres qui sont en termes de prendre bonne et briefve conclusion. Car se lesdits gardes n'estoent satiffet, ilz pourroit procedeir a quelque nuyssance, plus grande que ne pensés mesmes. Nous offrissant tousjours de vous complaire, tres chiers et speciauls amis, a tout ce qui nous seroit possible. Au plaisir nostre Seigneur, qui vous doint parvenir a vous bons desirs.

Escript le tier jour de may l'an mil cccc LXXVII.

L'avoyé et conseil de Fribourg.

Le conseil de Genève ne se laissa ni fléchir ni intimider. Il maintint sa précédente décision, fit rédiger un mémoire pour la justifier et profita de la présence de Pétremand de Wabern pour lui faire connaître les mobiles de son attitude à l'égard des otages [3]).

---

1) R C, t. III, p. 23 (29 avril).

2) *Genève*, P H, nº 702; au dos: «Aux honorables les sindiques, conseil, noubles, citiens et bourgeoys de Genève, nous tres chiers et speciaulx amis», et la note: «recepta V maii». Voir R C, t. III, p. 23 n. 1.

3) R C, t. III, p. 24 (6 mai).

Les députés suisses venus à Annecy avaient pu se rendre compte des difficultés que le gouvernement genevois éprouvait à faire rentrer l'impôt de guerre, mais les cantons n'en restèrent pas moins résolus à exiger la totalité de la rançon. Les Bernois eux-mêmes, malgré le désir qu'ils avaient de ménager Genève, n'entendaient pas renoncer à ce profit pour leurs sujets ni se compromettre davantage aux yeux de leurs confédérés en témoignant aux Genevois une trop grande complaisance. A peine Wabern eut-il repris sa place dans leur conseil, que celui-ci adressa au chapitre et à la ville de Genève, le 12 mai, une lettre qui était en même temps une mise en demeure de tenir leurs engagements et une arme fournie aux magistrats genevois contre leurs concitoyens récalcitrants [1]). Les Bernois exhortaient leurs «très chers voisins» à réunir le plus promptement possible, pour l'envoyer à Berne, la somme qui leur avait été imposée pour le rachat de leur liberté; ils ajoutaient que si, parmi les habitants de Genève, certains nobles ou gens d'autre condition invoquaient un privilège quelconque pour échapper à la taille, et que ces personnes possédassent à Genève des biens mobiliers ou immobiliers, il fallait user de contrainte pour les amener à payer. Les autorités genevoises pouvaient compter, en cette occurence, sur l'aide de Messieurs de Berne, qui ne négligeraient rien de ce qui pourrait procurer l'avantage et l'honneur de l'Eglise et de la ville de Genève. Un avertissement semblable fut adressé, le même jour, à l'évêque Jean-Louis.

Le 21 mai, le conseil général se réunit au cloître de Saint-Pierre et reçut communication du message arrivé de Berne. Afin de hâter la perception de la taille, il autorisa les syndics à séquestrer les maisons et les autres biens des contribuables qui refusaient de payer leur quote-part, à les donner en gage aux personnes qui consentiraient à prêter de l'argent à la ville, ou à louer eux-mêmes ces maisons pour le compte de la communauté.

---

[1]) *Genève*, P H, nº 703; R C, t. III, p. 25 (16 mai). — *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 168. Voir E A, t. II, p. 676 f.

Ces mesures rigoureuses ne restèrent pas sans effet: dès le 29 mai, le conseil put charger les syndics d'organiser le transport des 5000 écus attendus par les Suisses [1]).

Les conseillers Claude de Pesmes et François Gros furent choisis pour cette mission. Gros, qui depuis le mois de mars tenait la comptabilité de la rançon, reçut du banquier Jean Clerc, percepteur de la taille extraordinaire, une somme d'environ 3600 écus de Savoie, en monnaies de divers pays; les syndics Dorier et Bernard lui délivrèrent en outre 1492 écus [2]). Les deux conseillers quittèrent Genève le 31 mai, avec une escorte. Leurs instructions ne sont pas conservées, mais une note insérée dans le registre du conseil de Fribourg, qui leur donna audience à leur passage dans cette ville, nous en fait connaître le contenu [3]). Les envoyés

---

[1]) R C, t. III, p. 25—27 (20, 21, 27 et 29 mai).

[2]) *Ibidem*, p. 28 (31 mai). — Voici, d'après le compte de F. Gros (M D G, t. VIII, p. 423), la liste des pièces d'or délivrées par J. Clerc: 610 ff du Rhin (à 24 d la pièce, soit un écu de Savoie); 440 écus du roi (à 30 d); 583 ff au chat (à 15 d); 300 ducats (à 31½ d); 28 nobles à la rose (à 3 écus); 19 demi-nobles à la rose; 28½ angelots (à 4 ff de Savoie); 24 guillemins (à 2 ff); 1557 ff d'Utrecht (à 23 d), plus 17 d, soit au total: 3602½ écus de Savoie et 47 d. — La somme versée aux Suisses en avril avait été évaluée à 2884 ff du Rhin (ci-dessus, t.44, p. 71). Pour parfaire les 8000 florins du premier terme, il fallut leur en remettre, le 3 juin, 5116, et non 516 comme Chaponnière l'a imprimé par erreur (M D G, t. VIII, p. 429). Pour compléter cette somme et payer les dépenses de l'ambassade (*ibidem*), J. Clerc dut envoyer à Lucerne, le 11 juin, 119 écus et 18 d; en attendant, C. de Pesmes avait trouvé à emprunter 124 écus et 14 d. à Berne. Depuis le 3 avril, le compte de F. Gros comprend, aux recettes: 8494½ écus et 79 d; aux dépenses: 8399 écus 100 ff 91¼ d (voir ci-dessus, t. 44, p. 58 n. 1).

[3]) *Fribourg*, Manual, vol. 5, fol. 211 v°; note servant de minute à une lettre écrite à Berne: «Scribe a Berna prout nobiles Glaudius de Pemes et Francisci (!) Grossi exposuerunt...». Pour déchiffrer ce passage peu lisible, nous avons eu recours aux conseils de la direction des archives et de M. le professeur A. Büchi. La date «Veneris in consilio», inscrite en tête du folio 211 v°, succède à celle de «Jovis post Georgii», soit 24 avril (fol. 211 r°); elle paraît ne se rapporter qu'aux deux affaires judiciaires dont la mention précède, dans le registre, la minute de la lettre à Berne

de Genève devaient prier les Suisses d'accepter l'acompte qu'ils leur apportaient et de consentir à calculer à raison de huit florins le marc d'argent la valeur des objets d'orfèvrerie qui leur avaient été précédemment donnés en paiement de la rançon. Ils devaient demander la libération des otages retenus à Fribourg, le versement de 5000 florins réclamé jadis par la diète pour cette libération étant effectué [1]). Ils chercheraient à obtenir des cantons un «terme gracieux», c'est-à-dire un délai qui permît aux Genevois de s'acquitter du solde de leur dette. Ils se feraient remettre le sauf-conduit des Ligues sans lequel les marchands de Flandre n'osaient pas se rendre à Genève [2]). Les deux ambassadeurs exposèrent aussi au conseil de Fribourg que l'évêque de Genève désirait rentrer en possession de son abbaye de Saint-Claude et priait les cantons de l'y aider; enfin, ils parlèrent «d'une bourgeoisie» dont ils étaient chargés de faire la proposition à Berne [3]). En adressant au conseil bernois le compte-rendu de cet entretien, les magistrats fribourgeois le prièrent de leur communiquer la réponse que Berne donnerait aux envoyés de Genève sur ce projet de bourgeoisie.

C'est donc à ce moment qu'apparaît pour la première fois, dans les documents, l'idée de la combourgeoisie qui allait unir Genève aux deux villes de Berne et de Fribourg. Mais il est permis de supposer que cette idée était déjà née au cours de la con-

---

et ne pas concerner celle-ci. Les envoyés genevois ayant quitté Genève le samedi 31 mai et ayant été reçus à Berne le 3 juin, la séance du conseil fribourgeois à laquelle ils assistèrent doit avoir eu lieu le 1er ou le 2 juin. La date qui suit, dans le Manual (fol. 212 r°), est celle du 8 juin. Les procès-verbaux du conseil fribourgeois sont souvent interrompus, à cette époque, pendant plusieurs semaines consécutives.

[1]) Ci-dessus, t. 44, p. 72.

[2]) Voir E A, t. II, p. 673 e.

[3]) «Post li prandium (?), exposuit quod l'evesque de Genesve est en voloir de réentré en sa bay de Saint-Claude et requerir que on le vuellie aidié; 2° d'une borgesie, de quibus deix present il va a Berna. Qui d'icy sont esté tramet (?) a Berna. Et sur leur proget, qu'il (les Bernois) nos rescripvent la response qu'il lor donneront.»

férence d'Annecy, tandis que se discutait l'alliance entre la Savoie et les cantons, et que cet objet important avait été traité discrètement, par les Genevois, avec les magistrats bernois de passage dans leur ville [1]).

Informé de l'arrivée des délégués genevois à Fribourg, le conseil de Berne leur fit dire de se hâter s'ils voulaient trouver encore réunie à Lucerne la diète qui y siégeait depuis le 27 mai. Il écrivit à ses représentants à la diète de faire en sorte que les députés des cantons ne se dispersent pas avant l'arrivée de l'argent de Genève [2]). La mission genevoise se remit donc en route le 2 juin, sous la conduite d'un héraut fribourgeois; elle fut entendue, le 3, par les Petit et Grand conseil de Berne, auxquels elle apportait une lettre de l'évêque Jean-Louis, et elle aborda sans doute devant eux la question de la combourgeoisie. Mais les conseils bernois préférèrent ajourner la discussion de ce projet jusqu'au moment où l'affaire de la rançon serait réglée avec les confédérés [3]). Ils décidèrent donc d'appuyer auprès de ces der-

---

[1]) Voir ci-dessus, p. 12—15. L'analyse de la lettre de Berne à l'évêque de Genève, écrite le 12 mai, après le retour de l'ancien avoyer P. de Wabern, est suivie, dans le Ratsmanual (vol. 21, p. 168; séance des Petit et Grand conseil), de ces mots: «Wenn die botten von Jånff komen, sol man sich mitt inn underreden und was da funden wirt, widerumb an min hern burger so vor stand bringen.» Peut-être ce dernier passage est-il relatif au projet de combourgeoisie dont Wabern, qui fut dès lors mêlé de près à toute la négociation, aurait été chargé de faire les premières ouvertures.

[2]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 206 (2 juin): «das si daran sien und helffen den Saffoyern umb fúrer zil und tag des gellts so sant Johannsen tag vallen wirt ...». Cette lettre, adressée à N. de Scharnachtal, H. Matter et H. Wanner, est conservée aux Archives d'Etat, à Lucerne; elles est inexactement analysée dans E A, t. II, p. 685 ad i (commun. de M. P. X. Weber, archiviste d'Etat à Lucerne).

[3]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 209 (3 juin): «wurden verhört... der statt Jånff råt;» — Berne à l'évêque de Genève: «min hern haben sin schriben verstannden und konnen jetz inn nitt gehandlen bis ir råt fúrer zusammen komen;» — Berne à Fribourg: «min hern stellen die sachen des bischoffs von Jånff halb an, bis nach dem tag zů Lutzerrnn.»

niers les demandes des Genevois, tendant à obtenir de la diète des délais de paiement et la libération des otages [1]). Guidés cette fois par un héraut de Messieurs de Berne, Claude de Pesmes et François Gros gagnèrent rapidement Lucerne, où ils arrivèrent le jour même. La session de la diète était close, mais l'argent fut aussitôt remis aux Lucernois et transporté dans le canton d'Uri qui en donna quittance [2]).

Pour présenter les requêtes dont ils étaient porteurs, les députés de Genève furent obligés d'attendre une nouvelle réunion de la diète, convoquée à Lucerne le 11 juin. Là, les représentants des cantons constatèrent le versement effectué par les Genevois, mais ils se bornèrent à prendre «ad referendum» leur offre de payer le solde de la rançon en deux termes égaux, à Noël 1477 et à Pâques 1478, en laissant jusqu'à ce moment entre les mains des confédérés les gages déposés dans le canton d'Uri. Cependant, la majorité des cantons, entraînée par l'avis de Berne, se montra disposée à entrer dans les vues des Genevois [3]). L'évêque Jean-Louis ayant fait part à la diète d'un projet de pèlerinage à Einsiedeln, celle-ci se déclara prête à le prendre, lui et sa suite, sous sa sauvegarde; elle fit aussi dresser le sauf-conduit destiné aux marchands de Flandre et des autres provinces de Bourgogne [4]).

---

[1]) *Ibidem*, p. 210: «An unsere bottenn zů Lutzern: das si helfen das den von Jånff fúrer zil geben und ouch ir búrgen ledig gesagt werden, angesechen das pfånder gnug vorhannd sind.»

[2]) M D G, t. VIII, p. 429.

[3]) E A, t. II, p. 685 i. Cf. *Zurich*, Abschiede, coll. Tschudi, I, 45, où il est recommandé aux cantons de répondre sans retard à la demande des Genevois, «damit inen das zůgeseit werde *als das dem meren teil der ortten gevalt*».

[4]) E A, t. II, p. 684 f (*in fine*) et h; le but du voyage projeté par l'évêque est indiqué dans le texte de la collection Tschudi (*ubi supra*). Voir M D G, t. VIII, p. 429, où F. Gros paie 10 écus au secrétaire de Lucerne, «pro salvo conductu obtento ab omnibus Ligis pro mercatoribus Flandrie et aliis quibuscunque, tute veniendi apud Gebenn. et inde reddeundi». La requête des marchands de Flandre avait déjà été présentée à la conférence d'Annecy: E A, t. II, p. 673e.

Le 2 juillet, tous les cantons donnèrent leur assentiment aux termes de paiement proposés par Genève, à l'exception de Schwyz et d'Uri qui furent priés d'apporter leur réponse à la session suivante de la diète [1]). Mais, le 9 juillet, il fallut encore insister auprès des retardataires en leur rappelant que «ceux de Genève sont pauvres et que les gages déposés par eux sont suffisants»; puis la diète décida que jusqu'à ce qu'une entente complète fût intervenue sur ce point entre les cantons, les Genevois ne devaient être l'objet d'aucun acte d'hostilité [2]). La question disparaît dès lors des recès de la diète, mais la suite des événements prouve que, tacitement ou d'une manière explicite, Genève avait obtenu gain de cause.

Tandis que l'évêque et les magistrats de Genève disposaient sans façons des gages dont la meilleure partie avait été prêtée à la ville par la duchesse Yolande de Savoie, celle-ci était appelée en Piémont par les affaires de l'Etat. Inquiète du sort des joyaux auxquels elle attachait un si grand prix, elle ne voulut pas s'éloigner sans rappeler ses droits. Au moment de franchir les Alpes, elle écrivit aux syndics et conseil de Genève la lettre suivante [3]):

La duchesse de Savoye.

Chiers et bien amez, nous avons entendu que les bagues que vous avons prestées sont en Alamaigne, et en peril de perdre, dont sumes fort desplaisante, veu qu'elles sont anciannement de ceste maison, et que ne vouldrions pas que l'en peu dire que en noz mains elles fussent perdues ou par nostre moyen. Nous ne les vous avons pas prestées pour les perdres, ne aussy, se elles ont esté extimées, qu'elles demeurent par le pris dudit extime, mais tant seulement pour corte-

---

[1]) E A, t. II, p. 686 c.

[2]) *Ibidem*, p. 688 a. Les députés qui manquaient des pouvoirs nécessaires pour acquiescer expliquèrent ce retard par le fait que leur landsgemeinde ne s'était pas réunie dans l'intervalle; la décision de la diète fut communiquée par écrit à la ville de Genève: *Zurich*, Abschiede, coll. Tschudi, I, 46.

[3]) Genève, P H, nº 645; au dos: «A noz chiers et bien amez les sindiques et conseillers de Geneve», et les notes: «recepta xxij junii», et «Madame Yolant». Impr., assez peu exactement et avec la date erronée de 1478, dans Galiffe, *Matériaux*, t. I, p. 331. Voir Gabotto, t. II, p. 230.

sie et affin de evicter que plus grant mal ne fust survenu audit Geneve. Par ainsy trouvés maniere les reavoir et qu'elles nous soyent restituéez, affin que nous et vous en soyons deschargés. Escrypvés nous incontinent ce que y aurés faict. A Dieu soyez. Escript au Bourget en Maurianne [1]), le XVe jour de juing.

P. Beczon. Yolant.

La réponse des Genevois à cette missive n'est pas connue.

Confiants dans l'attitude favorable de la grande majorité des cantons, Claude de Pesmes et François Gros, après un séjour de cinq semaines dans les Ligues, avaient repris le chemin de Genève où il se présentèrent au conseil, les 8 et 11 juillet, pour faire leur rapport [2]). En passant par Fribourg, ils s'étaient fait remettre les enfants genevois demeurés en otage dans cette ville depuis l'automne 1475. Suivant Bonivard [3]), il n'y en avait plus que deux, Pierre d'Orsières et Jean-Louis de Versonnex, qui furent ramenés à Genève «accoustrez de robbes courtes touttes vertes, à la façon d'Allemaigne». Depuis longtemps, semble-t-il, le conseil avait cessé de pourvoir à l'entretien de ces garçons, car il autorisa Pesmes et Gros, qui avaient pris certains engagements à cet égard, à faire payer par un marchand de Fribourg les 500 florins dus pour la dépense des jeunes otages, somme que la ville lui rembourserait à la prochaine foire de Genève [4]).

Quant aux ambassadeurs genevois retenus à Fribourg à la suite de l'accord du 4 mars 1477, leur détention avait pris fin quelque temps auparavant. Dès le 13 juin, en effet, l'un d'eux,

---

[1]) Commune de Villarodin-Bourget, près Modane, Savoie.

[2]) R C, t. III, p. 32, 33. D'après ce rapport, les deux termes fixés par les Suisses sont: 8 jours après Noël 1477 et 8 jours après Pâques 1478.

[3]) T. I, p. 259. Voir ci-dessus, t. 44, p. 23 n. 3.

[4]) R C, t. III, p. 34, 40 (22 juillet; 9 sept.). Il semble que cette somme ait dû être avancée à la ville par N. Lingot: p. 144 (20 juin 1480). En passant à Fribourg, Gros avait payé 24 écus et 4 gros «pro expensis infancium de Gebennis in hostagiis detentorum»: M D G, t. VIII, p. 429 (où le mot *instancium* doit être lu: *infancium*). Enfin, 25 écus furent payés à N. Lingot et au précepteur des enfants de Versonnex «pro expensis factis in Friburgo»: R C, t. III, p. 63 (16 janv. 1478).

le secrétaire épiscopal Claude De Solan, se trouvait de nouveau à Genève dans l'exercice de ses fonctions. Il y dressait précisément l'acte par lequel l'évêque disposait des minutes de l'un de ces ambassadeurs, le notaire et commissaire épiscopal Aimé de Lestelley, «récemment décédé» [1]). Ainsi le pauvre Lestelley, dont le conseil de Genève avait laissé si souvent sans réponse les messages désespérés, était mort en exil! Peut-être était-il déjà malade et avait-il quelque pressentiment de sa fin prochaine, lorsqu'il écrivait aux syndics, le 1er avril: «de la detencion de ma personne ne vous sossyés, car j'eyme plus morir que vivre.» La date exacte de sa mort n'est pas connue [2]), mais les comptes de la ville de Fribourg nous ont transmis quelques détails sur la fin de ce loyal serviteur de Genève. D'après ce document, Lestelley est décédé chez Willi Rogier, bourgeois de Fribourg, fils d'un apothicaire et membre du Deux Cents, dont la maison s'élevait dans la Grand-rue du Bourg, non loin de l'église paroissiale de Saint-Nicolas. Son hôte appartenant à l'abbaye des merciers, ce furent des compagnons merciers qui, sur l'ordre de la Seigneurie et avec l'aide du guêt de la ville, prirent la peine de «sonner Telley de Geneve», du haut du majestueux clocher de Saint-Nicolas dont le beffroi, construit depuis peu, venait de recevoir les cloches conquises à Romont. Le conseil de Fribourg remboursa au curé de la ville les pains et les chandelles offertes le jour de l'ensevelissement et rétribua le fossoyeur, tandis que le conseil de Genève prenait à sa charge une somme de 26 florins pour la sépulture [3]).

---

1) *Genève*, Fiefs, Altariens de Saint-Gervais, n° 1, fol. 1—2 et 49. Voir M D G, t. VIII, p. 308. L'évêque avait d'abord confié ces minutes à De Solan lui-même, qui y avait renoncé en faveur des enfants de Lestelley.

2) Sa dernière lettre est du 11 avril; le 22 de ce mois, les syndics Nerga et Blancmantel écrivent encore au conseil de lui envoyer de l'argent.

3) *Fribourg*, Comptes, n° 149 (janvier-juin 1477); — Besatzungsbuch; — Grand livre des bourgeois, fol. 79. Voir J.-D. Blavignac, *Comptes de dépenses de la construction du clocher de Saint-Nicolas* à *Fribourg*, dans M D G, t. XII, p. 99, 114—118. R C, t. III, p. 37, 48 (19 août; 18 nov.).

Lorsque les autres otages eurent recouvré la liberté, le conseil de Genève voulut établir le bilan de cette dispendieuse ambassade; le chanoine Boniface Favre fut appelé à fournir l'inventaire des sommes que Lestelley avait entre ses mains au jour de son décès [1]. Les minutes du défunt notaire furent confiées à son collaborateur, Etienne Chenevard. Son frère, le maître des requêtes Jean de Lestelley, nommé tuteur des enfants orphelins, entreprit de faire achever les travaux que le conseil avait confiés à Aimé, afin d'assurer à ses neveux et à sa nièce les émoluments promis à leur père [2]. Mais lorsqu'il crut pouvoir réclamer à la ville une indemnité spéciale, en se fondant sur le fait que son frère était mort au service de la communauté, le conseil ne se montra pas pressé de satisfaire ce vœu, pourtant bien légitime [3]. Au milieu de la crise financière que traversait Genève, les intérêts d'un simple citoyen ne pesaient pas beaucoup dans les préoccupations du magistrat.

Cependant, grâce aux délais de paiement accordés par la diète et à la libération des otages, la ville disposait d'un temps de répit dont elle allait profiter pour nouer des liens plus étroits avec Berne et Fribourg.

V. Le traité de combourgeoisie.

Dans ses *Chroniques*, écrites au milieu du XVIe siècle, François Bonivard rapporte qu'il a lu «certain double d'une bourgeoisie»

---

[1] *Ibidem*, p. 33, 35 (15 et 23 juillet).

[2] Ci-dessus, p. 22 n. 1. Il s'agissait du registre de la grande taille de 1475 (ci-dessus, t. 44, p. 17 n. 2) et d'un inventaire des titres de la ville: RC, t. III, p. 33—34, 43—44, 50—51 (15 juillet; 7 et 14 oct.; 28 nov.; 9 déc. 1477).

[3] Il demanda une requête écrite et détaillée; en août 1478, les comptes d'Aimé de Lestelley n'étaient pas encore réglés avec la ville: *ibidem*, p. 43—44, 76—77 (7 oct. 1477; 20 août 1478). Voir encore p. 255, 341.

que l'on disait avoir été conclue avec les deux villes de Berne et de Fribourg par l'évêque Jean-Louis, «pour luy et ses citoiens de Geneve, sa vie durant, l'an 1477...». Il observe que cet acte offrait de grandes analogies avec la combourgeoisie de 1526, mais il ajoute prudemment: «Je n'en ay veu ny original, ny en ay ouy parler, pourquoy ne le veulx avancer pour verité historienne[1].» Les archives de la ville ne contenant aucun texte de la combourgeoisie de 1477 qui pût lever le doute émis par Bonivard, l'opinion des historiens genevois sur l'existence et le caractère de ce traité est restée flottante presque jusqu'à nos jours.

En rédigeant ses Annales [2], au début du XVIIe siècle, Savyon crut avoir découvert, dans les registres du conseil de Genève, la trace du traité dont parlait Bonivard. En réalité, il rapportait à tort à ce traité un passage des registres relatif à un accord conclu, en avril 1477, entre l'évêque et les députés des cantons, sur les revendications des marchands dépouillés à Genève pendant la guerre de Bourgogne [3]. Et comme il résulte de ce passage que les magistrats genevois s'opposèrent à ce que la ville fût impliquée dans cet arrangement, dont ils redoutaient pour elle les conséquences pécuniaires, Savyon crut pouvoir affirmer que, par manque d'intelligence politique, les citoyens avaient refusé de participer à l'alliance des Ligues, recherchée par leur évêque, et

---

[1]) Bonivard, t. I, p. 265. C'est peut-être à Berne, où il avait fait de fréquents séjours et où il avait acquis la bourgeoisie (*ibidem*, p. xxxiv et xxxv), que l'auteur avait eu sous les yeux une copie de la combourgeoisie de 1477; il la date du 24 novembre. — Michel Roset, dans ses *Chroniques de Genève*, achevées en 1562 (éd. H. Fazy, Genève 1894, p. 51), n'a fait que suivre Bonivard.

[2]) *Annales de la cité de Genève*, publ. en partie par J.-G. Fick (Genève 1858), p. 31. — Dans les deux manuscrits de Savyon conservés, l'un aux Archives d'Etat (Ms. histor., vol. 145), l'autre à la Bibliothèque de la Société d'histoire de Genève (Ms. vol. 215, p. 77), ce passage est plus développé que dans le texte imprimé; on y trouve, à la fin, ces mots: «Et ainsi, le 4 (*sic*) novembre, Jehan Loys de Savoye, evesque de Geneve, contracta alliance pour soy et la citté, durant sa vie, avec les Ligues des Suisses.»

[3]) Ci-dessus, p. 12.

qu'ils avaient laissé à celui-ci le soin de la contracter seul. Grâce à cette confusion, Savyon a créé la légende d'une alliance, nouée par l'évêque avec l'ensemble des cantons et malgré l'opposition de la bourgeoisie de Genève; ses conclusions ont été adoptées, dès lors, avec des nuances diverses, par la plupart des historiens genevois. L'un d'eux, cependant, le pasteur Jaques Flournois, s'est aperçu de l'erreur commise par Savyon sur la nature de l'accord du mois d'avril, erreur que Spon venait de faire sienne dans son *Histoire de Genève* [1]). Ne trouvant, dans les registres du conseil, aucune autre mention d'un traité de combourgeoisie, Flournois jugea que ce traité n'avait jamais existé [2]). Mais, après lui, Jean-Antoine Gautier, dont le sens critique était plus exercé, ne se rallia pas à cette conclusion négative; il estimait avec raison qu'en se donnant réciproquement la qualification de *combourgeois*, dans deux pièces de février 1478, les magistrats de Berne et de Fribourg et ceux de Genève n'avaient pas usé d'un «titre de pure honnêteté», comme Flournois le croyait, mais que, selon toute apparence et malgré le doute de Bonivard, «il y eut alors quelque espèce d'alliance avec ces deux cantons» [3]).

---

[1]) T. I (Lyon 1680), p. 127, où l'auteur atténue la faute reprochée aux bourgeois de Genève en écrivant que l'évêque, «voyant que le peuple ne se souciait pas de faire une alliance *perpétuelle*, se contenta de la faire en son nom et en celui de la ville, sa vie durant».

[2]) On doit à Flournois des extraits des registres du conseil, de 1409 à 1538, rédigés avant 1690 et auxquels il a ajouté de nombreuses remarques: *Genève*, R C, extraits 3, vol. I (voir J.-A. Gautier, *Histoire de Genève*, t. I, p. XXIII). A la date du 28 avril 1477 (p. 67), il rapporte l'opinion de Spon sur l'alliance avec les Suisses et ajoute: «Cela est tiré de ce qui est dit cy-dessus au 28 avril 1477, mais il ne semble pas que ce fût une alliance, mais seulement un traité ou accord pour quelque différend, *appunctuamentum*.» Dans les Remarques placées à la fin du volume, il ajoute (p. 15), à propos d'une lettre du 13 février 1478 (R C, t. III, p. 74): «Les Bernois et les Fribourgeois appellent les Genevois *leurs combourgeois* simplement par un titre d'honnêteté, car il n'y avait alors aucune alliance entre eux.»

[3]) *Histoire de Genève*, t. I, p. 420. Gautier écrivait ceci en 1709; voir aussi la note qu'il a insérée dans l'édition in-4 de Spon (Genève 1730), t. I, p. 95.

Si judicieuse que fût l'opinion de Gautier, elle n'a pas prévalu contre celles de Savyon ou de Flournois, qui se maintinrent parallèlement pendant la plus grande partie du XIXe siècle [1]). Ce fut Edouard Mallet qui, le premier, ayant retrouvé une copie du traité de 1477 aux archives de Turin, affirma l'authenticité et indiqua l'importance de cet acte, dans son *Mémoire sur l'élection des évêques de Genève* [2]). Mais cette réhabilitation passa un peu inaperçue. Seule la publication du texte de la combourgeoisie, d'après l'original tiré des archives de Berne, mit fin au débat en prouvant l'exactitude du renseignement donné par Bonivard [3]). Cependant, dans l'étude qu'il a consacrée à ce document, Amédée Roget se s'est pas entièrement dégagé de l'ornière suivie par ses devanciers [4]). Après avoir reconnu la double erreur dans laquelle Savyon et Flournois sont tombés, il se crut néanmoins obligé de combattre l'accusation de «stupidité» portée contre les citoyens de Genève par le premier de ces auteurs, à cause de leur prétendue opposition à l'alliance suisse. Il admet donc que l'évêque Jean-Louis, «qui traita toujours les citoyens avec beaucoup de hauteur»,

---

[1]) Bérenger, *Histoire de Genève*, t. I (1772), p. 88; J. Picot, *Histoire de Genève*, t. I (1811), p. 156; tous deux ont suivi l'ouvrage imprimé de Spon. — A. Thourel, *Histoire de Genève*, t. I (1832), p. 280, et Pictet de Sergy, *Genève*, t. II (1847), p. 264, s'inspirent de Flournois. De même, A. Roget, *Les Suisses et Genève*, t. I (1864), p. 47. Ces derniers auteurs auraient pu trouver la mention et même l'analyse du traité de combourgeoisie de 1477, soit dans la première édition de la Chronique bernoise de V. Anshelm, t. I (Berne 1825), p. 159, soit dans l'ouvrage de Tillier, *Geschichte des eidgen. Freistaates Bern*, t. II (Berne 1838), p. 323.

[2]) M D G, t. V (1847), p. 186 et n. 1.

[3]) E A, t. II (1863), p. 707, 946. — Roget tint compte de cette publication dans une note rectificative, imprimée à la fin du tome premier de l'ouvrage déjà cité (p. 401). Il avait aussi été rendu attentif à l'existence d'une copie de l'acte de combourgeoisie, conservée à la Bibliothèque cantonale de Fribourg (coll. Fontaine, t. XVI, p. 67), puis à l'analyse de cet acte, donnée, en 1856, par le Dr Berchtold, dans son mémoire sur *Fribourg et Genève* (*Archives de la Société d'histoire du c. de Fribourg*, t. II), p. 10.

[4]) M D G, t. XV (1865), 1re partie, p. 73—82, avec une traduction française de l'original latin du traité.

ne songea pas «à faire intervenir directement leurs représentants dans le traité conclu avec Berne et Fribourg»; il va jusqu'à penser «que les citoyens ne furent nullement consultés par l'évêque... et qu'ils n'eurent point à décider s'ils voulaient acquiescer à ce traité». Les faits que nous avons rapportés dans le chapitre précédent suffisent à renverser cette thèse; ils prouvent que la bourbeoisie de Genève fut mêlée, dès le début, à la négociation de la combourgeoisie, puisque ce furent les propres députés de la ville, chargés de porter à Lucerne l'argent de la rançon, qui reçurent mission d'entretenir de ce projet les magistrats des deux villes suisses [1]). Avant de raconter, à notre tour, comment cette recherche fut menée à bien, cherchons à nous représenter les circonstances dans lesquelles Berne et Fribourg accédèrent au vœu formé par les Genevois.

Après la catastrophe de Charles le Téméraire, une ère d'activité diplomatique intense s'était ouverte pour les Suisses [2]). Les négociations de paix avec la Bourgogne, avec les duchés de Savoie et de Milan, se mêlaient aux pourparlers avec les ambassadeurs du roi Louis XI, de l'empereur Frédéric III ou du duc Sigismond d'Autriche. Au lendemain des victoires qui avaient manifesté avec éclat la puissance militaire des confédérés, les souverains des états voisins rivalisaient d'efforts pour resserrer les liens qui les unissaient aux cantons ou s'assurer l'appui des soldats suisses. Des questions territoriales d'une importance capitale pour la Confédération se posaient. Le pays de Vaud, demeuré entre les mains des vainqueurs depuis la bataille de Morat, reviendrait-il au duc de Savoie, comme cela avait été prévu au congrès de Fribourg [3]) ? Quel serait le sort de la Franche-Comté, dont les troupes du roi Louis XI avaient entrepris la conquête ? Les confédérés la réclameraient-ils comme la récompense de leurs

---

[1]) Ci-dessus, p. 17.

[2]) Dierauer, trad. Reymond, t. II, p. 300 et suiv. — R. Maag, *Die Freigrafschaft Burgund* (Zurich 1891), p. 1 et suiv.

[3]) En août 1476; voir ci-dessus, t. 44, p. 29 n. 3 et t. 45, p. 7.

succès? Deviendrait-elle une province française ou retournerait-elle à l'Etat bourguignon, au moment où la maison de Habsbourg s'apprêtait à recueillir l'héritage de Charles le Téméraire? Sur ces questions l'opinion était divisée dans les cantons. La politique d'extension des Bernois avait rencontré une opposition si forte, que les gouvernements confédérés se décidèrent à abandonner, contre argent comptant, la plupart des droits acquis par leurs armes sur des territoires étrangers. Il ne leur restait plus qu'à choisir entre les compétiteurs à la possession de la Franche-Comté — France ou Bourgogne — celui des deux qui leur ferait le meilleur marché. Les diètes succédaient aux diètes et, dans la complexité des intrigues nouées par les princes rivaux, les députés des cantons avaient peine à se reconnaître et à se décider.

A ces difficultés s'ajoutaient celles qui naissaient de la situation intérieure de la Confédération. L'échec de la Folle vie avait approfondi le fossé qui séparait les cantons «villes» des cantons «pays» [1]). En rentrant dans leurs foyers, les bandes de la Suisse centrale y avaient rapporté leur déception et le ressentiment qu'elles éprouvaient de l'attitude des villes à leur égard. En vain, pour calmer l'agitation populaire, la diète hâta le partage du butin commun de la guerre de Bourgogne; en vain elle mit à son ordre du jour, sans aboutir d'ailleurs à des mesures efficaces, l'interdiction des cadeaux et des pensions que les magistrats acceptaient en secret de l'étranger, au mépris de défenses répétées: elle ne parvint pas à dissiper le mécontentement ni à enrayer l'indiscipline générale.

Par deux fois, elle avait discuté les moyens de prévenir le renouvellement d'entreprises telles que la Folle vie et d'empêcher que les décisions prises par elle dans l'intérêt général ne fussent renversées par les initiatives de certains cantons ou de simples particuliers [2]). Mais lorsqu'elle parla d'imposer aux citoyens l'obli-

---

[1]) Ci-dessus, t. 44, p. 44. Sur ce qui suit: E A, t. II, p. 658k, 661h, 662d, 668o—q et t—v, 672h, 675a (7 mars—12 mai). Voir Dierauer, *loc. cit.*, p. 329 et suiv.

[2]) E A, t. II, p. 659d, 661o (11 et 21 mars). Voir Segesser, p. 22—23.

gation de révéler aux autorités les projets de cette nature dont ils auraient connaissance, et aux cantons celle de punir les coupables, son impuissance éclata à tous les yeux. Des bandes de volontaires se rassemblaient dans plusieurs cantons, prêtes à rejoindre l'armée des Bourguignons, avec lesquels les confédérés n'avaient pas encore signé la paix, pour combattre avec eux le roi de France, allié des cantons. Craignant les conséquences d'une attitude qu'ils jugeaient contraire à l'intérêt et à l'honneur national, les Bernois multipliaient les démarches pour empêcher ces départs; ils protestaient contre les désordres que ces chercheurs d'aventures commettaient en traversant leur territoire; ils rappelaient ou faisaient rappeler par la diète les mercenaires qui servaient dans les armées opposées de France et de Bourgogne [1]). Mais le flot des volontaires ne faisait que grossir. C'est alors que les cinq villes de Berne, Lucerne, Zurich, Fribourg et Soleure, sentant leur autorité ébranlée jusque dans ses fondements, conclurent entre elles, le 23 mai, à Saint-Urbain, un traité perpétuel de combourgeoisie [2]). Grâce à cette alliance défensive et offensive, elles se flattaient non seulement de faire prévaloir leurs vues dans la politique extérieure, mais elles se garantissaient les unes aux autres, contre toute agression ou révolte, l'intégrité de leurs constitutions, de leurs territoires et de leurs droits de souveraineté.

C'est au moment où cette union particulière venait d'être scellée, que Genève se décida à faire, à Fribourg et à Berne, les ouvertures d'alliance dont nous avons déjà parlé [3]). L'initiative

---

[1]) E A, t. II, p. 662e, 664 ad c, 672i, 675 a—d, 676e, 677 nos 891 et 892 d, 679 aa, 681 ad aa et ee (24 mars—10 juin). — Sur la lutte engagée par les conseils bernois contre le «kriegslauf», voir encore: *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 143, 153, 174, 181, 194, 215, 219, 222; vol. 22, p. 22, 28, 29 (avril—juin 1477). Cf. W. F. v. Mülinen, *Geschichte der Schweizer-Söldner* (Berne 1887), p. 68—69.

[2]) E A, t. II, p. 677, 929; — Schilling, t. II, p. 141—144; Anshelm, t. I, p. 115. Voir Segesser, p. 24—25.

[3]) Les conseils bernois approuvèrent le traité de Saint-Urbain les 24 et 27 mai: *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 193, 196; les députés de Genève arrivèrent à Berne le 2 juin: ci-dessus, p. 18.

de ce rapprochement est-elle partie de l'évêque Jean-Louis et de ses conseillers [1]), ou des bourgeois de Genève? La démarche des Genevois leur a-t-elle été suggérée par les Bernois eux-mêmes ou par les Fribourgeois, au cours des entretiens auxquels donna lieu la conférence d'Annecy? A défaut de témoignages précis sur l'origine de la négociation, il n'est guère possible de décider entre ces hypothèses. Sans doute, c'était à l'évêque, comme prince temporel de Genève, qu'il appartenait de diriger la politique étrangère de l'état épiscopal, et ce fut en son nom, comme nous le verrons, que la négociation fut conduite et le traité conclu. Mais ses sujets étaient intéressés, au moins autant que lui, à asseoir sur une base permanente des relations si nécessaires à la sécurité et à la prospérité économique de leur ville, afin de ne pas laisser se renouveler les expériences ruineuses de la guerre de Bourgogne et de la Folle vie. D'après certains indices que nous relèverons chemin faisant, les magistrats de la cité ne contribuèrent pas moins que le gouvernement épiscopal à faire aboutir le projet de combourgeoisie.

Les relations d'affaires et de bon voisinage que les Fribourgeois entretenaient depuis longtemps avec Genève devaient les disposer à accueillir avec faveur les ouvertures qui leur étaient faites. Toutefois les circonstances leur imposaient une grande réserve; ils ne pouvaient agir que de concert avec leurs alliés bernois, sur lesquels ils comptaient, soit pour se libérer de la suprématie savoyarde, soit pour vaincre l'opposition des «pays» à l'entrée de leur ville dans la Confédération. Ils évitèrent donc de s'engager les premiers [2]). Pourtant l'opinion des Bernois n'était guère douteuse. Depuis qu'ils avaient resserré l'alliance entre les cantons et la couronne de France, Genève avait pour eux une

---

[1]) L'un d'eux, le chanoine Pierre de Viry, mêlé depuis longtemps à toutes les négociations avec les Suisses, avait été primitivement désigné, à la fin de mai, pour se rendre à Fribourg de la part de l'évêque: R C, t. III, p. 27 (27 mai).

[2]) Ci-dessus, p. 17. Voir Büchi, *Freiburgs Bruch mit Österreich*, dans *Collectanea Friburgensia*, t. VII, p. 147.

importance redoublée, tant au point de vue politique que commercial: elle était déjà regardée comme la «clé du pays des Ligues»[1]); elle commandait la voie par où l'accès en France était le plus facile. Le projet de combourgeoisie se rattachait d'ailleurs si bien à la politique d'entente interurbaine sur laquelle Berne appuyait alors sa prépondérance dans la Confédération, qu'on serait tenté de chercher dans les conseils de cette république les véritables promoteurs de l'alliance avec Genève[2]). Si ces conseils n'entrèrent pas aussitôt en matière sur ce projet, après avoir entendu, le 3 juin, les envoyés de l'évêque et de la ville de Genève, ce fut pour des motifs d'opportunité[3]). En s'alliant aux Genevois avant que ceux-ci se fussent entendus avec la diète sur les derniers termes de paiement de la rançon, Berne risquait d'accroître la méfiance et l'irritation des cantons «pays». Et puis, était-il opportun de traiter avec l'évêque Jean-Louis avant que la cour de Savoie, où ce prince occupait une haute situation, eût accepté les conditions de paix que Berne entendait lui imposer? Or l'accord entre les Suisses et la Savoie ne paraissait pas encore prêt à se faire.

Comme cela avait été convenu, les ambassadeurs savoyards s'étaient rendus à la diète réunie à Lucerne le 27 mai, enfin d'achever les négociations engagées à Annecy[4]). Mais la majorité des cantons ne voulait pas entendre parler de restituer le pays de Vaud avant d'avoir touché intégralement le prix de rachat de 50,000 florins du Rhin, fixé en 1476 par le congrès de Fribourg. De plus, les députés bernois avaient réclamé, pour eux et leurs alliés fribourgeois, la possession exclusive des territoires de Morat, Cerlier, Grandcourt et Cudrefin, cédés définitivement par la

---

[1]) C'est ainsi que la désigne, en 1476, l'ambassadeur de France au congrès de Fribourg: E A, t. II, p. 602c.

[2]) Sur le rôle que l'ancien avoyer P. de Wabern semble avoir joué au début de la négociation, voir ci-dessus, p. 13 n. 1 et 18 n. 1.

[3]) L'ajournement de la question ressort de la comparaison du manual de Fribourg avec celui de Berne (3 juin): ci-dessus, p. 17 n. 3 et 18 n. 3.

[4]) E A, t. II, p. 678 u. Cf. p. 608, 669b et ci-dessus, p. 8.

Savoie, et les cantons n'étaient pas diposés à admettre sans autre cette prétention [1]). La diète refusa de prolonger la discussion et congédia les Savoyards. En retournant chez eux, ceux-ci s'arrêtèrent à Berne, où ils trouvèrent des dispositions beaucoup plus favorables à une entente [2]). Ils y revinrent donc à la fin de juin, poursuivre les négociations, tandis que les cantons maintenaient obstinément leur point de vue dans une nouvelle diète convoquée à Fribourg le 4 juillet [3]). Inquiets de l'opposition que leurs revendications territoriales rencontraient chez leurs confédérés, les Bernois se tenaient d'autant plus étroitement unis à leurs fidèles auxiliaires de Fribourg. Afin de procurer à cette ville sa complète indépendance, ils posèrent comme condition préalable au renouvellement de leur alliance traditionnelle avec la maison de Savoie, l'abandon par celle-ci des droits de souveraineté qu'elle avait acquis sur Fribourg en 1452 [4]). Après une dernière et vaine tentative pour amener tous les cantons à se joindre aux pourparlers, sur la base des accords préparés à Annecy [5]), Berne résolut

---

1) E A, t. II, p. 661p (21 mars), 679u et z (27 mai), 688e (9 juillet), 694, 698g (10 sept.) etc. Berne et Fribourg ne devaient obtenir gain de cause sur ce point qu'en 1484, en payant une indemnité aux autres cantons: G. Tobler, dans *Neues Berner Taschenbuch*, 1901, p. 72 et suiv.

2) Ils furent entendus par les Petit et Grand conseil le 3 juin, dans la même séance que les envoyés de Genève, et le 7 juin: *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 205, 209, 217. La discussion, reprise le 29 juin, fut encore ajournée pour permettre à Berne de s'entendre avec Fribourg et les confédérés: G. Tobler: *Zur Vorgeschichte des Bündnisses zwischen Bern, Freiburg und Savoyen vom 20. August 1477*, dans *Anzeiger für schweiz. Geschichte*, 1900, t. VIII, p. 266.

3) E A, t. II, p. 683y; — Berne à Fribourg, 4 juillet: Tobler, *loc. cit.*, p. 267. Il faut peut-être rapporter à cette diète le fragment de recès que les *Abschiede* placent au 17 août 1477: E A, t. II, p. 694 n° 908.

4) Schilling, t. II, p. 185. Voir Büchi, *op. cit.*, p. 145; Tobler, *ubi supra*.

5) Berne aux cantons, 7 août: *Berne*, D. Miss. D, p. 154 (E A, t. II, p. 692 ad b); Ratsmanual, vol. 22, p. 88 (8 août); — Berne à Fribourg, 9 août: Tobler, *loc. cit.*, p. 267. — Les cantons furent aussi invités à participer à une «journée» convoquée à Berne, le 17 août, entre la Savoie et le Valais; ils répondirent à cet appel, mais leurs députés n'intervinrent dans

d'associer tout au moins les Fribourgeois au traité particulier qu'elle avait négocié avec la Savoie.

Lorsque les ambassadeurs de la duchesse Yolande se présentèrent à Berne, au début du mois d'août, ils avaient en main les pouvoirs nécessaires pour satisfaire les exigences des Bernois. Le 18 août, ils délièrent la ville de Fribourg du serment d'obéissance qu'elle avait prêté au duc de Savoie [1]); le 20, ils signèrent un traité d'alliance et de bon voisinage avec les représentants de Berne et de Fribourg [2]). A côté de la clause d'assistance réciproque, empruntée au traité perpétuel de 1384 entre Berne et la Savoie, on trouve dans ce document des dispositions motivées par les événements contemporains. Un article spécial prévoit le secours que les alliés se doivent dans le cas où leurs territoires seraient attaqués par les Bourguignons ou par quelque autre nation dont les troupes traverseraient la Franche-Comté. Les parties se promettent aide et conseil en cas de rébellion d'un de leurs sujets. Elles s'interdisent de recevoir dans leur alliance ou leur bourgeoisie les ressortissants de l'autre partie, à moins que ceux-ci ne changent leur résidence effective [3]). Les alliés jouissent du droit de passage à travers le pays où s'exerce l'assistance militaire; ils y disposent des châteaux et des villes, en cas de néces-

---

aucun des actes conclus alors entre Berne et Fribourg, d'une part, et la Savoie, de l'autre: E A, t. II, p. 690b, 692 ad b, 694 n° 908, 696 n°s 910 et 912. Voir A. Grand, *Der Anteil des Wallis an den Burgunderkriegen*, p. 148.

[1]) Tobler, *loc. cit.*, p. 269. Voir E A, t. II, p. 941, 942.

[2]) E A, t. II, p. 695, 936. Schilling, t. II, p. 185; Anshelm, t. I, p. 113. Les pouvoirs des ambassadeurs savoyards, datés de Turin, 19 juillet, ne s'appliquaient qu'à un traité avec Berne: Tobler, *loc. cit.* p. 268; cf. p. 270, 271. Le traité de 1384 est analysé: E A, t. I, p. 446.

[3]) Cette disposition, qui fut maintenue et développée dans les traités ultérieurs des cantons avec la Savoie, devait permettre un jour à celle-ci de combattre le rapprochement entre Genève et les Suisses. Elle avait déjà été insérée dans le projet de traité d'Annecy, en avril 1477: E A, t. II, p. 670. Voir L. Cramer, *La seigneurie de Genève et la maison de Savoie*, 1re partie, t. I, p. 16.

sité, mais à condition que ces opérations soient entreprises par l'ordre et sous la bannière des autorités régulières de chaque état; les troupes paient alors leurs dépenses et évitent de causer des dommages aux populations. D'autres clauses, enfin, règlent minutieusement la procédure des poursuites criminelles ou civiles entre ressortissants des états alliés et assurent protection aux marchands contre toute violence et contre toute aggravation des droits de péage accoutumés. La question du pays de Vaud n'était pas abordée dans ce traité; elle ne pouvait être réglée que par l'ensemble des cantons.

Après avoir ainsi rétabli la paix avec la Savoie et pourvu à la sécurité de leur frontière la plus exposée, les Bernois songèrent à répondre à la proposition d'alliance que leur avaient faite, trois mois auparavant, l'évêque et la ville de Genève. Dans l'intervalle, ils avaient entretenu des relations cordiales avec l'un et avec l'autre. A la fin de mai par exemple, on les voit réclamer l'intervention de l'évêque Jean-Louis pour le règlement d'une curieuse affaire. Des soldats de Gléresse s'étaient emparés, à Morat, dans la tente du duc de Bourgogne, de vêtements appartenant à ce prince, qu'ils avaient vendus au prieur clunisien de l'Ile-Saint-Pierre dans le lac de Bienne. Ces précieuses étoffes arrivèrent à Genève, où elles furent saisies par ordre de l'official. Or, d'après l'usage des Suisses, elles auraient dû être réunies au butin commun et vendues au profit de tous les combattants. Informé de ce détournement par le bruit public et craignant de s'attirer de nouveaux reproches de la part des confédérés, le gouvernement bernois se hâta d'envoyer à Genève le grand négociant Barthélemy May, pour obtenir la levée du séquestre et ramener les vêtements à Berne, où l'affaire serait instruite [1]). Comme la mission

---

[1]) Berne à l'évêque de Genève, 27 mai: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 26 («cum varii apud nos ferantur sermones, quibusdam certissime asserentibus easdem vestes apud Grandissonum in prelio repertas et, eo ipso, conmuni omnium utilitati distribuendas...; sicut res ista omnes colligatos nobis, a quibus in dies gravamina expectaremus, concernit ...»); Ratsmanual,

de May se heurtait à de fortes oppositions devant le tribunal ecclésiastique de Genève, les magistrats bernois revinrent à la charge auprès de l'évêque, et, mêlant la menace aux prières, suivant une méthode dont la diplomatie bernoise était coutumière, ils l'invitèrent sans ambages à mettre à l'écart les conseillers dont l'hostilité à leur égard risquait de faire naître entre eux et Genève des conflits journaliers [1]). En revanche, dans une lettre à la ville de Genève, ils se louèrent sans réserve du dévouement et du zèle avec lesquels les syndics et conseils avaient appuyé la revendication de leur envoyé [2]). Il n'est pas sans intérêt de relever cette nuance dans l'expression des sentiments du conseil bernois, au moment où la question de la combourgeoisie venait de lui être soumise. Elle est une indication des dispositions prévenantes de la bourgeoisie de Genève à l'égard de Berne, tandis que l'avertissement donné à l'évêque révèle la présence, dans l'entourage du prélat, d'hommes moins bien disposés pour la politique suisse de leur maître.

Pendant l'été, les Bernois présentèrent encore de fréquentes requêtes à l'évêque Jean-Louis. Tantôt ils intercèdent auprès de lui en faveur d'un nommé Monet Janin, accusé à tort d'hérésie [3]). Tantôt ils lui demandent de leur céder le livre d'heures et les vases d'argent qui ont appartenu au prieur de Ruggisberg, Amédée Métral, mort à Genève, et que ce prélat destinait à son couvent [4]). Tantôt enfin, ils insistent pour que l'évêque fasse

---

vol. 21, p. 194, 202, 210 (d'après l'interrogatoire des coupables, les vêtements ont été pris: «zů Murten under des hertzogen zällt». Voir Anshelm, t. I, p. 114.

[1]) Berne à l'évêque, 4 et 6 juin: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 27 v°, 30; Ratsmanual, vol. 21, p. 213, 214.

[2]) Berne à la ville de Genève, 6 juin: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 30 v°. Voir Ratsmanual, vol. 21, p. 245. — Le 6 juin, le conseil de Genève fait don de deux quarterons de vin à Joffred Mescallini (Jost v. Mechel ?), «ambassiatori de parva societate Berne»: R C, t. III, p. 28.

[3]) *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 41 v° (30 juin); Ratsmanual, vol. 22, p. 29.

[4]) *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 42 (30 juin); Ratsmanual, vol. 22, p. 29, 69, 86 (30 juin; 22 juillet; 6 août).

restituer à deux marchands, sujets du duc d'Autriche, les biens qui leur ont été enlevés à Genève, depuis la fin de la guerre [1]).

De son côté, Jean-Louis de Savoie n'avait négligé aucune occasion de recommander aux magistrats bernois les questions qui lui tenaient à cœur. Le 8 août, à sa demande, le conseil bernois fit dresser, au nom des cantons, un sauf-conduit pour les marchands de toute nation allant aux foires de Genève [2]). Le lendemain, il priait le prince d'Orange et les Trois Etats de Bourgogne de lever les difficultés que l'évêque éprouvait à rentrer en possession de son abbaye de Saint-Claude [3]). Après la conclusion du traité d'alliance avec la Savoie, de nouvelles mesures témoignèrent de la bonne volonté des Bernois envers Genève. Le 26 août, une lettre écrite sous le sceau de Berne, au nom des députés suisses réunis dans cette ville, fut adressée au roi Louis XI; elle exposait le tort que causaient aux intérêts commerciaux et aux finances des cantons les édits interdisant la fréquentation des foires de Genève aux marchands de France, et pressait le roi de rétablir la liberté du commerce [4]). Le même jour, Berne, avec l'assentiment des confédérés, écrivait à la duchesse Bonne de Milan et à son fils, Jean-Galéas-Marie, pour les inviter à réparer les dommages que le défunt duc avait causés à l'évêque de Genève en faisant envahir et ravager par ses troupes, en juin 1476, les terres

---

[1]) Jean Erckel et Martin Holzschuher: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 49 (19 juillet); E A, t. II, p. 689. — Voir encore Ratsmanual, vol. 22, p. 100, 103, 116 etc.

[2]) *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 58. Cette mesure coïncide avec l'arrivée à Berne des ambassadeurs de Savoie, parmi lesquels se trouvait le conseiller ducal Jean de Lestelley, frère d'Aimé: Tobler, *loc. cit.*, p. 269.

[3]) *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 58 v°; Ratsmanual, vol. 22, p. 91. Voir déjà ci-dessus, p. 17, et Berne à l'évêque, 8 juillet: Lat. Miss. B, fol. 45.

[4]) E A, t. II, p. 696; impr. dans Borel, Pièces justif., p. 193. Cette mesure avait été décidée par le conseil de Berne dès le 19 août: *Berne*, Ratsmanual, vol. 22, p. 108; elle avait déjà été demandée aux députés des cantons par les Genevois à la fin d'avril: ci-dessus, p. 10.

de l'abbaye de Saint-Bénigne de Fruttuaria, près de Turin, abbaye que Jean-Louis de Savoie tenait en commende [1]).

A la prière des Bernois, les cantons avaient bien voulu s'associer à quelques démarches en faveur de l'évêque et de la ville de Genève, mais ils n'entendaient pas aller plus loin. Restés à l'écart de l'alliance savoyarde, ils ne songeaient pas davantage à se rapprocher de la cité welche qui se pressait si peu de leur payer l'argent qu'elle leur devait [2]). Cette fois encore, les magistrats bernois se décidèrent à agir de concert avec leurs seuls alliés de Fribourg. Le 3 septembre, ils écrivaient à ceux-ci: «Vous saurez aussi que notre seigneur l'évêque et la ville de Genève souhaitent d'entrer en une combourgeoisie avec vous et avec nous. Nous vous prions donc d'examiner le cas et de mettre par écrit les articles qui vous paraîtraient convenables. Vous nous communiquerez aussitôt le résultat de votre délibération afin que la chose, qui servira grandement nos communs intérêts, puisse être menée à bien rapidement [3]).»

L'ancien avoyer Pétremand de Wabern fut chargé d'aller conférer sur cette affaire avec les magistrats fribourgeois. Le 20 septembre, le conseil l'informait que le projet de traité était prêt et lui serait porté le lendemain soir, à Fribourg [4]). «Mes-

---

[1]) *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 61; Ratsmanual, vol. 22, p. 108 (19 août). Voir Gabotto, t. II, p. 172, 189, 235 et n. 2.

[2]) Il est d'ailleurs assez douteux que l'évêque et la ville de Genève aient songé à s'allier à l'ensemble des cantons, dont plusieurs ne leur avaient pas témoigné beaucoup de bienveillance. Le seul indice que l'on ait d'un essai de rapprochement est peut-être ce projet, formé par l'évêque, d'un pèlerinage à Einsiedeln (ci-dessus, p. 19). Mais il ne semble pas que ce projet se soit réalisé.

[3]) Nous traduisons de l'original allemand: *Bibl. Fribourg*, coll. Girard, vol. XI, p. 53. *Berne*, Ratsmanual, vol. 22, p. 131: «und über die ding des burgrechts mins hern und *der statt Jenff* sitzen und was si beduncket minen hern zů verkünden».

[4]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 22, p. 163. — Stadtschreiberrodel II, p. 153, à la date du vendredi 19 septembre: «item geschriben coppyen des burgrechten mitt dem bischoff zů Jånff und der statt. Tůt: ij lb d.»

seigneurs, disait cette lettre, ne jugent pas très opportun d'envoyer dès maintenant ce projet à Genève, car il pourrait arriver qu'un mot fût mal compris et nécessitât un éclaircissement, ce qui ferait traîner les choses.» Le mieux, suggéraient les Bernois, serait d'écrire de suite, de Fribourg, à l'évêque, pour lui demander d'envoyer sans retard à Berne ses ambassadeurs, bien instruits de ses intentions. On discuterait avec eux et on leur montrerait le projet déjà rédigé, dont on arrêterait le texte, de telle sorte qu'«une amitié éternelle» soit établie entre l'évêque et les deux villes [1]). Le lendemain, le conseil bernois envoya le projet de traité à Fribourg, sans prendre le temps de l'examiner en détail. Wabern le lui rapporta bientôt, avec l'assurance que Messieurs de Fribourg s'en remettaient à leurs alliés du soin d'achever la négociation [2]).

Ce furent donc Messieurs de Berne qui se chargèrent, le 25 septembre, de faire connaître à l'évêque de Genève la décision prise par les deux villes de conclure avec lui un traité de combourgeoisie [3]). Ils l'invitèrent à envoyer le plus promptement possible à Berne ses représentants avec des pouvoirs suffisants pour que les conditions du traité fussent définitivement arrêtées. «Après avoir contracté ce pacte de bourgeoisie, ajoutaient-ils, nous offrirons un front plus résistant aux attaques de ceux qui

---

[1]) «So well man mitt inen handlen, die schrifft inen zôugen und darinn söliche lútrung tůn die dann inn und beyd stett in ewige frúntschaft bring.» Faut-il prendre ces mots à la lettre et en inférer que l'intention des Bernois était de conclure une combourgeoisie perpétuelle?

[2]) Berne à P. de Wabern, 21 sept.: *Berne*, Ratsmanual, vol. 22, p. 165; Berne à Fribourg, 24 sept.: *Bibl. Fribourg*, coll. Girard, vol. IX, p. 27.

[3]) *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 77 v°; Ratsmanual, vol. 22, p. 170 (24 sept.): «An min hern und die statt von Jånff: das si ir bottschafft mitt vollem gewallt herus schicken das burgrecht so man in hie ussen zôugen wirt zů beschließen. So wellen min hern söllicher massen darinn handeln das si daran benügen und gevallen werden haben.» Les deux lettres sont signées: «Sculteti et consulatus urbium Bernen. et Friburgen.» Berne pria Fribourg d'y apposer son sceau au passage, «diewyl sölich in unnser beider stett namen beschechen ist»: lettre du 24 sept., déjà citée.

nous portent envie.» Un message tout pareil fut adressé aux syndics et conseil de la ville de Genève. «Prenant en considération, leur écrivaient les magistrats bernois, les grands avantages qui résulteront du succès de *vos efforts* pour nouer entre nous un lien de bourgeoisie, nous sommes résolus, en ce qui nous concerne, à rechercher les moyens les plus efficaces de fonder cette mutuelle amitié [1].» En comparant entre eux les termes de ces deux lettres, il est difficile de ne pas avoir l'impression que les bourgeois de Genève avaient eu une part au moins aussi grande que l'évêque dans la recherche de la combourgeoisie.

Les Bernoïs n'avaient pas prêté les mains à cette alliance sans s'assurer que les Genevois prendraient enfin les mesures nécessaires pour s'acquitter de leur dette envers les cantons. Les circonstances rendaient ce règlement particulièrement difficile. Le commerce, interrompu par la guerre de Bourgogne, était resté languissant; les premiers paiements faits aux Suisses avaient drainé le numéraire; la récolte de blé avait manqué et la famine menaçait [2].

---

[1]) *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 78: «ponderantibus nobis *conatus vestros* in burgensie vinculum tendentes non parum comoditatis parituros...» La ville est invitée à envoyer ses députés «pleno cum mandato conclusionis effectus per omnia pariente...; quibus eo ventis paucis, ut credimus, anxietatibus declarationes eas tamquam honestas inter ill. reveren. que principem d. episcopum Gebenn. vosque et res nostras publicas prehendemus...» Cette lettre est adressée: «egregiis spectatissimisque viris sindicis et consulibus civitatis Gebenn., amicis et vicinis nobis commendatissimis.»

[2]) Bonivard (t. I, p. 265) et, d'après lui, la plupart des historiens genevois ont parlé de la cherté des vivres qui régna à Genève et «par tout le monde» en 1477. On trouve, dans le journal de Knebel (t. II, p. 153, 165, 169), des renseignements sur la disette qui sévit alors dans l'Europe centrale; pour les pays bernois, voir Schilling, t. II, p. 177. Bonivard prétend qu'à Genève, 7000 personnes moururent de la famine. J.-A. Gautier (*Histoire de Genève*, t. I, p. 419) a relevé l'exagération manifeste de cette affirmation qui n'est appuyée par aucun document contemporain. En effet, quelques passages des registres du conseil montrent ce corps soucieux de prévenir l'accaparement et la sortie du blé, ou le relèvement exagéré du prix du pain (R C, t. III, p. 35—38, 25 juillet—26 août 1477); ils prouvent que Genève n'échappa pas à la disette générale, mais ne confirment nullement ce qu'avance Bonivard.

La situation économique était sérieuse. Cependant, le 31 août, sur la proposition de l'un des syndics, le conseil général confirma le banquier Jean Clerc dans ses fonctions de receveur de la taille, dite des Allemands, et décida de faire payer leur quote-part à tous les contribuables récalcitrants [1]. Mais il fallait trouver encore d'autres ressources. Le 14 septembre, en présence de l'évêque et à sa requête, le conseil général renouvela sa décision d'exiger des retardataires le montant de leur taille, et il créa, pour une année, un droit de trois gros à percevoir sur chaque bossette de vin entrant en ville [2]. L'organisation de ce nouvel effort financier était certainement en rapport avec la négociation de l'alliance, car, après avoir reçu la lettre par laquelle les Bernois l'informaient de leurs intentions, le conseil de Genève décida que les taxes destinées au paiement de la contribution de guerre seraient perçues avec la plus grande rigueur et qu'on chercherait à se procurer de l'argent au dehors, par un emprunt [3].

Pour répondre à l'invitation des Bernois et des Fribourgeois, l'évêque Jean-Louis envoya à Berne l'un de ses secrétaires, le chapelain De Solan; la ville prit à sa charge les frais de cette mis-

---

[1]) R C, t. III, p. 39; cf. p. 33 (9 juillet). — Le 22 et le 29 août, le conseil s'occupe de mettre en état le pont et le chemin de Cornavin, «per modum quod charrete Alemanie possint transire» (p. 37—38).

[2]) *Ibidem*, p. 40 (9 et 14 sept.). Ce droit n'était pas nouveau, mais il n'était payé, à l'ordinaire, que de la Saint-Martin (11 nov.) jusqu'aux vendanges de l'année suivante. L'aggravation consista à y soumettre la récolte de 1477 et à supprimer toutes les exemptions dont jouissaient d'habitude les ecclésiastiques ou d'autres classes de la population. (Voir p. 45, 21 oct., et *Genève*, P H, Supplément, n° 25.) Le jour même, C. de Pesmes offrit d'affermer ce droit pour 3000 ff de Savoie: *ibidem*, p. 41—42 (14, 16 et 23 sept.). — Ce même conseil général accéda au désir du comte et de la comtesse de Genevois en décidant que si les joyaux prêtés par eux et emportés «en Allemagne» ne leur étaient pas encore rendus, l'obligation qui leur avait été remise serait refaite d'après leurs indications: *ibidem*, p. 39—40.

[3]) R C, t. III, p. 43 (30 sept.).

sion [1]). Nous ne savons rien des pourparlers qui s'engagèrent alors. Mais ils progressèrent assez rapidement pour que, vers le 22 octobre, le secrétaire d'Etat bernois, Thuring Fricker, ait pu dresser le texte du traité en quatre exemplaires, tant en allemand qu'en latin [2]). Le Petit conseil de Berne en prit connaissance et en approuva la teneur le 6 novembre. Il le renvoya au Grand conseil qui le ratifia à son tour, le 7, unanimement; puis le secrétaire Fricker fut chargé de le porter à Genève [3]).

Il était convenu que l'évêque se rendrait en personne à Berne et à Fribourg pour y sceller l'alliance. Le prélat ne tarda pas à se mettre en route, en compagnie du chapelain De Solan [4]) et du chanoine Pierre de Viry, dont l'influence paraît s'être exercée, dans le conseil épiscopal, en faveur des villes suisses [5]). En outre,

---

[1]) J. Clerc reçoit l'ordre de payer 16 écus au secrétaire De Solan, «ituro parte domini Bernam»: *ibidem* (3 oct.). La présence d'envoyés genevois à Berne est signalée le 7 octobre: *Berne*, Ratsmanual, vol. 22, p. 189. — Sur De Solan, voir ci-dessus, t. 44, p. 52 et 71.

[2]) *Berne*, Stadtschreiberrodel II, p. 156 (de la main de Fricker): «geschriben das burgrecht mitt minem hern von Jånff und der statt uff ein anbringen; sind vier gros schrifften zů tútsch und latin; tůt alles: III lb d. — Ratsmanual, vol. 22, p. 217 (25 oct.): «an min hern von Jånff, im zu dancken sins gůtwillens, und min hern wellen söllicher maßen handeln das si getrúwen ir botten söllen bald herus komen» (pour porter le traité à Genève).

[3]) Berne, Ratsmanual, vol. 23, p. 13, 14, 17, 21: le 5 nov., le conseil rappelle de Wabern et H. Matter à Berne «pour l'affaire de monseigneur de Genève»; — le 6: «es ward hútt gehört das burgrecht von Jånff und geviel minen hern, doch das er fúrderlich an min hern die burger lanng, und dann ein bottschafft zů im gevertiget werd diese ding zů vollziechen;» — le 7, devant le conseil et les bourgeois, ceux-ci au nombre d'environ 32: «ward gevertiget das burgrecht mitt dem bischoff zů Jånff, und geviel inen allen wol, und ich geordnet zů inen zů ryten.»

[4]) Voir un mandat de 21 écus en sa faveur: R C, t. III, p. 54 (12 déc.).

[5]) *Ibidem*, p. 49 (25 nov.): mandat de 3 ff 1½ gr «pro locagio unius equi ducti Bernam ultimate per d. Petrum de Viriaco cum domino». Depuis octobre 1475, P. de Viry avait été mêlé à toutes les négociations entre Genève et les Suisses; on a vu plus haut (t. 44, p. 52) qu'en mars 1477, il avait évité d'être retenu comme otage à Fribourg. En 1478, le conseil recourra à lui comme à «l'ami des seigneurs des Ligues»: R C, t. III, p. 71.

le conseil de la ville décida d'adjoindre à l'évêque deux représentants des bourgeois et désigna à cet effet les conseillers Antoine Achard et François Gros [1]). Il les chargea de réitérer, à Berne et à Fribourg, la requête que les Genevois avaient adressée une première fois aux députés des cantons, à Annecy, afin d'obtenir que les 4000 florins payés aux compagnons de la Folle vie fussent déduits du montant de la rançon; il les autorisa à promettre à quelques personnages des Ligues des cadeaux allant jusqu'à la somme de 200 écus, pour le cas seulement où leur demande serait accueillie [2]). Le registre du conseil ne contient pas à cette époque de mention plus précise de la combourgeoisie. Le fait est assez frappant. On peut en conclure, semble-t-il, qu'une approbation formelle du traité par les bourgeois de Genève n'était pas jugée nécessaire en droit [3]). Mais la désignation d'ambassadeurs de la ville pour accompagner l'évêque dans son voyage montre bien que les autorités communales et la majorité des citoyens s'étaient prononcées en faveur de l'alliance avec les deux villes suisses.

A son passage à Payerne, dont il tenait en commende l'antique prieuré, l'évêque Jean-Louis fut rejoint par une députation de Fribourg [4]). Le 14 novembre, les Petit et Grand conseils de Berne

---

[1]) «Electi et deputati pro eundo cum d. episcopo Bernam»: R C, t. III, p. 46 (4 nov.). Dès le 10 nov., ils étaient à Berne, où Jean Clerc leur fit porter 15 écus: *ibidem*, p. 54 (12 déc.); M D G, t. VIII, p. 424. — Mandat de 3 ff 3 gr pour Jaques Savoye, «misso Bernam cum ambassiatoribus»: R C, t. III, p. 47 (11 nov.).

[2]) R C, t. III, p. 47 (6 nov.); ci-dessus, p. 5 n. 2. Ce fut au cours de cette mission, que Gros et Achard empruntèrent au Fribourgeois Nicod Oboli une somme de 100 écus que la ville promit de rembourser: *ibidem*, p. 50 (9 déc.); M D G, t. VIII, p. 424.

[3]) En ceci seulement, l'opinion de Roget paraît justifiée (ci-dessus, p. 26).

[4]) *Fribourg*, Comptes, nº 150 (2d semestre 1477), chap. des missions à cheval: à l'ancien avoyer P. Pavillard, «tramis a Payerne pour acompagnier monsr l'evesque de Genesve», 2 jours à 2 chevaux, 56 s; à l'avoyer Jacques Felga, «pour V jornées qu'il a esté tant a Payerne quant a Berne

lui donnèrent audience [1]). L'avoyer Adrien de Boubenberg, qui revenait d'une ambassade en France, présidait la séance, entouré d'une vingtaine de conseillers et de nombreux bourgeois parmi lesquels se trouvait le chroniqueur Diebold Schilling. En présence de l'avoyer de Fribourg, Jacques Felga, et des députés de la ville de Genève — ceux-ci assistaient certainement à la cérémonie — les magistrats bernois reçurent solennellement l'évêque au nombre de leurs bourgeois. Ils firent le serment d'observer le traité d'alliance, tandis que Jean-Louis engageait sa parole et son honneur de prince. Au retour, l'évêque s'arrêta à Fribourg, où il fut reçu en grand apparat et où la cérémonie d'alliance fut peut-être répétée, suivant la coutume des Suisses [2]). L'acte de combourgeoisie fut scellé du sceau de Jean-Louis de Savoie, comme prince temporel de Genève, et des sceaux des deux villes suisses [3]).

---

en acompagniant mons[r] l'evesque de Genesve», à 3 chevaux, 10 lb 10 s. — Sur la présence d'une députation fribourgeoise à Berne, voir *Berne*, D. Miss. D, p. 210.

[1]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 34: «ward min her von Jånff verhört und gevertiget.» Voir Anshelm, t. I, p. 114 et la chronique du Fribourgeois Hans Fries, impr. à la suite de Schilling, t. II, p. 421. Fries place la réception de l'évêque le mercredi 12 novembre. Si cette date est exacte, il faut intervertir l'ordre des deux cérémonies et placer celle de Fribourg le 12 novembre, celle de Berne le 14. D'après R C, t. III, p. 47, les députés de la ville doivent aller «Bernam et Friburgum».

[2]) *Fribourg*, Comptes, n[o] 150: «item a pluseurs personnes de la ville por la despence fecte par mons[r] l'evesque de Genesve quand il fust icy .... lxiij lb iij s; — item à Jehan Nicolar, pour poissons qui furent achetez de luy et que l'on schengast (donna) audit mons[r] l'evesque de Geneve, viij lb.» — L'évêque n'était pas encore de retour à Genève le 18 nov.: R C, t. III, p. 48.

[3]) *Berne:* original sur parchemin, de 63 sur 44 cm.; 3 sceaux pendant sur double queue. Impr. dans E A, t. II, p. 946; reprod. en phototypie dans *Les Cantons suisses et Genève, 1477—1815* (M D G, série in-4, t. IV, pl. I); trad. en français par A. Roget, dans M D G, t. XV, p. 76. — Les Archives cantonales de Fribourg conservent une copie écrite sur parchemin, au commencement de 1478, par le secrétaire de la ville de Fribourg, le notaire Guillaume Gruyère, qui fut payé pour ce travail: P. de Zurich, *Un*

Dans les nombreuses alliances que les cantons contractèrent au XVe siècle, ensemble ou séparément, avec leurs voisins, ils ont eu souvent recours à la forme spéciale du traité de *combourgeoisie*, qui existait depuis longtemps dans l'ancien droit suisse [1]). C'était, en principe, une extension de la notion ordinaire de bourgeoisie aux relations de droit public. Mais comme il ne pouvait être question d'assimiler, effectivement, un grand seigneur ou une collectivité politique au simple citoyen de la ville ou du pays qui accueillait l'un ou l'autre dans sa bourgeoisie, les obligations mutuelles des deux parties étaient réglées par un traité dont les clauses variaient, suivant les circonstances, dans chaque cas particulier. Le plus souvent, le traité de combourgeoisie aboutissait à faire entrer dans la dépendance d'un ou de plusieurs états protecteurs les dynastes, les villes ou les pays qui recherchaient l'appui d'un plus puissant qu'eux. Ce caractère de protectorat était plus ou moins marqué. Il arrivait aussi qu'il manquât tout à fait: c'est ainsi, par exemple, qu'en concluant entre elles la combourgeoisie du 23 mai 1477, les cinq villes suisses avaient traité sur le pied d'une entière égalité.

Dans le traité du 14 novembre 1477, la réciprocité n'est pas aussi complète. Seul, en effet, Jean-Louis de Savoie, administrateur perpétuel de l'évêché de Genève, entre, pour la durée de sa

---

annaliste fribourgeois inconnu, dans *Annales fribourgeoises*, 1919, p. 141. Au dos de cette pièce, se trouve cette note: «Coupy des bůrgrechts ...., und ist zů wússen das der houptbrieff hinder der statt Bernn zu gemeinen hannden beider stetten gelegt ist.» Cette copie a servi de base à celle citée ci-dessus, p. 26 n. 3. Quant à l'exemplaire original remis à l'évêque de Genève, il a dû partager la destinée des archives de l'évêché.

[1]) Sous le nom de «Burg- und Landrecht»: Segesser, p. 27 note; Oechsli, *Orte und Zugewandte*, dans *Jahrbuch*, t. XIII, p. 11 et suiv. Ce furent des traités de combourgeoisie qui unirent tout d'abord les confédérés avec le pays d'Appenzell, avec les dizains du Haut-Valais, avec la ville et l'abbé de Saint-Gall, avec les comtes de Toggenbourg, de Neuchâtel etc. D'autre part, les Bernois se servirent de bonne heure de ces bourgeoisies pour étendre leur souveraineté sur une quantité de seigneuries indépendantes qui furent ainsi englobées dans leur territoire.

vie, dans la bourgeoisie de Berne et de Fribourg; il agit «pour lui et sa cité, pour ses citoyens et sujets de Genève». Mais l'obligation du secours est formulée en termes identiques pour les deux parties: chacune d'elles, si elle en est requise par l'autre, devra porter à celle-ci un secours efficace contre tous ceux qui l'attaqueraient, lui causeraient un préjudice, ou l'inquiéteraient dans la possession de son territoire, de ses gens, de ses biens, de ses droits de justice, de ses privilèges ou bonnes coutumes. La partie requise fixera elle-même, suivant le cas, l'effectif des troupes de secours; quel que soit cet effectif, l'autre partie devra s'en contenter et payera les frais du secours. Et si l'une des parties demande, dans son propre intérêt, que l'autre lui envoie des ambassadeurs, cette dernière accèdera à ce désir, toujours aux frais de la demanderesse. L'évêque et les deux villes exceptaient de cet engagement le Saint-Siège et le saint Empire romain, le roi de France et la maison de Savoie; en outre, Berne et Fribourg réservaient les confédérés des sept cantons, les Soleurois et les autres alliés auxquels des traités antérieurs les unissaient.

Il n'est pas douteux que cet article fondamental du traité ne fût surtout avantageux pour l'évêque de Genève, car la puissance de ses nouveaux alliés dépassait de beaucoup celle du petit état épiscopal. Sur le terrain commercial, en revanche, l'évêque souscrivait à certaines obligations unilatérales. L'importance que les villes suisses attachaient à ces clauses résulte du préambule même du traité, où il est parlé de l'effort persévérant des ancêtres pour réprimer les guerres et les troubles entre les deux pays, effort qui a permis le développement continu des relations d'affaires entre les sujets des états contractants. L'évêque garantissait donc aux Bernois et aux Fribourgeois, pour l'exercice de leur négoce, un libre accès dans tout son territoire, dans ses mandements et dans sa ville de Genève; leurs marchands pourraient circuler et commercer sans entraves et rapporter chez eux les denrées ou autres marchandises qui leur conviendraient. L'évêque veillerait à ce qu'on usât de ménagements envers eux dans la perception des péages et autres impôts; il assurait aux Bernois, sous ce

rapport, le même traitement qu'aux Fribourgeois. Enfin, dans un article additionnel, il promettait de maintenir, en faveur des marchands et autres gens des deux villes, l'usage ancien pour la navigation et pour le prix des bateaux sur le lac Léman [1]).

C'est aussi, avant tout, dans l'intérêt des relations commerciales entre Genève et ses alliées, que le traité réglait la procédure des poursuites pour dettes. Aucun sujet de l'une des parties ne devra faire arrêter les sujets de l'autre, ni faire saisir ou vendre leurs biens, ni les inquiéter autrement, sinon pour des dettes avouées ou dont il pourra présenter une reconnaissance en bonne forme [2]). Dans le cas où il n'y a ni aveu ni reconnaissance, le plaignant s'adressera au for du défendeur, où justice devra lui être rendue sommairement. Mais si les états alliés eux-mêmes sont en cause, l'affaire sera portée devant un tribunal arbitral. Le surarbitre est désigné d'avance dans la personne de l'évêque de Lausanne, si c'est l'évêque de Genève qui est le défendeur, et dans celles du comte de Neuchâtel ou du comte de Gruyère si la demande concerne l'une ou l'autre des villes suisses, leurs sujets ou un sujet laïque de l'évêque de Genève. Les «journées» du tribunal arbitral seront convoquées, dans la règle, à Lausanne. Demandeur et défendeur nommeront chacun deux arbitres. Si les arbitres ne sont pas d'accord sur la sentence à rendre, ils ont un mois pour présenter leurs conclusions au surarbitre qui prononcera, sans recours, dans un nouveau délai d'un mois. Les états contractants s'engagent à faire observer la sentence par les intéressés et à les contraindre au paiement des frais de l'arbitrage. Quant aux délits, il était stipulé qu'ils seraient jugés par le tribunal du lieu où ils avaient été commis.

L'évêque Jean-Louis réservait enfin, expressément, la compétence de sa cour spirituelle, les libertés et immunités attachées à la principauté ecclésiastique de Genève et tous les droits de

---

[1]) « Quantum nos civitatemque nostram contingit. »

[2]) Voir la clause toute semblable du traité du 20 août 1477 avec la Savoie: E A, t. II, p. 939—940.

souveraineté que son Eglise possédait sur la ville et ses habitants.

Tel est, dans ses traits essentiels, le premier pacte qui rattacha Genève à la Suisse. Les éléments en sont empruntés, soit aux principes de droit public dont s'inspiraient alors les cantons dans leurs alliances, soit aux usages particuliers qui avaient réglé, dans le passé, les relations de Fribourg et de Berne avec Genève et la Savoie. Nous n'avons pas retrouvé, dans les nombreux traités conclus à cette époque par les Suisses, d'acte qui ait servi de modèle au secrétaire bernois Fricker pour dresser celui du 14 novembre 1477. En revanche, il n'est pas douteux que, cinquante ans plus tard, ce texte n'ait été sous les yeux des rédacteurs de la combourgeoisie de 1526, qui lui ont fait des emprunts évidents, ainsi que l'a déjà observé Bonivard [1]).

Depuis l'expédition de la Folle vie, la question de Genève n'avait pas cessé de jouer un certain rôle dans les démêlés entre les cantons. Aussi est-il intéressant de constater qu'en entrant dans la combourgeoisie de Berne et de Fribourg, l'évêque et la ville de Genève se trouvèrent aussi rattachés, dans une certaine mesure, à la ligue des cinq villes suisses, créée au mois de mai précédent avec le but essentiel d'assurer aux cantons «villes» la haute main dans la Confédération. En effet, le jour même où fut conclue l'alliance avec Genève, et sans doute pour complaire à leur combourgeois, les conseils bernois décidèrent qu'après avoir obtenu l'agrément des «quatre villes», ils écriraient une nouvelle lettre au roi de France au sujet des foires de Genève [2]). Ils le

---

[1]) Ci-dessus, p. 24.

[2]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 34: «man sol mitt rat und wússen der vier stetten dem kúng schriben von der messen wegen zů Jånff, die nach usgang der zů Lyon durch die sinen lassen besucht werden, angesechen unnser allten und núwen vereynungen, die dann luter wisen wie die kouff-lút sǒllen gehallten werden.» Comparez les clauses, très générales, des traités de 1452 et de 1463 (E A, t. II, p. 869 et 892) avec celles, beaucoup plus précises, du traité du 26 avril 1477, resté à l'état de projet (*ibidem*, p. 928; ci-dessus, p. 10 n. 4).

prieraient de laisser fréquenter celles-ci par les marchands de son royaume après la clôture des foires de Lyon, en fondant leur requête sur les anciennes et nouvelles alliances entre les cantons et la couronne de France, qui définissaient clairement le régime garanti aux marchands. Les cinq villes pouvaient d'autant mieux espérer quelque résultat d'une telle démarche, qu'elles venaient de se mettre d'accord pour confirmer, en ce qui les concernait, l'alliance avec le roi Louis XI et pour étendre le traité d'Abbeville (1463) à la personne du Dauphin Charles [1]). De son côté, l'évêque Jean-Louis n'avait pas attendu d'être bourgeois de Berne pour favoriser les intérêts commerciaux des villes suisses. Le 29 octobre, le châtelain de Genève s'était présenté devant le conseil de la ville et lui avait déclaré qu'en dépit des défenses promulguées par mesure de représailles, le seigneur évêque consentait à ce que les marchands venus à Genève se rendissent à Lyon pour la foire prochaine, s'ils le désiraient [2]).

Ainsi, l'un des premiers résultats de la combourgeoisie de novembre 1477, fut un effort commun des états alliés pour rétablir la liberté et la sécurité du trafic sur la route du plateau suisse. Berne entendait bien faire respecter à cet égard les clauses du traité qu'elle venait de signer. Dès le 26 novembre, elle rappelle l'une d'elles à l'évêque de Genève en l'invitant à faire jouir les ressortissants bernois du même traitement que les Fribourgeois

---

[1]) Dans une «journée» convoquée par les Bernois à Saint-Urbain, le dimanche 26 octobre: *Berne*, Ratsmanual, vol. 22, p. 211. Voir les pièces réunies dans E A, t. II, p. 704—707, et E. Rott, *Histoire de la représentation diplomatique de la France* ..., t. I, p. 50 n. 2. Sur l'attitude particulière des villes à l'égard de la France, voir encore Segesser, p. 28 n. 56.

[2]) R C, t. III, p. 46. — Le 28 octobre, Berne demande à l'évêque de Genève, au nom de la diète réunie à Zurich, de restituer à deux bourgeois de Bâle les marchandises qui leur ont été enlevées à Genève pendant la guerre; le 2 novembre, elle insiste pour qu'il fasse réparation à deux marchands de Nuremberg, Hans Muller et Hans Wagner, dont le sauf-conduit avait été violé: *Berne*, Lat. Miss. B., fol. 83 (E A, t. II, p. 704 b), 86 v°.

pour toutes les dispositions du traité [1]). En revanche, on la voit intervenir énergiquement auprès du prince d'Orange, en vertu de ce même traité, en faveur d'un citoyen de Genève, Antoine Achard, dépouillé par des hommes d'armes tandis qu'il traversait le comté de Bourgogne [2]).

Mais le principal avantage que l'alliance de Berne et de Fribourg procura aux Genevois, fut de leur faciliter le paiement de leur rançon. C'est ce qu'il nous reste à exposer dans le dernier chapitre de cette étude [3]).

VI. Le paiement de la rançon.

La dette de Genève se montait encore à 16,000 florins du Rhin, qui devaient être payés aux Suisses, moitié à Noël 1477

---

1) «Innhallt der letsten vereynung des burgrechts halb und gleits halb»: *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 60.

2) *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 94 (18 déc.).

3) Par un acte daté de Genève, «dans la maison de notre bien-aimé citoyen, compère et conseiller Aimé de Versonnex», le 22 novembre 1477, l'évêque Jean-Louis reconnaît qu'en vertu d'une bulle de son prédécesseur et aïeul. le pape Félix V (17 févr. 1448), les citoyens et habitants de Genève ne sont tenus envers lui à aucune obligation militaire, sinon pour la défense de la ville et de son territoire, et il confirme ce privilège (Spon, *Histoire de Genève*, t. II, Genève 1730, p. 172). Le préambule de cette pièce décrit les maux causés en 1475, dans le pays de Vaud et le Chablais, par les soldats des Ligues, soit de Fribourg, de Berne, de Soleure, de Lucerne et d'autres cantons, et qualifie vertement ces soldats de «brigands, malfaiteurs et envahisseurs». On pourrait s'étonner que l'évêque eût choisi le moment où il venait d'être reçu bourgeois de Berne et de Fribourg pour stigmatiser (comme ils le méritaient d'ailleurs) les cruels exploits de ses nouveaux alliés. Mais il y a lieu de remarquer que cette confirmation de privilège avait été réclamée par les citoyens peu après les événements qui y sont rappelés, et qu'elle fut rédigée au mois de mars 1476, c'est-à-dire à un mo-

et moitié à Pâques (1478) [1]. Les Genevois ne voyaient pas sans inquiétude approcher la première échéance, car la «taille des Allemands» rentrait avec peine et la crise économique provoquée par la guerre de Bourgogne continuait à influer défavorablement sur les revenus ordinaires de la ville [2]. La caisse communale avait à subir de continuels assauts [3]. Un jour, c'était un chanoine de Lausanne, Girard Oddet, qui recourait au conseil pour obtenir le remboursement de deux cents florins du Rhin qu'il avait prêtés, «pour l'honneur de la ville de Genève», aux chanoines Pierre de Viry et Boniface Favre, alors qu'ils étaient détenus en otages à

---

ment où l'évêque de Genève et la cour de Savoie tenaient encore le parti du duc de Bourgogne (ci-dessus, t. 44, p. 27). Bien que l'évêque et son conseiller A. de Versonnex eussent touché alors une somme assez ronde pour cette concession, l'acte resta non scellé et par conséquent sans valeur (R C, t. II, p. 431, 432, 437—439). Lorsque l'évêque se décida à le sceller, après son retour de Berne, il ne semble pas qu'il l'ait fait à la sollicitation des citoyens, mais plutôt à celle de Versonnex qui s'était engagé, envers le conseil de la ville, à rendre l'argent qu'il avait reçu pour prix de son intercession s'il ne réussissait pas à procurer à la ville l'acte duement scellé. En effet, ce fut Versonnex qui garda par devers lui le privilège épiscopal. Il ne le montra au conseil que quatre ans plus tard, en septembre 1481, alors que celui-ci procédait à la revision des comptes du banquier Clerc et contestait la validité du versement effectué à Versonnex (R C, t. III, p. 178, 182). Nous ne croyons donc pas qu'il faille chercher une explication d'ordre politique au fait que l'évêque scella le privilège d'exemption en faveur des citoyens aussitôt après la conclusion du traité de combourgeoisie.

[1]) Ci-dessus, p. 19.

[2]) R C, t. III, p. 43, 44, 48 (30 sept.; 14 oct.; 18 nov.); voir ci-dessus, p. 39. — Le 28 octobre (p. 45), le conseil décide de percevoir directement la part du produit des halles afférente à la ville si personne n'en offre un fermage supérieur à 310 ff. Dans les années favorables, cette ferme montait à six ou sept cents florins: Micheli, *op. cit.*, dans M D G, t. XXXII, p. 155.

[3]) R C, t. III, p. 44 (14 oct.): le trésorier est autorisé à porter en compte 507 ff, payés à Ay. de Versonnex en remboursement d'une avance faite sur la croix de Saint-Pierre (ci-dessus, t. 44, p. 56 n. 4). Voir aussi R C, t. III, p. 55 (23 déc.).

Fribourg [1]). Puis il fallait rendre à un Fribourgeois les cent écus qu'il avait avancés à Achard et à Gros, envoyés à Berne avec l'évêque Jean-Louis, ou prêter à l'évêque lui-même cent écus sur l'argent destiné à la rançon [2]). Le 13 novembre, enfin, un envoyé de la cour de Savoie apportait au conseil deux lettres, l'une de la duchesse Yolande, l'autre du jeune duc Philibert, où tous deux insistaient pour que les joyaux confiés à la ville, et remis en gage aux cantons, leur fussent restitués au terme convenu [3]).

Pour tirer la ville d'embarras, le conseil ne découvrait pas d'autre ressource que l'emprunt [4]). Or, s'il était possible de trouver l'argent nécessaire, ne vaudrait-il pas mieux se libérer en une fois du solde de la rançon et prévenir ainsi tout nouveau conflit avec les Suisses? Le conseil fit approuver cette solution par l'évêque Jean-Louis. Le jour où la combourgeoisie fut conclue, celui-ci pria Messieurs de Berne de faire accompagner par quelqu'un des leurs les délégués genevois qui se rendraient à Strasbourg pour y négocier un emprunt [5]). Au conseiller François Gros, chargé de cette mission, le conseil de Berne adjoignit le secrétaire de la ville, Thuring Fricker, qui mit beaucoup de zèle à faire réussir le projet des Genevois [6]). Les Bernois avaient eux-mêmes intérêt à liquider sans retard une question qui pouvait susciter encore des difficultés entre eux et leurs confédérés. Ils espéraient aussi soulager la misère qui régnait dans leurs campagnes, à la suite des mauvaises récoltes de l'année, en hâtant le partage de la rançon de Genève [7]).

---

[1]) *Genève*, PH, Supplément, n° 24 (2 nov.); RC, t. III, p. 46 (4 nov.).

[2]) *Ibidem*, p. 50, 56 (9 et 27 déc.).

[3]) Rivoli, 31 oct. 1477: *Genève*, PH, n°s 645, 704. Ce terme n'est pas connu. Voir le fragment impr. ci-dessus, t. 44, p. 64.

[4]) RC, t. III, p. 43, 46, 52 (30 sept.; 28 oct.; 11 déc.).

[5]) Berne à Fribourg, 18 déc.: *Berne*, D. Miss D, p. 210; Ratsmanual, vol. 23, p. 104 (16 déc.).

[6]) Compte de F. Gros, dans MDG, t. VIII, p. 430 (ci-dessus, t. 44, p. 56 n. 3). Fricker («dictus doctor») avait aussi envoyé des messagers à Constance et ailleurs, à la recherche d'argent pour Genève.

[7]) Berne à Fribourg, 18 et 31 déc.: *Berne*, D. Miss. D, p. 210, 214; la seconde lettre est impr., d'après l'original, dans Büchi, *Missiven*, p. 93.

A leur arrivée à Strasbourg, les négociateurs s'abouchèrent avec deux courtiers de la place, auxquels ils confièrent le soin de chercher, au taux le plus bas possible, la somme dont Genève avait besoin [1]). L'argent finit par se trouver, moyennant que six bourgeois de Berne et six de Fribourg cautionneraient la dette genevoise. Les prêteurs exigeaient en outre le transport préalable, à Strasbourg, des joyaux servant de garantie aux Suisses, et l'autorisation de les vendre, accordée par le duc et la duchesse de Savoie, si les Genevois ne tenaient pas leurs engagements [2]). François Gros étant revenu à Genève, le conseil général fut assemblé le 11 décembre et donna plein pouvoir aux syndics pour conclure l'affaire. Le même jour, examinant celle-ci de plus près, le conseil des Cinquante se rangea à l'idée d'un emprunt suffisant pour que «la ville fût entièrement libérée des mains des Allemands» [3]). L'intérêt en serait supporté par ceux des contribuables qui n'avaient pas encore payé leur taille. Jean Clerc fut invité à rendre compte de l'argent qu'il avait perçu jusqu'à ce jour. Puis les syndics se hâtèrent de faire porter à Berne les sceaux de l'évêque et de la ville pour que l'obligation pût y être aussitôt scellée. En définitive, la somme à emprunter à Strasbourg fut fixée à 11,000 florins du Rhin.

Les magistrats genevois se préoccupaient en même temps d'accroître les ressources qui permettraient de rembourser la dette que l'évêque et la ville allaient contracter avec la garantie de leurs combourgeois. Ils obtinrent de l'évêque Jean-Louis des lettres

---

[1]) Compte de F. Gros, *ubi supra.* L'ambassade genevoise comptait six personnes et passa six jours à Strasbourg, à l'auberge. Fricker avait avec lui trois serviteurs et deux soldats «pro securitate». Les dépenses de la mission se montèrent à 138 écus 46 ff 28 d et 2 ob. Voir ci-dessus, p. 16 n. 2.

[2]) R C, t. III, p. 51, 52 (10 et 11 déc.); Berne à Fribourg, 18 déc., lettre déjà citée.

[3]) R C, t. III, p. 53. La somme trouvée à Strasbourg s'élevait à 16,900 ff du Rhin.

patentes créant une taxe sur la vente de la viande de boucherie [1]). Le principe en avait déjà été adopté par les citoyens le 21 mai précédent, mais l'introduction de cet impôt s'était heurtée à la résistance des bouchers, gens d'humeur peu facile, dont les démêlés avec les autorités communales occupent, au XVe siècle, une grande place dans les délibérations du conseil. Pour vaincre cette opposition, il fallut menacer les bouchers récalcitrants de les congédier et de les remplacer par d'autres. On espérait retirer un revenu important de cette taxe, puisque Claude de Pesmes, déjà fermier de la gabelle du vin, offrit jusqu'à 1500 florins de Savoie de celle de la boucherie [2]).

Enfin, le 30 décembre, le conseil général acheva d'organiser l'effort financier que réclamait la situation de Genève, en votant le projet d'une gabelle à percevoir, pendant quatre ans au plus, sur tous les produits amenés dans la ville [3]). Décidé une première fois deux ans auparavant, cet impôt n'était pas entré en vigueur. Ce nouveau sacrifice souleva de vifs débats au sein du peuple, mais les citoyens s'y résignèrent pour arracher Genève à la rancune des Suisses [4]). Après discussion le taux de la gabelle fut porté d'un 1/2 % à 1 % de la valeur des marchandises destinées à être consommées ou vendues dans la ville; il était trois fois moins fort pour celles qui y passaient en transit [5]). Comme pour l'impôt sur

---

1) *Ibidem*, p. 49, 53—56 (25 nov.; 11, 16, 22, 23 et 26 déc,); voir déjà p. 26, 46—48 (21 mai; 4, 6, 11 et 18 nov.) et *passim*.

2) *Ibidem*, p. 61. La gabelle de la viande ne fut pas affermée mais perçue pour le compte de la communauté: p. 57; cf. M D G, t. VIII, p. 425. L'assiette de l'impôt, fixée le 11 novembre, paraît avoir été modifiée le 26 décembre. La résistance des bouchers se prolongea jusqu'en février 1478: R C, t. III, p. 64, 66—68, 72 etc.

3) *Ibidem*, p. 57, 58 (29 et 30 déc.).

4) «Ut a manibus Alemanorum liberari possint» (*ibidem*). Le 31 décembre (p. 59), P. Magnin rapporte au conseil un propos tenu dans la rue par L. Genod: «Je decouvreray le paty, par le sanc Dieu! toy, Ravonel et Pierre Jaquet avés fait les imposicions, et XV ou XVI dé plus gros ont trahis monseigneur l'evesque etc.» Voir ci-dessus, t. 44, p. 17 et n. 3.

5) R C, t. III, p. 60, 61 (4 et 8 janv. 1478).

la boucherie, le conseil écarta le système de la ferme et nomma des percepteurs pour les différentes catégories de marchandises soumises à la gabelle: sel marin, poissons salés, figues, amandes, raisins, olives, épices, fers, peaux, draps, étoffes de laine, mercerie etc. Deux délégués du conseil devaient surveiller les percepteurs et centraliser l'argent [1]).

De leur côté, les Bernois n'étaient pas restés inactifs. Le 9 décembre, ils avaient informé le conseil de Lucerne de l'intention des Genevois d'acquitter entièrement leur dette, et ils l'avaient prié de convoquer sans retard à Lucerne une diète où les confédérés se mettraient d'accord à ce sujet [2]). Réunie le 19 décembre, la diète apprit de la bouche du député bernois, Henri Matter, les mesures prises pour payer la rançon de Genève. Afin de satisfaire aux exigences des prêteurs de Strasbourg, il fallait que les cantons se dessaisissent des gages confiés à Uri avant de toucher leur argent; Genève leur offrait, dans l'intervalle, la garantie de la ville de Berne ou celle de particuliers qui leur agréeraient. Mais la diète siégeait dans une atmosphère de défiance: irrités du rôle que la ligue des villes prétendait jouer, les «pays» avaient entrepris d'obliger Lucerne à s'en retirer. Ils soutenaient que la combourgeoisie du 23 mai 1477 était contraire au pacte par lequel cette ville s'était unie jadis aux Waldstaetten. L'accueil fait aux propositions des Genevois se ressentit de ce débat: les députés décidèrent d'en référer à leurs gouvernements et se donnèrent rendez-vous à Lucerne le dimanche après Noël [3]).

---

[1]) *Ibidem*, p. 58, 61—63, 66 (31 déc.; 8, 11, 13 et 16 janv.; 3 févr.). Toutefois la gabelle du sel fut affermée pour 200 florins: p. 65, 67 (3 et 6 févr.); voir M D G, t. VIII, p. 425.

[2]) «Und wann nu sölich gelt jetz vorhanden und die angesatzt zytt der zalung so kurtz (Noël 1477), so ist not dorumb gemein underred zů haben»: *Berne*, D. Miss. D, p. 208. — Le 15 décembre, Berne prie Lucerne de retarder la réunion, car elle attend l'arrivée d'une ambassade de l'évêque de Genève: Ratsmanual, vol. 23, p. 88, 102.

[3]) E A, t. II, p. 708b, d et ad d. — Berne à Soleure et Fribourg, 23 déc.: *Berne*, D. Miss. D, p. 212; impr. dans Büchi, *Missiven*, p. 91. Voir Segesser, p. 25 et suiv.

Sur ces entrefaites, Berne rencontra un obstacle imprévu. Malgré les instances de l'ancien avoyer Pétremand de Wabern, envoyé à Fribourg, les magistrats de cette ville se refusèrent à fournir les cautions qui leur étaient demandées pour l'emprunt genevois. Afin de gagner du temps, le conseil de Berne écrivit à Matter de réclamer de la diète, pour Genève, un délai de paiement de six semaines [1]. Puis il s'efforça de faire revenir les Fribourgeois sur leur décision, en leur représentant les avantages d'un prompt règlement de cette délicate affaire. Il ne se dissimulait pas que le mécontentement des «pays» ne cherchait qu'une occasion de se manifester contre la politique particulière des «villes», dont Berne était la véritable inspiratrice. Or l'irritation contre Genève persistait dans les petits cantons. A la diète du 30 décembre [2], l'amman Zimmermann d'Unterwalden et quelques compagnons — de ceux, sans doute, qui avaient participé à la Folle vie — se plaignirent du préjudice et de l'outrage qu'ils avaient subis à Genève, et demandèrent qu'on les autorisât à faire eux-mêmes justice de l'évêque et de la ville [3]. En accédant à leur désir, la diète eût donné le signal d'une nouvelle expédition contre une cité qui avait acquis des titres à la protection de Berne et de Fribourg. Les députés sortirent d'embarras en décidant, cette fois encore, de consulter leurs supérieurs, dont la réponse serait apportée à la diète qui devait se réunir à Zurich au début de janvier. Berne fut invitée à faire son possible, jusque-là, pour persuader aux Genevois et à leur évêque de donner satisfaction à ce qu'il pouvait y avoir de fondé dans les plaintes portées contre eux. En revanche, les cantons refusèrent absolument de laisser

---

[1]) Berne à Henri Matter (à Lucerne), 29 déc.: *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 123; Berne à Fribourg, 31 déc.: ci-dessus, p. 51 n. 7, et Schilling, t. II, p. 136 n. 1.

[2]) E A, t. II, p. 709 b et e; — Berne à ses députés à la diète de Zurich, 5 janv. 1478: *Berne*, D. Miss. D, p. 222; Ratsmanual, vol. 23, p. 129.

[3]) Cette plainte est peut-être en relation avec le séjour à Genève du capitaine du contingent d'Unterwalden dans la Folle vie, en mars 1477: ci-dessus, t. 44, p. 62 et 69.

sortir de leurs mains les bijoux qui leur servaient de gages pour le solde de la rançon de Genève. Quant à la demande d'un délai de paiement, elle fut aussi renvoyée à la diète de Zurich, qui se prononcerait en outre sur le mode de partage de la rançon.

Le rapport du député Matter inquiéta beaucoup le conseil bernois, car il entrevoyait de graves complications si les menaces de quelques confédérés contre Genève venaient à se réaliser [1]). Il avait délégué les premiers magistrats de la république à la diète de Zurich, qui devait décider du sort de la Franche-Comté et rétablir la paix avec la Bourgogne. Il les mit aussitôt au courant de ce qui s'était passé à Lucerne et leur recommanda d'insister auprès de la diète pour qu'un délai fût accordé à Genève, en rappelant le grand effort que cette ville avait fait pour satisfaire les Suisses. Il leur apprit que le conseiller Henri Ditlinger, qui allait chercher du blé à Strasbourg, renouerait la négociation de l'emprunt. Encore fallait-il s'assurer qu'une fois l'argent promis, les confédérés laisseraient partir les gages! Enfin Berne conjurait ses députés de s'opposer à ce que les cantons permettent à leurs gens de marcher contre Genève avant d'avoir épuisé les moyens juridiques [2]). Toute décision précipitée, que ce fût à l'égard de Genève, ou à l'égard de Lucerne dans l'affaire de la combourgeoisie des villes, jetterait les confédérés dans des difficultés d'autant plus redoutables qu'une terrible famine régnait dans le pays des Ligues.

Sur le conseil de leurs combourgeois de Berne, l'évêque et la ville de Genève se décidèrent à négocier avec les Suisses au sujet des plaintes élevées contre eux à la diète de Lucerne. Le juge des excès Pierre Férod fut chargé de démontrer aux députés des

---

[1]) Berne à ses députés à la diète, 5 janv., lettre déjà citée: «und möcht in sölchen dingen allerley fúrgenomen das zů großer mißhell und úbell under uns allen wurd erschießen». A la tête de la députation bernoise à Zurich se trouvaient l'avoyer de Boubenberg, Wabern et Guillaume de Diesbach.

[2]) *Ibidem:* «das unnser Eydgnossen die iren verhalten und in nit gestatten die von Jenff an rechtlich erbietten und ervolgen zů überziechen».

cantons que la rançon imposée à Genève par le traité de Morges mettait cette ville à l'abri de toute réclamation particulière [1]). Conduit à Zurich par le conseiller bernois Urbain de Muhleren, Férod présenta son rapport au conseil de Genève le 29 janvier [2]). Grâce à l'appui des députés de Berne, il avait obtenu que la diète ne prêterait les mains à aucune mesure hostile contre Genève; elle consentit, au contraire, à accorder à cette ville le délai de paiement réclamé par Berne [3]). Mais une grande prudence était nécessaire pour éviter tout ce qui pouvait irriter les Suisses. Dès le début de l'année, les magistrats bernois avaient conseillé à l'évêque Jean-Louis d'appliquer avec modération aux marchands le tarif des péages [4]). Le 17 janvier, ils l'engagèrent à surseoir à l'introduction des nouveaux droits de gabelle jusqu'au moment où les intentions de la diète à l'égard de Genève seraient connues; ils se réservaient d'ailleurs de discuter encore avec leurs alliés de Fribourg l'opportunité de cette innovation, dont ils redoutaient les suites pour la restauration des foires de Genève [5]). En-

---

[1]) R C, t. III, p. 62 (11 janv.). Le conseil de la ville lui adjoignit Hugues Valier, auquel il remit 50 ff du Rhin pour les dépenses de l'ambassade. Sur Férod: M D G, t. XXI, p. 282 n. 3.

[2]) R C, t. III, p. 65. — Berne à ses députés à la diète de Zurich, 11 janv.; Berne à l'évêque de Genève, 17 janv.: *Berne*, D. Miss. D, p. 225; Lat. Miss. B, fol. 106 vº. Mühleren avait été envoyé à Genève pour arrêter les compagnons bernois qui couraient s'engager au service de France, malgré les défenses de leur gouvernement. Il revint avec Férod et tous deux furent entendus par le conseil de Berne: «Et pro aptiori omnium directione, illos una in comitiva Thuregum destinavimus ad nostros ceterosque oratores, ea spe ut, auditis oblationibus illme d. vestre, confederati nostri attentiores reddantur querulantes suos ut compescant.»

[3]) E A, t. III. 1, p. 1b.

[4]) Berne à U. de Mühleren (à Genève), 5 janv.: *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 130.

[5]) Berne à l'évêque, 17 janv., *ubi supra:* «Nam veremur nedum sed scimus per expressum hujus oneris emolimenta alia in parte plus incomodi allatura, et maxime id quod nundinas Gebenn. concernit, pro quarum celebratione festina laboravimus olim et item in dies faciemus, adjutore Deo;» — Ratsmanual, vol. 23, p. 143 (16 janv.).

fin, ils insistaient pour que les 5000 florins de la rançon, non compris dans l'emprunt négocié à Strasbourg, fussent promptement réunis et envoyés à Fribourg avant le 2 février, date à laquelle les députés des cantons s'étaient donné rendez-vous dans cette ville [1]).

Les Bernois avaient espéré qu'en se substituant à Genève pour contracter l'emprunt des 11,000 florins du Rhin, ils amèneraient les prêteurs de Strasbourg à renoncer au dépôt préalable des bijoux que les Suisses ne voulaient pas lâcher avant d'être payés. Cet espoir fut déçu: bien que soutenu par les magistrats de Strasbourg, le conseiller Ditlinger se heurta au refus catégorique des bailleurs de fonds avec lesquels le secrétaire Fricker avait précédemment traité. En informant l'évêque Jean-Louis de ce fâcheux contre-temps [2]), le conseil bernois s'en disait fort troublé, à cause de la rigueur dont certains cantons étaient enclins à user envers leurs débiteurs genevois. Il suppliait l'évêque de ne pas s'endormir dans une trompeuse attente, mais de mettre tout en œuvre pour réunir en temps voulu l'argent du premier versement promis aux Suisses. Sinon, on pouvait redouter quelque malheur [3]). Prévenus, eux aussi, les députés bernois à la diète de Zurich devaient s'ingénier pour découvrir la somme dont Genève avait encore besoin, et s'entendre avec les amis que Berne comptait dans l'assemblée pour que les cantons conservent une attitude amicale à l'égard de Genève en attendant le règlement de cette nouvelle difficulté. Enfin, l'ancien avoyer de Wabern, qui portait à Genève un intérêt particulier, fut envoyé à Strasbourg et chargé d'une dernière tentative pour faire aboutir l'emprunt auquel les Fribourgeois s'étaient finalement décidés à participer [4]).

---

[1]) Dès le 3 janvier, Berne avait écrit à l'évêque de Genève de hâter l'envoi des 5000 ff: *Berne,* Ratsmanual, vol. 23, p. 128.

[2]) Berne à l'évêque, 20 janv.: *Berne,* Lat. Miss. B, fol. 108.

[3]) «Quo peccunie saltim nunc debite... in Friburgo repperiantur, ne, defectu earundem, aliquid novitatum nobis omnibus emergat.» Berne entendait parler des 8000 ff qui auraient dû être payés à Noël 1477 ou des 5000 ff que les Genevois s'étaient chargés de trouver de leur côté.

[4]) Berne à ses députés à la diète de Zurich, 20 janv.; Berne à l'évêque

Berne, on le voit, ne reculait devant aucun effort pour libérer ses combourgeois de Genève de la menace des Suisses; en même temps, elle s'efforçait d'acheminer la question du pays de Vaud, restée en suspens, vers une solution définitive [1]). Elle mettait, à atteindre ces deux buts de sa politique d'alliance dans la région lémanique, la même volonté et la même persévérance. Durant l'été et l'automne de 1477, la duchesse Yolande de Savoie avait été fort occupée à obtenir de ses états au delà des monts, pour le rachat du pays de Vaud, un subside analogue à celui que lui avaient déjà concédé les pays cisalpins de la monarchie. Pour fléchir la résistance des cantons, opposés à toute restitution avant le paiement intégral de l'indemnité de 50,000 florins, elle avait renvoyé en Suisse une ambassade qui s'était présentée devant la diète, à Lucerne, le 2 octobre [2]). La duchesse offrait de verser 25,000 florins à la prochaine Chandeleur (2 février 1478) et de garantir le paiement du solde dans le délai d'une année par une hypothèque sur le pays de Vaud ou par des cautions; elle demandait que les Suisses vinssent toucher le premier versement à Genève. Les cantons promirent de donner leur réponse à la diète suivante; mais lorsque celle-ci se réunit à Zurich, le 16 octobre, les ambassadeurs savoyards se virent opposer un nouvel ajournement. Ils partirent en laissant en Suisse le Genevois Jean d'Allemagne. Sur le conseil des Bernois, celui-ci s'était transporté de canton en canton afin de les gagner successivement au point de vue savoyard; puis il s'était rendu à la diète de Zurich pour solliciter la réponse si longtemps attendue [3]). Grâce à l'intercession des

---

de Genève, 13 févr.: *Berne*, D. Miss. D, p. 232; Lat. Miss. B, fol. 110; — Berne à Wabern, 3 févr.; Berne à Fribourg, 13 févr.: Schilling, t. II, p. 136 n. 1. — L'évêque Jean-Louis à l'avoyer de Fribourg, 27 déc. 1477 (accrédite des députés chargés de gagner le conseil de cette ville à l'idée de l'emprunt): *Fribourg*, correspondance de Genève.

[1]) Ci-dessus, p. 31. — Gabotto, t. II, p. 230 et n. 4.

[2]) E A, t. II, p. 699e, 701c.

[3]) Berne à la duchesse de Savoie; Berne à l'évêque de Genève, 17 janv.: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 107, 107 v°. Sur J. d'Allemagne, voir ci-dessus, t. 44, p. 32; il est à Berne le 22 octobre 1477: Ratsmanual, vol. 22, p. 211.

représentants bernois, il fut décidé que les députés des cantons se trouveraient à Berne le 4 février au soir et qu'ils se rendraient de là à Genève pour recevoir l'argent de la Savoie [1]). La diète avait semblé se rallier à l'idée de restituer sans plus tarder à celle-ci le pays de Vaud. Mais quand les députés suisses furent arrivés à Berne, au jour fixé, il apparut qu'ils ne s'estimaient pas autorisés à cette restitution anticipée [2]). Or les magistrats bernois avaient cru pouvoir donner à la duchesse Yolande des assurances positives à cet égard. Qu'arriverait-il si les représentants de la duchesse, s'estimant trompés, refusaient de payer sans l'assurance de la restitution sur laquelle ils comptaient [3])? Craignant de s'être compromis à la fois envers ses alliés savoyards et ses confédérés, Berne pressa les cantons de compléter les instructions données à leurs députés.

Sans attendre la réponse à cette démarche, les députés se mirent en route pour Genève [4]). Les Genevois avaient pris leurs mesures pour tenir prêts les 5000 florins du Rhin qu'ils s'étaient engagés à trouver de leur côté. Comme ni le trésorier de la ville, ni le banquier Clerc, receveur de la taille des Allemands, n'avaient

---

[1]) E A, t. III. 1, p. 1 a.

[2]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 168; — Berne au conseiller H. Wanner (député à la diète, à Lucerne), 5 févr.: D. Miss. D, p. 235. — Sur la journée de Berne: E A, t. III. 1, p. 2. Les députés arrêtèrent les comptes des châtelains du pays de Vaud; ils prirent rendez-vous à Lucerne, le 10 mars, pour partager la rançon de Genève et se décider sur les plaintes relatives aux péages, sur les foires de Genève etc.

[3]) Malgré les termes du manual bernois, le recès de la diète de Zurich ne parle pas de la restitution du pays de Vaud. En recommandant à la duchesse d'assurer le paiement des 25,000 ff à la date prévue, Berne ajoutait (17 janv., *ubi supra*): « Que res plurimum conducet in patrie restitucionem, circa quam oratores nostri non modice laboraverunt et, ut prediximus, *consequuti sunt.* » Dans sa lettre à Wanner (5 févr.), Berne ne parle que d'assurances verbales données à ce sujet, à Zurich, par les confédérés.

[4]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 174, 176 (8 et 9 févr.). La diète de Lucerne ne voulut pas prendre sur elle de décider la restitution. — Schilling, t. II, p. 169.

cette somme en caisse, il avait fallu recourir encore à l'emprunt [1]). Pierre Lévrier et Hugonet Conseil, secrétaire de la ville, s'étaient rendus à Lyon, où la banque des Médicis consentit à prêter 3500 écus du roi. Un certain nombre de citoyens s'étaient portés garants de cette dette; le 30 janvier, le conseil général ratifia l'obligation souscrite en faveur de la banque lyonnaise. Pour parfaire la somme, Claude de Pesmes, fermier de la gabelle du vin, reçut l'ordre de remettre à Jean Clerc 1500 florins de Savoie [2]). Les Genevois avaient espéré que les députés suisses attendus à Genève accepteraient les 5000 florins et en donneraient quittance. Mais ni les prières de l'évêque, ni celles du chanoine Pierre de Viry, dont le conseil avait réclamé l'intervention parce qu'il était «l'ami des seigneurs des Ligues», ne purent les décider à s'écarter de leurs instructions. En définitive, l'argent fut porté à Berne par le syndic Pierre Braset et François Gros, et le paiement effectué le 21 février [3]).

Entre-temps, la mission confiée à Wabern avait abouti. Sur les instances de ce magistrat, le conseil de Strasbourg s'était décidé à prêter lui-même les 11,000 florins sur les fonds de la caisse communale, au taux de 5 %. L'emprunt serait fait au nom des deux villes de Berne et de Fribourg, qui fourniraient chacune douze cautions; il était consenti pour le terme de deux ans. Le 13 février, le conseil bernois s'empressa de faire part de cette heureuse nouvelle à l'évêque et à la ville de Genève [4]); il leur envoya,

---

[1]) Ci-dessus, p. 58. R C, t. III, p. 60, 62, 63, 65 (6, 13, 18 et 30 janv.).

[2]) R C, t. III, p. 64 (24 janv.). Les 3500 écus du roi, comptés à 30 d, valaient 4375 écus de Savoie. Les 1500 florins payés par C. de Pesmes, 750 écus. La gabelle du sel fournit 100 écus: M D G, t. VIII, p. 425, 431.

[3]) R C, t. III, p. 71 (12 févr.). — D'après le compte de F. Gros, celui-ci reçut de J. Clerc, le 13 février, 5068 écus de Savoie et 52 d gr, en monnaies de divers pays. Le voyage dura dix jours et coûta 62 écus, sans compter le prix de location d'un cheval à raison de 2½ d par jour: M D G, t. VIII, p. 424, 430—431.

[4]) Berne à l'évêque de Genève (13 févr.): *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 110; Ratsmanual, vol. 23, p. 185; — Berne à la ville de Genève, 13 févr.: R C,

toute prête pour être scellée de leurs sceaux, l'obligation par laquelle l'un et l'autre s'engageraient à maintenir leurs combourgeois indemnes de toute charge et de toute perte à l'occasion de cette dette et à rembourser celle-ci dans le délai convenu. Les bijoux de Savoie seraient transportés d'Uri à Berne, où ils resteraient déposés à titre de gages, avec faculté de les aliéner si les Genevois négligeaient leurs engagements. L'évêque et la ville constituaient en outre, en faveur de leurs combourgeois, une hypothèque sur l'ensemble de leurs biens et de leurs revenus. Berne réclamait enfin une somme de 400 florins du Rhin, destinée à parfaire un paiement antérieur, et 200 florins pour ses frais d'ambassades et pour le transport des bijoux et de l'argent; elle insistait pour que l'affaire fût réglée sans retard. Le 17 février, le conseil de Genève décida que l'obligation serait scellée du sceau de la ville et manda à Braset et à Gros, qui venaient de partir pour Berne avec les 5000 florins, de régler pour le mieux les autres questions soulevées dans le message des Bernois [1]). Pour récompenser P. de Wabern de la peine qu'il avait prise en mainte occasion en faveur de Genève, le conseil lui fit compter quarante écus par Jean Clerc; plus tard, à la requête de l'évêque, il lui abandonna la somme due à la ville pour la taille de sa belle maison du Molard [2]).

Le 19 février, une diète se réunit à Berne; à côté des huit cantons, les villes de Fribourg et de Soleure y étaient représentées [3]). D'un commun accord, les députés décidèrent que lorsque les 16,000 florins des Genevois auraient été remis à Uri, les gages seraient confiés aux Bernois et aux Fribourgeois à cause de la dette contractée par eux dans l'intérêt commun des confédérés.

---

t. III, p. 74, où les syndics et conseils de Genève sont qualifiés «nobiles prestantissimique viri amici acque comburgenses carissimi» (voir ci-dessus p. 25).

[1]) R C, t. III, p. 72; avec le texte de l'obligation.

[2]) *Ibidem*, p. 93 et 181 (5 sept. 1481).

[3]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 195: «botten von Eydgnossen uff hútt hie gewesen» (avec la liste des députés).

Ils ne réservèrent plus que pour la forme les prétentions de quelques particuliers, auxquelles ils avaient paru jusqu'alors attacher tant d'importance [1]). Ils consentirent aussi, unanimement, à recevoir l'acompte de 25,000 florins du Rhin que le trésorier général de Savoie était prêt à payer sur le prix de rachat du pays de Vaud, et à restituer de suite ce pays au duc de Savoie, qui le leur hypothèquerait en garantie des 25,000 autres florins de l'indemnité convenue. Forts de cette double décision, les Bernois menèrent promptement à chef les deux affaires qui leur avaient causé tant de tracas. L'acte de restitution du pays de Vaud et la reconnaissance de la duchesse de Savoie pour le solde de l'indemnité portent la date du 21 février [2]); l'obligation souscrite envers Strasbourg par les villes de Berne et de Fribourg, celle du 23 février [3]).

La diète avait discuté longtemps pour savoir si l'argent des rançons de Genève et de Lausanne [4]) serait attribué par parts égales aux huit cantons et aux deux villes de Fribourg et de Soleure — comme ce fut le cas pour l'indemnité de rachat du pays de Vaud — ou s'il serait réparti au prorata des hommes que chacun de ces états avait fournis à l'armée qui s'était avancée jusqu'à

---

[1]) «Unangesechen das Johannes der schriber oder ander ir zůsprúch halb villicht möcht inred haben.» Il s'agit probablement de Hans Schilling, secrétaire de la ville de Lucerne, envoyé à Genève après la Folle vie: ci-dessus, t. 44, p. 69 n. 1. Le 27 janvier 1478, le conseil de Genève mandate une somme de 13 ff 4 gr pour payer le drap donné au secrétaire de Lucerne: R C, t. III, p. 64.

[2]) E A, t. II, p. 949, 951. D'après le compte du trésorier Richardon, le paiement des 25,000 ff fut effectué le 25 février, sans doute à Genève: Ménabréa, *Chroniques de Yolande de France*, p. 193. Les huit cantons, Soleure et Fribourg reçurent chacun 2500 ff du Rhin: Schilling, t. II, p. 169.

[3]) *Fribourg*, Stadtsachen A 281. L'emprunt est contracté sous la forme habituelle de la vente d'une rente annuelle de 550 ff. Au nombre des cautions se trouvent les principaux magistrats des deux villes.

[4]) Suivant Schilling (t. I, p. 308), la rançon de Lausanne se montait à 2000 ff du Rhin, chiffre confirmé par le tableau de partage des deux rançons: E A, t. III. 1, p. 4. Voir M. Reymond, *La guerre de Bourgogne et Lausanne*, dans *Revue histor. vaudoise*, 1915, p. 166.

Morges en octobre 1475. Ce dernier mode de partage finit par l'emporter [1]). Pour mesurer l'importance du débat, dans lequel Berne fit prévaloir sa volonté avec l'aide des quatre autres villes, il suffit de constater que, des 17,022 hommes portés sur les rôles qui furent établis à la veille du partage, 14,591 appartenaient aux cinq villes alliées. A lui seul, le contingent bernois en comptait 7070, tandis qu'avec l'appoint de quelques bailliages communs, les cinq petits cantons n'avaient mis en ligne que 2431 soldats. C'est sur cette base-là que, le 11 mars 1478, la diète réunie à Lucerne procéda au partage [2]). La quote-part de chaque soldat s'éleva à environ 1,6 florin du Rhin. Lorsqu'on eut additionné les versements successifs effectués par les villes de Genève et de Lausanne, il se trouva que, par suite des différences d'appréciation dans le change des monnaies et des objets d'orfèvrerie, il manquait encore 736 florins au total de 28,000 florins que formaient les deux rançons. Pour en finir, les Bernois avancèrent cette somme en se réservant de la réclamer à qui de droit. En revanche, ils se firent livrer les bijoux qui allaient servir dorénavant de gage à l'emprunt de Strasbourg; ils les ramenèrent à Berne et les déposèrent dans le trésor de la ville [3]). L'heure n'était pas

---

[1]) Ci-dessus, t. 44, p. 50 n. 3. Dès le 10 mars 1477, les conseils de Lucerne adhèrent à l'opinion du conseil de Zurich, d'après laquelle la rançon de Genève devait être partagée «nach den lüten ... und nit nach den orten» (*Arch. de Lucerne*, Ratsprotokoll V. B, 310; commun. de M. P. X. Weber, archiviste d'Etat). Berne ne cessa pas de soutenir le même point de vue: E A, t. II, p. 659 ad d (19 mars); *Berne*, Ratsmanual, vol. 21, p. 110, 168 (9 avril; 12 mai). La question fut reprise en décembre 1477, et la diète décida que seuls seraient portés sur les rôles dressés par chaque canton les soldats qui avaient fait partie des contingents réguliers de l'armée de 1475: E A, t. II, p. 708 b, 709 e. Voir Schilling, t. II, p. 170 n. 3.

[2]) E A, t. III. 1, p. 4. Voici les contingents des quatre autres villes: Zurich, 2000 hommes; Lucerne, 2121; Fribourg, 2000; Soleure, 1400. L'orfèvrerie fut évaluée à raison de 7 ff le marc d'argent, au lieu de 8 ff que proposaient les Genevois. La somme répartie s'éleva à 27,454 ff, le solde ayant sans doute servi à payer certaines dépenses.

[3]) Schilling, t. II, p. 170. Cf. R C, t. III, p. 124 n. 1.

encore venue où, répondant au vœu si souvent exprimé par «Madame Yolant», les Genevois pourraient s'acquitter envers la bonne duchesse en lui rendant ses joyaux [1]).

On devine avec quel soulagement les Genevois se virent à l'abri des poursuites des Suisses, qui les avaient tenus dans de continuelles alarmes depuis plus de deux ans. Désormais, ils n'auraient plus affaire qu'à leurs combourgeois de Berne et de Fribourg dont l'intérêt n'était pas de recourir contre eux à la violence. Avec la ténacité propre aux montagnards, les compagnons d'Unterwalden qui avaient failli déchaîner une seconde Folle vie tentèrent bien de faire encore valoir leurs revendications particulières. Mais, la rançon étant payée, les confédérés se désintéressèrent de leur cause [2]). En revanche, les Bernois entendaient être remboursés de l'argent qu'ils avaient avancé aux Suisses pour compléter la rançon et des nombreuses dépenses qu'ils avaient faites pour leurs amis de Genève. Dès le 18 mars, ils réclamèrent à cette fin la somme considérable de 1100 florins du Rhin. Pour obtenir satisfaction, ils durent revenir bien des fois à la charge avec une insistance croissante, soit auprès de la ville soit auprès de l'évêque [3]).

Aussitôt que les magistrats bernois furent tranquillisés sur les rapports de leurs confédérés avec Genève et la Savoie, ils redoublèrent d'efforts pour faire renaître la prospérité de la route

---

[1]) Voir le billet, daté de Rivoli 2 janv. [1478], adressé «a noz chiers et bien amez les sindiques de Geneve, Girardin Blancmantel et aultres obligés a la restitucion de noz bagues», par lequel la duchesse de Savoie accrédite auprès d'eux l'un de ses écuyers: Galiffe, *Matériaux*, t. I, p. 331.

[2]) E A, t. III. 1, p. 7 f (1er mai 1478), où les compagnons d'Unterwalden prétendent être indemnisés sur les 2000 ff que certains particuliers de Berne auraient touchés des Genevois (voir ci-dessus, t. 44, p. 35 n. 3). Le 17 février 1479, Berne invite encore ceux d'Unterwalden à présenter leur réclamation à l'évêque de Genève et promet de les soutenir: *Berne*, Ratsmanual, vol. 26, p. 50.

[3]) *Berne*, Ratsmanual, vol. 23, p. 252; vol. 24, p. 10, 53, 144 (18 mars; 6 avril; 2 mai; 26 juin); — Berne à l'évêque, 26 juin et 11 août: Lat. Miss. B, fol. 130 v° et 141.

commerciale du plateau suisse, compromise par la guerre de Bourgogne, et pour relever les foires de Genève. Ce double but ne pouvait être atteint sans le concours des grands négociants allemands qui fréquentaient les foires de Lyon. Or on a vu qu'un certain nombre d'entre eux — de ceux de Nuremberg en particulier — avaient été dépouillés à Genève au cours de la guerre. Il s'agissait d'obtenir, pour eux, les réparations auxquelles l'évêque Jean-Louis s'était engagé en avril 1477 [1]). Une «journée» fut convoquée à cet effet à Genève le 25 juillet 1478, puis renvoyée au 24 août. L'évêque de Genève fut chargé d'inviter la duchesse de Savoie à s'y faire représenter et à y envoyer les marchands welches, de Lombardie ou d'ailleurs, dont l'adhésion permettrait de prendre des mesures plus efficaces pour l'amélioration du trafic. Le 20 août, le conseil de Genève décida de faire les distributions de vin habituelles aux ambassadeurs des Bernois et de leurs confédérés qui étaient arrivés «pour rétablir les foires dans la ville», et il chargea les syndics de les complimenter [2]). Mais cette conférence ne paraît pas avoir abouti à grand chose, car Messieurs de Berne durent intercéder encore longtemps en faveur des marchands qui réclamaient une indemnité à l'évêque de Genève ou à la Savoie [3]).

---

[1]) Ci-dessus, p. 11 et 48 n. 2. — Berne à l'évêque et à la ville de Genève, 15 mai 1478 (journée projetée entre l'évêque et les marchands de Nuremberg): *Berne*, Ratsmanual, vol. 24, p. 76. Sur la suite de la négociation: Lat. Miss. B, fol. 138, 139; Ratsmanual, vol. 24, p. 106, 194, 195, 201, 230; vol. 25, p. 1.

[2]) R C, t. III, p. 77.

[3]) En 1479, de nouvelles journées furent tenues, à Berne le 24 juin, à Fribourg le 1er septembre, sous la présidence de conseillers bernois et fribourgeois agissant au nom des confédérés. La première mit en présence des marchands de Nuremberg, d'Ulm, de Saint-Gall et d'autres lieux, et des représentants de l'évêque de Genève et du duc de Savoie: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 217, 241; D. Miss. D, p. 538. La seconde, «entre les marchians d'Allemagnie et mons. l'evesque de Geneve», est mentionnée: *Fribourg*, Comptes, nº 154, fol. 24 vº. — Deux marchands de Nuremberg, Joh. Mullner et Joh. Wagner, avaient obtenu, le 24 mars, un mandat impérial contre Berne, rendue responsable des agissements de son combourgeois, l'évêque

Leur activité dans ce domaine est incessante: ils ne reculent devant aucune peine, ils n'épargnent aucune démarche lorsqu'il s'agit d'exercer la police des routes, de garantir la sécurité des marchands placés sous leur protection et de leur venir en aide dans leurs difficultés [1]).

Sur un point, cependant, l'évêque avait donné satisfaction aux voeux des députés venus à la conférence d'août 1478. La gabelle des marchandises, créée pour quatre ans en décembre 1477 afin d'amortir la dette de Genève, s'était heurtée dès le début à l'opposition des Bernois et des Fribourgeois, qui craignaient que cet impôt inusité ne détournât les marchands étrangers de la route de Genève [2]). Le 8 septembre, le conseil de la ville fut informé que, suivant l'avis émis par la conférence et pour favoriser

---

de Genève: Lat. Miss. B, fol. 239; Ratsmanual, vol. 26, p. 217. — Berne soutenait aussi par des démarches répétées auprès de l'évêque la cause de certains marchands lésés par la guerre. Voir les cas de Nartius Heyss, protégé du duc d'Autriche (Lat. Miss. B, fol. 197, 217, 218; Ratsmanual, vol. 23, p. 256; vol. 24, p. 106; vol. 26, p. 131); — de Nicolas Klupfel, de Bâle (Lat. Miss. B, fol. 160 v°; Ratsmanual, vol. 25, p. 151); — de Hans Keigler, de Nuremberg (Lat. Miss. B, fol. 189; Ratsmanual, vol 25, p. 216); — de Henri Burmeister, protégé du duc de Bavière (Lat. Miss. B, fol. 217; Ratsmanual, vol. 26, p. 144); — des Erckel, de Nuremberg (Lat. Miss. B, fol. 327 v°).

[1]) Voir, par exemple, les sauf-conduits délivrés à Hans Muller, de Nuremberg, et à ses associés, qui se rendent aux foires de Lyon et de Genève (20 sept. 1478: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 151 v°), et au chevalier Gabriel Rotten, de Bâle, qui va en Piémont (4 avril 1479: Lat. Miss. B, fol. 235; Ratsmanual, vol. 26, p. 134); — le cas de marchands milanais, dévalisés à Aigle, sur la route des foires de Genève, et indemnisés par les Bernois à la demande de l'évêque (Lat. Miss. B, fol. 163, 174, 177, 202 v°, 203; Ratsmanual, vol. 25, fol. 164; — R C, t. III, p. 110); — les lettres de Berne à la duchesse de Savoie, à l'évêque de Genève et au bailli de Vaud sur la sécurité des routes (Lat. Miss. B, fol. 138; Ratsmanual, vol. 24, p. 88, 194; vol. 26, p. 181), etc.

[2]) Ci-dessus, p. 57 n. 5. A la demande de l'évêque, la gabelle réclamée à quelques marchands de Bologne fut réduite de moitié: R C, t. III, p. 78, 79 (1er et 2 sept. 1478). Sur ce qui suit: *ibidem*, p. 79—83 (8, 9, et 10 sept.).

la restauration des foires de Genève, l'évêque ordonnait la suppression de la gabelle. Cette mesure souleva de vives discussions dans les différents conseils auxquels elle fut successivement soumise. En effet, en dégrévant les marchands étrangers, elle devait avoir pour résultat de faire retomber tout le poids de l'impôt extraordinaire sur les citoyens. Toutefois, ceux-ci durent s'incliner devant la volonté formelle de leur prince. La révocation de la gabelle fut proclamée solennellement dans les rues de la ville afin que les étrangers ne pussent l'ignorer. La commune et le chapitre prièrent alors l'évêque de faire en sorte que le duc de Savoie, le comte de Genevois et les ecclésiastiques prissent leur part du paiement à faire aux Bernois, puisque tout le pays avait été préservé de la ruine par la contribution imposée à la ville de Genève. Mais les Genevois ne comptaient pas beaucoup sur le succès de cette requête qu'ils avaient présentée plus d'une fois en vain. Le conseil général du 10 septembre accepta donc le maintien des gabelles de la boucherie et du sel et confirma les droits sur l'entrée et la vente du vin au détail. Ces ressources, assurait-on, suffiraient pour le moment, et «l'on s'en remit à la grâce de Dieu», tout en veillant à ce que le produit de ces impôts fût déposé en lieu sûr et réservé au remboursement des dettes de la ville [1]).

En même temps, le conseil fut amené à réorganiser la perception de la taille extraordinaire, dite des Allemands, dont le recouvrement était loin d'être achevé. Le banquier florentin Jean Clerc, qui en était chargé depuis février 1476, fut relevé de ses fonctions [2]). Il avait eu maille à partir avec les Bernois; d'autre part,

---

[1]) Le mode de perception des deux droits sur le vin donna lieu alors à beaucoup de discussions. Le conseil voulait en tirer un fermage annuel de plus de 6000 ff de Savoie. Il refusa une offre de 5400 ff et donna la préférence à la perception directe pour le compte de la commune, qui fut organisée le 27 septembre: R C, t. III, p. 84 et suiv.

[2]) Ci-dessus, t. 44, p. 56 n. 2. Les Bernois l'accusaient de leur avoir causé un grave dommage en retenant longtemps entre ses mains une somme destinée au paiement de la bulle d'indulgence qu'ils avaient obtenue de

sa gestion éveillait la défiance de beaucoup de citoyens, qui s'étonnaient que la dette fût encore aussi élevée malgré tout ce qu'ils avaient dû payer d'impôts et insinuaient que le montant des taxes perçues devait être supérieur à celui qui leur était déclaré. Les comptes de Clerc furent renvoyés à l'examen de commissaires nommés par le conseil général[1]). Trois nouveaux collecteurs, désignés l'un par l'évêque et les deux autres par la ville, furent chargés de poursuivre avec rigueur la perception de la taille[2]). Le conseil donna l'ordre de taxer ceux qui, pour une raison ou une autre, n'avaient pas été portés sur le registre primitif, établi par Aimé de Lestelley, et de soumettre, en particulier, à la taille tous les biens immobiliers des ecclésiatiques[3]). Les

---

Rome en faveur de la fabrique de leur collégiale de Saint-Vincent: Berne à l'évêque, 5 et 26 juin, 11 août; à J. Clerc, 2 août: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 125 v°, 130 v°, 139 v°, 141; Ratsmanual, vol. 24, p. 115, 190, 209, 220.

[1]) R C, t. III, p. 82—83. Sur cette reddition de comptes: *ibidem*, p. 77, 83, 99, 115—118, 122 (août 1478—janv. 1479). Après beaucoup de retards, les comptes de Clerc furent arrêtés (10 oct. 1480): il redevait à la ville 865 ff 7 gr 6 d. Mais il souleva de nouvelles discussions (juin 1481) et en appela à l'évêque (24 juillet); il fallut recommencer la révision (18 sept.). Le 30 avril 1482, le conseil réclama l'emprisonnement de Clerc. La discussion reprit en mars 1483; Clerc fut emprisonné, puis relâché malgré le conseil; une nouvelle révision fut entreprise (24 juin, 8 et 15 juillet). En automne 1484, le conseil le fait saisir pour rembourser la ville; le 31 mars 1486, Clerc ne s'est pas encore acquitté de sa dette.

[2]) Le 19 janvier 1479, leurs pouvoirs furent prolongés jusqu'à la Saint-Michel (29 sept.): R C, t. III, p. 82, 99—101, 103, 104, 113, 115—117 (sept. 1478—janv. 1479). Dans ce même laps de temps, le secrétaire leur délivra plus de cent mandats de paiement de la taille et le conseil fut souvent appelé à prononcer sur des réclamations individuelles concernant cet impôt: p. 121 et *passim*.

[3]) *Ibidem*, p. 101, 114 (11 nov. 1478; 12 janv. 1479). — Supplique adressée au Saint-Siège pour obtenir confirmation, en faveur des syndics de Genève, d'une concession épiscopale astreignant les ecclésiastiques au paiement des impôts indirects institués pour le remboursement de la somme due aux Suisses: *Genève*, PH, Supplément, n° 25 (sans date). Cette requête fut écartée comme contraire au droit canon.

scellés furent apposés aux maisons des contribuables récalcitrants, par les soins du chancelier épiscopal. Les clés de l'arche où s'accumulait l'argent de la taille furent confiées à des mains sûres [1]).

Cependant, les sacrifices des Genevois ne restaient pas sans fruit. L'emprunt de 3500 écus du roi, contracté à Lyon en janvier 1478, était un emprunt à court terme. Au mois de novembre, cette dette se trouvait déjà réduite à 2500 écus du roi. Le conseil fit demander à Lionet de Rossis, facteur du comptoir des Médicis à Lyon, comment cet argent devait lui être remis. L'arche de l'hôtel de ville fut ouverte en présence des syndics, du châtelain de l'Ile et de quelques conseillers. La somme qui en fut retirée — 3032 écus de Savoie et 9 gros — grossie de 400 florins fournis par François Gros sur le produit des gabelles des marchandises et de la boucherie, permit aux syndics de rembourser intégralement le prêt de la banque lyonnaise [2]). Le transport de l'argent fut effectué par les soins du trésorier de l'évêque, Pierre de Pesmes, et du conseiller Hugues Valier, qui rapportèrent la lettre d'obligation au dos de laquelle la banque avait donné quittance et que le trésorier de la ville serra, avec satisfaction, dans les archives [3]). En même temps que cette affaire se réglait, le conseil avisait à payer l'intérêt des 11,000 florins du Rhin prêtés par la ville de Strasbourg. Il fallut prélever sur le produit de la taille une nouvelle somme de 550 écus de Savoie qui fut portée aux Bernois et que ceux-ci se chargèrent de faire parvenir à Strasbourg [4]).

---

[1]) *Ibidem*, p. 115, 118 (15 et 29 janv.).

[2]) R C, t. III, p. 99, 101—103, 107 (3, 12—15 et 24 nov.). La somme remboursée s'éleva à 6277 ff 5 gr, ce qui correspond à peu près à 2500 écus du roi de 30 d; un dernier versement de 50 écus du roi fut nécessaire pour solder ce compte: p. 107, 117 (24 nov.; 26 janv. 1479); les dépenses des deux envoyés se montèrent à 22 ff 8 gr: p. 108.

[3]) *Ibidem*, p. 109 (1er déc.).

[4]) *Ibidem*, p. 101, 109, 111 (10 nov.; 8 et 15 déc.); — *Berne*, Ratsmanual, vol. 25, p. 132, 227; vol. 26, p. 15 (18 nov.; 20 janv.; 1er févr. 1479). Quittance de 550 ff en faveur des syndics et conseil de Genève, 7 févr.: Lat. Miss. B, fol. 193 v°. Cf. le mandat de 1200 ff de Savoie, 29 janv.: R C, t. III, p. 118.

Si les lacunes des archives genevoises, pour cette époque, ne permettent pas de suivre dans le détail l'effort accompli par les Genevois pour se libérer de leur dette, les conséquences politiques de la combourgeoisie sont un peu mieux connues, grâce aux séries plus complètes des archives bernoises [1]). Le grand nombre des lettres échangées alors entre Berne et Genève prouve la continuité des rapports qui s'établirent d'une ville à l'autre. C'est à l'évêque, leur combourgeois en titre et le chef de l'état épiscopal, que les Bernois s'adressent le plus souvent [2]). Ils répondent avec empressement à ses appels. C'est ainsi, par exemple, qu'ils continuèrent à s'employer, auprès de la maison ducale de Milan, pour la réparation des dommages causés à l'évêque dans son abbaye de Saint-Bénigne en Piémont; ils font valoir l'affection qu'ils portent au prélat et le lien de bourgeoisie qui les unit à lui [3]). Mais les cantons ne se soucièrent pas tous d'embrasser les intérêts de l'évêque dans une affaire qui les touchait si peu, et Berne dut renoncer à faire inclure nominalement son combourgeois dans le traité qui mit fin à la guerre de Giornico [4]). C'est aussi en se fondant sur la combourgeoisie de 1477, qu'en octobre

---

1) Entre le 20 février et le 20 août 1478, le registre du conseil de Genève fait défaut; le volume qui contenait le registre de l'année 1479 est perdu. Quant aux comptes de la communauté tenus par le trésorier G. de La Foge (1468—1482), il n'existe plus que celui du dernier exercice (1481—1482). Les comptes de perception de la taille de 1475 manquent aussi.

2) «Revmo illumo que principi d. Johanni Ludowici (*sic*) de Sabaudia, episcopatus Gebenn. administratori etc., heroï nobis singularissime gratioso et comburgensi carissimo.» En revanche, dans les lettres adressées aux syndics et conseil de la ville, la qualification de combourgeois, employée en février 1478, est remplacée dès lors par celle de «amici et vicini (fratres) nostri confidentissimi (gratissimi» etc.).

3) Berne à l'évêque, 2 mai; Berne à la duchesse Bonne et au duc de Milan, 3 mai 1478: *Berne,* Lat. Miss. B, fol. 118 v°, 118.

4) Berne à l'évêque, 13 déc. 1478; 16 mars et 10 oct. 1479: *ibidem,* fol. 174, 203 v°, 293 v°; Ratsmanual, vol. 25, p. 162; vol. 26, p. 80, 99; vol. 30, p. 86; — E A, t. III. 1, p. 31d. La réserve générale des alliances antérieures, insérée par les cantons dans le traité du 29 septembre 1479, permet cependant aux Bernois d'écrire à l'évêque (10 oct.): «capitula icti

1479, Berne intercéda en faveur de l'évêque auprès du roi Louis XI, après l'attentat commis contre Jean-Louis de Savoie par son ancien favori, Jean de Montchenu, dit le commandeur de Ranvers [1]). En invitant cet intrigant personnage à laisser Genève en paix, le conseil bernois lui rappelle qu'en vertu du traité de combourgeoisie, il est tenu de protéger l'évêque et la cité contre toute injure [2]). Aussi lorsque, peu après, Jean-Louis de Savoie eut résolu de faire un pèlerinage en Terre Sainte, ce fut à ses combourgeois de Suisse, Messieurs de Fribourg et Messieurs de Berne, qu'il alla recommander, avant de partir, sa ville épiscopale [3]).

D'un autre côté, Berne s'entendait à tirer parti de l'alliance avec Genève pour étendre son influence politique dans la région du lac Léman. On a vu avec quelle persévérance elle soutint la cause des marchands qui avaient à se plaindre de l'évêque ou de ses sujets. Elle n'en mit pas moins à plaider celle du chanoine Pierre de Viry, lorsque, dans l'été de 1478, l'évêque eut fait jeter en prison, puis exiler, pour des motifs qui ne sont pas connus, cet «ami des seigneurs des Ligues». Seules les instances des Bernois permirent à Viry de rentrer en grâce auprès de l'évêque et de recouvrer ses biens, en janvier 1480 [4]). La situation que Genève occupait sur la route de France en faisait l'un des points de ral-

---

federis adeo limitavimus ut confidamus ipsorum tenorem quantum istud contingit pro illu^{ma} d. vestra non mediocriter militare.»

[1]) Berne à l'évêque, 10 et 16 oct.; 22 nov.; 24 déc. 1479; Berne au roi Louis XI, 24 oct.: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 293 v°, 306, 306 v°, 321 v°, 332; Ratsmanual, vol. 27, p. 195, 210, 230; vol. 28, p. 50. Nous reviendrons sur cet incident dont nous avons déjà parlé dans *Le pèlerinage d'un évêque de Genève* (*Bulletin de la Société d'histoire de Genève*, t. III), p. 376.

[2]) Berne à Ranvers, 25 oct.: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 309 v°.

[3]) V. van Berchem, *Le pèlerinage* etc., *loc. cit.*, p. 370; ajoutez Büchi, *Akten*, p. 48.

[4]) Berne à l'évêque et à la ville de Genève, 8 juillet 1478; à l'évêque, 16 oct. 1479 et 13 janv. 1480: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 133 et v°, 306, 339; Ratsmanual, vol. 24, p. 162, 208, 209; vol. 26, p. 181; vol. 27, p. 195; vol. 28, p. 79, 112.

liement des soldats suisses qui enfreignaient les défenses des cantons pour s'engager au service du roi Louis XI. De nombreux volontaires s'étant mis en route à la fin de 1478, les magistrats bernois dépêchèrent à Genève leur secrétaire, Thuring Fricker, avec mission de faire retourner leurs gens et ceux de leurs alliés de Fribourg et de Soleure. Ils prièrent l'évêque et la ville de Genève de prêter main forte à leur délégué et d'emprisonner les soldats qui ne cèderaient pas à la persuasion [1]). Dans leurs rapports ultérieurs avec Genève, les Bernois auront plus d'une fois recours à de telles pressions, qui n'étaient pas faites pour rendre leur intervention très populaire dans un milieu d'autre race et d'autre langue que les leurs.

Cependant, la duchesse Yolande de Savoie avait fini ses jours à Moncrivello en Piémont, le 29 août 1478, sans avoir vu revenir ses chers bijoux [2]). Le jeune duc Philibert les ayant réclamés peu après, le conseil s'excusa de son mieux, en alléguant les nécessités de la ville; il pria l'évêque de faire prendre patience à son neveu, ainsi qu'à son frère, le comte de Genevois, qui avait écrit de son côté pour ravoir son bien [3]). En pressant la rentrée des impôts extraordinaires, les Genevois trouvèrent le moyen de réunir, pendant l'année 1479, toute la somme de 11,000 ff du Rhin empruntée à Strasbourg [4]). En janvier 1480, les représentants de

---

[1]) Berne à l'évêque, 1er, 12 et 13 janv. 1479; à la ville, 12 janv.: *Berne*, Lat. Miss. B, fol. 178, 185, 188 v°; Ratsmanual, vol. 25, p. 186, 213; vol. 26, p. 72. Voir déjà ci-dessus, p. 57 n. 2, et RC, t. III, p. 116 (19 janv.). — Parmi les autres questions qui sont traitées dans la correspondance échangée entre Berne et Genève, relevons le cas du citoyen bernois Jacob de Alamanis, dans lequel Berne proteste contre la violation de l'article de la combourgeoisie stipulant que, pour une dette dont il n'y a ni aveu ni obligation, les biens du défendeur ne peuvent être saisis: Lat. Miss. B, fol. 195, 275 v°, 350—351 v°; Ratsmanual, vol. 26, p. 45, 127, 223; vol. 27, p. 141 (févr. 1479—févr. 1480).

[2]) Gabotto, t. II, p. 238.

[3]) RC, t. III, p. 110, 108 (13 déc.; 30 nov. 1478).

[4]) On a vu que le produit des droits d'entrée et de vente du vin était estimé, pour une seule année, à plus de 6000 ff de Savoie (ci-dessus, p. 68

l'évêque et de la ville allèrent négocier à Berne le remboursement de cette dette. Berne consentit à faire accompagner jusqu'à Strasbourg, par un de ses conseillers, l'envoyé genevois qui porterait l'argent; le voyage devait se faire aux frais et aux risques des Genevois, auxquels les gages seraient restitués dès que l'obligation, dûment quittancée par la ville de Strasbourg, parviendrait entre les mains des Bernois. Fribourg acquiesça à cet arrangement [1]).

Ce fut le 16 février 1480, que les gages envoyés trois ans auparavant en Suisse rentrèrent enfin à Genève. Les bijoux du duc de Savoie étaient emballés dans deux coffres; suivant les instructions de l'évêque, qui venait de se mettre en route pour Jérusalem, le conseil les fit déposer dans le trésor du chapitre, à Saint-Pierre, tandis que ceux appartenant au comte et à la comtesse de Genevois étaient aussitôt portés à Annecy par le trésorier Girard de La Foge et le conseiller Pierre Lévrier [2]). Bientôt après, le petit duc Philibert, qui avait passé près d'une année en France, rentré à Chambéry, écrivit aux syndics de Genève de lui faire apporter «les joyaux et les bagues que feu ma très redoubtée dame, que Dieu absoivle, vous prestast pour payer les Alle-

---

n. 1). Quant à la taille des Allemands, le compte de F. Gros et de G. de Quarro, qui la percevaient depuis l'automne de 1478, fut arrêté, le 26 septembre 1480, à 26,140 ff 7 gr 6 d ob, ce qui montre l'importance des sommes recouvrées par eux, principalement en 1479: R C, t. III, p. 148, 149, 151—154, 157—160 (16 et 22 août; 19 et 26 sept.; 3 et 10 oct.; 14 et 28 nov.; 5 et 12 déc. 1480).

[1]) Berne à Fribourg, 14 janv. 1480: *Berne*, D. Miss. D, p. 658; Ratsmanual, vol. 28, p. 82. — On trouve inséré, dans le Ratsmanual (p. 104—106), à la suite de la séance du 28 janvier et sans autre explication, l'inventaire des gages de la dette genevoise, signé: «Joannes Burgler Uraniensis». Cette insertion paraît avoir été faite au moment où l'argent de Genève fut apporté à Berne. Voir ci-dessus, t. 44, p. 64 n. 3.

[2]) Confiés au chapitre le 16 février, les joyaux furent déposés dans le trésor le 17: R C, t. III, p. 124—126 (15—22 févr.). Sur le règlement de compte avec Janus de Genevois: *ibidem* (15, 18 et 22 févr.).

mands»[1]). Le chanoine Guillaume de Greyres, le syndic Henri d'Espagne et le conseiller Antoine de Saint-Michel furent chargés du transport; ils reçurent plein pouvoir de tout régler avec le duc et de convenir, en particulier, d'une indemnité pour une perle qui avait été perdue. Le 28 mars, les envoyés genevois étaient de retour et présentaient leur rapport au conseil; ils remirent au trésorier de la ville l'obligation souscrite jadis par celle-ci, avec la décharge donnée au nom du duc de Savoie.

La restitution des joyaux que la maison de Savoie avait prêtés à la ville de Genève marque la fin de la crise que celle-ci venait de traverser. Grâce aux sacrifices qu'ils s'étaient imposés, les Genevois étaient enfin libérés de toute dette envers les Suisses et envers la Savoie. Au point de vue financier, cependant, la ville se ressentit longtemps des conséquences de l'imprudente participation de son évêque à la guerre de Bourgogne. Pendant les années 1480 et 1481, la taille des Allemands fut encore activement perçue[2]). Le conseil avait à se prononcer sur les réclamations de retardataires qui demandaient la révision de leur taxe. Il écartait en général ces requêtes, tout en accordant des délais ou des facilités de paiement[3]). Dans certains cas, cependant, il remettait tout ou partie des sommes qui restaient dues par les contribuables, dont la plupart avaient payé leur impôt par acomptes

---

[1]) Chambéry, 13 mars; impr. dans R C, t. III, p. 132. Voir *ibidem*, p. 131, 132, 134 (17, 19 et 28 mars).

[2]) Sur l'ordre du conseil: R C, t. III, p. 126 (22 févr. 1480). Après que F. Gros et G. de Quarro eurent rendu leurs comptes (ci-dessus, p. 73 n. 4), la tâche de recouvrer le «reste de la taille» fut confiée à G. de La Foge et à G. de Quarro, qui devaient faire diligence pour achever la perception dans le délai d'une année, à leurs frais, moyennant la remise du cinquième du produit perçu: *ibidem*, p. 158 (21 nov. 1480); cf. p. 153, 155—157. Sur la manière dont ils s'acquittèrent de leurs fonctions: p. 168, 169, 184 (2 et 9 oct.), 194, 203, 207.

[3]) *Ibidem*, p. 96, 98, 101, 107, 131, 133, 136, 161, 163, 167, 175, 188, 195, 210, 249, 251, 262 (oct. 1478—mai 1483); p. 415, 504 (13 juillet 1485 et 12 sept. 1486); t. IV, p. 88—90 (15, 18 et 22 janv. 1488).

successifs [1]). Les propriétaires récalcitrants étaient poursuivis devant les tribunaux, menacés de saisie ou d'emprisonnement [2]). Le moyen de contrainte le plus efficace était la mise en séquestre des biens dont la taille ne rentrait pas. Les syndics usèrent souvent de la faculté qui leur avait été donnée, d'évincer, pour un temps, le propriétaire insolvable d'un immeuble, soit pour louer celui-ci au profit de la commune, soit pour le remettre à un tiers qui offrait d'en payer la taille [3]).

A la fin de 1481, les gabelles de la boucherie et du sel, et sans doute aussi les droits spéciaux sur l'entrée et la vente du vin au détail, furent supprimés [4]). Quant aux arrérages de la taille, on les réunit alors à ceux des autres revenus de la ville, dont la perception était généralement confiée à des agents nommés ad hoc. Dans les relevés qui en furent établis à plusieurs reprises, on supprimait les articles dont on ne pouvait plus espérer aucune rentrée [5]). En 1491, les auditeurs des comptes ayant dressé l'état détaillé de tous les arrérages restés en souffrance depuis 1457, la grande «lève» de 1475 y figure encore pour environ 1750 florins de Savoie, somme formée en majeure partie de soldes peu importants [6]). Dès lors, il n'est plus question qu'occasionnellement,

---

[1]) Ces remises sont faites en échange de certains travaux accomplis pour la ville (R C, t. III, p. 139, 162, 187); dans l'intérêt public, comme dans le cas de la Boîte de Toutes Ames (p. 99, 118, 161); sur le désir de l'évêque (p. 168, 181, 185, 393, 413; t. IV, p. 28), ou par grâce spéciale (t. III, p. 322, 386, 387, 462).

[2]) *Ibidem*, p. 118, 158, 274, 344, 504; le foin d'un pré du prieur de Saint-Victor est saisi: p. 145, 149.

[3]) *Ibidem*, p. 138 (25 avril et 2 mai 1480), 174, 298, 377; — p. 131, 185, 200, 261, 262, 300, 313, 344, 375, 512.

[4]) *Ibidem*, p. 188—190 (13—21 nov. 1481); cf. p. 197, 211, 217 etc.

[5]) *Ibidem*, p. 189 (18 nov. 1481); 205, 207, 221 (12 et 19 mars; 26 juin 1482); 264, 270 (20 mai; 8 juillet 1483). — En 1484, P. Vignioli fut nommé receveur des arrérages, y compris ceux de la taille: p. 338 et suiv., 352, 382, 491; t. IV, p. 86, 90.

[6]) *Genève*, Finances M, nº 8, fol. 91—96. Cf. R C, t. IV, p. 411, 412. Le 23 oct. 1491 (p. 434), le conseil casse tous les mandats établis à cause de la

dans les registres du conseil, de la taille des Allemands de fâcheuse mémoire [1]).

* * *

Au point de vue politique, la conséquence essentielle des événements dont nous avons essayé de retracer l'histoire est, sans contredit, le traité d'alliance qui fit entrer Genève dans la sphère d'influence des cantons suisses. Pour ces derniers, la combourgeoisie de 1477 n'était qu'un des nombreux incidents du mouvement d'extension nationale qui caractérise la seconde moitié du XVe siècle. Cet incident met en lumière la vigueur et la persévérance avec lesquelles les hommes d'Etat bernois s'efforcèrent d'atteindre le but qu'ils avaient entrevu dès le début de la guerre de Bourgogne. Valerius Anshelm, qui écrivait sa chronique un demi-siècle plus tard, nous révèle toute la portée de leurs ambitions lorsqu'il raconte comment, après la défaite de Charles le Téméraire, «la ville fortunée de Berne» conquit, avec l'aide de ses alliés de Fribourg et de Soleure, «l'antique marche de la confédération primitive (il veut parler de l'ancienne Helvétie), c'est-à-dire tout le pays qui s'étendait entre le Jura et le Rhône, de Cerlier et de Morat jusqu'au pont de Genève» [2]). L'alliance avec Genève réalisait, dans une certaine mesure, l'un des points de ce programme dont les Bernois durent attendre l'accomplissement jusqu'en 1536. Mais la répugnance des petits cantons pour les visées de Berne sur des terres welches les prévenait contre ce rapprochement: il est intéressant de constater que, dès cette époque, Genève devint l'objet d'un conflit entre cantons, qui se renouvellera et s'aggravera au XVIe siècle, lors des combourgeoisies de 1519 et de 1526 et surtout après le schisme de la Réformation.

---

taille des Allemands et décide qu'il ne pourra plus rien être réclamé à la ville de ce fait.

[1]) R C, t. IV, p. 455 (24 janv. 1492); t. VI, p. 228 (13 déc. 1504)

[2]) Anshelm, t. I, p. 98.

Pour Genève, le traité de 1477 ne signifiait nullement la rupture des liens séculaires avec la Savoie. Comment la petite cité épiscopale se serait-elle détachée ainsi d'un seul coup d'un long passé ? D'ailleurs l'importance de ce traité fut diminuée par le caractère versatile de l'évêque Jean-Louis, dont la politique, comme prince savoyard, continua à osciller entre les deux partis de France et de Bourgogne, et dont l'amitié pour ses alliés de Suisse paraît s'être assez vite refroidie. Après sa mort, en 1482, et après l'échec de la tentative des Bernois et des Fribourgeois pour le remplacer par un candidat qui leur agréait, en écartant celui que poussait la cour de Savoie, la combourgeoisie ne fut pas renouvelée [1]. Jamais l'autorité de la maison de Savoie sur Genève ne sembla mieux établie qu'à la fin du XVe siècle. Cependant, la tradition des rapports plus étroits noués entre les trois villes alliées au temps de la combourgeoisie survécut à celle-ci [2]. Berne et Fribourg ne renoncèrent pas à exercer leur influence sur leurs voisins de Genève. De leur côté, ceux-ci continuèrent — ainsi dans la question des foires — à recourir aux bons offices des Suisses. Tout naturellement, les citoyens qu'inquiétaient les progrès de la puissance savoyarde et les attentats contre leurs franchises, furent amenés à chercher de nouveau l'appui des deux villes qui avaient, une première fois, donné la main à Genève pour la tirer d'une mauvaise passe.

En 1519, cherchant à justifier auprès des autres cantons la combourgeoisie qu'ils venaient de conclure avec les citoyens de Genève, les Fribourgeois soutinrent qu'ils n'avaient fait que renouveler un ancien traité [3], et, sept ans après, les rédacteurs de

---

[1] Ed. Mallet, *Mémoire histor. sur l'élection des évêques de Genève,* dans M D G, t. V, p. 185.

[2] M. von Stürler, *Die Staatspolitik Berns gegenüber Genf ....,* dans *Archiv des histor. Vereins des Kant. Bern,* t. VII, p. 453; *Les cantons suisses et Genève,* dans M D G, série in-4, p. xxv.

[3] «Söllich burgrecht sye nit nüw, sonder vor vil Jaren harkomen und aber jetzo ... ernüwert und angenomen»: E A, t. III. 2, p. 1143 (17 mars 1519).

la combourgeoisie de 1526 firent de larges emprunts au texte de 1477. La combourgeoisie du 14 novembre 1477 peut donc être regardée, à bon droit, comme le fondement des relations de droit public qui devaient faire un jour de Genève l'un des membres de la Confédération suisse.



TABLE DES MATIÈRES.

ITALIENISCHE EINFLÜSSE

BEI DER

ENTSTEHUNG DER EIDGENOSSENSCHAFT.

Von

KARL MEYER.

(Vortrag, gehalten an der 71. Jahresversammlung der allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz, zu Beromünster am 10. September 1917.)

Übersicht.

Wenn wir uns zeitlich in die Entstehungsperiode der Eidgenossenschaft zurückversetzen, in die Jahre 1231 bis 1315, und dabei den Blick räumlich über das ganze römisch-deutsche Reich, über Deutschland und Italien spannen, so nimmt die junge Eidgenossenschaft innerhalb der damaligen deutschen Reichstrümmer eine Ausnahmestellung ein: Von den wichtigsten Gebilden, den deutschen Territorialfürstentümern, unterscheidet sie sich durch ihre demokratische Geistesrichtung, von den deutschen Städten aber durch ihren ländlich-bäuerlichen Aufbau. Bauerndemokratien sind in Deutschland selten — am stärksten finden wir sie in Friesland und im Dithmarschen — und diesen Bauerngemeinden allen war der politische Erfolg durchwegs versagt. Ein anderes Ergebnis bietet ein Vergleich mit den damals wichtigsten zwei Teilungsprodukten des italienischen Reiches. Zeigt schon der flächenstaatliche Charakter der italienischen Städtedemokratien eine weit größere Ähnlichkeit mit den eidgenössischen Orten, als die des Territoriums ermangelnden deutschen Städte, so erscheinen die zahlreichen, völlig unabhängigen oder weitgehend autonomen Landdemokratien in ihrer wirtschaftlichen, politischen und territorialen Struktur durchaus als italienische Gegenstücke zu unsern Waldstätten.

Woher stammt diese Ähnlichkeit des innerschweizerischen und italienischen Staatscharakters? Handelt es sich um einfachen typischen Verlauf, um zwei unabhängige, aber parallele Entwicklungen, gemäß der Erfahrung, daß ähnliche Voraussetzungen ähnliche Wirkungen erzeugen? Oder liegt eine mehr oder weniger bewußte Nachahmung, Entlehnung, Rezeption vor? Doch auch abgesehen von dieser Fragestellung empfiehlt es sich,

die bisher ausschließlich vom deutschen Standort aus betrachtete Befreiung der Waldstätte einmal auf dem Hintergrunde der reichen italienischen Staatsentwicklung ins Auge zu fassen; zumal wir heute wissen, daß Italien über den Gotthard schon in voreidgenössischer Zeit mit den Waldstätten verknüpft war [1]), durch die lenzburgische Paßpolitik und durch ungezählte wirtschaftliche Bande [2]). Die Erschließung des Gotthardpasses hatte aber nicht nur machtpolitische und wirtschaftliche Bedeutung [3]); sie war für die Waldstätte auch ein geistiges, ideengeschichtliches Ereignis von höchster Tragweite. Denn die Gotthardroute brachte die bisher weltverlorenen Waldleute in unmittelbarste Berührung mit jener sozialen und politischen Umwälzung, welche zu Anbruch des Spätmittelalters die Länder West- und Südeuropas erfüllte.

Nicht ausschließlich zwar, aber besonders deutlich trat der junge Geist, die kommunale Ideenwelt, den Innerschweizern vom Süden nahe [4]). Die Gottharderöffnung stellte, zumal bei der lenzburgischen Italienpolitik und den tausend wirtschaftlichen Fäden,

---

[1]) Wenn ein so zutage liegendes Problem, wie der italienische Einfluß in den Waldstätten, bisher nie in Angriff genommen wurde, so liegt die Hauptschuld daran, daß man früher die Erschließung des Gotthardpasses erst ins 13. Jahrhundert (den ersten „greifbaren" Güterverkehr in die 1290er Jahre) verlegte. Über die Eröffnung des Verkehrsweges schon in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts vgl. Karl Meyer, Blenio und Leventina von Barbarossa bis Heinrich VII., mit Urkunden, Luzern 1911, S. 13ff. und 168ff.

[2]) Man denke nur an den Markt von Airolo (K. Meyer, a. a. O., S. 17 Anm. 1)!

[3]) Vgl. meinen Aufsatz: Über die Einwirkung des Gotthardpasses auf die Anfänge der Eidgenossenschaft, Geschichtsfreund LXXIV (1919), S. 257—304.

[4]) Die kommunale Bewegung, als ein allgemein westeuropäisches Ereignis, wurde natürlich den Waldleuten auch durch die nordfranzösischen, flandrischen und die sprachgenössischen rheinischdeutschen Kaufleute und Passanten vermittelt. Doch fällt eine Untersuchung dieser Einwirkungsquellen, so reizvoll und notwendig sie wäre, außerhalb den Rahmen des vorliegenden Aufsatzes.

die Waldleute ja mitten hinein in den heißen Freiheitskampf der aufstrebenden italienischen Bürger- und Bauernverbände, ein Ringen um wirtschaftliche, persönliche und politische Freiheit, ein Streiten um Prinzipien, die auch den Innerschweizer Bauern nicht gleichgültig waren, hatte doch der Gotthardpaß durch die Verkehrs- und Ausfuhrbelebung die Waldstätten auch wirtschaftlich gefördert, ihr bäuerliches Selbstbewußtsein mächtig gestärkt, mit andern Worten, auch in den Waldstätten jene wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen und Bedürfnisse miterzeugt, jene äußere Kulturverwandtschaft zwischen der Innerschweiz und Italien mitgeschaffen, welche Grundlage und wichtigste Voraussetzung für die innere, geistige Beeinflussung zwischen den Völkern ist [1]).

Welches aber sind nun jene Ideen und Wirkungen des italienischen Kampfes, die auf die Waldstätter wohl den unmittelbarsten Eindruck machten und bei ihnen eine verwandte Saite zum Klingen brachten?

Das war zunächst die kommunale Idee an sich, der Selbstbestimmungswille bürgerlicher und bäuerlicher Verbände, wie er dank einer fortgeschrittenen Wirtschaftsentwicklung in Italien seit dem 11. Jahrhundert sich durchsetzte und in gewissem Sinne eine politische Renaissance herbeiführte, die der kulturellen und künstlerischen zeitlich und ursächlich voranging [2]). Seit-

---

[1]) Daß die örtliche Nachbarschaft allein nicht genügt, um eine Rezeption von Rechtsinstituten herbeizuführen, sondern noch eine gewisse gleichartige wirtschaftliche und politische Entwicklung nötig ist, hebt sehr gut auch O. Stolz hervor in seiner Abhandlung „Die tirolischen Geleits- und Rechtshilfeverträge bis zum Jahre 1363" in Zeitschrift des Ferdinandeums 1909, S. 39f, 57. Aus den gleichen Gründen sind in der Folge auch gewisse Einwirkungen der deutschen Städte auf die Waldstätte spürbar, ähnlich der Art, wie jene der Städte auf den deutschen Territorialstaat (vgl. über die letztere Beeinflussung Below in Hist. Zeitschr. 75, S. 396—463).

[2]) Das fühlten schon die Zeitgenossen. Selbst Otto von Freising, Gesta Friderici I. imperatoris, lib. II cap. 13 (M G H, Ss. XX pag. 397) berichtet, daß die Italiener „in civitatum quoque dispositione ac rei publi-

dem die Bischöfe ihren Rückhalt am deutschen Kaisertum verloren, wußten die oberitalienischen Städte auf Kosten dieser Bischöfe volle Selbstverwaltung unter selbstgewählten consules zu gewinnen, ähnlich wie hernach die flandrischen, französischen, deutschen Städte. Und gewiß hat der Bürgerstolz dieser freien Kaufleute und Handwerker auf die innerschweizerischen Händler und auf die Säumer und Wirte Uris keinen geringen Eindruck gemacht. Aber so wirksam der Freiheitskampf der italienischen Städte gegen die Bischöfe und ihr welthistorisches Ringen gegen die hohenstaufischen Kaiser für die italienische Folgezeit wurde: es ist dies doch nur die eine Seite der kommunalen Bewegung. Für uns noch interessanter ist die Tatsache, daß in Italien — im Gegensatz zur französischen, flandrischen, deutschen Regel — auch das Land nicht zurückblieb. Auch auf dem platten Lande und vorab in den Gebirgsgemeinden wurde die soziale, rechtliche, politische Vormacht weltlicher und geistlicher Feudalherrschaften in zähem Ringen gebrochen. Und zwar geht, soweit ich sehe, in Italien die ländliche Emanzipation von dem gleichen Institut aus, das auch bei der Befreiung der Schweizer Alpentäler die stärkste Wirkung geübt hat, von der Markgenossenschaft[1]). Aber die italienischen Bauernverbände haben einen doppelten Vorsprung vor den deutschen und innerschweizerischen: überall in Italien sind die Markgenossenschaften auch kirchlich verankert, und zwar decken sich Mark und Pfarrei nicht nur räumlich[2]), vielmehr sind die Markgenossen-

---

cae conservatione antiquorum adhuc Romanorum imitantur solertiam“.

[1]) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 25—66. Gehen die Markgenossenschaften diesseits und jenseits des Gotthards auf die germanische (alemannische und langobardische) Ansiedlung zurück oder reichen sie gar in die römische (wie neuestens Dopsch will) oder in die vorrömische Zeit hinein? Oder sind sie aus analogen Bedingungen, unabhängig voneinander, erwachsen? Wir übergehen diese Fragen, die uns zeitlich zu weit rückwärtsführen würden.

[2]) Das Zusammenfallen des wirtschaftlichen und kirchlichen Verbandes zeigt sich gelegentlich auch in der äußern Bezeichnung, z. B. 1136:

schaften sozusagen überall auch die Kirchherren (advocati et rectores), bezw. die Patrone der örtlichen Kirche [1]), was bei der deutschen Markgenossenschaft nicht die Regel ist; die Innerschweizer z. B. haben den Kirchenpatronat nach italienischem Vorbild erst im 15. Jahrhundert erworben [2]). Zum zweiten aber haben die italienischen Markgenossenschaften, unterstützt durch die neu aufgekommene Idee der freien Einung, durchwegs schon im 12. Jahrhundert auf ihrem Gebiet die Grundherrschaft überwunden, aus ständisch gemischten oder grundherrlichen Verbänden zu freien bäuerlichen Allmendgenossenschaften sich emporgehoben [3]). In unendlich zähem Ringen, durch Gewalt und Auskauf, gewannen gerade auch die Tal- und Dorfmarken der

---

comunitas de pleplebe (!) Aliuoni, oder 1204: vicinantia ecclesie sancti Johannis de Levontega (K. Meyer, Blenio und Leventina, S. 27 und 28). Daher sucht Palmieri den Ursprung der Kommune geradezu in der Pfarrei (Atti e memorie della R. Deputaz. di storia patria della Romagna, Serie III, vol. 16, p. 245ff.; vgl. auch die Abhandlung von Sorbelli, ebendort vol. 28).

[1]) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 28f. und S. 60—64; derselbe, Die Capitanei von Locarno im Mittelalter (Zürich 1916), S. 43, Anm. 7, S. 60, Anm. 1 usw. Die letzte theoretische Folgerung aus der engen Verbindung und Überordnung der weltlichen über die kirchlichen Verbände zog der Italiener Marsilius von Padua im Defensor pacis.

[2]) In den Urkantonen war „keine Gemeinde vor dem 15. Jahrhundert im Besitz eines Kirchensatzes“. E. Schweizer, Das Gemeindepatronatsrecht in den Urkantonen, Zeitschr. f. schweiz. Recht, Bd. 24 (1905), S. 3. Die im 15. Jahrhundert gewonnene Landeshoheit über die Tessiner Täler hat jedenfalls diese Kommunalisierung der Kirchen angeregt. — Die Gotteshäuser diesseits der Alpen waren im Spätmittelalter meist herrschaftliche Eigenkirchen, vgl. z. B. die Bemerkungen von U. Stutz zum Habsburger Urbar in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, germanistische Abteilung, Bd. 25 (Weimar 1904), S. 227—257.

[3]) Der Liber consuetudinum Mediolani vom Jahre 1216, eine unschätzbare Quelle der lombardischen Gewohnheitsrechte, setzt in seiner „Rubrica de oneribus et districtis et conditionibus“ auseinander, wie „districtuum potestas sit coarctata, sicut fere in omnibus locis iurisdictionis nostrae manifeste potest videri“ (Monumenta Historiae Patriae, Tomus XVI, Leges municipales I, col. 921).

Tessiner Gebirgslandschaft[1]) überall die ungeteilte Verfügung über honor et districtus, das dominium, die jurisdictio bassa, wie die Herrschaft über Grund und Boden und dessen Bebauer benannt wird[2]). In jahrzehntelangem wechselvollem Kampfe haben im Quellgebiet des Tessin die Ambrosiusleute die mächtigen einheimischen, von den lenzburgischen Grafen und den hohenstaufischen Kaisern unterstützten Grundherren niedergerungen und dadurch die wirtschaftliche und persönliche Freiheit gesichert[3]). Ein zwar nicht reicher, aber freier, auf eigenem Grund und Boden hausender Bauernstand[4]) war das Ergebnis dieses Ringens, dazu die Selbstverwaltung der Marken und eine bedeutende politische Autonomie. Durch das Verbot unfreier, grundherrschaftlicher Leiheformen[5]) und des Landverkaufes an Auswärtige[6]) wußte

---

[1]) Das älteste Zeugnis für die obertessinischen Talmarken ist ein indirektes; es liegt in der Allmendformel einer Urkunde von 948; vgl. K. Meyer, Blenio und Leventina, S. 257f.

[2]) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 49. A. Lattes, Diritto Consuetudinario delle Città Lombarde, Milano 1899, 355 ff., 369 und MHP, XVI 921 ff. Die Bezeichnung „iurisdictio bassa" findet sich in einer Urkunde von Biasca 1364 Juli 26. (Archivio prepos. Biasca.)

[3]) Vgl. Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 49ff. und S. 67—95. Die Talleute erfreuten sich dabei der Unterstützung ihres geistlichen Landesherrn, des Domkapitels von Mailand (a. a. O. S. 152f., 176ff.). — Auch in Südtirol vollzog sich der Kampf der Dorfschaften gegen die Grundherren unter Mithilfe des Domkapitels von Verona, das auf diese Weise eine geschlossene Immunitätsherrschaft gewann (Voltelini im Archiv f. österr. Gesch. Bd. 94 (1907), und Rietschl in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt. 1907, S. 517).

[4]) Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Blenier z. B. waren freie Grundbesitzer, „homines liberi et aloderii", bezw. „rederi" (v. Allod, freies Eigen; K. Meyer, Blenio und Leventina, S. 96 und 45, Anm. 2), nicht — wie vielfach in den ebenen Gebieten Italiens — bloße Pächter.

[5]) Das Verbot unfreier Leiheformen findet sich z. B. in den Statuten von Brescia (MHP. XVI 2 col. 1584) und von Brissago aus dem Jahre 1307 (kein Einwohner von Brissago „recipiat investituram nec aliquam locationem ab aliqua persona de honore et districtu nec quod pertineat ad honorem vel districtum aliquo modo", Bolletino storico della

man diese Errungenschaften klug zu behaupten. Dieser Sieg der kommunalen Idee gegenüber den feudalen Kräften, diese Niederlage des Prinzips einer Twing- und Bannherrschaft, fiel in eine Zeit, wo in Deutschland eine entgegengesetzte Entwicklung sich Bahn brach, indem es dort nur zu häufig adeligen und fürstlichen Herren glückte, ihre partielle Grundherrschaft, ihren Anteil an Twing und Bann [1]) unter Zuhilfenahme des Allmendregals und anderer öffentlich-rechtlicher wie privater Mittel zu erweitern und zu einer räumlich geschlossenen Banngrundherrschaft auszubauen [2]).

Svizzera italiana 1889, pag. 169). Vgl. auch Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno im Mittelalter, S. 72ff.

[6]) K. Meyer, Blenio und Leventina, S. 43, Anm. 3, S. 141f. und S. 34* Z. 13. Ähnlich in Cannobbio am Langensee (A. Lattes, Il diritto Consuetudinario delle Città Lombarde, Milano 1899, p. 158). Wirtschaftlich wurde durch solche Verbote besonders der Aufkauf von Grund und Boden durch die Kapitalisten der großen italienischen Städte und damit die Umwandlung grundbesitzender Bauern in Pächter gehemmt. (In den von Städten beherrschten, wenig autonomen, wehrlosen Landesteilen Italiens hat die Beseitigung von Grund- und Leibherrschaft sich sozialgeschichtlich nicht ganz ausgewirkt; die Bauern waren hier schon im Mittelalter bloße Pächter (Teilpächter) eines Grundbesitzers). Freilich stand einer solchen nachteiligen Entwicklung schon die große Entfernung der Gebirgstäler von einer kapitalkräftigen Stadt und die durch den Gebirgscharakter bedingte Vorherrschaft der Viehzucht (nicht Fruchtbau!) entgegen.

[1]) Die Grundherrschaft der Habsburger z. B. umfaßte regelmäßig kein ganzes Dorf, sondern nur einen Teil. Paul Schweizer in: Quellen zur Schweiz. Gesch. XV 2 (Habsburgisches Urbar II 2), S. 544 f., 547 f. und 568.

[2]) F. v. Wyß, Abhandlungen zur Geschichte des schweiz. öffentl. Rechts, S. 33, 40, 54. Stutz in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt., Bd. XXV (1904), S. 223. H. Wopfner, Allmendregal der Tiroler Landesfürsten 1906. O. Stolz, Geschichte der Gerichte Deutschtirols (Archiv für österr. Geschichte, Bd. 102, S. 280). — Wenn die Schwyzer sich in der ganzen Regierungszeit ihres Landesherrn, des Königs Rudolf, so heftig gegen unfreie und landesfremde Richter stemmten, so verhinderten sie damit auch, daß der habsburgische Beamte durch gleichzeitige Verwaltung (Personalunion) des lokalen Hochgerichtes über die freien

Und dieser Triumph bäuerlicher Ausdauer wurde errungen vor den Augen der innerschweizerischen Waldleute, im Kampfe gegen die Gerichtsherren der drei Länder am See: gegen die Grafen von Lenzburg [1]), die bei ihrer ennetbirgischen Paßpolitik die Tessiner Freiherrengeschlechter begünstigten. Für die Innerschweizer bedeutete der Erfolg der Liviner und Blenier eine Aufmunterung, den wirtschaftlichen Befreiungsprozeß in den Waldstätten, dessen erste Spuren weit ins Hochmittelalter zurückreichen, mit aller Kraft fortzusetzen. Allerdings führten die mehrheitlich aus freien Grundbesitzern bestehenden Talmarkgenossenschaften von Uri [2]) und Schwyz ihre großen Kämpfe

---

Schwyzer und der Grundherrschaft über die Leibeigenen der in der Mark Schwyz gelegenen Habsburger Höfe, etwa eine habsburgische Grundherrschaft über die gesamte Schwyzer Mark und damit Twing und Bann auch über die Schwyzer Freien gewänne. Vgl. dazu Stutz in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt., Bd. 25 (1904), S. 227.

[1]) Die Grafen von Lenzburg waren, als Inhaber des Zürichgaues, Landgrafen in Schwyz und Unterwalden; als Reichsvögte von Zürich besaßen sie die hohe Gerichtsbarkeit auch über Uri.

[2]) Die Meinung, das Tal Uri habe je ganz oder größtenteils eine Grundherrschaft des Fraumünsters Zürich gebildet, ist meines Erachtens ebenso irrig, wie die analoge frühere Annahme von einer restlosen Grundherrschaft der Mailänder Domkirche in den Tre Valli. Nicht nur die selbständige Art, in der die Urner seit 955 ohne Vogt auftreten, spricht dagegen; die unten, S. 59*, Anm. 3 zitierte Urkundenstelle von 1308 (Steuerfreiheit des Fraumünster-Besitzes in Uri) zeigt, in Verbindung mit der Steuerexemption des übrigen geistlichen Grundbesitzes in Uri, daß die dort erwähnten Urner Steuern (Reichssteuer, Kriegssteuer usw.) eben von anderm Boden, also von nichtkirchlichem freiem Grundbesitz, aufgebracht wurden. Die Grundherrschaft des Fraumünsters umfaßte zweifellos nur Streubesitz, nur einen Bruchteil alles Urner Landes. Es dürfte dem Kirchenvogt des Fraumünsters (h. h. dem Reichsvogt von Zürich) jedoch im Hochmittelalter durch die sog. erweiterte (ottonische) Immunität ein geschlossener Gerichtsbannbezirk (Hochgerichtsbarkeit) zugewachsen sein; dieser Entwicklungsgang erklärt am besten die mißverständliche (auch in Livinen analog wiederkehrende) Bezeichnung sämtlicher Urner als „freie Gotteshausleute“ des Fraumünsters.

in der Hauptsache gegen benachbarte, auswärtige Grundherrschaften durch (nicht gegen inländische): die Urner gegen das Kloster Engelberg und das Tal Glarus, die Schwyzer gegen die Abtei Einsiedeln. Über dieser räumlichen Grenzerweiterung des Markgebietes, bei der auch die im Tale begüterten auswärtigen und landsässigen Grundherren wacker mithalfen, verzögerte sich die inländische Aufsaugung der Grundherrschaften. In Schwyz verloren diese sich im 14. Jahrhundert [1], in Uri verschwanden ihre Reste erst im 15. Jahrhundert [2], ebenso in Unterwalden, wo vorab die murbachische, von mächtigen einheimischen Ammännergeschlechtern verwaltete Grundherrschaft sich sehr zähe hielt [3]. Die Beseitigung der dinglichen, wirtschaftlichen Unfreiheit, auf dem Wege des völligen Auskaufes der Grundherrschaft oder ihrer Reduktion zu bloßem Grundbesitz, zog sich somit in der Urschweiz um ein bis zwei Jahrhunderte länger hinaus, als im benachbarten Oberitalien, vorab aus einem Grunde, den wir sofort kennen lernen: wegen der starken Stellung der innerschweizerischen Magnaten.

Eine bedeutsamste Begleiterscheinung in dem von den lokalen ländlichen Kräften Italiens geführten, hernach auch von den Städten unterstützten Kampfe um die Freiheit des Bodens, gegen die Grundherrschaft, war die rechtliche und soziale Aus-

---

[1]) Es verkauften die Klöster Einsiedeln 1363, Engelberg 1366 und Kappel 1367 alle ihre Grundzinsen an das Land Schwyz (Oechsli, Die Anfänge der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Zürich 1891), Regesten 745, 748 und 749). J. J. Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien, Bd. I (1850), S. 216 f.

[2]) Vgl. S. 22* (Auskauf 1359). Die letzten grundherrschaftlichen Befugnisse der Fraumünsterabtei Zürich wurden im 15. Jahrhundert abgelöst. G. v. Wyß, Geschichte der Abtei Zürich (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft Zürich VIII, S. 102). Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien I, 213 ff.

[3]) Blumer, a. a. O. S. 217 ff. Oechsli, Anfänge der Eidgenossenschaft, S. 70 ff. Durrer, Einheit Unterwaldens (Jahrbuch für Schweizer Geschichte XXXV, 1910, S. 77 f. und S. 145—148, insbesondere S. 148, Anm. 6).

gleichung der Stände, die Herstellung eines allgemeinen und gleichen Staatsbürgertums, bezw. Untertanenverbandes.

Zunächst konstatieren wir in Italien den Niedergang des hohen Adels, der seine Reichsunmittelbarkeit verlor [1]) und entweder in die Städte ziehen mußte und dort im Verlaufe der nächsten Jahrhunderte praktisch unter den Bürgern aufging oder dann auf dem Lande blieb und hier großenteils verbauerte, wie gerade die Liviner und Blenier Freiherrengeschlechter [2]). Aber auch da, wo der Adel seinen Standescharakter länger behauptete, wie in Locarno, büßte er doch schon im 13. Jahrhundert seine Steuer- und Gerichtsprivilegien ein und mußte sich in diesen wichtigsten Sphären dem kommunalen Territorialprinzip unterordnen [3]).

Und während der Adel allmählich in den Bürgern und Bauern aufging, erfolgte überall im oberen Italien, und zwar schon im 12. und 13. Jahrhundert, in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Befreiung auch die persönliche Emanzipation, die Aufhebung der Leibeigenschaft. Die Landgemeinden haben mit der grundherrlichen auch die leibherrliche Gewalt der Feudalgewalten durchwegs gebrochen. Aber auch die italienischen

---

[1]) Otto von Freising. Gesta Friderici I. imperatoris, lib. II cap. 13: ... Ex quo fit, ut tota illa terra intra civitates ferme divisa, singulae ad commanendum secum diocesanos compulerint, vixque aliquis nobilis vel vir magnus tam magno ambitu inveniri queat, qui civitatis suae non sequatur imperium.

[2]) K. Meyer, Blenio und Leventina, S. 83f. und 196. Derselbe, Die Capitanei von Locarno, S. 41.

[3]) Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno im Mittelalter, Zürich 1916, S. 39 und 159ff. Ein Hauptgrund, weshalb die Adeligen in Locarno ihre Privilegien so zähe behaupteten, liegt in ihrer geschlossenen Organisation als Adelskommune. Auch zahlreiche andere italienische Adelsgeschlechter suchten sich der kommunalen Bewegung dadurch zu erwehren, daß sie sich gleichfalls korporativ zusammenschlossen; vgl. Archivio storico lombardo, anno XLVI (1919) 230—241. (Auch deutsche Adelsgeschlechter haben sich später als Genossenschaft vereinigt, Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht I, 413).

Städte sahen im Verbot der Leibeigenschaft eine scharfe Waffe gegen die Landbarone, ein Mittel zur moralischen Unterstützung der städtischen Eroberungspolitik auf dem Lande, zur Umwandlung unfreier Privatuntertanen in steuerzahlende und kriegsdienstleistende Staatsuntertanen [1]). Und gerade die italienischen Städte haben diesen zunächst rein interessepolitischen [2]), örtlich und zeitlich beschränkten Hörigenbefreiungen dadurch eine höhere Weihe, eine wirksamere Kraft verliehen, daß sie sie in das Reich des überall und ewig Gültigen, in das Reich des Naturrechts emporhoben. Es gemahnt geradezu an die Thesen der neuzeitlichen Aufklärungsepoche, wenn die Stadtkommune Florenz im Jahre 1289 den Loskauf von Hörigen mit der Erklärung begründet: „Die Freiheit, aus welcher der Wille entspringt, kann nicht von fremdem Ermessen abhängig sein; sie muß auf Selbstbestimmung beruhen. Die persönliche Freiheit stammt aus dem Naturrecht, demselben, das auch die Völker vor Bedrückungen schützt, ihre Rechte hütet und erhöht. Daher wollen wir die Freiheit erhalten und mehren“ [3]).

---

[1]) Romolo Caggese, Classi e comuni rurali nel medio evo italiano, vol. II (Firenze 1909), pag. 226—251. In einzelnen Stadtstaaten wurde die Leibeigenschaft allgemein aufgehoben, z. B. in Vercelli im Jahre 1243 (MHP. XVI col. 1315) und in Bologna 1256 (Hessel, Geschichte von Bologna, in Eberings Studien, Heft 76, Berlin 1910). Antonio Pertile, Storia del diritto italiano dalla caduta dell' impero romano alla codificazione. Torino 1892, III, ed. 2, pag. 84 ff.

[2]) Auch wirtschaftspolitische Erwägungen wirkten seit dem 13. Jahrhundert mit: die Absicht des städtischen Großkapitals, billige Arbeitskräfte zu gewinnen; M. Brosch in der Historischen Zeitschrift, Bd. 92, S. 390.

[3]) Cum libertas qui cuiusque voluntas non ex alieno set ex proprio dependet arbitrio iure naturali multipliciter decoretur, qua etiam civitates et populi ab oppressionibus defenduntur et ipsorum jura tuentur et augentur in melius. Villari, I primi due secoli della storia di Firenze, 2. ed., p. 290. Vgl. dazu Caggese II, 236, und Davidsohn, Geschichte von Florenz II 2 S. 355 ff. — Naturrechtliche Motivierungen finden sich 1321 auch in den Beschwerden der Leute von Domo d'Ossola (Bazetta, Storia di Domo d'Ossola (1911) pag. 324 f.).

Und dabei hat die italienische soziale Bewegung nicht nur die Leibeigenen frei gemacht, sie hat auch die Rechtsstellung der Unehelichen verbessert [1]) und überhaupt die niedern Schichten in breitem Umfange sozial gehoben, in noch stärkerem Maße, als in den deutschen Städten. Schon Otto von Freising, der Oheim des Kaisers Friedrich Barbarossa, in seiner berühmten Gegenüberstellung deutscher und italienischer Staatszustände, konnte es nicht begreifen, daß man in Italien „Leute von geringer Herkunft, ja gemeine Handwerker, die sich mit verächtlichen Hantierungen abgeben, welche andere Nationen von den freien und edlen Künsten ausstoßen wie die Pest, zu ritterlichen Ehren und hohen Ämtern befördert" [2]). Die städtischen Zunftkämpfe, die in Mailand schon 1198 einsetzen, haben ja in den Städten häufig genug gerade die untern Volksschichten, den popolo minuto, zur ausschließlichen Klassenherrschaft geführt.

---

[1]) Während die Unehelichen in vielen Ländern Europas, vorab auch in Deutschland, seit dem Hochmittelalter unter dem Einfluß kirchlicher und feudaler Anschauungen rechtlos geworden waren, nicht einmal der Mutter gegenüber ein Erbrecht besaßen und nur vom Fiskus beerbt werden konnten (Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte, 5. Aufl., S. 331, 476, 766f.; Brunner, Grundzüge, 6. Aufl., S. 230), genossen sie in Italien eine Rechtsstellung, die sie von den Ehelichen nur wenig unterschied; sie traten den Stand und das Erbe der Mutter an, waren teilweise auch gegenüber dem Vater erbfähig und unterlagen weder den anderswo geforderten Ehegebühren noch dem Todfall (Antonio Pertile, Storia del diritto italiano dalla caduta dell' impero romano alla codificazione, III [2], pag. 388). Auch in Uri fiel die Hinterlassenschaft Illegitimer an das Fraumünster, bezw. an den Reichsvogt (Oechsli, Reg. 260), bis die Urner, wohl unter Einwirkung der italienischen Anschauungen, 1318 beim König Ludwig vorstellig wurden, worauf dieser den Brauch aufhob mit der naturrechtlichen Motivierung, es sei vernunftswidrig und unbillig (nec ratione consonum videtur nec congruit aequitati, Tschudi, Chronicon Helveticum I, pag. 283).

[2]) Otto v. Freising, Gesta Friderici I. imperatoris, lib. II, cap. 13. Ut etiam ad comprimendos vicinos materia non careat, inferioris conditionis juvenes vel quoslibet contemptibilium etiam mechanicarum artium opifices, quos ceterae gentes ab honestioribus et liberioribus studiis tanquam pestem propellunt, ad militiae cingulum vel dignitatum gradus assumere non dedignantur (MGH, Ss. XX, pag. 397).

Es konnte nicht fehlen, daß eine solche italienische Bewegung schon sehr früh ähnlich gerichtete Bestrebungen in den alemannischen Grenzgebieten förderte. In den Waldstätten wirkte nicht bloß das zündende Beispiel der nahen obertessinischen Talschaften Livinen und Blenio, in welchen schon um 1200 die Leibeigenschaft durch Gewalt, Auskauf, wilde Ehe [1]) usw. beseitigt wurde [2]); in der Innerschweiz wirkte auch die bewußt auf sie berechnete Einwanderungspropaganda des benachbarten großen Paßstaates am Südabhang der Alpen, vom Ortler bis zum Basodino, der Stadtrepublik Como, die schon im Jahre 1199 ein Gesetz erließ des Inhalts: „Wenn jemand von jenseits der Berge oder aus andern Landschaften, ausgenommen von der Lombardei und ausgenommen von der Herrschaft des Bischofs von Chur, nach der Stadt oder dem Bistum Como kommt und hier fünf Jahre ungestört weilt, so darf er von niemandem mehr wegen persönlicher Knechtschaft belangt werden“ [3]).

[1]) Auch die Walser benutzten, nach dem Beispiel der ambrosianischen Talschaften, die wilde Ehe eines Unfreien mit einer Freien als Kampfmittel zur sozialen Emanzipation, unterstützt von der römischrechtlichen Idee, daß das Kind der freien Frau, selbst wenn sie mit einem Unfreien verheiratet ist, frei wird.

[2]) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 99 ff.

[3]) Liber statutorum comunis Novocomi cap. 324: Mclxxxxviiii tredecimo intrante februario statutum est: si aliqua persona venerit habitare Cumis vel in episcopatu Cumarum vel ab ultramontanas partes seu de aliis provinciis, excepto de Lonbardia, et steterit per annos quinque continuos quiete sine querimonia sub consulibus (ergänze: vel sub potestate) Cumarum facta, vel que stetisset in episcopatu Cumarum per annos quinque futuros proxime preteritos sine aliqua litis contestacione sub consulibus vel sub potestate facta, non teneatur ei respondere nec cogatur a consulibus vel a potestate stare cum eo in placito de aliqua servitute personarum. Salva tamen concordia domini episcopi Curiensis et comune (besser: et comunis, oder: cum comuni) Cumarum tempore potestacie domini Johannis de Raude Cumane potestatis. (Druck in: Monumenta Historiae Patriae, vol. XVI 1, col. 210f.) — Sonst verjährte die Leibherrschaft in der Lombardei erst nach 30 Jahren. Liber consuetudinum Mediolani, rubr. XXIV, MHP. XVI 1, col. 921. Bekanntlich entwickelte sich

So hat nicht bloß das Vorgehen deutscher Städte, sondern noch mehr das anregende Beispiel Italiens die soziale Bewegung in der Innerschweiz gefördert. Sie berührte nicht die freien Bauern der Waldstätte und auch nicht die in Tat und Wahrheit freien Fraumünster-Gotteshausleute Uris [1]), sondern die zahlreichen unfreien und hörigen Hintersässen der verschiedenen weltlichen und geistlichen, auswärtigen und landsässigen Grundherren. Auch die innerschweizerische, sonst vorwiegend politisch-partikularistische, von freien Bauern getragene Freiheitsbewegung hatte, wie alle ähnlichen Umwälzungen, einen linken, sozialrevolutionären Flügel, der im Waldstätter Befreiungskampf vor allem die Gelegenheit sah, neben der wirtschaftlichen auch die persönliche Vollfreiheit zu erringen. Aber die soziale — wirtschaftliche und persönliche — Befreiung stieß in den Waldstätten auf mächtigere Hindernisse als in Italien. Zunächst auf die Gegenwehr der starken auswärtigen, kirchlichen und fürstlichen Grund- und Leibherren [2]). Doch noch gefährlicher war der Widerstand der einheimischen Magnatengeschlechter, von denen die Freiherren von Attinghusen selber Leibherren waren, während die Unterwaldner und Urner Meier, Keller und Ministerialen als grund- und leibherrschaftliche Lehenträger und Beamte an der Aufrechterhaltung der persönlichen und vielfach auch der dinglichen Unfreiheit ein Interesse hatten. Und in der Innerschweiz waren diese Großen von seiten der Unfreien

---

seit dem 12. Jahrhundert auch in vielen französischen, englischen, flandrischen und deutschen Städten der Grundsatz, daß Hörige, welche Jahr und Tag ohne Rückforderung ihres Herrn in der Stadt verweilen, Stadtbürger, bezw. Freie werden. Brunner, Grundzüge [6], S. 98, und Schweizer in Quellen zur Schweizer Geschichte XV 2, S. 563. — Über die günstige Rechtslage von auswärts Zugewanderter im Stadtstaat Como vgl. auch Statuten-Kapitel 347 (col. 218).

[1]) Auf die Rechtsstellung der Urner Fraumünsterleute hoffe ich anderswo zurückzukommen; vgl. vorderhand S. 12*, Anm. 2.

[2]) Vgl. z. B. die Gerichtsgenossenschaft der Wettinger Unfreien bei W. Oechsli, Anfänge der Eidgenossenschaft, S. 55 und 198 und Reg. 719.

weniger verwundbar als im Süden. Denn im Gegensatz zu den Landmagnaten Italiens schwammen die urschweizerischen einheimischen Großen nicht gegen den Strom der kommunalen Entwicklung, sie waren nicht die von allen Seiten bekämpften Gegner des politischen Fortschrittes, vielmehr standen sie von Anfang an an der Spitze des politisch-partikularistischen Freiheitskampfes gegen den äußern Feind, gegen Habsburg [1]). So vermochten diese politischen Führer die ihnen unangenehme soziale Begleitbewegung lange aufzuhalten [2]). Schon der älteste eidgenössische Bund aus der Mitte des 13. Jahrhunderts dämmt die sozialrevolutionäre, für die innere Rechtsordnung gefährliche Richtung ein durch die Bestimmung: Jedermann soll nach seinem Stand (iuxta sui nominis conditionem) seinem Herrn gebührend untertan sein und dienen [3]). Der gleiche Satz kehrt wieder in der Erneuerung und Erweiterung dieses Bundes im Jahre 1291 und noch im Dreiländerabkommen von 1315. Immer-

---

[1]) In Uri fallen neben den Freiherren von Attinghusen in Betracht die Ritter von Silenen und die Meier von Erstfelden; diese beiden Geschlechter waren Meier der Äbtissin von Zürich; alle drei waren Leiter der Urner Politik im Jahre 1291, bei der Abfassung des entscheidenden Bundesbriefes (Oechsli 296ff.). In Unterwalden führten die Meier von Stans, die Ritter von Buochs, die Meier von Wolfenschießen und von Waltersberg (Oechsli S. 165—169, ferner Durrer im Jahrbuch für schweizerische Geschichte, Bd. 35 (1910), S. 143). Die Stellung dieser innerschweizerischen Führer gleicht vielfach jener der städtischen Großen, der Adeligen und Reichen Italiens, die vielerorts an der Wiege der italienischen Städtefreiheit standen und erst allmählich, bei der wachsenden Demokratisierung der comuni cittadini, die Führung an die breiteren Volksschichten verloren: und zwar, vom aristokratischen Venedig abgesehen, zeitlich 2—3 Generationen früher als in den Waldstätten.

[2]) Man handelte in den Waldstätten nicht so folgerichtig wie in Friesland, wo mit der politischen auch die soziale Befreiung durchgeführt wurde und mit den auswärtigen auch die einheimischen Geschlechter ihre Grund- und Leibherrschaft einbüßten. Klinkenborg in der Historischen Zeitschrift von Sybel, Bd. 102, S. 508.

[3]) Quilibet homo iuxta sui nominis conditionem domino suo convenienter subesse teneatur et servire. Oechsli, Anfänge, S. 382.

hin werden 1315 die Hörigen feindlicher Herren, also vorab Österreichs, während des Krieges [1]) jeder Verpflichtung entbunden [2]). Diese Ausnahme ist höchst charakteristisch: Von allen innerschweizerischen Unfreien haben die habsburgischen zuerst ihre soziale Emanzipation durchgeführt, als Nebenfrucht des politisch-partikularistischen Ringens. Und zwar reichen die Anfänge noch ins 13. Jahrhundert zurück und führen in jene Waldstatt, wo entgegengesetzte Interessen einheimischer Mächtiger am wenigsten vorlagen, nach Schwyz. Die recht zahlreichen habsburgischen Unfreien [3]) in Schwyz gewannen urkundlich noch unter dem schwachen Eberhard von Habsburg-Laufenburg wesentliche Erleichterungen [4]), welche nachher von dessen starkem Rechtsnachfolger, König Rudolf, nicht anerkannt wurden [5]). Doch nach dem Tod des Königs stellten die Schwyzer,

---

[1]) Morgartenkrieg.

[2]) Ez sol aber ein jeglich mensche, ez si wib oder man, sinem rechten herren, oder siner rechten herschaft gelimphlicher und cimelicher dienste gehorsan sin, ane die oder den herren, der der lender dekeins mit gewalt angrifen wolde, oder unrechter dinge genöten wolde; deme oder dien sol man die wile enkeinen dienst tuon, vntz daz si mit dien lendern ungerichtet sint. Die Bundesbriefe der alten Eidgenossen 1291—1513, bearbeitet von Dr. Rob. Durrer, herausgegeben von J. Ehrbar. Zürich, Zürcher u. Furrer 1904, S. 6.

[3]) Daß die Habsburger Unfreien in Schwyz recht zahlreich waren, zeigt der Steuerertrag der beiden habsburgischen Höfe: 28 Mark; die freien Schwyzer leisteten 60 Mark. Habsburg. Pfandrodel von 1281 in Quellen zur Schweizer Geschichte XV 1, S. 133; Oechsli, Anfänge, S. 65, und Friedrich von Wyß, Abhandlungen, S. 232.

[4]) Erwähnt in einer Urkunde Heinrichs VII. von 1310 (Oechsli, Reg. 501; Regesta Habsburgica, I. Abteilung: Die Regesten der Grafen von Habsburg bis 1281, bearbeitet von Harold Steinacker, Innsbruck 1905, Nr. 543). Vgl. folgende Seite, Anm. 2.

[5]) Beweis dafür sind K. Rudolfs Verpfändung, bezw. sehr starke Besteuerung der beiden Hofgemeinden im Jahre 1281 (Quellen zur Schweiz. Geschichte XV 1, S. 133) und die Klagen im Zürcher Bündnis vom Oktober 1291 (folgende Anm.). Vielleicht finden sich bei den im August 1289 vor Besançon kämpfenden 1500 Schwyzern (die Zahl ist doch wohl mittel-

unter Garantie ihrer Verbündeten von Uri und Zürich, den früheren Rechtszustand wieder her, wie er gewesen war „vor des chünges ziten“ [1]). Diese viel mißdeutete Bestimmung ist sicher ein Zugeständnis an den unfreien, sozialrevolutionären linken Flügel der Schwyzer Demokratie. Doch brachte offensichtlich König Albrecht die ungünstigere Lage nochmals zur Geltung, und erst ein merkwürdiges Diplom Heinrichs VII. vom Jahre 1310 hat, in der auffallenden Form der Bestätigung eines angeblichen früheren Freikaufs, die ständische Freiheit dieser ehemaligen habsburgischen Eigenleute rechtskräftig gemacht [2]). Das Beispiel der Schwyzer wirkte auch in Unterwalden, wo noch im April 1291 zahlreiche murbachische Eigenleute durch Kauf an Österreich gefallen waren [3]). Während des Morgartenkrieges versagten die Unterwaldner Hörigen Österreich den Gehorsam, unter Billigung aller Eidgenossen, und wurden von

---

alterlich übertrieben!) auch aufgebotene Unfreie. An ein Grafschaftsaufgebot, wie Redlich (Rudolf von Habsburg 629 und 634) annimmt, vermag ich nicht zu glauben; Freie mitten aus der Alptätigkeit (August) auf einen so entfernten Kriegsschauplatz herauszureißen, wäre eine unerhörte Belastung. Eher darf man mit Blumer (I 16) und F. v. Wyß (272) an Söldner denken (vgl. S. 62*, Anm. 1).

[1]) Het ouch dehein herre ein man, der sin ist, in dewederm teile, der sol ime dienon in der gwonheit als vor des Chünges ziten, vnde nach rechte; swer in fürbas noeten wil, den suln wir schirmen. Zürcher Urk.-Buch Bd. VI, Nr. 2175, Lichtdruck im Geschichtsfreund XXXII, 259ff.

[2]) Diplom Heinrichs VII. vom 5. Mai 1310: ... nos hominibus habitantibus in valle Swiz, qui se de nobile viro Eberhardo quondam comite des Habspurg redemerunt, et per pecuniam absolutionem et litteras testimoniales super eo obtinuerunt et exhibere potuerunt (ut proponunt) quod nobis et sacro Romano imperio pertinent et pertinere debent de jure, hanc gratiam duximus faciendam, quod eosdem homines liberamus, prout alii in eadem valle, aut circumpositis vallibus existere dinoscuntur. (Tschudi, Chronicon Helveticum I, 254).

[3]) Die Höfe Alpnach, Stans und Giswil (Oechsli, Reg. 327). In allen murbachischen Dinghöfen waren Ungenossen-Ehen verboten (Oechsli, Reg. 325).

König Ludwig dem Bayern 1316, bezw. 1324 in aller Form zuhanden des Reiches konfisziert und gefreit [1]).

So brach sich die persönliche Freiheitsidee in den Waldstätten zunächst Bahn als soziales Nebenergebnis des großen politischen Kampfes gegen Habsburg. Seit der Freiung der österreichischen Eigenleute in Schwyz und Unterwalden wurden die Hörigen auch der übrigen Grundherrschaften widerspenstiger, auch in Uri, wo offensichtlich das Freiherrengeschlecht von Attinghausen, das selber eine stramme Leibherrschaft über zahlreiche Unfreie ausübte [2]), einer allgemeinen Hörigenbefreiung entgegenwirkte. Es ist wohl kein Zufall, wenn erst nach dem Sturz des allmächtigen Landammanns Hans von Attinghusen [3]), gleich im folgenden Jahr (1359), mit dem Auskauf der auswärtigen klösterlichen Grundherrschaften auch der Loskauf der urnerschen Unfreien, namentlich der Wettingerleute, wie in Italien unter finanzieller Mitwirkung der Talgemeinde, an die Hand genommen und abgeschlossen wurde [4]); spät, im Vergleich mit der italienischen Entwicklung; früh auf dem Hintergrunde deutscher Bauernbefreiung [5]).

So haben sowohl in Italien wie in der Urschweiz ländlich-bäuerliche Kräfte mit demselben Erfolg die Grund- und Leibherrschaft beseitigt und damit das moderne allgemeine und gleiche Staatsbürgertum vorbereitet, in einem Maße, wie es im

---

[1]) Oechsli, Reg. 648; Durrer, Einheit Unterwaldens, im Jahrbuch f. Schweiz. Geschichte XXXV, S. 120 und 268ff.

[2]) Oechsli, Regesten 176, 192, 241, 243, 539. Über ihren strammen Charakter s. Oechsli, S. 198.

[3]) Über die Katastrophe der Attinghusen vgl. Durrer im Anzeiger für schweiz. Altertumskunde 1898, S. 47ff. und 79ff. und im Anzeiger für Schweizerische Geschichte, Bd. 11 (1913), S. 431ff.

[4]) Oechsli, Reg. 730—735 und 741.

[5]) Auch in Teilen der deutschen Schweiz, z. B. im Thurgau, nahm die Leibeigenschaft erst mit dem französischen Revolutionszeitalter ein Ende. Helene Hasenfratz, Die Landgrafschaft Thurgau, Diss. Zürich 1908, S. 128—131.

übrigen West- und Mitteleuropa erst durch den Absolutismus, die Aufklärung und die Revolution geschah. Dieses Ergebnis war durch das Zusammenwirken verschiedenster Faktoren erreicht worden. Vor allem haben die ennetbirgischen und ebenso die innerschweizerischen Talleute ihre wirtschaftlichen, markgenossenschaftlichen Machtmittel bewußt, zielstrebig, schon sehr früh in den Dienst der politischen Idee gestellt. Schon 1227 wurden in der Talmark Livinen Veräußerungen von Grund und Boden an Auswärtige untersagt und ausdrücklich nur solche Leute am markgenossenschaftlichen Gemeinland zugelassen, welche dem politischen Talverband, der Kommune, den allgemeinen Treueid leisteten und die Talsteuern bezahlten [1]). Ähnliche Bestimmungen, gerichtet gegen den Grundbesitz von Gotteshäusern und Auswärtigen, wurden in der Folge auch in den einzelnen urschweizerischen Markgenossenschaften durchgeführt, in Schwyz 1294 [2]), in Uri um 1308 und endgültig 1360 [3]), in Nidwalden

[1]) Die Belege für Livinen, Blenio und Cannobbio oben S. 10*f. Auch der Stadtstaat Como hat schon in seinen ältesten Statuten den Untertanen die Veräußerung von Grundbesitz an Auswärtige untersagt (MHP. XVI, col. 147 und 149); ähnlich der Bischof von Novara 1297 in einer Satzung für seine Gerichtsgemeinde Matarella (Bazetta, Storia di Domo d'Ossola, p. 379). Denn die italienischen Städte bereiteten die Eroberung fremden Gebietes gern durch Erwerbung von Grund und Boden vor (Caggese, Classi e comuni rurali nel medio evo italiano II, 164).

[2]) Oechsli, Reg. 389, Blumer I S. 557, vgl. unten S. 59*, Anm. 3 (am Schluß).

[3]) Geschichtsfreund 42, S. 45 (ebendort Erneuerung von 1367). Das Verbot, liegende Güter an Geistliche, Klöster und Fremde zu veräußern, ist eine Ergänzung zum Loskauf geistlichen Besitzes von 1359. — Wenn um 1308 die Gemeinde Uri den zur Zeit König Albrechts neu erworbenen Besitz des Fraumünsters zu besteuern versuchte (Kopp, Urk. I, 92), so wollte sie damit offenbar den Zuwachs geistlichen Gutes bekämpfen (über ähnliche Konflikte in Deutschland vgl. Mack, Kirchliche Steuerfreiheit in Deutschland, Kirchenrechtliche Abhandlungen hg. von Stutz, Heft 88, S. 182ff).

1344 [1]) und in Obwalden 1382 [2]). Außerdem haben die urschweizerischen Markverbände den politischen Freiheitskampf unmittelbar finanziell unterstützt [3]).

Aus dieser politischen Verwendung markgenossenschaftlicher Machtmittel schon erkennen wir es deutlich: Nicht bloß auf wirtschaftliche und persönliche, vielmehr vorab auf partikularistisch-politische Selbstbestimmung waren oberitalienischer und waldstättischer Bauernwille gleicherweise gerichtet. Diese politischen Bestrebungen wurden diesseits und jenseits der Alpen, besonders in den Gebirgstälern, vielfach dadurch erleichtert, daß die Markverbände seit alters oder infolge späterer Entwicklung sich mit einer Gerichtsgemeinde räumlich deckten [4]).

Doch neben diese historisch überlieferten, wirtschaftlichen und gerichtlichen Genossenschaften tritt ja dann, mit geradezu revolutionärer Kraft, beiderorts der Gedanke der freien, in ihren Zielen nicht eingeengten Einung. Die freie Einung in ihrer feierlichsten Form, im Schwurverband, war seit dem 11. und 12. Jahrhundert ein schöpferisches Element bei der Entstehung nicht bloß der flandrischen und nordfranzösischen Stadtkommunen; vielmehr hat die Schwurgenossenschaft auch in den italienischen Städten die verschiedenen Stände zu einer einheitlichen

---

[1]) Erneuert und erweitert 1363 und 1432; vgl. Durrer, Die Einheit Unterwaldens, im Jahrbuch f. Schweiz. Geschichte 1910, S. 128ff. und 146.

[2]) Durrer, a. a. O., S. 134 und 148.

[3]) So durch Veräußerung von Allmendland an Private, wobei der Erlös für politische und militärische Ausgaben (Befestigungen usw.) verwendet wurde. Beispiele, besonders für Schwyz: Oechsli, Reg. 502 und 624ff.

[4]) Schon im 12. Jahrhundert haben sich z. B. im ambrosianischen Tessin Mark- und Gerichtsgemeinden (häufig auch Pfarrgemeinden) räumlich gedeckt, vgl. K. Meyer, Blenio und Leventina. Gerade diese Vorbilder mögen mitgewirkt haben, daß im 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts in den urschweizerischen Tälern die verschiedenen Gerichtsgenossenschaften, vorab auch die stark zersplitterten freien und herrschaftlichen Niedergerichte, sich je zu einer einheitlichen Gerichtsgenossenschaft zusammenschlossen.

Kommune zusammengeschweißt. Und selbst in ländlichen Gegenden Italiens, so im Tessin, hat der Eidesverband, und die Einung überhaupt, mächtig zur Sprengung überlieferter Zustände beigetragen.

So ist denn die Schwureinung im 13. Jahrhundert auch in die Lande zwischen Hochgebirge und Jura eingezogen, in die Nordtäler der Alpen. Als um die Mitte des 13. Jahrhunderts die Leute am Vierwaldstättersee, Bevölkerungen von verschiedenster Rechtstellung — Reichsfreie, habsburgische Grafschaftsleute, Vogtleute und Unfreie zahlreicher weltlicher und geistlicher Herrschaften —, wirtschaftlich unter mehrere Markgenossenschaften zerteilt, sich in der Not der Zeit zu einem politischen Willen vereinigten, so geschah es durch die Organisation der Einung, in der Form des Schwurverbandes. Die Schwurgenossenschaft war nicht durch traditionelle Kompetenzschranken und Grenzzäune gefesselt, wie die Mark- und Gerichtsbezirke, ihr war eine neue, konstitutive, kommunebildende, staatsschöpferische Kraft eigen. Das fühlten die Gründer des Waldstättebundes sehr wohl; schon im ältesten Schwurbund, in jener antiqua confoederationis forma juramento vallata, bezeichnen sie sich daher ausdrücklich und ausschließlich als conjurati und conspirati, als Eid-Genossen. Und von dieser freien Eidgenossenschaft trägt der schweizerische Staat mit Recht noch heute seinen Namen [1]).

Dem tätigen Zusammenwirken all dieser korporativen Kräfte entsprach das Ergebnis, zunächst in Italien. Vor und teilweise noch während den eidgenössischen Anfängen der Urschweiz, bis ins 14. Jahrhundert, gab es in Italien, von den Alpen bis zum Arno, zahllose comuni rurali mit großer politischer Freiheit, halbsouveräne Gemeinden mit weitgehender Selbstverwaltung und dazu eine stattliche Zahl völlig unabhängiger,

---

[1]) Vgl. meinen Aufsatz „Der Schwurverband als Grundlage der urschweizerischen Eidgenossenschaft", Anzeiger f. Schweizer. Geschichte 1919, S. 183—194.

reichsunmittelbarer Landkommunen [1]). Als Beispiele solcher Reichsrepubliken nenne ich Brissago [2]) und Cannobbio [3]) am Langensee. Für die Waldstätte viel wichtiger waren die benachbarten, halbfreien ambrosianischen Talgemeinden, vorab die ausgedehnte Kommune Leventina [4]). Der Landesherr dieses Gebietes, das Domkapitel Mailand, residierte fern und faßte die Landeshoheit unpolitisch, mehr finanziell auf [5]). Sein jährlich wechselnder Statthalter war in Verwaltung, Gesetzgebung und Justiz tatsächlich, aber auch formell, seit alters von den einheimischen Selbstverwaltungskörpern abhängig, von der Volksversammlung und insbesondere vom Talrat [6]). Ein Rechtszug nach auswärts existierte nicht [7]). Gelegentlich übertrugen die Domherren die Landeshoheit (samt dem Ernennungsrecht des höchsten Gerichts- und Verwaltungsbeamten) auf dem Wege der Pacht sogar an die Talgemeinde, wodurch jeweilen die Kommune ein zwar nach auswärts verschuldetes, aber im übrigen vorübergehend völlig unabhängiges Staatswesen wurde [8]). Kein Wunder, wenn gerade die Liviner seit dem 13. Jahrhundert

---

1) R. Caggese, Classi e comuni rurali, und die dort verzeichnete lokalgeschichtliche Literatur. Ausgezeichnetes Quellenmaterial für die ganz- und halbsouveränen Landgemeinden bieten die zahlreichen Bände des Corpus Statutorum Italicorum, sotto la direzione di Pietro Sella (Roma, E. Loescher & Co.).

2) Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno, 146ff.

3) Vgl. Lattes, Diritto Consuetudinario. Das Gefängnisportal von Cannobbio trug seit Ende des 13. Jahrhunderts die Aufschrift: Comune de Canobio habens merum et mixtum imperium fecit fieri hoc opus.

4) Diese Halbsouveränität diente den Tessiner Talschaften in gewisser Hinsicht besser als die volle Unabhängigkeit. Denn die Landeshoheit der fernen und doch einflußreichen Kirche bot den Talleuten eine erwünschte Rückendeckung gegen gefährlichere anderweitige Mächte wie die Stadtstaaten Como und Mailand; sie bedeutete also den Tessinern etwas ähnliches wie die Reichsunmittelbarkeit den Waldstätten.

5) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 103ff., 112ff. und 141ff.

6) a. a. O. 160—167.

7) a. a. O. 116—122.

8) a. a. O. 142, 229f.

alle Versuche des mailändischen Staates, das Paßtal zu unterwerfen, mit leidenschaftlicher Festigkeit abwehrten und später, um das köstliche Erbe ihrer italienischen Geschichte, die kommunale Idee, zu retten, sich lieber den sprachfremden Waldstätten anschlossen [1]).

Und ähnlich wie in Livinen waren die Verhältnisse in Biasca, wo der oberste Gerichts- und Verwaltungsbeamte nach einer Neuwahl am Neujahrstag 1292 sogar vor versammeltem Volke feierlich erklärte, er verdanke seine Regierungsgewalt ausschließlich der Wahl, Machtvollkommenheit und Gnade der Kommune Biasca [2]). Zu einer Zeit, wo die Waldstätte gegenüber dem von einer auswärtigen Instanz gesetzten Richter formell nur ein Prüfungsrecht auf bestimmte Eigenschaften forderten, beanspruchten die Leute von Biasca auch theoretisch die unumschränkte Volkswahl des höchsten Richters und Verwaltungsbeamten, entsprechend der begrifflich schärferen, theoretisierenden, naturrechtlichen Auffassung des damaligen Italien. Formulierungen solcher Art aber eignet gerade die größte Werbekraft nach auswärts.

Von Bedeutung für eine transalpine Einwirkung war nicht bloß die vorbildliche Rechtsstellung dieser voll- oder halbfreien comuni rurali, sondern auch der hartnäckige Freiheitswille der noch viel zahlreicheren unfreien, unter städtisches Joch gebeugten Landgemeinden. Denn im Gegensatz zu den deutschen Städten [3]),

---

[1]) Vgl. meine Abhandlung „Ennetbirgische Politik und Feldzüge der Innerschweizer" in: Schweizer Kriegsgeschichte, herausgegeben vom Generalstab, Bd. I, Heft 3 (1915), S. 40 und 42. Die früheren Autoren (noch Dierauer, Geschichte der Schweiz. Eidgenossenschaft I [2], 1913, S. 425) übersahen die schweizerfreundliche Gesinnung der Liviner und erblickten in der Gewinnung des Tessintales „eine Eroberung".

[2]) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 225ff. und S. 50*.

[3]) Natürlich fehlte es den deutschen Städten weniger am Willen zur Gebietserweiterung, als am Erfolg. Schon die constitutio in favorem principum Heinrichs VII. vom 1. Mai 1231 verordnete: civitates nostre jurisditionem suam ultra civitatis ambitum non extendant (MGH., Constitutiones II, Nr. 304, p. 419, bezw. Nr. 171, p. 212). Auch das Pfahl-

jedoch in vorbildlicher Parallele zu den maßgebenden Schweizer Städten der Folgezeit [1]), erreichten die italienischen comuni cittadini seit ihren Anfängen die politische Knechtung des Landes, zum mindesten die Unterwerfung der Diözese des Stadtbischofs [2]), auf Kosten der weltlichen und geistlichen Feudalgewalten, auf Kosten der Grund- und Leibherren, aber auch zum Schaden der politischen Autonomie der jungen Landgemeinden [3]). So verwirklichten diese Städte spätestens im 13. Jahrhundert eine derartige räumliche, aber auch rechtliche, inhaltliche Abrundung und Geschlossenheit, wie sie der deutsche Territorialstaat erst viele Jahrhunderte später gewann. Dabei wurde alle Staatsgewalt völlig in der regierenden Stadt konzentriert und zentralisiert und ausschließlich von den Stadtbürgern verwaltet, unter Ausschaltung jeder ländlichen Vertretung, aber

---

bürgertum, das übrigens in der gleichen Urkunde verboten ward, vermochte das fehlende Landgebiet nicht zu ersetzen. In offensichtlichem Vergleich mit diesen deutschen Städten bemerkt daher schon Otto von Freising von den italienischen Städten, daß sie „caeteris orbis civitatibus divitiis et potentia preemineant“.

[1]) Man denke an Bern, Zürich, Luzern. Gerade die frühzeitigen Erfolge Berns mögen vom italienischen Vorbilde inspiriert sein. Von größter Bedeutung war der Erwerb eines städtischen Untertanengebietes auch für den allmählich erwachsenden territorialen Zusammenhang der eidgenössischen Orte unter sich, der sie in ganz anderem Maße zur Niederwerfung der Fürstenmacht befähigte, als dies z. B. den deutschen Städten und auch den wenig ausgedehnten, jedes geographischen Zusammenhanges entbehrenden friesischen und dithmarschen Bauerngemeinden möglich war.

[2]) Wie sehr der Begriff episcopatus in Italien schließlich seine geistliche Bedeutung verlor und identisch mit Staat wurde, zeigen hübsch die im Stadtarchiv Bellinzona aufbewahrten, aus dem 15. Jahrhundert stammenden, unter der Urner Herrschaft redigierten Statuten von Preonzo und Moleno: statuta et ordinamenta comunis et hominum terre et vicinanciae Provoncii et Molani Oronie diocesis (Diözese Uri).

[3]) Landgemeinde ist hier im weitesten Sinne verstanden, neben den reinen Bauernkommunen rechne ich auch Landgemeinden mit städtischem Mittelpunkt hieher, wie Locarno.

auch unter Beseitigung einer nennenswerten politischen Selbstverwaltung der Landschaft [1]).

Doch die politische Knechtung und wirtschaftliche Ausbeutung des Landes durch die Städte [2]) führte, und das ist für uns von Bedeutung, zu einer leidenschaftlichen Reaktion der Geknechteten. Die uns hier allein interessierende Periode vom 12. bis 14. Jahrhundert ist erfüllt von zahllosen Aufständen italienischer Landgemeinden. Die Landleute fordern dabei keineswegs eine Repräsentation in den städtischen Behörden [3]), so wenig wie später unsere Schweizer Bauern etwa im Bauernkrieg [4]). Gewiß hängt diese Gleichgültigkeit gegenüber dem Repräsentativprinzip teilweise zusammen mit der Großräumigkeit des italienischen Stadtstaates, also mit der weiten Ent-

---

[1]) Vgl. z. B. Romolo Caggese, Classi e comuni rurali II, 181—189. Ernst Mayer, Italienische Verfassungsgeschichte von der Gothenzeit bis zur Zunftherrschaft II 316f., 516, 568 oben, 566ff. und 572f. Hierin deckt sich der italienische Stadtstaat mit den schweizerischen Städterepubliken vor 1798 oder mit der Stellung des antiken Sparta zu den Perioken, während z. B. im klassischen Athen die Landbevölkerung Attikas gleiche Rechte hatte wie die Städter, wenn auch die Landleute durch Verlegung aller politischen Handlungen (z. B. der Volksversammlung) in die Stadt praktisch ungünstiger gestellt war.

[2]) R. Caggese, Classi e comuni rurali II, 351ff. schildert diese Ausbeutung eingehend. In den italienischen Stadtstaaten ganz besonders — ähnlich übrigens in den eidgenössischen Städtekantonen und in der Stellung auch der Länderdemokratien zu ihren besondern und gemeinen Herrschaften — bewahrheitet sich wieder der Satz, den Thukydides (III 37) aus den griechischen *πόλεις* abgeleitet hat, „daß die Demokratie unfähig ist, über andere zu herrschen". Durch Beherrschung ausgebeuteter Untertanengebiete vergiftet sich jede Demokratie; sie erträgt auf die Dauer nur gleichberechtigte Bundesgenossen.

[3]) Und doch kannten die Landgemeinden das Repräsentativprinzip und verwirklichten es im Generalkonsil der eigenen Kommune (Vertretung aller Dorfschaften).

[4]) Die Stadtbürger würden übrigens dem Land eine solche Repräsentation nur nach schwerem Kampfe gewährt haben, da sie es auf wirtschaftliche und politische Ausbeutung des Landes abgesehen hatten.

fernung der meisten Landgemeinden von der Hauptstadt und mit den primitiven Verkehrsverhältnissen des Mittelalters [1]). Die Hauptwurzel dieser Indifferenz dem Vertretungsgedanken gegenüber liegt jedoch tiefer. So wenig sie eine ausschließlich städtische Beherrschung willig ertrug, so wenig war die einzelne Landkommune ernstlich gesonnen, sich von einer gesamtstaatlichen Vertretungskörperschaft regieren zu lassen, da diese, bei den wenigen eigenen Vertretern, der betreffenden Landgemeinde gegenüber doch praktisch immer noch einen fremden Willen darstellte [2]). Man wünschte nur eines, daß die lokale Kommune von außen nicht behelligt, in Ruhe gelassen würde. Nicht Repräsentation begehrte diese Landgemeinde, vielmehr Autonomie, eine möglichst weitgehende Selbstregierung — oder völlige Freiheit — innerhalb ihres kleinen Territoriums, Einschränkung des Rechtszuges nach der Stadt, eigene Volkswahl der lokalen Verwaltungs- und Justizorgane. Nur so konnten die Kommunemitglieder die Staatsgeschäfte mit eigenen Augen kontrollieren, nur in diesen kleinen Verbänden besaßen die Bürger die Möglichkeit einer unmittelbaren Mitsprache und Mitwirkung im Staate, mit andern Worten die Volksherrschaft, die Demokratie. Demokratie und Partikularismus sind ein Geschwisterpaar.

Auch in dem unmittelbar an die Zentralschweiz angrenzenden Stadtstaate Como rangen die Landgemeinden um solche

---

[1]) Im Mittelalter wirkten die räumlichen Verhältnisse natürlich viel stärker als in unserer Gegenwart, wo die hochentwickelte Verkehrstechnik und die reichen Verständigungsmittel (Presse usw.) die räumlichen Widerstände überwinden.

[2]) Denn die Vertreter der betreffenden einen Landgemeinde hätten doch ihren Willen gegenüber den vielen andern Vertretern nicht durchzusetzen vermocht. Unsere kleinen innerschweizerischen Gebirgsdemokratien sind jeder Steigerung der Bundesgewalt vorwiegend deshalb abgeneigt, weil sie weder in den Bundesbehörden noch bei den eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen einen genügenden Einfluß auf die Richtlinien der neuen Bundeskompetenzen bekommen würden. Ähnlich ist das Verhältnis der Iren zu Großbritannien.

Ziele. Begreiflich, denn gerade nach Como mußte die Bevölkerung der entlegensten Alpentäler, z. B. aus Maggia und Verzasca, bei jedem nennenswerten Prozeß gehen und sich dort selbst die Vormünder der Waisen bestellen lassen [1]). So fehlte es nicht an einer Reaktion. Die demokratische Talgemeinde Chiavenna hat sich schon im 12. Jahrhundert losgerissen und, mit geschickter Vermeidung jeder feudalen Zwischeninstanz, unmittelbar beim Herzog von Schwaben Anlehnung und Unterstützung gesucht [2]). Desgleichen stand Bormio häufig im Kampf gegen Como und wußte sich wenigstens der verhaßten Gerichtspflicht nach der fernen Hauptstadt zu entledigen [3]). Aber auch die große Talschaft Locarno, vom Naretpaß im Norden bis Indemini im Süden, lag vom 12. Jahrhundert bis zum Untergang des kosmaskischen Staates fortwährend im Ringen mit Como, wobei die Locarner, unter Ausbeutung der guelfisch-ghibellinischen Gegensätze, sich

[1]) Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno im Mittelalter, S. 5—10. Besonders verhaßt war der Gerichtszwang in die Stadt. Vgl. den Liber statutorum consulum Cumanorum, cap. 215/16: Item Mclxxxxviii mense februario, statutum est: si aliquis locus, burgum vel castrum pro comuni statuerit vel preceperit inter vicinos suos, quod nullus vicinorum suorum veniat conqueri sub consulibus Cumarum de aliquo facto, si fuerit villa, solvat pro banno libras decem novorum, et si fuerit burgum vel castrum, solvat pro banno libras viginti novorum comuni de Cumis ... (MHP. XVI, col. 84).

[2]) Scheffer-Boichorst, Chiavenna als Grafschaft des Herzogtums Schwaben (Zur Geschichte des XII. und XIII. Jahrhunderts, in: Histor. Studien von Ebering, Bd. VIII, S. 102—122). — Die Reichspolitik in Chiavenna stützte sich auf den Willen der Bewohner, die reichsunmittelbar wurden; im obern Tessingebiet begünstigte sie das deutsche Grafengeschlecht von Lenzburg und auch die einheimischen Adeligen und stieß daher von Anfang auf den stärksten Widerstand der Talleute, welche die ferne geistliche Landesherrschaft nicht mit einem nähern, strammern weltlichen Herrn vertauschen wollten (ebenso wie ein Jahrhundert später die Stadt Luzern die Herrschaft des Abtes von Murbach nicht gern von der habsburgischen ersetzt sah).

[3]) MHP. XVI 1, col. 386 (vom Jahre 1201) und col. 430 (von 1247).

wiederholt zu jahrzehntelanger Unabhängigkeit aufschwangen [1]), nach dem verlockenden Vorbilde ihrer Nachbarn, der reichsunmittelbaren Langenseerepubliken Brissago und Cannobbio, des sozusagen freien Fleckens Biasca und der weitgehend autonomen Talkommunen der Leventina und des Eschentales.

Für unsere Parallele nicht ohne Bedeutung ist dabei der Umstand, daß diese ennetbirgischen Freiheitsbewegungen wiederholt zeitlich mit den innerschweizerischen zusammentrafen. So haben um 1291 die Liviner mit Hilfe von „gentes de Alamania" sich gegen den ersten Festsetzungsversuch des mailändischen Fürstenhauses Visconti gewaltsam zur Wehre gesetzt [2]); 1292 ertrotzten die Leute von Biasca jene freie Podestawahl, und im gleichen Jahr stand auch der gesamte komaskische Sopraceneri, „illi de ultra Montem Cinerem", also neben Locarno auch Bellinzona, im Kampfe gegen die regierende Stadt Como [3]).

Wichtiger als solch zeitliches Zusammenfallen ist freilich die inhaltliche Übereinstimmung. Jenseits des Gotthard und diesseits kämpft man um dieselben Ziele: einmal um Gewinnung und Behauptung demokratischer Selbstverwaltung gegenüber der inhaltlichen zentralisierenden Abrundungstendenz des Territorialstaates mit seinem Berufsbeamtentum, sodann, in ursächlichem Zusammenhang mit diesem ersten Bestreben, um kleinstaatlich-partikularistische Sonderexistenz gegenüber dem auch auf räumliche Erweiterung erpichten großen Flächenstaat.

* * *

---

[1]) Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno im Mittelalter, S. 164ff., 203f. und 214ff. Verglichen mit der Herrschaft von Como und der mailändischen Signoren bildet die spätere eidgenössische Herrschaft im Tessin (1512—1798) eine wesentliche Besserstellung für die Untertanen, so hinsichtlich der Autonomie. Man darf die Landvögtezeit nicht ausschließlich mit modernen Maßstäben messen; wissenschaftlich viel gerechtfertigter ist ein Vergleich mit der zeitlich früheren, comaskisch-mailändischen Periode.

[2]) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 221ff.

[3]) Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno, S. 203ff.

Dieser Wille zu partikularistischer Selbstbestimmung ist auch die Wurzel der Eidgenossenschaft. Die Initiative zur urschweizerischen Reichsfreiheit liegt nicht beim Reich, dessen Waldstättepolitik der Stetigkeit entbehrte [1]); die Initiative liegt bei den Waldleuten selber, deren kluge Führer immer die augenblicklichen paßpolitischen und habsburgfeindlichen Konstellationen am deutschen Königshof geschickt auszunutzen wußten. Es ist für den historisch Fühlenden ein hübsches Zusammentreffen, daß die dem großen italienischen Prinzipienkampf am nächsten gelegene Gemeinde, Uri, zuerst und am dauerndsten, aus eigener Initiative und mit eigenen Geldopfern, sich die Freiheit erkaufte und dem Habsburger entglitt, für den doch zweifellos gerade das Paßtal den höchsten Wert darstellte [2]). Die eigene Initiative und eigene Zielstrebigkeit zeigt sich neun Jahre später auch bei den Schwyzern, als sie sich, unter Ausnutzung des aus Italien herüberspielenden Kampfes zwischen Imperium und Sacerdotium, „durch

[1]) Nicht nur alle habsburgischen Könige — in unserer Periode Rudolf I. und Albrecht I. — haben die Reichsunmittelbarkeit der Waldstätte bekämpft und ihre habsburgisch-österreichische Untertanenschaft betont. Auch die nichthabsburgischen Reichsherrscher — denen doch die Eidgenossen ihre Freibriefe verdanken — lassen ihnen gegenüber eine konstante Politik vermissen: der Hohenstaufe Friedrich II. verpfändete Uri an die Habsburger; Adolf von Nassau opferte die Waldstätte (auch Uri) dem Gedanken einer Versöhnung mit Albrecht und befreite sie erst, als diese unmöglich ward; Heinrich VII. von Luxemburg (der das Reichstal Hasle verpfändete und die Reichsansprüche auf Livinen preisgab) versprach 1310 dem Hause Österreich eine Untersuchung der Rechte in den Waldstätten mit allfälliger Restitution; auch Ludwig der Bayer lieferte 1330 die Waldstätte wieder an Habsburg aus.

[2]) Allerdings war die Befreiung der Urner schon deshalb leichter, als z. B. jene der Schwyzer, weil sie bloß in habsburgischem Pfandbesitz waren, woraus sie sich bei Bezahlung der Pfandsumme jederzeit lösen konnten, während Schwyz, ein erbliches Lehen der Habsburger, eine Felonie der Habsburger dem Reich gegenüber abwarten mußte. Vgl. meinen Aufsatz „Zum Freiheitsbrief König Heinrichs für die Gemeinde Uri, vom 26. Mai 1231“ im XXII. Histor. Neujahrsblatt für das Jahr 1916, herausgegeben vom Verein für Geschichte und Altertümer von Uri, S. 59—65.

wirksame Tat“ der guelfischen, habsburgisch-laufenburgischen Herrschaft entledigten [1]). Aber auch die Unterwaldner handeln aus eigenem Willen, in jenen 1240er Jahren sowohl wie bei der späteren Teilnahme am Bündnis von 1291 [2]).

Der autochthone, aber durch das italienische Vorbild gestärkte partikularistische Selbstbestimmungswille war nicht bloß die Triebfeder der kommunalen Entwicklung in den einzelnen Tälern, er war, wie bei den lombardischen und deutschen Städtebündnissen, auch die ausschlaggebende Ursache des interkommunalen föderativen Zusammenschlusses [3]), der Bildung des eidgenössischen Bundes, und zwar von Anfang an. Eine nähere Prüfung des Bundestextes beweist uns das zur Genüge. Schon der alleräIteste Schweizerbund, aus der Zeit vor 1291, jene „antiqua confederationis forma iuramento vallata“ [4]) mit ihren ob-

---

[1]) Druck bei Oechsli, Anfänge S. 380f. Durrer im Jahrbuch für Schweizer. Geschichte Bd. XXXV 1910, S. 25.

[2]) Vgl. den Papstbrief von 1247 bei Bernoulli, Acta pontificum Helvetica I 243. Übersetzung bei W. Oechsli, Quellenbuch zur Schweiz. Gesch. (Zürich 1918), S. 43f. Sowie die Darstellung der Ereignisse bei Durrer, Die Einheit Unterwaldens (Jahrbuch für Schweiz. Geschichte, Bd. XXXV 1910, S. 7ff.)

[3]) Über die allmähliche Umwandlung der ältesten (obj.) Personalschwurgenossenschaft in eine Staatenvereinigung vgl. meinen Vortrag „Der Schwurverband als Grundlage der Eidgenossenschaft“ (Anzeiger f. Schweizer. Gesch. 1919, S. 191ff.).

[4]) H. Breßlau übersetzt den Ausdruck „confederationis forma“ mit „Bundesurkunde“. Ich möchte noch weiter gehen und „Fassung, Wortlaut des Bundes“ sagen. Gerade in Urkunden des nahen Livinentales kommt forma wiederholt im Sinne von Inhalt, Wortlaut, vor, synonym mit tenor, aber verschieden von Urkunde (carta); so 1327, Juni 23: secundum formam et tenorem predicte carte finis et divisionis suprascriptarum alpium comunitatis dicte vallis Leventine; ähnlich 1328, Juni 26: secundum formam cart. pactorum et divixionis comunis Leventine. Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 32f., Anm. 4, und S. 37*. (Über andere Italianismen im Bundesbrief vgl. Breßlau im Jahrbuch für schweizerische Geschichte XX (1895).

jektiven, in dritter Person sprechenden Sätzen [1]), ist doch nicht ein gewöhnlicher Landfriedensbund, angeblich ohne jede politische Spitze gegen Habsburg [2]). Nicht fürstliche, nicht einmal städtische Gewalten, sondern eine in Deutschland sonst allgemein darniedergehaltene Untertanengattung, ländliche, bäuerliche Bevölkerungen [3]) schaffen hier auf dem Wege der Verschwörung ein unbedingtes, klauselfreies Schutz- und Trutzbündnis gegen jedermann und dazu ein Landfriedens-, ja Kriminalrecht [4]), unter Beseitigung bisheriger örtlicher und ständischer Rechtsverschiedenheiten. Nicht um die Niederschrift von Gewohnheitsrecht handelt es sich; ein neues, ein einheitliches und vorab ein verschärftes Recht wird erzeugt, ein Statutarrecht [5]), das im Interesse der öffentlichen Rechtssicherheit über die finan-

---

[1]) Breßlau hat es wahrscheinlich gemacht, daß die objektiv redigierten (in der dritten Person abgefaßten) Sätze des eidgenössischen Bundesbriefes von 1291 einem älteren Bündnis entnommen sind; einzig die subjektiven, in der ersten Person sprechenden Sätze sind neu, stammen von 1291.

[2]) Bekanntlich legt Breßlau erst der Bundeserneuerung von 1291 eine politische Absicht zugrunde, indem er das 1291er Bündnis durch eine Art Zweckwandel oder Zweckergänzung aus der ältern „Landfriedensordnung" entstehen läßt. — Die Entstehungszeit des ältesten (objektiven) Textes, die Frage, ob er aus den 1240er Jahren oder etwa aus dem Interregnum (1254—1273) stammt, ist ein Problem für sich und soll hier nicht untersucht werden.

[3]) Schon die objektiven Sätze erwähnen „valles". Das schließt freilich nicht aus, daß der Waldstättenbund (oder Teile desselben) in den 1240er Jahren nicht ähnlich mit Luzern alliiert war, wie jener von 1291 mit Zürich. — Allerdings gibt es auch in Friesland ländliche Bündnisse, aber auch diese haben einen machtpolitischen Zweck (Klinkenborg in der Histor. Zeitschr. 102). In Italien kommen ländliche Bündnisse ziemlich oft vor, vgl. Caggese I 397, ferner die Verbindung von Olivone und Aquila 1212/1213 (K. Meyer, Blenio S. 185 und 9*ff.).

[4]) Die verbotenen Delikte sind durchwegs gemeiner Art, nicht reine Fehdedelikte.

[5]) Man beachte die Wendungen: inter ipsos extitit statutum ...; supra scriptis statutis ... salubriter ordinatis.

ziell orientierte Justizauffassung des Gerichts- und Landesherrn kurzerhand hinwegschreitet [1]) und gewisse gerichtsherrliche Bußen nunmehr durch Leibesstrafen und Verbannung ersetzt, im wohlverstandenen Interesse der lokalen Rechtssicherheit. Und all das geschieht ausschließlich durch diese bäuerlichen Schwurgenossen, ohne Befehl, ohne Mitwirkung, ohne Bekräftigung des Landesherrn [2]), ja ohne Vorbehalt zugunsten des Landesherrn [3]), obwohl gerade die schwäbischen Fürsten und vorab die Habsburger die Landfriedens- und die Kriminalgesetzgebung eifersüchtig als fürstliches Vorrecht hüteten, als Hauptmittel zur inhaltlichen Bewahrung und Steigerung ihrer Landeshoheit [4]). Die Waldstätte schaffen diesen Bund und dieses Recht vielmehr durchaus selbstherrlich, rein auf dem Wege einer freien, autonomen Einung, einer kompromissarischen Eidesverpflichtung der Schwurgenossen, der conspirati. Und dieses neue Kriminalrecht wird schon im alleräitesten (objektiv redigierten) Bund verwaltet durch ,,Richter innert des Tales", ,,judices infra vallem" [5]):

[1]) Vgl. unten S. 56*.

[2]) Wie sonst die Landfrieden vom König und den Fürsten ausgingen, zeigt Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte, 6. Aufl., S. 106. Das Straßburger Stadtrecht von 1214 (Keutgen, Urkunden 103) wird begründet mit Zustimmung des Bischofs und Vogts, der Luzerner Geschworene Brief von 1252 (Geschichtsfreund I 180ff.) unter Mitwirkung des Blutgerichtsinhabers (des Freiherren von Rothenburg); vgl. ferner die Landfriedensbeschwörung von 1293 (Oechsli, Reg. 379). Im Tessin geschieht der Eidschwur von Torre 1182 auf ausdrücklichen Befehl des Landesherrn, ebenso die Friedensbeschwörung von 1269 (Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 1* und 45*ff.).

[3]) Der Richtebrief der Reichsstadt Zürich (um 1300) behält die Gerichtsbarkeit des Königs vor. Sogar die späteren eidgenössischen Bünde achten die österreichische Landeshoheit (so Luzern 1332) oder das Reich.

[4]) Redlich, Rudolf von Habsburg 429ff., 436, 444f., 555. Stolz im Ferdinandeum 1909, S. 49. Below in der Historischen Zeitschrift, Bd. 75, S. 427.

[5]) Preter hec quilibet obedire debet suo iudici, et ipsum, si necesse fuerit, iudicem ostendere infra [vallem], sub quo parere potius debeat

eine bemerkenswerte, auffallende Betonung der inländischen Gerichtspflege, inbegriffen die wirkliche Bluthochgerichtsbarkeit [1]), gegenüber dem auswärtigen Rechtszug, wie er nicht bloß von geistlichen Gerichtsherren begünstigt werden mochte, sondern wohl auch dem auswärts residierenden Landgrafen von Habsburg-Laufenburg besser zusagte. Und in ursächlichem Zusammenhang mit all dem steht endlich die praktische Ausschaltung der landesherrlichen Rechtsgarantie und deren Ersetzung: die Übernahme der Urteilssanktion, des Friedensschutzes durch den Schwurverband der Waldleute, durch die conspirati selber [2]). Gemahnt dieses Bestreben, die landesherrliche Gerichtsgewalt möglichst

---

iuri (Oechsli, Urkundenanhang, S. 382). Das im Schwyzer Original am Schluß der Zeile versehentlich weggelassene Wort vallem ergibt sich einwandfrei aus einer deutschen Übersetzung vom Ende des 14. Jahrhunderts: Vber das sol ein jegklicher gehorsam sin sinem Richter, vnd sol ouch den selben Richter inrent dem tal erzöigen, vnder dem er dem Rechten gehorsam wil sin, ob es notdürfftig wirt (Oechsli, Anhang S. 384). Ebenso die Erneuerung desselben Artikels im Dreiländerbund von 1315: Ez sol ouch ein jeglich man sinem richtere gehorsan sin und sinen richter ceigen inrent landes, vor deme er dur rechte sule stan (Durrer, Bundesbriefe S. 7; Oechsli, Anfänge S. 388). Eine Änderung der Gerichtsorganisation trat offensichtlich nicht ein. Die landesherrlichen und grundherrschaftlichen Lokalgerichte, vermöge des Schöffeninstitutes sowieso demokratisch aufgebaut, bleiben; nur haben sie künftig, bei erhöhter Strafkompetenz, das verschärfte Strafrecht anzuwenden.

[1]) Daß die Abgrenzung zwischen niederer und hoher Gerichtsbarkeit juristisch häufig strittig, „überhaupt nicht immer eine Rechtsfrage", sondern „auch eine Machtfrage" war, bemerkt sehr treffend H. Hirsch, Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit, Weimar 1913, S. 96f.

[2]) Et si quis iudicio rebellis exstiterit ac de ipsius pertinatia quis de conspiratis dampnifactus fuerit, predictum contumacem ad prestandam satisfactionem iurati compellere tenentur universi. Si vero guerra vel discordia inter aliquos de conspiratis suborta fuerit, si pars una litigantium iusticie vel satisfactionis non curat recipere complementum, reliquam defendere tenentur coniurati.

Ein praktischer Beleg für interkommunale Rechtspflegegarantie: Am 20. Februar 1334 gelobten die Landleute von Unterwalden denen von Schwyz, jeden Unterwaldner Landmann, welcher das Abkommen mit

unnötig zu machen, auszuschalten, zu ersetzen [1]), gemahnt dieser gesamtwaldstättische, gewissermaßen interkommunale Schwurverband zum mindestens für die habsburgischen Täler Schwyz und Unterwalden nicht an die Art, wie in Italien die kommunalen städtischen und ländlichen Schwurverbände einst die bischöfliche und feudale Landesherrlichkeit ausgeschaltet und ersetzt haben [2])? Aber auch das reichsfreie Uri besaß ein machtpolitisches Interesse, seine innere Rechtsordnung durch den eidgenössischen, bezw. interkommunalen Exekutionsverband [3]) selber zu sichern, da jede Störung in diesem Paßtal die machtpolitischen Interventionen der am Gotthardverkehr finanziell interessierten Nachbarmächte veranlaßte, Interventionen von der Art, wie sie 1257/58 Graf Rudolf von Habsburg, der Besitzer aargauischer Zollstät-

---

Disentis und Werdenberg nicht halten würde, „das wir den wisen svn die selben richtunge also steitte ze habenne, vnd wa wir den des nut gewisen moechtin (wenn also die kommunale Sanktionsgewalt versagt), so svn die selben Landluten von Switz bi irem eide vns behulfen sin, das wir den wisen, das er die selben richtvnge steitte habe, in allem dem rechte, als du selbe richtunge gemachet ist vnd verschriben, ane alle geuerde, vnd sol das geschehen vf des vngehorsamen schaden (J. E. Kopp, Urkunden zur Geschichte der eidgenössischen Bünde I, p. 166f.).

[1]) Die waldstättische Eidgenossenschaft bedeutete genau so eine Beschränkung der landesfürstlichen Gewalt wie die gleichzeitigen städtischen Einungen. Schon A. Huber, Die Waldstätte (Innsbruck 1861, S. 67) hat mit vollem Recht die ältesten Bundesbestimmungen als Eingriff in die landesherrlichen Befugnisse bezeichnet.

[2]) Ernst Mayer, Italienische Verfassungsgeschichte von der Gothenzeit bis zur Zunftherrschaft I 268 und II 567ff. Auch bei der Emanzipation der Stadt Luzern von der rothenburgisch-murbachischen, bezw. österreichischen Herrschaft spielen die Schwureinigungen eine sehr große Rolle; vgl. den Geschworenen Brief von 1252 und Segesser, Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern I 221.

[3]) Über die Entwicklung vom eidgenössischen (individuellen) Schwurverband zum interkommunalen (zwischenstaatlichen) Bund siehe meinen Vortrag „Der Schwurverband als Grundlage der Eidgenossenschaft“ im Anzeiger für Schweizerische Geschichte 1919, S. 191 ff.

ten, in Uri vollzogen hatte, Einmischungen, die nur zu leicht zu dauernder Abhängigkeit Uris von außen führen konnten [1]).

Nur dann begreift man die hohe machtpolitische Bedeutung der Kriminal- und Landfriedensordnung im ältesten objektiven Bund, wenn man sich vor Augen führt, daß weitaus die meisten kleinen und mittleren italienischen und deutschen Stadt- und Landkommunen ihre äußere Unabhängigkeit gerade deshalb einbüßten, weil sie im Innern die Rechtsordnung nicht aufrecht zu erhalten vermochten und dadurch den größeren Territorien Gelegenheit zur Intervention boten. Umgekehrt entspringen die Erfolge der großen italienischen Städte und noch mehr jene der deutschen Territorialfürsten vorab ihren Verdiensten um die Wiederherstellung der Rechtsordnung, durch die sie ihre Landeshoheit inhaltlich und räumlich zu erweitern wußten. Hier, bei der Rechtsordnung, mußten Kommunen einsetzen, die ihre Reichsfreiheit behaupten oder eine größere Autonomie gewinnen wollten [2]).

Dergestalt betrachtet, gewinnt auch die unbedingte feier-

---

[1]) Regesta Habsburgica von H. Steinacker (Innsbruck 1905), Nr. 292 und 295. Die Intervention, formaljuristisch ein „auf Bitte und mit Rat der gesamten Landleute von Uri" vollzogener Fehdesühnevertrag (über dieses Rechtsinstitut vgl. z. B. die Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt., 1915, S. 514f.) erklärt sich vorab aus machtpolitischen Erwägungen, u. a. aus den verkehrsfiskalischen Interessen der Habsburger am Gotthardtransit (habsburgische Zölle an der Gotthardroute, z. B. in Reiden, finden sich schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts; Reg. Habsb. Nr. 171). Es ist doch auffallend und spricht für paßpolitische Erwägungen des Intervenienten, daß die Vermittlung durch Rudolf von Habsburg, den Landgrafen vom Aargau und Kastvogt von Murbach-Luzern (Hauptfortsetzung der Gotthardroute!), stattfindet und nicht durch dessen Vetter Gottfried von Habsburg, den Landgrafen des Zürichgaues (und damit auch von Schwyz und Unterwalden).

[2]) Vgl. z. B. Stolz im Ferdinandeum 1909, S. 49. Es war die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht nur eine Frage des Gerichtswesens, sondern auch eine politische, eine Machtfrage. Man denke an den gegenwärtigen Zusammenbruch Rußlands!

liche Bundesverpflichtung ihren richtigen Inhalt, ihren konkreten Zweck. So verstehen wir, bei was eigentlich die Eidgenossen sich gegenseitig „auf eigene Kosten" schirmen wollen, „innerhalb der Täler und außerhalb", „mit aller Macht und aller Kraft": Gegen Ruhestörer im Innern werden sie eintreten, aber auch gegen die auswärtigen Landesherrn, falls diese den Inhalt des Bundes, die eidgenössische bezw. interkommunale Rechtsgenossenschaft und Exekutionsgewalt, die Beschränkung der finanziell gerichteten und der auswärtigen Gerichtsbarkeit, anfechten, ablehnen sollten. Ein solches Programm ließ sich nicht von den Waldstätter Einzelkommunen, von den isolierten Talverbänden, durchführen; es erforderte vielmehr einen interkommunalen Zusammenschluß, eine gesamtwaldstättische Eidgenossenschaft. So betrachtet, ist schon der älteste Bund aus der Zeit vor 1291 in erster Linie ein politisches Abkommen, vorwiegend gerichtet gegen Habsburg [1]).

Angesichts dieser Tendenzen des ältesten Bundes und bei der vollkommenen Unabhängigkeit, welche das reichsfreie Uri in der königslosen Zeit des Interregnums praktisch genoß — der von den Urnern gewählte Landammann, bisher Niederrichter, war damals zweifellos höchster Beamter und Blutrichter des

[1]) Gewiß bedeutet jedes Bündnis an sich, begrifflich, eine gewisse Bindung und Beschränkung der kommunalen Freiheit (des lokalen Selbstbestimmungswillens), und, durch die in ihm liegende Kräftekonzentration, eine Konzession an den Gegenpol aller Freiheit, an die Macht (in diesem Fall an die Selbsterhaltungsidee). Die Machtfrage, welche die Eidgenossen zu lösen hatten, ging dahin, dem auswärtigen Territorialfürsten den Anlaß zur Intervention zu nehmen (durch Sicherung von Ruhe und Ordnung im Innern) und schlimmstenfalls die Intervention militärisch zu verunmöglichen. Beides waren Machtaufgaben, welche die Kräfte einer einzigen Talgemeinde überstiegen und daher zum Bündnis (d. h. zu einer freiwilligen Teilbeschränkung der kommunalen Selbstbestimmung) nötigten, wenn man nicht gewaltsam alle Freiheit einbüßen wollte. Die politische Kunst soll gerade den entsprechenden Ausgleich zwischen Freiheit und Macht finden.

Tales — konnten die Waldleute auf eine stete Weiterentwicklung ihrer Selbständigkeit hoffen.

Aber diese Hoffnungen wurden jäh geknickt durch den gewaltigen Rückschlag von 1273. Uri erhielt in Rudolf von Habsburg wieder einen König, der seine Rechte zur Geltung brachte. Doch weit verhängnisvoller wurde das Jahr für die beiden äußern Waldstätte. Der schwache Kleinfürst Eberhard von Habsburg-Laufenburg verkaufte seine Rechte und Ansprüche auf die ihm über den Kopf wachsenden Täler Schwyz und Unterwalden als Privatbesitz seinem Vetter von der ältern Linie, eben jenem unvergleichlich stärkeren Rudolf, dem Landesherrn zwischen Jura und Alpen, dem deutschen König und späteren Beherrscher Österreichs. Durch diesen Übergang, der schon wegen seiner Plötzlichkeit in den Waldstätten unvergessen blieb [1]), gelangten die beiden Talschaften unvermittelt an einen neuzeitlichen großräumigen Machtstaat mit strammer Zentralisation, mit allen inhaltlichen und räumlichen Abrundungs- und Ausdehnungstendenzen eines spätmittelalterlichen Territoriums. Gegenüber einem solchen Staat büßte jenes älteste eidgenössische Bündnis seine Wirkungsmöglichkeit ein; es vertrug sich nicht mit einer starken landesfürstlichen Gewalt [2]). Vor allem aber wurde die altüberkommene, auch unter den laufenburgischen Habsburgern

---

[1]) Kaum hatte 1291 der König die Augen geschlossen, so suchten Uri und Schwyz gewisse Rechtszustände „vor des chünges ziten“ wieder herzustellen. Noch die Enkel der Befreier, die waldstättischen Gewährsmänner des Berner Chronisten Justinger, wußten, daß mit dem Kauf der laufenburgischen Rechte durch die rudolfinische (österreichische) Linie eine schlimme Zeit anbrach.

[2]) Selbst Redlich, der mit Breßlau im ältesten, objektiven Bunde bloß nach innen gerichtete Zwecke sieht, gesteht doch (Rudolf von Habsburg, S. 589): „Eine weitreichende Selbsthilfe der Talleute vertrug sich nicht wohl mit der kräftigen königlichen und landesfürstlichen Verwaltung (Rudolfs).“ Die Tatsache, daß die Waldleute den Bund unmittelbar nach dem Tode Rudolfs (1291) erneuerten und erweiterten, ist der beste Beweis dafür, daß man während seiner Regierungszeit den Bund nicht aufrecht zu erhalten gewagt hatte.

vorhanden gewesene persönliche Rechtsbeziehung zwischen Landesfürst und Untertanen gelockert durch eine 1273 unvermittelt eintretende Zwischeninstanz, durch die habsburgischen, bezw. habsburgisch-österreichischen Beamten. Das Beamtensystem entsprach ja dem großräumigen Flächenstaate des Spätmittelalters, der mit Rudolf von Habsburg in die Urschweiz (nach Schwyz und Unterwalden) einzog. Nicht umsonst richtet sich die einheimische, waldstättische Geschichtsüberlieferung vorab gegen die herrschaftlichen Vögte! Wie andere größere Territorien, so stellte auch der Staat Rudolfs zwischen die Zentralregierung und die Lokalverwaltung noch weiträumige Amtsbezirke hinein, wodurch auch in unseren Landen die verschiedenen habsburgischen Bruchstücke zu größeren Verwaltungseinheiten unter besondern Pflegern zusammengefaßt wurden [1]); man denke nur an das umfangreiche, auch für die Waldstätte bedeutsame Oberamt Baden [2])! Und auch hinsichtlich der Gerichtspflege hielt das Beamtensystem mit Rudolf seinen Einzug in den Waldstätten Schwyz und Unterwalden und hob den persönlichen Kontakt zwischen Untertanen und Fürst auch hierin auf. In der früheren, habsburgisch-laufenburgischen Periode bestanden nach allgemein-deutscher Regel jedenfalls in diesen Waldstätten vorwiegend zwei Arten von öffentlichem Gericht: Die öffentliche Niedergerichtsbarkeit wurde nach altgermanischem Gebrauch verwaltet von einem einheimischen Niederrichter, dem Gerichtsammann der Freien; in dem für alle Geburts- und Berufsstände kompetenten ordentlichen landgräflichen Hochgericht (Volksding) aber präsidierte der landgräfliche Fürst persönlich, während die einheimischen Urteiler (Schöffen) die Spruchgewalt

---

[1]) Redlich, Rudolf von Habsburg 573ff. Unter verwandten Bedingungen hatten im Frühmittelalter die Herrscher des fränkischen Flächenstaates zwischen sich und die Hundertschaften eine ähnliche Verwaltungseinheit, den Grafschaftsbezirk, hineingestellt.

[2]) Das Oberamt Baden erscheint seit 1277. Redlich 576. Vgl. dazu S. 50*, Anm. 2, sowie Habsburg. Urbar II 2, pag. 354 und 508.

übten [1]). In beiden Gerichten trat mit 1273 ein bedeutsamer, den Waldleuten äußerst unangenehmer Wandel ein. Einmal im eigentlichen, gräflichen Landgericht: Hatte der rudolfinische Staat an sich schon einen umfassenderen Aufgabenkreis als das laufenburgische Fürstentum [2]), so konnten vollends seit der Gewinnung der Königswürde und schließlich noch der österreichischen Landeshoheit weder der vielbeschäftigte Rudolf von Habsburg noch seine Söhne [3]) die vielen Landgerichte seines Territoriums regelmäßig in eigener Person leiten. Er übertrug daher diese Aufgabe besondern Richterbeamten aus edelfreiem Geschlecht, den Vizelandgrafen oder Landrichtern [4]). Schon diese

---

[1]) Für persönliche Landrichtertätigkeit der Laufenburgergrafen vgl. event.: Regesta Habsburgica Nr. 185, 186, 385, 673, 675, sowie 676. In dem ihnen nach 1273 noch verbleibenden Territorium übten die Grafen von Habsburg-Laufenburg gerichtliche Befugnisse auch weiterhin persönlich aus: Vgl. z. B. eine Urkunde von 1305 im Zürcher Urk.-Buch Nr. 2812, besprochen im Anzeiger f. Schweiz. Gesch. 1916, S. 161f.

[2]) Daher ließ sich Rudolf schon vor seiner Thronbesteigung gelegentlich als Gerichtshalter vertreten, so 1257, Febr. 22. durch Ol. de Rusegga, iudex a Lancrauio Ergaudie constitutus (Kopp, Urk. I 8), und 1273 Juni amtet „vicem Lantgravii gerens in Riustal“ der Edle Hermann von Bonstetten, der spätere Vizelandgraf im Thurgau (Reg. Habsb. 537).

[3]) Über die habsburgische Verwaltung nach der Thronbesteigung Rudolfs vgl. J. E. Kopp, Geschichte der eidg. Bünde II 1, S. 658—660, Redlich, Rudolf von Habsburg, 573ff., Schweizer in Quellen zur Schweizer Geschichte XV 2, S. 494ff. und Ivo Luntz in den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, Bd. 37 (1917), S. 413—415.

[4]) Urkundlich belegt sind seit 1273 die Vizelandgrafen vom Aargau und Zürichgau (Reg. Habsb. 571 und 580, in Personalunion) und vom Thurgau (über diese: Paul Blumer, Das Landgericht und die gräfliche Hochgerichtsbarkeit der Landgrafschaft im Thurgau, Diss. Leipzig, Winterthur 1908, S. 48). Diese Landtage der Vizelandgrafen und Landrichter waren nicht bloß für jene Hundertschaft zuständig, an deren Gerichtstätte getagt wurde, sondern für das ganze Gebiet der Grafschaft (F. v. Wyß, Abhandlungen 265; Paul Blumer, Das Landgericht ... im Thurgau S. 55f.). Brachte dies für Schwyz und Unterwalden etwa noch die Neuerung, auch vor Landgerichte im Aargau, bezw. Zürichgau zitiert zu werden? Das hätte für sie eine Art großräumiges Oberlandesgericht (also eine Vermehrung auswärtigen Ge-

Neuerung mißfiel den Waldleuten, und wenigstens die Schwyzer suchten sich bald nach dem Übergang, vor 1282, gegen diese Änderung zu schützen, durch Betonung bezw. Beibehaltung der altüberlieferten, unter den Habsburg-Laufenburgern bei ihnen geübten Praxis, die eben darin bestand, daß neben dem Talammann nur der Landesfürst persönlich noch als Richter in Frage kam [1]). Noch weit schlimmer gestaltete sich die rudolfinische Gerichtsreform nach 1273 hinsichtlich des engeren Hundertschafts- oder Talgerichts. Daß dieses infolge der Verkehrssteigerung stark in Anspruch genommene, eine rasche Beurteilung fördernde, nach allgemeinem deutschem Brauch und dem Geist des ältesten objektiven Bundes in die lokale Blutjustiz über-

---

richtszwanges) bedeutet, ähnlich wie sie damals in andern deutschen Territorien Sitte wurden; vgl. Brunner, Grundzüge [6], 143. Wie sehr auch die Luzerner, nach ihrer Unterstellung unter Habsburg-Österreich, die von der neuen Herrschaft geforderten auswärtigen Landtage anfochten, zeigt die Urkunde vom 30. März 1293 bei Kopp, Urk. I 42.

[1]) König Rudolf schreibt einem ungenannten Beamten, „quod nos fidelibus nostris, universis vallis de Swiz incolis, hanc indulgemus et faciamus gratiam, quod super quaestionibus eisdem incolis a quocunque motis vel movendis, quocunque nomine censeantur, coram nullo, nisi coram nobis vel filiis nostris, aut vallis iudice possint vel debeant conveniri. Tu igitur, quod iidem nostri fideles contra indulti nostri tenore, coram aliquibus aliis extra vallem ipsam iudicibus iuri stare compellantur, nullatenus patiaris.“ Kopp, Urkunden I 30. Zur Datierung vgl. Redlich, Regesta Imperii VI, Nr. 1541. Da der Landesherr und seine Söhne unmöglich alle wichtigeren Schwyzer Prozesse entscheiden konnten (wie es im kleineren habsburgisch-laufenburgischen Staate noch möglich gewesen wäre), so bedeutete dieses Privileg formell eine Anerkennung des status quo (vor 1273) — praktisch eine Kompetenzerweiterung der Richter im Tale. Die Zähigkeit, mit welcher die Schwyzer (und seit 1309 alle Waldstätte) den auswärtigen Gerichtszug bekämpften, hat noch einen weiteren Grund: Nur wenn das eigene Dingvolk oder ein einheimisches Urteilerkollegium das Recht verwaltete, war den Volksgenossen eine Einwirkung auf die Rechtspolitik (z. B. Strafverschärfung im Sinne des objektiven Bundes) überhaupt möglich; ein auswärtiges Gericht hielt sich nicht an jene eidgenössischen Normen.

greifende Gericht weder von Rudolf besucht wurde, noch von seinem Vizelandgrafen, der einem umfangreichen Gerichtsbezirk vorstand und oft in Personalunion mehrere Ämter verwaltete: das begriffen die Waldleute mit Vergnügen, denn auch die Laufenburger dürften sich des lokalen Gerichts kaum regelmäßig angenommen haben. Sondern etwas anderes ward bitter empfunden: Die Kompetenz des einheimischen, von den freien Gerichtsgenossen erwählten Gerichtsammanns (Landammanns) wurde dadurch erschüttert, daß König Rudolf über das lokale Gericht einen herrschaftlichen, talfremden Lokalrichter zu setzen versuchte [1], und zwar, wie das den allgemeinen und habsburgischen Zeittendenzen entsprach, offensichtlich einen Angehörigen des niederen Adels, einen Ministerialen, zum Ärgernis der freien Gerichtsgenossen, vorab der stolzen Schwyzer, die nach altgermanischer Anschauung von keinem Manne minderen Standes gerichtet werden wollten [2]. Dazu geschah die Amtsübertragung,

---

[1]) Die Verhältnisse in den Waldstätten, vorab in Schwyz, sollten zweifellos ähnliche werden wie jene im Freiamt Affoltern, die uns durch eine fast in die Zeit Albrechts I. zurückgehende Offnung sehr wohl bekannt sind (F. v. Wyß, Abhandlungen 188 ff.; Paul Schweizer in Einleitung zum Habsburgischen Urbar, Quellen zur Schweizer Geschichte, Bd. XV 2, Basel 1904, p. 570ff.). Darnach wählen die Freiamtgenossen mit Handmehr aus ihrer Mitte den Freiamtmann, der ohne weiteres vom herrschaftlichen (habsburgischen) Vogte zu bestätigen ist. Dieser Freiamtmann besitzt im Zivilgericht — über Eigen und Erbe von Freiamtsgütern und vielleicht noch sonstwie — eine selbständige Tätigkeit. Das Blutgericht hingegen wird vom herrschaftlichen Vogte geleitet, dem der Freiamtmann als Gehilfe zur Seite steht (F. v. Wyß, Abhandlungen 333; Schweizer, Einleitung z. Habsb. Urbar 569—594). Ähnlich waren die Dinge zu Willisau (Schweizer 577), Binzikon (v. Wyß 183, Schweizer 581) und Brünggen (Schweizer 587).

[2]) Erst wenige Monate vor seinem Tode, am 19. Februar 1291, gewährte König Rudolf den Schwyzern, selbstverständlich auf ihre Initiative hin, das Privileg, ut nulli hominum, qui servilis conditionis extiterit, de vobis de cetero (künftighin) iudicia liceat aliqualiter exercere. Kopp, Urkunden I 29. Diese Stelle ist schwerlich, wie F. v. Wyß (Abhandlungen z. öff. Recht 245) meint, so aufzufassen, als ob Rudolf den Schwyzer Richter aus der Mitte der Schwyzer Unfreien gesetzt hätte. Unter den unfreien

jenem finanziellen Charakter des mittelalterlichen und habsburgischen Staates gemäß, um Geldeswert, durch Verpachtung oder Verpfändung des Amtes [1]), was natürlich den Amtsinhaber,

---

Richtern sind vielmehr habsburgische Ministerialen oder Meier (vielleicht Vorsteher habsburgischer Höfe in Schwyz) aufzufassen. Daß der letzte Wunsch der Schwyzer mit diesem Privileg noch nicht erfüllt war, und wohin sie und ihre Gesinnungsgenossen überhaupt hinzielten, zeigt das Verbot „fremder" Richter im Bundesbrief von 1291.

[1]) Die Territorialfürsten haben wohl die vom Lehenswesen überlieferte Amtserblichkeit, der sie selber ihr Dasein verdankten, beseitigt durch das Prinzip der zeitlichen Befristung der Amtsdauer. Dagegen blieb die finanzielle Auffassung vom Amt, gleichfalls ein Rest des Feudalwesens, unter ihnen noch bestehen: Der Beamte wurde nicht von einer staatlichen Zentralkasse honoriert, sondern bestritt seinen Lebensunterhalt und seinen Gewinn aus den Einkünften des eigenen Amtes (verwandt damit ist ja das in unsere Gegenwart hineinragende Sportelnwesen der Amtspersonen oder die Trinkgelderlöhnung von Privatangestellten!). Unter solchen Umständen lag es sicherlich nahe, vom Beamten noch eine Geldleistung dafür zu fordern, daß er das Amt oder dessen Einkünfte, voll oder teilweise, zu privater Ausbeutung erhielt (ähnlich wie die antiken publicani und die mittelalterlichen städtischen und fürstlichen Zollpächter oder die grundherrschaftlichen Meier!). So haben italienische Stadtkommunen und Landesherren ihre lokalen Statthalterstellen auf ein Jahr an den Meistbietenden verpachtet; auch im spätmittelalterlichen Frankreich hatten die örtlichen Vögte, die baillis, ihre Ämter gleichfalls auf eine bestimmte Zeit pachtweise inne (Holtzmann, Französische Verfassungsgeschichte, S. 203ff.); ähnlich hielten es gewisse eidgenössische Orte später mit den Landvogteien. Über die Verpachtung und Verpfändung der deutschtiroler Landgerichte vgl. Stolz im Archiv f. österr. Geschichte 102, S. 237.

Veräußerung von Ämtern durch Habsburg-Österreich ist z. B. nachweisbar für das Schultheißenamt von Luzern (Urbar II 666, und Segesser I 148) und das Schultheißenamt von Lenzburg (Urbar II 641). Um Geld veräußert wurden ferner die Stellen der Bannwarte und Hirten der Meierhöfe (Urbar I 87, 255, 413, 426, 440, 445: „die hirten geben och von ir ampt"). Ebenso läßt die Fassung des Steuerverzeichnisses von 1350 die Vermutung zu, daß die österreichischen Amtleute nicht sämtliche Erträgnisse ihres Amtes, sondern eine fixe Pauschalsumme ablieferten (Urbar II 422). Vgl. dazu Stutz in Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt., Bd. 25 (1904), S. 205.

der sowieso die Interessen seines Herrn gegenüber jenen der Gemeinde voranstellte, noch persönlich zur mißbräuchlichen, wucherischen Steigerung seiner Amtseinkünfte verführte [1]).

Doch diese Reformen Rudolfs, Begleiterscheinungen der großräumigen Flächenstruktur des habsburgischen Staates, führten notwendig zur partikularistischen Reaktion. Kaum hatte König Rudolf die Augen geschlossen, so gingen die Waldleute Anfang August 1291 mit aller Tatkraft gegen diese Neuerungen vor [2]). Neben andern Rechtsverhältnissen, wie sie „vor des chünges ziten“ bestanden, haben sie unverzüglich die Bestimmungen jenes ältesten Bundes innoviert, neuerdings in Kraft gesetzt [3]) und weiterhin in einem subjektiv abgefaßten Zusatzartikel sich gerade gegen diese rudolfinischen Neuerungen gerichtet, gegen die landesfürstliche Beamtenordnung. Die Volksüberlieferung hat diesen Gegensatz gegen die fremden Vögte mit vollem Recht in den Mittelpunkt der Freiheitsbewegung gerückt. Die Waldleute verschworen sich feierlich, keinen Richter

---

[1]) Die wenigen Stellen, wo das Habsburger Urbar uns näher über die Verteilung der Gerichtseinkünfte unterrichtet, weisen diese (Bußen usw.) teilweise oder ganz dem herrschaftlichen Ammann zu (Seengen I 172, Ursern I 287, der Schultheiß von Freiburg I 487). In Glarus (I 517) erhält der Ammann Handänderungsgebühren; ähnlich die Schultheißen von Winterthur (I 337 und 339) und Luzern (I 219). Vgl. dazu Stutz in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt. 1904, S. 205. — Daß die habsburgischen Amtleute auch in Steuersachen recht viel Befugnis, so das Recht, von Steuern zu befreien, hatten, zeigt das Urbar I 361. Gegen Überforderungen österreichischer steuereinziehender Beamter richtet sich vielleicht der Schwyzer Landsgemeindebeschluß von 1294 „dc man in enheiner stüre noch gewerfe enkeinem ammanne iemer phennig suln geben“ (Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte I 557).

[2]) Stärksten, mit strammer habsburgischer Landesherrschaft unvereinbaren Selbstbestimmungswillen verraten auch die Beschlüsse der Landsgemeinde von Schwyz vom Jahre 1294 (Oechsli, Reg. 389).

[3]) innovare, erneuern, neuerdings in Kraft setzen. Bezeichnenderweise fehlt die Erneuerungsformel im Dreiländerbund von 1315, wo nicht ein aufgehobenes Bündnis wieder hergestellt, sondern der seit 1309 wieder in Kraft befindliche Bund nur revidiert wird.

anzunehmen, der sein Amt erkauft habe oder der nicht ihr Landsmann oder Einwohner sei [1]). Das Verbot ist mit diplomatischer Vorsicht abgefaßt; die Waldleute fordern keineswegs die freie Richterwahl, wie etwa die Bewohner der Gotthardkommune Biasca sie verkündigten [2]); formell begehren die Eidgenossen nur die Wiederherstellung uralten Rechts. Den altgermanischen Grundsatz von der Auswahl der Richter aus dem Volk, aus der Hundertschaft, bringen sie wieder zu Ehren [3]), aber nicht bloß für das Niedergericht, sondern auch für das lokale Hochgericht [4]). Auch das Verbot des Amtskaufes erneuert gegenüber jenen Berufsbeamten eine altgermanische Anschauung, wonach das Amt am Volk kein Geschäft, sondern eine Ehrentätigkeit sein soll [5]).

Aber hinter der Absage an den Ämterkauf und an die frem-

---

[1]) ... Statuimus ..., ut in vallibus prenotatis nullum judicem, qui ipsum officium aliquo precio vel peccunia aliqualiter conparauerit vel qui noster incola vel conprovincialis non fuerit, aliquatenus accipiamus vel acceptemus. Die Bestimmung richtet sich nicht wohl — wie Oechsli S. 123f. und 305 vermutet — gegen eine Verlehnung einer Talschaft als besondere kleine Vogtei, sonst hieße es kaum „qui officium comparaverit", vielmehr „qui valles (dominium, iurisdictionem) comparaverit".

[2]) Vgl. S. 27*.

[3]) Ein ähnlicher Kampf mit analogen Formen spielt sich ja auch zwischen den deutschen Städten und ihren Herren ab um das verwandte Amt des Schultheißen. Auch die Luzerner nötigten 1330 ihrer österreichischen Herrschaft neben der freien Wahl des Rates noch das Zugeständnis ab, den Schultheißen aus den Bürgern zu wählen, die Jahr und Tag eingesessen waren (Kopp, Urkunden I 154).

[4]) In der ausdrücklichen Forderung, daß der Richter ein „incola vel comprovincialis" sei, liegt weiterhin wohl auch der Wunsch nach lokalem Domizil, die Ablehnung auswärtigen Gerichtszuges.

[5]) Natürlich förderte ein solcher Ämterverkauf auch das Bußensystem (Sühnung der Delikte durch Bußen) und damit die öffentliche Rechtsunsicherheit, Übelstände, gegen welche schon der älteste (objektive) Bund ankämpfte. Indem die Eidgenossen der Anschauung, als sei das öffentliche Amt bloß ein privates Geldgeschäft, entgegentraten, haben sie der modernen, staatlicheren Auffassung vom Beamtenrecht Pionierdienste geleistet.

den Beamten [1]) verbirgt sich ein noch tieferer Gegensatz: Der Kampf gilt diesen Beamten nicht eigentlich deshalb, weil sie persönlich aus der Fremde stammen, sondern weil sie die Vertreter, die Sachwalter einer fremden, auswärtigen Herrschaft sind. An sich waren die mittelalterlichen Kommunen nicht fremdenfeindlich. Die völlig unabhängigen italienischen Städterepubliken z. B. wählten, durchaus frei, als höchsten Beamten, als Stadtpräsidenten (Podestà, Rektor) regelmäßig einen Nichtbürger, einen Auswärtigen — im Interesse einer gerechten, über den lokalen Parteiungen stehenden Justizpflege — einen Fremden. Aber sie erhoben, auf Grund freier Wahl, einen fremden Privatmann [2]), sie empfingen nicht den Vertreter einer fremden Landesherrschaft [3]). Hier liegt der Kern jenes Zusatzartikels betreffend die Richter. Hinter der formellen Ablehnung der fremden Beamten und des Ämterkaufs steht der viel tiefere Gegensatz gegen den ausschließlich von der Herrschaft gesetzten, die herrschaftlichen Interessen wahrenden Beamten, somit der Kampf gegen die Landesherrschaft selber. Was dem Landesfürsten belassen wird, ist die rein äußerliche, formelle Bestätigung des in Tat und Wahrheit von der Gemeinde erhobenen einheimischen Ehrenbeamten, des Landammanns. Statt eines herrschaftlichen Interessenverfechters soll an der Spitze der Talschaft

---

[1]) Es mag auffallen, daß der Bund von 1291 auswärtige und um Geld eingesetzte Richter verbietet, hingegen unfreie nicht ausschließt (anders als das Privileg für Schwyz). Der Grund liegt in der Rücksichtnahme auf die Urner und Unterwaldner unfreien Magnatengeschlechter (Meier von Silenen, Erstfelden, Stans usw.)

[2]) Solche wandernde Berufsbeamte stellten sich den verschiedenen Kommunen je für ein Jahr als Stadtpräsidenten zur Verfügung. (G. Hanauer, Das Berufspodestat im 13. Jahrhundert, Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, Bd. 23, S. 377—426.)

[3]) Anders liegen die Dinge bei den abhängigen Landgemeinden Italiens. Diese hatten als Rektoren hauptstädtische Bürger, die ihr Amt von der regierenden Stadt, bezw. vom Landesherrn pachteten und durchwegs die Interessen des fremden Gebieters wahrten.

künftighin der Sachwalter der Kommune stehen, ein Organ der Selbstverwaltung. Das Recht der Genossenschaft steht gegen das Recht des Landesfürsten. Nicht ein Mitspracherecht in der habsburgischen Zentralverwaltung, nicht eine landständische Vertretung fordern die Waldleute — so wenig wie die italienischen Landgemeinden eine Repräsentation im städtischen Rate begehrten. Partikularistische Selbstbestimmung ist vielmehr das Losungswort.

Rudolfs Sohn, König Albrecht, zog die Entscheidung durch einen Modus Vivendi hinaus. Theoretisch beharrte er noch stärker als sein Vater auf der österreichischen Landeshoheit, da er ja auch die Urner Reichsfreiheit nicht anerkannte. Praktisch jedoch scheint er die Hochgerichtsbarkeit einheimischer Richter, der Landammänner, vorderhand geduldet zu haben [1], schwerlich jedoch die Ablehnung auswärtigen Rechtszuges; zum mindesten administrativ sind im Habsburger Urbar die Waldstätte, „omnes valles", dem Oberamt Baden zugeteilt [2].

Daher lassen die Eidgenossen — wiederum liegt die Initiative bei ihnen, nicht beim König — sich 1309 von Heinrich dem Luxemburger besonders feierlich von jeder auswärtigen weltlichen Gerichtsbarkeit befreien, allerdings nicht nur gegenüber Habsburg, sondern bemerkenswerterweise auch gegenüber

[1] So spricht der Urner Landammann Werner von Attinghusen am 19. November 1303 eine Frau von der Anklage auf Meineid frei (Oechsli, Reg. 452).

[2] Denn eine Dorsualnotiz eines habsburgischen Urbarrodels aus der Zeit Albrechts I. rechnet zum „officium advocati de Baden" auch „omnes valles" (Quellen zur Schweizer Gesch. XV 2, S. 354). Daß darunter, wie P. Schweizer richtig bemerkt, unsere Waldstätte zu verstehen sind, zeigt das alte Bündnis (oben S. 35* A. 3) und die analoge Wendung einer Luzerner Urkunde von 1330 (Geschichtsfreund, Bd. 38 [1883], S. 85), wo ein Luzerner, „intrando valles" u. a. nach Stans gelangt. Über die Amtstätigkeit des Badener Vogtes gegenüber den Waldstätten vgl. Oechsli, Reg. 380; auch Luzern unterstand ihm, sehr wahrscheinlich noch Urseren (Habsb. Urbar III, S. 366). Über den Umfang des Oberamtes Baden siehe überhaupt Urbar II 2, p. 354 und 508.

dem Reich, das kaiserliche Hofgericht allein ausgenommen [1]). Dabei rechnet König Heinrich erst noch mit der Möglichkeit, daß die Waldleute sogar dem Reichsvogt, selbst innerhalb des Tales, die Gerichtsfolge verweigern könnten, weil er kein Landmann, kein Einheimischer, war [2]). Beide Bedingungen: Ausschluß jedes Rechtszuges nach außen und ein landsmännischer Richter, kehren auch in den Abmachungen mit dem Reichsvogt 1323 wieder, wo ausdrücklich auch die Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Reich vorgesehen wird, falls das Reich die Länder an Österreich preisgibt [3]). Als 1330 König Ludwig der Bayer sich wirklich mit Österreich aussöhnte und den Reichsvogt aus den Waldstätten abberief, waren die Urschweizer nicht trostlos, am wenigsten ihre führenden Geschlechter, die des Reichsvogts Erbe antraten.

So hat in der Urschweiz der lokale Entwicklungsgang, der vom Gegensatz gegen Habsburg ausgegangen war, schon um 1330 von selbst zur praktischen Lösung vom Reiche geführt. Seit dem Interregnum, wo die Urner die Freuden und Leiden

---

[1]) W. Oechsli, Die Anfänge der Eidgenossenschaft, S. 386 und Reg. 484, 486 und 488. Ad nullius secularis judicis tribunal, nostre maiestatis consistorio dumtaxat excepto, super quibuscumque causis seu negociis extra terminos vallis predicte pertrahi debeatis. — Wie im benachbarten ambrosianischen Tessingebiet, so soll nach dem Willen der Eidgenossen sich auch bei ihnen alle Gerichtsbarkeit im eigenen Tale abspielen, mit Appellationsmöglichkeit an den einheimischen „Landtag“: die Landsgemeinde. Auch deutsche Städte haben eine ähnliche Stellung erstrebt und gewonnen.

[2]) Denn Heinrich VII., der die Waldleute durchschaute, knüpft das vorerwähnte Privileg an die vorsichtige Klausel: dummodo coram ... advocato nostro provinciali intra fines eiusdem vallis parati sitis stare juri. — In Wirklichkeit richteten auch unter Heinrich VII. die einheimischen Landammänner sogar über Dinge, die unbestritten zu den causae majores gehörten, z. B. über Freiheit; vgl. das Urteil des Schwyzer Landammanns vom 24. April 1311 (Oechsli, Reg. 507).

[3]) Oechsli, Reg. 643. Konflikte zwischen dem Reichsvogt und den Urschweizern zeigt auch die Urkunde 1329, Juni 24. (Geschichtsfreund V, p. 252).

voller Unabhängigkeit zum ersten Male gekostet hatten, bedeutete die erstrebte Reichsfreiheit den Ländern am Vierwaldstättersee höchstens noch einen Schild gegenüber anderweitigen (landesfürstlichen) Ansprüchen, ohne daß sie ernstlich willens waren, dem Reiche eine faktische Herrschaft zuzugestehen. Auch hierin denkt man an das Beispiel Italiens, wo eine effektive Reichsregierung schon längst gebrochen war, wo die mittelalterliche, transzendental gefärbte Vorstellung der kaiserlichen Herrschaft aus einer absoluten schon längst zu einer sehr relativen Größe herabgesunken, zusammen mit den gewöhnlichen Fürstentümern theoretisch verworfen und verurteilt war [1]). So erklärte um 1300 der italienische Fortsetzer einer berühmten mittelalterlichen Staatsschrift, des Traktats de regimine principum, daß es eine für alle Völker geeignete Staatsform nicht gebe. „Die einen Völker sind von knechtischer Anlage und daher von Natur bestimmt für eine despotische Regierungsform, inbegriffen die königliche. Andere hingegen sind männlichen Geistes und der Kühnheit ihres Herzens und Stärke ihrer Intelligenz gewiß. Solche können nur durch die politische Regierungsweise [2]) geleitet werden, wozu man allgemein auch die aristokratische rechnet. Eine solche politische Regierungsweise blüht vorab in Italien" [3]).

* * *

---

[1]) Die tatsächlichen Verfassungszustände der oberitalienischen Stadtkommunen revolutionierten auch die mittelalterliche Staatstheorie, indem diese Republiken — als universitates Superiorem non recognoscentes — eine neue Begriffsbestimmung des Staates anbahnten. (Gierke, Genossenschaftsrecht Bd. III, S. 356, 370ff., 381ff., 639ff.; Rehm, Geschichte der Staatsrechtswissenschaft, S. 193f.; Jellinek, Allgemeine Staatslehre 404f.).

[2]) principatus politicus, häufiger regimen politicum. Seit der im 13. Jahrhundert durch die arabischen Hochschulen Spaniens dem Abendland vermittelten Bekanntschaft der Staatsschriften des Aristoteles wurde der griechische Begriff der πόλις allgemein auf den Stadtstaat übertragen, auf die Kommune; regimen politicum ist gleichbedeutend mit kommunaler, republikanischer Staatsform.

[3]) De Regimine principum, lib. IV, cap. 8: Regimen et dominium ordinari debet secundum dispositionem gentis, sicut ipse philosophus in

Wir erkennen in der auswärtigen Politik der italienischen und eidgenössischen Gemeinden eine übereinstimmende Grundidee, den gleichen kommunalen, partikularistischen Selbstbestimmungswillen gegenüber fremder Landesherrschaft. Aber auch auf dem Gebiete innerpolitischer Gedanken und Mittel finden wir eine starke Verwandtschaft: Hier zielt die Entwicklung, gefördert durch jene von den Markverbänden getragene soziale Ausgleichung (Beseitigung der Grund- und Leibherrschaft), durchwegs auf die politische Nivellierung ab, auf die Schaffung eines allgemeinen und gleichen Staatsbürgertums. Dieses findet seinen Ausdruck vor allem in der allgemeinen Gerichts-, Steuer- und Wehrpflicht, drei Institutionen, die im kom-

---

politicis tradit. Quaedem autem provinciae sunt servilis naturae, et tales gubernari debent principatu despotico, includendo in despotico etiam regali. Qui autem virilis animi et in audicia cordis et in confidentia suae intelligentiae sunt, tales regi non possunt nisi principatu politico, communi nomine extendendo ispum ad aristocraticum. Tale autem dominium maxime in Italia viget, unde minus subjicibiles fuerunt semper propter dictam causam. Quod si velis trahere ad despoticum principatum, hoc esse non potest, nisi domini tyrannizent; unde partes insulares ejusdem, que semper habuerunt reges et principes, ut Sicilia, Sardinia et Corsica, semper habuerunt tyrannos. In partibus autem Liguriae, Aemiliae et Flaminiae, que hodie Lombardia vocatur, nullus principatum habere potest perpetuum, nisi per viam tyrannicam, duce Venetiarum excepto, qui tamen temperatum habet regimen. — Dieser Teil des von Thomas von Aquino begonnenen Traktates stammt jedenfalls von einem um 1300 lebenden Italiener (Ptolemäus von Lucca). Auch der Defensor Pacis mit seiner Betonung der Volkssouveränität ist das Werk eines Italieners (Marsilio von Padua). Die Theorien beider Werke stellen übrigens eine Reaktion dar gegenüber der städtischen Tyrannis (Signorie); wie ist demgegenüber die Staatsauffassung Dantes noch mittelalterlich orientiert! Über die Geschichte der Volkssouveränitätslehre vgl. Bezold in der Histor. Zeitschrift 81 und Gierke, Genossenschaftsrecht III. Die italienischen Theorien fanden nördlich der Alpen leicht Eingang, da schon im 13. Jahrhundert auch Angehörige der heutigen Schweiz auf den italienischen Hochschulen, z. B. zu Bologna, ihre Studien betrieben; vgl. Urkunden von 1259 und 1266 im Zürcher Urkundenbuch (Nr. 965 und besonders Nr. 1315).

munalen Italien früh sich verwirklichten und auch in den Waldstätten Aufnahme fanden.

Der allgemeine und gleiche Gerichtszwang ist dem deutschen Hochmittelalter fremd. Vielmehr hielt die privatrechtliche Behandlung der Gerichtshoheit in Deutschland sogar bis zur französischen Revolution an, vor allem auf dem Lande. Man vergegenwärtige sich nur die zahllosen von Privaten wie Vermögensobjekte innegehabten Niedergerichtsbarkeiten, Zivilgerichte vieler deutschschweizerischer Gebiete, etwa im Thurgau, die in ihrer Buntscheckigkeit erst vom helvetischen Revolutionssturm hinweggefegt wurden [1])!

Wie räumlich und inhaltlich geschlossen erscheinen daneben die Gerichtsverhältnisse der italienischen Stadtkommunen, auch der kleineren, etwa jene von Como [2])! Aber auch die oberitalienischen Landgemeinden verwirklichten die allgemeine und gleiche Gerichtshoheit durchwegs schon im 12. und 13. Jahrhundert. In Livinen und Blenio z. B. leisteten alle Markgenossen dem Podestà und den Konsuln den Treuschwur und unterwarfen sich dadurch deren Gerichtsgebot [3]).

Auch im Territorium der Waldstätte ist der einheitliche kommunalstaatliche Gerichtszwang außerordentlich früh — gemessen an deutschen ländlichen Verhältnissen — zur Durchführung gelangt, schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts. Jene älteste Bundesurkunde, die antiqua confoederationis forma, ordnet prozessuales und materielles Recht nicht bloß unter Beschränkung der auswärtigen Gerichtshoheit und auch nicht nur zum Zwecke einer interkommunalen Rechtsvereinheitlichung in allen eidgenössischen Ländern, sondern auch zur Herstellung

---

[1]) Helene Hasenfratz, Die Landgrafschaft Thurgau, Diss. Zürich 1908, S. 52—106.

[2]) Vgl. z. B. Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno, S. 83 und S. 153.

[3]) Allmendberechtigt sind in Livinen nur Leute qui juraverint sub potestate vel consulibus. (Der Treueid wird bezeichnenderweise neben dem herrschaftlichen Statthalter auch den Vertretern des Volkes geleistet!). K. Meyer, Blenio und Leventina, S. 35* und S. 112ff., 116ff., 129ff.

einer innerkommunalen Rechtsordnung [1]). Sie unterstellt alle Mitglieder des waldstättischen Schwurverbandes einheitlichen, eidgenössischen Rechtsnormen und inländischen Richtern. Für einen besondern (auswärtigen) Hochgerichtstand der Adeligen, aber auch der Klöster und ihrer Hörigen besteht kein Raum [2]).

---

[1]) Die zivilprozeßrechtliche Bestimmung, daß keiner den andern pfänden darf außer einen offenkundigen Schuldner oder Bürgen und auch diesen nur mit besonderer richterlicher Erlaubnis, entspringt dem Willen zur Bekämpfung der außergerichtlichen Rechtshilfe (Repressalien!) und dient dem gesteigerten interkommunalen Wirtschaftsverkehr; sie taucht besonders früh in den Rechtshilfeverträgen italienischer Kommunen auf (z. B. 1219 im Vertrag zwischen der Republik Como und dem Bischof von Chur; Mohr, Codex diplomaticus für Graubünden I 275). Diese von Italien allmählich über den Alpenwall nach Süddeutschland vordringenden Rechtsschutzverträge förderten daneben stets die Territorialisierung der Justiz, den Ausbau der territorialen Gerichtshoheit (Stolz im Ferdinandeum 1909, S. 118). Ähnliche Gedanken liegen ja auch dem eidgenössischen Pfaffenbrief von 1370 zugrunde.

[2]) Unbedingt der Wirkung, zweifellos aber auch der Absicht nach bedeutete der älteste Bund die Unterordnung gerade auch der klösterlichen Hintersassen unter die einheimischen Hochrichter. Denn gerade die Klöster, vorab die schon wegen ihrer Steuerverweigerung unbeliebten Zisterzienser (für Schwyz kommt Steinen in Betracht, für Uri Wettingen) suchten die Straffälle ihrer Leute auf dem Wege der Sühnehochgerichtsbarkeit selber zu erledigen (Pischek, Die Vogteigerichtsbarkeit süddeutscher Klöster, Stuttgart 1907; Hans Hirsch, Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit, Weimar 1913, S. 185—196, 142ff.; K. Beyerle in Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt., 1913, S. 699), um die an Stelle der Leibesstrafen ausgesprochenen Bußgelder für sich zu gewinnen und überhaupt die Prozesse dem öffentlichen Landrichter zu entziehen (für alle nicht hochgerichtlichen Streitigkeiten waren z. B. die Zisterzienser sowieso exempt, siehe Hirsch 126—135; für die Urschweiz speziell vgl. das Wettinger Gericht bei Oechsli, Reg. 292, S. 85*, Reg. 719 und 736). Solchen klösterlichen Bestrebungen wurde im ältesten (objektiv redigierten) Bund der Eidgenossen ein Riegel gestoßen, indem u. a. eines der häufigsten Delikte, der Totschlag, der im geistlichen Sühneverfahren mit Geld gesühnt wurde (Hirsch, a. a. O., 187 bis 196), unbedingt mit Hinrichtung bestraft und dadurch

Die allmähliche Beseitigung der Grund- und Leibherrschaft führte schließlich auch in der Urschweiz zur Kommunalisierung, bezw. Verstaatlichung jeglicher Gerichtsbarkeit, ganz wie in Italien; die persönlichen Gerichtsverbände wurden vom Territorialprinzip völlig überwunden. Und diese eidgenössische Justizpolitik bricht schon im allerältesten Bundesbrief auch darin mit dem Mittelalter, daß sie das Strafrecht [1]), das die bisherigen Gerichts- und Landesherren durch Überspannung des Bußensystems vielfach fiskalischen Absichten dienstbar gemacht hatten [2]), durch vermehrte Anwendung der Todes- und Verbannungsstrafe wiederum

---

ipso jure dem öffentlichen Talrichter zugewiesen wird (Druck bei Oechsli S. 382 und besonders 388; nicht Mord, wie Blumer I 157 meint! Gerichtsbarkeit des Urner Landammanns über die Wettinger Hörigen im 14. Jahrhundert bei Oechsli, Reg. 736). Auch die deutschen Territorialfürsten sind später, gleichfalls im Interesse ihrer Gerichtshoheit und der allgemeinen Rechtssicherheit (Bekämpfung des Verbrechertums), gegen diese Sühnejustiz vorgegangen (Beyerle, Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Bd. 34, S. 701), ebenso viele Städte (Glitsch in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung Bd. 38, 1917, S. 247ff. und 264ff.).

[1]) Freilich enthält der objektive Bundestext keine vollständige Rechtskodifikation, sondern im Grunde nur eine Novelle zum geltenden Landrecht. Er bezieht sich in der Hauptsache bloß auf wenige Delikte, deren schärfere Erfassung im dringendsten öffentlichen Interesse lag: auf Mord, Raub, Brandstiftung und deren Hehlerei. Neben diesen Normen, welche nicht in den spätern Bundesbriefen, wohl aber in gleichzeitigen Stadtrechten wiederkehren, finden wir noch Satzungen gegen willkürliche, außergerichtliche Pfändung (über diese von Italien ausgegangene Tendenz zur Bekämpfung der Repressalien vgl. Stolz im Ferdinandeum 1909).

[2]) Über die finanziellen Zwecken dienende Sühnegerichtsbarkeit geistlicher Gerichtsherren (Ablösung von Leibesstrafen durch Geldbußen) vgl. oben. Wenn kleinere weltliche Dynasten, wie die laufenburgische Linie der Habsburger, das finanzielle Moment pflegten, so kann das menschlich durch ihre sonstigen ökonomischen Gefährdungen entschuldigt werden. Aber auch die im habsburgisch-österreichischen Urbar angeführten gerichtlichen Hoheitsstücke — so Dieb und Frevel — sind gleichfalls meist finanziell nutzbare und genutzte Rechte (Stutz in der Savigny-Zeitschrift, germ. Abt., 1904, S. 205 und 212—214; Nabholz in der Argovia, Bd. 33, S. 115ff.).

stärker in den Dienst der öffentlichen Rechtssicherheit stellte, grundsätzlicher als viele deutsche Städte [1]). Auch das geschah nicht zuletzt [2]) unter dem Vorbild des im Süden neu erweckten römischen Rechts und der davon beeinflußten Justizgesetzgebung benachbarter italienischer Kommunen [3]).

Von ähnlicher Vorbildlichkeit konnte den Eidgenossen bei ihrer Aufrichtung des allgemeinen Bürgerverbandes und bei der finanziellen Fundierung ihrer Gemeinwesen die italienische Steuertechnik werden. Während im 13. Jahrhundert eine ordentliche allgemeine Vermögenssteuer in den deutschen Fürstentümern erst im Entstehen begriffen war und in den deutschen Städten noch länger fehlte, hatten die italienischen Kommunen schon längst ein vorzügliches, durchaus modern anmutendes ordentliches, allgemeines (meist auch für kirchliche und adelige

---

[1]) Während viele deutsche Städte jene Delikte, die vom Gerichtsherrn mit Geldbußen zu gering geahndet schienen, durch Zusatzstrafen (meistens auch in Geld) schärfer zu treffen suchten (so Luzern 1252 — immerhin mit Todes- und Leibesstrafen für Totschlag und schwere Verwundung! — und besonders Zürich um 1300; H. Glitsch, Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt., 1917), ein System, das die Justiz auch für die städtischen Finanzen nutzbar machte (in Verquickung rechtspolitischer und fiskalischer Absichten), gehen die Waldleute gegen die im Bundesbrief genannten Kriminalfälle nicht mit Zusatzstrafen, sondern durchwegs mit gründlichen, fiskalisch jedoch nichts eintragenden Hauptstrafen vor. Dadurch unterscheiden sich die Waldstätte vorteilhaft auch von einigen italienischen Stadtkommunen, etwa Novara (vgl. Anm. 3).

[2]) Allerdings haben auch andere allgemeine westeuropäische Zeitrichtungen, so die Landfriedensgesetzgebung, eine weitgehende Kriminalisierung gefördert. (Zollinger, Der Kampf um den Landfrieden, in Mitteilungen des Instituts für österr. Geschichtsforschung, Ergänzungsband IV, S. 455.)

[3]) Kriminalstatuten von Como aus dem 13. Jahrhundert: MHP. XVI 1, col. 123 ff. (schon bei Diebstahl Leibesstrafen). Über die sehr strengen, römisch-rechtlich beeinflußten Strafnormen im Livinental siehe mein Blenio und Leventina, S. 131 f. Dagegen hat das räumlich entferntere Novara körperliche Strafen meist nur gegen zahlungsunfähige (die Geldbußen nicht entrichtende) Delinquenten angewendet (MHP. XVI 2).

Untertanen und Güter verbindliches)[1], gleiches (gelegentlich sogar progressives), direktes und indirektes Steuersystem[2], wie es uns z. B. für den nahen Stadtstaat Como in deutlichster Weise aus vielen noch erhaltenen Steuerquittungen des Maggiatalerdorfes Gordevio entgegentritt[3]. Aber auch die autonomen ambrosianischen Gebirgstalschaften Livinen und Blenio kennen schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts eine regelrechte Kommunalsteuer und machen die Benutzung der gemeinen Mark von der Steuerzahlung abhängig[4]. Angesichts solcher Vorbilder verstehen wir die Zähigkeit, mit der die Innerschweizer von Anfang an gegen alle ständischen Steuerbefreiungen ankämpfen[5]. Die Steuerfreiheit des Adels, die in Deutschland und Frankreich noch Jahrhunderte andauerte[6], war ihnen keine Selbstverständ-

---

[1]) Beispiele adeliger Steuerpflicht: Stadtstaat Como (K. Meyer, Die Capitanei von Locarno, S. 134ff.), Bergamo (MHP. XVI, col. 1987), Brescia (MHP. XVI, col. 1820, 1827, 1829), Florenz (Davidsohn II 2, S. 310). Vgl. ferner A. Lattes, Diritto consuetudinario 170f. und R. Caggese II 330. Die Adeligen verloren ihre Steuerexemption bei der Unterwerfung des Landes durch die Stadt. — Beispiele von Steuerpflicht der Kleriker in Florenz bei Davidsohn I 683, dazu MHP. XVI, col. 1521 (Vercelli). In Como hingegen erwähnte im 14. Jahrhundert ein Zolltarif Zollfreiheiten von personae ecclesiasticae, que non substinent honera et conditia communis Cumarum (Periodico ... di Como V 232).

[2]) R. Caggese, Classi e comuni rurali II 327ff. (Um die Mitte des 13. Jahrhunderts gab es keine Steuerprivilegien mehr).

[3]) Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno, S. 7 und passim.

[4]) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 42, Anm. 3, S. 141ff., Urkundenanhang S. 43*, Z. 13.

[5]) Eine selbständige eidgenössische Steuerpolitik wurde nicht bloß durch die eigenen finanziellen Bedürfnisse der Mark- und Gerichtsgemeinden angebahnt, sondern ebenso durch den Umstand, daß König und Landesherr ihre Steuern in den Waldstätten nicht durch auswärtige Beamte, sondern durch die Talorgane einzogen.

[6]) Vgl. z. B. Brunner, Grundzüge 255f., Schröder I (Sammlung Göschen 621), S. 88, 90, 103, Holtzmann, Französ. Verfassungsgeschichte 405 ff., 485.

lichkeit [1]). Und mit unverwüstlicher Zähigkeit begehren Uri und Schwyz von Anfang an, seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, auch die Besteuerung des kirchlichen Grundbesitzes, allen kanonischen Vorschriften, den schärfsten Vertretern kirchlicher Ansprüche [2]) und wiederholten königlichen und landesfürstlichen Warnungen zum Trotz [3]), in einer Zeit, wo in Deutschland sogar

---

[1]) Eine 1365 von den Urnern dem Adelsgeschlechte von Rudenz zugebilligte Steuerbefreiung (Geschichtsfreund I, S. 328) für seine Hälfte des Flüeler Zollregals ist genau so die Folge besonderer außerordentlicher Abmachungen (also eine die Steuerpflicht als Regel bestätigende Ausnahme), wie die Steuerbefreiung, welche die Visconti 1335 bei der Übergabe von Como den bisherigen Stadtherren, den Rusconi, vertraglich gewährten (Geschichtsfreund Bd. 33). Auch der heutige Staat kennt ja temporäre Steuerbefreiungen auf Grund besonderer Abkommen.

[2]) Es ist kein Zufall, wenn sowohl die Urner wie die Schwyzer gerade mit den Zisterzienserklöstern so schroff zusammenstießen, jene mit Wettingen, diese mit Steinen. Denn diese, gerade in Schwaben meist unter königlicher Schutzvogtei stehenden, die Klostervogtei umgehenden Gründungen waren „die Bahnbrecher jener Auffassung, die seit dem Ausgang des 12. Jahrhunderts dem Begriff immunitas vornehmlich die Steuer- und Lastenfreiheit zum Inhalt gab“ (als Ausfluß der Befreiung von der Landgerichtsbarkeit, exklusive Hochgerichtsfälle). H. Hirsch, Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit, S. 135—144.

[3]) Mit dem 1227 gestifteten, unter königlicher Schirmvogtei befindlichen, in Uri sehr begüterten Zisterzienserkloster Wettingen kamen die Urner schon unmittelbar nach ihrer Befreiung in schweren Steuerkonflikt. Königliche Mandate von 1233 (Oechsli, Reg. 75) und 1234 (sehr scharf, Oechsli, Reg. 78) bewirkten schließlich Steuerfreiheit (Oechsli, Reg. 292, S. 85*). Im Spätjahr 1308, nach dem Tode des energischen Königs Albrecht, gingen die Urner auch gegen das Fraumünster Zürich vor; sie versuchten, das zu Albrechts Zeiten von der Abtei neu hinzugekaufte Land zu besteuern; allein am 11. November 1308 mußten Landammann und Landleute von Uri und die Genoßsame von Silenen (die lokale Steuergemeinde!) sich feierlich verpflichten, „swas guotz ieze das gotzhus von Zurich in dem lande ze Vre hat ze sinen handen, das wir daruf niemer sture gelegen von dekeiner slacht not so uns an mag gan, es si von kunge oder von vrluge oder swas not vns an komen mag“ (Kopp, Urk. I 92, Zürcher Urkundenbuch VIII 215, Nr. 2941).

Noch energischer gingen die Schwyzer vor in ihrem Streit mit dem

die auflagenerfinderische habsburgisch-österreichische Herrschaft von einer landesherrlichen Besteuerung der Kirchen noch Umgang nahm [1]).

Nicht viel anders steht es mit der Wehrpflicht. In Deutschland war das einst so bedeutungsvolle Wehrrecht der Bauern zu einer Karikatur, zu einem ein- bis dreitägigen, örtlich beschränkten Polizei- und Landsturmdienst entartet, und dieser Zustand wurde von den Bauern schließlich als Privileg empfunden, in welchem sie weder vom Landesfürsten noch vom König sich stören ließen [2]). Die allgemeine Milizpflicht war in Deutschland durch das söldnerische Berufskriegertum verdrängt: Die deutschen Fürsten fochten vorwiegend mittelst des naturalwirtschaftlichen Kriegerstandes, also mit Lehensleuten, die deutschen Städte

---

Zisterzienserinnenkloster Steinen. Die landesherrlichen Steuerbefreiungsbriefe (Oechsli, Reg. 305, 417 und 418) beantwortete die Schwyzer Landsgemeinde 1294 mit dem auch von deutschen Städten angewendeten strengen Verbot der Veräußerung von Grund und Boden an die Klöster, sowie mit dem Ausschluß steuerverweigernder Klöster von der Allmend (Oechsli, Reg. 389; Blumer I 557f.).

[1]) Über die Steuerfreiheit der Kirche und des Adels in den landesfürstlichen Territorien Deutschlands vgl. R. Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte, 5. Aufl., S. 627. Für das habsburgische Fürstentum: Heinrich von Srbik in Dopschs Forschungen zur innern Geschichte Österreichs, Innsbruck 1904, S. 131ff. und U. Stutz in Zeitschrift der Savigny-Stiftung, germ. Abt., Bd. 25, 1904, S. 257 (Die Kirchenabgaben des Habsburger Urbars sind nicht landesherrliche Steuern, sondern entspringen dem Eigenkirchenrecht und der Kirchenvogtei). Die deutschen Städte dagegen suchten, vielleicht nach italienischem Vorbild, Kirchen und Geistliche zu besteuern, doch im allgemeinen ergebnislos. Schröder, a. a. O., S. 653, Eugen Mack, Kirchliche Steuerfreiheit in Deutschland seit der Dekretalengesetzgebung (Kirchenrechtl. Abh. von Stutz, Heft 88, Stuttgart 1916).

[2]) Hans Fehr, Das Waffenrecht der Bauern im Mittelalter, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, German. Abteil., Bd. 35 (1915), S. 147f., 182, 207. F. von Wyß, Abhandlungen zur Geschichte des schweiz. öffentl. Rechts, S. 198 und 272. Paul Schweizer in der Einleitung zum Habsburg. Urbar, Quellen zur Schweiz. Geschichte XV 2, S. 565, 572, 576, 583 und 589.

hauptsächlich mit Söldnern im engern Sinne, Geldsöldnern [1]. In Italien hingegen war schon im 12. Jahrhundert der allgemeine Dienstzwang von Reich und Arm im Rahmen des Milizsystems streng durchgeführt, vorab in den Stadtrepubliken, die ja von Anfang an eine ausgesprochene Angriffspolitik betrieben [2]. Auch im Stadtstaate Como war grundsätzlich jedermann zu Stadt und Land vom 18. bis 60. Altersjahr wehrpflichtig [3]. Gerade die ärmeren, zum Fußdienst aufgebotenen Klassen der Lombardei haben ihre Kriegstüchtigkeit genugsam bewiesen: Der Tag von Legnano (1176), der Sieg des mailändischen Volksheeres, der Milizinfanterie, über das deutsche Lehensaufgebot, die Berufskavallerie, bedeutet einen Markstein in der allgemeinen Kriegsgeschichte [4]. Erst mit den Anfängen der Signorie (Alleinherrschaft) wird das Bürgerheer durch die Söldnerkompagnien abgelöst, in denen die Tyrannen ein gefügigeres Werkzeug erblickten [5]. Für die innerschweizerischen Waldstätte gab es,

---

[1]) G. von Below in der Histor. Zeitschrift, Bd. 75, S. 430. Dietrich Schäfer in den Sitzungsberichten der Preuß. Akademie der Wissenschaften, 1917, S. 462f. Auch die Stadt Luzern hatte im Morgartenkrieg Söldner angestellt (Archiv f. Schweiz. Gesch. XX, Anhang, p. 13).

[2]) R. Caggese, Classi e comuni rurali II 326. Davidsohn, Geschichte von Florenz I 685ff.

[3]) Liber statutorum comunis Novocomi (12. und 13. Jahrhundert), cap. 348: Item statutum est, quod omnes expense facte et que de cetero fient per comunia burgorum et villarum Cumani episcopatus occaxione exercituum, solvantur in hunc modum, videlicet medietas ipsarum expensarum solvatur pro here et medietas pro personis; persone vero intelligantur ille, que tenentur ire ad exercitum, que sunt maiores XVIII annis et minores sexaginta (MHP. XVI 1 col. 218). Der allgemeine Milizzwang für das ganze Comer Staatsgebiet und sogar für Feldzüge außerhalb desselben, inbegriffen die Pferdestellung usw., ergibt sich auch aus cap. 133 col. 158. Vgl. ferner Periodico V 236 und Savigny-Zeitschrift, german. Abt., Bd. 34 (1913), S. 414f.

[4]) F. Güterbock, Zur Kontroverse über die Schlacht bei Legnano (Histor. Vierteljahrschrift 1911, S. 31f.).

[5]) Im Staate Mailand fiel das Volksheer erst gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts der Signorie zum Opfer: Galvano Fiamma (De gestis

angesichts der zu erwartenden schweren Kämpfe gegen das mächtige Habsburg und angesichts der geringen Geldmittel, von vorneherein nichts anderes als allgemeine Wehrpflicht, und zwar ein Milizfußvolk; die Wehrpflicht beruhte auf dem ältesten (objektiv redigierten) Bund, auf der Eidesverpflichtung sämtlicher conspirati, sich mit allen Kräften auf eigene Kosten wechselseitig beizustehen gegen jeden Feind, innerhalb der Täler und sogar außerhalb. Dabei hatten die Innerschweizer, bei aller Eigenart ihres Heerwesens, als Söldner in Oberitalien [1]) viele Gelegenheit,

---

Azonis Vicecomitis) nennt unter den Erlassen der Gebrüder Giovanni und Lucchino Visconti, Signoren von Mailand (1339—49): quinta lex est, quod populus ad bella non procedat, sed domi vacet suis oneribus: quod hactenus male fuit servatum, quia omni anno, et specialiter tempore messium et vindemiarum, quo solent reges ad bella procedere, populus relictis propriis artificiis cum multo discrimine et multis expensis stabat supra civitatum obsidiones, et innumerabilia damna incurrebant, et praecipue quia multo tempore in talibus bellorum exercitiis occupantur (Muratori, Scriptores rerum Ital., tom. XII, col. 1040f.). — Über die Volksentwaffnung durch den Tyrannen in Bologna 1344 vgl. Matteo Villani, lib. IV, cap. 12 und lib. VII, cap. 81 (Muratori, Scriptores rerum Ital., tom. XIV, col. 242f. und 453f.). Auch Macchiavelli betont den Zusammenhang zwischen Volksentwaffnung und Tyrannis: ,,Eine Republik, welche sich mit eigenen Waffen verteidigt, wird nicht so leicht von einem ihrer Mitbürger unterjocht, als wenn sie ein gedungenes Heer hält. Rom und Sparta sind viele Jahrhunderte lang bewaffnet und frei gewesen. Die Schweizer sind am bewaffnetsten und am freiesten“ (Principe, cap. XII).

[1]) Söldnerdienste schweizerischer Alpenbevölkerung in Italien bei Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 204 und 214, Anm. 2. Die Nachfrage italienischer Parteiführer nach auswärtigen Söldnern wurde dadurch gefördert, daß manche italienische Staaten den Söldnerdienst bei Großen, die nicht der betreffenden Kommune gehorchten, verboten, so Bergamo (MHP. XVI, col. 1691). Noch 1373 verlangte der mit den Mailändern im Krieg befindliche Papst Gregor IX. von den Urnern (Geschichtsfreund 42, S. 46) und Schwyzern (Karl Rieder, Römische Quellen zur Konstanzer Bistums-Geschichte, Nr. 1782) ein Verbot des Reislaufens. Innerschweizerische Söldner dienten freilich auch diesseits der Alpen: ,,Soldner von Swiz und von Ure“ erscheinen um die Mitte des 13. Jahrhunderts im Dienste des Abtes von St. Gallen, bezw. des Walter von Vaz (Kuchimeister, ed.

von dem älteren und fortgeschrittenen italienischen Kriegswesen diese und jene technische Errungenschaft abzulernen, so in der Kampfesweise der Infanterie gegen die Kavallerie, in Bewaffnung und Befestigungswesen, ja selbst im Bau von Kriegsschiffen [1]).

Angesichts einer solchen Übereinstimmung des äußern, machtpolitischen Grundgedankens — des republikanisch-partikularistischen Selbstbestimmungswillens — und der innern Verfassungsentwicklung — Herstellung eines allgemeinen und gleichen, nivellierten Staatsbürgertums — drängt sich endlich die Frage auf, ob sich diese Verwandtschaft zwischen Oberitalien und den Waldstätten auch erstreckt auf die den genannten Ideen dienenden organisatorischen Mittel, auf die Einrichtungen, Organe und Behörden der Kommunen. Zweifellos haben verwandte Vorbedingungen und gleiche Bedürfnisse diesseits und jenseits der Alpen zur Anwendung analoger Mittel geführt. Allein eine formale Rezeption italienischer Rechts- und Staatsinstitute, eine direkte Entlehnung italienischer Organisationsformen kön-

---

Meyer v. Knonau, S. 30 und 55). Auch das Schwyzer Kontingent des Königs Rudolf vor Besançon bestand wohl aus Söldnern (oben S. 20*, Anm. 5).

[1]) Wenn der Luzerner Chronist Melchior Ruß, nach einer — wie A. Bernoulli, Die Luzernerchronik des Melchior Ruß, Basel 1872, S. 16 und 50ff. und Durrer, in Sidlers Schlacht am Morgarten, S. 131ff., mit Recht erkannten — jedenfalls zeitgenössischen Luzerner Quelle des Morgartenkrieges schildert, wie vor Luzern eine große urschweizerische Flotte von etwa 50 Nauen und Schiffen erschien, „darunder was gar ein groß gespitz eychen schiff, daß man nempt die Gans, so dero von Ure was, gar ein strittbar werlich schiff“ — so hat Ruß (Ausgabe Schneller, S. 16) seine Vorlage offensichtlich falsch gelesen. Die „Ganzerra“, wie es in der Originalquelle wahrscheinlich hieß (und nicht „ansera“, wie auch im Anzeiger für Schweiz. Geschichte 1916, S. 16) war ein italienischer Großkampfschiff-Typ, wie er im 13. und 14. Jahrhundert z. B. von den Kommunen Mailand und Como auf dem Comer- und Langensee verwendet wurde; vgl. Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno, 190f. und 231, dazu MHP. XVI 1, col. 250, cap. 451 und col. 362; endlich die Beschreibung dieses Schifftyps bei Galvano Fiamma, De gestis Azonis Vicecomitis, in: Muratori, Rer. It. Scriptores, tom. XII, col. 1038 und besonders col. 1043.

nen wir in der Urschweiz keineswegs so augenfällig, etwa an rechtssprachlichen Lehnwörtern aus dem Italienischen [1]), klarlegen, wie in der Provence, an der Rhone [2]), in gewissen Tälern Graubündens [3]), in Deutschtirol [4]) und vielfach auch in deutschen Städten und Ländern [5]). Zwar die vorübergehende Kampfwaffe der coniuratio, der Schwurgenossenschaft, welcher die urschweizerischen Täler ihren Zusammenschluß verdanken, ist jedenfalls durch italienische Vorbilder beeinflußt [6]). Aber für

---

[1]) Lehnwörter finden sich vorab bei innerschweizerischen Verkehrsbezeichnungen, so Sust (sosta, Niederlagshaus für Transitgüter) oder Nauen (nave, Schiff).

[2]) In der Provence und in Südfrankreich wurden im 12. und 13. Jahrhundert die italienischen Stadtverfassungsformen des Konsulats und Podestats rezipiert. (Holtzmann, Französ. Verfassungsgeschichte 174f.; Lavisse, Histoire de France III 1, p. 406ff.).

[3]) G. Caro, Zur Geschichte der Grundherrschaft in Oberitalien (Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. F., Bd. 36, S. 308f.).

[4]) Über die Einwirkung des italienischen Notariates in den deutschen Gebieten Südtirols vgl. Voltelini in den Acta Tirolensia II (Einleitung); die Rezeption italienischer Geleits- und Rechtshilfeverträge in Tirol untersucht Stolz in der Zeitschrift des Ferdinandeums 1909, S. 31—129; dazu Zeitschr. der Savigny-Stiftung, germ. Abt., 1900, S. 318—29. — Italianismen finden sich übrigens auch in Innerschweizer Urkunden, z. B. worauf schon Breßlau aufmerksam machte, im Bundesbriefe von 1291; es ist wohl möglich, daß der Schreiber des Bundestextes seine Bildung in Italien geholt hatte, wie jener Schulmeister und Stadtschreiber von Luzern, der 1318 für Mailänder Kaufleute eine in tadellosem italienischem Notariatsstil gehaltene Urkunde ausfertigt (Archiv für Schweizer. Geschichte XX, Anhang, p. 15).

[5]) Eine friesische Staatsschrift des 13. Jahrhunderts forderte sogar für das ferne Friesland die Einführung der italienischen Podestatsverfassung (Klinkenborg in Historische Zeitschrift 102, S. 514). Auch die deutsche, französische und flandrische Zunftbewegung ist wahrscheinlich durch das italienische Beispiel zwar nicht hervorgerufen aber gefördert worden. (In Mailand gewannen die Zünfte schon 1198 politische Bedeutung).

[6]) Daß der Schwurverband im Grunde nur ein Provisorium ist und sich durch die Weiterentwicklung seines Produktes, der Kommune, selber aufhebt, zeigt mein Aufsatz „Der Schwurverband als Grundlage der ur-

eine direkte Übernahme der eigentlichen Kommunalorganisation des hochentwickelten Italien waren die einfachen Verhältnisse unserer einzelnen Talschaften zur Befreiungszeit noch nicht geeignet. Immerhin erwuchs dann mit der zunehmenden Selbständigkeit allmählich auch das Bedürfnis nach einem Ausbau der Staatsorgane. Zwischen die aus den alten Gerichts- und Markgenossenschaften entstandene, umständliche und in Gebirgsgemeinden seltener tagende Volksversammlung und den Landammann [1]) schoben sich notwendigerweise noch andere Organe ein, vorab repräsentative Landesausschüsse. Kleinere Ammännerkollegien tauchen tatsächlich schon sehr früh auf, in Uri 1233 [2]), in Schwyz 1275 [3]), und sie betrieben von Anfang an eine zielbewußte, energische Steuerpolitik. Größere Repräsentativversammlungen, die sich auch formell als Räte bezeichnen [4])

---

schweizerischen Eidgenossenschaft" im Anzeiger für Schweizergeschichte 1919, Heft 3 (besonders S. 191 f.).

[1]) Dr. Rosa A. Benz, Der Landammann in den urschweizerischen Demokratien (Zürich 1918).

[2]) Am 5. Juni 1233 beklagt sich König Heinrich VII. bei den „officiatis et procuratoribus et ceteris fidelibus suis in Uren constitutis" über Besteuerung der steuerexempten Eigenleute Wettingens. Zürcher Urkundenbuch I 357, Oechsli, Reg. 75, ebenso Reg. 78 und 221 (Schreiben der Königin Gertrud an Burkhard „ministro suo ceterisque ministris").

[3]) Urkunde 1275, Sept. 4., (Oechsli, Reg. 236). Die vier Amtleute vertreten vielleicht die drei Pfarrgemeinden, wobei Schwyz als größte zwei Vertreter hat. Vgl. Martin Reichlin, Die Schwyzer Oberallmende, S. 70, 77, 80, 83f., dazu Oechsli, Reg. 270. Am 13. Januar 1299 beklagt sich Königin Elisabeth, daß der Landammann von Schwyz auf Anordnung der Ammänner (quod tu Landammann ad ordinationem officialium seu ministrorum) das Frauenkloster Steinen besteuert habe. (Oechsli, Reg. 418 und S. 289, Anm. 4).

[4]) Schreiben König Ludwigs vom 24. November 1315 an „officiato, consilio, civibus et universis hominibus in Swiz" (Tschudi, Chron. Helv. I 274). Über den Unterwaldner Rat (1351) siehe Durrer im Jahrbuch für Schweiz. Geschichte 1910, S. 127.

und die eine greifbarere Kompetenzabgrenzung aufweisen, begegnen uns in der Innerschweiz erst im 14. Jahrhundert[1]).

Die technische Landeseinrichtung der Waldstätte ist somit einfacher und jünger als jene der oberitalienischen Landgemeinden[2]). Gerade auch die unmittelbar benachbarten Tessiner Talkommunen weisen schon um die Wende des 12. Jahrhunderts, lange vor der politischen Befreiung der Waldstätte, eine hochausgebildete Kommunalorganisation auf. Neben der Volksversammlung (Landsgemeinde), die in Livinen und Blenio schon 1182 die landesherrlich anerkannte Befugnis zu politischen Mehrheitsbeschlüssen besitzt, tagt in Livinen bereits 1227, „nach gewohnter Weise", eine richtige Volksvertretung, ein nach Dorfgemeinden repräsentativ bestellter Talrat[3]) mit Gerichts-, Besteuerungs- und Verwaltungsbefugnissen, sowie gehöriger Kompetenzabgrenzung gegenüber dem Podestà oder Rektor, jenem italienischen Gegenstück des innerschweizerischen Landammanns. In der Justiz ist mit dem kommunalen allgemeinen Gerichtszwang auch ein ordentlicher Instanzenzug durchgeführt, der sich seit alters nur innerhalb des Tales abspielt, mit der Volksgerichtversammlung (dem altgermanischen Ding) als oberster und letzter Instanz[4]).

Falls also die Innerschweizer nach ihrer Befreiung ihre junge

---

[1]) J. J. Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien I (1850), S. 275ff.

[2]) Über die Behördenorganisation der italienischen Landgemeinden mit ihrer politischen Volksversammlung (parlamentum generale) und ihrer Volksvertretung (Land- oder Talrat, consilium generale, credencia) vgl. R. Caggese, Classi e comuni rurali nel medio evo italiano I 389ff.

[3]) Karl Meyer, Blenio und Leventina, S. 160—167. Es war eine Repräsentation nicht sowohl des Volkes als der Gemeinden (ähnlich wie bis ins 19. Jahrhundert das englische Unterhaus).

[4]) Karl Meyer, a. a. O., S. 116—122. Ähnliche Verhältnisse gab es im Gerichtsbezirk des obern Eschentals, in der curia Mattarella; vgl. Nino Bazetta, Storia di Domodossola e dell' Ossola Superiore, Domodossola 1911, z. B. S. 529 (Ortsräte von Domo 1277) und S. 378 (Landrat von Mattarella 1297).

demokratisch-partikularistische Kommunalverwaltung nicht etwa durch bloße Um- und Weiterbildung ihrer ehrwürdigen Mark- und Gerichtseinrichtungen restlos aufzubauen vermochten, so mußten sie die technischen Vorbilder für ihre Verfassungsergänzung nicht unbedingt in den deutschen Städten suchen [1]; sie brauchten keineswegs die Institutionen dieser wirtschaftlich und territorial völlig anders gebauten Städte in ihre bäuerlichen Gebirgsgemeinden zu verpflanzen. Als Lehrmeister noch bequemer lagen den Waldstätten die nahen lombardischen Alpenkommunen, deren wohlausgebildete Organisation bei der übereinstimmenden geographischen und ökonomischen Unterlage den eidgenössischen Bedürfnissen besser paßte. Daß man in den alemannischen Bergtälern tatsächlich an den südlichen Staatsformen sich orientierte [2], erweist ja auch das Beispiel des obern Wallis, dessen Landrat gleich bei seinem ersten bekannten Auftauchen (1339) schon in seiner italienisch klingenden Bezeichnung — concilium generale — an südliche Vorbilder gemahnt [3].

So zeigt denn die oberitalienische und eidgenössische Staatsentwicklung des ausgehenden Mittelalters eine weitgehende Analogie in den Grundlagen, in den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zielen, auch in den Mitteln und teilweise sogar im Ergebnis. In zwei bedeutungsvollen Hinsichten allerdings, im staatlichen Machtcharakter und in der Regierungsform, ist der Ausgang ein völlig entgegengesetzter: in Italien der einheitliche, geschlossene

---

[1]) Blumer, a. a. O., I 277 und 281 sucht städtische Einflüsse.

[2]) Noch H. Ryffel, Die schweizerische Landsgemeinde (Zürich 1903, S. 21 und 125) führt irrig die demokratischen Formen Livinens und Pommats auf eidgenössische Vorbilder zurück. Allerdings hat im 14. und besonders im 15. Jahrhundert das eidgenössische Beispiel diese italienischen Alpenkommunen mächtig zur Erhaltung und Bewahrung dieser altüberkommenen Demokratie gegenüber dem italienischen Fürstenstaat angeregt.

[3]) Urkunde vom 9. Juli 1339 bei Gremaud, Documents relatifs à l'histoire du Vallais, Nr. 1771 (Mémoires et Documents .... de la Suisse Romande XXXII (1880) 243).

Großstaat, entstanden durch Aufsaugung der kleinen, insbesondere auch der ländlichen Kommunen, in der Innerschweiz gerade die Behauptung des ländlich-kleinstaatlichen und föderalistischen Prinzips. Die innere Verfassungskrisis endet in Italien im 14. Jahrhundert mit dem Sieg der fürstlichen Regierungsform (wie vorher schon in Deutschland), in den Waldstätten mit der Behauptung der Demokratie.

Nur mit wenigen Strichen will ich hier noch einige Gründe dieses gegensätzlichen Ausganges andeuten.

Die Ursachen des Unterganges der italienischen Comuni rurali einerseits und der Behauptung der urschweizerischen Landdemokratien anderseits liegen zum Teil in der verschiedenen Stärke ihrer Gegner: Ein italienischer Stadtstaat, wie Mailand, war im 13. und 14. Jahrhundert infolge seiner organisatorischen Durchbildung auch dem stärksten zeitgenössischen deutschen Territorialfürstentum, wie Österreich, unbedingt überlegen. Insbesondere hatte die lombardische Stadtkommune auch unvergleichlich schärfere Wirtschaftswaffen gegen die Landgemeinden als etwa die Habsburger. Konnte doch Habsburg-Österreich gegenüber den Waldstätten keinen Wirtschaftskrieg führen, weil der Innerschweizer Export vorwiegend nach dem übervölkerten Oberitalien ging; ja Habsburg vermochte nicht einmal eine dauernde Paßsperre gegen die Urner anzuwenden, weil es, anders als die mehrere Pässe beherrschenden Kommunen Mailand oder Como, selber an der Gotthardroute — und nur an dieser — sehr bedeutende Zölle besaß, die in seinem Finanzhaushalt eine wesentliche Rolle spielten. Man denke ferner an die günstigen geographischen Vorbedingungen des Dreiländerbundes: an den militärischen Schutz der Berge [1]) und an den Vierwaldstättersee, der die örtlichen Reibungsflächen zwischen den Talschaften auf ein Minimum beschränkte und bei maximaler Kommunikationsmöglichkeit ohne weiteres zum interkommunalen Zusammenschluß, zum

[1]) Gerade die Bluttaufe am Morgarten ist charakteristisch für die Hilflosigkeit mittelalterlicher Ritterheere in gebirgigem Terrain.

Bündnis aufforderte [1]); wir erkannten, wie dann gerade dieser Bund den drei Orten nicht nur einen höhern Schutz nach außen gewährte, sondern, als wichtigste Voraussetzung gerade der äußern Macht, im Innern jene interkommunale Rechtsordnung sicherstellte, deren kommunales Versagen die italienischen Landgemeinden und kleineren Städte in erster Linie zugrunde gerichtet hat. Endlich vollzog sich der Emanzipationskampf der Waldleute in einem äußerst wertvollen Zusammenarbeiten mit den politisch geschulten einheimischen Magnatengeschlechtern, deren weithin reichende persönliche Beziehungen den Waldstätten die rasche Ausnutzung auswärtiger Konstellationen ermöglichte, während die italienischen comuni rurali, wegen ihrem frühzeitigen Bruch mit den Landbaronen, gerade der fähigen Führer im spätern Kampf gegen die Städte ermangelten. Diese Innerschweizer Politiker, Hans von Attinghusen vorab, verstanden es, gerade aus dem italienischen Entwicklungsgang die logischen Schlüsse für die Eidgenossenschaft zu ziehen; man denke nur an die Bündnispolitik der Jahre 1351—1353. Mit dem Hinweis darauf, wie in den unmittelbar vorhergehenden Jahren 1335—1350 alle die kleinen ennetbirgischen Kommunen vom Tresafluß bis zur Gotthardhöhe in ihrer Vereinzelung eine leichte Beute der mailändischen Visconti geworden, brachten diese Länderdiplomaten, vorab der jüngere Attinghusen, die konservativen partikularistischen Bergleute angesichts der auch ihnen von Österreich drohenden Gefahr in den 1350er Jahren zu jenen neuen, weit ausladenden Verbindungen mit fernabliegenden Städten, zu jener gewaltigsten und kühnsten Expansionspolitik der ganzen eidgenössischen Geschichte. Und wie meisterhaft haben diese Innerschweizer Staatsmänner, indem sie wiederum von den Fehlern Italiens lernten, den Dreiländerbund zum rechtlichen Mittelpunkt, zur politischen Drehscheibe dieses achtörtigen Bündnissystems auszubauen ge-

---

[1]) Sinnvoll verlegt die volkstümliche Geschichtsüberlieferung die Stiftung der Eidgenossenschaft auf eine Waldwiese am See. Und die Bundeserneuerung vom Dezember 1315 fand in der Ufergemeinde Brunnen statt.

wußt [1])! Sie haben dadurch die drei Gebirgsdemokratien dauernd gesichert vor der in Italien üblichen städtischen Bevormundung [2]), ja ihnen gegenüber den Städten einen Einfluß verliehen, der weit über die tatsächlichen Machtmittel der Waldstätte hinausging.

Doch nicht bloß im kleinstaatlich-föderalistischen Ergebnis weicht schließlich die Eidgenossenschaft vom italienischen Großstaat ab, sondern auch in der Bewahrung der Republik, der Demokratie. In Italien siegte zu Ende des 13. und 14. Jahrhunderts die Signorie, die persönliche Alleinherrschaft [3]). Der tiefste Grund der städtischen Signorie ist der gleiche, der zum Untergang so vieler Land- und Stadtkommunen führte, wiederum das Unvermögen der italienischen Demokratie, die innere Rechtsordnung zu erhalten. Allerdings waren die Schattenseiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, der Industrialisierung und Kommerzialisierung Italiens, die gewaltigen sozialen und ökonomischen Gegensätze, von vorneherein ein ergiebiger Nährboden für politische und soziale Bürgerkämpfe. Beim ewigen Wechsel der politischen Macht der Wirtschaftsklassen pendelte der italienische Stadtstaat

---

[1]) Bekanntlich waren die drei Länder die einzigen Glieder des achtörtigen Bundes, welche mit allen andern eidgenössischen Orten direkt verbündet waren. Ihre Stellung zu den übrigen Eidgenossen gemahnt daher in gewissem Sinne an das Verhältnis Spartas, bezw. Athens, bezw. Roms zu den peloponnesischen, seebündischen, bezw. italischen Bundesgenossen, deren Einzelverträge mit Sparta, Athen und Rom eine Zentralisierung zugunsten dieser Städte und damit eine bedeutende Machtsteigerung dieser Vororte bewirkten.

[2]) Man halte die Bündnisse der Urschweizer mit den Städten (Luzern 1332, Zürich 1351, Bern 1353) etwa neben den ungünstigen Vertrag des Bleniotales mit Como vom Jahre 1333 (K. Meyer, Die Capitanei von Locarno im Mittelalter, S. 224ff.)! Gerade um sich nicht in unnötige Abhängigkeit von den starken zukunftsreichen Städten zu bringen, gingen die drei Länder mit diesen nicht so enge Verpflichtungen ein wie unter sich, wo die geographische Lage, die homogene Bevölkerung und die annähernd gleiche Stärke aller drei Waldorte ein intimeres Verhältnis gestatteten.

[3]) Salzer, Über die Anfänge der Signorie in Oberitalien. Berlin 1900 (Ebering, Histor. Studien).

rettungslos zwischen den Extremen hin und her, zwischen der Vorherrschaft der Nobili und jener des Popolo, wobei z. B. innerhalb des Popolo wiederum verschiedene Gruppen, das Großkapital, die Bourgeoisie, das Proletariat sich gegenüberstanden, indem die Besitzlosen den Besitzenden gegenüber nicht bloß eine formale und rechtliche, sondern auch eine tatsächliche, ja wirtschaftliche Gleichstellung verlangten und öfters geradezu eine Klassenherrschaft des Proletariats forderten. Treffend zeichnet Dante im Purgatorio den italienischen Stadtstaat als einen Kranken, der, in den Kissen sich wälzend, ununterbrochen seine Lage wechselt [1]). Der mit südländischer Leidenschaft geführte wilde Parteikampf hat schließlich alles Vertrauen in die Handhabung des Rechts erschüttert. Aus diesem Bürgerkriege und dem gleichzeitigen furchtbaren Druck von außen, den ununterbrochenen zwischenstaatlichen Kämpfen, ist dann überall jene allgemeine Sehnsucht nach der starken Faust erwachsen, die ja schließlich in der Person eines rücksichtslos ehrgeizigen Parteiführers zur Verfügung stand. So haben die hochentwickelten italienischen Kommunen sich zuletzt einen durchaus entsittlichten Absolutismus gefallen lassen und ihm zugejubelt, nur weil er die innere Rechtsordnung wieder notdürftig flickte. Auf diesem wichtigsten innerstaatlichen Gebiet hatte leider die italienische Demokratie — im Gegensatz zur Eidgenossenschaft — die fürstliche Autorität nie zu ersetzen vermocht, gleich wie der italienische Stadtstaat es versäumt hatte, das Gros der Staatsuntertanen, nämlich die Landbevölkerung, durch Erteilung politischer Rechte am Fortbestand der republikanischen Regierungsform (und der staatlichen Unabhängigkeit) zu interessieren [2]). Daher war die Reaktion,

[1]) Purgatorio VI 150, sowie VI 82ff. und 120ff. Auch Dantes rückwärts orientierte politische Kaiserträume erklären sich aus seiner Erkenntnis, daß der italienische Staatsstaat ohne äußere Leitung sich innerlich aufreibt.

[2]) Der Prinzipienkampf zwischen Republik und Monarchie in den italienischen Stadtstaaten war keineswegs Herzenssache aller oder der meisten Staatsangehörigen, wie es etwa in den urschweizerischen Demo-

die Restauration, naturnotwendig: Mit der Aufrichtung der Signorie war der Verfassungskreislauf wiederum vollendet, der von der bischöflichen Herrschaft ausgegangen war.

Immerhin fehlt es auch in den Waldstätten nicht an Ansätzen zu aristokratischer, ja zu signoriler Entwicklung [1]). Die Führer der Urner und Unterwaldner, jene hochverdienten Magnatenfamilien, verstanden es, neben den Interessen ihrer Talgemeinden auch den persönlichen Vorteil zu wahren. Jene Schutzmaßnahmen gegenüber den Leibeigenen und Hörigen [2]), sowie der partikularistische Richterartikel der Bünde sind diesen einheimischen Großen, auch den unfreien Meiern und Ministerialen, recht eigentlich auf den Leib zugeschnitten [3]). So führte die partikularistische

---

kratien der Fall gewesen wäre. Er berührte im Grunde bloß einen Bruchteil der Staatsangehörigen: einzig die hauptstädtische Bürgerschaft. Der unendlich zahlreicheren Landbevölkerung war es schließlich gleichgültig, ob sie von dem hauptstädtischen Bürgertum oder von einem Einzelnen beherrscht wurde. Der Egoismus der Stadtbürgerschaft, die es nicht verstanden hatte, die Landuntertanen durch Überlassung politischer Rechte — etwa durch größere Autonomie innerhalb einer Föderation — am Fortbestand der republikanischen Staatsform zu interessieren, rächte sich jetzt, ähnlich wie im Altertum die engherzige Bürgerrechtspolitik Athens gegenüber dem attischen Seebunde oder wie 1798 der bisherige Egoismus der Schweizer Städte. Von der größeren Rechtssicherheit, welche die Signorie in Aussicht stellte, profitierte auch das Land, wenn es nun auch endgültig die Hoffnung auf politische Befreiung verlor, die es früher — in Ausnutzung der hauptstädtischen Bürgerwirren — wohl noch hatte hegen dürfen.

[1]) Auch in Italien kommen neben den wichtigern städtischen Signorien doch auch ländliche Signorien vor; man denke z. B. an die Stellung der Orelli im Bleniotal und an die durchaus an die Attinghusen gemahnende, finanziell gleichfalls auf Zollbesitz gestützte Herrschaft eines andern Orellizweiges zu Biasca. (Karl Meyer, Die Capitanei von Locarno, S. 136ff.).

[2]) Oben, S. 19*.

[3]) Die fürstliche Konzentration der Landesverwaltung (Beamtenreformen usw.) traf ja besonders schwer die angesehenen einheimischen Familien, die bisher in den Tälern eine große Rolle gespielt hatten. Das 1291 beschworene Verbot von talfremden Richtern beseitigte zugunsten der einheimischen Geschlechter die auswärtige Konkurrenz bei den Richter-

Bewegung in unseren Waldstätten wohl zu einer rechtlichen Demokratie [1]), aber praktisch zu einer Art Familienherrschaft, die in Unterwalden erst 1382 gebrochen wurde [2]). Eine durchaus alleinherrschaftliche, signorile Wendung nahmen die Dinge vollends in Uri. Hier waren die Voraussetzungen für eine Tyrannis am relativ günstigsten. Das Paßtal am Gotthard war beruflich und sozial mannigfaltiger geschichtet [3]) und daher für Parteikämpfe geeigneter als die beiden andern Waldstätte, und die Paßlage forderte hier, zum mindesten während der kritischen Befreiungsperiode, vom Urner Staatsleiter ein Maß welt- und wirtschaftspolitischer Einsichten, wie sie doch einem Berufspolitiker von umfassender persönlicher Erfahrung und weitreichenden Beziehungen eher zur Verfügung standen. Zwei Menschenalter hat denn auch das freiherrliche Dynastengeschlecht der Attinghusen im Gotthardtal eine durchaus fürstliche Machtstellung eingenommen. Sie stützte sich, wie die italienische Signorie, vorwiegend auf tatsächliche, machtpolitische Faktoren, auf Ansehen und Ver-

---

stellen; das Verbot des Ämterkaufes schützte die landsmännischen Richterkandidaten außerdem vor Geldforderungen der auswärtigen Gerichtsherren.

[1]) Und doch waren auch rechtlich die Waldstätte weniger demokratisch als etwa die altgriechischen πόλεις oder viele italienische Stadt- und Landkommunen. Denn die urschweizerischen Volksversammlungen (Landsgemeinden) traten — gewiß schon wegen der Verkehrsschwierigkeiten dieser Gebirgstäler — ordentlicherweise nur einmal im Jahre zusammen, im alten Athen dagegen mindestens vierzigmal (Aristoteles, Verfassung von Athen, 43), und auch in Italien, in der demokratischen Blütezeit, mehrere Male.

[2]) Durrer im Jahrbuch für Schweizer. Geschichte XXI 364. Ähnlich war die Talschaft Ursern nach 1317 jahrzehntelang ein Herrschaftsgebiet der Familie von Moos.

[3]) Um 1311 besaß ein Bewohner des südlichern Gotthardtales, Ritter Hans von Hospental aus Ursern, ein Vermögen von 6000 Pf. Imperialien (K. Meyer, Blenio und Leventina, Anhang S. 91*—95*), also zwanzigmal mehr als die auf dreißig Hofstätten verteilten 166 Einwohner der Gemeinde Gordevio im Tessiner Maggiatal (K. Meyer, Die Capitanei von Locarno, S. 7, 9 usw.).

dienste [1]), auf Reichtum und private militärische Mittel [2]), daneben auch auf Kompetenz: die Landammännerwürde, die Vater und Sohn nacheinander 60 Jahre lang, bekleideten, ist, unter dem Namen Podestat oder Rektorat, auch in sehr vielen italienischen Kommunen durch Amtsverlängerung und Vererblichung die rechtliche Grundlage der Signorie geworden [3]). Vermöge seiner persönlichen Bekanntschaft mit italienischen Stadtregenten wurde der jüngere Attinghusen in der signorilen Regierungsweise vollends bestärkt und leicht zur Übertreibung verleitet [4]). Vorwiegend die Überspannung seines persönlichsten, privatesten, finanziell einträglichsten Machtfaktors, des Flüeler Reichszolles [5]), hat schließlich den Sturz des Geschlechts veranlaßt, kurz bevor die Tyrannis auch in Zürich erlosch [6]). Der tiefste Grund des demokratischen Umschwunges von 1358 lag darin, daß die Attinghusensche Landesherrschaft ihre besondere Mission bereits erfüllt, die größten und schwersten Aufgaben der Befreiungszeit

---

[1]) Man denke an die Art, wie Hans von Attinghusen durch geschickte Verkehrsabkommen mit italienischen Kommunen den Gotthardverkehr belebte, wobei sich die allgemeinen Interessen der Talbewohner mit den persönlichen Bestrebungen des freiherrlichen Zoll- und Sustenbesitzes glücklich deckten!

[2]) Er besaß außer der starken Burg noch Leibeigene (oben S. 22*) und Gefolgsleute (Geschichtsfreund I 19). Außerdem beherrschte er unter dem (italienischen) Titel eines „Rektors“ das oberste Wallis (Anzeiger für Schweiz. Geschichte 1881, S. 287 ff.); sein Bruder war Abt des bedeutenden, das Vorderrheintal beherrschenden Klosters Disentis.

[3]) So 1259 in Como (vorübergehend!), besonders aber in Ferrara und Ravenna. Die häufigste Wurzel war freilich das Volkskapitaneat.

[4]) Wie anspruchsvoll Hans von Attinghausen gelegentlich auftrat, zeigt seine auffallende persönliche Nennung im Glarner Bund von 1352 (Eidg. Abschiede I 273).

[5]) Vgl. die Urkunden im Geschichtsfreund I 18 ff. und 323 ff.

[6]) Bürgermeister Rud. Brun in Zürich starb am 17. September 1360 (J. Dierauer, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft I [2], S. 314). In Luzern entwickelte Schultheiß Peter von Gundoldingen von 1361 ab ein sehr persönliches Stadtregiment, bis er Ende 1384 einer demokratischen Bewegung weichen mußte.

glücklich bewältigt und sich damit selber unnötig gemacht hatte. Die Fortsetzung konnte unbedenklich andern, demokratischeren Kräften überlassen werden. Denn die Staatsleitung der urschweizerischen Miniaturrepubliken war normalerweise unvergleichlich leichter und übersichtlicher als jene der großräumigen italienischen Stadtstaaten mit ihren ununterbrochenen Auslandskriegen und ihrem permanenten innern Aufruhr. Die Bevölkerung der Waldstätte, selbst Uris, war sozial homogener als in Italien, besaß geringere wirtschaftliche Interessenverschiedenheiten und blieb daher von Klassen- und Parteikämpfen doch weniger zersetzt; schlimmstenfalls besaß man gegen inneren Unfrieden doch noch ein anderes Mittel als die eiserne Faust eines Lokalmagnaten, nämlich die Hilfe der andern Waldstätte, die Intervention des interkommunalen Rechtsverbandes auf Grund des ältesten eidgenössischen Bundes.

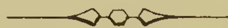
So etwa erkläre ich mir das gegensätzliche Ergebnis italienischer und eidgenössischer Staatsentwicklung, hinsichtlich des Machtcharakters und der Regierungsform. So blieben die partikularistisch-demokratischen Gemeinwesen Italiens nur kurzlebige Übergangsformen, Schrittmacher für den persönlich-absolutistischen Großstaat der neueren Jahrhunderte. Einzig in der Schweiz hat diese Übergangsform sich kontinuierlich erhalten. Die Eidgenossenschaft ist heute das einzige, letzte Denkmal einer bedeutsamsten Geistesbewegung, des ländlich-kommunalen Staatsgedankens des mittelalterlichen Europa.

* * *

Die Erscheinung, daß zu Ausgang des Mittelalters ländlich-demokratische Freiheitsbestrebungen in der Innerschweiz nicht nur entstanden, sondern, im Gegensatz zum übrigen Westeuropa, sich hier siegreich durchsetzten und kontinuierlich behaupteten, diese Ausnahmeerscheinung kann nicht mit genug Gründen erklärt werden. Neben zahlreichen andern, schon längst gewürdigten Ursachen hat, glaube ich, hier auch das Vorbild Raum, das

gerade während der kritischen Waldstätter Befreiungszeit das unmittelbar benachbarte und eng verknüpfte Italien gab. Denn im damaligen Italien empfingen jene sozialen und politischen Freiheitsgedanken den frühesten und leidenschaftlichsten Ausdruck, die theoretisch-naturrechtliche Werbekraft, die rascheste, blitzartig aufleuchtende Verwirklichung, mit andern Worten: die Fähigkeit, weit über die eigenen Grenzen hinaus zu zünden, in andern Ländern gleichartige Strömungen zu stärken und anzufeuern. Wie später die Reformation aus dem davon zuerst und aktivst erfüllten Deutschland bei uns verwandte Regungen zum Kampfe rief, wie die Gegenreformation gerade aus dem spanischen Mailand, der Liberalismus aus dem aufgeklärten Frankreich, der Sozialismus aus Deutschland zu uns gelangt sind, so ist ähnlich im Mittelalter die demokratisch-kommunale Idee vorab aus Italien, als dem Lande ihrer frühesten und schärfsten Konfliktzuspitzung wie ein heißer Südwind über den Gotthard in die Innerschweiz gekommen und hat hier analog entstandene, verwandte, gleichstrebige Bewegungen ermutigt und gefördert. Eine solche Förderung schon vorhandener Kräfte, das ist die ideengeschichtliche Wirkung Italiens bei der urschweizerischen Staatsbildung.

Wenn die waldstättischen Eidgenossen sich in diesem Sinne vom Süden beeinflussen ließen, so bedürfen sie wahrlich einer Rechtfertigung nicht. Die innere Aufnahme und Verarbeitung fremder, älterer Kulturanregungen ist wichtigste Voraussetzung der universalhistorischen Kontinuität, des Kulturfortschrittes der Menschheit. Und in solchem Zusammenklang verschiedener Kulturen, vorab in der glücklichen Vereinigung germanischer und romanischer Elemente, liegt ein Hauptreichtum der schweizergeschichtlichen Vergangenheit und eine feste Grundlage unserer Zukunft.



DIE NAMEN
CHÂTEAU D'OEX, OGO, UECHTLAND.

Von

GUSTAV SCHNÜRER.

Vorbemerkung.

Die Übernahme des Artikels „Ausicensis (pagus)“ für das neue Historische Lexikon der Schweiz gab mir den Anlaß, die Ergebnisse, zu denen die Forschung bisher gelangt war, zu überprüfen. Bald sah ich, daß die nach vielen Richtungen ausgreifende Frage eine völlige Klarheit noch keineswegs gebracht hat, daß sie aber jedenfalls eine schärfere Fassung erhalten könne, der vielleicht endlich eine sichere Lösung winkt. Da zudem ein Überblick über den Stand der Forschung, bei dem die verwandten Benennungen mit heranzuziehen sind, ein wohl allgemeines Bedürfnis ist, so dürfte es sich rechtfertigen, das kleine, für eine dunkle Periode der Geschichte der Westschweiz aber interessante Problem in seiner ganzen Verzweigung zu behandeln. Es gibt dabei Gelegenheit, Mißdeutungen und Mißverständnisse aufzudecken, die bis auf den heutigen Tag weiter gewirkt haben.

Will man an den historischen Ursprung des Problems gelangen, so hat man meiner Ansicht nach nicht von Ogo, auch nicht von Ausicensis pagus, sondern von dem Ortsnamen Château d'Oex auszugehen und nach Feststellung seiner früheren Formen mit Heranziehung der Benennung Ausicensis zunächst für diesen Namen eine Erklärung herbeizuführen, die dann auf das Verhältnis, in dem der Name zu Ogo steht, neues Licht werfen kann. Wir verknüpfen damit in einem eingehend zu rechtfertigenden Zusammenhang das Problem des Namens Uechtland, das seit vier Jahrhunderten behandelt wird, aber immer noch nicht zur Ruhe gekommen ist [1].

---

[1]) Der Geschichtschreiber Freiburgs A. Daguet bezeichnet in seiner Histoire de Fribourg (Fbg 1889) p. 8 die Erklärung des Namens als ein bisher nicht gelöstes Rätsel, und Dierauer in der dritten Auflage seiner Geschichte der schweiz. Eidgenossenschaft I (Gotha 1919), 270 A. 20 kann auch nicht viel Besseres feststellen, indem er auf das Idiotikon hinweist, die dort gebotene Erklärung aber mit einem Fragezeichen versieht.

Abkürzungen.

ASF = Archives de la Société d'histoire du canton de Fribourg.
FGB = Freiburger Geschichtsblätter.
FRB = Fontes rerum Bernensium.
MDSR = Mémoires et documents publiés par la Société d'histoire de la Suisse Romande.
RDF = Recueil diplomatique de Fribourg.

I. Château d'Oex.

Wir finden die verschiedenen Namensformen für Château d'Oex in der Regel als Zusammensetzung, wie der Name heute noch lautet, so daß der erste Teil castrum, castellania, ecclesia, parrochia, vallis, pratum, mons lautet und dann mit „de" verbunden der eigentliche Name folgt. Nur selten fehlt „de".

Die ersten Formen bietet uns die Urkunde, durch welche die Besitzungen des Klosters Rougemont bestätigt werden. Diese Urkunde ist vom 1. August 1115 ausgestellt. Früher war dieselbe nur nach einem Vidimus vom 11. 8. 1500 veröffentlicht, das freilich in den Namen manche, im Abdruck noch vermehrte Fehler enthält [1]). Sicheren Boden gewährt aber die unterdessen zum Vorschein gekommene Originalurkunde [2]). Hier kommt der

---

1) Zeerleder, Urk. f. Bern I, 56; MDSR XXII, 9 s. = FRB I, 366. Vgl. P. Bonaventura Egger, Gesch. der Cluniazenser-Klöster in der Westschweiz (Freiburg 1907) S. 41 A. 3.

2) Sie beruht im Archiv der Gemeinde Rougemont, vgl. F. Reichlen, Le prieuré Clunisien de Rougemont in Revue hist. vaudoise 1906 p. 265 n° 1. Von der Originalurkunde wie von dem Vidimus hat der verstorbene H. Paul Vionnet Photographien hergestellt, die sich in dem von ihm begründeten Musée historique Vaudois zu Lausanne befinden. Durch die Vermittlung von Herrn Bibliothekar Dubois konnte ich von den Photographien Reproduktionen erhalten, die ich der Güte von Frl. Esther Vionnet verdanke, die provisorisch mit der Obhut des von ihrem Vater begründeten wertvollen Museums betraut ist. Die Originalurkunde wäre es wert, daß sie noch einmal fehlerfrei herausgegeben würde. (Der Wunsch ist, während das Manuskript dieses Artikels bei der Redaktion lag, erfüllt worden. P. Aebischer hat die Urk. mit großer Sorgfalt herausgegeben in Revue hist. vaudoise 1920 Janv. Zum Namen äußert er sich p. 5 n. 1, 9 n. 2 u. 6.)

Name viermal vor und immer in der Form Oiz (ecclesia, quae vocatur Oiz, in valle Oiz [2mal], ecclesia de Oiz). Auch später begegnet uns diese Form, bisweilen Oyz und Ois geschrieben [1]; einmal nur finden wir die wohl aus falscher Lesung von Oiz hervorgegangene Form Oit [2]. Dazu kommen 1177 Oz [3], 1228 Ooiz [4], 1271 Heiz (castrum de, castellania de) [5]; 1272 castrum de Uyz [6], 1278 Oez ohne Vorsatz [7], 13. Jahrhundert villa de monte doez [8], 1297 terra dicta en Oes [9], 1366f. castrum de Oez [10], 1357, 1372 castrum d'Oex [11], 1359 Ez (allein) [12], 1328, 1367, 1372 Oeyz (castrum de, castellania de, ecclesia de) [13], 1395,

---

[1]) Vldricus, Vido de Oiz 1177 MDSR XII, Cart. de Montheron p. 30 s.; villa de Oiz 1235 MDSR VI, 205; capellanus de Oys 1238 MDSR XXII, 42; sacerdos de Oiz 1290, ebenda 74; villa prati Doyz, castrum Doyz 1289 MDSR XXII, 72 (FRB III, 465).

[2]) Vido de Oit 1177, MDSR XII, Cart. de Montheron 29 s. Das kurze z kann, wie mir die Photographie der Originalurkunde von Rougemont zeigte, sehr leicht für t gelesen werden, und ist auch so in dem Vidimus von Rougemont an einer Stelle gelesen worden.

[3]) Wido de Oz MDSR XII, Cart. de Montheron p. 33, offenbar derselbe Wido, der in den vorhergehenden Anmerkungen zitiert ist.

[4]) Im Cartular des Cono von Estavayer, Pfarreienverzeichnis MDSR VI, 23.

[5]) MDSR XXIII, 626. Die Form Eiz, die Gauchat im Archiv f. d. Studium der neueren Sprachen und Literaturen CXI (1903) 402 unter den verschiedenen Formen der Rougemont-Urkunde von 1115 nach dem fehlerhaften Abdruck des Vidimus zitiert, gehört nicht zu Château d'Oex. Die in MDSR XXII, 10, gedruckte Bezeichnung (Lambertus) de Eiz lo prael beruht auf falscher Lesung, denn die Originalurkunde wie auch das Vidimus haben deutlich E*l*z.

[6]) MDSR XXIII, 628.

[7]) Apud Oez MDSR XXIII, 632; curatus de Oez 1285 FRB III, 391, ebenso a. 1361 FRB VIII, 412.

[8]) MDSR IX, 79.

[9]) MDSR XXIII, 356.

[10]) MDSR XXII, 178, 183.

[11]) MDSR XXII, 490; IX, 79.

[12]) MDSR XXII, 490.

[13]) MDSR XXII, 96 ss., 500, 202.

1397 Oye (parrochia de, castellanus de)[1]. Im 14. und 15. Jahrhundert ist die Form Oyez oder Oyes die vorherrschende[2]; 1509 lautet sie Aix (castel d')[3]. Die Formen castrum de Orex, castrum de Cie, castrum de Riez, die uns aus Turiner Registern über die Lehenshuldigung des Grafen Rudolf von Gruyère vom Jahre 1255 mitgeteilt wurden[4], werden wir sicher in Oyex oder Oiex, Oie und Oiez verbessern dürfen, so daß sie ohne Schwierigkeiten in die obere Reihe passen.

Während im Französischen die volle Bezeichnung der Burg sich in dem heutigen Ortsnamen Château d'Oex noch erhalten hat, bezeichnet man im Deutschen den Ort kurzweg mit Oesch[5]. Wollten wir castrum de Oiz, Heiz, Uyz, Château d'Oex wörtlich ins Deutsche übersetzen, so müßten wir nicht bloß Oesch sagen, sondern Oesch-burg, sowie wir das vallis de Oiz mit Oeschtal übersetzen und eine Benennung Oesch-gau bilden könnten.

Offenbar haftete die Bezeichnung ursprünglich an der Burg. Denn die Burg war vor der Kirche da und gab den Anlaß zur Ansiedlung[6]. Die Kirche war Eigenkirche der Herren, deren

---

1) MDSR XXII, 178, 533.

2) MDSR XXII, 475 s., 479, 491, 500, 519; XXIII, 633, 635, 642, 644 und dann noch oft in diesem Bande.

3) MDSR XXIII, 700, 703.

4) von Wurstemberger, Peter der zweite, Graf von Savoyen IV (Bern 1859), 194; FRB II, 415.

5) Z. B. in der Berner Chronik von Conrad Justinger, hrsg. v. Studer (Bern 1871) 202f.; in dem von Büchi hrsg. Freiburger Missivschreiben v. J. 1475, FGB XIII (1906), 61; in den deutschen Urkunden von 1533 und 1541 MDSR XXIII, 247, 710 und in der im 17. Jahrhundert verfaßten Chronik von Saanen, vom Landschreiber Mösching, Arch. d. hist. Vereins v. Bern XIII, 584ff. Die deutsche Form entspricht ganz der alleinstehenden französischen Form Oez, Oes, Ez; s. oben S. 82* A. 7, 9, 12.

6) Hisely, Hist. du comté de Gruyère MDSR IX, 26ff, 79f. Aber zu der Bezeichnung „castrum *in* Ogo", die Hisely, Gingins-la-Sarraz folgend, rekonstruiert (vgl. ebenda S. 51, 53, dazu unten unsere A. 4 auf S. 91*) und Jaccard, Essai de toponymie MDSR IIe Série VII, 313 irrtümlich übernommen hat, ist von Morel mit Recht bemerkt worden,

Sitz auf der Burg war, also von ihnen gegründet[1]). Die Burg erheischte und bekam also auch zuerst einen Namen, der von ihr auf Ortschaft, Kirche und Tal übertragen wurde.

Was nahm man aber zur Hilfe, um der Burg ihren Namen zu geben? Beachten wir die Genetivform, in welcher der eigentliche Name mit dem Begriff castrum verbunden ist, so liegt es am nächsten, an einen Personennamen zu denken, für dessen Aufsuchung wir auf die Zeit der Zersplitterung der politischen Gewalt in diesen Gegenden bei dem Verfall des Karolingischen Reiches und der Bildung des Königreiches Hochburgund angewiesen wären. Das burgundische Königreich, das mit der Erhebung Rudolfs I. im Jahre 888 begründet wurde, ging aus dem merovingischen Pagus Ultraioranus hervor[2]). Im 9. und 10. Jahrhundert bilden sich hier mehrere kleine Grafschaften, die nicht selten nach den Burgen der ihnen vorgesetzten Grafen benannt wurden[3]). Das führt uns also dazu, uns zur Erklärung des Burgnamens nach einem Gaunamen umzusehen. Einen solchen haben wir in dem pagus Ausicensis.

---

daß sie in keinem Dokument zu finden ist; die Zuversicht von Gauchat im Archiv f. neuere Sprachen CXI, 402, daß sie „kaum erfunden sein wird", bestreite ich. Auch ein „castrum ab Ogo", das bei Martignier et de Crausaz, Dictionn. hist. du canton de Vaud (Laus. 1867) 671 erwähnt wird, gibt es nicht. Es ist eine ungenaue Zitation der Stelle von Hisely MDSR IX, 53. „Pons castrum in Ogo" kommt wohl später vor, so 1397, MDSR XXII, 532; das ist aber Pont-en-Ogoz in der unteren Gruyère.

[1]) Aebersold, Studien z. Gesch. der Landschaft Saanen (Diss. Bern 1915) S. 5.

[2]) Poupardin, Le royaume de Bourgogne (Paris 1907) S. 265ff.

[3]) Breßlau, Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Konrad II. Bd. II (Lpz. 1884) S. 67; Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidgenoss. I², 75; Baumann, Die Gaugrafschaften im Wirtemberg. Schwaben (Stuttgart 1879) 16f. zeigt, daß in Schwaben von der 2. Hälfte des 9. Jahrhunderts ab die Grafschaften nach dem Namen des Grafen und vom 11. Jahrhundert ab nach dem Wohnsitz benannt wurden. In unserem Fall nehmen wir an, daß beides zusammenfiel.

In einer Urkunde vom 5. April 929 [1]), durch die einem Turimbert von der Abtei St-Maurice die Nutznießung mehrerer Ländereien übertragen wird, lesen wir von einem Pagus Ausicensis neben dem pagus Valdensis (Vaud) und Caputlacensis (Chablais) [2]). Die Ortsnamen Vuadens, Marsens und Maules, die darin als im pagus Ausicensis gelegen bezeichnet werden, zeigen uns, daß der pagus sich mit der späteren Grafschaft Gruyère (Greyerz) deckte, und weiter können wir aus den im pagus Valdensis genannten Ortschaften entnehmen, daß damals, im Beginn des 10. Jahrhunderts, die Höhe des Gibloux ungefähr die Grenze des pagus Ausicensis und Valdensis zwischen der Saane und Glane bildete [3]).

Der Name begegnet uns noch einmal in einer anscheinend verderbten Form. In dem Cartularium von Lausanne, das der Propst Cono von Estavayer um 1228 zusammenstellte, findet sich in einer Urkunde aus dem 38. Jahr des Königs Konrad von Burgund, d. h., da Konrad 938 zur Regierung kam, aus dem Jahre 975: „Salerius dedit ... in valle Ausocense, id est Ogo, in villa Socxinges (id est Soucens) casale unum" [4]). Das von dem Verfasser des Cartulars beigefügte „i. e. Ogo" zeigt uns, daß die lateinische Bezeichnung vallis Ausocensis im 13. Jahrhundert

---

[1]) Das richtige Datum festgestellt von Ch. Morel, Observations onomastiques et historiques à propos de quelques chartes du Xe siècle im Anzeiger f. schweizerische Geschichte N. F. XI, 417f.

[2]) Abgedruckt u. a. bei Hisely, Monuments de l'hist. de Gruyère MDSR XXII, 5. Die in Betracht kommende Stelle auch bei Morel a. a. O. 418.

[3]) Morel 420.

[4]) MDSR VI, 5, wo aber fälschlich „Ausorense" (vgl. Gauchat Archiv 402), „Sotringes" und „Soutens" steht. Socxinges ist Saucens bei Bulle; vgl. Stadelmann, Etudes de Toponymie romande, ASF VII (1902), 336. Ohne Grund vermißt Hisely MDSR IX, 136 in der Stelle das Objekt. Es ist casale unum. Mit Recht aber sieht er in „id est Ogo" und „id est Soucens" Zusätze, die wir dem Verfasser des Cartulars zuschreiben können.

nicht mehr geläufig war. Wir treffen sie auch sonst nicht mehr. An ihre Stelle tritt Ogo, dessen ursprüngliche Form Osgo darauf deutet, daß die erste Silbe der romanischen Form mit der unsicheren Latinisierung Ausicensis, Ausocensis etwas gemein haben muß. Denn das Au ist als romanisches o auszusprechen. Vgl. Auximum = dem italienischen Osimo.

Das Adjektiv Ausicensis ist ebenso gebildet wie das Adjektiv in pagus Aventicensis, eine Benennung, die schon in der Merowingischen Zeit aufkam und nicht von einer neuen Burggründung, sondern von der alten Römerstadt Aventicum abgeleitet ist [1]. Nicht allein in der Form, sondern auch in der Ableitung von einer neuen Burggründung entspricht unserer Bezeichnung der comitatus Pipincensis oder Pipinensis, der im 9. Jahrhundert erscheint [2] und seinen Namen aller Wahrscheinlichkeit nach von Pinprinza, dem alten Ort Bümpliz bei Bern, hat, in dem der Personenname Pippin stecken dürfte [3]. Auf einen Personennamen weist auch die deutsche Bezeichnung für Avenches: Wifflisburg [4], die sicher mit jenem Zusatz zu dem Hieronymus-Auszug in Zusammenhang zu bringen ist (Alamanni vastatum Aventicum praevencione Wibili cuinomento ... transierunt),

---

[1]) Chron. Fredegarii l. IV c. 37 ed. Krusch Mon. Germ. SS. rer. Meroving. II 138. Vgl. Gisi, Pagus Aventicensis im Anzeiger f. schweiz. Geschichte 1884, S. 235ff. und Martin, Etudes critiques sur la Suisse à l'époque Méroving. (Genève 1910) p. 363 ss.

[2]) Annal. Bertiniani a. 859, ed. Waitz (Hannov. 1883) p. 53; com. Pipinensis in Urkunden Lothars II. (a. 866) u. Karls III. (a. 885), FRB I, 235, 239. Vgl. Gisi, Pagus Avent. a. a. O. 240ff., der den Namen aber ohne hinreichenden Grund von Vuippens ableiten will.

[3]) Pinprinha oder Pinprinza i. d. Urk. Kg. Rudolfs III., 1025 Aug. 6 (FRB I, 305); Puiprinzo (oder richtiger Pinprinzo) aus demselben Jahre (ebenda 306), und vielleicht Pimpenymgis in der Urk. Kg. Rudolfs III. v. J. 1019 (ebenda 299). Vgl. Gisi, a. a. O. 239 u. Poupardin, Le royaume de Bourgogne 272.

[4]) Wibilsburg a. 1266, Wibelspurg a. 1302, s. Stadelmann, Etudes de toponymie romande A S F. VII (1902) 378. Vgl. Gatschet, Ortsetymol. Forschungen I (Bern 1867), 309.

der von dem ersten, im Anfang des 7. Jahrhunderts schreibenden Bearbeiter der sogenannten Fredegarchronik herrührt [1]).

Nach diesen Analogien könnten wir in unserer Bezeichnung pagus Ausicensis auch, ohne etwas Besonderes zu wagen, einen Personennamen vermuten. Gauchat, der sich zuletzt über die Erklärung des Namens geäußert hat [2]), denkt daran allerdings nicht, aber wir lassen uns von ihm — denn hier hat sich der Historiker dem Philologen unterzuordnen — ein gutes Stück weiterführen. Ohne Zusammenarbeiten gelangen wir hier zu keiner befriedigenden Lösung.

Aus Ausicensis abstrahiert Gauchat ein Ausicum. Aus den alten Formen für Château d'Oex: Oiz, Oyez, Oix, Heiz [3]), Uyz, Aix schließt er: „Der Name schloß ursprünglich mit einem Zischlaut; die Formen mit e sind nicht zweisilbig, sondern enthalten einen Diphthong oder Triphthong, dessen Aussprache man durch dieses e graphisch zu stützen suchte. Alle diese Formen scheinen auf Osc oder Ausg zurückzuführen, das zu Ueis — Üeis — Eis — E wird ..." So stellt er also an die Spitze der Ableitungen Osgo, die älteste Form von dem Grafschaftsnamen Ogo, auf den wir bald zurückkommen werden. Die Formen von Oex leitet er, wie andere, von Osgo ab [4]). Ausicum ist ihm ein latinisiertes Osgo,

---

[1]) Chron. Fredegarii l. II c. 40, ed. Krusch p. 64. Vgl. mein Buch: Die Verfasser der sogenannten Fredegarchronik (Freib. 1900) S. 164. Aus der Notiz darf man aber wohl nur schließen, daß vor dem 7. Jahrhundert einmal ein Wibili in Avenches saß; s. Roth im Anzeiger f. schweiz. Gesch. 1860 S. 77; Krusch im Neuen Archiv d. Ges. f. ältere d. Geschichtskunde VII (1881) 450; Stadelmann, a. a. O. 375f.; Martin, La destruction d'Avenches dans les Sagas scandinaves, Anzeiger f. Schweiz. Gesch. N. F. XIII (1915) 12.

[2]) Gauchat, Gibt es Mundarten? Archiv f. Stud. d. neuer. Sprachen Bd. CXI (1903) S. 402.

[3]) S. oben S. 82*, A. 5.

[4]) So Hisely MDSR IX, 51, 56; De Gingins-la Sarraz, Essai sur l'établissement des Burgunden (S. A. aus Memorie della R. Accademia di Torino XL) 59; Gisi im Anzeiger 1884 S. 246; Zimmerli, Deutschfranzösische Sprachgrenze i. d. Schweiz II (Basel 1895) 142; Aebersold 3.

dieses ein ursprünglich deutscher Name. „Die Einsilbigkeit des romanischen Namens weist eher auf ein früh synkopiertes deutsches Wort als auf ein lateinisches oder keltisches." „Vielleicht darf man an ein aus dem Verbum ausjan = leeren (ausreuten?) bezogenes Adjektivum denken. Das Land wäre zunächst als ein ödes bezeichnet worden."

Zu diesen Darlegungen habe ich nur einige Bemerkungen äußerlicher Art zu machen. Alle diejenigen, die Oex von Ogo ableiten wollen, scheinen mehr oder minder bewußt unter dem Eindruck der Form „Castrum in Ogo" zu stehen, die in Wirklichkeit aber nicht vorkommt [1]). Meiner Ansicht nach ist von der Genitivform castrum d'Oiz auszugehen und zunächst dafür eine Erklärung zu suchen. Der Burgname und nicht der Landschaftsname ist zuerst zu erklären. Ich möchte also das Abhängigkeitsverhältnis umkehren. Das erst später auftretende Osgo muß aus dem in Ausicensis und Château d'Oex steckenden Wort erklärt werden. Weil Gauchat einen Landschaftsnamen erklären will, denkt er an „ausjan" und nicht an einen Personennamen, der doch am nächsten liegt, wenn man die Burgbezeichnung erklären will. Gegen die Erklärung Gauchats aus einem deutschen Siedlungsbegriff spricht das äußere Moment, daß die Gegend, in der die Burg lag, nicht von Deutschen besiedelt wurde. In der Urkunde für Rougemont vom Jahre 1115 lesen wir, daß die deutsche Sprachgrenze erst oberhalb von Rougemont begann, jenseits des Griesbaches (ruisseau des Fenils), wo heute noch die Sprachgrenze verläuft [2]). Also ist nicht anzunehmen, daß die Landschaft oder das Tal damals, als es besiedelt wurde, eine deutsche Bezeichnung, hervorgegangen aus dem Charakter der Landschaft, erhalten hat. Näher liegt, daß ein Personenname, der Name des im Castrum d'Oiz waltenden Herren, Anlaß zur Benennung seiner Burg gegeben hat.

---

[1]) S. oben S. 83* A. 6 und unten S. 91* A. 4.

[2]) MDSR XXII, 9 = FRB I, 366: ultra unum predictorum fluminum (Flandruz), in ea parte, que finem facit contra Alœmannos. Vgl. Hisely MDSR IX, 21, 31; Zimmerli 144.

Schon andere haben den Namen von Château d'Oex aus einem Personennamen erklären wollen. Muret hat auf den Namen Otius hingewiesen [1]), und Mottaz ist ihm gefolgt, indem er auf den Ortsnamen Eysins (Kt. Waadt, Bez. Nyon) aufmerksam machte [2]), dessen alte Formen Osinco 1002, Osins 12., 13. Jahrhundert, Oisins 13. Jahrhundert lauten [3]). In der Frage haben zunächst die Vertreter der romanischen Philologie zu entscheiden. Professor Bertoni, dem ich die Frage unterbreitete, erklärte mir, daß aus Otius, Osius sich ohne jede Schwierigkeit Oiz entwickeln läßt und als Personenname jedenfalls am besten dafür in Betracht kommt. Der Name Osius ist ein alter, vielleicht aus dem Griechischen kommender Name, dessen berühmtester Träger im Abendlande der Bischof Osius von Cordoba, † 357, war, und der in das Keltische überging [4]). Dieser Osius von Cordoba wird zitiert in der Lex Romana Burgundionum [5]). Weniger als Otius, Osius befriedigt vom philologischen Standpunkte der deutsche Personenname Osso, Oso, von dem Jaccard unsern Ortsnamen ableiten wollte [5]).

Ich wollte früher den philologisch freilich auch nicht — wie mir Kollege Bertoni sagte — genügenden germanischen Personennamen Hazecho, Heizecho, Ezico in Anspruch nehmen, den wir in Eschichens bei Morges und Eschiens, Pfarrei Promasens, Kanton Freiburg haben. Mich bewog dazu hauptsächlich die latei-

---

[1]) Muret, De quelques désinences de noms de lieu. Romania XXXVII, 36.

[2]) Mottaz, Dictionnaire hist. du canton de Vaud (Lausanne 1914) I, 371: „Oex paraît être identique au gentilice Otius, d'où peuvent être dérivés les noms d'Oisy en France et celui d'Eysins"; und p. 716 s. v. Eysins: „Dérivé, comme Eysins (Isère) par le suffixe — anus (échangé dans la plus ancienne forme avec -incus) de l'un des gentilices Osius ou Otius (Rom. XXXVII, 36), probablement contenu dans le nom de Château d'Oex." Vgl. Mon. Germ. Necrol. II, 446: Ozzius com. fundator ecclesie Ossiach.

[3]) Jaccard, Essai de toponymie 160.

[4]) Holder, Alt-celtischer Sprachschatz II (Leipz. 1904) 884.

[5]) tit. III ed. de Salis, Mon. Germ. Leges II, pars I, p. 127.

nische Form Ausicensis, in der wir einen zweiten Zischlaut haben, den Hazecho geboten hätte. Aber die Schwierigkeiten, die daraus gegen Otius, Osius vorgebracht werden könnten, sind wohl leicht zu heben, indem wir annehmen dürfen, daß für die Bildung der lateinischen Gaubezeichnung pagus Ausicensis einfach die Analogie von Aventicensis maßgebend gewesen ist. Jedenfalls haben hier die Romanisten das erste Wort. Wenn diese Osius, Otius für voll genügend ansehen, um den Namen Oiz abzuleiten, so dürfen wir ihnen ohne weiteres folgen und also annehmen, daß nach einem Otius oder Osius das castrum de Oiz, die Oesch-Burg benannt wurde, die das obere Saanetal beherrschte, das mit der Schlucht von La Tine abschließt.

II. Ogo.

Für den Gau der Grafen, denen Château d'Oex und Gruyère gehörte, haben wir nicht allein die lateinische Form Pagus Ausicensis, sondern auch die romanische Benennung Ogo mit einigen Varianten, die wir zunächst durchmustern wollen.

Schon das erste Vorkommen des Namens verlangt ein näheres Zusehen. Wir finden ihn zuerst in einer am 13. Oktober 1039 oder wohl richtiger 1040 [1]) zu St-Maurice ausgestellten Urkunde des Erzbischofs Burchard III. von Lyon, der zugleich Abt von St-Maurice war. Der Abt-Erzbischof überläßt darin einem seiner Getreuen namens Ludwig die Nutznießung von Ländereien ,,in pago Genevensi" gegen eine Schenkung zugunsten des Klosters St-Maurice. Diese Schenkung bestand in dem vierten Teil des Dorfes Morlon mit allem Zubehör: ,,videlicet quartam partem ville que vocatur Mollon cum omnibus pertinenciis et quid habuit

---

[1]) Zum Datum s. Ch. Morel im Anzeiger f. schweiz. Gesch. N. F. VIII, 424.

vel visus fuit habere, nihil inde sibi retinens neque in vita neque post mortem, que iacet in comitatu Waldense in loco qui vocatur Osgo [1]). Die von dem „Arnoldus presbiter vice Terumberti" besorgte Redaktion der Urkunde erweist sich hier recht mangelhaft; das „que iacet ..." sollte vor der Pertinenzformel kommen und sieht aus wie ein nachträglicher Zusatz. Aber die in dem Relativsatz enthaltenen Bestimmungen verraten auch grobe Unkenntnis. Morlon bei Bulle liegt nicht in dem comitatus Waldensis, sondern in dem pagus Ausicensis, nicht weit von Vuadens, Marsens und Maules, die in der Urkunde von 929 als im pagus Ausiçensis gelegen bezeichnet wurden [2]), in der Gegend, die man nachher Ogo nannte. Riaz, Bulle, Echarlens, die ganz in der Nähe liegen, werden wiederholt mit dem Zusatz „in Ogo" bezeichnet [3]). Es wäre verkehrt, „in loco qui vocatur Osgo" wörtlich zu nehmen und einen Ort zu suchen mit dem Namen Osgo. Denn das gäbe keinen Sinn [4]). Wir können die Stelle nur so erklären, daß der Redaktor der Urkunde gehört hatte, daß der Ort Mollon „in Osgo" läge; er dachte sich darunter eine Ortschaft, in der die villa Mollon einbegriffen wäre, und da ihm dann aber eine Grafschaftsbezeichnung fehlte, gebrauchte er als solche, einer irrigen oder veralteten Benennung folgend [5]), den „pagus

---

[1]) MDSR XXII Nr. 3, p. 6s.

[2]) S. oben S. 85*.

[3]) „Rota in Ogo" MDSR VI, 23, 181, 205, 431; VII, 27; XXII, 25, 53, 57, 76; Nekrolog v. Lausanne MDSR XVIII, 181. „In Ogo. Bollo" MDSR VI, 201. „Humilimonte de Ogo" MDSR XXII, 58. „Echallens en Ogo" MDSR IX, 53. — Ich kann deshalb Maxime Reymond nicht folgen, der in seiner Abhandlung L'évêque de Lausanne comte de Vaud, Zeitschrift f. Schweiz. Kirchengesch. V (1911), 17, ohne weiteres Morlon als wirklich zum Comitatus Waldensis gehörig betrachtet.

[4]) Hisely hat MDSR IX, 53 darin Castrum in Ogo = Château d'Oex sehen wollen, bei dem neuen Abdruck der Urkunde in MDSR XXII, 6, n. 2 sich aber berichtigt. Der Irrtum noch bei Martignier et de Crousaz, Dictionnaire de Vaud (Laus. 1867) 167, 671.

[5]) In einem Güteraustausch zwischen Burchard II., Erzbischof von Lyon und Abt von St-Maurice, einerseits und einem Ehepaar anderseits

Waldensis". Weiter dürfen wir aus dem Mißverständnis entnehmen, daß die Bezeichnung „pagus Ausicensis" keine rechte Wurzeln gefaßt hatte oder damals schon wieder vergessen war, daß anderseits die Benennung Osgo als eine Gaubezeichnung in weiteren romanischen Kreisen noch nicht verstanden oder aufgenommen war. In der Gegend selbst ist die Bezeichnung wohlbekannt, sie ist aber noch nicht weiter gedrungen und kanzleimäßig geworden. Im 11. Jahrhundert ist also die Bezeichnung erst im Aufkommen, und da lautet ihre Form Osgo, die als älteste für die Erklärung des Wortes somit ganz besondere Bedeutung erhält. Später werden wir aus dem Ende des 11. Jahrhunderts noch einen neuen Beleg dafür erhalten, daß der Name damals noch flüssig war und keinem festen geographischen Begriffe entsprach [1]).

Sicher und fest geworden, begegnet uns der Name erst am Ende des 12. und im 13. Jahrhundert, und da fehlt in ihm das auslautende s der ersten Silbe. Graf Rudolf „comes de Ogga" erscheint in einer Urkunde für die Abtei Hautcrêt um das Jahr 1160 als Zeuge [2]). In einer Urkunde, die im Jahre 1172 derselbe Graf Rudolf mit seiner Gattin Agnes ausstellt, nennt er sich „comes de Ogo" [3]), und in einer Notiz über die Erbschaft des Herrn Peter von Glane, die nicht lange nachher verfaßt worden sein muß, wird diese Agnes, die Tochter Peters, als Gattin des Grafen „de Ogo", sie selbst als „comitissa de Ogo" bezeichnet [4]).

---

aus den Jahren 983—993 ist die Rede von „loco qui dicitur a Roda" „in pago Waldense". Hist. patr. mon. Chart. II, 72. Diesbach, Régeste fribourgeois (Frib. 1913) p. 4. Also Riaz wurde damals auch noch als im pagus Waldensis gelegen bezeichnet.

[1]) S. unten S. 111*.

[2]) Cartul. de Hautcrêt p. 193 MDSR XII. Vgl. MDSR IX, 52.

[3]) Livre des donations de Hauterive p. p. Gremaud, ASF VI (1896) n⁰ 175, p. 68; in dem von P. Justin Gumy für die Ausgabe vorbereiteten, im Druck befindlichen Régeste de Hauterive n⁰ 128.

[4]) ASF VI p. 66 n⁰ 171b = Régeste de Hauterive n⁰ 120. Die Notiz wurde noch zu Lebzeiten der Agnes verfaßt: usque hodie quartam partem

Die Bulle des Papstes Lucius III. zugunsten des Kapitels von Lausanne nennt 1182 Riaz: Rota in Ogo [1]). Um das Jahr 1200 wird die Lage einer Alpe näher bestimmt als zwischen Ogo und dem Lande Chablais gelegen, oberhalb Ormont und Lasur [2]). Im Cartular von Lausanne aus dem Jahre 1228 begegnet uns wiederholt diese Benennung, meist für die Lage einzelner Ortschaften [3]). Damals gab es schon einen Dekanat „de Ogo" [4]), welcher die Pfarreien des oberen Saanetales von Saanen, bezw. Château d'Oex bis Pont en Ogoz, im Jauntal und im ganzen Umkreis des Gibloux bis Autigny, am linken Ufer der Glane im Norden umfaßte, Kirchen, die, wie Kirsch schön dargelegt hat, seit der burgundischen und fränkischen Zeit allmählich gegründet worden waren und unter denen Riaz, eine Gründung der Grafen dieses Gebietes, im Anfang des 10. Jahrhunderts erscheint [5]). Der Dekanat von Ogo grenzte im 13. Jahrhundert an den Dekanat von Vevey im Westen, den von Avenches und Freiburg im Norden und deckte sich wahrscheinlich lange Zeit mit dem weltlichen Herrschaftsgebiet der Grafen von Ogo [6]). So sprach man auch von einem „vallis de Ogoz" [7]) und von Leuten „de Hogo" [8]). Pont en Ogoz und Vuisternens en Ogoz, die den Namen noch heute festgehalten haben, bildeten die nördliche Grenze

---

habet. Agnes lebte noch 1182. S. die Bemerkung von P. Justin Gumy in seinem Régeste de Hauterive n⁰ 249 (Lib. donationum Nr. 258, Ausgabe Gremaud p. 104). Vgl. Reymond, Les Sires de Glane et leurs possessions in ASF XII (1918) p. 163, 175.

[1]) MDSR VII, 28.

[2]) Hidber, Schweiz. Urkundenregister II Nr. 2813.

[3]) MDSR VI, 5 (s. oben S. 85*, A. 4), 23, 201 (204 zu streichen, s. Errata 699, richtig XXII, 3, Poupardin 273 n. 4), 205, 431, 460, 598.

[4]) MDSR VI, 22.

[5]) Kirsch, Die ältesten Pfarreien des Kantons Freiburg in FGB XXIV (1917) 99ff., 126ff.

[6]) Vgl. Gauchat im Archiv f. neuere Sprachen Bd. CXI, 366.

[7]) Testament der Agnes von Vuippens MDSR IX, 53 a. 1298. Mémorial de Fribourg II (1855), 70.

[8]) cum illis de Hogo MDSR XXXIII, 356 a. 1369.

der Grafschaft, die in einer Urkunde vom Februar 1234 deutlich bezeichnet wird, indem der Graf Rudolf III. de Grueria der Cistercienser-Abtei Hauterive Waldrechte „a Castro de Ponte per totam terram de Ogo usque ad la Tina schenkt" [1]). Aber auch La Roche wird wenig später 1263 und 1269 als „Rochia in Hogo" bezeichnet [2]), und von dem Gebiete um Massonnens wird 1274 gesprochen als „a Berlens tendendo per Massonens versus Oggo" [3]), was doch wohl so zu verstehen ist, daß Massonnens nicht mehr zu Oggo gehörte, aber an der Grenze davon lag.

Der Name Ogo haftete endlich auch an einem Rebgut am Genfersee, in der Gemeinde St-Saphorin. Es ist aber nicht berechtigt, daraus zu schließen, daß das Gebiet von Ogo bis zum Genfersee reichte [4]). Der Grund für die Benennung liegt allein darin, daß die Grafen von Ogo hier Weinberge hatten, die wahrscheinlich aus der Erbschaft der Familie von der Glane stammten und 1221 als Schenkung an das Kloster Hautcrêt kamen [5]).

Der Graf des Gebietes von Ogo nannte sich seit dem 13. Jahrhundert regelmäßig „de Grueria". Die Begriffe „de Grueria" und „de Ogo" decken sich, wie schon Graf Rudolf I., der um 1160 als „comes de Ogga" erscheint und sich in der Urkunde von 1172 für Hauterive „comes de Ogo" nennt [6]), um dieselbe Zeit in einer andern Urkunde für Hauterive als „comes de Grueria" bezeichnet wird und seine Gattin als „uxor comitis de Grueria"

---

1) MDSR XXII, 37 n⁰ 35.

2) Rég. frib. p. 102, 112.

3) MDSR XXIII, 630.

4) Hisely MDSR IX, 59. Schon zurückgewiesen im Archiv f. neuere Sprachen Bd. CXI, 307, A. 1 von Gauchat.

5) Cartul. de Hautcrêt p. 272 in MDSR XII. Ebendaselbst p. 162 (cfr. Index p. 251) ein Wido de Ogga, der nach diesem Weingut benannt zu sein scheint. Ich folge hierbei Reymond, Les sires de Glane ASF XII, 177. Im Gegensatz dazu heißt es bei Mottaz, Dict. de Vaud 13e livr. s. v. Ogo, daß die Weinberge an die Praemonstratenser von Humilimont oder Marsens im Lande Ogoz gekommen wären und daher den Namen bekommen hätten. Die Entscheidung darüber muß ich Lokalforschern überlassen.

6) S. oben S. 92*, A. 3.

urkunden läßt, eine Benennung, die um 1150 auftritt, zu welcher Zeit auch der Name der Burg Gruyère erscheint [1]).

Den Namen Grueria leitet Hisely [2]) ohne Zweifel richtig von dem besonderen Amt eines Wald- oder Wildgrafen ab, der in karolingischer Zeit als Aufseher über die königlichen Forste forestarius hieß [3]), welchem Begriff das romanische Wort gruier entspricht. Die hier sitzende Familie hatte zu ihren anderen Herrschaftsbefugnissen den Wildbann zu eigen erhalten [4]), und so konnte der Graf sich als comes forestarius oder gruerius bezeichnen. Die Amtsbezeichnung wurde zur Benennung der Grafenfamilie und ihrer Burg verwandt und dann weiter auch zur Bezeichnung der Grafschaft, so daß der territoriale Name Ogo allmählich verdrängt wurde; aber noch in einer Urkunde vom 1. März 1420 wird von einer patria de Ougo gesprochen [5]). Dieses Grafengeschlecht tritt uns zuerst in der Urkunde für Rougemont vom Jahre 1115 entgegen, in der der Name Château d'Oex zum

---

[1]) Willelmus comes de Grueria — Turincus et Jorans de Grueria 1145—59 (Mémorial de Fribourg II, 239 s.), comes Rodulfus de Grueres ca. 1157 ? (MDSR XII 2, p. 147, u. XXII, 11), Rod. comes de Gruieri 1161 (ASF VI, 3 n⁰ 8, Régeste de Hauterive n⁰ 86), Rod. comes de Grueria 1162 (ASF VI, 4 n⁰ 9, Rég. de Hauterive n⁰ 91), Petrus de Gruieria, apud Grueriam 1162 (MDSR XXII, 14 s., Rég. de Hauterive n⁰ 101), Agnes uxor comitis Rodulphi de Grueria ca. 1162 (ASF VI, 5 n⁰ 13, Rég. de Hauterive n⁰ 100), dieselbe als comitissa de Grueria 1178 (ASF VI, 102 n⁰ 254, Rég. de Hauterive n⁰ 197), Rod. comes Gruierensis 1177 (MDSR XII 3 p. 27). Vgl. Hisely MDSR IX, 52, Thorin, Notice hist. sur Gruyère (Frib. 1881) 10 s.

[2]) MDSR IX, 47 ss. Vgl. Thorin 9, Aebersold 3 f.

[3]) Der forestarius wird genannt in dem aus der Zeit Karls d. Gr. oder Ludwig des Frommen stammenden Capitulare de villis, die Pflichten desselben näher dargelegt in c. 36: ut silvae vel forestes nostrae bene sint custoditae ... Siehe dazu den Kommentar in der „Landgüterordnung Kaiser Karls d. Gr." von Gareis (Berlin 1895) 44.

[4]) Glitsch, Der alamann. Zentenar, Berichte d. sächs. Ges. d. Wiss. zu Leipz. Phil.-hist. Kl. Bd. 69 (1917) 147.

[5]) MDSR XXII, 327.

ersten Male vorkommt[1]). Es wird wahrscheinlich eine andere Familie gewesen sein als die, welche dem Castrum d'Oiz und dem pagus Ausicensis ihren Namen gab, denn sonst würde wohl der Name Otius, Osius, aus dem wir diese Benennungen erklären, in der Reihe der Grafen von Gruyère vorkommen.

Nachdem wir die verschiedenen Formen Osgo, Oggo, Ogga, Ogo, Ogoz, Hogo, Ougo kennen gelernt haben, bleibt uns nun dieser Name noch zu deuten. Zunächst wollen wir die früheren Erklärungen des Namens durchmustern. Man begann mit ganz willkürlichen Deutungen, die bald aufgegeben wurden und heute als Spielereien angesehen werden[2]). So jene Erklärung, die von der Form oga ausging[3]): aus oga machte man auca, ein Synonym von anser = oie (Gans), und so wurde Château d'Oies zum Schloß der Gänse, von denen es aber dort viele nie gegeben haben wird. Bridel dachte an oie = pré, eine falsche Anlehnung an oison, vieux vouazon, gazon, und machte Château d'Oex zur Rasenstadt[4]). Andere dachten an Erklärungen aus dem Deutschen und wollten zunächst in Ogo eine Verstümmelung von Hochgau sehen[5]). Sie stützten sich dabei auf die neue Bezeichnung, die der Distrikt von Château d'Oex als Pays d'Enhaut erhalten hat. Das dürfte kaum genügen. Vor allem steht dieser Erklärung die älteste Form Osgo im Wege, die Hisely deshalb

---

1) S. oben S. 82*.

2) In den Armes des treizes cantons et de leurs alliez, tirées du livre de M. Fegueli (1760, hs. auf der Kantons- u. Univ.-Bibl. Freiburg) wird ein Wappen des Conte d'Ogoz geboten, das eine Dogge zeigt! Freundl. Hinweis von Hrn. Bibliothekar Dubois.

3) Vgl. Hisely MDSR IX, 136.

4) Bridel im Conservateur suisse V (1814), 164; XIII (1831), 413. Vgl. Hisely a. a. O., Jaccard, Essai de toponymie 318.

5) De Gingins-La-Sarraz, Essai sur l'établissement des Burgunden 59; Hisely, Hist. du comté de Gruyère MDSR IX, 51, 136; Forel, Régeste MDSR XIX, p. LV; Gremaud, Notice hist. de Bulle (Frib. 1871) 6; Martignier et de Crousaz, Dictionn. hist. 671; Zimmerli, Sprachgrenze 142; Geograph. Lexikon der Schweiz III, 653; Daguet, Hist. de Fribourg (Frib. 1889) 4 s.

mit einem Fragezeichen versah [1]) und als Ofgo lesen wollte, worin er „l'équivalent de Hochgau" sah [2]). Infolgedessen dehnte er die Gegend von Ogo bis Rüeggisberg aus, das in der allerdings gefälschten Urkunde Heinrichs IV. vom 27. März 1076 als im Uffgow gelegen bezeichnet wird [3]). Der Uffgau kann aber nicht in Betracht kommen, denn er bezeichnet einen andern nördlichen Gau, der das Flußgebiet der oberen Aare auf deren linkem Ufer bis zur Mündung der Saane umfaßte und aus dem Comitatus Pipincensis, der späteren Grafschaft Bargen, sich absonderte [4]).

An ein anderes, aus einem Siedlungsbegriff entnommenes deutsches Wort, das mit gau zusammengestellt sei, dachte Gatschet [5]). Seiner allgemeinen These, daß von Château d'Oex sich der Name Ogo abwärts über das ganze Gebiet der Saane verbreitet habe, möchte ich im allgemeinen wohl zustimmen, nicht aber seiner Erklärung von dem Ursprung des Namens. Er leitete die erste Silbe ab von got. atisks, ahd. ezzisc, mhd. ezzisch, esch, oesch = die Atzweide; der umzäunte Feldbezirk. Château d'Oex ist ihm das „Schloß an der Oesch" (Feldweide). Andere dachten an Esche, ahd. asca, deuteten also den Namen als Eschen-Gau [6]). Diese Erklärungen stoßen aber wieder auf Schwierigkeiten bei der Ableitung der romanischen Formen oiz etc. [7]). Dazu kann

---

[1]) MDSR IX, 136. S. a. die Kritik dieser Ableitung bei Gauchat a. a. O. 402.

[2]) Ebenda 55 A. 1. Gisi folgt ihm im Anzeiger 1884 S. 245. Auch Poupardin, Le Royaume de Bourgogne 273 n. 5 zieht mit Unrecht für Ogo die Urkunde für Rüeggisberg heran, und noch Eggenschwiler, Die territoriale Entwicklung des Kant. Solothurn, Mitteil. des hist. Vereins des Kantons Solothurn H. 8 (1916) 4f. hält an der Gleichstellung von Ogo und Ufgau fest.

[3]) in pago nomine Uffgowe in comitatu Bargensi FRB I, 332. Über die Fälschung vgl. jetzt Wäger, Gesch. des Kluniazenserpriorates Rüeggisberg FGB XXIII (1917) 46ff.

[4]) Gisi im Anzeiger 1884 S. 241; Wäger, FGB XXII (1915) 20.

[5]) Ortsetymolog. Forschungen I, 6.

[6]) Jaccard, Essai de toponymie 313.

[7]) Von Gauchat 403 betont, auch von Jaccard.

man die allgemeine, schon früher[1]) ausgesprochene Erwägung dagegen geltend machen, daß die Ansiedlung in der Gegend von Château d'Oex und in der ganzen Landschaft, auf die der Name Ogo angewandt wurde, nicht von Deutschen, sondern von Romanen, wenn nicht von Kelten ausging, daß also die Ableitung von einem bei der Siedlung gebrauchten deutschen landschaftlichen Wort nicht in Betracht gezogen werden kann. Ch. Morel machte auf einer Versammlung der Société d'histoire de la Suisse Romande in Bulle im Jahre 1901 einen neuen Vorschlag. Er leitete Ogo von augia = auge, nieder gelegene Au, ab [2]), scheint aber nicht weiter darauf bestanden zu haben, da er darauf verzichtete, die Ableitung im Druck zu begründen. Sie ist auch aus sprachlichen [3]) und allgemeinen Gründen kaum zu halten. Eine Gegend wie Château d'Oex, das Schloß im Pays d'Enhaut, das selbst auf einem Hügel lag, kann nicht mit einem Worte bezeichnet worden sein, dessen Begriff niedere Au war [4]). Die letzte Erklärung stammt von Gauchat. Gegen seinen oben erwähnten Vorschlag, daß Ogo von dem deutschen Verbum ausjan abzuleiten sei und ein aus Ausicensis abgeleitetes Ausicum nur als latinisiertes Osgo aufgefaßt werden dürfe, habe ich, wie schon gesagt [5]), außer allgemeinen Bedenken im besondern dies einzuwenden, daß nicht Osgo, Ogo, sondern das zuerst vorkommende Ausicensis an die Spitze der Ableitungen und neben (castrum d') Oiz, Eiz etc. zu stellen ist. In seine Theorie paßt dann aber nicht ein an die Spitze gestelltes Ausicum, wie er selbst sagt: „Ausicum scheint mir nun für die romanischen Formen nicht zu genügen." Auch vermisse ich eine befriedigende Erklärung für den Auslaut von Osgo.

---

[1]) S. oben S. 88*.

[2]) Revue d'hist. vaudoise IX (1901), 319; MDSR, IIe Série, X (1918), 248.

[3]) Gauchat 402: „Seine Herleitung ... ist ohne weiteres abzulehnen."

[4]) Ausführlich hervorgehoben von Jaccard a. a. O.

[5]) S. oben S. 88*.

Ich teile Os-go und sehe, wie schon andere, in der zweiten Silbe -go das deutsche Wort Gau. Ich nähere mich am meisten der Erklärung von Gatschet. Os-go ist die deutsche Benennung Oesch-Gau, die in romanischem Munde zu Os-go wurde. Os ist uns ja schon als eine romanische Nebenform von Oiz in einer Urkunde von Montheron begegnet [1]). Nur ist die Form in Os-go nicht direkt von Oiz (castrum de) abzuleiten, sondern aus dem Deutschen übernommen, wie wir ja in den gemischtsprachigen Gegenden der Schweiz oft mit einem wiederholten Herübernehmen und Hinübergeben zwischen Romanischem und Deutschem zu rechnen haben. Ich glaube noch etwas näher erkennen zu können, wo die deutsche Form Oesch-Gau von der romanischen Bevölkerung übernommen wurde. Es geschah das kaum in der Gegend von Château d'Oex, denn dort tritt der Name Ogo nicht zuerst auf [2]). Die Benennung Osgo, Ogo kommt zuerst in Anwendung für die Gegend um Bulle und um den Gibloux [3]). Morlon bei Bulle, Bulle selbst, Riaz, Echarlens werden zuerst so bezeichnet, und der auf Gruyère sitzende Graf nennt sich in den ersten Zeiten Graf von Ogo. An Pont en Ogoz und Vuisternens en Ogoz blieb der Name bis heute haften. Dazu stimmt, daß auch die lateinische Benennung in früheren Zeiten für Orte in der Nähe von Bulle: Vuadens, Marsens, Maules, Saucens gebraucht wird [4]). Diese Gegend wurde zuerst Osgo von den Romanen nach dem deutschen Oesch-Gau genannt. Ich folgere daraus nicht, daß Osgo und Château d'Oex ursprünglich in keiner Beziehung zueinander standen, sondern schließe, daß der Name Oesch-Gau hierher eingeführt wurde von der deutschen Bevölkerung, die über den Bruchpaß nach Jaun kam, wo sie noch heute sitzt, und dann in Charmey und Bulle mit der romanischen Bevölkerung Fühlung

---

1) S. oben S. 82*, A. 3.

2) Das hat schon Morel gefühlt und daraus geschlossen, daß Ogo südlich nicht über die Tine hinausging. S. Gauchat im Archiv f. n. Sprachen Bd. CXI, S. 366.

3) S. oben S. 90*f.

4) S. oben S. 85*.

nahm. An der Stelle, wo der Weg zwischen Charmey und Bulle die Saane überschreitet, zeigt der Ortsname Broc noch heute eine andere Spur von deutscher Einwirkung, denn er bezeichnet nichts anderes als Brücke. Die Bevölkerung im Simmental, von wo die alemannische Besiedlung von Jaun stattfand, nannte die romanische Gegend von Château d'Oex saaneabwärts Oesch-Gau, und diese Bezeichnung wurde besonders angewandt auf die Gegend um Bulle, wo die Berührung der beiden Sprachen am lebhaftesten war. Schon frühe haftete die Benennung an dieser Gegend, wurde für sie auch von den Romanen aufgenommen, denn pagus Ausicensis, das sich im 10. Jahrhundert hier angewandt findet, ist nichts anderes als Oesch-Gau. Pagus Ausicensis ist die lateinische Übersetzung einer älteren deutschen Form (vielleicht Oiz-Gau), die nachher zu Oeschgau wird, und Os-go ist ein romanisiertes Oesch-Gau.

Damit ist aber die Weiterbildung des Namens noch nicht abgeschlossen. Als letztes Glied schließt sich an diese seltsame Reihe in eigenartiger Weise auch der Name Uechtland an, dem wir uns nun zuwenden.

III. Uechtland.

Zum ersten Male begegnet uns der Name in der vielbehandelten Urkunde König Heinrichs IV. vom Jahre 1082, durch die Graf Cono die Burg Arconciel mit den Dörfern Farvagny und Sales erhält [1]). Die Urkunde ist uns in dem Liber donationum von Hauterive erhalten, dessen Original in Cheltenham wiedergefunden wurde und jetzt Eigentum der Königlichen Bibliothek in Berlin geworden ist. Die Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg hat sich von dem Original Photographien anfertigen lassen. Maxime Reymond hat sich seinerseits eine Photographie

---

[1]) Stumpf, Regesten Nr. 2842.

dieser Urkunde aus Berlin erbeten, die er in seinem Aufsatz über die Herren von Glane wiedergibt [1]). Wir haben somit eine sichere Unterlage, um der Stelle jene Erörterung zuteil werden zu lassen, der sie für unsere Zwecke bedarf.

Die Urkunde ist zu Albano bei Rom in der Osterwoche zwischen dem 24. April und 1. Mai 1082 ausgestellt, als Heinrich IV., zum zweiten Male gebannt, Gregor VII. in Rom belagerte. Von diesseits der Alpen waren nur wenige Anhänger im Lager des Königs, der Erzbischof Liemar von Hamburg-Bremen und die Bischöfe Burchard von Lausanne und Ermenfrid von Sitten. Bischof Burchard tritt uns in dieser Zeit als Kanzler für Italien, Ermenfrid zum ersten Male als Kanzler für Burgund entgegen [2]). Beide werden in unserer Urkunde als Fürsprecher genannt. Der König ergriff in dieser Zeit alle Mittel, über die er verfügte, um die Zahl seiner Anhänger zu mehren. Diese Erwägung wird auch in der Arenga unserer Urkunde geltend gemacht. Heinrich wollte offenbar den in seiner Begleitung befindlichen Grafen Cono mit einer Gunstbezeugung für dessen treue Dienste belohnen und weiter an sich fesseln [3]). Cono gehörte dem Geschlechte der Grafen von Oltingen an und war ein Bruder des Bischofs Burchard [4]). Von diesen beiden werden jene Angaben stammen, welche die Schenkung näher bestimmen. Aber es darf dabei nicht übersehen werden, daß die für Cono ausgestellte Schenkungsurkunde uns nicht im Original erhalten ist, sondern in dem Schenkungsbuch der Abtei Hauterive, das etwa 100 Jahre später, zu Lebzeiten der Gräfin Agnes von Gruyère, die 1182 noch lebte, zusammengestellt wurde [5]). Die Urkunde zeigt Fehler und anstößige Stellen, die zwar nicht ihre Echtheit im ganzen

---

[1]) Maxime Reymond, Les sires de Glane in ASF XII (1918), 161.

[2]) Meyer von Knonau, Jahrbücher des deutschen Reiches unter Heinrich IV. und Heinrich V. Bd. III S. 433.

[3]) Ebenda S. 445.

[4]) Pierre de Zurich, Les fiefs Tierstein et le terrier de 1442. ASF XII (1918), 4 ss.; Reymond, Les sires de Glane, ebenda 166.

[5]) Vgl. oben S. 92*, A. 4.

in Zweifel zu stellen vermögen, uns aber die Vermutung nahe legen, daß der Zusammensteller des Schenkungsbuches eine mit Randnotizen versehene fehlerhafte Kopie als Vorlage benützte [1]). Sie beginnt mit dem Worte „Cesar", aller Wahrscheinlichkeit eine allerdings grobe Unkenntnis verratende Auflösung des Chrismon-Zeichen, das damals die Form eines C hatte. Vor dem Namen des Beschenkten „Cononi militi" lesen wir das Wort „nō no", das viel Kopfzerbrechen veranlaßt hat, aber kaum anders zu erklären ist als durch eine falsch gelesene Abkürzung von „domno" [2]) oder „nobili nostro". Auch das falsche „Actum" vor der Datumszeile kann nichts anderes sein als ein Verlesen von „Datum". Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß die Worte „et bonum hominem ..." aus einer Randnotiz der Vorlage übernommen wurden [3]). Denn dieselben unterbrechen auffallend die schablonenhafte Pertinenzformel „cum universis apendiciis, que videntur pertinere, terris, vineis, pratis, pascuis, ecclesiis, decimationibus et bonum hominem cum filio suo Thebaldo et cum ceteris servis et ancillis illuc pertinentibus, et ceteris diversis pertinenciis, silvis, arboribus, fructiferis et non fructiferis, cultis et incultis, planis et montanis, venetionibus (sic), piscationibus, aquis aquarumque decursibus, molendinis et omnimoda utilitate, que iusto ingenio excogitari potest." Es fällt bei den anstößigen Worten zudem auf, daß der Name des „bonus homo" nicht genannt ist, sondern nur der seines Sohnes. Das läßt auf einen Zusatz aus späterer Zeit schließen, in der man den Namen des Vaters nicht mehr wußte.

Damit müssen wir rechnen, wenn wir die Stelle ins Auge

---

[1]) So schon Reymond 163, der auch zum folgenden zu vergleichen.

[2]) So vermutet Hampe im Neuen Archiv d. Gesellschaft f. ältere deutsche Geschichtskunde XXII (1897), 692.

[3]) Vgl. Reymond 163 s., 168. An sich ist gegen die Worte kaum sachlich etwas einzuwenden. In der Urkunde von 1115 für Rougemont (MDSR XXII, 9) haben wir einen ganz ähnlichen Zusatz „cum uno homine Walterus (!) de Castel". Über „boni homines" vgl. Waitz, Deutsche Verfassungsgesch. V² (Berl. 1893), 357 A. 4, 447.

fassen, die uns hier allein interessiert. Sie betrifft den Kern der Urkunde, den geschenkten Besitz: „castrum Arconciacum cum ipsa villa posita in pago, qui dicitur Ohtlannden, in comitatu Tirensi, et villam Favernein et Salam“ [1]). Arconciel ist jene Herrschaft, deren Burg am rechten Ufer der Saane oberhalb Freiburg noch heute als Ruine erhalten ist, in Favernein haben wir das große Dorf Farvagny etwas entfernter vom linken Ufer zu sehen, und in Salam werden wir den nordöstlich von Arconciel, 1 Kilometer nördlich von Ependes gelegenen Weiler Sales wiedererkennen dürfen [2]). Diese Gegend also wird als „in pago, qui dicitur Ohtlannden in comitatu Tirensi“ gelegen, näher bestimmt. Ehe wir über den Gaunamen uns äußern, haben wir uns die Frage vorzulegen, wie denn die Bezeichnung in „comitatu Tirensi“ zu erklären ist [3]).

In der Zeit, in der die Urkunde ausgestellt ist, wissen wir noch nichts in dieser Gegend von dem Dynastengeschlecht der Tierstein, an das allein hierbei gedacht werden kann. Erst 100 Jahre später begegnet uns Graf Rudolf I. von Tierstein, der zwischen 1230 und 1238 starb und von seinem Großvater mütterlicherseits, dem Grafen Udelhard von Saugern, dem Stifter des Klosters Frienisberg, gestorben zwischen 1170 und 1180, Gebiete im Norden des heutigen Kantons Freiburg erbte, die wahrscheinlich Cunza, die Tochter des Grafen Bucco von Oltingen und Schwester des in unserer Urkunde genannten Grafen Cono, in das Haus Saugern gebracht hatte [4]). Um das Jahr 1182, als das Schenkungsbuch von Hauterive zusammengestellt wurde, konnte man wohl von einem comitatus Tirensis für die Gegend von Arconciel sprechen, nicht aber zur Zeit der Ausstellung der Urkunde im Jahre 1082, in dem die Gegend vielleicht als comitatus Bargensis bezeichnet werden konnte (nach dem Orte Bargen bei

[1]) Darauf folgt die obige Pertinenzformel.

[2]) Vgl. Reymond 168, 180.

[3]) Frühere Hypothesen darüber s. bei Gisi im Anzeiger f. schweiz. Gesch. 1884, S. 247ff.

[4]) de Zurich, Les fiefs Tierstein 5ss.

Aarberg), der in die Herrschaften der Oltingen, Vinels (Fenis) und Seedorf zerfiel[1]). Eine Erklärung für die Bezeichnung „in comitatu Tirensi" in unserer Urkunde läßt sich nur so geben, daß man annimmt, der Verfasser des Schenkungsbuches von Hauterive habe in seiner Vorlage eine solche kurz vorher niedergeschriebene Randnotiz vorgefunden, die er in den Text der Urkunde übernahm, oder er selbst habe den Zusatz gemacht.

Das Bedürfnis, eine solche Grafschaftsbezeichnung beizufügen, wird seinen Grund wohl darin gehabt haben, daß die Gaubezeichnung Ohtlannden eine noch ungewöhnliche, nicht leicht verständliche war. Dann versteht man es, warum man eine damals gerade geltend gewordene Grafschaftsbezeichnung hinzusetzte. Die Gegend von Arconciel-Hauterive ist rein romanisch. In ihr hat die deutsche Form Ohtlannden auch deshalb schwerlich Anklang gefunden. Hingegen kann es uns nicht verwundern, daß die burgundische Kanzlei Heinrichs IV. unter Bischof Ermenfrid von Sitten diese deutsche Bezeichnung gebrauchte. Sie arbeitete an der Seite des deutschen Königs, und die Grafen von Oltingen, denen Bischof Burchard und Graf Cono angehörten und die ihre Interessen mit denen des Königs engstens verbunden hatten, für die diese Urkunde wieder eine offenbare Gunstbezeugung war, folgten mit Ermenfrid ganz der deutschen Parteipolitik Heinrichs IV., sprachen und verstanden sicher deutsch. Sie müssen eine in der Gegend der Sprachmischung, dort, wo deutsche Mundart allmählich vorzuherrschen begann, übliche Benennung der burgundischen Kanzlei vorgeschlagen haben.

Der Name begegnet uns nämlich noch einmal in dem Schenkungsbuch von Hauterive[2]) in einer Urkunde von 1173. Aus derselben entnehmen wir, daß ein Ulrich de Ochtlandia, als er in das Kloster von Münchenwiler eintrat, sein ganzes Allod in Nierlet diesem Kloster übergab. An der Spitze der Zeugen steht der

---

[1]) Poupardin 272, de Zurich 3, Gisi 243.

[2]) Livre des donations p. p. Gremaud p. 73 n⁰ 189 = FRB I, 451. Régeste d'Hauterive n⁰ 136.

Bruder des Schenkers, Otto de Ochtlandia, mit Herren aus Ependes, Dietisberg (Tietasberc), Villars-sur-Glâne (Vilar), Laupen (Loyes), Cressier (Crissiei) und Corgevaux (Corgiuol). Nierlet liegt im Saanebezirk des Kantons Freiburg, ebenso Vilars-sur-Glâne und das ganz nahe bei Arconciel gelegene Ependes; Cressier und Corgevaux im Seebezirk; Dietisberg im Sensebezirk, an dessen Grenze das heute zu Bern gehörige Laupen. Alle diese Orte befinden sich also nördlich der Gruyère, des alten Ogogebietes, in der an dasselbe sich anschließenden sprachlich gemischten Zone zu beiden Seiten der Saane. Da Ulrich in Nierlet bei Grolley sein Allod hatte und die Zeugen ringsherum begütert sind, so ist wohl anzunehmen, daß er nach dieser Gegend benannt war, Ochtlandia also die im Norden von Ogo gelegene gemischtsprachige Gegend bezeichnen soll, deren Umfang nicht genau zu bestimmen ist, sicher auf den heutigen Saanebezirk und dann auch auf die Gegend des heutigen Sense- und Seebezirks angewandt wurde. Auf die Gegend des Sensebezirks weist uns im besondern noch eine in Bern 1250 ausgestellte Tauschurkunde [1]), in der Rechthalten und das freilich schwer zu identifizierende Malswile [2]) mit „in Ohtenlanden" näher bestimmt werden.

Für die Verbreitung der Bezeichnung ist dann vor allem die Gründung von unserm Freiburg um das Jahr 1175 maßgebend gewesen. Freiburg lag ja mitten in jener sprachlich gemischten Zone, in der und für die der Name aufkam. Die Unterscheidung von der älteren Zähringer Gründung in Freiburg im Breisgau drängte zu einer ähnlichen näheren Bestimmung für das jüngere Freiburg. Man half sich da wohl mitunter mit dem Zusatz „Lausannensis dioecesis" [3]), der von den kirchlichen Behörden ge-

---

[1]) FRB II, 324.

[2]) Diesbach, Rég. frib. 79 vermutet darunter Balletswil in der Gemeinde St. Ursen, unfern von Rechthalten.

[3]) So in der Urk. Kg. Rudolfs für das Kl. Maigrauge a. 1284, Rec. dipl. de Frib. I, 120; consules et communitas de Frib. dyoc. Laus. ebenda II, 54 (a. 1311), 148 (1335); Rat und Gemeinde von Bern in Losen bystum zu einem Teil ... Rat u. Gemeinde von Fryburg och in Losen Bistüm, ebenda III, 50 = FRB VI, 593 (a. 1341), u. ö.

braucht wurde, oder in der Zähringerzeit und darüber hinaus mit dem Begriff Burgundia [1]), führten doch die Zähringer den Titel „Rector in Burgundia". Aber der erste Zusatz war ein Notbehelf, weil er kirchlicher Einteilung entsprach, und die Bezeichnung Burgundia mußte aufgegeben werden, da der Name, der so vieldeutig war, für das Herzogtum und die Freigrafschaft festgelegt wurde. So griff man denn in den Zeiten, da die Habsburger in Freiburg zur Herrschaft kamen, zu dem in dieser Gegend üblich gewordenen deutschen Landschaftsnamen, und die Kanzlei der Habsburger hat dann den Namen in weiteren Kreisen bekannt gemacht. In der Urkunde vom 16. Januar 1264, in der Freiburg den Grafen Rudolf von Habsburg als Schirmherrn annimmt, kommt zum ersten Male Freiburg mit dieser Benennung vor, indem sich der Schultheiß „de Friburgo in Ohtilandin" bezeichnet [2]). Die Namenformen weisen dann Varianten auf, deren Übergänge wir genau verfolgen können. Neben Ohtiland, das noch als Ohtilandia 1275 in einer Urkunde Rudolfs von Habsburg wiederkehrt [3]), in elsässischen Quellen aus dem Ende des 13. Jahrhunderts in Otinland verändert wird [4]), haben wir in andern Urkunden Oichteland 1268 [5]), Ohteland zuerst 1271 [6]), Ohtenland 1320 [7]), Ochtland 1297 und später öfter [8]), Ochland

---

[1]) Bestätigung der Handfeste von Freiburg v. J. 1249: burgensibus de Friburgo in Burgundia, Steffens, Latein. Palaeogr. (Freib. 1903) p. 74. Auf dem Siegel der Urk. v. 1264 (FRB II, 589) liest man ... burgo in Burgundia; 1270: Datum in Friburgo Burgundie FRB II, 735; 1365 Berne in Burgundia FRB VIII, 624. Heinricus de Dießenhoven (Boehmer, Fontes IV, 82) ad a. 1351: Bernensis et Friburgensis in Burgundia.

[2]) FRB II, 589; über Siegel dieser Urkunde s. vorhergehende Anm.

[3]) FRB III, 123.

[4]) Annales Colmar. maior. ad. a. 1298, Mon. Germ. SS. XVII, 223; Descriptio Alsatiae, ebenda 237.

[5]) FRB II, 704.

[6]) FRB II, 780; III, 141 (a. 1275), 169 (1276); RDF II, 176 (1337); Heinrich v. Dießenhoven († 1376), Boehmer, Fontes IV, 83.

[7]) Urkundenbuch der Stadt Basel IV, 44, zu Speier ausgestellt.

[8]) FRB III, 466; RDF II, 12 (a. 1301); III, 151 (1327); FRB VI,

1318 [1]), Othlandia 1287 [2]), Otlandia 1283 [3]). Erst später beginnen die mit U anlautenden Formen aufzutreten, die dann mit dem Umlaut die herrschenden werden: Uchtland zuerst 1333 [4]), Uchteland [5]), Uchland [6]).

Als eine besondere kleine Gruppe erscheinen einige Formen, bei denen uns in der ersten Silbe ein s begegnet. Solche Formen stammen ausschließlich aus der Westschweiz, und sie finden ihre Erklärung wohl darin, daß sie durch romanische Zungen gebildet wurden, denen die Aussprache des ch schwer war, das sie durch s ersetzten. In der Handfeste für Erlach ca. 1266 lesen wir „Friburgo de Ostelanden“ [7]). In der Urkunde, in der Richard von Corbières 1281 den Freiburgern Lehnshuldigung für Monsalvens leistet, werden Advocatus, consules et communitas de Friburgo

---

645 (1342); RDF III, 151 (1359); Thommen, Urk. z. Schweiz. Gesch. II (Basel 1900), 123 (1379), 208 (1387 Dijon), 314 (1395); RDF V, 56 (1391), VIII, 97 (1436), 191 (1442); FGB XIV, 154 (1421), 135 (1543), XVIII, 162 (1544). In dem hs. Liber copiarum v. Düdingen Nr. 36 (1488), Nr. 44 (1511).

1) FRB V, 91; RDF V 74 (a. 1391); FGB XIV, 133 (1529).

2) Urk. des EB. Friedrich v. Köln FRB III, 421; RDF II, 1 (1300); Lib. cop. v. Düdingen Nr. 35 (1466).

3) Urk. Kg. Rudolfs. Boehmer, Reg. Imp. VI, 1 (Innsbr. 1898) Nr. 1799. Mon Germ. Const. et Acta publ. III, 344 s.

4) RDF II, 128 (a. 1333 Ouchtland); III, 43 (1340); FRB VII, 310 (1348); Deutsche Reichstagsakten I, 321 (1381); RDF III, 127 (1353); IV, 173, 179 (1385), 622ff.; V, 27; VII, 46, 126; VIII, 31, 49, 189, 209 (Ouchtlandie 1444); Chronik v. Hans Fries (ca. 1482) hrsg. v. Büchi in Toblers Ausgabe der Schilling-Chronik II, 421; Chroniken der deutsch. Städte, Nürnberg I, 99, 103, 223, III, 378 (14. u. 15. Jh.); Katharinenbuch (1577) hrsg. v. Heinemann (Freib. 1896) 1; FGB. XIV, 133 (1532), 144 (1601), 145 (1605); Schnell, Stadtbuch (Bas. 1898), 485 (1580); Titel der Karten v. Martin Martini 1606 u. Laurent Werli 1608, s. Nouvelles Etrennes frib. 35 (1908) 57s.

5) RDF VII, 141 (1423); Chronik des Frid. Ryff, Basler Chroniken I, 63, 73, 151 (XVI. Jh.).

6) FGB XIV, 142f. (1591), 144 (1595), 145 (1605), 149 (1626).

7) FRB II, 656.

in Hoystellanda benannt [1]). Der Schultheiß Wilhelm von Englisberg bezeichnet sich 1285 als advocatus de Friburgo in Hoystellanda [2]). In der Urkunde, die ein Bündnis zwischen Freiburg und dem Grafen von Neuenburg 1294 bekräftigt, lesen wir de Friburgo in Hosterlandia [3]), in einer Urkunde des Klosters von der Petersinsel im Bielersee aus dem gleichen Jahre erscheint als Zeuge ein Petrus sapiens de Friburgo in Hostelandia, minister dicte insule [4]). Als französische Form begegnet uns 1293 in einem Friedensvertrag zwischen Freiburg und den Herren von Aarberg: „Nos li Advoier, li Conseil et la Communate de Friborc en Estellande" [5]).

Der Umlaut, der sich hier geltend macht infolge des ursprünglichen i in der zweiten Silbe, wirkt dann auch in der deutschen Sprache, indem aus Ochtiland [6]) gebildet werden: Oechteland zuerst 1277 [7]), Oechtland seit 1288 [8]), Oetland (Oettland) 1275 [9]),

---

[1]) RDF I, 116.

[2]) Ebenda I, 123.

[3]) Ebenda I, 161.

[4]) FRB III, 591.

[5]) RDF I, 155.

[6]) S. oben S. 106*, A. 2, 3.

[7]) FRB III, 217 (a. 1277), 464, 474, 475 (1289); IX, 112, 113, 128 (1368); Urkb. der Stadt Basel IV, 102ff. (1333), 178 (1350), V, 268 (1399); RDF IV, 150 (1381); Habsburg. Urbar in Quellen z. schweiz. Gesch. XIV, 483 (14. Jh.).

[8]) FRB III, 436 (a. 1288), 622 (1295); dann sehr häufig im 14. u. 15. Jh., z. B. FRB IV, 93, 425, 462, VI, 81, 380, VII, 320, 703, VIII, 80, 82 usw.; RDF II—VIII passim; Habsburg. Urbar i. Quellen XIV, 483 (14. Jh.), XV, 1. Teil 659 (a. 1310, eine Berner Hs. des 15. Jh. hat dafür die Variante Göthenland); geschrieben Öchtland in Chronik des Matthias v. Neuenburg (um 1350), hrsg. v. Studer 7 u. in FGB III, 60 (1454); Echtland in der Matrikel d. Univ. Freiburg i. B. FGB XIII, 133, 134 (16. Jh.).

[9]) FRB III, 124 (1275); Civitas Fryburgensis in Oetlandin Ann. Colmar. mai. ad a. 1285 MG. SS. XVII, 212; RDF II, 105 (1331); Peter v. Molsheims Chronik hrsg. v. Büchi (Bern 1914) 1, 2, 3, 7, 13, 245 (15. Jh.).

Oehland 1277 [1]), Oechland 1333 [2]), und aus den mit u anlautenden Formen: Uechland (15. Jahrhundert) [3]), Uechtenland (15. Jahrhundert) [4]), und seit 1415 alle anderen Formen beiseite drängend: Uechtland [5]). Nur zweimal begegnen uns, offenbar als falsche Analogiebildungen Uochtland (15. Jahrhundert) [6]), und einmal Uochland (16. Jahrhundert) [7]).

Während der Name sich verbreitet, beobachten wir aber auch, daß die Bezeichnung übertragen wurde auf Gebiete nördlich der Freiburger Herrschaft. Zunächst auf Bern. Friedrich, Erzbischof von Köln, verleiht 1287 mit vielen andern deutschen Bischöfen einen Ablaß für die Augustinerkirchen „civitatum Othlandie videlicet Friburgensis et Bernensis“ durch eine in Würzburg ausgestellte Urkunde, wo man freilich eine genaue geographische Kenntnis kaum voraussetzen konnte [8]). Die Berner selbst bezeichnen aber auch gelegentlich seit dem 14. Jahrhundert ihre Stadt als Bern in Oechtland [9]). Karl IV. und sein Sohn

---

1) Annales Basileenses 1277, MG. SS. XVII, 201.

2) RDF II, 112 (a. 1333), 168 (1363), V, 76 (1392), VIII, 91 (1436); Peter v. Molsheims Chronik 1; Oeuchland FRB VI, 48 (1333).

3) Oůchland, Chronik des Hans Fries bei Tobler, Schilling-Ausgabe II, 420; Ychland FGB XIV, 133 (1529).

4) Cartul. de Mulhouse p. Moßmann T. IIe (Colmar 1884) n° 731 (a. 1448).

5) Frühestes Vorkommen bei Liliencron, Hist. Volkslieder der Deutschen I, 271 (1415), II, 371 (Jechtland 1495), 459 (1501), III, 13 (1507); Chronik. d. deutsch. Städte, Nürnberg IV, 349 (1476); in Univ.-Matrikel von Freib. i. B. im 16. Jh. geschrieben Ichtland, Jechtland, Yechtland, FGB XIV, 133ff.

6) Chronik des Hans Fründ, Landschreibers zu Schwytz (15. Jh.) hrsg. v. Kind (Chur 1875) S. 62, sonst S. 98 Uechtland, 109, 272, 279, 292 Oechtland (5mal); Cart. de Mulhouse IV (Colmar 1888) n° 1725 (a. 1474).

7) Hs. der Schilling Chronik v. J. 1548, Ausgabe Tobler II, 340.

8) FRB III, 421.

9) FRB IV, 462 (1311), VII 703 (1353), VIII, 521 (1363), IX, 112 (1368), 457 (1375). In Thüring Frickers Twingherrenstreit spricht der Berner Seckelmeister Fränkli „hie in Üchtland“, Quellen z. Schweiz. Geschichte I, 47.

Wenzel stellen Privilegien für Bern in Uchtland (Oechtland) aus [1]), und in einer dieser Privilegienurkunden wird der Begriff auch auf Solothurn ausgedehnt [2]). Basler Chroniken des ausgehenden Mittelalters und des 16. Jahrhunderts bezeichnen Fraubrunnen im Kanton Bern, Murten und sogar Vippingen (Vippens) als im Uechtland (Oechtland) gelegen [3]).

Nach diesem Überblick über die Entwicklung und Verbreitung der Namensform werden wir es wagen dürfen, uns über ihren Ursprung zu äußern. Dabei ist zuerst zu beachten, daß der Name Ogo vor dem Namen Ochtland auftritt. Die Bezeichnung Ogo begegnet uns in der alten Form Osgo zuerst im Jahre 1040; Ohtland tritt uns erst 1082 entgegen. Ferner muß besonderes Gewicht darauf gelegt werden, daß der Name Ochtland zuerst in den südlichen Teilen des von ihm später in Anspruch genommenen Gebietes vorkommt, in der sprachlich gemischten Zone, die unmittelbar an die nördlichen Teile des Landes Ogo sich anschließt. Auf Arconciel wird er zunächst angewendet, und zwar in einer in weiter Ferne, in Albano bei Rom ausgestellten Ur-

---

[1]) FRB VII, 310, 320, 322 (1348), VIII, 589 (1364), 621ff., 624 (1365), IX, 72 (1367), 511 (1376), 541 (1377), 608 (1378). Vgl. ebenda VII, 731 (1326); Deutsche Reichstagsakten I, 321 (1381); RDF V, 50 (1389), VI, 27 (1403), VII, 141 (1423); Schreiber, Urkb. der Stadt Freiburg i. B. II, 49 (1386); Chroniken d. deutsch. Städte, Nürnberg I, 99, 103 (Ende des 14. Jh.), 223: Verona in Uchtlanden (1322), III, 378 (1442), Urkb. der Stadt Basel V, 268 (1399), 332 (1403), 376 (1407); Klingenberger Chronik hrsg. v. Henne v. Sargans (Gotha 1861) 105 (14. Jh.); Chronik d. Stadt Zürich (15. Jh.) i. Quellen z. schweiz. Gesch. XVIII, 168; Berner Chronik des Diebold Schilling (1468—84) hrsg. v. Tobler I, 1; „Die Geschichte des propheten Daniels", „gedruckt zu Bernn inn Uchtland by Mathia Apiario 1545", Centralbl. f. Bibliothekswesen 1898, S. 59.

[2]) „den burgern der stet zu Bern und Solotern in Oechtland" 1348 FRB VII, 321.

[3]) Basler Chroniken V, 62: zoch in Oechtlande, noch bi Bern in ein Kloster genant Frowenbrunnen (Ende 14. Jh.); V, 70: Friburgh u. Morten in Uechtland (1476); VI, 205 Bern in Üchtland (1535); VII, 411: Gerhardus v. Wippingen usz Uechtland (1546).

kunde, von der man nicht erwarten kann, daß sie es mit einer Gaubezeichnung so ganz genau nimmt, wie das in einer an Ort und Stelle ausgestellten Urkunde der Fall sein würde. Arconciel ist von der Nordgrenze des heutigen Greyerzbezirkes (des alten Landes Ogo) um La Roche vielleicht 2 Kilometer entfernt. La Roche wird noch als in Ogo gelegen bezeichnet [1]). Diese chronologischen und geographischen Feststellungen für das erste Vorkommen der Bezeichnung führen uns dazu, den Namen Ochtland mit Ogo in Verbindung zu bringen, ihn einfach als eine deutsche Rückbildung der romanischen Form Ogo anzusehen. Erinnern wir uns weiter daran, daß die romanische Form Osgo (Ogo) 1040, also etwa 40 Jahre vor dem ersten Vorkommen von Ochtland, erst im Aufkommen war, noch nicht recht verstanden wurde [2]). Dann kann man sich nicht darüber wundern, wenn man außerhalb des Ogo-Landes sich über die Grenzen des Gebietes, dessen Bezeichnung wie so oft im Mittelalter gewohnheitsgemäß sich gebildet hatte, nicht im klaren war und auch Nachbargebiete dazu rechnen konnte, die, als der Begriff fest wurde, nicht mehr dazu gehörten. Schon andere vor uns haben in Ochtland nur eine deutsche Umbildung von Ogo gesehen, so Wurstemberger [3]) und Gisi [4]).

Die deutsche Form Ochtland kann aber nicht auf die Ogo zugrunde liegende frühere deutsche Form Oeschgau zurückgehen, sondern wir müssen dafür vielmehr die romanischen Formen Ogo, Oggo, Ogga heranziehen, die von den Deutschen im Norden — zu denen der mit Arconciel beschenkte Graf Cono von Oltingen gehörte — nicht mehr verstanden wurden. Ogo, Oggo konnte ohne weiteres von den Deutschen zu Och-land umgebildet werden, indem der Endvokal fortgelassen und die

---

[1]) S. oben S. 94*, A. 2.

[2]) S. oben S. 92*.

[3]) Wurstemberger, Peter II., Graf v. Savoyen I, 272 A. 3, 274 A. 8; Wurstemberger, Gesch. der alten Landschaft Bern II (B. 1862) 284.

[4]) Anzeiger f. schweiz. Gesch. 1884, S. 246f.

Media g zur Aspirata wurde, so wie zum Beispiel die Ortsnamen auf -iacum in der hiesigen Gegend ach-Endungen im Deutschen bekamen, aus Arconciacum (castrum) ein deutsches Ergenzach wurde, wie lacus zu (Maria) Laach, Lachen, monachus zu Mönch wurde. Eine besondere Erklärung verlangt nur noch das vor -land in Och-t-land eingeschobene t. Gatschet meinte, dieses t damit erklären zu können, daß es nur aus euphonischen Gründen, also behufs besserer Aussprache hinzugekommen sei [1]). Aber wie die Aussprache von Hochland den Deutschen keine Schwierigkeiten bereitet, so konnten sie auch Ochland sprechen, und unter den Varianten des Namens begegnet uns auch diese Form, sowie Oechland, Uchland, Uechland neben den viel häufigeren Formen mit t. Es dürfte sich für die Erklärung des t die Anlehnung an ein deutsches Wort empfehlen, durch das man dem Namen einen Sinn geben konnte.

Als ein solches Wort bietet sich uns das althochdeutsche Wort uohta, mittelhochdeutsch uohte, uhte [2]), mit dem man jetzt allein den Namen vielfach erklären will. Uohte, uhte bedeutet Dämmerung, insbesondere Morgendämmerung. Man hat diese Bedeutung zunächst in einer Weise ausgedehnt, die mit Recht beanstandet werden darf, indem man daraus eine Bezeichnung für eine Himmelsrichtung machte [3]). So deutete man zuerst das Uechtland als das gegen Morgen, gegen Osten gelegene Land. Für die einen war das Uechtland die östliche Gegend des alten Burgunderreiches [4]). Dagegen wurde aber mit Recht geltend ge-

---

[1]) Gatschet, Ortsetymolog. Forsch. I, 6 f.

[2]) Graff, Sprachschatz (Berl. 1834) I, 138; Schade, Altdeutsches Wörterbuch II[2] (Halle 1872), 996; Müller-Zarncke, Mittelhochdeutsches Wörterbuch III (1861), 191.

[3]) Gatschet a. a. O. hat schon dagegen eingewandt, daß uohta eigentlich Morgendämmerung und nicht Osten bedeutet.

[4]) So zuerst Ruchat in seiner „Dissertation sur l'origine des noms" im Abrégé de l'hist. ecclésiast. du pays de Vaud (Nouv. édition Nyon 1838) p. 110; dann Gingins-La-Sarraz, Essai sur l'établissement des Burgunden 8; A. Jahn, Kanton Bern (B. 1850) 281 u. Chronik des Kt. Bern (B. 1857) 672.

macht, daß das Uechtland nicht die östlichste Gegend des Burgunderreiches gewesen ist, das bis zur oberen Aare und zum Thunersee reichte [1]). Lexer [2]) hat die Deutung als Ostland retten wollen, indem er meinte, daß das vom andern Sitze der Zähringer, von Freiburg im Breisgau aus, so angesehen worden sei. Aber das stimmt nun gar nicht, denn Freiburg im Uechtland liegt südsüdwestlich von Freiburg im Breisgau [3]). Auch kommt ja der Name Uechtland in seiner ältesten Form, wie wir wissen, schon vor dem Auftreten der Zähringer hier, und vor der Gründung von Freiburg im Breisgau (1120) vor. Diese Einwendung wurde in der neuesten Erklärung vermieden, die Platz [4]) versucht hat. Er wies darauf hin, daß im Luxemburgischen uchten, ucht ausschließlich auf die Abenddämmerung angewandt wird, und meinte, daß Uchtland das Land im Westen, an der deutschen Sprachgrenze der Schweiz sei, von der deutschen Schweiz aus betrachtet. Aber hierbei wird doch eben eine luxemburgische, nicht eine schweizerische Bedeutung des Wortes verwertet. Besser bleibt da immer noch die andere Deutung, die uochta als Nacht- oder Morgenweide auslegt [5]). „Weil in der Morgenfrühe das Vieh auf gewisse Weideplätze getrieben wurde, ergab sich die Bedeutung Weidezeit und Weideplatz," lesen wir im Schweizerischen Idiotikon [6]). Also Uechtland bedeute danach Weideland. Diese Er-

---

[1]) A. Jahn, Gesch. der Burgundionen II, 395 A.

[2]) Lexer, Mittelhochdeutsches Wörterbuch II (Leipzig 1876) 1721.

[3]) Das hat schon das Schweiz. Idiotikon I, 84 und in der Besprechung desselben auch J. L. B(randstetter) im Luzerner „Vaterland" Nr. 52 (3. März) 1901 hervorgehoben, der außerdem darauf hinweist, daß die Orts- und Flurnamen Uechteren, Uecht, Uechtmorgen, Uechtal, Uechtweid, Uechlet, Nüchteren, die in der Schweiz vorkommen, fast gar nie an Ostabhängen von Bergen oder Hügeln sich finden.

[4]) Liberté v. 7. Juli 1919.

[5]) Zuerst von Birlinger, Alemannia I (1872), 167.

[6]) Schweiz. Idiotikon I, 84. Brandstetter im Geschichtsfreund LXXIV (1919) S. 9, 168 f. Lüthi im Pionnier XXIII (Bern 1902) 23: „Die alemannische Grenzwüste (?) wurde als Weideland benutzt, daher der Name

klärung wird in der Tat für die in der deutschen Schweiz und anderwärts in Deutschland nicht seltenen Orts- und Flurnamen, die auf Uecht zurückgehen, stimmen, und man begreift, daß diese Erklärung am meisten Anklang gefunden hat. Für sich allein halte ich die Erklärung in unserm Fall nicht geeignet. Sie berücksichtigt nicht, daß unser Name erst nach dem Auftreten von Ogo im 11. Jahrhundert aufkommt, in romanischen Gegenden, Arconciel, Nierlet, die unmittelbar an das Ogoland anschließen. Auch ist zu bemerken, daß der Name nicht mit einem Doppelvokal Uo oder mit U zuerst auftritt, sondern mit einfachem O, und das behauptet sich ziemlich lange, bis aus Ohtiland Oechtland wird. Die Formen mit U beginnen erst im Anfang des 14. Jahrhunderts aufzutreten, während Ohtland schon 1082 vorkommt [1]. Die Form Uechtland ist überhaupt die letzte in der Entwicklung des Namens. Aber es ist wohl möglich, daß Uchtland, Uechtland von Anfang an auf die deutsche Umbildung von Ogo eingewirkt hat, zunächst in der Einschiebung des t und dann in der Weiterentwicklung bis zur völligen Ausgleichung in Uechtland. Denn man konnte damit einen Sinn verbinden, der auf das Ogo-Land zunächst gut paßte, als das Weideland, das noch heute wegen seiner Weiden als die „verte Gruyère“ poetisch gepriesen wird. Wir kommen also zum Schluß, daß die Deutschen aus Ogo mit Anlehnung an ihr Wort uhte = Weideland ein Ochtland formten, das zuerst das Ogo-Gebiet im weiteren Sinn mit dem angrenzenden nördlichen Streifen bezeichnete, der wohl noch keinen besonderen Namen hatte, dann als der Begriff Ogo sich festsetzte und abgrenzte, nur für das nördlich von Ogo gelegene Gebiet verwandt wurde.

Damit tritt uns ein schon von Gatschet betonter einheitlicher

---

Üchtland.“ Im Jahrgang XXI (1900) wurde aber noch die Deutung als Einöde vertreten.

[1]) Daß Ochtland die ältere, Uchtland eine spätere Form ist, hat Ruchat a. a. O. schon mit gutem kritischem Blick hervorgehoben: „Uchtland est corrompu d'Ochtland“.

Gedanke entgegen, unter dem die verschiedenen Probleme erscheinen, wenn wir eine allmähliche Ausbreitung des flüssig bleibenden Namens von Süden nach Norden saaneabwärts annehmen. Dabei muß dann freilich von Zeit zu Zeit bei dem Streben nach Festlegung des Begriffes eine Erstarrung eingetreten sein. Der Oesch-Gau, einst das Herrschaftsgebiet des in Château d'Oex waltenden Gebieters, wurde zur Bezeichnung des Territoriums der Grafen von Gruyère in der Form Ogo verwendet, kirchlich zur Bezeichnung des Dekanats Ogo, der sich nicht immer mit dem weltlichen Territorium deckte. Die im Norden wohnenden Deutschsprechenden mögen zuerst schlechthin für Ogo die deutsche Form Ochtland verwendet haben. Diese Bezeichnung konnte aber natürlich im Ogo selbst als fremdartige keine Wurzeln fassen, und so bürgerte sie sich ein für die Zone nördlich des Ogo, die sprachlich gemischt war, ohne daß diese damit fest umgrenzt wurde. Das scheint mir die einzige Erklärung zu sein, die in den historischen Verhältnissen, wie sie uns in den Urkunden entgegentreten, eine relativ sichere Unterlage findet und sprachlich die geringsten Schwierigkeiten bietet.

Die anderen Hypothesen, die man zur Erklärung des Namens vorgeschlagen hat, entbehren ganz einer solchen Unterlage und erweisen sich als willkürliche Kombinationen. Indem wir an ihre Durchmusterung gehen, beginnen wir mit den Humanisten. Deren etymologische Deutungen sind ja als gelehrte Spielereien bekannt. Wir wollen dennoch auf sie eingehen, weil sie uns zeigen, wie der Begriff Uechtland immer weiter durch sie ausgedehnt wird und von ihnen Mißverständnisse hervorgerufen wurden, die zum Teil bis heute noch nicht volle Aufklärung erfahren haben. Die uns interessierenden Stellen finden wir zumeist in den alten Beschreibungen der Schweiz, wie solche Werke unter den Humanisten seit den Werken des Aeneas Sylvius Mode geworden waren.

Der Verfasser der ersten Beschreibung der Schweiz, der Einsiedler Benediktiner Albrecht von Bonstetten, bietet noch wenig über Uechtland; diese Zurückhaltung macht ihm aber keine

Unehre. In seiner 1479 lateinisch und deutsch verfaßten Descriptio verzichtet er darauf, eine Deutung des Namens zu geben und bezeichnet mit Uechtland das Gebiet rings um Bern, das er aber richtiger Kleinburgund nennen möchte [1]). Die erste Erklärung, die uns entgegentritt, geht darauf aus, Oechtland als Oedes Land zu erklären. Das lag ja nahe, da auch die Form Oetland gebraucht worden war [2]). Diese Erklärung erwähnt zuerst Heinrich Gundelfingen, der damals an der nicht lange vorher gegründeten Universität zu Freiburg im Breisgau wirkte [3]). Gundelfingen verfaßte im Jahre 1486 in Freiburg im Breisgau einen seinem geistlichen Mitbruder, dem Beromünster Chorherrn Magister Peter Kistler, Propst des Kollegiatstifts in Zofingen, gewidmete Beschreibung Berns. Propst Kistler war der Sohn eines Berner Schultheißen, Chorherr und Pfarrer in Bern. Durch ihn hoffte wohl Gundelfingen einen Platz am Vinzenzstifte in Bern zu erhalten und vielleicht auch mehr, denn er brachte in seiner Schrift die Gründung einer Universität in Bern in Vorschlag. So erklärt es sich leicht, warum er seine Gelehrsamkeit dem Lobe Berns nach Humanistenart widmete. Bern, so lesen wir in seiner Topographia urbis Bernensis, sei eine über die Maßen glänzende Stadt, gelegen in Ödland, einem Lande der Burgundionen. Nach Jordanes, dem Geschichtschreiber der Ostgoten, berichtet er, daß die Burgunder aus Skandinavien gekommen wären und sich in dem von seinen Bewohnern verlassenen und danach benannten Ödland niedergelassen hätten, wo auch Freiburg liegt [4]). Es

---

[1]) Albrecht v. Bonstetten, Briefe u. ausgewählte Schriften hrsg. v. Büchi. Quellen z. Schweizer Gesch. XIII (Bas. 1893), 235. In der Beschreibung Berns heißt es: „Terra vicina circumcirca Uechtlandia dicitur, quam verius Minorem Burgundiam (ut veteres scribunt) vocitaremus." Deutsche Übersetzung ebenda 256.

[2]) S. oben S. 108*, A. 9.

[3]) Vgl. über ihn und seine Topographia Bernensis Rüegg, Heinrich Gundelfingen, Dissertation (Freiburg, Schweiz 1910), besonders S. 58ff.

[4]) Topographia urbis Bernensis auctore Henrico Gundelfinger, hrsg. v. Blösch, Archiv des Hist. Vereins Bern IX (1880) 180: Berna ornatissima enim sita in Ödlandia, Burgundionum terra ... Referunt

fehlt hier noch an dem Quellennachweis für die Verwüstung des Landes und der Angabe, wann das geschehen sei, für einen Humanisten ein reizvolles Problem.

Die Lücke suchte der Züricher Heinrich Brennwald in seiner 1508—16 verfaßten Schweizer Chronik auszufüllen. Unter der Überschrift „Von dem Gow Vastonum Ötland oder Ůchtland und der Statt Fryburg" beginnt er: „Es ist zu wússen, das in Helvecia in dem gow, das Vastanum heißt, gar ein mechtig statt, etwan des ganzen Gallier landes (Anventum und jetz Wiblispurc genempt) gelegen ist," erzählt dann, wie Vespasian in Aventicum residiert und für den jüdischen Krieg unter der Bevölkerung Mannschaften ausgehoben habe, „begert er an dieselben Helvecios in dem Gow Vastonum und von der mechtigen statt Aventum, das sie mit Tito, sinem sun, uber mer schiffen". Weil so wenige von den Helvetiern aus diesem Krieg zurückkehrten, „das land darumb Ödland genempt ward, dann gar wenig man darin was und wird nach da har von dem gemeinen man Ůchtland genempt" [1]). Das seltsame Wortgebilde Vastanum ist kaum anders zu erklären, als durch die von dem Herausgeber Luginbühl aufgestellte Annahme, der Verfasser habe das vor Aventicum stehende Wort vastatum in der oben schon angezogenen Stelle

---

namque antiqua apud nos annalia (Hs. animalia) Burgundos eam terre partem hominum incultam desertam inhabitatamque antehac primum incoluisse easque gentes ex Scandiis ultimis Sarmathie insulis ad 880 milia ripe Rheni ac precipue in Ödlandia a loci desercione dicta minori maiorique Burgundiis insedisse. — P. 183: ea parte, qua Friburgum itur, munitissimum Ödlandie oppidum ...

[1]) Heinrich Brennwalds Schweizer Chronik hrsg. v. Luginbühl, Quellen z. Schweizer Gesch. N. F. I Chroniken (Basel 1908) I, 310f. Noch zweimal kommt er auf seine Erklärung zurück, auf die er also großen Wert gelegt zu haben scheint, S. 312, wo er von der Gründung Freiburgs durch den Zähringer Herzog Berchtold berichtet: „von im Friburg im Ödland oder Ůchtland, siner houptstatt im herzogtum Zeringen oder Prißgöw nach genempt ward" und S. 313 „Friburg in Ődland oder als man diser Zit spricht Ůchtland".

aus der sogenannten Fredegar-Chronik [1]) für vastanum gelesen und darunter einen Gaunamen verstanden, der Wüstland bedeutete. So grob auch das Mißverständnis war, es wirkte lange nach [2]).

Der Schwiegersohn Heinrich Brennwalds, Johannes Stumpf, der die Brennwald-Chronik benutzte, verhält sich wohl noch ablehnend gegenüber der Erklärung Uechtlands aus Ödland, aber in seiner „Gemeiner loblicher Eydgenossenschaft Beschreybung" setzt er Uechtland gleich dem Pagus Aventicensis oder Wifflisburger Gau und läßt es bis zur oberen Aare, Thuner- und Brienzersee reichen im Osten [3]). So machte die Gleichsetzung von Aventicensis Pagus und Uechtland doch Fortschritte, denn Aventicum fesselte vor allem in diesen Gegenden die Blicke der Humanisten, und auf diese Römerstadt suchten sie mit Vorliebe alle Ereignisse früherer Zeiten zurückzuführen.

Josias Simler nennt Freiburg im Uechtland lateinisch Fri-

---

[1]) S. oben S. 86*.

[2]) Zu derselben Zeit nennt Glareanus in seinem Lobgedicht auf die Schweiz, das 1515 zuerst in Basel erschien, v. 127 Freiburg „gentis Aventinae decus" (s. unten das Guillimann-Zitat S. 121* A. 2). Es scheint danach, daß auch er Uechtland gleich Land von Aventicum gesetzt hat. Ob er Brennwalds Deutung kannte und annahm, muß dahingestellt bleiben.

[3]) Joh. Stumpf, Gemeiner lobl. Eydgenossenschaft ... Beschreybung (Zürich 1548) l. VIII c. 1. Bd. II S. 247r. Er spricht zuerst davon, daß, wie „etliche alte geschribene Helvetierchronicke" zeigen, Vespasian aus dem Gau von Aventicum so viel Männer für den jüdischen Krieg ausgemustert habe; die Landschaft sei dadurch ganz leer geworden „und dahär genennt seye worden Oedland, bald darnach durch Verenderung der Sprach Uechtland usf. Aber dise Meinung sicht einer Fabel nit gar ungleych, darumb ich nit daran wil gebunden seyn". Dafür bekennt er sich hier zu einer andern Erklärung, die wir unten anführen werden S. 126* A. 2. Im 17. Kapitel desselben Buches S. 263 kommt er noch einmal auf die erste Erklärung, weniger scharf abweisend, zurück: „Deßwegen auch die alten Helvetier Chronicken nit gar fälend, da sy in Beschreybung Oedlands oder Nuechtlandes under anderem meldend, daß Vespasianus seinem Sun Tito auff den Heerzug für die Statt Hierusalem die Helvetischen Völcker im Wiflispurger Gow under anderm Kriegsvolck habe zůgeben..."

burgum Aventicorum und konstruierte für Aventicum einen deutschen Namen Uchten [1]).

Dazu hatte ihn höchst wahrscheinlich die Lektüre der „Beschreibung Galliae comatae" von Aegidius Tschudi gebracht, denn Tschudi hatte sein Werk schon vorher, 1572, vollendet, und Simler Einsicht in sein Manuskript gegeben [2]). Aegidius Tschudi setzt auch den „Pagus Aventicus" dem Uechtland gleich und beschreibt danach ausführlich die Ausdehnung des Uechtlands, dessen Ostgrenze der ganze Lauf der oberen Aare bilde, während er es im Süden bis zu den Walliser Firsten sich ausdehnen läßt; die Wasserscheide zwischen Genfersee und Quellgebiet der Aare sei die Grenze gegen die Waadt, im Westen schließe es der Jura ab, und im Norden dehnt er es über Solothurn aus bis zur Sigger, der alten Grenze zwischen Lausanner und Konstanzer Diözese. Also Thuner-, Brienzer-, Neuenburger-, Murtener- und Bielersee rechnet er dazu. Aber er gesteht uns doch, daß diese Ausdehnung eine künstliche ist und eigentlich nur die Gebiete um Bern und Freiburg als Uechtland bezeichnet werden [3]). Er glaubte, einen

---

[1]) In seiner ersten deutschen Ausgabe „Regiment gemeiner loblicher Eydgnoschafft" (Zürich 1576) lesen wir von Bern in Uechtland S. 70 u. Freyburg in Uechtland, in der ersten lateinischen Ausgabe De republica Helvetiorum (Tiguri 1577) p. 159 von Friburgum Aventicorum. Joh. Baptisti Plantini Helvetia antiqua et nova (Bernae 1656) p. 106: „Lacus Muratensis ... ex parte latius olim patuisse credunt nonnulli, ita ut ad muros Aventicanos se extenderet; unde quoque credit Guillim. quondam Aventicensem nominatum. Extant quoque foederum a. 1333 scriptae, in quibus nominatur der Uchtsee, unde colligit Simler MSC. Aventicum tunc Uchten nominatum, a quo regioni nomen Uehtland." Dieses Manuskript von Simler scheint nicht gedruckt worden zu sein.

[2]) Allg. Deutsche Biographie Bd. 38, S. 742. Aus dem in vorhergehender Anmerkung gebrachten Zitat Platins geht hervor, daß Simler in dem Platin zugänglichen Manuskript das gleiche Argument (Murten-See = Uchtsee, Hinweis auf Ocktisee im Bundesbrief von 1333) gebraucht wie Tschudi.

[3]) Tschudi, Gallia comata (Constanz 1758) 89: „Dieses Land hat auch vielerlei Namen, heißt doch mit Recht überall Uechtland, wiewohl es allein umb Bern und Freyburg den Namen erhalten."

besonderen Grund zu haben für die Meinung, daß Uechtland der alte Gau von Aventicum wäre, weil der Murtensee, einst Aventicus lacus genannt, in einem Bundesbrief vom Jahre 1333 Uchtsee genannt werde. Daraus schloß er, daß aus Aventicum (Aventschen) im Deutschen der Name Uchten geworden sei; der Name Uchten sei nachher durch die andere Bezeichnung Wifflisburg verdrängt worden [1]). Es verlohnt sich, der Begründung näher nachzugehen. Der Bundesbrief, den Tschudi im Auge hat, ist der vom 20. Juli 1333, den er auch in seiner Chronik bringt. Dort findet sich in der Tat das Wort Ocktisee, auf das Tschudi zweifelsohne seine Begründung aufbaut [2]). Es steht in der Grenzlinie, die für den im Bundesbrief näher bezeichneten Friedensbezirk aufgeführt wird, nach Greyerz, Vevey und vor Grandson. Schon diese Reihenfolge zeigt, daß wir hier etwas anderes als den Murtensee zu erwarten haben. Die richtige Lesart finden wir in dem neuen Abdruck des Bundesbriefs im Basler Urkundenbuch: „gen Grúgers von dannen gen Viuis, von dannen gen Ochtsche, von dannen gen Gransen" [3]). Ochtsche, das Tschudi als Ocktisee gelesen, als Uchtensee gedeutet und dem Murtensee gleichgestellt hat, ist — Ouchy. Tschudi hat aber außer Simler noch andere mit seiner falschen Lesung verführt [4]).

---

[1]) Ebenda u. S. 153, 159.

[2]) Tschudi, Chronikon (Basel 1734) I, 328.

[3]) Urkundenbuch der Stadt Basel IV (1899), 103. Im Register richtig unter „Ouchy".

[4]) Joh. Bapt. Plantini Helvetia antiqua et nova 106 (s. oben S. 119*, A. 1). Kommentar des Jacob Otto in seiner Ausgabe des Beatus Rhenanus Libri rerum germanicarum (Ulm 1693) p. 490: „Regio Uchtland sive Nüchtland et lacus, quem hodie a vicino oppido Moratensem vocant, Uchtersee et Lacus Aventicus appellitatur in antiquis instrumentis." Marquard Wild, Apologie pour la vieille cité d'Avenche (Berne 1710) 164: „Déesse Aventia ... de la quelle probablement suivant l'inscription et la ville et le peuple ont tiré le nom Aventicum et Aventicenses, ainsi appelés des Romains et ensuite des Allemands Aucht-, Ouecht-, Oucht-Land et le Lac Lacus Aventicus, en allemand Ouchtsee, suivart les vieux instrumens et traités de confédération de l'an 1333." Jakob Lauffer in

Sie gab den Humanisten die beste Gelegenheit, auf dem von ihnen bevorzugten klassischen Boden zu bleiben. Der aus Freiburg stammende Historiker Franz Guilliman, dessen Antiquitates oder De rebus Helvetiorum das erste in Freiburg gedruckte wissenschaftliche Werk sind [1]), schwelgte besonders darin. Er ist glücklich darüber, daß das Land seiner Vaterstadt Freiburg im Uechtland den alten Namen von Aventicum erhalten habe, und bezieht sich ausführlich, ohne freilich Tschudi zu nennen, auf den Bundesbrief von 1333, in dem der Murtensee lacus Aventicus genannt würde [2]). Die Deutung Brennwalds, daß der Name Uecht-

---

seiner Beschreibung Helvetischer Geschichte I (Zürich 1736), 197 scheint Tschudis Argumentation im Auge zu haben, indem er die Deutung Uechtland = Oedland mit der Erklärung der Aushebungen Vespasians zurückweist und bemerkt, „allein der Nahme Uecht-Land scheinet viel älter zu sein und einen andern Ursprung zu haben.“ Watteville, Hist. de la Confédération helvétique 3e Edit. T. Ier (Yverdon 1768) 70 kennt die Argumentation aus Plantin und macht dazu kritische Bemerkungen: „je doute qu'Avenche fut assez considérable dans le 13e et 14e siècle pour avoir donné son nom au Lac, puisqu'en 932 il portait déjà le nom de Lac de Morat, comme il paroît par un diplome de cette année.“ Leu zweifelt wohl auch, bringt aber doch mit Berufung auf Plantin (und Wattenwyl) einen Artikel „Uecht-See“, Allgem. helvetisches eidgenöss. Lexikon XVIII, 461. Gingins-Sarraz, Essai sur l'établissement des Burgunden 59 beruft sich ohne Bedenken auf Tschudi und gibt sogar noch an, daß der Name Uchtensee „dans quelques documens du moyen âge“ sich finde. Auch das neue Geogr. Lexikon der Schweiz VI, 219 wiederholt den fingierten Namen Uechtsee.

1) Vgl. Joh. Kälin, Franz Guilliman, ein Freiburger Historiker, Freiburger Geschichtsblätter XI (1905) 2.

2) Guillimanni De rebus Helvetiorum sive Antiquitatum (Frib. 1598) l. I c. 2, p. 13: Huius (sc. pagi Aventicensis), ut ceterorum, plures partes per varia nomina. Antiquum et ingenitum vocabulum solum circa Friburgum retinuit, ubi Aventici ruinae, regionis, ut totius olim Helvetiae capitis. Unde non immerito quidam de Friburgo cecinisse Glareanum existimavere „Gentis Aventinae decus et suprema potestas“. Regio Vchtland nominata, non autem Nuchtland, ut perperam, nec sine iniuria antiqui et veri nominis quidam hactenus scripsere Rhenano (s. unten S. 126*, A. 2), credo adulati, qui Nuithones nobis, si Dis placet, ex Sueuia in eas partes

land als Oedland anzusehen sei und daß diese Bezeichnung infolge der Aushebungen Vespasians für den jüdischen Krieg entstanden sei, weist er zurück, und weil er sicher darin ist, daß sich in Uechtland der römische Name Aventicum erhalten habe, gibt er in seinem 1598 erschienenen Werk als Druckort den Namen „Friburgi Aventicorum an [1]), der auch auf der Umschrift wiederkehrt, die wir auf dem von Martin Martini gezeichneten Freiburger Wappen lesen [2]).

Die Erklärung Uechtlands als Oedland behauptete sich aber und wurde besonders zuversichtlich vertreten von Conrad Füßlin [3]). Auch Johannes von Müller deutet Uechtland als Oedland, bezieht aber die Verwüstung auf die Zeit des Unterganges

---

transtulit. Sane non solum regio tota Uchtland, sed etiam lacus, quem hodie a vicino opido Moratensem vocant, in antiquis instrumentis Uchtersee, sive lacus Aventicus nominatur, sicuti postea dicemus. — L. I c. 3, p. 20: Lacus ... olim Aventicus dicebatur, usitato etiam ultimis temporibus nomine, sicuti ex antiquo foedere constat, quod praefecti Austriaci nomine Alberti et Othonis Austriacorum principum ... sanciere. — Habsburgiaca l. VI c. 1: Berchtoldus ... de urbe in Aventicis condenda, quae dominaretur, Aventicorumque post Aventici Helvetiorum quondam capitis, interitum, caput esset, animum advertit perfecitque ... Friburgum nominavit.

[1]) De rebus Helvetiorum sive Antiquitatum l. I c. 9, p. 78: constanti fama celebratur, ipsum (sc. Vespasianum) sive Titum, Aventicensem pagum, dum Judaicum bellum ingenti studio comparat, colonis conscriptis poene exhausisse regionique nomen Vchtlandiae, quasi vacuae et solitariae fecisse, quamvis hoc nomen antiquius esse mihi nullum dubium sit, ut Aventici, quod Romanis scriptoribus inde formatum.

[2]) Das Wappen befindet sich auf dem von Martin Martini gezeichneten und 1606 von Stephan Philot herausgegebenen Stadtplan, wiedergegeben von Max de Diesbach in den Nouvelles Etrennes Fribourgeoises 1899, p. 7, und danach in FGB V (1898) S. 157. Die Umschrift lautet: Berchtoldus IIII Zeringiae dux necnon Burgundiae Cisiuranae (sic) rector, Friburgi in Aventicis conditor a. d. n. 1179.

[3]) Joh. Conr. Fueslin, Epitome hist. Helvetiae antiquae (Tiguri 1734) l. II c 2, p. 17.

des römischen Reiches [1]). Er stützt sich auf eine Stelle aus Gregor von Tours, der von den ersten Juraklöstern handelnd, von „Jorensis deserti secreta, quae inter Burgundiam Alamanniamque sita Aventicae adiacent civitati" spricht [2]). Damit bezeichnet aber Gregor von Tours die Gegend um Romainmôtier, die niemals später zum Uechtland gerechnet wurde [3]). Andere wollten die Verödung in die Zeit verlegen, als durch die Kämpfe zwischen den Enkeln der Brunhilde, Theudebert II. und Theuderich II., im 7. Jahrhundert die Gebiete zwischen Jura und Alpen verwüstet wurden, und so ist diese Erklärung bis in die jüngste Zeit noch hie und da vertreten worden [4]).

Daß die Erklärung aus Oedland methodisch als eine verfehlte angesehen werden muß, kann leicht gezeigt werden. Sie geht nicht von der ursprünglichen Namensform aus, die in der ersten Silbe keinen Umlaut, dafür einen Kehllaut (O*ch*tland) hat, sondern von einer Nebenform, die sehr selten und verhältnismäßig spät, zuerst im Jahre 1275 erscheint, und zwar stets für Freiburg [5]), also nie für die Gegenden an den Seen um Avenches, auf die es ankäme. Es bliebe auch gänzlich unaufgeklärt, wie die Bezeichnung sich vom 7. Jahrhundert — wenn wir den spätesten Termin für ihr Entstehen annehmen — bis in das ausgehende 13. Jahrhundert erhalten konnte, ohne uns früher entgegenzutreten. Im übrigen kann es nicht meine Sache sein, die philologischen Bedenken darzulegen.

Wir haben noch eine andere Erklärung, die aus falsch ange-

---

1) Joh. v. Müller, Der Geschichten schweizerischer Eidgenossenschaft 1. Teil (Leipz. 1825), 74f., 92f.

2) Vitae patrum I, 1. Mon. Germ. SS. rer. Merov. I, 664.

3) Jahn, Die Geschichte der Burgundionen u. Burgundiens II (Halle 1874), 385 A. 1, 395 A.

4) Egli, Nomina Geographica^2 (Leipz. 1893), 952; Geographisches Lexikon der Schweiz I, 113 s. v. Avenches, VI, 219 s. v. Uechtland; Martignier et de Crousaz, Dictionnaire de Vaud 45; Holder, Mélanges d'hist. frib. (Frib. 1898) 23; Benz, Gerichtsverfass. v. Freiburg FGB. IV, 5.

5) S. oben S. 108*, A. 9.

brachter Humanistengelehrsamkeit hervorging, noch viel weniger begründet ist, aber gleichwohl lange nachgewirkt hat. Auch hier war der Ausgangspunkt eine Nebenform, dazu eine solche, die aus einem offenbaren Mißverständnis entstand, wir können sagen eine Mißbildung, die in ihrer Art freilich manchmal vorkommt. Durch das Hinüberziehen des auslautenden n in der Präposition in wurde nämlich aus Friburg (Bern) i*n* Uechtland ein Friburg (Bern) in Nuechtland gehört, und so die Form Nuechtland gebildet [1]). In einem Schreiben der Stadt Nürnberg aus dem Jahre 1374 begegnet uns — soweit ich sehe — zuerst diese Mißbildung in der Form: Bern in Nůhtland [2]). Daß fern von hier die Mißbildung aufkommen konnte, begreift sich leicht. Sie wurde dann von den Humanisten aufgenommen und mit antiquierter Gelehrsamkeit zu erklären gesucht. Der Schlettstädter Humanist

---

[1]) So erklärten die Form Nüchtland schon Abraham Ruchat († 1750) in der „Dissertation sur l'origine des noms des principaux lieux de la Suisse et en particulier du pays de Vaud", die seinem „Abrégé de l'hist. ecclés. du pays de Vaud" angehängt ist, in dessen Edit. nouvelle (Laus. 1838) p. 109; und Birlinger in Alemannia I (1873), 160, 167, 172, als richtig anerkannt im Schweiz. Idiotikon I (1881), 84; Grimm, Deutsches Wörterbuch VII (1889) Sp. 969.

[2]) FRB IX, 392. Weitere Beispiele finden sich in den von Büchi FGB XIV, 133ff. aus Matrikelauszügen zusammengestellten Listen von Freiburger Studenten auf auswärtigen Hochschulen: S. 154 Nüchtland (Wien a. 1421), 133 Neychtland, 138 Niechtland (Freiburg i. B. a. 1505, 1570); in der anonymen Basler Chronik a. d. J. 1521—1526, Basler Chroniken VII, 256; Joh. Frisius, nomenclator latino-germanicus novus (Zürich 1556) p. 138; in Forers Tierbuch (Zürich 1563) Bl. 20b (zitiert in Alemannia I, 167); Teutscher Nation Heldenbuch (Basel 1570) III 501; hs. Itinerarium des Sebastian Werro „unwürdigen Priester von Fryburg us Nüchtland im Jahr 1581" ASF V, 193; auch in der hs. Chronik Rudella 16. Jh. (Staatsarchiv Freib. Vol. 63a p. 163: Nuichtland) und in „Der durchläuchtiger Welt III. Teil" (Hamburg 1710) 6. Abschnitt S. 246, 253. In Werner Rolevink, Fasciculus temporum (Argentinae, Pryss 1487) f. 78b finden wir die Form Nochtlandia und dementsprechend in der französischen Übersetzung (Genève, Cruse 1495) Nocthlandie, woraus dann die französische Form Nuctlande wurde. S. unten S. 126*, A. 3.

Beatus Rhenanus bildete daraus in seinen 1531 erschienen Büchern Rerum Germanicarum die lateinische Form Nuithlandia, um dann den Namen von einer vermeintlichen Abteilung der Burgunder, von den bei Tacitus erwähnten Nuithones abzuleiten [1]). Die Nuithonen hätten sich in der Gegend von Avenches niedergelassen und ihr den Namen Nuithlandia gegeben.

Nicht wenige sahen das als eine Entdeckung an. Der von Zürich nach Bern berufene Theologieprofessor Johannes Rhellicanus (Müller) beeilte sich schon 1533 in sein frisch erworbenes Exemplar des bei Frobenius gedruckten Buches von Beatus Rhenanus einen Erwerbsvermerk einzutragen mit dem Schluß „Bernae in Nuichthonibus" [2]). In der Universitätsmatrikel von Freiburg im Breisgau begann man seit 1549, bis in den Anfang des 17. Jahrhunderts, Studenten aus Freiburg in der Schweiz als Nuithones oder aus Friburgum Nuithonum einzutragen [3]). Durch die so immatrikulierten Studierenden wurde diese gelehrte lateinische Form auch in ihre Vaterstadt Freiburg im

---

[1]) Beati Rhenani Selestadiensis Rerum Germanicarum ll. III (Basileae 1531) p. 59: Caeterum Nuithones, quorum Tacitus meminit, arbitror prius in Germaniam deinde in Maximam Sequanorum una cum Burgundionibus transcendisse, a quibus tractus Aventicensis appellatur hodie Nuithlandia. Sed et eadem regiuncula Burgundiae nomen habet, ut appareat Nuithones partem fuisse Burgundionum, illis namque se coniunxerunt. Dazu p. 134 unter dem Titel Nuithonum regio: Burgundiones ... quid vetat credere, quum meliores agros quaesitum irent, rapuisse secum Nuithones, quorum nisi apud Tacitum nulla amplius memoria, qui transgressi cum illis in Sequanos citra Juram consederint in Helvetiis, ubi hodie Bernam et Friburgum oppida cultiss. cernimus.

[2]) In dem auf der Zürcher Stadtbibliothek befindlichen, einst Joh. Rud. Stumpf — dem Sohne des Verfassers der Chronik — gehörigen Exemplar der Ausgabe von 1531 liest man auf dem Vorsatzblatt, das dem Buchdeckel innen angeklebt ist: Johanni Rhellicano domino meo 4 lb. constiti. Anno 1533 mense Martio. Bernae in Nuichthonibus.

[3]) 1549 Friburgensis ex Nuichtonibus, Friburgo ad Huithtones (!) 1556 Friburgo Nuithonum, 1570 Friburgen. Nuithorum, 1574 Friburgens. ex Nuitonibus, 1575ff. F. Nuithonum, zuletzt 1602, dann ganz verdrängt durch Friburg. Helvet. oder bisweilen noch Uchtlandie. FGB XIV, 136ff.

Uechtland verbreitet [1]). Und nicht allein schweizerische und deutsche Humanisten folgten dem Beatus Rhenanus [2]). Auch in Frankreich begann man von Nuichtons als einem Teil der Burgunder zu sprechen. So Gollut in seinen 1592 zu Dôle erschienenen Mémoires histor. de la république Séquanoise [3]). Phili-

---

[1]) Der junge Wilh. Techtermann spricht in einem während seiner Studienzeit zu Freiburg i. Breisgau c. 1570 abgefaßten Gedicht von „Nuithonica arva". Tobie de Raemy, Le chancelier Techtermann in ASF X, 391. In einem später von Freiburg i. Breisgau an ihn als Staatskanzler 1586 gerichteten Brief wird er als „reipublicae Helveticae Friburgi Nuithonum archigraphus" betitelt (ebenda 387). Sein Sohn Martin, der des Vaters poetischen Geschmack erbte, widmete ihm bei der Ernennung zum Staatsrat i. J. 1600 ein Gedicht, in dem das Freiburger Volk als Nuitonidum populus bezeichnet wird (ebenda 394). So kann es uns nicht wundern, daß wir in Merians Topographia Helvetiae von 1654 auf der Karte Freiburgs als zweiten Titel Friburgum Nuitoniae (Nouvelles Etrennes Frib. XXXV (1901) 59) lesen. Eine Arbeit des Baron Nicolas François Joseph d'Alt aus dem 18. Jh. ist betitelt: „Friburgum Helvetiorum Nuythoniae". W. J. Meyer, Catalogue des mss. de la Bibliothèque de la Société économ. ASF X, 357.

[2]) Joh. Stumpf hat die Erklärung von Beatus Rhenanus angenommen in seiner „Beschreybung" II, 247, auch Joannes Frisius in seinem Nomenclator (Tiguri 1556) p. 134: Nuithones, Uchtlender, p. 138: Friburgum in Nuithonibus. Aegidius Tschudi aber verwarf sie in seiner Gallia comata 88, ebenso Vignier, Rerum Burgundionum chronicon (Basileae 1575) 9, Guilliman (s. o. S. 121*, A. 2) und auch Conrad Fueslin, indem er in seiner Epitome historiae Helvetiae antiquae (Zürich 1734) l. 2 c. 2 gute kritische Bemerkungen beifügte, dafür schloß er sich der Erklärung aus Ödland an. Aber in der späteren Ausgabe von Füßlins Staats- und Erdbeschreibung der schweiz. Eidgenossenschaft (Schaffhausen 1770) II, 97, wird zu Freiburg bemerkt, „oft mit dem Zunamen im Uechtland, auf lateinisch bisweilen Friburgum Nuithonum", und III, 398, wird von dem Namen Nuithonia gesprochen, „woraus der deutsche Name Nůchtland oder Uechtland entstanden". Suicerus, Chronologia Helvetica (Hanoviae 1607 zuerst gedruckt) in Thesauri hist. Helv. (Tiguri 1735) p. 4: Nuichthones prius Aventini appellati, cfr. p. 11. Noch bei Diefenbach lesen wir im Glossarium Latino-germanicum (Francofurti a. M. 1857) nach Gollii Onomasticon (Argentor. 1582) Nuithones Nůchtlender.

[3]) P. 66s.: accompagnés de Nuichtons, Vandales et autres peuples de l'alliance Gothique ils (les Bourgougnons) forcèrent les gardes Ro-

bert de la Mare hielt sich noch Ende des 17. Jahrhunderts für berechtigt, von der „Nuithonum Germaniae populorum transfusa in Burgundiam colonia“ zu schreiben[1]). Ja, bis ins 19. Jahrhundert gebrauchte man Nuithoniae als Bezeichnung für einen Teil des alten Burgundenreiches[2]). Ein Studentenverein am Collège St. Michel in Freiburg nennt sich noch heute Nuithonia, und in den Freiburger Neujahrsblättern erzählt man noch für das Jahr 1919 Anecdotes Nuithoniennes[3]).

Die ganze gelehrte Deutelei, die den Namen Nuithonia schuf, hat aber eine sehr gebrechliche Stütze. Sie fußt allein auf der einmaligen Erwähnung der germanischen Völkerschaft Nuithones bei Tacitus[4]), die im Norden Jütlands wohnte. Sonst wissen wir nichts von ihr. Daß die Nuithones zu den Burgundern in irgendwelchen Beziehungen standen, ist gar nicht zu erweisen, noch viel weniger, daß sie mit den Burgundern auszogen und in die hiesige Gegend gekommen seien. Zu alledem ist, wie Müllenhoff zeigt[5]), die Namensform bei Tacitus sicherlich verderbt, da die Lautfolge Ui undeutsch ist; wahrscheinlich ist Huithones zu lesen, was die Weißen bedeuten würde[6]). Es kann kein Zweifel

---

maines ... environ l'an 406 ... s'emparerent du païs des Séquanois, de la Nucthlande. Unter den benutzten Autoren wird am Schluß des Vorworts Beatus Rhenanus erwähnt.

[1]) Phil. de la Mare, Historicorum Burgundiae conspectus (Dijon 1689) 37, zitiert bei Jahn, Burgundionen II, 395.

[2]) Kuenlin, Dictionaire de Fribourg (Fbg. 1832) I, 240; (Raemy), Dictionnaire de Fribourg (Fbg. 1886), 14.

[3]) Nouvelles Etrennes fribourgeoises 1919 p. 128.

[4]) Taciti Germania c. 40. Nachdem von den Langobarden gesprochen wurde, heißt es dort: Reudingi, deinde et Aviones et Anglii et Varini et Eudoses et Suardones et Nuithones fluminibus aut silvis muniuntur. Das ist alles.

[5]) Müllenhoff, Deutsche Altertumskunde IV: Die Germania des Tacitus (Berl. 1900) 467.

[6]) Much in Hoops Reallexikon d. German. Altertumskunde III (Straßburg 1915) 347.

sein, daß die Deutung des Beatus Rhenanus und die Form Nuithonia durchaus unberechtigt sind.

Angesichts der Tatsache, daß Beatus Rhenanus die lateinische Form Nuithonia aus dem deutschen Nuechtland erfand, kann die Erklärung von Platz [1]), der Nuithonia als die französische Übersetzung von Nachtland, Abendland hinstellen wollte, gar nicht in Betracht gezogen werden.

Die übrigens nur sehr hypothetisch von Mone [2]) vorgeschlagene Ableitung aus dem Keltischen von uch = oben, nach der Uechtland Oberland bedeuten würde, erwähnen wir zum Schluß nur noch der Vollständigkeit halber. Sie ist nirgends ernst genommen worden.

Wir können damit unsere Darlegungen abbrechen. Indem ich sie der Öffentlichkeit zur Prüfung übergebe, weiß ich wohl, daß zu den alten Hypothesen neue hinzugefügt wurden, deren Unterlagen nun aber als fester angesehen werden können. Für die Entwicklung der Namen in dem von mir vertretenen Sinn scheint mir vor allem die einheitliche Richtung zu sprechen. Sie geht dem Laufe der Saane entlang und entspricht dem auch sonst in diesen Gegenden zu beobachtenden Ineinanderwirken von romanischen und deutschen Namensformen. Zuerst an dem castrum d'Oiz, d'Os, dem heutigen Château d'Oex (Oeschburg) haftend, dürfte der Name von dem Gründer dieser Burg herzuleiten sein, einem Otius, welchen Namen wir auch in Eysins haben. Aus dem Burgnamen wurde auch ein Gauname geformt: Pagus Ausicensis (Oeschgau), romanisch Osgo, Ogo, der sich nachher mit der Grafschaft Gruyère deckte. Aus Ogo bildete man in deutschem Munde für die an dem Laufe der mittleren Saane gelegenen Gebiete, deren Mittelpunkt nachher Freiburg wurde, ein Ocht-land, Oechtland und schließlich Uechtland, das mit dem Namen Freiburg eng verbunden wurde. Der Name Uechtland weist so eine ganz stattliche Ahnenreihe auf, und Frei-

---

[1]) Liberté v. 7. Juli 1919.

[2]) Mone, Urgeschichte des badischen Landes II (Karlsruhe 1845), 130.

burg darf ihn als alte historische Bezeichnung auch heute noch mit Ehren tragen, um so mehr, als er die Bedeutung wiederspiegelt, welche für die territoriale Entwicklung des Freiburger Gebietes der Lauf der Saane hat. Der Blick auf „Les bords de la libre Sarine", die das Freiburger Nationallied feiert, hilft uns auch zur Erklärung für die alten historischen Benennungen des Freiburger Landes.



Inhaltsübersicht.

WILLIBALD PIRCKHEIMER

UND

DIE REICHSSTADT NÜRNBERG

IM SCHWABENKRIEG.

Von

EMIL REICKE.

Im Jahre 1499 tobte in der Schweiz und an ihren Grenzen ein Krieg, der von den Zeitgenossen als ein ganz besonders „grimmer“ und „tödlicher“ angesehen wurde. Nauklerus, dessen dickleibige lateinische Weltchronik 1516 erschien, behauptet, es seien damals so viele Menschen getötet worden wie seit hundert Jahren nicht in irgendeinem Kriege in jener Gegend. Und Willibald Pirckheimer in seiner gleich zu besprechenden Beschreibung dieses Krieges nennt denselben den größten und verderblichsten, dessen sich er und seine Zeitgenossen sowie deren Väter erinnern könnten. Die Maße waren eben damals noch bescheidene. Dieser Krieg war der von den Deutschen kat 'exochen „Schweizerkrieg“, von den Eidgenossen aber „Schwabenkrieg“ genannte. Er hatte die tatsächliche Lostrennung der Schweiz vom Deutschen Reich zur Folge, deren rechtliche Sanktionierung freilich erst durch den Westfälischen Frieden stattfand.

An diesem Kriege war nun auch auf Seiten des Kaisers die größte freie Reichsstadt Süddeutschlands mit Truppen und anderen Kampfmitteln beteiligt — Nürnberg. Und ein Nürnberger war es auch, der ihm in einer besonderen Schrift eine noch heute vielfach brauchbare, berühmt gewordene Beschreibung gewidmet hat, Willibald Pirckheimer [1]).

Der Aufsatz beruht auf einem Vortrag im Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg am 16. Oktober 1913, vgl. den Jahresbericht besagten Vereins über 1913, S. 22—24. Die hier erweiterte und mannigfaltig ergänzte Arbeit erschien zuerst unter dem Titel „Willibald Pirckheimer und der Schweizerkrieg von 1499“ im „Täglichen Unterhaltungsblatt“ des „Fränkischen Kurier“, Nürnberg 1913, Nr. 311—320.

[1]) Über ihn unterrichtet heute noch am bequemsten und im allgemeinen zuverlässig der Artikel von Ludwig Geiger in der Allgemeinen Deutschen Biographie, Band XXVI, S. 810—817, wo auch Otto Markwarts

Pirckheimers Buch vom Schweizerkrieg, vom ersten Herausgeber Bellum Suitense oder Helveticum genannt, ist lateinisch geschrieben in dem damals noch nicht lange zur Herrschaft gelangten, an den vorzüglichsten klassischen Mustern gebildeten Humanistenlatein. Es ist dies sehr schade, denn dadurch, daß nun auch die Redeweise der Alten sowohl im allgemeinen als auch im einzelnen mit vielen klassischen Phrasen und Bezeichnungen nachgeahmt und herübergenommen wurde, verliert das Buch nicht nur außerordentlich an persönlichem und nationalem Wert, sondern es entstehen auch dadurch allerlei Unklarheiten, ja geradezu Fälschungen. So z. B. weiß man nie so recht, was bei Pirckheimer equites zu bedeuten hat, ob adelige Ritter oder schlankweg Reiter, Reisige. Wen er unter den tribuni oder centuriones versteht, bedarf im Einzelfall immer erst der Prüfung. Die Reden, die er gelegentlich verschiedenen Personen in den Mund legt, sind nach Art des Livius rhetorische Elaborate, oft ganz farblose. Wohl erkennen wir — und ich werde darauf hinweisen — an einzelnen Stellen den für das Individuelle stärker empfänglichen und subjektiv geweckteren Sinn des Renaissancemenschen. Trotzdem sind hier nur erst die Anfänge einer lebensvolleren und dem ganzen Milieu der Zeit gerechter werdenden

---

1886 erschienene Dissertation aufgeführt ist. Pirckheimer lebte von 1470 bis 1530. Ratsherr in seiner Vaterstadt war er seit Ostern 1496 und blieb es mit Unterbrechungen bis 1523. Sein Ruhm als Humanist beruht weniger auf eigenen Schriften als vielmehr vor allem auf seinem umfassenden Wissen und auf dem großen Einfluß, den er im persönlichen Verkehr wie auch durch seinen Briefwechsel auf seine Zeitgenossen ausgeübt hat. Der Verfasser — in Verbindung mit Arnold Reimann — ist seit Jahren damit beschäftigt, diesen Briefwechsel in einer kritischen Ausgabe mit eingehendem Kommentar herauszubringen. Dazu dient ihm namentlich der ansehnliche handschriftliche Nachlaß des Humanisten, der in der Stadtbibliothek Nürnberg verwahrt wird, an der der Verfasser schon seit langem die Stelle eines Kustos bekleidet. Die Herausgabe, die anfangs von der Historischen Kommission bei der bayrischen Akademie der Wissenschaften geplant war, liegt nunmehr in den Händen der neugegründeten Preußischen Kommission für die Geschichte der Reformation und Gegenreformation.

autobiographischen Literatur zu spüren. Wir sind ja freilich darin so anspruchsvoll, und was das Konventionelle betrifft, so überempfindlich geworden. In früheren Jahrhunderten dachten die Menschen anders, und so erfreute man sich an dem gewählten Latein des Schweizerkriegs, hielt ihn für eine Quelle ersten Ranges und unterließ es nicht, seinen Autor als „deutschen Xenophon", einen Namen, den ihm gleich der erste Herausgeber beilegte, zu verehren.

Freilich gelangte Pirckheimers Buch oder Büchlein — denn groß ist es nicht — erst in verhältnismäßig später Zeit zu einiger Wirkung. War es, was sehr wahrscheinlich ist, Absicht oder ist ihm der Tod dazwischen gekommen, Pirckheimer hat sein Werk nicht selbst zum Druck gegeben. Erst 80 Jahre nach seinem 1530 erfolgten Tode wurde es nach der Abschrift des Altdorfer Professors Konrad Rittershusius zusammen mit anderen Werken des Nürnberger Humanisten von dem fleißigen, aber auch manchmal unglaublich flüchtigen Schweizer Vielschreiber Melchior Goldast von Haiminsfeld veröffentlicht (in den Opera Pirckheimeri, Frankfurt 1610). Seitdem wurde es wiederholt herausgegeben, am besten neuerdings von Karl Rück, jetzt Gymnasialrektor in Regensburg, nach Pirckheimers Autograph im Britischen Museum, wo dieses wertvolle Stück jetzt lagert, nachdem es 1636 zusammen mit der Bibliothek des Humanisten von dem damaligen Besitzer seines Nachlasses, dem Nürnberger Patrizier Johann Hieronymus Imhoff, an Thomas Arundel, Grafen von Surrey, verkauft worden war. Rück hat das große Verdienst, dieses Manuskript dort aufgesucht und zusammen mit dem gleichfalls von ihm wiedergefundenen Bruchstück der Autobiographie Pirckheimers philologisch einwandfrei ediert zu haben [1]).

Ich will hier nun nicht auf eine kritische Erörterung des Verhältnisses der Originalhandschrift zu den verschiedenen Kon-

[1]) Wilibald Pirckheimers Schweizerkrieg. Nach Pirckheimers Autographum im Britischen Museum herausgegeben von Karl Rück. München, Verl. der K. Akademie 1895. In Comm. bei G. Franz (VI, 160 S.).

zeptbruchstücken, Abschriften und zur ersten Ausgabe näher eingehen. Es würde das eine eingehende Untersuchung erfordern. Kurz habe ich darüber schon an anderer Stelle gehandelt (in der Rezension der eben zitierten Ausgabe von Rück in den „Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg", 12. Heft, Abtlg. 2, S. 318 ff.). Hier möchte ich nur einen Punkt hervorheben, der für die Beurteilung, insbesondere für die Glaubwürdigkeit der Schilderung Pirckheimers vor allem in Betracht kommt, nämlich die Frage nach der Abfassungszeit des Schweizerkrieges. Rittershusius, der erste eigentliche Herausgeber des Buches, hat gemeint, Pirckheimer sei an der Veröffentlichung des Werkes nur durch den Tod verhindert worden. Danach sähe es also so aus, als ob er es erst in seinen letzten Lebensjahren verfaßt habe. Dies nimmt auch Otto Markwart an in seiner vielfach schätzbaren Basler Doktordissertation „Wilibald Pirckheimer als Geschichtschreiber" (Zürich, 1886). Dabei geht er freilich zum Teil von ganz falschen Vorstellungen aus, indem er meint, Pirckheimer habe erst gegen Ende seines Lebens römische und griechische Klassiker ins Deutsche zu übertragen angefangen, seine humanistische Periode falle überhaupt erst in seine letzten Lebensjahre. Das ist grundfalsch. Strittiger ist die Frage, ob tatsächlich, wie Markwart annimmt, Alterszeichen in dem Buche wahrzunehmen seien. Gedächtnisfehler sind zweifellos vorhanden, ich komme bei Gelegenheit darauf zurück. Für eine spätere Abfassung macht Markwart weiterhin die Tatsache geltend, daß Pirckheimer im Mai und Juni 1519 zusammen mit Martin Tucher im Auftrage des Nürnberger Rats eine Botschaft nach Zürich ausrichtete. Er meint, auf dieser Reise habe Pirckheimer sich auch sonst umgesehen und dabei mancherlei von seinen ehemaligen Gegnern, den Eidgenossen, zu hören bekommen, was er nun in seiner Beschreibung des Krieges und der früheren Schweizergeschichte verwerten konnte. Noch mehr aber spräche für eine späte und zwar ziemlich späte Abfassung der Umstand, daß Pirckheimer in seinem Werke nicht nur der Schlacht bei Pavia (1525), sondern auch seiner am 25. November 1526 durch Karl V. in Granada

vollzogenen Ernennung zum kaiserlichen Rat gedenke. Daß diese Erwähnung aber erst ganz gegen Schluß des Büchleins geschieht, macht diesen Grund doch wieder weniger stichhaltig.

Sehr wichtig für diese Frage scheint nun eine Briefstelle zu sein, auf die Arnold Reimann aufmerksam gemacht hat in seiner Kritik der Rückschen Ausgabe in der „Deutschen Literaturzeitung“ (1896, Sp. 633). Cochläus, ein eifriger Korrespondent Pirckheimers, schreibt seinem Gönner in einem vom 9. Juni 1517 aus Bologna datierten Briefe, was alles der Kaiser an Werken von hoher geistiger Bedeutung leisten könnte, wenn er sich nur solcher Männer wie der ruhmreichen Dreizahl des Erasmus, Reuchlins und Pirckheimers bedienen wollte. „Er, der Kaiser, malt und schneidet Triumphe (Anspielung auf Dürer und Genossen), Ihr — die genannten Männer — schreibt Adagia, Caballistica und Helvetica.“ Es ist also klar, daß Pirckheimer damals schon an seinem Schweizerkrieg schrieb oder doch, daß er es vorhatte, daran zu schreiben — mehr läßt das Präsens „Ihr schreibt“ wohl nicht zu. Entscheidend ist auch eine andere Stelle nicht, die zuerst von Theodor Kolde in den Beiträgen zur bayerischen Kirchengeschichte (Bd. 13, S. 121, vgl. ebenda S. 105) veröffentlicht wurde, nämlich eine Bemerkung, die sich in einem Briefe des Thomas Venatorius, Spitalpredigers in Nürnberg, vom 30. Juli 1531 an Martin Bucer in Straßburg findet. Venatorius war es übertragen worden, den literarischen Nachlaß Pirckheimers zu ordnen. Er entledigte sich dieser Aufgabe in einer für alle Zeiten wirklich fluchwürdigen Weise. Weil ihm die Mühe des Durchlesens der reichen Korrespondenz zu groß war, so entschied er sich dafür, nach nur sechs Tage langer Arbeit einen großen Teil der an Pirckheimer gerichteten Briefe den Flammen zu übergeben, damit sie „nicht in unrechte Hände fielen“! Ein für die Geschichtsforschung unersetzlicher Verlust. Das Manuskript des Schweizerkriegs war allem Anschein nach von den Erben des Nachlasses nach Straßburg geschickt worden, um dort gedruckt zu werden. Hier sah es Bucer, der berühmte Reformator, und fand daran manches auszusetzen. Venatorius gab ihm recht, er schrieb ihm, er wolle

dafür sorgen, daß die Erben das Manuskript wieder zurücknähmen. Dann wolle er zusehen, daß es möglichst wenig „bissig" in die Hände der Liebhaber der Geschichte komme. „Ich selbst," fügt er hinzu, „habe diese Geschichte oft gesehen, aber niemals gelesen, sei es, weil sie dem Autor noch nicht recht genügte (und er sie also deshalb nicht aus der Hand gab), sei es, daß ich durch meine Geschäfte verhindert war." Wie oft, bezw. wieviel Jahre lang Venatorius das Manuskript bei Pirckheimer gesehen, schreibt er nicht. Korrespondiert hat er mit diesem wenigstens seit Anfang 1519. Später wurde er sehr vertraut mit Pirckheimer, so daß dieser, wie Venatorius 1531 an Erasmus schreibt, seit einigen Jahren nichts mehr vor ihm geheim gehalten habe. Also mag es wohl auch nur in den letzten Lebensjahren Pirckheimers gewesen sein, daß er den Schweizerkrieg wiederholt zu Gesichte bekommen.

Nach allem dem läßt sich die Abfassungszeit des Werkes nicht mit Sicherheit bestimmen. Ich glaube kaum, daß es bald nach beendigtem Krieg in Angriff genommen wurde, sonst wäre der Ton doch wohl ein frischerer geworden. Die vornehmste schriftliche Quelle für Pirckheimer erschien auch erst 1507. Aber gewiß hat er sich lange mit dem Plan getragen. Seine Gesandtschaftsreise nach der Schweiz 1519 gab ihm Gelegenheit, manches, womöglich an Ort und Stelle, genauer zu erkunden. Viel früher als nach der Rückkehr von dieser Reise wird er nicht ernstlich darangegangen sein. Daß er Niederschriften darüber, wohl gar während des Feldzugs gemachte Aufzeichnungen, wie Markwart will, für die Arbeit benützt hat, glaube ich nicht. Es müßte sich doch irgend ein Rest davon in seinem, wie bemerkt, in der Nürnberger Stadtbibliothek aufbewahrten Nachlaß erhalten haben. Pirckheimer hatte, wie er wenigstens selbst behauptet, ein vorzügliches Gedächtnis. Dennoch hat es ihn im „Schweizerkrieg" wiederholt getäuscht.

Sicheres indes ist hier nicht zu sagen. Auch auf eine andere damit in Zusammenhang stehende Frage gibt es keine gewisse Antwort, auf die Frage nämlich, für wen Pirckheimer eigentlich

sein Werk geschrieben hat? Daß es noch zu seinen Lebzeiten herauskam, hat er wohl kaum bezweckt, sicher aber nichts dafür getan. Nach Venatorius hätte er gemeint, es fehle ihm noch die letzte Feile. Dies ist auch die Ansicht des jüngsten Herausgebers Karl Rück. Nun, da wäre doch zu helfen gewesen. Ich glaube eher, er scheute sich, weil das Werk ebenso wie seine kurze, aber wertvolle Autobiographie hier und da etwas gar zu sehr sein eigenes Lob singt, derartiges an die Öffentlichkeit zu bringen. Nicht aus allgemeinen moralischen, sondern aus örtlichen und persönlichen Gründen. Das Nürnberger Patriziat sah die Verherrlichung eines einzelnen Mitgliedes nie besonders gern. Auch seine wiederholten Ausfälle gegen die Neider der Stadt, worunter vor allem der Markgraf und die fränkische Ritterschaft, die er gelegentlich direkt verächtlich macht, zu verstehen sind, mußten, das wußte Pirckheimer, dem Rat verdrießlich sein. Denn nichts fast erregte damals mehr den Zorn der Mächtigen als ein sogenanntes Schmachlibell, ein libellus famosus. Das „bissig“ (mordax) in dem zitierten Brief des Venatorius geht, glaube ich, viel mehr auf diese Ausfälle, als auf die ganz sporadischen gegen die Eidgenossen zurück, die der gut patriotische Schweizer Goldast daher auch in seiner, der Erstausgabe der Schrift getilgt hat. Denn im großen und ganzen haben wir die Empfindung, daß der reichsstädtische Bürger für die Schweizer, seine Gegner im Felde, eher Sympathie als Abneigung hatte.

So wird es wohl mehr die Nachwelt gewesen sein, an die Pirckheimer bei der Abfassung seines Buches gedacht hat. Das war Humanistenart. Wie oft hatten diese geklagt, daß die Deutschen im Mittelalter zwar große Taten verübt, aber keinen geeigneten Herold dieser Taten gefunden hätten. Dem wollte Pirckheimer zu seinem Teil abhelfen. Dazu aber diente dem gelehrten Mann die lateinische Sprache. Daß er damit gerade diejenigen Leser, die sich vielleicht am meisten für eine solche Schrift interessiert hätten, nämlich die meisten seiner Ratsfreunde und Kriegsteilnehmer von der Lektüre ausschloß, wird ihn nicht weiter bekümmert haben. Schade, nochmals schade! Wo wir

Pirckheimer deutsch schreiben sehen, schrieb er nicht schlecht, und so hätte er uns gewiß ein noch heute hochpopuläres und sicher ein leichter zu lesendes Buch beschert als sein Zeitgenosse, der Ritter Götz von Berlichingen, aus dessen unglaublich unbeholfenen Sätzen man manchmal beim besten Willen nicht klug werden kann.

Zu der eben geschilderten Absicht der Wirkung auf einen weiteren Kreis stimmt, daß Pirckheimer nun aber nicht nur eine Geschichte des von ihm erlebten Krieges geben wollte. Sein Werk zerfällt in zwei Bücher. Davon enthält das erste eine nicht ganz knappe Übersicht über die frühere Geschichte der Schweizer bis zu den Ursachen des Krieges von 1499. Pirckheimer hat dafür fast ausschließlich die 1507 erschienene „Kronica von der loblichen Eydtgnoschaft“ des Luzerner Gerichtsschreibers Petermann Etterlin benützt, so daß Markwart sagen konnte, das erste Buch sei nur ein ins Humanistische übersetzter Etterlin. Und was das zweite Buch anbetrifft, so erzählt er nicht selten die Schlachten, die er nur eben aus geschriebenen Quellen oder etwa vom Hörensagen kennen konnte, ebenso ausführlich wie die von ihm selbst durchgemachten Ereignisse. Ein eigentliches Memoirenwerk sollte sein Büchlein über den Schweizerkrieg nicht sein und ist es leider auch nicht geworden.

Immerhin ist uns in ihm ein wertvolles Erzeugnis der deutschen Geschichtsliteratur erhalten. Für die Partieen, wo Pirckheimer seine eigenen Erlebnisse erzählt, z. B. für den Engadinerkrieg, für manche Züge des Charakters Maximilians, teilweise auch für die allgemeine Stimmung, namentlich die in den Kreisen des deutschen Heeres, ist es eine geradezu unersetzliche Quelle. Es ist gewandt und anschaulich geschrieben, nicht ohne Kritik, und in dem alten pragmatischen Geiste, d. h. es versucht überall die inneren Gründe der Ereignisse zu geben, wenn auch meist nur mit knappen Worten und nicht immer mit Glück. Wäre es zur rechten Zeit erschienen, hätte es wirksamer werden können. Doch würde es hier zu weit führen, dem Buche seine Stellung im Rahmen der

gesamten Historiographie anzuweisen. Über das Sprachliche hat Rück gehandelt, obzwar nicht erschöpfend.

Leider eignen dem Büchlein auch viele Fehler. Die Genauigkeit, mit der Pirckheimer seine Schweizer Quelle benützt, läßt manches zu wünschen übrig. Namentlich in den Zahlen, die er ohne ersichtlichen Grund gern erhöht oder herabsetzt, ist er durchaus nicht zuverlässig. An Daten fehlt es fast gänzlich. Auch die Ortsangaben sind nicht sehr präzisiert, die Namen der Mithandelnden und Führer meist verschwiegen. Nicht zum wenigsten mag daran die in diesem Punkte wirklich leidige „antikische Art" die Schuld tragen.

Eine Ergänzung zu Pirckheimers Bericht, soweit die Nürnbergischen Ereignisse in Frage kommen, bietet nun das Aktenmaterial der ehemaligen Reichsstadt, fast durchweg im Nürnberger Kreisarchiv aufbewahrt, die Ratsprotokolle und das Ratsbuch, die Reste der Stadtrechnungen und Belege dazu, vor allem die Briefbücher, die die Kopieen der vom Rate abgesandten Schreiben enthalten. Leider sind die an den Rat gerichteten Briefe fast alle verloren gegangen, ein nicht genug zu beklagender Verlust. Nur ganz zufällig sind uns drei Schreiben Pirckheimers aus dem Feldzug, davon zwei an den Rat, erhalten geblieben. Ich will versuchen, mit Hilfe des Bellum Suitense, wozu mit ein paar wenigen Angaben auch die gleichfalls von Rück und zwar zum ersten Male im Originaltext herausgegebene Autobiographie Pirckheimers hinzukommt, mit Hilfe dann der genannten Archivalien und der mir erreichbar gewesenen gedruckten Literatur ein Bild von der Beteiligung des nürnbergischen Kontingents und seines Führers Willibald Pirckheimer am Schweizerkrieg 1499 zu geben. Dabei darf ich nicht verschweigen, daß Herr Dr. Arnold Reimann, Stadtschulrat in Berlin, mein Freund und Mitarbeiter in Pirckheimerianis, mir durch Überlassung seiner Exzerpte aus dem Nürnberger Kreisarchiv zur Einsichtnahme eine wertvolle Unterstützung für meine eigenen Forschungen dortselbst geleistet hat.

Die Entstehungsgeschichte und der Verlauf des Krieges im

allgemeinen darf hier als bekannt vorausgesetzt werden [1]). Pirckheimer urteilte, daß der Krieg nicht aus einer Notwendigkeit, sondern „ob animorum impotentiam et arrogantiam“, aus Zügellosigkeit und Übermut der Gemüter erwachsen sei.

Die ersten Kampfereignisse waren bis in den April teils an den Grenzen zwischen Tirol und Graubünden, weiterhin am Lauf des Rheins abwärts bis in die Gegend von Basel geschehen. Die Last des Krieges war demnach auf deutscher Seite zunächst allein von den Erblanden Maximilians, namentlich von Vorderösterreich und Tirol und dann von dem Schwäbischen Bunde getragen worden. Truppen des letzteren waren es, die bei Schwaderloo und im Verein mit den Tirolern bei Frastanz geschlagen wurden. Seine Kontingente kamen nur langsam und tropfenweise zusammen. Der ständige Kriegsrat, den der Bund in Überlingen eingesetzt hatte, war in großer Verlegenheit. Das anfänglich so draufgängerische Benehmen der Deutschen wich fast überall feiger Mutlosigkeit. Mit Sehnsucht und ungeduldig richtete man seine Blicke nach dem römischen König, der langsam von den Niederlanden her dem Kriegsschauplatz zuzog.

Aber er hatte kaum mehr als 2000 Mann bei sich, allerdings kriegsgewohnte Leute. In Mainz proklamierte er mit Hilfe eines freilich sehr rudimentären Reichstags, zu dem auch die Stadt Nürnberg in Anton Tetzel einen Gesandten abgefertigt hatte, in aller Form die Acht und den Reichskrieg gegen die Schweizer. In Freiburg im Breisgau erließ er unterm 22. April ein Manifest an die Reichsstände, worin die Schweizer als das „grobe, schnöde Bauernvolk, in welchem keine Tugend, kein adlig Geblüt und keine Mäßigung“ zu finden sei, arg mitgenommen wurden. Am 28. April war er in Überlingen, dem Hauptquartier des Schwäbischen Bundes, wohin er einen neuen Reichstag zusammenberufen hatte, und wo er in der Kirche das Reichspanier aufstecken ließ.

---

[1]) Ulmann: Kaiser Maximilian I., auf urkundlicher Grundlage dargestellt, Band I. II (1884, 1891). Gagliardi: Mailänder und Franzosen in der Schweiz 1495—1499 (in Band 39/40 dieses „Jahrbuchs“).

Das Aufgebot der Reichsstände zu dem Reichskrieg war aber ein noch viel spärlicheres als das der Bundesmitglieder. Sachsen und Brandenburg waren anderweitig beschäftigt, die Pfalz wollte nicht recht heran [1]). Die Bayernherzöge waren bei dem König in Ungnade. Eigentlich waren es nur die Reichsstädte, von denen etwelche Hilfe zu erwarten war.

Dies ist nun der Punkt, wo die Beteiligung Nürnbergs am Schweizerkrieg einsetzt. Von dem Schwäbischen Bund hatte sich die Stadt bis dahin fernzuhalten gewußt, obgleich es ihr wiederholt, selbst unter Drohungen, nahegelegt worden war, demselben beizutreten. Das geschah erst 1500. Die Verstimmung gegen Nürnberg ob seiner langjährigen Weigerung — sie erfolgte hauptsächlich wegen ihres Vertragsverhältnisses zu den bayrischen Herzögen, gegen die ja der Bund in erster Linie gerichtet war — hatte natürlich allerlei gehässige Reden der lieben Nachbarn zur Folge. Denn mit diesen, namentlich mit dem fränkischen Adel, der ein Hauptkontingent zu den gefürchteten Raubrittern stellte, sowie mit den Markgrafen von Brandenburg-Ansbach und -Bayreuth, in die sich die hohenzollerischen Burggrafen von Nürnberg mit der Verleihung der Mark Brandenburg an Burggraf Friedrich VI. (1415) verwandelt hatten, stand die aufstrebende Reichsstadt während der ganzen Dauer ihrer Geschichte auf gespanntem Fuße. Auf Verdächtigungen von dieser Seite deutet sehr wahrscheinlich ein Eintrag vom 20. März 1499 im Nürnberger Ratsbuch: „Nachdem ein berüchtigung (ein Gerücht) erschollen und ohn zweifel durch eines Raths mißgönner erdacht und aufgegeben ist worden, als solt ein Rat den Sweytzern in diesen kriegsleuften wider die Königliche Majestät und den Bund zu Schwaben zugesandt haben puchsen (Geschütze), pulfer und profand (Proviant), ist erteylt im Rat, des beim Ertzbischoff zu Menntz, auch den Stetten Ulm und Ravensburg durch botschaft zu entschuldigen.“ Weshalb gerade diese Reichsstände genannt werden, erfahren

---

[1]) Kurfürst Philipp bemühte sich um eine Vermittlung; vgl. Gagliardi a. a. O. II, 16*.

wir nicht. Tatsächlich gingen Schreiben außer an die genannten auch noch an die Stadt Frankfurt sowie an den einflußreichen Sekretär am kaiserlichen Hofe, Sixt Ölhafen, ab [1]). Außerdem entschuldigte sich die Stadt auch noch brieflich am 2. April (Briefb. 45, 12 v) bei dem königlichen obersten Schatz- und Kammermeister Balthasar Wolf von Wolfsthal, einem geborenen Nürnberger, dessen Vater Heinrich Wolf nürnbergischer Ratsherr war, und der als ein Nürnberger Kind der Stadt daher wiederholt als Fürsprecher beim König dienen mußte, sowie endlich am 4. April bei diesem selbst und bei seinem obersten Marschall, dem Grafen Heinrich von Fürstenberg (ebd. 45, 24 und 34). Beim nahen Markgrafen wurde eine persönliche Entschuldigung angebracht durch den schon genannten Anton Tetzel (Ratsprotokolle vom 6. April). In den Entschuldigungsschreiben verteidigt sich der Rat auch noch gegen den Vorwurf, daß er den Eidgenossen eine „merkliche Summa Gelds“ geliehen haben sollte. Es sei „der keins von ihnen (den Schweizern) an uns gesunnen oder begehrt worden“. Vielleicht sei das ganze Gerede daher entstanden, daß vor kurzem bei etlichen Nürnberger Kaufleuten, die ihre Güter nach Lyon hätten schicken wollen, ein Faß mit Büchsen, in Nürnberg für einen Kaufmann aus Konstanz gekauft, gefunden worden sei, von dem man angenommen, daß es in die Schweiz verschoben werden sollte. Die Nürnberger Kaufleute hätten obendrein von dem Inhalt dieses Fasses keine Kenntnis gehabt. Im Gegenteil, die Stadt Nürnberg sei von den Eidgenossen als ihnen feindlich erachtet worden, so daß diese den Nürnbergern, die „ir handtirung durch ir land gen Frankreich und Mayland treiben, mer dann an ainem ort ir gütter ernydert gelegt vnd halten die zutagen (jetzt noch) in verhaft“. Es erging deshalb auch am 19. März ein Schreiben des Nürnberger Rats an die Städte Zürich, Bern und Luzern, worin diese gebeten wurden, die aufgehaltenen

---

[1]) Am 21., bezw. 25. März, vgl. Nürnberger Briefb. 45, 14. Sixt Ölhafen ist der Ahnherr einer noch heute blühenden, im 18. Jahrhundert auch ratsfähig, d. h. patrizisch gewordenen Nürnberger Familie.

Güter freizugeben. Schon vorher hätte der Rat deswegen einen seiner Diener Ulrich Röhlin mit Werbung an sie gesendet. Es sei ganz und gar nichts daran, daß die Stadt dem Schwäbischen Bund eine Anzahl Fußvolks zugeschickt haben sollte (Briefb. 45, 14) [1]).

So suchte die Stadt Nürnberg ihren Vorteil nach beiden Seiten. Freilich wird es für sie von vornherein klar gewesen sein, daß sie sich als Glied des heiligen römischen Reiches einem Reichskrieg gegen die Schweizer nicht wohl entziehen konnte, obgleich sie wußte, daß es für den Handel ihrer Bürger vorteilhafter gewesen wäre, neutral zu bleiben. Offenbar war die Stimmung in Handels- und Bürgerkreisen durchaus gegen einen Krieg mit den Eidgenossen, aber auch bis tief in die Kreise des regierenden Rats mußte sich dies bemerkbar machen. Bestand dieser doch im wesentlichen gleichfalls aus Kaufleuten oder doch solchen, die es gewesen waren, oder deren Angehörige Kaufmannschaft trieben. Denn die Behauptung, die die nürnbergischen Patrizier später aufzustellen wagten, daß ihre Altvordern sich immer nur in ritterlichen Handlungen betätigt und niemals Handel getrieben hätten, wurde wohl für die Zeiten des beginnenden 17. Jahrhunderts nach und nach zur Wahrheit — sehr zum Schaden der ökonomischen Lage der Patrizier selbst — im zu Ende gehenden Mittelalter konnte davon noch gar keine Rede sein.

Kein Wunder, daß Nürnberg in dem beginnenden Streite zu vermitteln, die Funken des auflodernden Brandes seinerseits nach Kräften zu löschen versuchte. Darauf deutet ein Eintrag in der amtlichen Sammlung der älteren eidgenössischen Abschiede (III 1 Nr. 643 b, Luzern 26. III. 1499), den Gagliardi erwähnt

---

[1]) Eine solche Bitte ging auch noch seltsamer Weise mitten im Kriege, nämlich am 27. Mai (Briefb. 45, 41[v]) an „Schultheißen und Rat der Stadt Bern“ ab. Damals hatte auch noch ein gewisser Hans Pfuser, wohl ein Berner Bürger, der eine Schuldforderung in Nürnberg hatte, eine Anzahl Nürnberger Kaufmannsgüter mit Beschlag belegt, um sich an ihnen schadlos zu halten, nach Berner Stadtrecht. Der Rat wies diesen auf den gewöhnlichen Prozeßweg.

(a. a. O. II, 16*), dafür spricht auch eine nicht unwichtige Stelle in einem Schreiben des Rats (schon vom 1. März, Briefb. 45, 3 v) an seinen Gesandten am kaiserlichen Hofe und beim Reichstag, den schon erwähnten Ratsherrn Anton Tetzel. „Wöllest dich mit dem Schatzmeister (Balthasar Wolf) vnderreden,“ heißt es darin, „ob zethun were, das Schatzmaister fur sich selbs mit Ko^r M^t in der besten geheim hette gehandelt, der meynung, ob sein M^t nit möchte in der sach diser kriegsleuft richtung leiden. Wo er dann sein M^t darzu etwas geneigt erfunde, alßdann seiner M^t anzezeigen, das wir etwo als die Eidgenossen weiland vnserm allergnedigsten herrn, dem Ro. keiser, seiner M^t vater, wider gewest vnd fur Walßhut gezogen weren [1]), hetten wir vnser Ratsbotschaft, nemlich Ruprechten Haller doselbst hingeschickt, der zwuschen inen neben andern darinnen geteidingt vnd die sach gericht hetten [2]). Nun were es vngezweifelt, solte seiner M^t meynung sein, das wir abermaln was in disen kriegsleuften handeln solten vnd vns das in geheym gewinckt, wir wurden weder muhe, arbeit noch einichen kosten darinnen nit sparen, vnd vnuermerckt, wie du die sach findest, das thů vns zewissen.“ Wenn der Rat nun unterm 16. März (Briefb. 45, 6) an die kleine fränkische Reichsstadt Windsheim, über die Nürnberg überhaupt so eine Art bemutternder Fürsorge auszuüben pflegte, schreibt: „Wöllen Ewer liebe guter maynung nit verhalten, das wir vor disen tagen einen vnsern diener [3]) zu den hauptleuten des Swäbischen pundts auch der Eydgnossen von wegen etlicher vnser burgere vnd kaufleute, deßgleichen sich der leuft zuerkunden abgefertigt haben,“ so wäre es wenigstens nicht ganz ausgeschlossen, daß dieser Beauftragte eines offenbar untergeordneten Ranges — denn einen Ratsherrn wagte man des Aufsehens halber nicht zu schicken — auch den Schweizern zum Guten reden sollte. Näheres hören wir nun freilich nicht davon. Allerdings würde eine solche

[1]) 1468, vgl. Dierauer, Gesch. d. Schweiz. Eidgenossenschaft, II, 161

[2]) Das Nürnberger Ratsbuch weiß nichts davon.

[3]) Ulrich Röhlin? Siehe oben S. 145*.

Vermittlertätigkeit nur zu dem Bescheid passen, den der Rat zwei Jahre früher, am 2. Mai 1497, einer schweizerischen Gesandtschaft freilich in sehr gewundener Form zu erteilen für gut befunden hatte[1]).

---

[1]) Die Sache ist interessant genug, daß ich den Eintrag des Nürnberger Ratsbuches (Nr. 44, Bl. 227^{v}; das Ratsbuch ist die Reinschrift der Ratsbeschlüsse, die im Konzept zunächst in den Ratsprotokollen niedergelegt wurden) hier wörtlich wiedergebe. Er lautet:

„Als vff hewt ein botschaft von gemeinen Eydgenossen, nemlich her Heinrich Gölldle ritter von Zurch vnd der Burgermeister von Glaris [so], der rot schu an hett, vor eynem erbern Rat sein erschynen, werbung vnd anpringen auß befelh der Rethe der gantzen Eydgenoßschaft im handel der erlangten recht mit den [so] Varenpuhler — in den Ratsprotokollen heißt es „die Farnpühler betreffend" — wider die Stat von Sant Gallen, gethan, darin sie mangerley, so in von Ko^{r} M^{t} schriftlich vnd mundtlich sollt zugesagt sein, das ine nit gehalten were, mit anhang irer beschwerd vnd glimpfs angezaigt, auch das sie itzo im handel ir botschaft wider treffenlich zu der Ro^{n} Ko^{n} M^{t} vnd ander mer ordt treffenlich hetten gesant, ir begern vnd beschluß zuletzt darauf gewendet vnd gebetten, das ine ein erber Rat raten vnd helfen wollt, wie sie der sachen zu rue mochten komen fur eins, zum andern, ob die sachen ye zu aufrur sollten komen, wes sie sich zu eynem Rat vnd Stat von Nuremberg sollten versehen etc., ist mit gar langer meynung vnd erstreckung durch hern Heinrichen obgemeldt geredt vnd ine ein soliche antwurdt zu geben erteylt: Im ersten stuck, sie (die Schweizer) haben die sach in irem Rat gar hoh (hoch), weißlich vnd wol bedacht, das sie ir botschaft so treffenlich an die angezeygten ordt gefertiget, vnd nachdem sie aber (wiederum) ir botschaft auch so treffenlich zu der Ro^{n} Ko^{n} M^{t} verordnet, sey ein Rat der hoffnung, ine werde doselbst so gnedig antwurdt, domit vnd dardurch sie ab der sachen komen. Solt es aber nit beschehen, wo dann ein erber Rat, als die, so doch der vnd myndern sachen zu clein vnd zu wenig sein, ichtz (irgend etwas) das zu guten dienen (möchte), darinnen kondten handeln, es were ir botschaft in der sachen zu schicken oder anders darin zu thund, sollt einem erbern Rate keiner costung, muhe noch arbeyt — in den Ratsprotokollen steht noch „botschaft" — verdriessen. Wo es aber ye zu aufrur sollt gelangen, des doch ein Rat nit hoff, auch eym Rat mit trewen wider vnd leyd were, was dann ein Erber Rat ern vnd pflicht halb verantwurten kondte, darin wollte sich ein Rat also halten, der zuuersicht, Sie wurden nit misfallen

Aber am Hofe hatte man taube Ohren. Der Kaiser schickte wiederholt Mandate nach Nürnberg, die die Stadt zur Gestellung von Truppen aufforderten. Um das erste, das am 28. Februar in Nürnberg eintraf (Briefb. 45, 2 v), glaubte der Rat sich noch drücken zu können, indem er die Gefährdung seines Handels geltend machte. Als aber dann im Laufe des März ein zweites, strengeres Mandat kam, wagte er schon nicht mehr um Erlaß, sondern nur um einen Aufschub der Hilfe nachzusuchen, damit die „vnsern, so ir gewerb durch die Eydgenossen in Franckreich treiben, ire güter zu irer verwarnus pringen mogen", wie er am 2. April an den Schatzmeister schreibt (ebd. 13 v). Aber mit dem Kaiser wollte man es nicht verderben. Tetzel sollte zwar beim Kaiser wegen des Aufschubs vorstellig werden, aber — so schreibt der Rat schon am 21. März (ebd. 7 v) — „wurde dir dann ein rauher abschied gegeben vnd vns sein Mt der ding ye nit wolt erlassen", so solle er nur sagen, die Nürnberger ständen nichtsdestoweniger schon in Rüstung. Auf die Dauer war nichts zu erreichen. Der Kaiser mußte natürlich auf die Hilfe gerade der mächtigsten süddeutschen Reichsstadt, schon wegen des Beispiels für andere, den höchsten Wert legen. Am 13. April fiel die Entscheidung. Das Ratsbuch meldet uns, daß am 13. April

---

darin empfahen. Herr Paulus Volkamer, her A (Anton) Tucher vnd A (Anton) Tetzell, 3. Rogationum [sic] 97."

Die genannten Personen sind drei Ratsherren, die den Schweizern antworten sollten. Für den Handel Ulrich Varnbülers mit St. Gallen ist auch ein Eintrag des Ratsbuchs vom 21. März 1497 von Interesse, wonach dieser auf Grund der vom römischen König und vom Reichskammergericht erlangten Exekutorialmandate den Nürnberger Rat darum anging, ihm zu den in des Rats Gewalt befindlichen Gütern „der von St. Gallen" zu verhelfen. Der Rat beschloß, demselben „Varnbuhler in beywesen Notarii vnd zewgen zu antwurten, wo er der von Sant Galln leyb, habe oder gütter in eins Rats gepieten Eym Rat anzeyge, sey Ein Rat willig, im nach lawt dieser Mandata zu verhelfen. Act. 3. post Dom. in palmis." Sehr gern ging man in Nürnberg offenbar nicht an die Sache, und man hielt es für nützlich, dem Kaiser gegenüber eine notarielle Beglaubigung über seine Gehorsamsbezeugung in Händen zu haben.

endlich erteilt, d. h. der Beschluß gefaßt worden sei, daß ein Rat der Römisch Königlichen Majestät wider die Schweizer oder Eidgenossen „Hilf tun“ solle. „Und ist deshalb,“ heißt es weiter, „zu eines Rats hawbtmann benenndt worden Wilbolt Pirckamer mit 32 Pferden und 300 zu Fuß mit 4 Steinpüchsen und 6 Wagen; auch die Fußknecht alle kleyden (in) eym (einem) Rock mit der (nämlich Nürnbergischen) Farb, deßgleichen den Reysigen auch newe Röck zu geben mit Strichen im Aermel. Actum Sabato post Dominicam Quasimodogeniti.“ Von der Farbe und den Abzeichen spreche ich später. Hier sei nur erwähnt, daß, wenn der damals erst 28jährige Pirckheimer zum Feldhauptmann ernannt wurde, er dies wohl hauptsächlich gewissen kriegerischen Fertigkeiten verdankte, die er sich als Jüngling, bevor er nach Italien zum Studium ging, in Diensten des Bischofs von Eichstätt erworben hatte. Er selbst will sich, wie er in seiner Autobiographie schreibt, weder darum beworben noch auch daran gedacht haben. Doch wäre er gern dem ehrenvollen Rufe gefolgt, obgleich ihm seine Freunde davon abgeraten hätten.

Noch ehe dieser Ratsbeschluß nach Mainz gemeldet wurde, erfolgte eine besondere „Werbung von Königlicher Majestät“ an die Stadt Nürnberg, über die in den Ratsprotokollen vom 18. April berichtet wird. Der uns schon bekannte Schatz- und Kammermeister des römischen Königs, Balthasar Wolf von Wolfsthal, vertrat sie persönlich. Darin wird zunächst der König entschuldigt, daß er so spät gekommen sei, nämlich auf den Kriegsschauplatz. Die Stadt wird aufgefordert, den Reichstag in Überlingen zu beschicken, und zwar sollen die Boten „mit vollem Gewalt“ erscheinen, um „an demselben Ort wider das Furnemen der Eidgenossen (die Schatzmeister bös Christen und Ungeziefer nennt) stattlich zu handeln und sie zu strafen“. Nürnberg möchte nun den Anfang machen mit Sendung der Mannschaft, damit die andern Städte ermuntert würden, „nachdem auch seine Majestät das Reichspannier in Sr. Maj. Regiment zum ersten (demnächst oder während des neuen Königs Regierung zum ersten Male?) wurd fliegen lassen“. Der Beschuldigung, daß Nürnberg die

Eidgenossen unterstützt habe, sei nicht geglaubt, inmaßen der Schatzmeister dem Rate selbst — früher einmal — geschrieben habe.

Der Rat ließ dem Schatzmeister durch die beiden Ratsherren Anton Tucher und Anton Tetzel antworten, daß er den Reichstag von Überlingen beschicken wolle. Leute zu Fuß und Roß seien für den König bereit. Dem Schatzmeister gebühre Dank für seine Verwendung bei diesem wegen der Verleumdung. Die Sache erschien übrigens dem Rat erheblich genug, daß er sie, freilich erst am 27. April, der Versammlung der Genannten, einem in besonders wichtigen Fällen durch den sonst ganz autokratisch regierenden Rat einberufenen Bürgerausschuß, zur Beratung stellte.

Natürlich konnte man es nicht verhindern, daß die Eidgenossen ihrerseits die mächtige Stadt ihren Gegnern abwendig zu machen suchten. So erklärt sich, wenn ich ihn recht verstehe, ein Ratsverlaß [1]) vom 18. April, also von demselben Datum wie oben, der lautet: ,,Mit dem Schatzmeister (dem genannten Wolf) zu handeln der schrift halb, die kommen ist von den Eidgenossen und denselben brief den kaufleuten hören lassen.“ Doch mag schließlich in der ,,Schrift“ auch nicht mehr gestanden haben als eine Antwort auf die Vorstellungen des Rats bei den oben genannten drei Städten (S. 144*) wegen der angehaltenen Nürnberger Kaufmannsgüter.

Die Sache mit dem Krieg nahm jetzt ihren Weg.

Der Ratsbeschluß wegen der Hilfe wird am 20. April in etwas anderer Form wiederholt. Wahrscheinlich liegt aber nur eine Flüchtigkeit vor, wenn — und zwar sowohl in den Ratsprotokollen wie im Ratsbuch — von 300 Mann zu Roß und Fuß die Rede ist. Heißt es doch zugleich, daß 30 Reisige — am 13. April waren es 32 — und 4 Feldschlangen — dies entspricht den 4 Steinbüchsen — mitgehen sollen. Wichtig ist, daß außerdem Hans von Weichsdorf (Weygßdorf), der spätere Nürnberger Schultheiß (1500—1503),

[1]) Ratsverlässe nannte man in Nürnberg die Ratsbeschlüsse.

als Hauptmann mitgesandt wird. Er war nach Lochner (Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit, N. F. VII, 278) aus schlesischem Geschlecht und hatte schon früher dem Rat gedient, jedenfalls war er kriegserfahrener als Pirckheimer, dem übrigens deshalb sein Befehl nicht genommen wurde. Im Gegenteil, er blieb der eigentliche Hauptmann, wie wir aus dem Ratsverlaß vom 30. April entnehmen können, wonach Hieronymus Schürstab und Martin Geuder mit Hans von Weichsdorf (gewöhnlich „der Weichsdorfer" genannt) „eine ehrbare Rede tun sollten, eines Rats Hauptmann hilflich und rätig zu sein". Schon vorher war angeordnet worden (22. April), für Hans von Weichsdorf Kleider, sowie für Pirckheimer und seine Knechte Röcke, Hosen und Kappen zu beschaffen. Ein paar Tage später werden auch die „Plattner und Kettenmacher für K. Majestät" angehalten, sich zu beeilen. Dies bezog sich aber wohl nicht auf den Heereszug. Jedenfalls ersieht man aus dem allen, daß der Rat beflissen war, dem König zu dienen.

Rein militärisch war die Mission Pirckheimers nun freilich nicht gedacht, auch nicht von vornherein. Dies ersieht man aus der diplomatischen Instruktion, die ihm nach den Ratsprotokollen mitgegeben wurde. Danach sollte er sein „Anbieten" anbringen bei Königl. Majestät, daß er zum Reichstag — in Überlingen — und mit der Antwort „uff seiner Majestät Schreiben" und außerdem verfertigt sei, wozu ihn mehr seine Kö. Maj. gebrauchen wolle. Sollte der Stadt „angesonnen" werden, ein „merer anzale" zu schicken, so sollte er die nachbarlichen Irrungen mit dem Markgrafen [1]) und Cunz Schott — wir sprechen noch davon — ins Treffen führen. „Neue Zeitung" nach Hause zu schicken, solle er stets bestrebt sein.

Bis zum Ausmarsch wurden Pirckheimer und mit ihm der Ratsherr Marquart Mendel angewiesen, alle Dinge mit den Wegen zu bedenken. Mittwoch, den 1. Mai, sollte die Truppe „zu Mittag auf sein, bis gen Schwabach". Anton Tetzel und Endres Tucher

---

[1]) Damals Friedrich IV. (nach besonderer Zählung) der Ältere.

sollten mithinausreiten und eine ernstliche Rede mit den Knechten tun, daß sie gehorsam seien.

Nach Heinrich Deichslers Chronik [1]) zogen die Nürnberger aus „an Sant Walburgentag umb 9 or auf den tag". Das wäre gewesen am 1. Mai um 2 Uhr nachmittags [2]), stimmt also zu den Angaben der Ratsprotokolle. „Ausgeber", also Zahlmeister oder Kassier war nach Deichsler der auch in der Ratskorrespondenz vorkommende Alexius Haller der jüngere, Fähnrich war ein Ketzel. Aus der schätzbaren Chronik des Nürnberger Goldschlägers Anton Kreuzer [3]) erfahren wir, daß letzterer mit Vornamen Wolf hieß, Johannes Müllner [4]) nennt ihn wohl fälschlich Georg Ketzel. Nach Deichsler bekam ein jeder der Landsknechte drei Gulden zu seiner Rüstung (Ausstattung). Nach einer anderen, gleichzeitigen handschriftlichen Chronik [5]) fand der Auszug, wie das ja auch natürlich war, durch das Spittlertor statt. Die Fußsoldaten waren in der Hauptsache wohl mit Spießen und nur zum Teil mit Feuerwaffen ausgerüstet.

Den Zug können wir einigermaßen verfolgen, insbesondere auf Grund eines Schreibens, das Pirckheimer am 8. Mai aus Ulm an den Rat absandte, und das uns zufällig im Original in der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden erhalten ist (Signatur: C 107 f, nr. 15). In diesem Briefe, der mir in einer Abschrift Reimanns vorliegt, schreibt Pirckheimer, daß sich sowohl der Bürgermeister von Nördlingen wie der von Giengen über das

---

[1]) Chroniken der deutschen Städte XI, 606.

[2]) Die Nürnberger lebten in reichsstädtischen Zeiten nach der „großen" Uhr, die die Tag- und Nachtstunden gesondert und deshalb mit fast alle drei Wochen wechselnder Zahl schlug.

[3]) Handschriftlich in der Nürnberger Stadtbibliothek mit der Signatur: Amb. 27. 4⁰.

[4]) Nürnbergischer Ratschreiber († 1634), der sehr wertvolle, größtenteils noch ungedruckte Annalen der Reichsstadt Nürnberg hinterlassen hat.

[5]) Im Nürnberger Kreisarchiv mit der Signatur: Nürnbergische Handschriften Nr. 70, von manchen fälschlich als die Chronik Erhard Schürstabs bezeichnet.

lange Außenbleiben der Nürnberger beschwert hätten. Die von Giengen hätten bisher über 400 Gulden verzehrt, d. h. für den Krieg verbraucht, was für das kleine Städtchen in Anbetracht des damaligen Geldwerts nicht ganz wenig wäre. Der Bürgermeister hätte „darangehangen", schreibt Pirckheimer, „wo wir nicht pey den knechten verfügen, das sy mitt ru (ruhig) weren, wollten sy vnser wol anethig (unnötig) seyn", d. h. sie wollten die Nürnberger gern entbehren. Pirckheimer gab den Giengern gute Worte, und diese gaben sich zufrieden. Er meint aber doch: „Solten wir der ent (in die Gegend dort) oft fur ziehen, wolten wir ee (eher) schaden von inen gewarten syn dann von den veynden". Daher habe man auch den Knechten mit Darlehen „zu statten kommen müssen", denn, schreibt Pirckheimer, „wo sy die wirt — die Quartierwirte — nit vergnugt hetten, versich (versehe) ich mich wol, hätte die sach nicht recht gethon vnser halb".

Seit Gunzenhausen, heißt es weiter, hätte die Truppe keinen Tag über zwei Meilen Wegs zurückgelegt. Daran seien die Wägen schuld gewesen, dazu die Pferde, denn „der weg hart ist und haben die geul (Gäule) verschlahen", d. h. sie haben nicht recht weiter gehen können. Es sei sehr heiß gewesen, die Fußknechte seien in die Bäche und Brunnen „gefallen" und hätten soviel getrunken, daß es ihnen schädlich gewesen. „Doch achten wir pesser zu seyn, das wir gemach ziehen vnd die pferd sparen, dann groß tagreys zu thun vnd die selben (die Pferde) verderbten, nachdem wir vns versehen, wir vinden vnser teyl noch wol".

Also nur immer langsam voran! Von einem Drängen an die Front war weder bei Führer noch bei Geführten etwas zu spüren. Daß übrigens die marschierende Truppe der Bevölkerung gegenüber mit Bezahlung ihrer Bedürfnisse so zart auftrat, war wohl sonst nicht Landsknechtsart, sondern offenbar in der politischen Rücksichtnahme, die der Nürnberger Rat üben mußte, begründet.

Vom kaiserlichen Hof, klagt Pirckheimer, kamen, worüber auch sonst von anderer Seite viel geklagt wird, recht widersprechende Befehle. Nach dem einen sollte Hans von Weichsdorf mit der Mannschaft nach Lindau ziehen, Pirckheimer selbst aber

mit dem Gelde, das er, ich bin nicht sicher von wem, empfangen hatte, sich nach Buchorn verfügen. Diesen Städtenamen kann man fast in keinem Lexikon finden, es ist nichts anderes als das heutige Friedrichshafen, damals eine freie Reichsstadt. Pirckheimer wollte aber „den Zeug“ nicht verlassen, und der schon erwähnte Schatzmeister Balthasar Wolf von Wolfsthal, der, wie wir wissen, als geborener Nürnberger für seine Landsleute eine Art Vertrauensperson am kaiserlichen Hofe war, schrieb ihm auch, er dürfe sich nur nach einem solchen Schreiben richten, das vom Könige selbst unterzeichnet sei. Da nun der Befehl an Pirckheimer nicht des Königs Unterschrift trug, glaubte er ihm nicht nachkommen zu dürfen, wenigstens nicht sofort. Doch wollte er sich später, seiner diplomatischen Mission gemäß, dennoch mit dem Gelde zum König verfügen und „Herr Hansen mit dem haufen gein Linda algemelich ziehen lassen“.

Ein Postskriptum besagt, daß eben wiederum ein königlicher Bote angekommen sei mit dem Befehl, still zu liegen bis auf weitere Befehle. Da es nun in Ulm teuer wäre, hätten sie vor, nach einem Dorfe — Baltringen, eine Meile Wegs von Biberach — zu ziehen und dort das weitere abzuwarten. Pirckheimer selbst aber wollte sich allein aufmachen zu dem König.

Ein trübes Licht auf die Kriegführung der Deutschen wirft, was Pirckheimer sonst noch von den Kriegsläuften berichtet. „Auch liebe Herren,“ schreibt er dem Rat, „wird ich wericht (berichtet), wie wol groß volk an den see (den Bodensee) zu Roß und Fuß geschickt sey worden, verlire sich doch solch volk eyntzlich (einzeln) gar sere, also das nicht der vierde teil verhanden sey, als mans darfur helt. Sind uns auch uff dem weg teglich reuter und zuvoran marggrafischer wegegnet, die gemach abziehen“. Die Schweizer hätten ihre eigenen Dörfer den Feinden zunächst angezündet, ob sie nun aber wirklich im Lande in der Verteidigung bleiben wollen, weil ihnen der „Zuzug“ (die Verstärkung ihrer Feinde) zu groß würde, wisse man nicht genau.

Aus den Briefbüchern des Nürnberger Rats geht hervor, daß Pirckheimer spätestens am 14. Mai in Lindau war. Der Rat war

mit seinen Nachrichten wohl zufrieden und trug ihm weiter auf, keinen Botenlohn zu sparen, damit er stets gut unterrichtet sei.

Hören wir nun, was Pirckheimer in seinem Büchlein über den Schweizerkrieg von seinem Auszug berichtet [1]). „Ich wurde," schreibt er, „von der Stadt Nürnberg zum Hauptmann (dux) ernannt und zum Kaiser geschickt mit 400 Fußsoldaten und einem Geschwader (ala) von 60 Reitern, mit 6 Büchsen, die man Feldschlangen nennt, und einer größeren, sowie mit 8 Wägen, die Proviant, Pulver, Zelte und sonst das Nötige enthielten." Wir lesen also hier ganz andere Zahlen als die oben aktenmäßig niedergelegten. Täuschte Pirckheimer sein Gedächtnis, als er diese falschen Zahlen niederschrieb, oder hat er sie absichtlich erhöht, um sich vor der Welt ein größeres Ansehen zu geben? Fast möchte man das letztere glauben, denn wir sehen ihn auch sonst mit den Zahlen ziemlich willkürlich umspringen. „Beigegeben," fährt er fort, „war mir außer anderen Edlen ein Goldritter (eques auratus, ein Ritter, der als solcher goldene Sporen tragen darf) Johannes von Beystorff (Weichsdorf), ein sehr kriegserfahrener Mann." Der Name sieht recht korrumpiert aus, doch ist zu beachten, daß Pirckheimer seiner süddeutschen Mundart entsprechend sehr häufig w mit b und umgekehrt wiedergibt. „Zugeteilt waren mir auch," heißt es weiter, „Tribunen und Zenturionen, alle vortrefflich in den Waffen geübt. Aus Nürnberg also marschierte ich geraden Wegs zu dem Kaiser" — richtiger hätte es geheißen, König, denn Maximilian nahm erst 1508 den Titel eines römischen Kaisers an — „der sich damals bei dem See von Bregenz (Bodensee) aufhielt. Ich zog durch das Schwabenland nicht ohne Gefahr und unter dem Widerwillen der Bewohner. Die Nürnberger nämlich standen damals nicht mit den Schwaben, sondern mit den Herzögen von Bayern im Bunde, worüber jene sehr empört waren. Zudem waren sie schmerzlich bewegt, weil sie selbst schon viele von den ihrigen und dazu eine große Menge Geldes verloren hatten, während die Nürnbergische Truppe noch

---

[1]) Rück 92 ff.

ganz unversehrt war und damals erst zu den Mühen des Krieges hinauszog. Mit feindseligen Blicken also betrachteten die Nördlinger, Ulmer usw. unsern Durchzug.“ Die ihm und seinen Leuten von den Ulmern entgegengebrachten Antipathieen hat Pirckheimer redlich zurückgegeben. Von dem Treffen bei Hard behauptet er, daß sich darin die Ulmer am schlechtesten bewährt hätten, da sie ja überhaupt mit dem Maul die wildesten, im Handgemenge die feigsten wären (tamquam clamore essent ferocissimi, manibus vero ignavissimi). Ähnlich schreibt auch der Nürnberger Goldschläger Anton Kreuzer in seiner Chronik, der die Nürnberger am Auffahrtsabend — am Tage vor Himmelfahrt — in Ulm, wo er sich zufällig aufhielt, einziehen sah, daß in dem Kriege „viel Leut“ umgekommen seien „und sunderlich viel Schwaben, die waren am ersten auf und wolten die Schweizer alein fressen, aber sie aßen den tot an inen“.

Als der Kaiser, der inzwischen Überlingen verlassen hatte, von der Ankunft der Nürnberger hörte, berichtet Pirckheimer weiter, schickte er zu ihm und befahl ihm, nach Tettnang (unweit Friedrichshafen) zu kommen. Hier wurde die Truppe durch den Kaiser, der zu Pferde saß, genau besichtigt und zwar, wie Pirckheimer an dem Gesicht des Kaisers abzulesen glaubte, zu seiner vollen Zufriedenheit. Reiter wie Fußsoldaten waren alle in Rot gekleidet, in welcher Farbe auch die Wägen gedeckt waren. Diese Angabe Pirckheimers stimmt also ganz gut zu dem oben mitgeteilten Ratsbeschluß, ja erläutert ihn sogar, insofern wir nun bestimmt wissen, daß die Knechte nicht in Rot und Weiß, die eigentlichen Nürnberger Farben, sondern einfarbig gekleidet waren. Dies sagt auch der schon genannte Chronikschreiber Anton Kreuzer. Er spricht von 300 Nürnbergern zu Fuß — „den gab man rote rocklein“ — und 40 Pferden, die in Ulm eingezogen wären. Wenn nun Pirckheimer sagt, es hätten alle, also auch die Reiter, rote Röcke angehabt, so werden wir die „Striche im Aermel“ bei letzteren wohl als besondere kavalleristische Abzeichen zu deuten haben. Man möchte annehmen, daß sie von weißer Farbe waren, was auch Müllner zu glauben scheint. Uni-

formierungen, um das zu sagen, waren schon früher nicht ganz selten. Die Nürnberger selbst hatten 1450 im ersten markgräflichen Kriege 1000 Schweizer, die sie gedungen, aber nicht mehr verwendet hatten, lauter „endlich (hurtig), keck, redlich und gestreng leute" alle neu gekleidet „in eine Kleidung halb weiß und halb rot", also in beide Stadtfarben, wodurch sie sich beiläufig den Dank der Schweizer dermaßen verdient hatten, daß diese sagten, wenn „ihrer fürbaß wieder Not geschähe, so man 1000 begert von den Eidgenossen, so kämen ir gar gern 10000" [1]).

Diesmal also nun ging's gegen die Schweizer, und der Kaiser mußte sich freuen, wenn ihm aus Deutschland stattliche und gut ausgerüstete Leute zuzogen. Das scheinen nun die Nürnberger gewesen zu sein, wenigstens behauptet Pirckheimer, daß sie mit Waffen ausgezeichnet versehen und daß alle wohlausgesuchte und Veteranen gewesen seien, viele davon dem Kaiser von früheren Kriegsdiensten her bekannt, namentlich unter den Hauptleuten, die er daher auch persönlich leutseligst angeredet hätte. Nur die kleine Zahl der Truppen wurde von der Stadt Mißgönnern getadelt — wir entsinnen uns, daß der Rat so etwas vorausgesehen hatte (oben S. 151*). Doch meint Pirckheimer, wenn man auf die Ulmer hinwies, die das Doppelte geschickt hätten, so sei das eine ganz andere Sache. Die Schwaben hätten ohne Nötigung den Krieg angefangen, die Nürnberger wären nur aus Gehorsam gegen den Kaiser ins Feld gezogen. Der Kaiser ließ sich das auch nichts anfechten, sondern sagte laut, er wolle lieber solche Veteranen als zweimal so viel Rekruten (tirones) [2]).

Die Neider (aemuli) der Stadt Nürnberg spielen auch weiterhin bei Pirckheimer eine große Rolle. Wo etwas schief ging, sei es den Nürnbergern in die Schuhe geschoben worden, wurden sie doch sogar des geheimen Einverständnisses mit den Schweizern bezichtigt. Wir wissen ja schon, wie dies dem Rat zu schaffen

---

[1]) Chroniken der deutschen Städte II, 217. Vgl. auch meine Geschichte der Reichsstadt Nürnberg. Nbg. 1896, S. 428.

[2]) Rück S. 94.

machte. Wer eigentlich diese „Neider“ gewesen, erfahren wir nicht genau. Offenbar aber haben wir sie in den Reihen der Ritter und unter den markgräflichen und vielleicht noch anderen fürstlichen Gesandten zu suchen, deren alte Erbfeindschaft gegen die mächtige fränkische Metropole jedem in der Nürnbergischen Geschichte Bewanderten nur zu wohl bekannt ist.

Von Tettnang zog Pirckheimer auf Befehl des Kaisers nach Lindau, wo er, wie wir bereits wissen, spätestens am 14. Mai eintraf. Aber noch zu Pfingsten (19. Mai) verweilte er dort, wie wir aus einem erfreulicherweise gleichfalls noch erhaltenen, jetzt im Germanischen Museum befindlichen Schreiben dieses Datums wissen. Pirckheimer schreibt darin an den Rat: „Item, lieben Herren, auf heut Datum hat die koneglich Majestät nach Herrn Hannsen von Weichsdorf und mir geschickt, Herr Hannsen Haubtmann uber das volk, so noch hie zu Lindau liegt, gemacht und verschafft (befohlen), das wir alspald uns erheben und auf Feltkirch zuziehen, da dann alle fendleyn (Fähnlein) hin kummen ... versehe mich, es seyen pey den X tausend mannen daselbst (nämlich zu erwarten in Feldkirch).“ Mit der Kriegführung sei man nicht zufrieden. Männiglich und vor allem die alten Hauptleute sagten unwillig, die „Anschläge“ würden durch die, „so der kriegsleuft nicht verständig sind“, furgenommen. Und so es an ein Treffen gehe, zögen sich diese Leute „daraus, dadurch das Volk (die Mannschaft), als dann pisher geschehen sey, verfurt werde“. Die Sache gehe an allen Orten gebrechlich. Neuer Zeitung könne er „ganz nichts“ schreiben, denn wenn etwas zuungunsten der Kaiserlichen geschehe, so werde solches „untergedruckt“ (unterdrückt), günstigen Verlauf der Sachen aber übertreibe man, wie denn neulich in einem Scharmützel bei Konstanz den Schweizern über 200 Mann erstochen worden sein sollen, während es in Wahrheit nur 16 gewesen seien. Man sieht, diese Praktik ist nichts Neues.

Anderes in dem Briefe übergehe ich. Pirckheimer zog nach Feldkirch, wo auch der Kaiser hinkam. Unweit davon, bei Nenzing im Wallgau, ließ er am 21. Mai 7000 Mann, darunter 700 Reiter,

mustern, ein buntes Gemisch aus Vorarlberger, bündischen (d. h. vom Schwäbischen Bund gestellten) und reichsstädtischen Truppen, unter denen sich nach urkundlichen Nachrichten, wie ja freilich zu vermuten war, auch das Nürnberger Fähnlein befand. Auffallen mag hier wie überall die geringe Zahl der Truppen, mit denen dieser und andere Kriege jener Zeit ausgefochten wurden.

Die Absicht Maximilians war, die Schweizer gewissermaßen zwischen zwei Feuer zu nehmen. Deshalb sollte Graf Heinrich von Fürstenberg mit einem starken Heer vom Sundgau und den vier Waldstädten — Waldshut, Laufenburg, Säckingen und Rheinfelden — aus operieren, während der Kaiser selbst einen Einfall von Osten her ins Graubündische machen wollte. Deshalb die Ansammlung der Truppen bei Feldkirch. Der Plan war schlecht, denn auf dieser Seite hätte man die Königlichen gern in Ruhe gelassen, außerdem aber war die Verpflegung in dem Alpenlande eine äußerst schwierige, und von der Reiterei und auch vom Geschütz konnte man wenig Nutzen erwarten. Andererseits hätte schon allein Maximilians Gegenwart auf dem westlichen Kriegsschauplatz der deutschen Sache eine frischere Note gegeben. Der Plan des Königs wurde daher auch schon damals ernsthaft getadelt; aber was half es, ,,der König könne niemanden leiden, der ihm darein rede", schrieb am 9. Mai der Eßlinger Bundesgesandte Hans Ungelter nach Hause. Offenbar wollte Maximilian in Graubünden, das der tirolischen Einflußsphäre am nächsten lag, persönlich für sein Haus Eroberungen machen.

Die Bündner bemerkten beizeiten, welch schweres Unwetter sich gegen sie zusammenzog. Sie fielen daher über den Ofenpaß in das Münstertal ein, umgingen die an dessen Ausgang unweit der Malser Heide von den Tirolern angelegte ,,Letze", wie man Befestigungen dieser Art nannte, und schlugen am 22. Mai das dort aufgestellte königliche Heer unter Ulrich von Habsberg vollständig. Der Kaiser erhielt am 24. Mai in Landeck die Kunde von der Niederlage der Seinigen ,,an der Calven", wie die Schlacht am besten genannt wird. Sie entmutigte ihn nicht. Und da die Feinde nach Brandschatzung der umliegenden Ortschaften Glurns,

Laatsch, Mals usw. wieder heimgekehrt waren und Maximilian selbst mit seiner nicht unbeträchtlichen Streitmacht im Vintschgau erschien, hob sich auch das Vertrauen der Tiroler Bevölkerung wieder [1]). So faßte der Kaiser den Plan, die Graubündner, und zwar zunächst die Engadiner, die zum Gotteshausbund gehörten, zu züchtigen. Aber es haperte gewaltig mit der Verpflegung. Nun hatte der Herzog Ludovico Moro von Mailand, der sich durch den mit den Schweizern verbündeten, sie aber fast nur mit Geld unterstützenden König von Frankreich bedroht sah und es daher seinerseits mit dem Kaiser hielt, letzterem zugesagt, im oberen Veltlin Proviant für sein Heer bereitzustellen. Diesen abzuholen und zu bedecken, benötigte der Kaiser eine nicht zu schwache Truppe, und dazu wählte er, wenn nicht das Nürnberger Kontingent — dies ist nirgends gesagt, aber zu vermuten — so doch jedenfalls als Führer unsern Pirckheimer.

Es ist dies das erste Mal, daß derselbe in Aktion tritt. Seine Beschreibung des Unternehmens ist daher ziemlich ausführlich und macht durchaus den Eindruck der Zuverlässigkeit. Kontrollieren läßt sie sich freilich bis auf einige untergeordnete Punkte nicht, da uns von anderer Seite über diese nicht ganz unbedeutende, auch nicht ungefährliche und jedenfalls ziemlich schwierige Aufgabe nichts berichtet wird.

„Der Kaiser," erzählt Pirckheimer, „rief mich zu sich und befahl mir, 200 Fußsoldaten an den Fuß des Mons Braius zu schicken und daselbst zu warten, bis er selber käme. Den Zweck des Auftrags gab er nicht bekannt. Ich gehorchte also und ließ einen Hauptmann (tribunus) die Fußsoldaten bis zu dem be-

---

[1]) In diesem Zusammenhang ist es aber doch interessant, daß, wie aus einem Schreiben des Nürnberger Rats an Pirckheimer vom 12. Juni hervorgeht (Nürnberger Briefbuch 45, Blatt 50), letzterer den Rat um eine Geldsendung nach Bozen ersucht hatte. So weit weg vom Kriegsschauplatz! Das war doch wohl die Folge der kaiserlichen Niederlage an der Calven. Nach Bozen konnte der Rat übrigens das Geld nicht schicken, er fertigte zwei Knechte mit 2000 fl. ab, die Pirckheimer schon benachrichtigen würden, wo er das Geld finden könnte.

zeichneten Orte führen, während ich selber mit meinem Reitergeschwader — daß dieses das Nürnbergische war, ist danach wohl klar — auf dem Fuße folgte.“

Am 31. Mai, das erfahren wir aus dem Nürnberger Briefbuch, war Pirckheimer auf der Malser Heide. Ziemlich gleichzeitig muß an ihn der kaiserliche Befehl ergangen sein.

Für Mons Braius ist ohne Zweifel Braulius zu lesen, zu verstehen darunter ist aber sicher nicht der die Wormser Joch-Straße flankierende 2980 Meter hohe Monte Braulio, sondern das Wormser Joch selbst, das mit seinen 2512 Metern damals den einzigen Zugang vom Vintschgau ins Veltlin bildete. Der beiläufig noch höhere, nämlich 2760 Meter hohe Weg über das Stilfser Joch wurde damals noch nicht genommen.

Der Zugang zum Wormser Joch führte durch das untere Münstertal über Taufers und Kloster Münster nach Santa Maria und von da das Muranzatal hinauf zur Paßhöhe. So kam Pirckheimer durch eine Gegend, wo der Krieg ganz besonders und immer wiederholt getobt hatte. Die abscheuliche Art der Kriegführung jener Tage, die ja hauptsächlich aus dem technischen Unvermögen floß, sich auf andere Weise schädigen zu können, indem die Schutzwaffen, die Mauern der Städte und Burgen stärker waren als die zu ihrer Bezwingung verwendeten Angriffswaffen, brachte es mit sich, daß überall, wo ein Feind gewesen war, verbrannte und verlassene Dörfer, zerstampfte Fluren, abgehauene Obstbäume, verwüstete Weinberge usw. seinen Weg bezeichneten. War der Feind verschwunden und kehrten die geflüchteten Bauern wieder in ihr zerstörtes Anwesen zurück, so hatten sie natürlich nichts oder so gut wie nichts, womit sie ihr Leben fristen konnten. Als traurige Folge dieser barbarischen Methode hatte Pirckheimer nun ein Erlebnis, das auf ihn einen unauslöschlich tiefen Eindruck gemacht haben muß, und das, wie er es uns schildert, in seiner grausig-grotesken Größe fast an Dante erinnert. Er schreibt: „Auf diesem Wege kam ich durch ein großes, verbranntes Dorf, an dessen Ausgang mir zwei alte Frauen begegneten, die einen Zug von fast 40 kleinen Knaben und Mädchen

gleich einer Viehherde vor sich her trieben. Sie waren alle von der äußersten Magerkeit und im Gesicht fahl wie der Tod, so daß sie den sie Anblickenden ein Grausen erregten. Ich fragte die Weiber, wohin sie diese klägliche Schar führten. Diese waren ob der Anrede ganz erschreckt, gleichsam wie vom Donner getroffen und konnten vor Schmerz und Hunger kaum den Mund auftun. Endlich kam es heraus, das werde ich gleich sehen. Die Kinder waren gerade an einer Wiese angekommen. Hier ließen sie sich auf die Knie nieder und begannen wie das Vieh die Kräuter abzuweiden, nur dadurch sich von jenem unterscheidend, daß sie nicht mit dem Maul, sondern mit den Händen die Nahrung abrupften. Sie hatten sich auch schon daran gewöhnt, die bitteren und unbekömmlichen Kräuter von den schmackhaften zu unterscheiden. Vor allen anderen war es der Sauerampfer, nach dem sie suchten. Ob eines solchen Schauspiels stand ich starr und lange wie geistesabwesend. Da sagte die eine Alte zu mir: „Seht Ihr nun, wohin ich diese Unglückskinder geführt habe, denen es weit besser wäre, sie wären nie geboren? Das Schwert hat die Väter getötet, vom Hunger sind die Mütter gestorben, ihr Gut ward den Feinden zur Beute, ihre Häuser ein Raub der Flammen. Wir beiden elenden Alten sind übrig geblieben, diese unselige Schar auf die Weide zu treiben und, solange es geht, durch den Genuß von Kräutern zu erhalten. Doch hoffen wir, bald die Kinder und uns selbst von solchen Leiden erlöst zu sehen. Anfangs waren es noch einmal so viel, aber in kurzem wurden es ihrer immer weniger, da täglich der Hunger einige von ihnen dahinrafft.“ „Als ich dies gesehen und gehört hatte,“ setzt Pirckheimer hinzu, „konnte ich meine Tränen nicht zurückhalten, während ich das elende Los der Menschen beklagte und die Kriegsfurie verwünschte.“

Ob nicht jetzt irgendwo im Weltkrieg, z. B. auf der Balkanhalbinsel oder im bolschewistischen Rußland, ähnliche Szenen vorgekommen sein mögen? Die Erzählung Pirckheimers ist übrigens für ihn charakteristisch. Man merkt in ihr deutlich das antike Vorbild sowie seine Vorliebe für das Anekdotenhafte. Freilich

wie anders würde ein moderner Kriegsteilnehmer erzählt haben! Hier wie auch sonst kein Wort von der Erhabenheit der Alpenwelt, inmitten welcher diese grausige Begebenheit vorfiel. Kein Wort auch davon, ob Pirckheimer und seine Leute von Mitleid gerührt, den Unglücklichen nun auch etwas von ihrem Brot, das sie freilich, wenn sie überhaupt welches hatten, schwer entbehren konnten, abgegeben haben. Es war eben noch ein weiter Weg, bis die Menschheit lernte, Empfindungen, die ihr doch auch damals nicht fremd gewesen sein können, in einem uns geläufigeren Sinne Ausdruck zu geben. Pirckheimer war übrigens schon stark auf dem Wege dazu.

Am Fuße des Wormser Jochs, wie wir annehmen müssen, angekommen, wartete man auf den Kaiser, der auch bald mit wenigen Reitern ankam. Erst jetzt erteilte er den Auftrag, den Paß — Pirckheimer schreibt, den Berg — zu überschreiten, um die Proviantkolonne in Bormio in Empfang zu nehmen. Als der Kaiser weg war, fingen die Soldaten zu murren an. Die Sache schien ihnen zu gefährlich, plötzlich könne der Feind da sein und sie seien verloren. Hätten sich doch auch schon andere Truppenteile geweigert, sich einer solchen Gefahr auszusetzen. Auch schützten sie vor, daß sie ihre Fahnen nicht bei sich hätten. Man hatte sie wohl im Lager gelassen. Pirckheimer spielte nun nach seiner Erzählung keine schlechte Rolle. Die Soldaten hatten schließlich erklärt, sie würden gehen, wenn er voranginge. „Sofort,“ heißt es, „stieg ich vom Pferde (das wohl zurückgelassen wurde), zog meine Ritterrüstung aus und nahm Waffen und Kleidung der Fußsoldaten. Dann ging ich voran und sagte, man möge mir folgen.“ Es waren noch vier Stunden bis zur Nacht, bis dahin, sagten die ortskundigen Führer, sei man auf dem Gipfel. Aber diese Hoffnung trog. Der Weg war durch den Schnee, der im Schmelzen war, sehr schlüpfrig und nur sehr schwer passierbar, so daß man erst um Mitternacht, höchst ermüdet und hungernd, auf der Paßhöhe anlangte, wo man in einem Schuppen, der freilich nicht für alle Unterkunft bot, ein wenig ausruhte. Pirckheimer und seine Franken waren das Berg-

steigen ja nicht gewöhnt. In der Morgendämmerung erreichte man die schon von Plinius erwähnten — Pirckheimer sagt dies übrigens nicht — heißen Quellen von Bad Bormio, natürlich des alten, das neue liegt eine Viertelstunde weiter abwärts. Hier scheint man sich länger aufgehalten zu haben. Wenigstens läßt sich sonst nicht begreifen, wie Pirckheimer für die nur drei Kilometer betragende Entfernung bis zur Stadt Bormio (Worms) noch bis zum Mittag gebraucht hätte, wenn anders letztere Angabe richtig ist.

In Bormio aber wartete auf die ganz ermatteten Krieger eine neue Enttäuschung. Die Proviantkolonne war nicht da. Statt dessen erfuhr man, daß sich in der Umgegend eine große Menge flüchtender Feinde gezeigt hätte. In Zweifel und Furcht verharrte man einen ganzen Tag in Bormio. Erst den Morgen darauf verließ man in größter Eile das schützende Städtchen, um den Rückweg zum Heere zu suchen. Kaum 50 Säumtiere, die man notdürftig mit Proviant beladen hatte, nahm man mit sich.

Wir erfahren zufällig aus Mailänder archivalischen Quellen, die Johannes Dierauer anführt in seiner Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft (II. Band, S. 352), daß eine Proviantkolonne, 100 Deutsche und 30 Trientiner Fußsoldaten stark, in der Nacht vom 2. und 3. Juni nach Bormio kam. Ohne Zweifel war dies die Pirckheimerische Schar. Daß er nur Deutsche und insbesondere nur Nürnberger Soldaten unter sich gehabt habe, sagt Pirckheimer ja nirgends. Dieselben Quellen erzählen uns dann auch, daß am 6. Juni, also zu spät, Proviant und Munition für das kaiserliche Heer von Mailand abgingen. Im ganzen sind also die Abweichungen der Pirckheimerischen Darstellung nicht gar zu bedeutend. Die von Pirckheimer angegebene auffallende Zeit des Eintreffens in Bormio mag sich aber dadurch korrigieren.

Das kaiserliche Heer wollte — das wußte Pirckheimer — ins Engadin einbrechen. Er war sicher auch darüber unterrichtet, daß es nicht den gewöhnlichen Weg durch das Münstertal genommen hatte. Vielmehr scheint es, wenn nicht gleichfalls über das Wormser Joch gestiegen, so doch auf irgendeinem Wege in

das obere Addatal, das Val di Fraele gezogen zu sein. Warum Pirckheimer nun nicht selber einfach die Adda hinaufmarschierte, wissen wir nicht, jedenfalls wählte er einen, wenn auch vielleicht an sich kürzeren, so doch viel beschwerlicheren Weg, indem er nämlich das Val di Dentro hinaufzog bis Isolaccia und von da über den heute Scale di Fraele genannten Felsenpaß ins Fraeletal marschierte. Auf der Paßhöhe mußte der Weg durch eine kleine Burg, Le Scale genannt, genommen werden, deren Reste noch heute in Gestalt zweier Türme zu sehen sind. Die Veste war mit einer mailändischen, also befreundeten Besatzung belegt. Der Paßweg war stellenweise so steil, daß Stufen (Leitern?) angebracht waren — daher der Name der Burg, wie Pirckheimer bemerkt — auf denen auch die Saumpferde mit unsäglicher Mühe hinaufbefördert werden mußten. Kurz nach Überwindung dieser Schwierigkeit vereinigte man sich glücklich mit dem kaiserlichen Heere, dem man freilich den ersehnten Proviant nicht bringen konnte, wenigstens nicht in dem Maße, wie es nötig gewesen wäre. Nur Wein gab es in Überfluß. Natürlich betranken sich die hungrigen Soldaten damit, und es kam zu Raufereien und Totschlägen.

Übrigens war der Kaiser nicht beim Heere. Diplomatische Geschäfte nötigten ihn, nach Meran zu reiten; den Streifzug gegen die Engadiner kommandierte der tüchtige Johann Truchseß von Waldburg, Graf von Sonnenberg.

Am nächsten Tage — das wäre also der 5. Juni gewesen — kam man in das Livignotal, wie Ulmann richtig erkannt haben dürfte. Pirckheimer nennt es ähnlich, ad vineas, zu den Weinbergen, und bezeichnet es als ein sehr liebliches. Dafür hatte das Kind des 15. Jahrhunderts Augen, die ihm für die Erhabenheit der Bergeswelt fehlten. Im Livignotal übernachtete man.

Der Weg sollte nun über den 2692 Meter hohen Casanapaß genommen werden, den die Feinde, die von unten wie winzige Vögelchen aussahen, in großer Zahl besetzt hielten. Die Bündner hatten ihre besten Siege bisher durch Umgehungen gewonnen, nun versuchten es die Kaiserlichen ihrerseits auf diese Weise.

Zur Linken wurden 1000 Mann, zur Rechten drei kaiserliche Ordinari-Fähnlein, wie Pirckheimer sie nennt, denen noch als viertes aus Achtung für die Veteranen das Nürnbergische Fähnlein zugeteilt wurde, zusammen 2000 Mann, auf Schleichwegen über die Berge geschickt. Pirckheimer befand sich bei seinem Fähnlein. Er beschreibt den Weg, den die Führer ihn führten, als kaum für wilde Tiere zugänglich und reich an Absturzgefahr. Auf den Höhen lag zu jener Jahreszeit noch überall Schnee, der im Schmelzen und daher doppelt schwierig zu passieren war.

Inzwischen rückte das Hauptheer langsam auf dem Paßwege vor. Die Bündner rollten gewaltige Steine und ganze Felsen auf die Kaiserlichen herab, die zum Glück für diese alle im tiefen Schnee stecken blieben. Außerdem wurde mit Büchsen und Armbrüsten beiderseits ohne Erfolg gekämpft. Erst als die kaiserlichen Fähnlein auf der rechten Seite die Höhe des den Paß überragenden Berges erreicht hatten — es war offenbar die Punta Casana, 3072 Meter hoch — und als von dort aus die Fahnenträger durch Schwenken der Fahnen den ihrigen im Tale das verabredete Zeichen gaben, ging das Hauptheer zum Angriff vor. Die Bündner konnten gegen die Feinde oben auf der Höhe nichts ausrichten, zumal inzwischen auch der linke Haufe der Kaiserlichen herangekommen war. Daher suchten sie ihr Heil in schleuniger Flucht, wobei sie, wie Pirckheimer behauptet, viele der ihrigen verloren. Die Kaiserlichen folgten ihnen auf dem Fuße.

Bei dieser Gelegenheit rutschte ein großes Schneefeld ab und nahm mehr als 400 Mann von den Kaiserlichen mit sich. Schon glaubte man sie verloren, da sie alle im Schnee begraben schienen. Bald aber kehrte sich der Schrecken in Lachen, da es, wie Pirckheimer erzählte, so komisch ausgesehen hätte, wie bald hier, bald dort einer aus dem Schnee auftauchte und sich herausarbeitete, bis endlich alle, soviel man sah, wieder da waren. Freilich hatten manche arge Kontusionen erlitten, und außerdem waren viele Spieße, Kopfbedeckungen, Schuhe usw. abhanden gekommen.

Bei Sonnenuntergang — es müßte also der 6. Juni gewesen sein — kamen die Kaiserlichen endlich ins Engadin. Pirckheimer nennt es ein liebliches, mit vielen Städten und Dörfern bebautes Tal, das der Inn wie ein Wildbach durchflösse. Die Kaiserlichen lagerten sich bei dem Flecken Scanfs, nachdem sie mit Mühe die Brücke, die dort über den Inn führt, die von den Feinden angezündet worden war, wieder hergestellt hatten. Die Bündner, da sie an Zahl zu schwach waren, befolgten die in ihrem Fall zweckmäßigste, wenn auch an und für sich bedauerliche Methode, ihr Land zur Wüste zu machen, auf daß sich ihre Gegner aus Mangel an Lebensbedürfnissen bald wieder davonmachten. So hatten sie Scanfs und Zuz verbrannt, so verbrannten sie weiter Samaden, Camogask (Campovasto), Pontresina und andere Orte, selbst solche, wo die Kaiserlichen gar nicht mehr hinkamen. Das ganze schöne Engadin leuchtete von Flammen, und überall stürzten mit Gekrach die Gebäude ein. Was half den Kaiserlichen ihre gute Marschordnung, die sie, wie Pirckheimer schreibt, beobachteten, was die Geschütze, die sie — obendrein nur vier an der Zahl — mit großer Mühe über die Saumpfade geschleppt hatten, wobei immer nur ein Rad den Boden berührte, das andere von etwas höher darüber gehenden Soldaten an Stricken gehalten wurde! Am Abend des 7. Juni kamen die Befehlshaber überein, daß es so nicht weiterginge. Die Soldaten hatten nichts mehr zu essen. Nur war man uneins darüber, ob man lieber über den Berninapaß ins Puschlav (Val di Poschiavo) und von da ins Veltlin oder auf dem nächsten Wege nach Tirol zurückkehren sollte. Man entschied sich für das letztere, da man den Italienern und dem Herzog von Mailand, der ja auch mit dem Proviant nicht Wort gehalten hatte, nicht so recht traute. Außerdem schien der doppelte Übergang, erst über den Bernina, dann wieder zurück über das Wormser Joch zu beschwerlich. Dieser Meinung war auch Pirckheimer. Am Morgen des 8. Juni wurde daher der Rückzug angetreten. Am Abend war man in Zernez, unbehelligt vom Feinde, der in dem Glauben, die Kaiserlichen wollten ins Addatal, den Berninapaß mit starker Macht besetzt hatte. Nur

die Brücke, richtiger vielleicht die Brücken, nämlich über den Inn und über den wilden Spölbach, bei Zernez, hätten die Bündner beinahe zerstört, Pirckheimer meint, wenn ihnen dies gelungen wäre, so hätte der Bau neuer Brücken so lange gedauert, daß inzwischen das ganze kaiserliche Heer an Hunger zugrunde gegangen wäre. Nach kurzer Nachtruhe wurde über den Ofenpaß zurückmarschiert. Pirckheimer nennt den Paß Bufalaura (Buffalora) und erklärt den Namen von dem heftigen Blasen der Winde. Buffare heißt italienisch aus vollen Backen blasen, aura bekanntlich die Luft. Ich erwähne dies hier nur, um zu zeigen, daß Pirckheimer überhaupt für die Etymologie eine gewisse Vorliebe hatte. Ob die Ableitung richtig ist, vermag ich nicht zu entscheiden. Auch sei bemerkt, daß der Weg über den Ofenpaß zwar über die sumpfige Alpe Buffalora führt, daß aber unter dem so genannten Paß heute der Weg vom Münstertal ins nördliche Fraeletal verstanden wird.

Der Tag — es war nach meiner Berechnung der 9. Juni [1]) — war heiß, die Soldaten brüllten vor Hunger. Pirckheimer sah verschiedene, die den Verstand verloren hatten. Nun wiederholte sich das schreckliche Schauspiel, das im Anfange des Streifzugs die armen Kinder geboten hatten. Die Soldaten verschlangen Gras und Kräuter wie die Tiere. Ein Glück noch, daß es überall Wasser gab, um wenigstens den brennenden Durst zu löschen. Aber auch im Münstertal, jenseits des Passes, der, wie wir Pirckheimer eigentlich kaum glauben mögen, erst gegen Sonnenuntergang überschritten wurde — Bädeker rechnet von Zernez bis zur Paßhöhe nur $5^1/_2$ Stunden — fand das erschöpfte Heer nichts zu essen. Der Kaiser hatte zwar den Befehl gegeben, von überallher Nahrungsmittel herbeizuschaffen, aber die Tiroler Statthalter waren damit säumig gewesen. Kein Wunder, daß

---

[1]) Die Daten stimmen auch mit der Auffassung von Theodor Lorentzen, Zwei Flugschriften aus der Zeit Maximilians I. (Gedicht wider die Schweizer und Reimchronik über den Schwabenkrieg von Haintz von Bechwinden), in: Neue Heidelberger Jahrbücher. Bd. 17. Heidelb., 1913, S. 149 und 203 f.

nun ein jeder suchte, auf eigene Faust zu etwas Eßbarem zu gelangen [1]). Die Folge war, daß das ganze Heer auseinanderlief.

Bei Pirckheimer waren am 10. Juni nur vier Reiter geblieben, mit denen er nach dem im Oberinntal unterhalb Finstermünz gelegenen Pfunds ritt, wo sich damals der Kaiser aufhielt. Unterwegs begegnete ihm ein Bauer, der ein ungeheuer großes Faß Wein auf seinem Karren führte. Die Soldaten fielen von allen Seiten wie die Wilden darüber her. Die einen bohrten mit ihren Spießen Löcher in das Faß, die anderen schossen sogar hinein, so daß der Wein überall auslief und nun mit den Helmen aufgefangen wurde. Einer suchte den anderen zurückzudrängen, darüber entstand Lärm und Streit und Totschlag, so daß etwa 50 Mann getötet und mehr als 100 verwundet wurden. Schlimm genug, auch wenn nur die Hälfte oder weniger als die Hälfte davon wahr gewesen wäre. Pirckheimer wandte sich mit Entsetzen von solch einem Schauspiel, seine Reiter blieben zurück und zechten mit den übrigen auf den Leichen der Erschlagenen weiter. Vor Hunger und Strapazen nur gerade noch nicht tot, wie er schreibt (inedia et labore tantum non enecatus), kam Pirckheimer endlich nach Pfunds. Aber auch hier war kaum noch etwas zu haben. Das Heer flutete weiter den Inn hinunter, ohne alle Ordnung und Zucht. Der Kaiser ritt ihm nach; aber als er in Landeck ankam, sah er sich völlig von seinen Truppen verlassen. So endete dieser vielleicht mit großen Hoffnungen, aber ganz leichtsinnig, weil ohne genügende Sorge für die Verpflegung unternommene Streifzug ins Engadin, der den Kaiser nicht durchs Schwert, sondern durch die Gewalt des Hungers fast ein ganzes Heer kostete.

Pirckheimers Bericht über dieses verfehlte Unternehmen ist zwar nicht der einzige, aber doch weitaus der ausführlichste, der auch, soviel ich sehe, ganz schön mit graubündischen und anderen

---

[1]) Über zügellose Plünderungen mailändischer Proviantkolonnen durch die Kaiserlichen wird auch schon am 8. Juni aus Bormio geklagt. Gagliardi, a. a. O. II S. 79*.

Quellen zusammenpaßt. Vielleicht kam der Kaiser erst nach Pirckheimers Rückkehr aus dem Engadin in Pfunds an, wenigstens soll er nach Ulmann am 13. Juni noch in Meran gewesen sein. Daß aber unsere Datierung der Ereignisse, die wir auf Grund von Pirckheimers Erzählung versucht haben, die richtige sein dürfte, geht daraus hervor, daß nicht nur in den Briefbüchern ein Schreiben Pirckheimers an den Rat vom 13. Juni aus Pfunds erwähnt wird, sondern daß wir von diesem Tage sogar ein Originalschreiben, das dritte und letzte aus diesem Kriege, von Pirckheimer besitzen. Offenbar hat er sich den 11. und 12. Juni erst ein wenig von den ungeheuren Strapazen erholt, vielleicht hatte er auch keinen Boten zur Verfügung. Ganz so schnell, wie der Rat es wünschte, hat er wohl nicht immer nach Hause geschrieben, wenigstens nimmt einmal ein Schreiben des Rats an den damals in Geschäften der Stadt am königlichen Hofe weilenden nürnbergischen Ratsschreiber Johann Wettmann vom 8. Juni Bezug darauf. Darin schreibt der Rat: „Und ob Du zum Birckheimer komen wirdest, so zaig im an, das wir etwas verwundern haben, das er vns der leuft halben so wenig schreibt, vnd vnser meynung sey, das er sölhs hinfuro nit vnderlaß“ (Briefbuch 45, Blatt 48). Ein Schreiben vom 1. Juli (a. a. O., Blatt 62 v) lautet aber wieder in einem Pirckheimer durchaus günstigen Sinne: „Wär aber etwan ungeverlich,“ heißt es darin, „rede beschechen, das wir der leuft zu jeder Zeit gern wollten bericht haben, so pist du doch ainichs unfleiß dorinnen mit nichten verdacht. Dann wir keinen zweifel setzen, was dir deßhalben zuthun möglich ist geweßt, das habest nicht underlassen.“ In dem Schreiben vom 13. Juni aus Pfunds scheint Pirckheimer über den Zug ins Engadin berichtet zu haben, der Rat antwortet ihm am 25. Juni, er habe daraus entnommen, wie sich Pirckheimer „in diesen kriegsleuften eins gehorsamen wesens der Ko. Mt. und erberlich und redlich“ habe gehalten. „Des haben wir besunder gut wolgefallen entpfangen,“ heißt es darin, „auch das du uns dieselben leuft also nach der leng hast angezeigt, zu guten von dir vermerkt.“ Wie schade, daß alle diese Berichte verloren gegangen sind. Hätte

es doch für die politische deutsche Geschichte jener Tage kaum etwas Besseres aufzuheben gegeben, als gerade die Briefe der mit auswärtigen Kommissionen betrauten Nürnberger.

Das uns erhaltene Schreiben Pirckheimers vom 13. Juni [1]) ist weniger wertvoll. Es ist an den ehrbaren Endres Wallenfelser, Söldner (darunter verstand man keineswegs immer nur einen gemeinen Soldaten) zu Windsheim und an Hans Gotzendorfer von Zeyl, Hauptmann zu Schweinfurt, „meine guten Freunde", gerichtet. Leider ist nicht gesagt, wo sich dieselben damals befanden. Der Brief bezieht sich aber auf die an Pirckheimer unterm 26. Mai vom Nürnberger Rat gemeldete Tatsache, daß die Stadt Schweinfurt 24 Mann zu Fuß schicken werde, die er ebenso wie die Windsheimer unter sein Kommando nehmen und denen er auch finanziell aushelfen solle. Auch 5 Mann von Weißenburg würden dabei sein. Jetzt wollten der Windsheimer und der Schweinfurter Hauptmann Geld, weil sie sonst ihre Knechte nicht weiter bringen könnten. Pirckheimer wollte dies Geld, „angesehen die leuf, so itz vorhanden sind", auf eigene Verantwortung nicht „über die Berge" schicken, wenn einer von ihnen es holen käme, so sollte es ihm recht sein. Danach scheint es also, als ob sich das mächtige kleinstädtische Aufgebot, das uns die ganze blühende Krähwinkelei des alten deutschen Reichsheeres zu Gemüte führt — heute will man dieses ja auch wieder so weit haben — erst auf dem Wege zum Kriegsschauplatz, etwa in Feldkirch oder Lindau, befand [2]).

Bald sollte auch Pirckheimer selbst wieder dahin abgehen. Die Eidgenossen hatten inzwischen beschlossen, den Bündnern zu Hilfe zu kommen und nun ihrerseits mit diesen vereint einen Einfall ins Tirolische zu machen. Der Kaiser wollte dem durch eine Diversion von Bregenz und vom Vorderrheintal aus begegnen und dirigierte daher alle verfügbaren Truppen dorthin. Auch

---

[1]) Handschrift der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden, C 107 f, nr. 15.

[2]) Wegen der Windsheimer Kriegshilfe s. Briefb. 45, 37^{v} und öfters.

Pirckheimer wurde von den königlichen Räten gebeten — so schreibt er, nicht etwa befohlen — seinen Weg gleichfalls über den Arlberg dorthin zu nehmen. Mit Mühe und nicht ohne Gefahr vom Feinde überschritt er den damals sehr beschwerlichen Paß, schwierig namentlich für die Geschütze und die Wägen. Seine Mannschaft hatte sich inzwischen wieder insgesamt bei ihm eingefunden. So kam er nach Lindau, wo wenige Tage vorher der Kaiser eingetroffen war. Dies muß um den 26. Juni gewesen sein. Am 23. Juni war Pirckheimer, wie wir dies aus einem Ratsschreiben vom 1. Juli wissen, noch in Pfunds. Pirckheimer wird darin bedauert, wahrscheinlich, weil er in Pfunds und am Arlberg in einer ziemlich exponierten Lage war. „Wir tragen gros mittleiden mit dir,“ heißt es darin, „das du in so großer sorg und ungemach sollt wesen (sein); Got woll es zu pesserung richten.“

Mehr aber als die „Sorgfältigkeyt und schwere der leuft“ auf dem Kriegsschauplatz interessierten den Rat seine eigenen nachbarlichen Händel mit Kunz Schott, dem Burggrafen auf dem Rotenberg, der am 6. April 1499 bei Erlenstegen „unabgesagt seiner Ehren“ dem Wilhelm Derrer, einem Patrizier und Ratsherrn, die rechte Hand abgehauen hatte, und mit dem Markgrafen von Brandenburg-Ansbach und -Bayreuth, Friedrich dem Älteren und dessen Sohn Georg. Diese wollten es nicht dulden, daß die Nürnberger an den Straßenübergängen der Landwehr, einer Befestigung mit Wall und Graben im näheren Umkreise der Stadt, an Stelle der alten undauerhaften Blockhäuser fünf kleine Türme von 16 Fuß Höhe errichten ließen. Dadurch, behauptete der Markgraf, griffen sie in seine Rechte, denn dort hätte er das Landgericht und die Fraiß (die Gerichtsbarkeit über Leben und Tod), und nur wer die Fraiß habe, habe auch das Befestigungsrecht. Obendrein hatte es Gezänk und Prügelei gegeben, da zwei angetrunkene markgräfliche Knechte die nürnbergischen Arbeiter, die sie an einem der Türme schaffen sahen, spöttisch gefragt hatten, „was sie alda für einen Sch... brunnen machten“. Kunz Schott war auf Anbringen des Rats am 15. April in die Acht getan worden, hatte es aber durch seinen Einfluß

beim kaiserlichen Hofe erreicht, daß dieselbe — etwa Mitte Mai — suspendiert und außerdem auf St. Ulrichstag (4. Juli) ein „gütlicher Tag“ zwischen den beiden Parteien angesetzt wurde. Pirckheimer hatte nun außer seiner militärischen auch die diplomatische Mission, den Rat in diesen Dingen vor dem Kaiser nach Möglichkeit zu rechtfertigen. Nicht mit rechtem Erfolg freilich, denn seine Gegner waren zu mächtig und der Kaiser den Fürsten und Rittern gegenüber zu schwach. Doch war der Rat mit ihm zufrieden, er schrieb ihm am 1. Juli, daß er „ain gut wolgefallen und benugen“ an ihm habe, daß Pirckheimer sich auch „ains redlichen wesens, als einem erbern fromen man wol gezimpt, erzaigt habe“, was man ihm nicht vergessen wollte.

Die Sache wurde recht verschleppt, sowohl die mit Schott als mit dem Markgrafen, und es hatten schließlich andere Ratsfreunde, Anton Tetzel, Wolf Haller, dann der Ratskonsulent Dr. Letscher mehr in der Angelegenheit zu tun als Pirckheimer. In der Hauptsache handelte es sich darum, die Mitglieder der kaiserlichen Kommissionen, denen die Streitfragen zur Entscheidung übertragen wurden, für sich zu gewinnen, und dabei ging es damals meist nicht sehr redlich zu, denn diese Herren haben das Geld der Städter allezeit gern genommen. Geholfen hat es aber den Nürnbergern gerade in diesen beiden Fragen nicht viel. Die Stadt mußte schließlich um Ostern 1500 den Schott „aus Sorgen lassen“, d. h. sich mit ihm vertragen, die Türme aber sah sich der Rat genötigt, auf kaiserlichen Befehl — heimlich, in der Nacht vom 6. August 1500 — niederzulegen.

Fürsten und Ritter hatten eben trotz allem den stärkeren Anhang bei Hofe. So konnte es denn auch geschehen, daß die Gegner der Stadt Nürnberg mit Erfolg gehässige Ausstreuungen machten, als ob das Nürnberger Kontingent bei der allgemeinen Zerstreuung des kaiserlichen Heeres zuerst das Weite gesucht hätte. Pirckheimer glaubte das nicht verdient zu haben, und es gelang ihm auch, gegen diese Anschuldigungen in Gegenwart seiner Neider öffentlich vor dem Kaiser Einspruch erheben zu können. Niemand wagte, gegen ihn aufzutreten, der Kaiser hieß

ihn guten Muts sein, sprach ihn von aller Schuld frei und forderte ihn auf, nur weiterhin so tapfer zu bleiben.

Dies muß in Lindau gewesen sein, um die Wende des Juni zum Juli. Am 7. Juli war Maximilian in Überlingen, wo ein Reichstag zugleich mit einer Versammlung des Schwäbischen Bundes tagte. Hier beriet man lange, was tun? Die Hauptsache war, daß neue Truppen kamen, und auch Pirckheimer mußte deswegen, unterstützt durch ein königliches Mandat, nach Hause schreiben.

Er war offenbar in Überlingen dabei, sicher aber mit bei der Demonstration, die der Kaiser mit etwa 10000 Mann am 16. Juli von Konstanz aus unternahm. Maximilian stellte sein Heer auf ebenem Felde südlich der Stadt in Schlachtordnung auf, was nach Pirckheimer einen herrlichen Anblick gewährt hätte. Der Feind stand, etwa 6000 Mann stark, auf den Höhen von Schwaderloo, machte aber keine Miene, zum Kampfe herabzusteigen. So kehrten die Deutschen wieder nach Konstanz zurück, wo der Kaiser aus strategischen Rücksichten noch einige Tage blieb, weil ein großer Teil der Eidgenossen durch seine Gegenwart hier festgehalten wurde.

Die Erzählung eines einfachen Erlebnisses, das Pirckheimer in Konstanz hatte, deutet wieder darauf hin, daß er die Augen offen hatte und für Charakteristisch-Volkstümliches nicht ohne Verständnis war. Der Krieg wurde von beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt. Die Eidgenossen hatten geradezu das Verbot erlassen, im Kampfe Gefangene zu machen, die Deutschen scheinen ebenso gehandelt zu haben, und es kam so weit, daß man sich bei Unterhandlungen nicht der Herolde zu bedienen wagte, sondern alte Frauen und Kinder dazu verwandte. So hatte auch in jenen Tagen ein junges Mädchen einen Brief von eidgenössischer Seite an den Kaiser zu überbringen. Wie es nun so dastand im Hofe, um auf Antwort zu warten, wurde es von einigen Leuten aus dem Gefolge des Kaisers gefragt, was denn die Schweizer in ihren Stellungen machten. „Seht ihr nicht," antwortete das Mädchen, „daß sie auf euren Angriff warten?" Wieviele ihrer wären, fragte

man weiter. ,,Genug, um eueren Angriff zurückzuschlagen," war die Antwort. Als man heftiger in sie drang, sagte die Kleine: ,,Ihr hättet sie ja zählen können, neulich in der Schlacht" — gemeint ist wohl die von Schwaderloo am 11. April — ,,wenn die Flucht euere Augen nicht geblendet hätte." Ob die Schweizer auch zu essen hätten, wurde sie weiter gefragt. Und jene darauf: ,,Wie sollten sie wohl leben können ohne Essen und Trinken?" Die Höflinge lachten, und einer, um sie zu erschrecken, legte die Hand ans Schwert und drohte ihr den Kopf abzuhauen. ,,Du bist ein schöner Held," versetzte das Mädchen, ,,wenn du solche Lust zum Schlagen hast, warum gehst du nicht auf die Schweizer los?" So wußte sie auf alles eine schlagfertige Antwort, so daß Pirckheimer, der das mit Vergnügen anhörte, nicht umhin konnte, die Keckheit und den Witz der jungen Schweizerin zu bewundern.

Ich kann diese Wechselreden natürlich nur in der Übersetzung aus dem Lateinischen wiedergeben, obgleich ich wohl weiß, daß sich das brave alemannische Mädel ganz anders ausgedrückt haben wird. Hier wenn irgendwo ist deutlich zu sehen, wie sehr der urwüchsige Ausdruck unter der Wahl des klassischen Idioms leidet.

Bald war der Kaiser mit einem Teil des Heeres wieder in Lindau. Sein Plan war, die Schweizer durch unvermutete Einfälle zu Wasser und zu Land zu ermüden und ihre Kräfte zu zerstreuen. Einen dieser Streifzüge zu Wasser machte auch Pirckheimer mit, nämlich die am 20. Juli unter dem Kommando des Grafen Eitelfritz von Zollern erfolgte Überrumpelung des Städtchens Rosach, wie Pirckheimer schreibt, des altbekannten schweizerischen Bodenseehafens Rorschach. Die Besatzung von etwa 200 Mann, die der Landung zu wehren suchte, wurde nach tapferem Kampfe fast völlig niedergemacht, die Stadt verbrannt — nach einem Zeugnis aus eidgenössischem Munde die empfindlichste schweizerische Niederlage im ganzen Kriege (Ulmann, S. 177). Daß übrigens Pirckheimer dabei selber ins Handgemenge gekommen, schreibt er nicht, wohl aber drohte ihm eine andere Gefahr. Nämlich als die Kaiserlichen wieder zurückfahren wollten,

entstand plötzlich das Gerücht, die Eidgenossen seien da. Alles stürzte sich in wilder Hast auf die Schiffe, diese wurden zum Teil überfüllt und sanken unter, die anderen fuhren die Schiffer schleunigst in den See hinaus, um nicht dasselbe Schicksal zu teilen. Viele schwammen nun den Schiffen nach, manche des Schwimmens Unkundige gingen unter und rissen wohl noch diejenigen mit, die ihnen helfen wollten. Selbst die Veteranen und andere besonnene Männer, die bei den Fähnlein und Hauptleuten am Ufer ausgeharrt hatten, waren zuletzt gezwungen, sich gleichfalls in die Fluten zu stürzen, da die Schiffer um keinen Preis ans Land zurückkehren wollten. Darunter befand sich auch Pirckheimer, dem übrigens seine Größe, deren er sich auch in seiner Autobiographie rühmt, zustatten kam, so daß er nur bis zum Kinn und den Schultern ins Wasser geriet. Die Sache scheint ohne größere Verluste abgegangen zu sein, immerhin war diese wirre Flucht nach eben erfochtenem Siege für die Kaiserlichen doch recht schimpflich.

In der Erzählung Pirckheimers über die nun folgenden interessanten Vorgänge finden sich arge chronologische Unstimmigkeiten. Ich gebe zuerst seinen Bericht aus dem „Schweizerkrieg“ wieder.

Danach wäre er von Rorschach glücklich wieder nach Lindau gelangt. Weiter berichtet er folgendes: „Als ich am nächsten Morgen in der Frühe zur Residenz des Kaisers kam, fand ich dessen Gemächer fest verschlossen. Die Höflinge und anwesenden Befehlshaber aber liefen hin und her, steckten die Köpfe zusammen und sprachen nur im Flüsterton miteinander. Ich merkte wohl, hier müsse etwas Unangenehmes passiert sein.“ In der Tat war, wie er uns erzählt, soeben die Unheilskunde von der schweren Niederlage eingetroffen, die der Graf Heinrich von Fürstenberg, dem der Kaiser den Oberbefehl auf dem westlichen Kriegsschauplatz anvertraut hatte, mit einem zum Teil auserwählten, bis 16000 Mann starken Heer bei Dorneck oder Dornach an der Birs — Dorneck heißt die Burg, Dornach das darunterliegende Dorf — unweit Basel erlitten hatte. Pirckheimer be-

schreibt diese wichtige Schlacht, die größte in dem ganzen Feldzug, ziemlich genau. Sie ging in der Hauptsache durch die unglaubliche Sorglosigkeit des kaiserlichen Feldherrn, der selber dabei fiel und so seine Schuld wenigstens durch einen ehrlichen Soldatentod gesühnt hat, verloren. Pirckheimer meint überhaupt, daß, wenn man es recht betrachte, alle Niederlagen auf deutscher Seite durch leichtfertige Verwegenheit, Disziplinlosigkeit und törichte Geringschätzung der Feinde verschuldet worden seien, ein Urteil, das insofern der Einschränkung bedarf, als dieser Übermut oft ins Gegenteil umschlug und so wiederholt eine plötzlich eingerissene Panik die Heere der Deutschen zum Fliehen brachte. Daß insbesondere die Disziplin auf Seiten des Feindes, wenn auch nach unsern Begriffen noch keineswegs einwandfrei, so doch die weitaus überlegene war, daß die Schweizer dieser militärischen Tugend vor allem ihre stetigen Siege verdankten, dürfte nicht zu leugnen sein. Pirckheimer erzählt uns da eine sehr nette Geschichte, für die er der einzige Gewährsmann ist, die ich daher hier wiedergeben will [1]. Als einmal eine schweizerische Heeresabteilung im Frühjahr noch vor der Schneeschmelze den an manchen Stellen für Fußgänger passierbaren Rhein durchschritt — es dürfte etwa im Bereich des heutigen Fürstentums Liechtenstein gewesen sein — da erscholl plötzlich ein Gerede, die Feinde wären da. Die Hauptleute ließen also halten und suchten sich durch ausgesandte Patrouillen zu überzeugen, was an dem Gerede Wahres sei. Inzwischen blieben die Schweizer, jeder an dem Platze, wo er gerade stand, so daß diejenigen, die gerade beim Passieren des Flusses waren, in dem grausam kalten Wasser, das manchem bis zum Halse ging, verharren mußten, nicht ohne Gefährdung durch herunterschwimmende Eisschollen, die man mit Spießen in die Lücken zwischen den einzelnen Gliedern zu lenken suchte. Das dauerte zwei Stunden lang! Da erst gaben die Befehlshaber das Zeichen zum Weitermarschieren. Es wäre ihnen schimpflich erschienen, ohne Not vor dem Feinde zurück-

[1]) Rück S. 77 f.

zugehen, leichtsinnig aber, ohne diesen ausgekundschaftet zu haben, in der Bewegung zu bleiben.

Die Verantwortung für diese Geschichte, die in allen schweizerischen Schullesebüchern zu finden sein soll, müssen wir Pirckheimer überlassen. Daß sie, was die im Flusse verbrachte Zeit anbetrifft, übertrieben ist, möchte man wohl glauben, denn zwei Stunden bis zum Kinn in eiskaltem Wasser zu stehen, dürften doch wohl nur die wenigsten ausgehalten haben.

Doch kehren wir zu unserer fortlaufenden Geschichte zurück. Durch den Sieg bei Dornach stand den Eidgenossen der Weg in den Sundgau und zum Schwarzwald offen. Die Niederlage hätte also für die Kaiserlichen von den schlimmsten Folgen sein können. Ein Glück für sie, daß der Sieg vom Feinde nicht gehörig ausgenützt wurde.

Max ließ sich, wie Pirckheimer weiter erzählt, den ganzen Tag nicht sehen. Am Abend aber hatte er sich wieder gefaßt. Er speiste, anscheinend ganz heiter, vor aller Augen. Dann, als die Nacht herabsank, sah er zum Fenster hinaus und sprach zu den Umstehenden, unter denen auch Pirckheimer gewesen zu sein scheint, lange über die Natur und die Bedeutung der Sterne. Am folgenden Tage fuhr er nach Konstanz, Pirckheimer mit ihm in demselben Schiffe. Letzterer erzählt in seinem „Schweizerkrieg“, daß der Kaiser sich am Spiel (wohl Schachspiel), an Späßen und mit der Unterhaltung vergnügt habe und daß an ihm nicht das geringste Zeichen von Niedergeschlagenheit zu sehen gewesen sei. Pirckheimer bewundert ihn darum, es war aber wohl mehr Leichtsinn als Selbstbeherrschung.

Merkwürdig, daß Pirckheimer nicht auch eines Erlebnisses gedenkt, das er mit Maximilian persönlich hatte, und das uns Philipp Melanchthon erzählt in der von ihm herausgegebenen und vermehrten Chronik des Johannes Carion. Ich zitiere nach der meines Wissens ältesten Ausgabe, Wittenberg, Georg Rhaw, ohne Jahr. Die Vorrede ist von Carion selbst aus Berlin 1531. Die folgende Erzählung ist aber sicher von Melanchthon, der mit

Pirckheimer wiederholt zusammengekommen ist, während Beziehungen des letzteren zu Carion mir nicht bekannt geworden sind. Melanchthon schreibt nun daselbst (Bl. 165) [1]: „Pirkamer zu Nörinberg hat mir gesagt, das Maximilianus selb habe seine Res gestas etlicher jar gefasset vnd sagt, Er sey einest mit jhm von Linda gen Constantz gefaren. Da nu der Keisar ein wenig ruge hatt jm schiff, habe er ein schreiber gefoddert vnd jhm latinisch dictirt res gestas eins jars mit mancherley anschlegen vnd vmbstenden. Als aber Pirkamer meinet, der keisar hette etwas heimlichs zu schreiben, wolt er weichen, da hat jhn der keisar heissen bleiben vñ zuhören. Abents hatt ers jhm lassen lesen vnd hette Pirkamer gefraget, wie jhm das reuter latin (in den lateinischen Ausgaben: militaris latinitas oder auch equestre Latinum) gefiel, vnd gesagt, Er wolts gern fassen, das gelarte leut, so etwa diese hendel beschreiben wolten, durch diese seine verzeichnus grund dauon haben möchten. Es sagt auch Pirkamer, es were ja so rein gemacht gewesen als keines Deudschen Historici scripta bis anher gewesen sind. Er habe auch nach diesem verzeichnus gestanden (nachgeforscht) nach Maximiliani tod, habs aber nicht vberkomen können.“ Soweit Melanchthon. Zur Sache ist zunächst zu bemerken, daß Pirckheimer sich hier wie ein echter Höfling benommen hat. Das Latein des Kaisers ist von diesem selbst viel richtiger eingeschätzt worden, es ist nämlich in der Tat ganz unglaublich barbarisch. Diese Memoiren sind nämlich erhalten, im Original, wenigstens bruchstückweise, zum Teil in späteren Abschriften im ehem. k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien. Allerdings haben sie lange für verloren gegolten. Veröffentlicht sind sie von Alwin Schultz im Anhang zu dem von ihm herausgegebenen, bekanntlich eine poetisch zugestutzte Biographie des Kaisers enthaltenden Weißkunig (Jahrbuch der kunsthistor. Sammlungen des Allerhöchsten d. i. österreichischen Kaiserhauses, VI. Bd., 2. Hälfte, Wien 1888, S. 421 ff.). Die Frag-

[1] Die Interpunktion und offenbare Druckfehler habe ich verbessert.

mente reichen bis zur Schlacht an der Calven (22. Mai 1499), also ganz nahe an die damals jüngste Vergangenheit [1]).

In dem Originaldiktat des Kaisers hat nun der Schreiber am Rande bemerkt, gelegentlich der Beschreibung der Ereignisse vom Ende der achtziger Jahre des 15. Jahrhunderts: „Ditz hat geschrieben Konig Maximilian an sand Marie Magdalenentag, als wir gein Lindaw furen auf dem Podensee" (a. a. O. S. 443). Der genannte Tag ist der 22. Juli. Außerdem fand nach der Bemerkung des Schreibers die Fahrt in umgekehrter Richtung statt, als Pirckheimer und nach ihm Melanchthon erzählen. Aber vielleicht könnte sich der letztere geirrt haben.

Wir haben Grund anzunehmen, daß sich auch schon Pirckheimer getäuscht hat. Er macht hier eine chronologische Konfusion. Es ist nicht möglich, daß am Tage nach der Überrumpelung von Rorschach die Kunde von der Schlacht bei Dornach in Lindau war. Denn jener Streifzug fand am 20. Juli, die Schlacht bei Dornach aber am 22. Juli statt. Da nun die Schilderung der gedrückten Stimmung am Hofe, wie Pirckheimer sie gibt, sicher auf Autopsie beruht, so muß sich der Vorgang mit den verschlossenen Türen auf ein späteres Datum, wahrscheinlich auf den 24. Juli beziehen, an welchem Tage die Nachricht von der Schlacht sicher schon am frühen Morgen am Bodensee gewesen sein kann.

Klarheit, obzwar nicht völlige, in die Sache bringen die Nürnberger Briefbücher. Danach war Pirckheimer am 22. Juli in Konstanz. Er legte an diesem Tage dem Schreiben, das die nürnbergischen Gesandten Anton Tetzel und Wolf Haller nach Hause schickten, einen Bericht bei, der wahrscheinlich die Schilderung des glücklichen Überfalls von Rorschach enthielt. Der

---

[1]) Schultz, a. a. O. S. IX scheint zu glauben, die Erzählung Melanchthons begegne erst in der Cronica Carionis aucta, Parisiis 1563 (p. 562 ff.). Sie kommt, wie gesagt, schon in der ersten Ausgabe vor, fehlt allerdings dann in verschiedenen späteren. Der von Schultz übersetzte lateinische Text der Pariser und so wohl auch aller anderen lateinischen Ausgaben stimmt übrigens ganz mit dem zitierten deutschen Text überein.

Rat schrieb ihm darauf, daß er seine „neue Zeitung zu Gefallen vernommen habe“. Pirckheimer dürfte also wohl von Rorschach zunächst nicht nach Lindau, sondern nach Konstanz gefahren sein. Wahrscheinlich fuhr er noch an demselben 22. Juli mit dem Kaiser nach Lindau, wobei er auf dem Schiffe Gelegenheit hatte, dem Memoirendiktat beizuwohnen. Am 25. Juli schreibt er schon wieder aus Lindau, wahrscheinlich von der Niederlage bei Dornach. Der Rat antwortete, er hätte sein Schreiben „der geschicht nit mit klainem mitleyden“, seinethalben aber zu Gefallen vernommen. Von Lindau schrieb auch Maximilian am 27. Juli einen Kondolenzbrief an den Bruder des gefallenen Heinrich von Fürstenberg. Am 28. Juli war der Kaiser wieder in Konstanz (Stälin, Aufenthaltsorte Kaiser Maximilians I. in Forschungen zur deutschen Gesch. I, 360). Am 29. Juli muß auch Pirckheimer wieder aus Konstanz geschrieben haben. Zwischen dem 27. und 29. Juli also kann Pirckheimer sehr wohl wieder mit dem Kaiser nach Konstanz zurückgefahren sein und ihn dabei in seinem heiteren Tun beobachtet haben. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß Maximilian auf dieser letzten Fahrt wieder an seinen Memoiren diktiert habe, da der Schreiber die Arbeit daran auf dem Schiffe am 22. Juli doch offenbar als etwas Besonderes bemerkt hat.

Für die Sache kommt ja wenig auf diese Datierungen an. Sie sind für uns nur für die Beurteilung der Zuverlässigkeit Pirckheimers von Interesse. Diese ist hier recht gering. Man darf also wohl annehmen, daß seine Erzählung dieser Vorgänge erst aus einer sehr viel späteren Zeit datiert und daß er dafür wohl kaum Aufzeichnungen benützt haben wird.

Durch die immerwährenden Niederlagen auf kaiserlicher Seite machte sich bei den Reichsständen und beim Schwäbischen Bund ein immer stärker werdendes Friedensbedürfnis geltend. Es ist, als wenn man das Geld in den See werfe, äußerte sich der Eßlinger Gesandte Hans Ungelter, der auch an der unsicheren, jeden Augenblick wechselnden Haltung des Königs eine scharfe Kritik übte. Und wie an Geld, so fehlte es immer an Soldaten. Deshalb war bereits vor der Niederlage bei Dornach ein kaiserliches Mandat

nach Nürnberg gelangt, das eine weitere kriegerische Hilfe forderte [1]). Der Rat schickte deshalb am 27. Juli, wie er in einem Schreiben an Pirckheimer mitteilt [2]), diesem 300 Knechte unter Jobst Ruprecht und Benedikt Reysenwirde (oder Reysenwerd). Letzterer brachte ,,in einem Blei", d. h. wohl unter einer Bleiplombe 4000 Gulden mit, die Knechte zu besolden. Den Nürnbergern schlossen sich wieder die Windsheimer an, 10 Knechte. Pirckheimer sollte die geringe Zahl beim Kaiser entschuldigen.

Pirckheimer scheint sich diese ganze Zeit viel in der Nähe des Kaisers, zuerst in Konstanz, dann im Hegau und im Schwarzwaldgebiet aufgehalten zu haben. Näheres hören wir aber erst, als der Kaiser ihm befahl, ihn nach Freiburg zu begleiten, und zwar allein, ohne die nürnbergische Mannschaft. In Freiburg, oder wo es sonst war, hatte Pirckheimer wieder die unangenehme Aufgabe, die Nürnberger gegen die Vorwürfe zu verteidigen, die ihnen von ihren alten Gegnern gemacht wurden. Diesmal handelte es sich um ein Rencontre mit den Schaffhäusern, die in der Nähe ihrer Stadt ins offene Feld gerückt waren, aber vergebens warteten, daß sie von der kaiserlichen Reiterei — die, wie Pirckheimer behauptet, hier hauptsächlich aus fränkischen Rittern bestand — angegriffen würden. Die Ritter machten nun dem Fußvolk, insbesondere den dabei befindlichen Nürnbergern, den schweren Vorwurf, sie wegen heimlicher Sympathien mit dem Feinde nicht hinreichend unterstützt zu haben. Damals kam die Sache nicht zum Austrag, der Kaiser versprach, eine Untersuchung anstellen zu wollen. Sein Lächeln dabei deutete aber Pirckheimer an, daß er es im Herzen mit den Nürnbergern halte.

Bald sollte dies deutlicher offenbar werden. Inzwischen war nämlich die neue nürnbergische Mannschaft herangekommen, und Pirckheimer stellte sie, vereinigt mit der alten, in der Nähe von Freiburg in Karreeformation in Parade auf. Es waren nach

---

1) S. Briefbuch 45, Bl. 73v.
2) ebd. Bl. 85v.

seiner Aussage, die sich auch in seiner Autobiographie findet, 800 Mann zu Fuß, darunter 200 Büchsenschützen, dazu kamen noch die Reisigen und 10 Geschütze. In den Zahlen übertreibt Pirckheimer aber offenbar wieder. Nürnberger können es höchstens etwa 500 bis 550 Fußsoldaten gewesen sein. Der Kaiser war sehr zufrieden. Er freute sich an der trefflich ausgerüsteten, wie schon früher ganz in Rot gekleideten Mannschaft, namentlich aber interessierte ihn das Geschütz. Pirckheimer kannte Maximilians Schwäche dafür, er lud ihn also zu einem Wettkampf ein, wobei der Kaiser selbstverständlich alle anderen Geschützmeister im Zielen übertraf, was ihn nicht wenig zu freuen schien. Diese günstige Gelegenheit benützte der nürnbergische Hauptmann — den Namen nennt Pirckheimer nicht, es wird aber wohl, wenn er es nicht gar selber war, Hans von Weichsdorf gewesen sein — um in einer schneidigen Rede die Nürnberger wegen des ihnen neuerdings angetanen Schimpfes zu verteidigen. Von den Verleumdern rührte sich niemand. Der Kaiser war sehr gnädig, ja er beschenkte sogar die beiden Nürnberger Hauptleute, Hans von Weichsdorf — hier wird der Name ausdrücklich genannt — und Pirckheimer selbst, mit kostbaren Schabracken.

Fast hätte der Autor unseres „Schweizerkriegs“ nun noch eine neue Kriegsepisode erlebt, nämlich eine Belagerung. Auf Befehl des Kaisers sollte das Nürnberger Kontingent die Stadt Laufenburg, eine der vier Waldstädte besetzen. Pirckheimer marschierte dorthin, an Basel vorbei und über Rheinfelden. In Laufenburg gab es reiche Vorräte, so daß sich die Soldaten endlich einmal etwas gütlich tun konnten. Von Tag zu Tag wartete man auf eine Einschließung der Stadt durch die Eidgenossen, die dafür französisches Geschütz, das inzwischen im Solothurnischen eingetroffen war, zu verwenden gedachten. Glücklicherweise kam es nicht dazu. Niemand war froher darüber als der Nürnberger Rat, der fürchtete, daß Pirckheimer und die übrigen Hauptleute bei einer Belagerung nicht wohl bestehen würden. In einem Schreiben an den Schatzmeister Balthasar Wolf vom 16. September bat er daher diesen, sich beim Kaiser für die Ab-

kommandierung anderer „treffenlicher“ Hauptleute zu verwenden [1]).

Von Laufenburg aus machte Pirckheimer einen Streifzug in den Klettgau, um die Bauern dort zu züchtigen, die gegen ihre Herren aufgestanden waren. Es kam dabei zu einem sehr unangenehmen Auftritt zwischen einem „Schwarzwaldvogt“, wie Pirckheimer ihn nennt, und den Soldaten, die sich von jenem um ihren Anteil an dem den Bauern abgenötigten Lösegeld betrogen sahen. Nur mit Mühe konnte Pirckheimer durch die Dazwischenkunft seiner Reisigen den habsüchtigen Mann vor der Wut des gemeinen Soldaten schützen.

Indes ertönten doch jetzt schon überall Friedensschalmeien. Auch die Schweizer waren kriegsmüde, sie hatten Mangel an Korn und namentlich an Salz, das sie aus Deutschland zu beziehen pflegten. Das französische Salz, weil es Meersalz war, erzählt Pirckheimer, wollte das eidgenössische Vieh nicht nehmen. Bereits im Juli hatten Unterhandlungen begonnen, die namentlich durch den Herzog von Mailand, Ludovico Moro, gefördert wurden [2]). Auch als dieser, im August durch den französischen

---

[1]) In dem Schreiben heißt es (Briefbuch 45, 125): „Nun wollen wir euch nicht verhalten, das vns heut dato von vnserm ratsfreund Wilbalden Birckhaimer ain schrift, das datum stet Lauffenberg am tag natiuitatis Marie (8. Sept.) ... ist geantwurt, darinnen er vns vnder anderm hat angezaigt, das sich die Schweitzer mercklich stercken ain meil wegs von Lauffenberg, in mainung sich fur der vier stet aine ze schlahen, wiewol ers darfür helt, das sy sich für Lauffenberg schlahen werden, dann sy dieselben stat dieselben nacht beschlichen vnd besichtiget haben. Vnd wiewol ime nw herr Melchior von Maßmünster ritter (kaiserlicher Hauptmann, vgl. Ulmann a. a. O. I, 478 und öfters) geschriben hab, der hauptmanschaft zu vndernemen vnd das peste zuthun, so sey doch sunst nyemand von hauptleuten daselbst vnd vil mangels an allerlay. Nun mögt ir versteen auß allerlay vrsachen, das den vnsern schwär were, sich der hauptmanschaft zu vndernemen, wo inen aber treffenlich hauptleut zugegeben vnd sy in der stat mit notdurft versehen wurden, also das sy den veinden vorsteen möchten, zweiueln wir nicht, sy werden thun als frommen leuten zustet.“

[2]) Vgl. besonders Gagliardi II, 100* ff.

König Ludwig XII. aus seinem Lande vertrieben, in Innsbruck Schutz suchte, fuhr sein Abgesandter fort, nicht ohne klingende Münze zwischen den Schweizern und dem Kaiser zu vermitteln, einmal um das kaiserliche Heer für die Zwecke seines Herrn freizubekommen, dann auch, um vielleicht unter den Schweizern selbst Werbungen veranstalten zu können. Zuerst in Schaffhausen vom 4. bis 6. August, dann in Basel fanden die Unterhandlungen statt. Die Folge war, daß beide Parteien mit ihrer Kriegsrüstung lässiger wurden, und daß insbesondere auf deutscher Seite sich das Kriegsvolk zu verlaufen anfing [1]). Frühe schon, nämlich anfangs August, hatte auch der Nürnberger Rat bei Pirckheimer angefragt, ob er nicht mit den Reisigen zurückreiten könne. Er fürchtete nämlich für die eigene Stadt, wegen des Konflikts mit dem Markgrafen, der bereits Ende Juni heimgekehrt war, um seine Abrechnung — aus der dann doch nichts Rechtes wurde — mit der unbequemen nachbarlichen Reichsstadt zu halten. Am 7. September schreibt der Rat, Pirckheimer solle die Knechte so allmählich, in kleinen Trupps von etwa zehn oder noch weniger Leuten, abziehen lassen, doch daß es nicht auffalle. Dasselbe Ansinnen wird am 14. September wiederholt. Die gefürchtete Belagerung von Laufenburg gebot diesem eigentümlichen Gebaren, das Nürnberg freilich damals mit den meisten anderen Reichsständen teilte, wohl etwas Stillstand. Der König war zwar bereit, Pirckheimer und Weichsdorf ziehen zu lassen, aber kein „Volk". Der Rat wandte sich deshalb wieder an seinen Mitbürger, den Schatzmeister Balthasar Wolf von Wolfsthal [2]). Er bittet diesen, sich für die Entlassung des ganzen Trupps oder doch des größten Teils desselben verwenden zu wollen. Da nach den Nachrichten, die der Rat erhalten habe (wohl von Pirck-

---

[1]) Wenn ein Kontingent sechs Wochen gedient hatte, wollte es in der Regel wieder heim, schreibt Ulmann, Maximilian I., I. Bd. S. 716. Das Heimweh der Truppen spielte auch bei den Schweizern mit, doch lief der Eidgenosse nicht, wie der deutsche Söldling, heim, ehe er ersetzt war. Ebd. Anm. 2.

[2]) Schreiben vom 13. September, Briefbuch 45, 120 v f.

heimer) der König in nächster Zeit nicht zum Heere kommen werde, werde doch nichts Fruchtbares geschehen. Für den Rat aber wären die Truppen eine Garantie des Friedens. Bei späteren Gelegenheiten könnte er dem König um so mehr leisten. Ginge es garnicht anders, so bäte er um die beiden Hauptleute, Pirckheimer und den Weichsdorfer [1]), er wolle dafür einen anderen zum Ersatz schicken — sein „gereisiges Zeug" (seine Reiter), die Wagen und 20 Knechte. Der Rat wolle aber gehorsam bleiben und seine Leute nicht wie die anderen ohne Erlaubnis abberufen. In demselben Sinne schreibt er auch sehr loyal an die fränkischen Kleinstädte Windsheim und Weißenburg am 16. September (ebd. 125 v f.), von denen jenes durch Vermittlung der Nürnberger die Hälfte, dieses alle seine Knechte abgefordert hatte. Er drückt auf Grund eines Schreibens von Pirckheimer seine Besorgnis aus, daß vielleicht die abverlangten Knechte zusammen mit den nürnbergischen gerade zur Zeit einer Belagerung ausgesetzt seien. Auch solle ein Mandat um neue Hilfe unterwegs sein. Aber am 19. September ist es entschieden. Das Zeislein — so heißt der Schatzmeister in der Geheimschrift des Rats — hatte sein Bestes getan. Das geht aus dem Schreiben hervor, das der Rat an diesem Tage an Pirckheimer abgehen ließ [2]). Danach hatte der König Pirckheimer „anhaims zu ziehen" gnädigst die Gunst erwiesen. Der Inhalt des Briefes zeigt, wie auch hier der Nürnberger Rat um die kleinsten Angelegenheiten sich kümmerte, zwar seinen eigenen Vorteil wohl im Auge behielt, dabei aber sich bemühte, durchaus loyal sich zu halten.

---

[1]) In dem Ratsschreiben vom 7. September (Briefbuch 45, 116) gleichfalls an Balthasar Wolf wird außer diesen beiden auch noch Peter Weißweber angefordert. Derselbe wird auch in dem gleich zu nennenden Ratsschreiben vom 19. September (ebd. 130) genannt. Vielleicht war er mit dem zweiten Trupp Nürnberger ins Feld gekommen. Von Hans von Weichsdorf ist in diesem letzteren Schreiben nicht mehr die Rede.

[2]) Es wurde (aus dem Briefbuch 45, 130) durch Hans Freiherrn von und zu Aufseß, ohne Kommentar, 1872, in „Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees", Heft III, S. 136 u. 137, herausgegeben.

Das Schreiben des Rats traf Pirckheimer nicht mehr in Laufenburg. Schon vorher war er, offenbar auf die kaiserliche Erlaubnis hin, mit einigen Reitern nach Basel geritten. Zwei Tage danach, am 22. September, wurde der Friede geschlossen. Er ließ die Dinge im wesentlichen beim alten. Die Unabhängigkeit der Schweiz vom römischen Reiche wurde zwar nicht formell ausgesprochen — dies geschah bekanntlich erst im Westfälischen Frieden — aber doch faktisch bestätigt, insofern alle am Reichskammergericht gegen sie anhängigen Prozesse aufgehoben sein sollten. Von irgendeiner Verpflichtung der Eidgenossen gegen das Reich war mit keinem Wort die Rede.

Am 23. September [1]) hatte Pirckheimer in Basel noch ein Erlebnis, das ihm leicht gefährlicher hätte werden können als irgendein Moment im verflossenen Feldzug, wo wir ihn ja kaum in eigentliche Lebensgefahr, geschweige denn in ein richtiges Handgemenge haben kommen sehen. An besagtem Tage hatten sich die Abgesandten beider Parteien zum Münster begeben, um Dankgebete für den Frieden zu verrichten. Da sah man in der Umgegend überall Rauch und Flammen aufsteigen. Kein Zweifel, die Kaiserlichen verheerten das Land. Die Basler Bürgerschaft, die ja doch während des ganzen Krieges neutral geblieben war, eilte zu den Waffen. Vielerorten erscholl der Ruf, das müsse man an den Kaiserlichen rächen, diese müßten alle erschlagen werden. Pirckheimer und die deutschen Gesandten waren deshalb in nicht geringer Furcht für ihr Leben, bis der Rat der Stadt den Tumult niederlegte. Die Mordbrenner waren Reisige von der kaiserlichen Besatzung in Rheinfelden gewesen, die offenbar den Abschluß des Friedens noch nicht erfahren und das Basler wohl für feindliches Gebiet angesehen hatten.

Am nächsten Tage kehrte Pirckheimer wieder nach Laufenburg zurück. Mit ihm ritt der mailändische Gesandte, Galeazzo Visconti, mit dem Pirckheimer früher, während seines Studienaufenthaltes in Italien (1490—1495), Freundschaft geschlossen

[1]) Nach Gagliardi II, 245* wäre es der 22. September gewesen.

hatte. Jetzt führte er dem Freunde seine Truppen in Parade vor. Galeazzo ersuchte Pirckheimer, mit seiner Mannschaft in die Dienste seines Herrn zu treten. Pirckheimer lehnte das ab, hatte doch schon vorher einmal, am 4. September, der Rat geschrieben, daß die Knechte ja nicht für Mailand angeworben werden dürften, er brauche sie weit dringender zu Hause.

Wohl aber gab Pirckheimer dem Italiener den freundschaftlichen Rat, den Schweizern ja nicht zu viel zu trauen. Galeazzo soll sich dieses freilich vergeblichen Rates auch wiederholt erinnert haben, nachdem bekanntlich im April 1500 die im Dienst des Herzogs Ludovico Moro befindlichen Schweizer ihren Herrn verraten hatten. Überhaupt, meint Pirckheimer, wäre es nach diesem Kriege mit den Eidgenossen bergab gegangen. Und in der Tat den Nimbus ihrer Unbesiegbarkeit büßten sie ein bei Marignano und bei Pavia.

Pirckheimer führte seine Truppen nach Freiburg, wo er sie entlohnte und entließ. Nur die „redlichen und pesten" Knechte und die Reisigen behielt er auf Anordnung des Rates bei sich und kehrte mit ihnen nach Hause. Mit ihm sollte der zu seiner Ablösung später nachgekommene Wolf Pömer heimziehen [1]). In Nürnberg legte Pirckheimer Rechenschaft ab über alles. Der Rat war sehr zufrieden und beschenkte ihn mit einer „herrlichen" goldenen Schale. Auch vom Kaiser kam bald darauf ein Schreiben, worin er den Nürnbergern dankte und Pirckheimers namentlich mit Ehren gedachte. Später nahm er ihn auch in die Zahl der kaiserlichen Räte auf [2]), eine Auszeichnung, die, wie wir schon wissen (vgl. S. 136*), von Karl V. 1526 erneuert wurde.

So war der Krieg zu Ende, auf den die Nürnberger immerhin mit einer gewissen Genugtuung zurückblicken konnten. Hatte sich doch ihre Mannschaft im ganzen brav gehalten. Freilich war

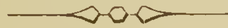
---

[1]) Ratsschreiben vom 28. Sept., Briefbuch 45, 138 v.

[2]) Zum ersten Male finde ich ihn so genannt in einem Schreiben des Kaisers an Pirckheimer vom 20. August 1514, Original in der Stadtbibliothek in Nürnberg. Vgl. Opera Pirckheimeri ed. Goldast p. 93.

der Stadt alles zusammengerechnet (nach dem Jahresregister zu den Stadtrechnungen) eine Ausgabe von 17385 Gulden erwachsen, eine für jene Zeit nicht ganz geringe Summe.

Aber auch für Pirckheimer dürfte die Erinnerung an seinen einzigen Feldzug keine unangenehme gewesen sein. Wir stellen es uns vor, daß er gern wieder in höheren Jahren in der trauten Stille seines Studierzimmers die bunten, wenn auch oft schrecklichen Szenen an sich vorübergehen ließ, deren tätiger Teilnehmer er bei rüstigem Leibe gewesen war, während ihn jetzt quälende Gicht wochenlang an den Lehnstuhl gefesselt hielt. Da mag er sich wohl manches Mal zurückgesehnt haben nach jenen Jugendtagen, und vielleicht beschlich ihn auch einmal eine Ahnung von der unvergänglichen Schönheit der Alpenwelt, in der er damals lebte, der Worte zu leihen freilich weder er noch irgendeiner seiner Zeitgenossen so recht imstande gewesen ist.



Anhang.

Inhaltsübersicht

von

Bd. XLI.–XLV.

des Jahrbuches.

Inhaltsübersicht

der

Bände XLI.—XLV.

des

Jahrbuches für schweizerische Geschichte

herausgegeben auf Veranstaltung der allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz.

Bd. XLI (XXIX u. 296 S.): 1916. — Bd. XLII (XXIX u. 334 S.): 1917. — Bd. XLIII (XXXIX u. 193 u. 150* S.): 1918. — Bd. XLIV (XXXV u. 73 u. 258* S.): 1919. — Bd. XLV (XL u. 80 u. 189* u. 6 S.): 1920.

Angelegenheiten der allgemeinen geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz.

---

[1]) Diese Zahlen bezeichnen bei schon mehrmals besuchten Versammlungsorten diesen wiederholten Charakter als Sitzungsplatz.

[2]) Diese Ziffer bezeichnet die Gesammtzahl des jedes Mal beigefügten Verzeichnisses der anwesenden Mitglieder und Ehrengäste.

[NB. Von den gesammten dreiundsiebzig Versammlungen fanden statt: siebzehn in Solothurn (1853, 54, 55, 56, 57, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 71, 74, 79, 90, 98, 1916), je vier in Basel (1843, 59, 77, 95), Bern (1841, 72, 84, 1905), Zürich (1845, 73, 91, 1911); je drei in Freiburg (1863, 1903, 18), St. Gallen (1865, 80, 1904), Schaffhausen (1861, 83, 1909), Aarau (1867, 86, 1913), je zwei in Baden (1848, 49), Murten (1850, 88), Rapperswil (1852, 89), Neuchâtel (1869, 1900), Luzern (1875, 93), Lausanne (1876, 1910), Genf (1882, 1915), je eine in Beckenried (1851), Stans (1878), Schwyz (1881), Glarus (1885), Weggis (1887), Payerne (1892), Frauenfeld (1894), Sitten (1896), Trogen (1897), Altdorf (1899), Chur (1901), Zug (1902), Winterthur (1906), Neuenstadt (1907), Engelberg (1908), Burgdorf (1912), Beromünster (1917), Langenthal (1919).

Besuche empfingen vier Orte des Kantons Bern, je drei der Kantone Unterwalden und Luzern, je zwei der Kantone Zürich, Freiburg, St. Gallen, Aargau, Waadt, je einer der Kantone Uri, Schwyz, Glarus, Zug, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, Graubünden, Thurgau, Wallis, Neuenburg, Genf.]

I.

Abhandlungen.

II.

Urkundliche Beilagen.

III.

Verzeichniss der Autoren.

	Band
De Crue, Francis, Dr., Professor, à Genève	XLI.
Gallati, Frieda, Dr., in Glarus	XLIII. XLIV.
Gauchat, Louis, Dr., Professor, in Zürich	XLII.
Meyer, Karl, Dr., Professor, in Luzern.	XLV.
Oechsli, Wilhelm, Dr., Professor, in Zürich	XLI. XLII.
Reicke, Emil, Dr., in Nürnberg	XLV.
Schnürer, Gustav, Dr., Professor, in Freiburg	XLV.
Schweizer, Paul, Dr., Professor, in Zürich	XLI.
Vetter, Ferdinand, Dr., Professor, in Bern	XLIII.
Wartmann, Hermann, Dr., in St. Gallen	XLII.

Manuskripte gingen ein — von Verfassern aus den Kantonen: Zürich 3, Bern 3, Luzern 1, Glarus 1, Freiburg 1, St. Gallen 2, Genf 2, aus Deutsch-and 1.



